

# Der Staat in der sozialen Verantwortung?

Makrokulturelle Differenzierung des Zusammenhangs  
zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der  
Universität Zürich

vorgelegt von  
Michael Ochsner  
von Schiers/GR

Angenommen im Herbstsemester 2012  
auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Volker Bornschiefer und  
Herrn Prof. Dr. Eldad Davidov

Zürich, 2014



## Vorwort

Diese Dissertation präsentiert eine intensive Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen, die mich seit langem aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung beschäftigen. Zwei davon möchte ich besonders hervorheben: den Wohlfahrtsstaat und kulturelle Unterschiede. Der Wohlfahrtsstaat auf der einen Seite wurde stets als Reformprojekt diskutiert, seit ich mich für Politik interessiere. Mich überraschte damals als Laie, dass sowohl die Befürworter eines starken Wohlfahrtsstaates wie auch seine Gegner wissenschaftliche Beweise für ihre Position vorlegen konnten. Gleichzeitig erklärten sie die Methoden oder Daten der – ebenfalls wissenschaftlichen – Studien der anderen Seite jeweils für schlecht oder gar falsch. Um mir selbst ein Bild machen zu können, stand zu Beginn des Studiums dieses Thema folglich zuoberst auf meiner Interessenliste. Auf der anderen Seite begleitet mich schon länger – spätestens seit meiner zehnjährigen Tätigkeit in einem Asylheim – das Interesse an kulturellen Unterschieden. Während ich vor der Erfahrung im Asylheim eher davon ausging, dass die Bedeutung kultureller Unterschiede eher übertrieben wird, lernte ich während dieser Tätigkeit, wie sehr wir durch unterschiedliche kulturelle Einflüsse geprägt sind. Zudem bot diese Tätigkeit auch eine Spielwiese, um die Theorien, denen ich im Studium bezüglich Kultur und Migration begegnete, zu testen. Eindrücklich war dabei beispielsweise die Bestätigung der Theorie, dass das generalisierte Vertrauen („Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people?“) als Schmiermittel für soziale Interaktionen wirke: Einerseits konnte durch die Herkunft der Asylheimbewohner beinahe deren Antwort auf obige Frage vorausgesagt werden, andererseits zeigte sich, je nachdem, wie mir auf diese Frage geantwortet wurde, auch ein anderes Verhalten im Alltag: Mit Menschen, die *kein generalisiertes* Vertrauen haben, ist es deutlich schwieriger zu verhandeln oder Abmachungen zu treffen, *ohne* zuerst das *persönliche* Vertrauen zu gewinnen.

Der Startschuss für diese Studie fiel schon während des Studiums in einem Seminar bei Prof. Volker Bornschie. Ich beschäftigte mich da mit der Frage, ob ein stark ausgebauter Wohlfahrtsstaat das Wirtschaftswachstum hemmt oder fördert. Dabei kam die Idee auf, dass sich Wohlfahrtsleistungen vermittelt über die Legitimität positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Prof. Volker Bornschie machte mich auf die damals soeben erschienene Studie von Gilley (2006a) aufmerksam. Die Auseinandersetzung damit führte zur Lizen-

ziatsarbeit, die den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität auf der Makroebene untersuchte. Die vorliegende Dissertation baut auf dieser Arbeit auf und erweitert sie deutlich. So werden mehr Länder einbezogen und der Zusammenhang nicht nur auf der Makro-, also der Länderebene, untersucht, sondern es wird auch auf Determinanten der Legitimität auf der Individualebene eingegangen. Statistisch komplexere Modelle ermöglichen zudem eine detailliertere Analyse. Dennoch geht beispielsweise die Entwicklung der „historisch-integrativen“ Position (s. Abschnitt 5.3) auf die Lizenziatsarbeit zurück. Auch die Abschnitte zum Legitimitätsverständnis von Beetham (1991) und Weber (1922/1973) und die Einteilung der theoretischen Auseinandersetzungen zum Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität in drei Positionen bauen teilweise auf der Lizenziatsarbeit auf. Mit der eingehenden Auseinandersetzung mit der Thematik musste aber bald festgestellt werden, dass weniger als geplant aus der Lizenziatsarbeit in die Dissertation einfließen kann. Die Tatsache, dass eine wichtige Komponente des in der Lizenziatsarbeit verwendeten Legitimitätsindizes in der fünften Welle des World Values Survey nicht mehr erhoben wurde, führte dazu, dass sogar die zentrale Variable, der Legitimitätsindex, neu entwickelt werden musste. Dass dann trotz Einbezug anderer Länder, der Verwendung neuer Daten und der angepassten Operationalisierung des zentralen Konzeptes der *Legitimität* die Ergebnisse repliziert wurden, stimmte mich dann umso zuversichtlicher, einen robusten Zusammenhang gefunden zu haben.

Aufgrund der Emeritierung von Prof. Volker Bornschiefer verfasste ich diese Dissertation in meiner Freizeit und losgelöst von einem Lehrstuhl. Um sie zu finanzieren, arbeitete ich in einem anderen wissenschaftlichen Projekt in einem anderen Fach. Dies führte dazu, dass die Dissertation ziemlich selbständig und mit nur wenigen Diskussionspartnern entstand. Selbstverständlich gibt es dennoch einige Personen, ohne die einige Hürden nicht hätten genommen werden können. Ihnen möchte ich hier meinen ganz herzlichen Dank aussprechen. Besonderer Dank gebührt natürlich Prof. Volker Bornschiefer. Er hat nicht nur die Initialzündung für das Dissertationsprojekt gegeben und mich trotz Emeritierung unterstützt, sondern er war es auch, der in mir die Leidenschaft für Forschung entfachte. Prof. Eldad Davidov sei ebenfalls herzlich gedankt. Er ist ein ausgezeichneter Motivator, der in jedem Problem eine interessante Fragestellung sieht und dies auch hervorragend zu vermitteln vermag. Ohne die beiden Referenten, die mir in kritischen Momenten des Dissertationsprojekts stets in guten Dosen Motivationsspritzen verabreichten, wäre es neben der Arbeit in einem anderen, thematisch völlig unterschiedlichen wissenschaftlichen Projekt wohl kaum zu stemmen gewesen. Ebenfalls grossen Dank möchte ich Georg Datler und Dr. Rüdiger Mutz aussprechen. Georg möchte ich für die interessanten und lehrreichen Diskussionen zu den Themen *Measurement Models* und *Cross-Cultural Research* danken. In diesen Diskussionen konnte ich einige Argumente für den Umgang mit den Problemen kulturverglei-

---

chender Forschung ausprobieren und auf eine fundiertere Basis stellen. Rüdiger möchte ich für die tolle Unterstützung bei statistischen Problemen danken. Insbesondere konnte er die Ursache der Nicht-Konvergenz der Mehrebenenmodelle ausmachen. Ebenfalls sehr dankbar bin ich Sven Hug, der mir während dieser Zeit immer wieder in der Arbeit den Rücken frei hielt, damit auch noch einige Zeit für die Dissertation übrig blieb, und der auch in allen anderen Belangen für mich da war. Ausserdem gilt mein Dank allen, die während der drei Jahre wie selbstverständlich akzeptierten, dass ich nicht immer gleich gut ansprechbar war und nur wenig Zeit zur Verfügung hatte. Elisabeth Lipiec möchte ich für die vielen Seiten, die sie korrekturgelesen hat, danken. Sie war meine beste Deutschlehrerin, ohne je belehrend gewesen zu sein. Schliesslich gilt mein Dank meiner Familie für die grossartige Unterstützung!

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die Originalfassung der Dissertation aus dem Jahr 2012. Nachdem sich die Verhandlungen mit dem Verlag aufgrund der sich ändernden Bedingungen – Stichwort Open Access – über mehr als ein Jahr hinzogen, bin ich froh, diese Originalfassung hiermit endlich veröffentlichen zu dürfen und mich nun für die kommende Buchpublikation um die Aktualisierung der Studie kümmern zu können.

Michael Ochsner, im September 2012 und Juni 2014



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>iii</b>
<b>1. Einführung</b>	<b>1</b>
<b>2. Legitimität: eine zentrale Kategorie unter der Lupe</b>	<b>7</b>
2.1. Stand der Forschung . . . . .	7
2.1.1. Zentrale Fragen und Anforderungen an eine Operationalisierung von Legitimität . . . . .	12
2.2. Definition von Legitimität des Staates . . . . .	15
2.2.1. Politische Legitimität: Rodney Barker . . . . .	16
2.2.2. Verortung der Legitimität im politischen System: David Easton . . . . .	20
2.2.3. Die Struktur von Legitimität: Weber, Easton und Beetham . . . . .	26
2.3. Analytische Definition von Legitimität . . . . .	37
<b>3. Wohlfahrtsleistungen</b>	<b>39</b>
3.1. Die Entstehung von Wohlfahrtsleistungen: Ein kurzer historischer Abriss . . . . .	39
3.2. Typologien von Wohlfahrtsstaaten . . . . .	42
3.2.1. Bismarck vs. Beveridge . . . . .	42
3.2.2. Wohlfahrtsregimes . . . . .	44
3.3. Wohlfahrtsstaatliche Situation in den nicht-westlichen Ländern . . . . .	47
3.4. Definition von Wohlfahrtsleistungen . . . . .	49
3.4.1. Analytische Definition der Wohlfahrtsleistungen . . . . .	49
3.4.2. Operationale Definition von Wohlfahrtsleistungen . . . . .	51
<b>4. Forschungsgegenstand: Wohlfahrtsleistungen und Legitimität</b>	<b>55</b>
4.1. Die sozialdemokratische Position . . . . .	55
4.2. Die machtkritische Position . . . . .	60
4.3. Die wertorientierte Position . . . . .	61
4.4. Forschungsstand . . . . .	63
<b>5. Theoretisches Rahmenkonzept</b>	<b>69</b>
5.1. Die Grundannahmen der historisch-integrativen Position . . . . .	69
5.1.1. Prämisse 1: normative Vielfältigkeit . . . . .	70
5.1.2. Prämisse 2: Kultur als normative Grundlage . . . . .	70
5.1.3. Prämisse 3: Weltregion und Religion als Determinanten einer Makrokultur . . . . .	71
5.2. Die Grundthesen der historisch-integrativen Position . . . . .	71
5.2.1. Das Grid-Group-Paradigma . . . . .	71
5.2.2. Grid und Group als Theorie von Gerechtigkeitsvorstellungen . . . . .	77

5.3.	Die historisch-integrative Position . . . . .	78
5.3.1.	Die verschiedenen Makrokulturen . . . . .	79
5.3.2.	Makrokultur und Wohlfahrtsleistungen . . . . .	87
<b>6.</b>	<b>Wie legitim ist ein Staat?</b>	<b>95</b>
6.1.	Die Operationalisierung von Legitimität . . . . .	95
6.1.1.	Bisher verwendete Operationalisierungen für Legitimität . . . . .	96
6.1.2.	Formatives vs. reflektives Messmodell eines latenten Konstruktes . . . . .	98
6.1.3.	Die einzelnen Dimensionen . . . . .	102
6.1.4.	Fehlende Daten (Missing Data) . . . . .	106
6.1.5.	Kulturelle Unterschiede ( <i>Cross-Cultural Research</i> ) . . . . .	116
6.1.6.	Kritische Auseinandersetzung mit der Operationalisierung von Legitimität . . . . .	127
6.1.7.	Länderauswahl . . . . .	130
6.2.	Die Legitimität der Staaten in der Bevölkerung . . . . .	132
<b>7.</b>	<b>Resultate auf Länderebene: Die Makroperspektive</b>	<b>139</b>
7.1.	Forschungsfrage und Hypothesen . . . . .	139
7.2.	Determinanten von Legitimität auf der Makroebene . . . . .	142
7.2.1.	Die Gruppierungsvariablen . . . . .	143
7.2.2.	Die Kontrollvariablen . . . . .	144
7.2.3.	Fehlende Werte der Kontrollvariablen . . . . .	152
7.3.	Methode und Design des Makromodells . . . . .	153
7.3.1.	Methode des Makromodells . . . . .	153
7.3.2.	Konsequenzen der multiplen Imputation . . . . .	154
7.3.3.	Konsequenzen von Interaktionstermen . . . . .	155
7.3.4.	Lösung für das Auftreten von Heteroskedastizität . . . . .	161
7.3.5.	Hinweise zu den Annahmentests . . . . .	162
7.4.	Bivariate Analysen . . . . .	164
7.5.	Multivariate Analysen . . . . .	170
7.5.1.	Modell 1: Basismodell . . . . .	171
7.5.2.	Modell 2: Westliche versus nicht-westliche Länder . . . . .	175
7.5.3.	Modell 3: Christliche versus nicht-christliche Länder . . . . .	181
7.5.4.	Modelle für die drei Dimensionen von Legitimität . . . . .	187
7.5.5.	Modelle mit alternativen Operationalisierungen für die zentralen Variablen . . . . .	198
7.6.	Zusammenfassung der Makroanalyse . . . . .	208
<b>8.</b>	<b>Mehrebenenanalyse</b>	<b>211</b>
8.1.	Forschungsfrage und Hypothesen . . . . .	212
8.2.	Determinanten von Legitimität auf der Individualebene . . . . .	214
8.2.1.	Wirtschaftlicher Erfolg . . . . .	215
8.2.2.	Parteienideologien . . . . .	216
8.2.3.	Schichtzugehörigkeit . . . . .	217
8.2.4.	Lebensumstände und sozio-demographische Variablen . . . . .	217
8.2.5.	<i>Political Community</i> . . . . .	218



8.3.	Methode und Design der Mehrebenenanalyse . . . . .	219
8.3.1.	Wieso eine Mehrebenenanalyse? . . . . .	219
8.3.2.	Statistische Grundlagen der Mehrebenenanalyse . . . . .	221
8.3.3.	Cross-Validierung . . . . .	231
8.4.	Resultate der Mehrebenenanalyse . . . . .	234
8.4.1.	Modell 1: Westliche vs. nicht-westliche Länder . . . . .	234
8.4.2.	Modell 2: Christlich vs. nicht-christlich geprägte Länder . . . . .	245
8.4.3.	Modell 3: <i>Random Effects</i> -Modelle . . . . .	253
8.5.	Interpretation und Ausführung . . . . .	254
<b>9.</b>	<b>Fazit und Ausblick</b>	<b>259</b>
9.1.	Zusammenfassung der theoretischen Erwägungen und der empirischen Re- sultate . . . . .	259
9.2.	Weiterführende Interpretation . . . . .	263
<b>Literatur</b>		<b>269</b>
<b>A. Anhang</b>		<b>297</b>
A.1.	Länderauswahl . . . . .	297
A.1.1.	Länder mit kompletten Daten . . . . .	299
A.2.	Variablen . . . . .	300
A.2.1.	Legitimität . . . . .	300
A.2.2.	Wohlfahrtsleistungen . . . . .	304
A.2.3.	Gruppierungsvariablen . . . . .	308
A.2.4.	Kontrollvariablen . . . . .	311



## Tabellenverzeichnis

2.1. Struktur von Legitimität nach Easton (1965, S. 287) . . . . .	30
2.2. Gegenüberstellung der Typologien von Weber (1921/1964), Easton (1965) und Beetham (1991) . . . . .	36
2.3. Zusammenfassung der Definition von Legitimität . . . . .	37
6.1. Länderscores auf dem Legitimitätsindex . . . . .	135
6.2. Länderscores auf dem Legitimitätsindex des reduzierten Samples, welches nur Länder mit Daten zu allen Variablen des Legitimitätsindexes beinhaltet	136
7.1. Resultate für das Basismodell . . . . .	173
7.2. Resultate für das Basismodell für Länder mit kompletten Daten . . . . .	174
7.3. Resultate für das Interaktionsmodell „West“ . . . . .	176
7.4. Resultate für die westlichen Länder . . . . .	179
7.5. Resultate für die nicht-westlichen Länder . . . . .	180
7.6. Resultate für das Interaktionsmodell „Christ“ . . . . .	182
7.7. Resultate für das Interaktionsmodell „Christ“ in den Kontrollsamples . . . .	184
7.8. Resultate für die christlichen und die nicht-christlichen Länder . . . . .	186
7.9. Resultate für die Dimension Legalität, Modell „West“ . . . . .	188
7.10. Resultate für die Dimension Legalität, Modell „Christ“ . . . . .	189
7.11. Resultate für die Dimension Rechtfertigung, Modell „West“ . . . . .	191
7.12. Resultate für die Dimension Rechtfertigung . . . . .	192
7.13. Resultate für die Dimension Einverständnis, Modell „West“ . . . . .	194
7.14. Resultate für die Dimension Einverständnis, Modell „Christ“ . . . . .	195
7.15. Resultate für politische Stabilität, Modell „West“ . . . . .	201
7.16. Resultate für politische Stabilität, Modell „Christ“ . . . . .	202
7.17. Resultate mit Armutsreduktion . . . . .	204
7.18. Modell mit Wohlfahrtsregimes . . . . .	206
7.19. Vergleich der Legitimität der Wohlfahrtsregimes . . . . .	207
8.1. Resultate für die Basismodelle „West“ . . . . .	235
8.2. Resultate für die Individualmodelle „West“ . . . . .	237
8.3. Resultate für die Fixed-Effects-Modelle „West“ . . . . .	239
8.4. Resultate für die <i>Cross-Level</i> -Interaktionsmodelle „West“ . . . . .	241
8.5. Modellvergleich „West“ . . . . .	245
8.6. Resultate für die Basismodelle „Christ“ . . . . .	246
8.7. Resultate für die Individualmodelle „Christ“ . . . . .	248
8.8. Resultate für die Fixed-Effects-Modelle „Christ“ . . . . .	249
8.9. Resultate für die <i>Cross-Level</i> -Interaktionsmodelle „Christ“ . . . . .	251
8.10. Modellvergleich „Christ“ . . . . .	253
8.11. Resultate für die Random Effects Modelle . . . . .	255

A.1. Länderauswahl der Studie und ISO-3166-Abkürzung ( $N = 74$ ) . . . . .	298
A.2. Länderauswahl der Studie und ISO-3166-Abkürzung . . . . .	299
A.3. Erhebungsjahr der Daten für den Legitimitätsindex . . . . .	303
A.4. Erhebungsjahr der Daten für die politische Stabilität ( <i>PolStab</i> ) . . . . .	304
A.5. Land, Erhebungsjahr, Timelag zum Legitimitätsindex (TL) und Quelle der Daten für die Variable Sozialausgaben ( <i>SocEx</i> ) . . . . .	306
A.6. Länder, Erhebungsjahr und Timelag zum Legitimitätsindex der Daten für die Variable Armutsreduktion ( <i>PovRed</i> ) . . . . .	307
A.7. Zuteilung der Länder zu den Wohlfahrtsregimetyphen . . . . .	308
A.8. Gruppierungsvariable zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern . .	309
A.9. Gruppierungsvariable zwischen christlichen und nicht-christlichen Ländern	310

## Abbildungsverzeichnis

5.1.	Originalversion des Grid-Group-Paradigmas nach Douglas (1993, S. 45) . .	75
5.2.	Die Idealtypen der Gerechtigkeitsideologien nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 230) . . . . .	77
5.3.	Theoretische schematische Einteilung der Makrokulturen in das Grid-Group-Paradigma . . . . .	87
5.4.	Einteilung der westlichen Wohlfahrtsregimes in das Grid-Group-Paradigma nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 239) . . . . .	88
6.1.	Pfaddiagramme des reflektiven (a) und formativen (b) Messmodells nach Bollen und Lennox (1991, S. 306) . . . . .	99
6.2.	Graphische Darstellung der Operationalisierung von Legitimität des Staates	105
6.3.	Ranking des Legitimitätsindex mit adjustierten Konfidenzintervallen nach Goldstein und Healy (1995, S. 176). Die horizontale Linie stellt den Mittelwert dar. . . . .	137
6.4.	Vergleich des Index für empfundene Legitimität und des Legitimitätsindex nach Gilley (2006a) . . . . .	138
7.1.	Graphische Darstellung der Bedeutung der Koeffizienten einer Regression mit Interaktionsterm (eigene Darstellung, angelehnt an Brambor, Clark und Golder (2006, S. 65)) . . . . .	156
7.2.	Empfundene Legitimität und Sozialausgaben . . . . .	164
7.3.	Empfundene Legitimität und Sozialausgaben in unterschiedlichen Gruppen	166
7.4.	Empfundene Legitimität und Bruttosozialprodukt . . . . .	166
7.5.	Sozialausgaben und Bruttosozialprodukt . . . . .	167
7.6.	Legitimität und Demokratie . . . . .	168
7.7.	Sozialausgaben und Demokratie . . . . .	169
7.8.	Legitimität und Wohlfahrtsregimes nach Castles und Mitchell (1993), Esping-Andersen (1990) und Ferrera (1996) . . . . .	170
8.1.	Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den westlichen Ländern ( <i>Simple Slopes</i> nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124)) . . . . .	242
8.2.	Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den nicht-westlichen Ländern ( <i>Simple Slopes</i> nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124)) . . . . .	244
8.3.	Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den christlich geprägten Ländern ( <i>Simple Slopes</i> nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124)) . . . . .	252

8.4. Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den nicht-christlich geprägten Ländern ( <i>Simple Slopes</i> nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124)) . . . . .	252
---	-----

# 1. Einführung

In Zeiten der Globalisierung, des erhöhten Steuerwettbewerbs und mehrheitlich neoliberaler Ideologie werden öffentliche Ausgaben gedrosselt. Die über Jahrzehnte ausgebauten Sozialleistungen der Wohlfahrtsstaaten werden mehr und mehr gekürzt. Es ist die Hochkonjunktur der Sozialreformen, das Gesellschaftsmodell wird in vielen Staaten umstrukturiert, Gesellschaftsverträge neu ausgehandelt. Diese Umstrukturierungen und Neuaushandlungen haben weitreichende Folgen für einen grossen Teil der Bevölkerung und müssen deshalb gerechtfertigt sein, bedürfen also der Legitimität. Umgekehrt haben Umstrukturierungen des Gesellschaftsmodells auch Auswirkungen auf die empfundene Legitimität des Staates oder der Gesellschaft, führt doch der Wandel zu Unsicherheiten quer durch alle Schichten (als Beispiel sei die AHV-Revision in der Schweiz angeführt).

Gleichzeitig mit den Reformbemühungen in den westlichen Ländern ist seit dem 9/11 des Jahres 2001 und dem darauf folgenden *War on Terror* der Glaube an die sich friedlich durch Wettbewerb schliesslich durchsetzende freie Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild geschwunden: Die Demokratisierungsbestrebungen in Afghanistan und Irak im Nachwirken des 9/11, die Diskussion um den Aufstieg Chinas zur Weltmacht, der *arabische Frühling* im Jahre 2011 und die anhaltende Finanzkrise Griechenlands seit dem Jahre 2011 führten dazu, dass das westliche – man lese: wahlweise US-amerikanische oder deutsche – Gesellschafts- bzw. Wirtschaftssystem anderen Ländern ohne Rücksicht auf deren Vergangenheit nach Möglichkeit aufoktroziert wird<sup>1</sup>.

Somit stellen sich gleich zwei Fragen: *Erstens* interessiert, ob in den kriselnden westlichen Staaten eine Reform der Wohlfahrtsstaaten überhaupt möglich ist, ohne dass die Legitimität des Staates in der Bevölkerung unterminiert wird. *Zweitens* wird, sobald ein Gesellschaftsmodell der einen Gesellschaft einer anderen Gesellschaft übergestülpt wird, die Frage relevant, ob sich denn die Zusammenhänge einfach von der einen Gesellschaft

---

<sup>1</sup>Im *arabischen Frühling* zeigte sich dies von seiner paradoxen Seite: Die vom Westen aus geostrategischen Gründen gestützten Diktaturen in Tunesien und Ägypten wurden als erste gestürzt und die westlichen Länder wussten zunächst noch nicht so recht, welche Stellung sie einnehmen sollten, bis sie vor vollendeten Tatsachen standen. Die Angst vor den islamistischen Kräften, die demokratisch legitimisiert werden könnten, wog schwerer als die Aussicht auf eine demokratische Regierung in diesen Staaten.

in die andere übertragen lassen. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn sich die Gesellschaften kulturell stark unterscheiden.

Während über wohlfahrtsstaatliche Systemunterschiede, deren Auswirkungen auf die Ungleichheit und diesbezüglichen Werteppräferenzen in verschiedenen Ländern zahlreiche Studien verfasst worden sind (zumindest für die westlichen Länder oder die OECD), gibt es kaum Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der empfundenen Legitimität des Staates in der Bevölkerung. Oft liegt der Fokus in den Diskursen über Wohlfahrtsstaaten und Reformen auf der Wirtschaftlichkeit. Mit Erstaunen wird festgestellt, dass Wohlfahrtsausgaben kaum einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben (vgl. Lindert, 2004a, S. 29). Die Ursachen des sogenannten „Free Lunch Puzzles“ (vgl. Lindert, 2004a, S. 16) wurden aber bisher nicht untersucht, obwohl einige theoretische Hinweise auf mögliche Lösungen dieses ‚Rätsels‘ seit jeher bestehen.

In dieser Arbeit wird einerseits ein Lösungsvorschlag für dieses ‚Rätsel‘ verfolgt: Es wird der Frage nachgegangen, ob Wohlfahrtsleistungen die Legitimität des Staates erhöhen. Die weiterführende Frage, dass Wohlfahrtsleistungen durch Erhöhung der Legitimität einen Beitrag zu einer stabilen Wirtschaftslage leisten, kann aufgrund des knappen Rahmens dieser Arbeit in dieser Untersuchung nicht geklärt werden<sup>2</sup>.

Andererseits wird auch der Frage nachgegangen, ob sich der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen (und anderen Determinanten der Legitimität) und der Legitimität des Staates in verschiedenen kulturellen Settings unterscheidet.

Diese beiden Fragen stellen sich primär auf der Makroebene. Somit ist ein Makrosoziologischer Zugang am naheliegendsten. Ein solcher wird in dieser Arbeit auch primär verfolgt. Allerdings werden (quantitative) Makroanalysen in letzter Zeit stark kritisiert<sup>3</sup> (vgl. Cartwright, 2002, S. 142), nicht zuletzt wegen fehlender Robustheit der durch quantitative, vergleichende Forschung auf der Makroebene gewonnenen Resultate (vgl. z.B. Kittel, 2006, S. 649). Das Argument lautet dabei folgendermassen: Die Zusammenhänge, die auf der Makroebene untersucht werden, entstehen auf der Individualebene. Die Theorien liegen eigentlich immer auf Individualebene vor und können nicht mit einer Makroanalyse geklärt werden. Kittel (2006, S. 652-653) beschreibt dies mit einem Beispiel, in welchem

---

<sup>2</sup>Die Arbeiten von Bornschieer weisen aber auf einen positiven Zusammenhang hin. Er verwendet als Proxy für die Legitimität des Staates die Abwesenheit von politischem Massenprotest (Bornschieer, 1998, S. 350-356) oder das generalisierte Vertrauen (Bornschieer, 2005, S. 38).

<sup>3</sup>Die Kritik trifft hier nicht nur die (Makro-)Soziologie, sondern auch Makroansätze der anderen Sozialwissenschaften, wie beispielsweise der Ökonomie oder der Politikwissenschaften.



---

er drei konkurrierende, plausible Theorien vorstellt, die einen Makrozusammenhang erklären könnten<sup>4</sup>. Die Makrodaten geben jedoch keine Antwort auf die Frage, welche der drei Theorien nun zutrifft. Dieses Problem kann durch die Annahme, dass die Individuen je unabhängig voneinander Entscheidungen treffen (sogenannte *Representative Agents*), die anschliessend zu einem Makro-Entscheid aggregiert werden, teilweise behoben werden (vgl. z.B. Kittel, 2006, S. 658-659). Allerdings ist diese Unabhängigkeit bei politischen Entscheidungen nicht mehr gegeben, da diese Entscheidungen durch Verhandlung entstehen und nicht selten auf Erfahrungen in anderen Ländern basieren. Deshalb würden laut Kittel Makroanalysen im Bereich Politischer Ökonomie nicht funktionieren und zu instabilen Resultaten führen. Ein grosses Problem ist dabei, dass Änderungen auf Staatsebene teilweise Jahrzehnte brauchen, bis sie umgesetzt werden. So ist kaum Varianz über die Zeit gegeben (für einen Überblick über die Probleme der Makroanalysen vgl. z.B. Kittel, 2006, S. 659-662; Kittel, 2008, S. 30-38)<sup>5</sup>. Deshalb ist bei Makroanalysen Vorsicht bei der Interpretation der Resultate walten zu lassen und insbesondere auf die Stabilität der interessierenden Zusammenhänge zu achten. In dieser Arbeit wird, Kittel (2008) folgend, ein statistisches Narrativ erzählt, das verschiedene Modelle beinhaltet und diese kontrastiert: *Erstens* werden reine Makromodelle Mehrebenenanalysen gegenübergestellt, *zweitens* werden die Zusammenhänge in verschiedenen Gruppen von Ländern einerseits in einem gemeinsamen Interaktionsmodell und andererseits in jeder Gruppe einzeln beleuchtet und *drittens* werden zur Validierung die Modelle mit alternativen Operationalisierungen der zentralen Variablen repliziert.

Dabei handelt es sich um ein höchst komplexes Unterfangen: *Erstens* muss ein Mass für Legitimität gefunden werden, das für Länder aus unterschiedlichen Regionen der Welt funktioniert, *zweitens* müssen Wohlfahrtsleistungen operationalisiert werden, *drittens* müssen diese Masse in einer Vielzahl von Ländern so in Zusammenhang gebracht werden, dass ein Vergleich plausibel wird und *viertens* muss ‚Kultur‘ als moderierende Variable theoretisch und empirisch eingeführt werden. Da der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates noch nie systematisch in einer Vielzahl von Ländern aus un-

---

<sup>4</sup>Als Beispiel nimmt er die Frage, wieso Sozialausgaben zunehmen. Er präsentiert drei Theorien, die den Anstieg mit Globalisierung begründen: Der Ökonomie erklärt ihn damit, dass durch die Globalisierung die Produktion in Tieflohnländer umgesiedelt werden und deshalb in den westlichen Ländern die Arbeitslosigkeit steigt und die Arbeitslosen Arbeitslosengeld verlangen; der Politologe argumentiert, dass durch die Umsiedelung der Jobs die Menschen aufgrund der Angst vor Arbeitslosigkeit jene Parteien wählen, die den Sozialstaat ausbauen; der Soziologe stellt die Hypothese auf, dass die Globalisierung einerseits die Produktion in Tieflohnländer verlagert, andererseits die Arbeitnehmer immer öfter bereit sind, für Arbeit weitere Distanzen auf sich zu nehmen, was die Familie als soziales Netz schwächt, und deshalb staatliche Hilfe wichtiger wird.

<sup>5</sup>Aus diesem Grund wird auf eine Zeitreihenanalyse des Zusammenhangs zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen verzichtet. Die Wohlfahrtsleistungen variieren fast ausschliesslich *zwischen* den Ländern, viel weniger über die Zeit. Dies macht eine Zeitreihenanalyse wenig sinnvoll (vgl. dazu z.B. Kittel, 2008, S. 62; Bonoli, 2007; Siegel, 2007).

terschiedlichen Weltregionen untersucht wurde, geht es primär darum aufzuzeigen, dass *erstens* diese Fragestellung von Belang ist, dass *zweitens* kulturelle Unterschiede bezüglich dieses Zusammenhanges bestehen und dass *drittens* deshalb vermehrt Studien zu dieser Fragestellung vonnöten sind, deren Aussagekraft über die üblichen westlichen Länder hinausgeht. Diese Komplexität des Themas geht mit einigen Einschränkungen einher: Einerseits sollten zwar so viele Determinanten der Legitimität wie möglich als Kontrollvariablen in die Modelle einbezogen werden, damit ein Vergleich des Zusammenhanges zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität in solch verschiedenen Ländern überhaupt plausibel wird, dennoch geht es nicht darum, möglichst viel der Varianz der Legitimität zu erklären. Vielmehr wird der Fokus auf dem interessierenden Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität sowie auf den Unterschieden zwischen verschiedenen Kulturen liegen. Andererseits ist diese Studie gewissermassen als Pilotstudie zu lesen, die aufzeigen soll, wo mögliche Unterschiede liegen. Dabei wird aufgrund des eingeschränkten Rahmens dieser Arbeit ‚Kultur‘ hemdsärmelig dichotom ausgelegt: Es werden westliche und nicht-westliche Länder kontrastiert. Um nicht allzu vereinfachend vorzugehen, wird eine zweite Unterscheidung eingeführt: christlich geprägte versus nicht-christlich geprägte Länder. Weiterführende Forschung sollte dann mittels Fallstudien die hier aufgezeigten Unterschiede genauer untersuchen und expliziter auf kulturelle Determinanten des Zusammenhanges eingehen.

Um die Frage beantworten zu können, ob Wohlfahrtsleistungen die Legitimität des Staates erhöhen, werden zunächst in den ersten beiden Kapiteln die zentralen Begriffe – Wohlfahrtsleistungen und Legitimität – definiert. Anschliessend wird der Forschungsgegenstand theoretisch ausgeführt und beschrieben. Dazu werden die häufigsten Theorien zum Thema in drei Positionen eingeteilt und anhand der aktuellen Forschung auf Plausibilität überprüft. Da keine der Theorien Allgemeingültigkeit für sich beanspruchen kann, wird im darauf folgenden Kapitel ein theoretisches Rahmenkonzept für diese Untersuchung ausgearbeitet. Hier werden auch die Grundlagen des kulturellen Vergleichs, welcher der zweiten Fragestellung dieser Dissertation zugrunde liegt, gelegt. Somit ist das Gerüst entwickelt, um sich der Frage zu stellen, wie legitim die Staaten, die in dieser Untersuchung berücksichtigt werden konnten, in der Bevölkerung sind: Dazu wird zuerst genau auf die Operationalisierung der abhängigen Variable *Legitimität* eingegangen mit Berücksichtigung einiger relevanter methodischer Aspekte wie dem Umgang mit fehlenden Werten und dem Zugang zu kulturellen Vergleichen. Die beiden Fragen, für welche in dieser Dissertation eine Antwort gesucht wird, stellen sich primär auf der Makroebene. Deshalb werden im nächsten Kapitel Makroanalysen präsentiert. Allerdings wurde die abhängige Variable auf der Individualebene konstruiert. Deshalb soll für eine genauere Analyse auch die Individualebene einbezogen werden. Dies geschieht in einem nächsten Schritt, in welchem die Modelle mit

---

einer Mehrebenenanalyse wiederholt werden, bevor in einem abschliessenden Kapitel ein Fazit aus den empirischen Evidenzen der verschiedenen Modelle gezogen und auf Implikationen der Resultate hingewiesen wird.



## 2. Legitimität: eine zentrale Kategorie unter der Lupe

Legitimität ist eine zentrale Kategorie in der Politik und in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Soziologie und in den Politikwissenschaften. Sie ist eine wichtige Voraussetzung des politischen Systems und dessen Struktur wie auch für eine funktionsfähige Regierung (vgl. Crick, 1959, S. 150; Barker, 1990, S. 14-15, 20; Gilley, 2009, S. xii). Beetham (1991, S. 41) spricht gar von Legitimität als „the central issue in social and political theory“. Dennoch gibt es erstaunlich wenige empirische Studien zum Thema (Booth & Seligson, 2009, S. 105; A. Nathan, 2007, S. 3; Gilley, 2009, S. xii; Clark, 2005, S. 2). Wenn solche Arbeiten bestehen, dann nehmen sie in erster Linie die hochentwickelten westlichen Demokratien in den Blick (vgl. Booth & Seligson, 2009, S. 67). Nicht einmal mit diesem Fokus auf ein relativ homogenes Sample kann eine Übereinstimmung getroffen werden, wie denn Legitimität zu definieren sei, geschweige denn, wie man diese messen könne (vgl. z. B. Gilley, 2006a, S. 500; Grimes, 2008, S. 523; Kaina, 2008, S. 513). A. Nathan (2007, S. 3) stellt nüchtern fest: „Diffuse regime support is a difficult concept to measure. It is separate from public support for, or the popularity of, specific policies or specific incumbents. It is intrinsically multidimensional and in principle cannot be captured by a single questionnaire item. And the field so far lacks an established, accepted measure or set of measures of this concept“. Auf den nächsten Seiten wird es die Aufgabe sein, einen Überblick über bisherige Forschung zu Legitimität zu verschaffen und die offenen Fragen der Diskussion um Legitimität anzusprechen. Anschliessend wird eine systematische Definition von Legitimität erarbeitet werden, wie sie für das vorliegende Forschungsvorhaben vonnöten ist.

### 2.1. Stand der Forschung

Das Leben des Menschen als soziales Wesen ist von Beginn weg von Herrschaft geprägt. Sie ist jeder Gesellschaft inhärent: sei es als Herrschaft einer Person über andere oder als Macht einer Gruppe über andere. Dies geht damit einher, dass die Beherrschten dies als Einschränkung, Erniedrigung, oder gar lebensbedrohend erleben. Zudem lodert meist ein Kampf um Macht zwischen denjenigen, welche die Herrschaft für sich beanspruchen kön-

nen und jenen, welche sie übernehmen wollen. Bisweilen tobt der Streit um die Gewalt über andere gar innerhalb der herrschenden Gruppe selbst. Der Streit um Macht ist also so alt wie die Menschheit selbst und gleichzeitig ein höchst problematisches Thema. Gerade aufgrund dieses problematisierenden Aspekts besteht fast ebenso lang das Bedürfnis, Herrschaft zu rechtfertigen und zu begründen, in anderen Worten zu *legitimieren*. Der Wunsch, seine Herrschaft zu rechtfertigen ist genau so stark wie der Wunsch zu herrschen, wie Barker (1990, S. 14) in seiner theoretischen Abhandlung zu politischer Legitimität feststellt. Als Zeugen der langen Geschichte der Notwendigkeit der Demonstration von Legitimität dienen Monumente aus allen Zeitaltern seit der Antike und aus allen Regionen der Welt. Sie weisen darauf hin, dass Herrscher viel unternahmen, um ihre Legitimität mit immer mehr Reichtum zu veranschaulichen und über Ideologien sowie durch proklamierte direkte Verbindungen zu Gott zu untermauern. Legitimität hat bis heute nichts an Bedeutung verloren. Gerade in Demokratien ist die Legitimität der Politiker und des politischen Systems zentral. Aber nicht nur in einzelnen Ländern ist Legitimität eine wichtige Kategorie. In internationalen Beziehungen und in der internationalen Politik mit ihren supernationalen Institutionen wird Legitimität immer wieder thematisiert (vgl. z. B. Clark, 2005, S. 1-2; Gilley, 2009, S. 194-197).

„Legitimität“ ist ein altes Wort, dessen Bedeutung sich aber gewandelt hat. Die ursprüngliche Bedeutung des lateinischen Wortes *legitimus* war zu Beginn auf ein relativ enges Verständnis von *rechtmässig* eingeschränkt (Stowasser, Petschenig & Skutsch, 1979/1994, S. 292). Mit der Zeit wurde die Interpretation stets breiter. Im Mittelalter kam die Bedeutung *der Tradition folgend* hinzu (vgl. z. B. Clark, 2005, S. 17). Später beinhaltete die Bedeutung auch das Befolgen von *geteilten moralischen Normen* in der jeweiligen Gesellschaft. Seit der Französischen Revolution ist das Wort ein alltäglicher Bestandteil unserer Sprache ohne welchen Politik nicht zu denken wäre und dessen Bedeutung auch in ganz anderen gesellschaftlichen Gebieten wichtig ist (vgl. Barker, 1990, S. 20; Beetham, 1991, S. 3; Gilley, 2009, S. xi-xiii; Clark, 2005, S. 17). Eine ähnliche Bedeutungswandlung und -erweiterung fand nicht nur im westlichen, sondern auch im chinesischen Sprachgebrauch des entsprechenden Wortes statt (Gilley, 2009, S. xii). Legitimität ist also eine Kategorie, welche im Zentrum menschlichen Zusammenlebens steht.

Legitimität ist nicht nur auf theoretischer Ebene seit langer Zeit eine wichtige Kategorie, auch ihre Operationalisierung ist ein immerwährendes Thema. Seit jeher versuchen Herrscher ihre Unterstützung in der Bevölkerung abzuschätzen und fast ebenso lange sind Aussenstehende daran interessiert, die moralische Unterstützung von Herrschern anderer Länder in Erfahrung zu bringen (vgl. Barker, 1990, S. 13; Gilley, 2009, S. 1). Denn die Kenntnis der Legitimität der Herrscher oder der Regierung eines Landes kann bedeutend

sein, damals wie heute: Konnte ein Herrscher nicht auf die volle Unterstützung der Bevölkerung zählen, war es für die umliegenden Reiche einfacher das Land anzugreifen und einen Territorialsieg über das durch einen Legitimationsverlust bereits angezählte Land zu erringen; heute kann der Befund der Illegitimität einer Regierung zu internationalen Sanktionen oder gar zur Rechtfertigung von Invasionen führen (vgl. z.B. Clark, 2005, S. 1-2; Gilley, 2009, S. 2). Häufig waren und sind aber die Informationen zur Legitimität eines Regimes nicht korrekt. Gilley (2009, S. 1) weist treffend auf das illustrative Beispiel von Kaiser Nero hin, der auf Hinweise für steigende Unzufriedenheit im Reich antwortete, dass er nur in Gallien erscheinen und für das Volk singen müsste, um wieder Frieden in Gallien herzustellen. Ein weiteres Beispiel für eine Fehleinschätzung ist der seit nunmehr zehn Jahren währende Krieg in Afghanistan gegen die Taliban, von welchen man dachte, dass sie keine grosse Unterstützung in der Bevölkerung geniessen würden. Die Reihe liesse sich beliebig fortführen<sup>1</sup>. Heute ist Legitimität so wichtig, dass Herrscher grosse Anstrengungen unternehmen, ihre Legitimität zu beweisen. Gleichzeitig strengen sich häufig die Beherrschten nicht weniger an, das Gegenteil zu beweisen. Nichts ist für ein Regime schlimmer als eine *Legitimitätskrise*, insbesondere für demokratische Regimes (Gilley, 2009, S. xii). Eben eine solche wird seit den 1960er Jahren regelmässig beschworen (so z.B. von Habermas, 1973, S. 100-105; A. H. Miller, 1974, S. 971; Hetherington, 1998, S. 792; Crozier, Huntington & Watanuki, 1975, S. 157-171)<sup>2</sup>. Legitimität wird in der politikwissenschaftlichen Theorie

<sup>1</sup>Weitere Beispiele sind bei Gilley (2009, S. 1-2) zu finden.

<sup>2</sup>In ihrer tiefgehenden Analyse des historischen Verlaufs der Untersuchungen von *Political Trust* zeichnet Pippa Norris (1999d, S. 3-7) das Kommen und Gehen von Krisendiagnosen bezüglich demokratischer Regierungsformen nach: In den 1960er und 1970er Jahren wurde für die westlichen Länder (insbesondere die USA) von verschiedener Seite der Rückgang von politischem Vertrauen und eine Radikalisierung verschiedener Gruppen festgestellt und argumentiert, dass zu demokratische Prozesse ein effektives Regieren unmöglich mache (vgl. z.B. Crozier et al., 1975, S. 13, 163-164; Brittan, 1975, S. 129-130; A. King, 1975, S. 164). Gleichzeitig wurden durch die Militärputschs in verschiedenen jüngeren Demokratien die Bedenken unterstützt, dass die steigenden Erwartungen der Bevölkerung durch die noch neuen und überforderten Staaten nicht gedeckt werden können (so z.B. O'Donnell, 1986, S. 11). In den 1980ern nahm der Krisendiskurs durch den Reaganismus und Thatcherismus ab, da davon ausgegangen wurde, dass durch die neoliberalen Reformen die Erwartungen in den Staat reduziert und durch die Verschlinkung des Staates auch dessen Ineffizienz abnehmen würde (vgl. z.B. Hoover & Plant, 1989, S. 254; Krieger, 1986, S. 189-193). Durch die Demokratisierungswelle aufgrund des Zusammenbruchs der sowjetisch geprägten Staaten entstand in den 1990ern wiederum Optimismus bezüglich der Demokratisierung der Welt. Studien, die politisches Vertrauen in Westeuropa untersuchten, brachten empirische Evidenz gegen eine Legitimitätskrise hervor (vgl. z.B. Klingemann & Fuchs, 1995; Kaase & Newton, 1995; Budge et al., 1997, S. 132, 351; Listhaug, 1995, S. 294), auch für Kanada finden Kornberg und Clarke (1992, S. 106-107) eine relativ hohe Stabilität bezüglich *Political Support* zwischen 1974 und 1988. Mitte der 1990er Jahre wurden schliesslich wieder pessimistische Stimmen laut: Obwohl nun über 40 % aller Länder laut Freedom House demokratisch organisiert und als *frei* klassifiziert waren (vgl. z.B. Karatnycky, 1999, S. 3), wurde in vielen Ländern eine Politikverdrossenheit festgestellt und in Umfragen setzte sich der langfristige Rückwärtstrend des politischen Vertrauens fort oder das Vertrauen stabilisierte sich auf tiefem Niveau (vgl. z.B. Tolchin, 1996; Maier, 1994, S. 59; Nye & Zelikow, 1997, S. 255). Mit dem Band *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government* herausgegeben von Norris (1999b) wird die Polarisierung zwischen Demokratie-Pessimismus und -Optimismus aufgehoben und in der Folge erscheinen einige Werke, die versuchen, Legitimität etwas differenzier-

mit Stabilität in enger Verbindung gesehen, so schreibt z.B. Gamson (1968, S. 191) „[...] the withdrawal of legitimacy and trust from existing authorities [may] weaken their ability to enforce decisions and make new commitments, and it may create such serious instability that man who were not convinced of the need for change will now find the status quo intolerable“ und Jahrzehnte später kommt Dalton (2004, S. 10) zum selben Schluss, wenn er schreibt: „I disagree that current feelings of dissatisfaction and distrust are either a normal or an insignificant political development. The political culture literature argues that citizens must be supportive of the political system if it is to endure – and this seems especially relevant to democratic polities“<sup>3</sup>. Wenn dem so ist, dann müssten sich auch entsprechende Effekte bemerkbar machen. Trotz häufig festgestelltem Schwinden von Legitimität seit den 1960er Jahren, sind aber dennoch alle westlichen Demokratien stabil geblieben (vgl. z.B. Kaina, 2008, S. 510; Booth & Seligson, 2009, S. 1-4). Wie ist das möglich?

Offensichtlich stimmt die Theorie nicht mit der Empirie überein. Wie auch Booth und Seligson (2009, S. 5) feststellen, gibt es in solchen Situationen grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Die Theorie ist falsch und muss verworfen oder zumindest angepasst werden oder aber es stimmt etwas mit der Empirie nicht. Eine theoretische Erklärungsmöglichkeit wäre, dass, wie es die klassische Legitimitätstheorie vorschlägt, der Staat von einer über die Jahre aufgebauten *diffusen* Unterstützung<sup>4</sup> zehren kann, sollte der Staat durch unstete Gewässer segeln müssen (Lipset, 1960, S. 77; Easton, 1965, S. 273-280; Dahl, 1971, S. 124-188). „Diffuser Support“, wie es Easton nennt, stellt ein „store of political good will“ dar (Easton, 1965, S. 274). Allerdings stellt sich dann die Frage, wo denn die untere Grenze festzumachen ist, wenn seit mehr als 50 Jahren die Legitimität der westlichen Demokratien mit kurzen Ausnahmen in den frühen 1980ern und 90ern stetig schwindet (vgl. Hetherington, 1998, S. 792)? Wieso zerbrachen nicht junge Demokratien wie Nicaragua und Honduras an den schweren ökonomischen Krisen, welche sie durchmachten, wogegen eine länger währende Demokratie wie Kolumbien immer noch mit Guerillaattacken zu schaffen hat (Booth & Seligson, 2009, S. 4)? Dies konsequent zu Ende gedacht, führt zur Frage, ob gar Legitimität als solche gänzlich bedeutungslos sei (so z.B. Przeworski, 1991, S. 54)?

---

ter zu operationalisieren und auch die Theorie weniger einseitig zu interpretieren. Zusammengefasst behandeln sie die These, dass die Demokratisierung verbunden mit der Bildungsexpansion und dem Wohlstand sowie vielfältiger neuer politischer Herausforderungen wie die Globalisierung, Gleichberechtigung, ökologische Fragen zu kritischeren Bürgern führt, die zwar weniger Vertrauen in die Politiker zeigen, jedoch an demokratischen Prozessen festhalten (vgl. z.B. Dalton, 2004; Booth & Seligson, 2009).

<sup>3</sup>Es ist anzumerken, dass Dalton selbst durch die Abnahme des Vertrauens in die Regierung nicht zwingend die Demokratie in Gefahr sieht. Er geht aber von tiefgreifenden Reformen als Konsequenz aus, die zwar teilweise demokratiefördernd wirken können, sich laut seiner Meinung aber in der Mehrheit negativ auswirken (Dalton, 2004, S. 11, 195-196, 200)

<sup>4</sup>Dazu unten mehr, s. Abschnitt 2.2.2



Bevor aus Resignation eine eigentlich überzeugende, nachvollziehbare Theorie im Grundsatz verworfen wird, sollte zuerst genauer auf die empirischen Befunde, die eine Legitimitätskrise feststellen, geworfen werden. So detailreich die Legitimitätstheorie ausgearbeitet ist (vgl. z.B. Weber, 1922/1973; Lipset, 1960; Easton, 1965; Barker, 1990; Beetham, 1991), so limitiert ist die empirische Umsetzung. Legitimität wird meist mit Vertrauen in die Regierung operationalisiert (dabei wird nur in seltenen Fällen zwischen Institutionen und den amtierenden Personen unterschieden), manchmal gar mit Wahlbeteiligung oder Bereitschaft, Steuern zu bezahlen (so z.B. A. H. Miller, 1974, S. 951; Hetherington, 1998, S. 804-806; Grimes, 2006, S. 292-293; Levi & Sacks, 2009, S. 320). Gilley (2009, S. 2) bemerkt dazu schon fast zynisch: „[...] scholars have increasingly resorted to any old indicator of positive citizen attitudes toward their state in order to avoid the difficult issues of proper conceptualization“. Der genauere Blick in die Forschungsergebnisse zeigt denn auch, dass einigen dieser Indikatoren in vielen westlichen Ländern wohl eine negative Tendenz abzulesen ist, allerdings auf einem nach wie vor hohen Niveau (vgl. z.B. Holmberg, 1999, S. 106-107; Gans, 2004, Kapitel: Graphs). Somit lässt sich zurecht fragen, ob überhaupt von einer Legitimitätskrise gesprochen werden kann. Der Rückgang des (blinden) Vertrauens, das bis in die 1960er Jahre den (westlichen) Regierungen entgegengebracht wurde (vgl. Lane, 1962, S. 474), geht einher mit einer nie zuvor gesehenen Bildungsexpansion (Bornschiefer, 2005, S. 118-121) und der Verbreitung von Fernsehen sowie der zunehmend kritischer werdenden medialen Berichterstattung (vgl. z.B. Holmberg, 1999, S. 119-121). Kritische mediale Berichterstattung und Bildung führen zu kritischerer Evaluation der Umwelt, insbesondere der Beurteilung von Amtsinhabern (vgl. z.B. Holmberg, 1999, S. 119-120; Dalton, 2004, S. 74; Booth & Seligson, 2009, S. 134-135). Der am häufigsten verwendete Indikator für Legitimität, *Political Trust*, ist zudem mit einigen Problemen verbunden: Meist wird nach generellem Vertrauen in Politiker gefragt. Die Antwort auf eine solche Frage ist insbesondere in Demokratien nur schwer interpretierbar, denn man kann sehr wohl Politiker wählen, denen man vertraut, ohne den Politikern anderer Parteien zu vertrauen. Ausserdem ist wenig darüber ausgesagt, ob dem Gesamtsystem noch vertraut wird oder nicht (vgl. Holmberg, 1999, S. 107-108). Womit bereits zum nächsten Problem übergeleitet wäre: Die Legitimitätstheorie unterscheidet bereits seit den 1960er Jahren zwischen Legitimität der Amtsinhaber (*Authorities*) und der Legitimität des Systems (*Regime*) (vgl. z.B. Easton, 1965, S. 157-158). Somit ist es für die Theorie kein Problem, wenn zwar Amtsinhabern kein Vertrauen entgegengebracht wird, dennoch aber am politischen System festgehalten wird. Gerade in Demokratien gibt es für solche Situationen eine systemimmanente Lösung, nämlich die Abwahl der Regierung (vgl. Dalton, 2004, S. 7). Empirische Evidenz für einen Rückgang politischen Vertrauens stammt übrigens insbesondere aus den USA, was für einige Autoren kein Hindernis ist, diesen Befund gleich auf alle westlichen Demokratien zu generalisieren (so z.B. Crozier et al., 1975, S. 158-163). Laut anderen Studien kann in an-

deren westlichen Demokratien jedoch von einem deutlichen Vertrauensverlust keine Rede sein (Listhaug, 1995, S. 294; Holmberg, 1999, S. 106-107, vgl. z. B.). Vom Rückgang von Vertrauen in Amtsinhaber oder der Wahlbeteiligung gleich auf eine Legitimitätskrise der westlichen Demokratien zu schliessen, ist also unzulässig. Vertrauen in politische Institutionen als Indikator für Legitimität des Staates gänzlich zurückzuweisen (vgl. etwa Kaina, 2008, S. 512-516), löst das Problem jedoch genausowenig wie die generelle Ablehnung von Legitimität als relevante theoretische wie empirische Kategorie (so z. B. Przeworski, 1991, S. 54), zumal sich die Befunde bisher fast ausschliesslich auf westliche Länder und Demokratien stützen. Vielmehr muss eine systematische Operationalisierung, welche dem Stand der Legitimitätstheorie Rechnung trägt und offen für verschiedene Staatsformen und kulturelle Präferenzen ist, angestrengt werden. Bevor dieses Unterfangen in Angriff genommen werden kann, müssen zentrale Leitfragen formuliert werden, welche als Orientierungshilfe im Dschungel der unzähligen Definitionen und Konzeptionen von Legitimität dienen. Denn unterschiedliche Fragestellungen bedürfen unterschiedliche Konzeptionen der Kategorie Legitimität (Barker, 1990, S. 8).

### 2.1.1. Zentrale Fragen und Anforderungen an eine Operationalisierung von Legitimität

Die oben ausgeführten Probleme wissenschaftlicher Auseinandersetzungen mit Legitimität weisen den Weg, wie an die Operationalisierung der Legitimität herangegangen werden muss. Dieselben Fehler müssen vermieden werden, um nicht wieder in die Sackgasse widersprüchlicher empirischer Resultate zu geraten. Ist die Legitimität in westlichen Ländern wirklich so tief, wie es die Protagonisten der Legitimitätskrise behaupten? Welche Länder sind davon betroffen? Ist die Demokratie in westlichen Ländern bedroht? Ist Legitimität überhaupt eine relevante Kategorie? Dies sind die zentralen Fragen politischer Legitimität. Sie lassen sich nur dann empirisch beantworten, wenn Legitimität auch überzeugend gemessen werden kann. Folgende Anforderungen an eine Operationalisierung von Legitimität lassen sich ausmachen:

- Legitimität ist dem genauen Vorhaben entsprechend zu konzipieren. Eine elaborierte Definition von Legitimität im Kontext der Untersuchung ist für die Operationalisierung unerlässlich. Dabei ist anzuerkennen, dass unterschiedliche Disziplinen verschiedene Fragestellungen haben und sich somit auch die Definition von Legitimität unterscheiden kann und soll, wobei die Unterscheidung bewusst und in Kenntnis der Konsequenzen getroffen werden muss (vgl. Barker, 1990, S. 8, 25-26).

- Legitimität ist dem Stand der Theorie entsprechend zu definieren. Diese analytische Definition sollte so formuliert werden, dass eine Operationalisierung möglich wird.
- Eine Operationalisierung von Legitimität muss entsprechend der Definition erfolgen. Unterschiedliche theoretische Dimensionen müssen im empirischen Mass für Legitimität enthalten sein. Dazu muss die analytische Definition in eine operationale Definition umformuliert werden (vgl. z. B. Green-Pedersen, 2007, S. 15-22).

Wird nochmals vor Augen geführt, welchem Vorhaben sich diese Studie widmet, lassen sich die Desiderata für eine Definition von Legitimität, die dem Vorhaben entspricht (siehe Punkt 1 in der Aufzählung oben), formulieren. Welchen Einfluss Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates ausüben, scheint auf den ersten Blick nicht besonders viel über die Qualität von Legitimität auszusagen. Dennoch wird zu sehen sein, dass mit dieser Fragestellung bereits zielgerichtet der enorme Bedeutungsumfang der Kategorie Legitimität einschränkt werden kann. Zuerst wird aber nochmals in Erinnerung gerufen, wie das Vorhaben weiter ausformuliert ist: Soll die Wirkung von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates gründlich untersucht werden, setzt dies voraus, dass nicht nur die etablierten Wohlfahrtsstaaten in den Blick genommen werden, sondern gerade auch Länder in den Radius einbezogen werden, welche weniger entwickelte und traditionsreiche Wohlfahrtssysteme aufweisen. Auch dies übt einen Einfluss darauf aus, wie Legitimität konzipiert werden soll.

Im folgenden werden nun die Desiderata für eine Legitimitätsdefinition, welche dem Zweck dieser Untersuchung dient, formuliert.

**Legitimität des Staates** Der Fokus muss auf der Legitimität *des Staates* liegen. Wenn interessiert, ob Wohlfahrtsleistungen die Legitimität beeinflussen, dann kann nur die Legitimität des *Regimes* von Bedeutung sein. Damit schliessen wir die Legitimität einzelner Amtsinhaber aus, ebenfalls in den Hintergrund gerät das Ausmass des geteilten gemeinsamen Interesses oder Gutes in Form einer *Political Community*<sup>5</sup>. Wohlfahrtsleistungen werden den Bedürftigen (je nach System auch allen Bürgern) vom Staat gewährt, weshalb sie auch als Teil des Regimes gesehen werden können (vgl. z. B. Esping-Andersen, 1990, S. 2). Sie sind in vielen Staaten im Grundsatz unabhängig von konkreten Amtsinhabern (obwohl je nach politischer Couleur jener die Höhe der Leistungen durchaus variieren können). Das Interesse gilt deshalb dem *Regime* des

---

<sup>5</sup>Im Abschnitt 2.2.2, insbesondere auf Seite 22, werden die unterschiedlichen Entitäten (sogenannte *politische Objekte*), welchen Legitimität entgegengebracht werden kann, genauer vorgestellt. Natürlich lassen sich in der realen Welt solche analytischen Trennungen nicht strikt aufrecht erhalten, dennoch ist es wichtig, die Distinktion bewusst zu treffen, damit Fremdeinflüsse oder ungeeignete Indikatoren (siehe 2.1) von Beginn weg minimiert bzw. ausgeschlossen werden können.

Staates, also den Institutionen und Ideologien, in anderen Worten, der Summe unterschiedlicher *Policies* im weiteren Sinne, die über Jahrzehnte einen Staat prägen und auch charakterisieren (vgl. Gilley, 2006a, S. 501).

**Bottom-Up** Soll die Untersuchung Erkenntnisse über den Zusammenhang von Wohlfahrtsleistungen und Legitimität hervorbringen, die nicht nur im engen Kontext westlicher hoch entwickelter Demokratien Sinn machen, muss eine Operationalisierung gefunden werden, die auch für Länder unterschiedlichen Entwicklungsstandes und verschiedenen kulturellen Hintergrunds geeignet ist. Solche Erkenntnisse sind zentral, wenn Resultate nicht nur für einen sehr engen historischen, spezifisch zeit-räumlichen Kontext erzielt werden sollen. Um politische Legitimität sinnvoll in ihrem historischen Kontext eingebunden zu untersuchen, wie es beispielsweise auch Barker (1990, S. 22-26) fordert, muss anerkannt werden, dass Legitimität nicht statisch ist und in verschiedenen historisch-räumlichen Kontexten mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt sein kann (vgl. z. B. Hall, 1999, S. 41; Claude, 1966, S. 369; Clark, 2005, S. 13-14; Bukovansky, 2002, S. 24). Somit kann jede Staatsform in ihrem räumlichen und zeitlichen Kontext legitim sein (Beetham, 1991, S. 92-94, 98). Dies entspricht der von Weatherford (1992, S. 150-151) als *view from the grass roots* bezeichneten, im Gegensatz zur normativ orientierten, als *view from above* bezeichneten Tradition der Legitimitätsforschung.

**Massenlegitimation** Auch wenn ganz unterschiedliche Staatsformen untersucht werden, ist den heutigen Staaten gemeinsam, dass die Regierenden Legitimität bei den Massen anstreben. Es mag zwar nach wie vor faktisch so sein, dass nur die Zustimmung von Eliten effektiv gebraucht würde, um sich an der Macht halten zu können, dennoch geht es in allen modernen Staaten darum, die Herrschaft auch beim *gemeinen Volk* zu legitimieren. Objekte der Untersuchung sind demnach *alle Bürger* des jeweiligen Staates<sup>6</sup>. (Vgl. Beetham, 1991, S. 94; Gilley, 2009, S. 9)

**Kontinuierliches Mass** Um die Legitimität unterschiedlicher Staaten vergleichen zu können, muss Legitimität als ein kontinuierliches Mass verstanden werden. Es sind demnach verschiedene Grade an Legitimität eines Staates auszumachen (Easton, 1965, S. 161; Gurr, 1971, S. 186; Gilley, 2009, S. 11). Obwohl auf den ersten Blick gerne an-

---

<sup>6</sup>Beetham (1991, S. 94, Hervorhebung im Original) beschreibt diese Tatsache in unmissverständlichen Worten: „[...] the general acceptance of the principle of popular sovereignty in the modern world has meant that, whatever the precise form of political system, and however qualified the principle may be in the rules of appointment to office, political legitimation has to be *mass* legitimation; but it does not necessarily have to take the form of the liberal contract, or be exercised through the electoral choice of government. It is this requirement of mass legitimation that forms the decisive point of difference from a traditional order, in which the right to express consent (equivalent to the membership of the political community) was limited to the privileged or propertied section of society, whose consent was both exemplary and binding for everyone else.“

genommen wird, dass Legitimität dichotom zu fassen sei, da eine Institution oder ein Herrscher entweder legitim oder illegitim sei (wer behauptet von sich, er sei „ziemlich legitim“), wird schnell klar, dass ein sinnvolles Mass für Legitimität kontinuierlich sein muss. Wenn nämlich Legitimität, wie später zu sehen sein wird, multidimensional ist, dann lässt, selbst wenn jede Dimension einzeln dichotom wäre, das Aggregat Grade an Legitimität zu. Dies macht durchaus Sinn, denn ein Volk empfindet das sie beherrschende Regime nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt als gänzlich legitim und ab diesem Zeitpunkt dann als total illegitim. Die Geschichte zeigt, dass es immer Übergangsphasen der *Ent-Legitimisierung* gibt (Gilley, 2009, S. 11).

Die offenen Fragen, welche eine Studie über Legitimität beantworten muss, wurden nun formuliert. Mit ihrer Hilfe wurden die Anforderungen an eine sinnvolle Operationalisierung von Legitimität gestellt. Der nächste Schritt ist die Formulierung einer genauen Definition von Legitimität, die diesen Anforderungen genügt. Dies ist das Ziel des nächsten Abschnittes.

## 2.2. Definition von Legitimität des Staates

Den Anforderungen aus dem vorigen Abschnitt folgend, muss eine adäquate Operationalisierung von Legitimität einer analytischen Definition folgen und in eine operationale Definition überführt werden. Dies impliziert eine eingehende theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Legitimität. Es gilt, das theoretische Konzept von Legitimität hinsichtlich der verschiedenen sie konstituierenden Aspekte zu untersuchen. Die moderne systematische Legitimitätstheorie beginnt mit der wegweisenden Schrift „Politik als Beruf“ von Weber (1919/1988), entstanden aus einer Vorlesung des Jahres 1919<sup>7</sup>. Diese Analyse dient bis heute als wichtiger Klassiker. Weber erstellt darin eine Typologie verschiedener Herrschaftsformen – die charismatische, die traditionelle und die legal-rationale Herrschaft (siehe S. 27) – und kommt zum Schluss, dass nur die legale Herrschaftsform stabil sei und letztlich alle Herrschaft zu dieser Form konvergiere. Die heutige politikwissenschaftliche Legitimitätstheorie, welche insbesondere westliche Demokratien in den Blick nimmt, nahm ihren Ursprung erst in den 1960er Jahren mit Lipsets (1960) einflussreichem Buch „Political Man“. Kurz darauf analysiert Easton (1965) Legitimität als zentralen Begriff

---

<sup>7</sup>Eine eingehende historische Aufarbeitung der Legitimitätstheorien sprengt den Rahmen dieser Arbeit. Es sei auf die in den folgenden Abschnitten eingehend zitierten Werke von Barker (1990, S. 1-44), Gilley (2009, S. xi-xiii, 1-4) und Booth und Seligson (2009, S. 1-24) hingewiesen, welche dem interessierten Leser eine vertiefte Darstellung der Entwicklung der theoretischen wie auch empirischen Legitimitätsforschung bieten.

der Politikwissenschaften genaustens und benennt zahlreiche Dimensionen und Aspekte von Legitimität. Anfang der 1990er Jahre dann bieten dann Barker (1990) und Beetham (1991) mit ihren analytischen Werken – Barker beschreibt eine explizit *politische Legitimität*, Beetham bringt mit seiner Definition Ordnung in das bis dahin vorherrschende begriffliche Wirrwarr – Hand, die einerseits von politischen Philosophen, andererseits von Protagonisten sozialen Reduktionismus’ verschriene (vgl. z. B. Rogowski, 1974, S. 19-24) und ins beinahe Bedeutungslose versunkene Kategorie wieder aufzuerwecken. Wie oben beschrieben änderte sich aber nach wie vor wenig an der Qualität der empirischen Umsetzung dessen, was die Theorie längst anerbote, und wieder wurde Legitimität als unnütze Kategorie verunglimpft (vgl. z. B. Przeworski, 1991, S. 54). Erst in den letzten Jahren lassen sich vermehrt vielversprechende Arbeiten über Legitimität – nun endlich auch häufig über die westlichen Demokratien hinausgehend – ausmachen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sowohl theoretisch als auch empirisch ausgerichtet sind (vgl. z. B. Gilley, 2006a; Gilley, 2009; Booth & Seligson, 2009). Ein genauer Blick auf die Konjunktur der Diskussion um die wissenschaftliche Kategorie Legitimität lässt folgendes Muster ausmachen: Wenn immer es schlecht um Legitimität steht, wenn Fragen der Legitimität politischer Aktionen (der westlichen Länder) auftauchen, scheint sie auch im wissenschaftlichen Bereich zu interessieren. Oder wie es Barker (1990, S. 4) bereits formulierte: „Discussions of legitimacy have been most vigorous at just those times when the order and justice which a normative theory of legitimacy appears to offer seem [...] to be most endangered“. Die Weimarer Republik, welche Max Weber als politisches System kannte, zerbrach am Fehlen ihrer Legitimität; die 1960er und 1970er Jahre waren von sozialen Unruhen geprägt; die Arbeiten in den 1990er Jahren waren beeinflusst durch die Unruhen der 1980er Jahre (hervorgerufen durch die Politik von Margaret Thatcher); und auch heute ist das Thema der Legitimität wieder wichtig in Anbetracht der Afghanistan- und Irakinvasionen und dem andauernden Krieg gegen den Terror, sowie der Demokratisierungswelle in den arabischen Ländern.

Um eine geeignete Definition von Legitimität für dieses Vorhaben zu erarbeiten, wird das Vorgehen nicht chronologisch sein – also bei Weber starten und bei den aktuellen Autoren zum Schluss kommen, sondern ein schrittweises, vom Allgemeinen ins Spezifische gehendes Herantasten an eine Definition, die den Anforderungen aus dem vorhergehenden Kapitel genügt.

### 2.2.1. Politische Legitimität: Rodney Barker

Was ist überhaupt Legitimität? Obwohl seit Jahrzehnten wissenschaftlich über Legitimität diskutiert wird, ist nach wie vor keine einheitliche Definition auszumachen (vgl. z. B. Gilley, 2006a, S. 500; Grimes, 2008, S. 523; Kaina, 2008, S. 513). Ein möglicher Grund dafür

könnte im häufigen Alltagssprachlichen Gebrauch des Begriffes liegen; sicherlich auch von grosser Bedeutung – und mit ersterem Grund in Verbindung stehend – ist die Bedeutung und Verwendung des Begriffes in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, wie der Ökonomie, des Rechts, der Philosophie und unterschiedlicher Sozialwissenschaften (vgl. Barker, 1990, S. 6-8, 22-26; Beetham, 1991, S. 19-20; Weatherford, 1992, S. 150-151; Gilley, 2009, S. 3). Zuerst wird deshalb das Verständnis von Legitimität, wie es für dieses Vorhaben dienlich ist, expliziert.

In einem ersten Schritt wird der Begriff durch verschiedene allgemein gehaltene Definitionen von Legitimität näher beschrieben. Legitimität, so lässt sich als gemeinsamer Nenner vieler Autoren ausmachen, dient als Erklärung dafür, dass sich viele Menschen mehr oder weniger freiwillig den Anweisungen weniger Menschen unterordnen, dass sie Steuern bezahlen oder gar in den Krieg ziehen. Gehorsam lässt sich nämlich weder durch Natürlichkeit (etwa wie bei Ameisen) oder durch Selbstinteresse sinnvoll und hinreichend erklären (vgl. z. B. Barker, 1990, S. 6; Gilley, 2009, S. 3-5). Die Frage nach der Rechtfertigung von Gehorsam wird durch die Säkularisierung und Modernisierung verstärkt, denn der Glaube oder das Wissen, dass die Menschen selbst die Institutionen machen, verstärkt den Zwang, die *Richtigkeit* oder eben *Legitimität* ebendieser Form von Institution und deren Kompetenzen zu begründen. Dieser Zwang besteht nicht, wenn die Ordnung der Welt gottgegeben oder zumindest durch gottgegebene Klassen- oder Kastenunterschiede organisiert ist (vgl. z. B. Barker, 1990, S. 6-7; Beetham, 1991, S. 59). Deshalb war Legitimität bis in das 20. Jahrhundert ein Thema, das von politischen Philosophen besetzt war. Es galt zuerst die Frage zu beantworten, wer aus welchem Grund das Recht hat, die Macht auszuüben, wenn die Gesellschaftsordnung nicht durch die Natur oder Gott vorgegeben ist. Die Frage der Legitimität war zunächst eine normative als es galt, langsam die sich auflösende gottgegebene Ordnung in eine neue, rational begründete zu transformieren. So ging Hobbes etwa der Frage nach, wieso es moralisch gerechtfertigt ist, die Freiheit von Menschen einzuschränken (vgl. Barker, 1990, S. 7; Beetham, 1991, S. 80). Mit dem Aufkommen der Geschichtsschreibung rückte der Fokus mehr darauf, zu *erklären*, wieso ein Herrscher zu einem gegebenen Zeitpunkt die Macht zugesprochen erhält. Legitimität wurde so zu einer empirischen Kategorie, wobei es eine untergeordnete Rolle spielte, ob die Machtverteilung normativen Kriterien genügt oder nicht. Dies führte zu einer zweiten Richtung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Legitimität. Diese zwei Strömungen bestehen bis heute nebeneinander und tragen massgeblich dazu bei, dass einige begriffliche Verwirrung besteht, da alle vom gleichen zu reden glauben, aber etwas anderes darunter verstehen und sich gegenseitig vorwerfen, den Begriff zu verfälschen. Der Streit zwischen der „moral“ und der „explanatory question“ (Barker, 1990, S. 8) oder zwischen der „view from above“- versus der „view from the grass roots“-Tradition (Weatherford, 1992, S. 150-151) ist jedoch leicht

zu entschärfen, da beide Fragen andere Antworten suchen. Beide haben ihre Berechtigung und die eine ist ohne die andere nicht zu beantworten, allerdings müssen die Fragen getrennt gestellt werden. Es ist ein unmögliches Verfahren, die empirische Legitimität einer Herrschaftsform zu bestimmen, ohne Kenntnis der moralischen Vorstellungen der entsprechenden Gesellschaft. Ebenso sinnlos ist es, die Frage nach der empirischen Legitimität als amoralisch zu verwerfen (vgl. z. B. Dyson, 1980, S. 109; Grafstein, 1981, S. 456), denn, wie Barker (1990, S. 12) bildhaft formuliert, „[t]here is little point in debating the morality of pigs engaging in aerial acrobatics before the historical question of how good they are at flying has been cleared up“.

Wie auf Seite 14 beschrieben, ist für das Vorhaben der vorliegenden Studie die in den historischen Kontext eingebundene „explanatory“, bzw. „view from the grass roots“-Fragestellung zielführend. Wenn die Auswirkung von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität untersucht werden soll, ist eine empirisch ausgerichtete Definition von Legitimität gefragt. Insbesondere wenn verschiedene Kulturen gleichzeitig untersucht werden, ist eine normativ orientierte Definition gar irreführend, da nicht in jeder Kultur dieselben normativen Vorstellungen vorherrschen. Diese kulturspezifische normative Färbung von Legitimität wird gerade zu einer wichtigen Teilfragestellung, die nicht beantwortet werden kann, wenn von vornherein feststeht, was als legitim gilt.

Das fundamentale Verständnis von Legitimität geklärt habend, soll das Interesse nun den verschiedenen allgemein gehaltenen Definitionen von Legitimität gelten, um sich an diese umfassende Kategorie heranzutasten. Weber, der, wie eingangs erwähnt, als Begründer der modernen Legitimitätstheorie gesehen werden kann, versteht unter Legitimität das Einverständnis, das die Handelnden einer Herrschaftsordnung entgegenbringen. Eine Herrschaft ist also dann legitim, wenn sie von den Beherrschten als legitim angesehen wird. Das Fundament von Herrschaft liegt seiner Meinung nach, wie noch ausführlich in Kapitel 2.2.3.1 zu sehen sein wird, im Legitimationsglauben der Beherrschten (vgl. Weber, 1919/1988, S. 507). Hiermit wird klar, dass Legitimität für Weber eine empirische Kategorie ist, also kein normativer Massstab, der an eine Gesellschaftsordnung angelegt werden soll (vgl. Heidorn, 1982, S. 13). John Rawls bezeichnet Legitimität als politische Macht, die in Übereinstimmung mit den gegebenen Normen ausgeübt wird (Rawls, 1993/1996, S. 137, 225). Dem ähnlich hält Morris Zelditch (2001, S. 33, 40) etwas für legitim, wenn es im Einklang mit den vorherrschenden Normen, Werten, Glauben, Praktiken und Handlungsweisen in einer Gruppe ist. Barker (1990, S. 11) versteht unter Legitimität der Glaube an die Rechtmässigkeit eines Staates und seiner Macht, Befehle auszusprechen, die von den Bürgern aufgrund des Glaubens an die moralische Autorität des Staates, solche Befehle auszuüben, befolgt werden und nicht aufgrund von Angst oder Zwang. Legitimität ist seiner Meinung



nach eine *beobachtbare Beziehung zwischen einer Regierung und ihrer Untergebenen*. Allen diesen Definitionen ist gemeinsam, dass es sich um eine spezifisch *politische Legitimität* handelt. Dies muss jedoch geklärt werden, denn der Begriff Legitimität wird zumindest in der Alltagssprache breit verwendet: Ist es legitim, dass der Mann arbeitet und die Frau den Haushalt besorgt? Handelt es sich bei Lohndifferenzen zwischen Managern und Raumdienst um Unterschiede legitimer Höhe? Ist das sexuelle Verhältnis zwischen dem Chef und der Sekretärin legitim?

Was macht das *Politische* an Legitimität aus? Barker (1990, S. 23) benennt drei Punkte, nach welchen sich politische Legitimität von anderer Legitimität unterscheidet: *Erstens* beinhaltet politische Legitimität die Rechtfertigung gewisse definierte Dinge zu tun, nämlich Befehle auszusprechen, welche nicht von anderen widerrufen werden können. Politische Legitimität bedeutet also ein Monopol auf Gewalt. *Zweitens* enthält politische Legitimität einen anerkannten moralischen Anspruch auf konkrete Massnahmen, welche Konsequenzen mit sich bringen können. Und *drittens* entspringt die politische Legitimität der Autoritäten, welche sie beanspruchen können, nicht direkt den Taten der Autoritäten selbst, sondern dem Charakter der bemächtigten Institutionen beziehungsweise Personen oder aber den Prozeduren, durch welche sie die Macht erhalten haben. Laut Beetham (1991, S. 96) und Barker (1990, S. 23) kann man sich dem Staat nicht so einfach entziehen, als dass rationales Handeln Legitimität hinreichend erklären könnte. Die Legitimität eines ökonomischen Systems abzulehnen bedeutet nicht mehr als dessen Verteilungskonsequenzen zu verurteilen oder den hohen Wert, den Arbeit oder Innovation darin genießt, abzulehnen. Als Konsequenz arbeitet man dann vielleicht nicht so viel oder verwehrt sich dem Konsum. Die Legitimität eines Staates abzulehnen hingegen bedeutet zu sagen, dass dieser und seine Repräsentanten kein Recht besitzen, Befehle auszuteilen und deshalb die Befehle dieses Regimes nicht zu befolgen seien. Die Konsequenz ist dann Rebellion oder gar Revolution.

Wenn nun aber Legitimität als Set von historisch beobachtbaren, rechtmässigen Beziehungen definiert wird und nicht als ein normativ für rechtmässig zugeschriebener Status, wie soeben ausgeführt wurde, dann stellt sich die Frage, ab wann überhaupt von Legitimität gesprochen werden kann. Wie kann von Legitimität gesprochen werden, wenn sich Macht verfestigt hat und Fragen der Rechtfertigung gar nicht erst ins Bewusstsein treten (vgl. z. B. Bourdieu, 1985, S. 22), oder wenn Macht aus rein rationalen Gründen gutgeheissen wird (vgl. z. B. Rogowski, 1974, S. 33)? Diesen Einwänden kann mit einer Gegenfrage entgegengetreten werden: Ist ein Staat nur dann legitim, wenn die Legitimität desselben konkret artikuliert wird? Dies ist nicht der Fall, denn laut Barker (1990, S. 30-31) findet die ausdrückliche Formulierung von Legitimität meist dann statt, wenn (a) entweder ein neues politisches System installiert wird und dessen Legitimität begründet werden muss,

oder wenn (b) das System ineffektiv ist und Legitimität, quasi als Kompensation, explizit gemacht werden muss, da sie nicht selbstevident ist, oder aber wenn (c) ein Volk gemeinsam gegen eine Bedrohung von aussen reagieren muss. Dies sind aber alles Situationen, in denen Legitimität besonders fragil oder gar nur erhofft ist. Wie bereits Machiavelli beobachtete, sind Menschen zufrieden, solange das Leben in den bekannten, geordneten Bahnen verläuft (Machiavelli, 1532/2006, Kapitel I9). Gewohnheit ist nicht einfach ein neutrales, mechanisches Geschehen, wie die Bahnen von aufeinanderprallenden Billardkugeln, sondern beinhaltet immer auch eine Bewertung, ein Einverständnis (Barker, 1990, S. 32). Legitime Herrschaft, wie sie hier verstanden wird, zeichnet sich genau durch Gewohnheit aus, denn sie wird nicht hinterfragt oder angezweifelt. Barker (1990, S. 33) kommt zum Schluss, „[...] that habitual legitimacy may be the most important form of legitimacy, because it is an acceptance of unquestioned right“. Der Begriff der politischen Legitimität, richtig definiert, dient gerade der Unterscheidung zwischen eines Gehorsams aus rein zweckrationalen Gründen (wie etwa Gehorsam mangels fehlender Alternativen oder zu hoher Opportunitätskosten) oder aus Angst vor Bestrafung oder Gewalt. Denn wird Legitimität als politische definiert, ist sie mehr als Gehorsam, Duldung oder ein unabhängiger Grund dafür. Sie bleibt immer im Politischen selbst verwurzelt und ist dem Regime inhärent, auch wenn Legitimität durch Einflüsse ausserhalb des politischen Systems beeinflusst wird (vgl. Barker, 1990, S. 40).

### 2.2.2. Verortung der Legitimität im politischen System: David Easton

In den vorhergehenden Kapiteln wurde erörtert, dass für dieses Vorhaben ein Verständnis von Legitimität benötigt wird, das von Legitimität als empirischer und zugleich mitunter habitueller, explizit politischer Kategorie ausgeht. Eine Definition von Legitimität, welche eine genügend sophistizierte Operationalisierung zuliesse, ist damit jedoch noch weit entfernt. Zunächst muss die Legitimität in einen Zusammenhang eingebettet und weitere eingrenzende Unterscheidungen getroffen werden, um genauer zu verstehen, was Legitimität ausmacht. Ist Legitimität als eine politische bestimmt, gilt es, ihren Platz im politischen System zu bestimmen. Das politische System wurde ausführlich von Easton (1965) analysiert. Deshalb dient hier seine Analyse als Fundament.

Laut Easton ist Legitimität ein Glied in einem komplexen politischen System. Um die Wirkung und Ursachen von Legitimität zu verstehen, muss ihr Platz im politischen System verstanden werden. Ein System ist nach Easton (1965, S. 21-23) irgend ein Set von Variablen, das man genauer untersuchen möchte. Alles andere als dieses Set wird als Umwelt des Systems definiert. Das politische System definiert er als die Interaktionen durch

welche autoritativ Werte für eine Gesellschaft alloziert werden. Die wichtigsten Variablen politischen Lebens sind die Funktionen des politischen Systems, nämlich (a) Allokation der Werte für eine Gesellschaft und (b) das Überzeugen der Gesellschaftsmitglieder, diese Werte anzunehmen (Easton, 1965, S. 24). Dabei ist es zentral, dass eine allgemeine Theorie des politischen Systems normativ neutral gehalten ist, damit alle politischen Systeme damit beschrieben werden können. Denn nur so kann in einem zweiten Schritt die normative Festlegung überprüft werden (Easton, 1965, S. 14).

Die Umwelt kann das System beeinflussen. Aber nicht alles, was die Umwelt macht, stresst das System. Stress für das System entsteht dann, wenn essentielle Variablen über ein kritisches Mass steigen. Das politische System ist adaptiv und offen, es kann also auf Stress reagieren (Easton, 1965, S. 17-19). Der Einfachheit halber kann die Interaktion der Umwelt mit dem System, also Austausch und Transaktionen über die Systemgrenzen hinaus, auf Input und Output reduziert werden. Input wiederum kann in zwei Aspekte unterteilt werden: *Demands* und *Support*. Dies sind die Schlüsselfaktoren, durch welche die Umwelt das politische System beeinflussen, anpassen und formen kann (Easton, 1965, S. 26-27).

Ein *Demand* ist nach Easton (1965, S. 38) definiert als:

expression of opinion that an authoritative allocation with regard to a particular subject matter should or should not be made by those responsible for doing so.  
(...)

Dies bedeutet, dass ein Demand *erstens* zielgerichtet an eine Autorität sein muss, dass er *zweitens* formuliert sein muss und dass er *drittens* politisch sein muss. Erwartungen, die öffentliche Meinung, Motivation, Ideologien, Interessen oder Präferenzen sind also noch keine Demands.

Nur Demands sind für das politische System wichtig, nur sie können Stress für das System auslösen. Ein Interesse muss also in einen Demand konvertiert werden, um für das politische System relevant zu werden. Es gibt zwei Arten von Stress, der durch Demands ausgelöst wird: *Volume Stress* und *Content Stress*. Von ersterem spricht Easton, wenn zu viele Demands formuliert werden, um vom System bearbeitet zu werden, von zweiterem, wenn die Demands zu komplex für eine Lösung sind (Easton, 1965, S. 38-52).

Die zweite Klasse von Input zum politischen System ist *Support*. Von Support ist dann die Rede, wenn die Umwelt daraufhin wirkt, dass sich die Gefühle der Mitglieder in Bezug auf das Regime, die Institutionen oder die Regierenden und Amtsinhaber ändern (Eas-

ton, 1965, S. 155). Als Beispiel der Bedeutsamkeit von Support dient Easton der Zusammenbruch des Feudalsystems, aufgrund des Auftretens neuer politisch relevant werdender Gruppen, wie Arbeiter oder freie Bauern. Support kann drei unterschiedlichen politischen Objekten entgegengebracht werden, die wichtig zu unterscheiden sind (Easton, 1965, S. 157-158):

**Authorities** Kein politisches System kann für jedes Gesetz neue Regierungen aufstellen, für jede Implementierung neue administrative Behörden installieren. Die Behörden<sup>8</sup>, also Herrscher, Regierende, administrative Behörden etc., brauchen Support, damit Output generiert werden kann.

**Regime** Behörden alleine genügen für das Generieren von Output noch nicht. Es braucht dazu Regeln und Strukturen, nach welchen und in welchen die Behörden agieren können. Auch diese Regeln und Strukturen brauchen Support, damit Output generiert werden kann. Die Gesamtheit der Regeln und Strukturen werden als *Regime* bezeichnet.

**Political Community** Damit überhaupt von einem politischen System gesprochen werden kann, muss eine Einheit von Gruppen bestehen, welche die Mitglieder des politischen Systems ausmachen (oder, wie es Easton (1965, S. 177) ausdrückt: „[...] members seen as a group of persons bound together by a political division of labor“). Diese Einheit muss auch Support genießen, damit Outputs generiert werden können. Gibt es so starke Gruppenunterschiede, dass kaum mehr eine Verständigung möglich ist (sogenannte starke *Cleavages*), führt dies zu erheblichem Stress für das System (Easton, 1965, S. 240-242).

Support kann allen drei politischen Objekten in zwei Formen zugesprochen werden: *Eerstens* kann Support durch Handlungen gleichsam offenbart werden. Dies nennt Easton *Overt Support*. Unterstützung kann aber auch *zweitens* in Form von Einstellungen entgegengebracht werden, was Easton als *Covert Support* bezeichnet. Dabei taxiert Easton *Covert Support* als wichtiger, da *erstens* Handlungen unterschiedlich motiviert sein können, mitunter auch durch Gewalt erzwungen, und *zweitens* die Handlungen nur in spezifischen Situationen erbracht werden, nicht aber auf täglicher Basis. (Easton, 1965, S. 159-161)

Die Abnahme von Support durch seine Mitglieder bedeutet für ein politisches System Stress. Damit ein System bedroht ist, muss nicht zwingend der Support für alle politischen

---

<sup>8</sup>Da es keine direkte deutsche Entsprechung des Begriffes „Authorities“ gibt, werden dafür passende deutsche Begriffe wie Herrscher, Behörde, Regierung, Amtsinhaber, Autorität verwendet.

Objekte fallen. Er muss auch nicht gänzlich fehlen, um das System zu gefährden, Support kann sogar für konkrete politische Objekte noch vorhanden sein, wenn diese schon nicht mehr existieren. Deshalb kann auch eine relative Verringerung von Support von Bedeutung sein. Ein minimaler Level von Support ist nicht klar bestimmbar. Meist ist über geraume Zeit unklar, ob das System überleben wird. Erst ex post facto kann bestimmt werden, dass die Schwelle überschritten wurde. Eine Abnahme des Supports alleine reicht jedoch noch nicht für den Zusammenbruch eines politischen Systems. Dazu braucht es zumindest bei schon bestehenden politischen Systemen eine Gegenelite oder -bewegung. Allerdings führt in den meisten Fällen manifester Entzug von Support zu einer positiven Handlung in Richtung etwas anderem. (Easton, 1965, S. 220-225)

Das System kann aber auf die Abnahme von Support reagieren und dagegen wirken. Die Reaktion kann ihrerseits die Erosion von Support verhindern oder aber verstärken. Ein politisches System muss natürlich von Beginn weg Support fördern – oder in den Worten von Easton gegen die Abnahme von Support kämpfen –, damit es überhaupt Support genießen kann, sprich: damit es überlebensfähig ist. Easton (1965, S. 249) unterscheidet drei Typen von Reaktionen auf Stress in Bezug auf Support: strukturelle Regulierung, spezifischer Support und diffuser Support. Mit strukturellen Regulierungen kann das politische System auf *Cleavages* reagieren, indem es entweder versucht, die *Cleavages* durch Homogenisierung zu reduzieren<sup>9</sup>, jeder Gruppe durch expressive Strukturen politisches Gewicht oder zumindest Ausdrucksmöglichkeiten zugesteht oder durch repräsentative Strukturen jeder Gruppe die Möglichkeit gibt, ein Amt zu übernehmen (Easton, 1965, S. 250-254). Strukturelle Regulierungen dienen also als Mittel, Support zu generieren oder Rahmenbedingungen zu schaffen, die Support ermöglichen.

Support an sich lässt sich in zwei analytisch unterschiedliche Typen teilen, in spezifischen und diffusen Support:

**Spezifischer Support** „flows from the favorable attitudes and predisposition stimulated by outputs that are perceived by members to meet their demands as they arise or in anticipation“ (Easton, 1965, S. 273). Spezifischer Support ist also Unterstützung für die Regierung, den Staat oder die *Political Community*, die aus der mehr oder weniger direkten Erfüllung von Demands strömt. Er ist durch quid pro quo charakterisiert und ist an Outputs gebunden.

Allerdings genügt spezifischer Support nicht, um ein System am Leben zu erhalten, denn es gibt zu viele Demands, um für alle Bürger den gewünschten Output zu liefern. Zudem

---

<sup>9</sup>Dies führt jedoch meist eher zu einer Verstärkung der *Cleavages*.

müssen längere Phasen des Aufschubs geduldet werden, da die Demands nicht zu jeder Zeit sofort befriedigt werden können (Easton, 1965, S. 269-270). Dies bedeutet, dass sämtliche Mitglieder im Grunde bezüglich ihrer Demands depriviert sind. Genau hier kommt der *diffuse Support* ins Spiel. Sobald die Entscheidung, einen unliebsamen Beschluss zu akzeptieren, auf mehr als positive Folgen irgendwelcher spezifischer Outputs zurückzuführen ist, ist mehr als rein rationales Kalkül im Spiel und die Entscheidung kann nicht mehr durch spezifischen Support erklärt werden (Easton, 1965, S. 271-273).

**Diffuser Support** „forms a reservoir of favorable attitudes or good will that helps members to accept or tolerate outputs to which they are opposed or the effect of which they see as damaging to their wants“ (Easton, 1965, S. 273). Er ist also unabhängig von täglichen Outputs. Auf längere Frist aber haben natürlich Outputs einen Einfluss auf ihn. So kann Frustration über nichterfüllte Demands über längere Zeit zu Erosion von Support führen. Ein Beispiel von diffusem Support ist beispielsweise, wenn die eigene Lebenszufriedenheit auf das System generalisiert wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es für ein politisches System drei allgemeine Typen von Reaktionen auf Erosion von Support gibt (Easton, 1965, S. 275-277):

**Outputs** Dem Prinzip *quid pro quo* folgend sind Outputs der naheliegendste und einfachste Typ. Outputs führen mindestens zu spezifischem Support. Generiert das System über längere Zeit erfolgreich Outputs, führt dies zum dritten Typen des *Good will*.

**Zwang** Als Reaktion auf Erosion von Support scheint Zwang zwar kontraintuitiv aber er ist ein häufig gewähltes Mittel. Alle Systeme machen davon Gebrauch (beispielsweise durch Steuern), manche Systeme wenden aber häufiger und schwerwiegenderen Zwang an (beispielsweise Gewaltandrohung bei Nichtbeteiligung an Wahlen). Erzwungener Support ist zumindest mehr als kein Support.

**Good will** Durch *Good Will* wird entweder ein tiefliegendes Gefühl von Legitimität, Symbole eines gemeinsamen Interesses oder die Identifikation mit der *Political Community* beschrieben.<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup>Bei Easton sind die Begriffe *Good will* und *diffuser Support* mit der gleichen Bedeutung gefüllt, allerdings verwendet er ersteren, wenn es um eine Reaktion auf Erosion von Support des Systems geht, und zweiten wenn es um Support im engeren Sinne geht. Der Zusammenhang ist vergleichbar zwischen dem von Outputs und spezifischem Support, allerdings in umgekehrter Richtung: während Outputs vom System zu den Mitgliedern fließen und spezifischen Support fördern oder reduzieren, führt diffuser Support zu *Good will*, der von den Mitgliedern zum System fließt.

Für Easton liegen diese drei Mittel gegen die Erosion von Support im Zentrum aller politischen Systeme. Legitimität ist dabei für Easton die stabilste Art der Generierung von Support (oder die beste Prophylaxe gegen die Erosion von Support). Sie bildet ein stabiles Fundament, auf dessen Grundlage politische Entscheide akzeptiert werden (Easton, 1965, S. 278-279). Legitimität ist nicht immer rational, im Gegenteil: sie basiert stark auf Gefühlen. Für Easton ist Legitimität wie für Weber ein „belief in legitimacy“. Er beschreibt sie folgendermassen:

Regardless of what the members may feel about the wisdom of the actions of authorities, obedience may flow from some rudimentary convictions about the appropriateness of the political order of things. One simply ought to obey the authorities and abide by the basic political rules; no alternative is conceivable since it is the right thing to do. They are legitimate. (Easton, 1965, S. 279-280)

Während lange davon ausgegangen wurde, dass jemand erst als Herrscher anerkannt werden kann, wenn ein gewisses Mass von Legitimität vorhanden ist, unterscheidet Easton die Akzeptanz von Herrschaft aufgrund von taktischen Überlegungen von jener Herrschaft, welche Legitimität genießt. Als Beispiele dienen ihm lose Zusammenschlüsse von Clans, die bei Konflikten unter einer gemeinsamen Führung kämpfen oder internationale Systeme, welche bindende Beschlüsse fassen können, ohne als solche in allen betroffenen Bevölkerungen als legitim zu gelten, sondern ausschliesslich aufgrund der Tatsache, dass ohne das Befolgen dieser Beschlüsse die Konsequenzen zu negativ wären, um darauf nicht eingehen zu können. Die Mitglieder akzeptieren die Autoritäten, nicht weil sie „right and proper“ sind, sondern weil das Gehorchen nötig oder vorteilhaft ist. (Easton, 1965, S. 281-284).

Bezüglich der drei politischen Objekte kann Legitimität lediglich zweien zugeschrieben werden: dem Regime und den Behörden. Traditionellerweise wurde in der Wissenschaft Legitimität sogar nur den Herrschern, der Elite oder den Behörden zugesprochen. Bei genauem Hinsehen, wird aber schnell klar, dass Legitimität nicht nur Personen betrifft. Auch den Strukturen und Normen eines Regimes kann Legitimität zugeschrieben werden: Ein Regime kann durchaus legitim sein, wenngleich auch beispielsweise der Präsident für nicht legitim gehalten wird (Easton, 1965, S. 286). Konsequenz davon wäre ein Wechsel des Präsidenten bei Beibehaltung der politischen Strukturen – ein Fall, der in realen Situationen sehr häufig zu beobachten ist. Der *Political Community* kann keine Legitimität entgegengebracht werden. Mit der *Political Community* können sich die Bürger identifizieren oder nicht. Die-

se Identifikation ist eine Voraussetzung von Legitimität. Wird die *Political Community* in Frage gestellt, werden notwendigerweise die Strukturen des Regimes und die Behörden und Amtsinhaber auch nicht mehr akzeptiert. Als Reaktion auf die Erosion des Supportes für die *Political Community* sind strukturelle Anpassungen angebracht, nicht die Generierung von Legitimität des Systems (Vgl. Easton, 1965, S. 311-340).

Mit dieser Beschreibung wird klar, wo Legitimität im politischen System einzuordnen ist: Legitimität ist eine Form von *Input* in das politische System. Dabei ist sie der Klasse *Support* zuzuordnen, wobei es sich um eine von zwei Typen von Support, nämlich um *diffusen Support* handelt. Legitimität ist aber nur eine Teilform von diffusem Support. Sie ist nämlich diffuser Support für die beiden politischen Objekte Behörden und Regime. Legitimität ist analytisch zu unterscheiden vom gemeinsamen Interesse (ebenfalls diffuser Support für die Behörden oder das Regime) oder der Identifikation mit der *Political Community*. Das gemeinsame Interesse ist themenbezogen und kann von einem (legitimen oder illegitimen) Staat einer Thematik zugeordnet werden. Die Identifikation mit *Political Community* ist stabiler als die Gefühle zu Regime oder Behörden. Sie ist eine Voraussetzung für Legitimität und deshalb kein Bestandteil von ihr.

### 2.2.3. Die Struktur von Legitimität: Weber, Easton und Beetham

Nach der Verortung von Legitimität im politischen System soll nun der Frage nachgegangen werden, was Legitimität ausmacht. Was sind Quellen von Legitimität? Welches sind die Dimensionen von Legitimität? Dies sind die Fragen, welche geklärt werden müssen, bevor an eine Operationalisierung herangegangen werden kann. In diesem Abschnitt wird chronologisch die Entwicklung der Analysen der Struktur von Legitimität aufgezeigt, startend bei Max Weber, dem Urvater der empirisch orientierten Legitimitätstheorie. Anschliessend wird Eastons Weiterentwicklung von Webers Legitimitätstypologie vorgestellt und die Zeitreise bei Beetham beendet, einem Kritiker Webers, dessen Theorie die begrifflichen Mittel zur Verfügung stellen wird, um Legitimität zu operationalisieren.

#### 2.2.3.1. Max Weber

Max Weber bietet die erste systematische Analyse von Legitimität (vgl. z. B. Booth & Seligson, 2009, S. 1). Die Legitimitätsforschung ist massgeblich von seiner Typologie geprägt (vgl. z. B. Barker, 1990, S. 46). Er geht davon aus, dass das Fundament von Herrschaft im *Legitimationsglauben* der Beherrschten liegt. Eine Herrschaft ist nach Weber dann legitim,



wenn sie von den Beherrschten als legitim angesehen wird (vgl. Weber, 1919/1988, S. 507). Ein ‚Gehorchenwollen‘ mindestens der sozial gewichtigen Schichten der Beherrschten ist eine notwendige Bedingung für die dauerhafte Herrschaft (vgl. Weber, 1921/1964, S. 157). Legitimität ist also nach Weber das Einverständnis, das die Handelnden einer Herrschaftsordnung entgegenbringen. Hiermit wird klar, dass Legitimität für Weber eine empirische Kategorie ist, also kein normativer Massstab, der an eine Gesellschaftsordnung angelegt werden soll (vgl. Heidorn, 1982, S. 13). Somit entspricht Webers Verständnis einerseits den Anforderungen, welche im Abschnitt 2.1.1 an eine Definition von Legitimität gestellt wurden, andererseits ist es mit der Verortung von Legitimität im politischen System kompatibel, welche im vorhergehenden Abschnitt dargelegt wurde, denn auch Easton definiert Legitimität als ein *Legitimationsglaube* (Easton, 1965, S. 280).

Weber schlägt eine Typologie von Formen legitimer Herrschaften vor, welche zu kontroversen Auslegungen und in der Folge zu harscher Kritik führte. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Mängel an Präzision in der Terminologie bestehen, sowie die Ausführungen zur Legitimitätstheorie über verschiedene Arbeiten verteilt sind. Im Folgenden wird auf die Interpretation der Weber’schen Legitimitätstheorie von Heidorn (1982) Bezug genommen, da diese auf einer fundierten Analyse der Weber’schen Werke basiert und sich durch eine grosse systematische Konsequenz sowie durch begriffliche Präzision auszeichnet.

Weber unterscheidet drei Formen von Legitimitätsquellen, denen drei Idealtypen legitimer Herrschaft entsprechen: die traditionale, die charismatische und die legale Herrschaft. Die Erklärungskraft ist allerdings begrenzt, wie auch Weber selbst feststellt: Die faktische Fügung in Herrschaftsverhältnisse ist – zum einen – durch unterschiedlichste Motive zu erklären: Opportunitätsgründe, materielles Eigeninteresse oder Furcht sind nur einige solcher Möglichkeiten. Webers Idealtypen zielen aber nur auf eine Komponente solcher Motive, nämlich auf den Legitimitätsglauben der Beherrschten<sup>11</sup>. Wie es in der Natur von Idealtypen liegt, kommen diese – zum anderen – historisch nie rein vor. Empirisch sind nur Abwandlungen, Kombinationen und Übergänge dieser reinen Typen festzuhalten (vgl. Weber, 1919/1988, S. 508). Die Idealtypologie soll also nicht die Mannigfaltigkeit der möglichen (legitimen) Herrschaftsarten darstellen, sondern eine Orientierung für die begriffliche Bestimmung bieten (vgl. Heidorn, 1982, S. 14). Im Folgenden werden die drei Idealtypen von legitimer Herrschaft (die traditionale, die charismatische und die legale Herrschaft) kurz beschrieben:

---

<sup>11</sup>Hier lässt sich der Einfluss Webers auf Easton ausmachen. Easton geht mit seiner Analyse aber deutlich weiter und systematisiert, was bei Weber nur angetönt wird: Easton unterscheidet zwischen *coercion*, *tradition*, *expedience* und *diffuse support*.

**Legale Herrschaft** Die Legitimitätsgeltung der legalen Herrschaft ist rationalen Charakters. Sie basiert auf dem Glauben<sup>12</sup> der Beherrschten an die Legalität der Ordnungen (vgl. Weber, 1921/1964, S. 159). Die Geltung der Befehlsgewalt beruht auf einem System gesetzter rationaler Regeln, welche zu allgemein geltenden Normen werden. Gehorcht wird also nicht der herrschenden *Person*, sondern der *Regel*. Auch der Herrscher hat diese Regeln zu befolgen. Der reinste Typus der legalen Herrschaft ist die Bürokratie<sup>13</sup>.

Durch Legalität allein kann aber noch keine Legitimität erreicht werden. Nahe liegend ist ein Zugrundelegen von normativen Werten, welche durch die gesetzten Regeln umgesetzt werden. Weber begründet den Legalitätsglauben in die legale Herrschaft aber nicht so<sup>14</sup> (Heidorn, 1982, S. 35-42). Er sieht zwei Möglichkeiten der Legitimierung der Legalität: a) durch Vereinbarung von Interessen und b) durch Oktroyierung aufgrund einer als legitim geltenden Herrschaft (vgl. Weber, 1921/1964, S. 26). Für eine autochthone legale Herrschaft kommt also nur die Interessenvereinbarung in Frage. Dies bedeutet, dass der Legalitätsglaube (und mit ihm dann der Legitimitätsglaube) dann zustande kommt, wenn die legale Herrschaftsform auf *Dauer* und im *grossen und ganzen* die Interessen der Bevölkerung (präziser: der wichtigsten Bevölkerungsgruppen) befriedigt<sup>15</sup>.

**Traditionale Herrschaft** Die Handelnden orientieren sich in der traditionellen Herrschaft am alltäglich Gewohnten. Fundament dieses Herrschaftstypus ist die „Geltung des immer Gewesenen“ (Weber, 1921/1964, S. 26). Der Typus des Befehlenden ist der ‚Herrscher‘, der Typus des Verwaltungsstabes die ‚Dienerschaft‘ und der Typus der Beherrschten der ‚Untertan‘. Die reinste Form der traditionellen Herrschaft ist die patriarchalische Herrschaft. (Vgl. Heidorn, 1982, S. 15)

**Charismatische Herrschaft** Im Zentrum der charismatischen Herrschaft liegt die Heiligkeit, Heldenkraft oder Vorbildlichkeit einer Person und der durch sie gesetzten Ordnungen (vgl. Weber, 1921/1964, S. 159). Der Typus des Herrschenden ist der

---

<sup>12</sup>Dies zeigt erneut, dass es Weber nicht um die normative Bewertung der Systeme geht, sondern um den empirischen Legitimitätsglauben der Bevölkerung.

<sup>13</sup>Aufgrund des eingeschränkten Rahmens dieser Arbeit muss auf die Unterscheidung zwischen formaler und materialer rationaler Legitimität und ihrer Konsequenzen verzichtet werden. Sie spielt in Bezug auf die Fragestellung keine besondere Rolle. Für eine ausführliche und systematische Darstellung der Position Webers vgl. Heidorn (1982, S. 12-71).

<sup>14</sup>Nach Heidorn tönt Weber an, dass Wertrationalität einem vierten Herrschaftstypus entspreche (vgl. Heidorn, 1982, S. 41-42; Weber, 1921/1964, S. 26).

<sup>15</sup>Diese These sagt nichts darüber aus, was passiert, wenn die Interessen nicht befriedigt werden können. Es kann sowohl Rebellion entstehen wie auch nur „innere Entfremdung“ oder gar Fügsamkeit z.B. unter Androhung von Gewalt. Ebenfalls behauptet diese These nicht, dass die Befriedigung der Interessen eine nur dem legalen Herrschaftstypus zuzuordnende Komponente ist, sie gehört sogar ausdrücklich zu allen Typen (vgl. Heidorn, 1982, S. 46).

*Führer*, der des Beherrschten der *Jünger* (vgl. Heidorn, 1982, S. 17). Die Ausübung der Macht beruht weder auf traditionellen, noch auf rationalen Normen, sondern die Regeln werden auf der Grundlage von Offenbarungen, Eingebungen o. ä. willkürlich gesetzt.

Die Quelle des Glaubens an die Führungskraft entspringt aus Erfolgen, wie Siegen, Jagderfolge usw. Dieser Zwang zum Erfolg stellt die Achillessehne einer solchen Legitimation dar (vgl. Heidorn, 1982, S. 17). Weitere Problempunkte sind das Finden eines geeigneten Nachfolgers sowie die Veralltäglichen. Letztere führt zu einer Übergangstendenz der charismatischen Herrschaft zur traditionellen (vgl. Heidorn, 1982, S. 18). Weber benutzt den Begriff des Charismas in einem weiten Sinne: Es ist nicht auf die religiös-sakrale Sphäre beschränkt, sondern kann auch für prominente weltliche Personen zutreffen.

Da sich diese Typologie auf sehr hohem Abstraktionsniveau bewegt, liegt ihr Nutzen im universalen Geltungsanspruch. Mit ihrer Hilfe lassen sich Gesellschaften auf ihre tragenden sozialen Strukturen durchleuchten. Sie kann aber im Gegenzug nichts darüber aussagen, warum eine Gesellschaft eine Ausprägung  $x$  aufweist. Sie eignet sich also bestens für die Analyse der Legitimität der Herrschaftssysteme unterschiedlicher Länder, da sie ihr Augenmerk auf das Empfinden der Legitimität in der Bevölkerung legt und nicht Herrschaftssysteme verschiedener Gesellschaften auf Konsistenz mit normativen Satzungen prüft (beispielsweise auf Grad an Demokratie oder Trennung zwischen Kirche und Staat).

Ihr Nachteil liegt aber in der sehr schwammigen Terminologie (vgl. Kielmannsegg, 1971, S. 374-380; Heidorn, 1982, S. 13-14). Sie empirisch nutzbar zu machen, erweist sich als ein schwieriges Unterfangen aufgrund vieler qualitativer Terme wie beispielsweise Charisma und Tradition. Ein weiterer Kritikpunkt liegt in Webers Überschätzung „politischer Führergestalten“ (vgl. Heidorn, 1982, S. 66-67). Dies fusst wohl einerseits auf dem Interesse, auch tribale Gesellschaften in die Analysen mit einzubeziehen, in welchen solche Idole vielleicht eine grössere Rolle spielen, und andererseits im historischen Umfeld, in welchem Weber seine Typologie erstellte. Durch einen solch starken Fokus auf charismatische Persönlichkeiten werden leicht die sozialstrukturellen Voraussetzungen, unter welchen ein derartiger Erfolg solcher Führungspersonen erst möglich wird, verdeckt. Ebenfalls kritisiert wird an Webers Typologie, dass er sie zu sehr politisch ausrichte. Das ökonomische System als Legitimationsressource werde so aus dem Blickfeld gedrängt (vgl. Heidorn, 1982, S. 67). Dies trifft sicherlich zu, wenn Gesellschaften über die Zeit verglichen werden sollen. Werden, wie dies in dieser Arbeit der Fall ist, nur Gesellschaften mit (zwar sehr unterschiedlich ausgeprägten) industriellen Wirtschaftssystemen berücksichtigt, dürfte der Erfolg des Wirtschaftssystems z.B. über die Interessensvereinbarung im Faktor der lega-

len Herrschaft oder über den Erfolgszwang der charismatischen Herrschaft berücksichtigt werden.

### 2.2.3.2. David Easton

David Easton ist sicherlich stark von Webers Konzeption von Legitimität beeinflusst, obwohl er dies nicht besonders erwähnt. Im Gegenteil, er kritisiert sie häufig. Dennoch sind die Parallelen nicht von der Hand zu weisen. Erstens versteht Easton, wie wir bereits gesehen haben, Legitimität ebenfalls als ein *Legitimitätsglaube*. Zweitens basiert seine Struktur ebenfalls auf drei Dimensionen von Legitimität, geordnet nach der Quelle aus welcher Legitimität entspringt. Er benennt sie allerdings etwas abstrakter, sodass es klar wird, dass es sich um drei Dimensionen handelt, die bei jedem System vorkommen können. Easton definiert ausserdem klar, was Legitimität beinhaltet (s. Abschnitt 2.2.2), während bei Weber die Typologie gleich alle Aspekte von Herrschaft erklären soll, was in eine schwammige Begriffsführung mündet. Deshalb kritisiert Easton Webers Typologie, insbesondere da sie nicht zwischen den beiden politischen Objekten, denen Legitimität entgegengebracht werden kann, unterscheidet. Sie nimmt vor allem die Herrscher in den Blick, weniger das Regime. Der Typus der legalen Herrschaft wiederum zielt durch die Hervorhebung des *Legalitätsglaubens* auf Normen und somit auf das Regime, während ohne zu differenzieren gleichzeitig – da ja der Fokus grundsätzlich auf den Herrschern liegt – auch Amtsinhaber als durch diesen als legitimiert gesehen werden, da diese durch die Struktur ins Amt gehoben werden. Dass die Unterscheidung zwischen den politischen Objekten nicht getroffen wurde, trägt einen grossen Anteil daran, dass Webers Terminologie schwammig bleiben musste. (Vgl. Easton, 1965, 301-302, Fussnote 7)

Neben der Differenzierung zwischen den Objekten der Legitimität – *Regime* und *Authorities* – unterscheidet Easton drei Dimensionen von Legitimität, benannt nach den Quellen, woraus sie entspringen kann: Ideologie, Struktur und Persönlichkeit. Dies ergibt eine Sechsfeldertabelle wie sie in Tabelle 2.1 dargestellt ist.

Tabelle 2.1.: Struktur von Legitimität nach Easton (1965, S. 287)

Regime	Authorities
Ideologische Legitimität	Ideologische Legitimität
Strukturelle Legitimität	<i>Overflow</i> des Regimes
<i>Overflow</i> der Authorities	Legitimität durch Persönlichkeit

**Ideologische Legitimität** beschreibt die moralische Überzeugung, dass das *Regime* valide bzw. die *Authorities* rechtmässig an der Macht sind. Easton unterscheidet dabei zwischen verschiedenen Arten von Legitimität. Einerseits besteht eine Parteiideologie, welche die verschiedenen Parteien verfolgen, andererseits eine legitimisierende Ideologie, welche den Kern des *Regimes* trifft. Alle Parteien stimmen in dieser Ideologie zumindest teilweise überein, während sie notwendigerweise in ihrer Parteiideologie stark voneinander abweichen. Die dritte Art von Ideologie bezeichnet Easton als kommunale Ideologie. Sie betrifft die *Political community* und beinhaltet Ideologien, die *Cleavages* verstärken, welche eine Gruppe von anderen Gruppen trennen. Diese drei Arten können analytisch klar voneinander getrennt werden, auch wenn sie in der Realität teilweise überlappen können. Für die *ideologische Legitimität* ist ausschliesslich die legitimisierende Ideologie von Bedeutung. Sie bildet das Herz des Regimes, auf ihr basieren die dem Regime zugrunde liegenden Strukturen und Normen. Sie legitimiert die *Authorities* dadurch, dass das Gehorchen den moralischen Ansprüchen folgt. Es erscheint den Gehorchenden, dass die Herrscher ihre Macht rechtmässig beanspruchen. (Easton, 1965, S. 289-297)

**Strukturelle Legitimität** Wenn das Regime durch die Ideologie legitimiert ist, dann erwächst der Struktur des Regimes weitere Legitimität. Wer sich an die Regeln hält, ist legitim, da das System den ethischen Anforderungen gerecht wird. Dies ist insbesondere für das *Regime* leicht nachzuvollziehen. Getroffene Beschlüsse sind legitim, wenn sie auf die für richtig befundene Art und Weise getroffen und in Kraft gesetzt wurden. Für die *Authorities* lässt sich also nicht direkt strukturelle Legitimität nachweisen (sie geht immer auf das Regime zurück). Sie kann sich aber auf die Machtinhaber übertragen<sup>16</sup>. (Easton, 1965, S. 298-301)

**Legitimität durch Persönlichkeit** stellt den unabhängigen Glauben in die Tauglichkeit und Rechtmässigkeit der Herrscher aufgrund ihrer Persönlichkeit dar. Wenn die Person als solche die Führungsperson als legitim erscheinen lässt, wird es für diese möglich, gegen die Ideologie und Struktur des Regimes zu verstossen. So ist es möglich, dass eine Führungsperson ihre Legitimität von einem Regime und dessen zugehörigen Rollen auf das nächste mit seinen neuen Rollen überträgt, was in vielen Regimewechseln so geschieht, beispielsweise in Frankreich mit Charles de Gaulle 1958 (Easton, 1965, S. 288). Wichtig ist diese Form der Legitimität auch bei der Sozialisation der Kinder in das politische System. Für sie ist oft ein politischer Einflussträger von Be-

---

<sup>16</sup>Beispielsweise kann ein Wähler mit der Zeit dennoch positive Gefühle der Legitimität für den gewählten Präsidenten empfinden, obwohl er eine andere Partei gewählt hat. Für den Wähler ist dann nicht nur das Regime legitim, sondern auch der Präsident.

deutung, sich mit dem Regime und dem System als Ganzem zu identifizieren, meist der Präsident. Dieser Einfluss einer oder mehrerer wichtiger Persönlichkeiten führt dazu, dass auch Legitimität für das Regime aus der Legitimität durch Persönlichkeit entspringt. (Easton, 1965, S. 302-306)

Mit diesen drei Dimensionen, die jeweils getrennt für jedes politische Objekt betrachtet werden sollten, lässt sich die Legitimität des politischen Systems beschreiben. Allerdings gibt es einige Quellen von Legitimität, die nicht nur eine einzelne Dimension ansprechen, sondern gleich mehrere Dimensionen beeinflussen. Diese nennt Easton *Omnibus Legitimizing Responses*. Zu dieser Kategorie gehören zum Beispiel Reaktionen auf Instabilität durch Bedrohungen von aussen oder schnellen Wandel, welche mit Zeremonien oder Ritualen beschrieben werden können. Sie führen zur allgemeinen Stärkung von diffusem Support, nicht nur von Legitimität. (Easton, 1965, S. 308)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Vorteil von Eastons Definition von Legitimität darin besteht, dass er sehr genau analytisch zwischen den verschiedenen Objekten und Quellen von Legitimität differenziert (und Legitimität, wie im vorhergehenden Abschnitt 2.2.2 beschrieben, auch genau im politischen System verortet). Für eine Operationalisierung ist diese analytische Definition zu abstrakt gehalten. Die analytische Genauigkeit erfordert einen Kompromiss, wenn es um die Feststellung von konkreten Ausprägungen in den jeweiligen Dimensionen geht, welche nur auf ein Objekt direkt wirken und auf das andere mittels *Overflow* übertragen werden kann (Strukturelle Legitimität fließt vom *Regime* zu den *Authorities* und Legitimität durch Persönlichkeit überträgt sich von den *Authorities* auf das *Regime*).

Werden nochmals die im Abschnitt 2.1.1 formulierten Desiderata an eine operationale Definition von Legitimität in Erinnerung gerufen, hilft Eastons Werk dabei, eine Legitimität *des Staates* zu operationalisieren. Seine Differenzierung zwischen den politischen Objekten gibt vor, auf das *Regime* zu fokussieren und die *Authorities* sowie die *Political community* aussen vor zu lassen. Letztere ist nicht Bestandteil von Legitimität, sondern eine Voraussetzung derselben, und erstere sind – zumindest in denjenigen Ländern, in welchen sie von dem *Regime* getrennt werden können – für unsere Fragestellung nicht direkt relevant, da Wohlfahrtsleistungen Teil des *Regimes* sind.

Die Definition von Easton bringt zudem Klarheit, welche Dimensionen bei einer Operationalisierung zu berücksichtigen sind. Sie sind den Definitionen von Max Weber sehr ähnlich – *legale Herrschaft* entspricht in etwa *struktureller Legitimität*, *traditionale Herrschaft* ist *ideologischer Legitimität* zumindest ähnlich und *charismatische Herrschaft* ent-

spricht *Legitimität durch Persönlichkeit* –, sind in ihrer Klarheit und Ausformulierung aber klar überlegen. Dennoch ist für eine Operationalisierung der Legitimität noch ein weiterer Schritt nötig, um das Problem der *Overflows* zwischen *Regime* und *Authorities* zu lösen. Hier kann David Beethams Definition von Legitimität weiterhelfen.

### 2.2.3.3. David Beetham

David Beetham kritisiert Webers Typologie harsch als ein „almost unqualified disaster“ (Beetham, 1991, S. 8) und als „blindest of blind alleys in the history of science“ (Beetham, 1991, S. 8). Kritikpunkte sind die Wertefreiheit der Weber'schen Typologie mit ihrem Fokus auf dem *Legitimitätsglauben* und die – nach Beetham – damit einhergehende Eindimensionalität. Er legt Webers Definition so aus, dass ein Regime dann legitim sei, wenn es durch PR zustande bringe, dass die Bevölkerung an das Regime glaube. Sobald die Bevölkerung nicht mehr an die Legitimität glaube, sei dies ausschliesslich auf ein Versagen der PR zurückzuführen, nicht aber auf das System (vgl. Beetham, 1991, S. 9). Mit dieser Interpretation entmündigt Beetham die Bürger einerseits, indem er unterstellt, dass sie in keinem Fall zwischen Information und PR unterscheiden und ausserdem nicht ausserhalb der PR Informationen erlangen können; andererseits missversteht er das Ziel der Weber'schen Legitimationstypologie, die Systeme nicht nach normativen Kriterien zu qualifizieren sucht, sondern nach den Qualitäten fragt, welches ein von der Bevölkerung als legitim angesehenes Regime, sei es moralisch noch so verwerflich, auszeichnet<sup>17</sup>. Auch der zweite Kritikpunkt basiert auf einem fundamentalen Missverständnis der Weber'schen Legitimitätstheorie: Da Beetham den Legitimitätsglauben als eine Dimension neben Legalität und Wertrationalität ansieht, interpretiert er die Typologie als eindimensional und die einzelnen Typen als selbstgenügsam und separate Ausprägungen dieser Dimension (vgl. Beetham, 1991, S. 24). Selbstverständlich bleibt bei einer solch starken Reduzierung nicht viel Erklärungskraft der Typologie übrig.

Dennoch ist Beethams Werk sehr aufschlussreich: Er schafft es, die Dreidimensionalität der Legitimität systematisch und terminologisch stringent aufzuzeigen, obwohl er die Dreidimensionalität aus drei verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen herleitet – und so jede etwas verkürzt:

---

<sup>17</sup>Das von Beetham als Beweis für das Fehlen der Erklärungskraft eines Legitimationsverständnisses aufgrund des Legitimitätsglaubens angebrachte Beispiel unterstützt paradoxerweise gerade ein solches Verständnis: Beetham schreibt, dass ein auf Legitimitätsglauben basiertes Verständnis den Zusammenbruch des Kommunistischen Regimes als ein Versagen der PR-Maschinerie implizieren würde, „rather than anything actually wrong with the system“ (Beetham, 1991, S. 9). Interessanterweise brach die Sowjetunion aber erst zusammen, als das System unter Gorbatschow – nach Beetham's Kriterien – ‚verbessert‘ wurde. Das System war zuvor ja schon jahrelang ‚schlecht‘ und dennoch erfolgreich.

1. Der Jurist kümmert sich um die Legalität: Eine Herrschaft ist legitim, wenn die gesetzlichen Regeln eingehalten werden. Er interessiert sich für die Definition und Interpretation von gesetzlichen Regeln.
2. In der moralischen und politischen Philosophie wird eine Herrschaft als legitim erachtet, wenn die Machtverhältnisse als moralisch gerechtfertigt angesehen werden können. Ihr geht es, anders ausgedrückt, nicht darum, ob die Regeln eingehalten werden, sondern ob diese Regeln (zumindest den ihnen zugrundegelegten) moralischen Anforderungen standhalten.
3. Der Sozialwissenschaftler wiederum kümmert sich mehr um die empirischen Konsequenzen als um Moral oder Regeln. Er interessiert sich dafür, warum die Bürger welche Erwartungen an die Herrschaft haben, wann sie ein System für legitim halten und wann nicht mehr. Legitimität wird hier nicht als etwas normativ Absolutes verstanden, sondern in einen sozialen und historischen Kontext gesetzt.

Legitimität könne aber nicht auf eine einzelne dieser Disziplinen reduziert werden, sie sei ein dreidimensionales Gebilde (vgl. Beetham, 1991, S. 19). Entsprechend den Disziplinen benennt folglich Beetham die drei Dimensionen: Legalität (*Legality*, Jura), Rechtfertigung (*Justification*, Philosophie) und Einverständnis (*Consent*, Sozialwissenschaften) (vgl. Beetham, 1991, S. 20).

**Legalität** Die erste Dimension der Legitimität ist die Basisdimension der Regeln: Legalität. Macht ist dann legitim, wenn sie in Übereinstimmung mit den existierenden Regeln erworben und ausgeübt wird (vgl. Beetham, 1991, S. 16). Diese Regeln können systematisch schriftlich definiert und formalisiert sein oder aber informal auf Konventionen beruhen.

**Rechtfertigung** Legalität allein reicht noch nicht aus, um ein System als legitim gelten zu lassen, denn die Regeln, die der Legalität zugrunde liegen, müssen gerechtfertigt sein. Diese Rechtfertigung bildet die zweite Dimension der Legitimität. Um Macht gerechtfertigt auszuüben bedarf es einer validen Quelle der Autorisation: Die machtausübenden Personen müssen über die angemessenen Qualitäten für diese Aufgaben verfügen oder die Machtstruktur muss ein gemeinsames Interesse repräsentieren. Entsprechend sind die Rechtfertigungen von den herrschenden Werten in den jeweiligen Gesellschaften abhängig. (Vgl. Beetham, 1991, S. 17)

**Einverständnis** Die dritte Dimension der Legitimität ist der demonstrative Ausdruck von Übereinstimmung bzw. Einverständnis. Dazu gehören Handlungen wie z. B. die



Unterzeichnung von Verträgen oder der Treueschwur. Dieses Zeigen von Einverständnis ist der Beitrag der Untergeordneten an die Legitimität der Herrschenden auf zwei Ebenen: erstens kommt eine *subjektive bindende Kraft* in das Verhältnis, die unabhängig von den Motiven für das Einverständnis ist, zweitens hat das demonstrative Zeigen des Einverständnisses eine öffentliche symbolische Wirkung. Beetham sieht diese Dimension in Kontrast zu Webers Auffassung des Legitimitätsglaubens, da er den Legitimitätsglauben als von oben nach unten vermittelt versteht. Ausdruck von Übereinstimmung ist nach Beetham das Gegenteil davon, nämlich die von unten nach oben vermittelte Legitimitätsqualifikation. (Vgl. Beetham, 1991, S. 18-19)

Der Vorteil dieser Analyse von Legitimität liegt in der Klarheit der Begriffe. Jeder Legitimitätsdimension kann auch ein klares Gegenteil zugeordnet werden: Der Legalität steht die Illegalität entgegen (das Brechen von Regeln), der Rechtfertigung das Legitimitätsdefizit (Diskrepanz zwischen den Regeln und den Werten) und der Legitimation durch Einverständnis die Delegitimation (das Entziehen der Legitimität). (Vgl. Beetham, 1991, S. 20)

Ein gewichtiger Nachteil dieser Definition liegt im Ursprung der Analyse: Beetham versucht eine interdisziplinäre Definition von Legitimität zu erstellen, damit die einzelnen Disziplinen seiner Ansicht nach ‚bessere‘ Analysen vollbringen können. Er vergisst dabei, dass unterschiedliche Disziplinen verschiedene Fragestellungen bearbeiten und somit die Definitionen unterschiedlich interpretieren. Vielleicht rührt es auch daher, dass er Max Webers Typologie so grundlegend missversteht: Auf der Suche nach einer normativ qualifizierenden Definition ist Webers Angebot sicherlich „the blindest of blind alleys“.

Überraschend<sup>18</sup> scheint in dieser Hinsicht, dass Beethams Definition derjenigen von Weber äusserst ähnlich ist: Die legale Herrschaft entspricht der Legalität, die traditionale Herrschaft der Rechtfertigung und die charismatische Herrschaft der Legitimität durch Einverständnis (vgl. Beetham, 1991, S. 24). Für ihn ist das aber nicht auffällig, da er dies sogar als Kritik an Weber ausformuliert: „[The typology of Weber] elevates each of the three contributory components of legitimacy, that I have distinguished above, into a separate and fully self-sufficient *type* of legitimacy“ (Beetham, 1991, S. 24). In diesem Satz tritt in aller Deutlichkeit hervor, dass er das Prinzip der Typologie nicht verstanden hat. Auch Weber sieht seine Idealtypen als Dimensionen und die Legitimität als Resultante, die sich aus den legitimierenden Effekten einer legalen Herrschaftsordnung, von traditionellen Gewohnheitsmustern und Führungspersönlichkeiten zusammensetzt (vgl. Weber, 1921/1964,

---

<sup>18</sup>Auf den zweiten Blick ist diese Ähnlichkeit nicht mehr so überraschend, verfolgen doch beide das Ziel, die tragenden Strukturen der Legitimität unter grosser Vergleichbarkeit herauszuarbeiten (vgl. Heidorn, 1982, S. 50 (in bezug auf Weber); Beetham, 1991, S. 22).

S. 26, 160; Weber, 1922/1973, 151-166, bes. 151, 153, 165f.).

Ein weiterer Nachteil Beethams Definition ist, dass auch Beetham nicht zwischen den Objekten der Legitimität unterscheidet. Nur so ist zu erklären, dass er die Wahlbeteiligung als geeigneten Indikator für Einverständnis sieht (Beetham, 1991, S. 151). Die Wahl legitimiert jedoch lediglich die Machtausübung der Gewählten, nicht aber des *Regimes*. Zufriedenheit mit der Situation kann sogar dazu führen, von der Urne fernzubleiben.

Es zeigt sich also, dass sich keine dieser Definitionen für sich alleine stehend für eine operationale Definition von Legitimität für die Zwecke dieser Studie eignet. Es weisen aber alle drei Definitionen Gemeinsamkeiten auf und jede Definition bringt wichtige Unterscheidungen ein. Im nächsten Abschnitt werden sich die Definitionen vergleichend gegenübergestellt.

### 2.2.3.4. Gegenüberstellung der drei Definitionen

Den drei Definitionen gemeinsam ist die Unterscheidung von drei Dimensionen von Legitimität. Nicht nur die Anzahl der Dimensionen ist gleich, sondern es besteht auch eine Ähnlichkeit in deren Bedeutung. Tabelle 2.2 zeigt eine Gegenüberstellung der Definitionen der drei Autoren.

Tabelle 2.2.: Gegenüberstellung der Typologien von Weber (1921/1964), Easton (1965) und Beetham (1991)

Max Weber	David Easton	David Beetham
Legale Herrschaft	Strukturelle Legitimität	Legalität
Traditionale Herrschaft	Ideologische Legitimität	Rechtfertigung
Charismatische Herrschaft	Legitimität durch Persönlichkeit	Einverständnis

Diese Ähnlichkeit ermöglicht es, die drei Definitionen zu kombinieren. Bezüglich der Definition von Max Weber ist für den Zweck dieser Studie bedeutend, dass Legitimität als *Legitimitätsglaube* der Bevölkerung verstanden wird. Nur so ist es möglich, Legitimität sinnvoll in ihrem historischen Kontext eingebunden zu untersuchen, wie es im Desideratum *Bottom-Up* auf Seite 14 formuliert wurde. Eastons Einordnung von Legitimität im politischen System bringt Klarheit darüber, dass zwischen verschiedenen Objekten von Legitimität unterschieden werden muss. Dies ist für diese Studie zentral, da sie den Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität untersucht. Somit wird klar, dass es um die Legitimität *des Staates* gehen muss und dass davon die Legitimität der *Authorities* sowie der *Political Community* unterschieden werden muss. Damit wird das auf Seite 13 formulierte

Desideratum erfüllt. Beetham schliesslich löst mit seiner analytisch klaren Definition das Problem der Definition von Easton, nämlich den *Overflows* und der *Omnibus Legitimizing Responses*, welche von Easton als querverlaufend zu seinen Dimensionen erfasst werden. Mit Beethams Fokus auf die *Massenlegitimation*, wie sie im Desideratum auf Seite 14 verlangt wurde, wird es möglich die dritte Dimension so aufzufassen, dass damit sowohl die *Overflows* wie auch die *Omnibus Legitimizing Responses* erfasst werden können. Denn die Dimension *Consent* umfasst einerseits die Legitimität, die dem *Regime* durch die Persönlichkeiten der *Authorities* zufließen, andererseits auch jene Legitimität, welche durch die *Omnibus Legitimizing Responses* generiert wird.

## 2.3. Analytische Definition von Legitimität

Nun sind die Voraussetzungen geschaffen, um eine analytische Definition von Legitimität zu formulieren, die im Abschnitt 6.1 in eine operationale Definition überführt werden kann: Legitimität muss gleichsam normativ neutral definiert und operationalisiert werden, wenn Länder unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds verglichen werden sollen. Sie wird hier zudem verstanden als Legitimität *des Staates* in Abgrenzung zur Legitimität der *Authorities* und der *Political Community*. Dabei ist mit Legitimität der *Legitimitätsglaube* der Bevölkerung gemeint: Ein Staat ist dann legitim, wenn seine Bevölkerung ihn als legitim wahrnimmt. Dies bedeutet, dass es sich um eine Massenlegitimation handelt, nicht um das Durchsetzen von Legitimität ausschliesslich aufgrund des Legitimitätsempfindens der Elite.

Tabelle 2.3.: Zusammenfassung der Definition von Legitimität

Voraussetzung	Normative Neutralität (kulturelle Vielfalt)
Objekt	Staat (Legitimität des Staates)
Gruppe	Bürger des Staates
Dimensionen	Legalität, Rechtfertigung, Einverständnis
Modell	Sich kompensierende Dimensionen
Skalierung	Kontinuierliches Mass

Legitimität besteht ferner aus drei Dimensionen: der Legalität, der Rechtfertigung und dem Einverständnis. Die Legalität verweist auf Legitimität, die auf das Einhalten von (geschriebenen oder ungeschriebenen) Regeln zurückzuführen ist. Rechtfertigung bezeichnet den Anteil der Legitimität, der durch die moralische Zustimmung zu den Regeln des Machtgefüges zustande kommt. Einverständnis schliesslich steht für die Legitimität, die dem Staat als solche ‚von unten‘ entgegengebracht wird, sei es der Kompetenz oder dem

Charisma der regierenden Personen entstammend, sei es aufgrund äusserer Bedingungen wie Gefahr von aussen oder wirtschaftlicher Erfolg. Diese Dimensionen können sich kompensieren. Dies bedeutet, dass Legitimität, so wie sie hier skizziert wird, ein kontinuierliches Mass darstellt, das empirisch festgestellt werden kann. Tabelle 2.3 fasst die Hauptpunkte der Definition von Legitimität in Stichworten zusammen.

### 3. Wohlfahrtsleistungen

Zur Annäherung an den Begriff der Wohlfahrtsleistungen folgt im nächsten Abschnitt ein kurzer historischer Abriss zu diesem Thema. Eine genaue Nacherzählung der Entstehung der modernen Wohlfahrtsstaaten sprengt den Rahmen dieser Arbeit<sup>1</sup>. Deshalb wird die Entstehung sozialstaatlicher Leistungen nur kurz beschrieben. Anschliessend werden verschiedene Typologien von Wohlfahrtsstaaten vorgestellt und auf die Situation in den nicht-westlichen Ländern eingegangen. Schliesslich wird eine Definition von Wohlfahrtsleistungen, die eine Operationalisierung erlaubt, erarbeitet.

#### 3.1. Die Entstehung von Wohlfahrtsleistungen: Ein kurzer historischer Abriss

Im Mittelalter bildete die Familie das soziale Netz. Wenn die Familie nicht mehr helfen konnte, sorgte die Kirche für Hilfe. Armut wurde als gottgewolltes Schicksal angesehen, sie hatte somit einen Sinn (und wurde deshalb auch nicht nachhaltig bekämpft). Da Arme einen Platz im Jenseits gesichert hatten, Reiche jedoch an ihren Taten gemessen wurden, brauchten die Reichen die Armen, um gute Taten zu vollbringen. Das Geben war nicht reziprok, die Belohnung für die Spende erfolgte im Jenseits durch Gott. Das Verhältnis zu den Armen war deshalb immer ambivalent: Hier die Christenpflicht, da ein öffentliches Ärgernis. Ab dem 15. Jahrhundert veränderte sich die Beziehung zu den Armen immer stärker in Richtung Abstossung. Pest, Cholera, der 30-jährige Krieg und demographische Veränderungen führten zu Massenmobilität, welche Horrorvisionen schürten. Die ‚Armutsökonomie‘ des Mittelalters brach zusammen und es kam durch die Reformation zu einer Glaubenskrise. Nicht mehr Schicksalsschläge, sondern Selbstverschuldung führte gemäss der protestantischen Ethik zu Armut. Es wurde bald zwischen den redlichen Armen, die aufgrund von Schicksalsschlägen auf Hilfe angewiesen waren, und faulen Vagabunden, die Müssiggang und den Bettelstab der Arbeit bevorzugten, unterschieden. Im Absolutistischen Staat wurden Arme durch die Polizei ausgewiesen oder eingesperrt. (vgl.

---

<sup>1</sup>Eine umfassende Einführung zum Thema bieten z.B. Ullrich (2005), textciteBohnischEtAl1999 und Castel (2000).

z.B. Castel, 2000, S. 64-97; Böhnisch, Arnold & Schröer, 1999, S. 13-21; Ullrich, 2005, S. 19-24)

Im Laufe des 18. Jahrhunderts etablierte sich die heute sogenannte ‚bürgerliche Gesellschaft‘, einerseits im Zuge des Kampfes gegen die Feudalordnung mit Bestrebungen in Richtung Demokratie, andererseits durch die von England ausgehende Industrialisierung, welche die Lebens- und Arbeitsverhältnisse nachhaltig veränderte (vgl. z.B. Hering & Münchmeier, 2000, S. 19). Die damit einhergehende Arbeitsteilung hatte enorme Auswirkungen auf die Bevölkerung. Hatte früher eine Familie eine ökonomische Zweckgemeinschaft charakterisiert, welche sich weitgehend durch Eigenversorgung auszeichnete, so wurden nun Abhängigkeiten vergrößert: Die Familie schmolz auf eine Kernfamilie und die Selbstversorgung wurde durch den Wandel von der Haushaltsfamilie zum Familienhaushalt gleichsam aufgelöst. Die Arbeit diente nicht mehr der direkten Ernährung, sondern führte über den Lohn zu einem Auskommen. Die Arbeitsbedingungen aber waren prekär und der ökonomische Druck führte zu sinkenden Löhnen und vielen Entlassungen. Dennoch kam es zu einer verstärkten Landflucht, denn die in der Landwirtschaft Beschäftigten gehörten nicht mehr zu einem Hof, sondern waren seit 1807/11 ‚frei‘ und somit auch für sich selbst verantwortlich. An rationales Wirtschaften nicht gewöhnt, da sie bisher in Abhängigkeit von ihrem Gutsherrn gelebt hatten, verschuldeten sich viele Kleinbauern und Tagelöhner. Das Haus- und Feldgesinde kam nun zwar in den Genuss der Freiheit, was aber auch die Gefahr der Arbeitslosigkeit bei Krankheit oder Konkurrenz mit sich brachte. Viele suchten daraufhin ihr Glück in den Fabriken der Städte. Die Lebensbedingungen des wachsenden Proletariats waren sehr schlecht. Ein einzelner Lohn reichte kaum für die Grundversorgung einer zweiten Person; meist arbeiteten Mann, Frau und Kind. Gewohnt wurde üblicherweise in einem Elendsquartier, selten mit mehr als einem Zimmer und einer Küche, häufig wurde sogar das Bett von verschiedenen ‚Schichten‘ von Arbeitern geteilt. Die Nachfrage nach Arbeitern war trotz Wirtschaftswachstum kleiner als das Angebot, da sich, sobald die gute Kunde von möglichem Verdienst verbreitet war, die Landflucht verstärkte und das Angebot an Arbeitern vergrößerte. Die Armut im Proletariat war enorm, leben konnte nur, wer arbeitete. (Vgl. z.B. Böhnisch et al., 1999, S. 13-19; Hering & Münchmeier, 2000, S. 19-23, 41-47; Reyer, 2002, S. 18-22)

Neben den oben beschriebenen strukturellen Veränderungen etablierte die Französische Revolution ein neues Menschenverständnis: Jeder hatte ein Recht auf Leben. Engagierte Bürger gingen nun als Philantropen direkt zu den Armen, versuchten herauszufinden, wo ihr Problem lag, und übernahmen deren Vormundschaft (vgl. z.B. De Gérando, 1826). Vor allem für Frauen war die Philanthropie eine willkommene Abwechslung zum langweiligen

Alltag<sup>2</sup> (Ramsauer, 2000, vgl. für Zürich).

Das Elend wurde aber immer grösser, schon bald war es nicht mehr möglich, subsidiär Hilfe zu leisten. Zudem wuchs auch der Druck der sich organisierenden Arbeiterschaft. Die soziale Frage wurde mehr und mehr zum politischen Thema, da durch soziale Bewegungen und durch den Sozialismus den Arbeitern eine Stimme gegeben wurde (vgl. z. B. Böhnisch et al., 1999, S. 27-43). Mit der Auffassung des Pauperismus als *soziales* Problem fand (nach und nach) ein Strukturwechsel in der Fürsorge statt: Armut war nicht mehr gottgewollt oder selbstverschuldet, sondern ein überindividuelles Problem, eine Folge des Funktionszusammenhangs der Gesellschaft, welche mit dem neuen Fach der Soziologie nun auch wissenschaftlich untersucht wurde. Diese Ansicht wurde erst durch das massenhafte Auftreten von Armut und dessen offensichtlichen Zusammenhang mit der Wirtschaft möglich (vgl. z. B. Ullrich, 2005, S. 24). Dies trat besonders deutlich in der Rezession, hervorgerufen durch den Gründerkrach<sup>3</sup> der 1870er Jahre, hervor. Doch schon vorher formierte sich Widerstand gegen die herrschenden Klassen: Gewerkschaften wurden gegründet und mittels Streiks wurde Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt. So standen die Revolutionen von 1830 und 1848 im Zeichen der Klassengegensätze, während in der Französischen Revolution noch um geistig-politische Reformen gekämpft wurde. (Vgl. z. B. Hering & Münchmeier, 2000, S. 21-23; Reyer, 2002, S. 22)

Mit der Formierung von Gewerkschaften und Verbänden, sowie mit der Gründung verschiedener Parteien kam es zur Ausbildung eines organisierteren Proletariats, das begann, nach politischem Einfluss zu streben (vgl. z. B. Hering & Münchmeier, 2000, S. 22; Ullrich, 2005, S. 23). In der Zeit ab ca. 1820 entstanden die ersten staatlichen Versuche, die „soziale Frage“ in den Griff zu bekommen. In jedem Nationalstaat wuchs auf seine eigene Art ein System verschiedener wohlfahrtlicher Institutionen. Anfangs waren diese Institutionen auf einzelne Berufsgruppen beschränkt oder nicht-staatlich organisiert. Mit der Zeit wurden sie dann immer mehr staatlich zusammengefasst und organisiert. So ergaben sich teils erhebliche Unterschiede der Wohlfahrtssysteme zwischen den Ländern. Die Leistungen an die Bedürftigen waren aber in allen Ländern sehr gering. In England und Wales betrugen sie ca. 3 % des Bruttoinlandsproduktes, in Frankreich, Belgien und den Niederlanden ca. 1.5 % (Lindert, 2004a, S. 8). Die Eintreibung von Steuern zur Verwendung für die Hilfe an Bedürftige nahm ihren Anfang in England und verbreitete sich schnell über Europa nach Nordamerika und Australien. Die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten kann grob in vier

---

<sup>2</sup>So erstaunt es auch nicht, dass für die Entstehung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und die Durchsetzung eines Wohlfahrtsstaates das Frauenstimmrecht ein signifikanter Faktor ist (vgl. z. B. Lindert, 2004b, S. 53).

<sup>3</sup>Der Gründerkrach 1873 beendete die Gründerzeit des Industrialismus und war als Börsenkrach ausschlaggebend für die grosse Depression, welche von 1873 bis 1890 dauerte. (Vgl. z. B. Hering & Münchmeier, 2000, S. 21, 37-38; Baltzer, 2006, S. 4-12)

Phasen eingeteilt werden: Formation der Wohlfahrtsstaaten von 1820 bis 1914; Anpassung an soziale, ökonomische und politische Prozesse zwischen 1914 und 1945; Stabilisierung und Ausweitung der Leistungen von 1945 bis 1970; Krise des Wohlfahrtsstaates ab Mitte der 1970er Jahre mit Ab- und Umbau des Wohlfahrtsstaates als Folge<sup>4</sup>. (vgl. z. B. Christen, Michel & Rätz, 2003, S. 12-13; Lindert, 2004a, S. 11-15)

## 3.2. Typologien von Wohlfahrtsstaaten

Während in der Wohlfahrtsstaatsforschung zu Beginn v. a. die Höhe der Wohlfahrtsleistungen (gemessen als Sozialausgaben als Prozente des Bruttoinlandsproduktes oder als Sozialabgabequote) als abhängige Variable verwendet wurde, wurde bald der Ruf nach alternativen Indikatoren laut, welche auch die qualitativen Unterschiede der Wohlfahrtsysteme berücksichtigen (vgl. z. B. Bonoli, 1997, S. 353). Denn in jedem (westlichen) Land wurden ab 1840 verschiedene Institutionen nach und nach zu einem staatlichen System von Wohlfahrtsleistungen zusammengeführt. Diese einzelnen Systeme unterscheiden sich teilweise stark voneinander. In diesem Abschnitt werden die verschiedenen Typologien kurz beschrieben.

### 3.2.1. Bismarck vs. Beveridge

Naheliegender ist die Unterscheidung nach der prinzipiellen Organisation der Wohlfahrtssysteme. Zwei solche prinzipielle Typen von Organisation wohlfahrtlicher Institutionen sind zu unterscheiden: Bismarck- oder Beveridgetypen. Der Bismarcktyp entspricht dem Versicherungsprinzip. Der Name verweist auf Otto von Bismarck, der von 1871 bis 1890 Reichskanzler im Deutschen Reich war und das erste umfassende Sozialsystem einführte. Die Leistungen werden bei diesem Typ an die Höhe der Beitragszahlungen gekoppelt. Es wird eine Pflichtversicherung für alle Personen (z. B. die Krankenkasse in der Schweiz) oder für einen ausgewählten Personenkreis (z. B. Arbeitslosenversicherung) eingerichtet. Das Zahlen der Beiträge berechtigt zum Anspruch auf Leistungen (allerdings nicht unbedingt in der Höhe der einbezahlten Beiträge). Somit sind die Leistungen an das Einkommen gekoppelt. Der Beveridgetyp dagegen funktioniert nach dem Versorgungsprinzip und erhielt seinen Namen von William Beveridge, einem britischen Ökonomen, der in der Endphase des

---

<sup>4</sup>Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass trotz Reformen, welche zum Zweck hatten, den Leistungsumfang abzubauen, die Wohlfahrtsleistungen in Prozenten am Bruttoinlandsprodukt in den meisten Ländern aufgrund der demographischen Entwicklung und von Wirtschaftskrisen bis ins neue Jahrtausend weiter stiegen



Zweiten Weltkrieges einen umfassenden Plan zur Neuordnung der sozialen Sicherung in England entwickelte (vgl. Beveridge, 1943). Nach diesem Prinzip wird allen ein Recht auf eine Mindestversorgung zugesprochen. Der Anspruch auf Leistungen ist an Bedürfnis und Wohnort/Bürgerschaft gebunden. Es wird versucht, allen Bürgern einen Mindestlebensstandard zu bieten und Notlagen zu verhindern, unabhängig von den individuellen Zahlungen vor der Inanspruchnahme. Finanziert wird das System durch Steuern oder einen pauschalen Beitragssatz. (Vgl. z.B. Chassard & Quintin, 1992, S. 94; Bonoli, 1997, S. 357-359; Hülsmann, Schmid & Schöll, 2001, S. 6)

Der Bismarck-Typ unterscheidet sich vom Beveridge-Typ nicht nur durch die Ausgestaltung der Ansprüche und Leistungen, sondern – grundlegender – im Ziel wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Der Bismarck-Typ richtet sich auf die Erhaltung des Einkommens der Arbeiterklasse (später auch der Mittelschicht) aus, während dem Beveridge-Typ die Armutsprävention zugrunde liegt (vgl. z. B. Bonoli, 1997, S. 357). Dies zeigt sich auch in der politischen Diskussion über die Ausgestaltung oder Reform des Wohlfahrtsstaates. So wird im Bismarcksystem vor allem über Beitragsentwicklungen und über die Zusammensetzung der Versicherten diskutiert, während im Beveridgesystem darüber verhandelt wird, was als Minimum an Lebensstandard gelten soll und welcher Steuersatz zumutbar und sinnvoll ist (vgl. z. B. Christen et al., 2003, S. 15-19).

Die Bismarck-/Beveridge-Typologie weist zwei gewichtige Nachteile auf: *Erstens* lassen sich die unterschiedlichen Länder nicht eindeutig einem der beiden Typen zuweisen, sondern sind Mischtypen. Denn die Wohlfahrtsysteme setzen sich aus einer Vielzahl verschiedener Institutionen zusammen, die ihrerseits dem einen oder anderen Typ zugeordnet werden können<sup>5</sup>. Zudem ist eine Einteilung in lediglich zwei Typen bezüglich empirischer Analysen zu einschränkend (vgl. z. B. Bonoli, 1997, S. 362). *Zweitens* vermag die Bismarck-/Beveridge-Typologie Unterschiede in der Höhe der Wohlfahrtsleistungen nicht zu erfassen (vgl. z. B. Bonoli, 1997, S. 359). Deshalb wurden in den 1990er Jahren beginnend mit dem wegweisenden Werk von Esping-Andersen (1990)<sup>6</sup> weitere Typologien von Wohlfahrtsregimes eingeführt. Im folgenden werden nur die gängigsten vorgestellt.

---

<sup>5</sup>Allerdings gibt es Staaten, welche mehrheitlich Institutionen des Bismarcktyps aufweisen (z. B. Deutschland), und Staaten, die mehrheitlich nach dem Beveridge-System organisiert sind (z. B. England).

<sup>6</sup>Die erste Typologie von Wohlfahrtsstaaten stammt von Titmuss (1974, S. 30-31). Allerdings blieb bis in die 1990er Jahre die Verwendung von quantitativen Massen für die Sozialleistung eines Staates dominant. Erst die Aufnahme und Weiterentwicklung der Titmuss'schen Typologie durch Esping-Andersen (1990) führte zu einer lawinenartigen Verbreitung von Wohlfahrtsstaatstypologien.

#### 3.2.2. Wohlfahrtsregimes

Die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung basierte bis in die 1990er Jahre hinein auf Vergleichen der Sozialausgaben. Bald wurde kritisiert, dass auch qualitative Unterschiede bezüglich der Art und Weise, wie in den Staaten Sozialleistungen vergeben werden, bestehen würden und dass zwischen verschiedenen Typen von Wohlfahrtsstaaten unterschieden werden müsse. Die erste Typologie von Wohlfahrtsleistungen stammt von Richard Titmuss und besteht aus drei Typen. *Erstens* residuale Wohlfahrtsstaaten, die nur nachweislich Bedürftigen Leistungen für die Sicherung für das Überleben gewähren; *zweitens* meritokratische Wohlfahrtsstaaten, in welchen die Leistungen (meist in Form von Sozialversicherungen) an Erwerbsarbeit gekoppelt ist; und *drittens* institutionelle Wohlfahrtsstaaten, die stark in das Marktgeschehen eingreifen und, basierend auf universalen sozialen Rechten, umfassende Sozialleistungen bieten (Titmuss, 1974, S. 23-31). Titmuss baute allerdings diese Typologie nicht aus und stellte sie nicht auf eine empirische Grundlage, weshalb erst mit der Arbeit von Esping-Andersen ein Wendepunkt in der Wohlfahrtsstaatsforschung stattfand.

Auch Esping-Andersen (1990) beschreibt in seinem Buch „Three Worlds of Welfare Capitalism“ drei Typen von Wohlfahrtsstaaten, die im grossen und ganzen denjenigen von Titmuss entsprechen. Esping-Andersen spricht meist von Wohlfahrtsregimes, da es sich um unterschiedliche Handhabungen und Zusammenstellungen von Instrumenten zur Behandlung der sozialen Frage handelt. Die drei Wohlfahrtsregimetypen nennt Esping-Andersen das *liberale*, das *konservative* und das *sozialdemokratische* Regime. Das *liberale* Wohlfahrtsregime zeichnet sich durch einen hohen Anteil an marktgesteuerten Instrumenten und durch eine tiefe Dekommodifizierung wie auch Stratifizierung aus. Zum liberalen Wohlfahrtsregime zählen die USA, Kanada und Australien. Im Zentrum des *konservativen* Regimes liegt die Gewährung sozialer Sicherheit unter Beibehaltung von Statusunterschieden. Die Dekommodifizierung ist relativ hoch, die Stratifizierung aber gering, die soziale Ungleichheit bleibt mehrheitlich bestehen. Kirche und Familie nehmen einen wichtigen Stellenwert bei der Gewährung sozialer Sicherheit ein. Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien zählen zu diesem Regime. Das *sozialdemokratische* Regime schliesslich zeichnet sich durch eine hohe Dekommodifizierung und durch universale Rechte eine hohe Stratifizierung aus und wird durch die skandinavischen Länder repräsentiert (Esping-Andersen, 1990, S. 26-28).

Esping-Andersen stellt im Gegensatz zu Titmuss seine Typologie auf eine empirische Basis. Drei Kriterien sollten laut ihm für eine Typologie der Wohlfahrtsregimes berücksichtigt werden: Die *Dekommodifizierung*, die *Stratifizierung* und die Rolle, die *Staat*, *Markt* und

*Familie* bei der Wohlfahrtsproduktion spielen. Allerdings basiert seine Typologie vor allem auf den ersten beiden Kriterien (vgl. z. B. Ullrich, 2005, S. 44). *Dekommodifizierung* steht dabei für das Ausmass, in dem ein Wohlfahrtsstaat einem Bürger ein Auskommen unabhängig vom Markt (insbesondere von der Erwerbsarbeit) ermöglicht (Esping-Andersen, 1990, S. 21-23). Die dekommodifizierende Wirkung einer Wohlfahrtsinstitution errechnet sich dabei *erstens* aus der Restriktivität des Zugangs zu den Leistungen und der möglichen Bezugsdauer, *zweitens* aus der Höhe der Einkommensersatzleistungen und *drittens* aus der Diversität des Angebots an Leistungen (Esping-Andersen, 1990, S. 47).

Die *Stratifizierung* beschreibt die Wirkung des Wohlfahrtsstaates auf die soziale Ungleichheit. Nicht jede Hilfe führt automatisch zur Reduktion von sozialer Ungleichheit. Während beispielsweise Fürsorgeleistungen, die nur bei bewiesener Bedürftigkeit vergeben werden, die soziale Ungleichheit verstärken, perpetuieren Sozialversicherungssysteme Statusunterschiede, da die Leistungen an bisherige Beiträge und an Gruppenzugehörigkeiten gebunden sind. Nur universalistische Systeme sind nach Esping-Andersen in der Lage soziale Ungleichheit zu verringern (Esping-Andersen, 1990, S. 23-26). Empirisch kann die Stratifizierung folgendermassen festgestellt werden: Das Ausmass des *Means Testing*, also der Prüfung der Bedürftigkeit als Voraussetzung für das Erhalten von Leistungen, das Ausmass der Abhängigkeit der Leistungen von vorangegangenen Beiträgen oder von Berufs- oder anderen Statusgruppen und das Ausmass der Universalität der Leistungen (Esping-Andersen, 1990, S. 69)

Mit umfangreichen Daten kann Esping-Andersen nachweisen, dass die (westlichen) Wohlfahrtsstaaten bezüglich Dekommodifizierung und Stratifizierung gemäss den drei Wohlfahrtsregimes Cluster bilden. Allerdings bilden die drei Regimes nach wie vor Idealtypen. Es kommen keine reine Typen vor: Das Wohlfahrtssystem der USA beinhaltet redistributive Elemente genauso wie in Schweden liberale Elemente festzustellen sind. Dennoch lässt sich für die meisten Länder eine Zuordnung zu einem Cluster feststellen (Esping-Andersen, 1990, S. 28-29).

Esping-Andersens Typologie führte zu einem Boom an Forschung über die Wohlfahrtsstaaten. Seine Typologie wurde zwar häufig kritisiert, dennoch setzte sie sich deutlich durch (vgl. z. B. Ullrich, 2005, S. 43, 48-49). Die Kritik besteht häufig darin, dass ein vierter Typ vorgeschlagen wird. Häufig wird ein Mediterraner Typ vorgeschlagen. Während Esping-Andersen Italien dem konservativen Typ zuordnet, finden einige Autoren jeweils mit unterschiedlicher empirischer Operationalisierungen vier Typen von Wohlfahrtsstaaten, wobei diesen Typologien gemeinsam ist, dass sie die drei Typen von Esping-Andersen nachvollziehen können und einen vierten Typ bestehend aus den mediterranen Ländern hinzufügen (Leibfried, 1992; Ferrera, 1996; Bonoli, 1997). Dies spricht gleichzeitig für ein gutes Erklä-

rungspotential der Esping-Andersen-Typologie<sup>7</sup> wie auch für das Bestehen eines weiteren Prototyps von Wohlfahrtsstaaten, nämlich des *mediterranen*.

Auch Castles und Mitchell (1993), Kangas (1994) und Korpi und Palme (1998) finden einen vierten Typen neben den drei Typen von Esping-Andersen. Diesmal handelt sich aber nicht um einen mediterranen Typen, sondern um einen Untertyp des liberalen Regimes, nämlich das sogenannte *radikale* Wohlfahrtsregime. Hierbei steht die Umverteilung im Vordergrund. Die radikalen Staaten, vor allem Australien und Neuseeland, manchmal auch Grossbritannien und Irland, zeichnen sich durch einen dem liberalen Regime eigenen *Means-Testing*-Ansatz aus, wobei durch die hohe Inklusion mittels relativ tiefen Hürden für Leistungsbezüge gleichzeitig dem sozialdemokratischen Regime eigenen universalen Ansatz Rechnung getragen wird.

Stark kritisiert wurde Esping-Andersen auch dafür, dass er die Situation der Frauen zu wenig berücksichtigt habe. Werden genderspezifische Faktoren in die Formierung von Wohlfahrtsregimes einbezogen resultieren jedoch meist Esping-Andersens Typen zuzüglich eines mediterranen Typen, der den Frauen vermehrt eine Rolle in der Familie zuschreibt<sup>8</sup> (vgl. z. B. Siaroff, 1994; Trifiletti, 1999).

Alles in allem lässt sich festhalten, dass sogar die Kritiker Esping-Andersens Typologie meist ähnliche Typen hervorbringen<sup>9</sup>, zuzüglich eines oder zweier weiterer Typen, je nachdem welche und wieviele Länder in der Untersuchung berücksichtigt wurden. Dies weist auf den heuristischen Nutzen der Typologie Esping-Andersens hin. Allerdings lassen sich nur drei Länder ausmachen, die praktisch in jeder Typologie demselben Regime zugeordnet werden: Die USA finden sich immer wieder im liberalen Regimetyp wieder, Deutschland im konservativen und Schweden im sozialdemokratischen. Dies spricht allerdings nicht zwingend gegen die Typologie Esping-Andersens, denn die Qualität einer Typologie ist daran zu messen, als wie fruchtbar sie sich für die Theoriebildung und die empirische Forschung erweist. Da es sich um Idealtypen handelt ist es nicht wahrscheinlich, dass sich alle Länder klar einem Typen zuordnen lassen, sondern dass alle Länder von allen Typen etwas haben, sich idealerweise aber vorwiegend dem einen oder andern Typen zuschreiben lassen (vgl. z. B. Esping-Andersen, 1990, S. 28-29; Bamba, 2007, S. 1101). Da in der Operationalisierung so viele verschiedene Wege gegangen wurden und dennoch meist die ähnlichen

---

<sup>7</sup>Das Ländersample von Esping-Andersen beinhaltet aus dem mediterranen Raum lediglich Italien, weshalb es nicht erstaunt, dass er daraus keinen eigenen Typus formt.

<sup>8</sup>Gelegentlich werden auch die Schweiz diesem Typ zugeordnet, der dann konsequenterweise mit „Late Female Mobilisation“ benannt wird (so etwa: Siaroff, 1994).

<sup>9</sup>Häufig erhalten die Originaltypen allerdings andere Namen. Diese werden hier nicht weiter erwähnt, da durch die Tatsache, dass immer ähnliche Typen hervortreten, sich die Benennung von Esping-Andersens Regimetypen durchgesetzt hat.

Typen zum Vorschein kamen und sich die meisten Länder relativ konsistent einordnen lassen (Ausnahmen sind die Schweiz und die Niederlande, die jeweils drei Typen zugeordnet wurden), darf durchaus von einer gelungenen Typologie gesprochen werden (vgl. z. B. Arts & Gelissen, 2002, S. 155; Abrahamson, 1999, S. 408, 411-412). Werden die unterschiedlichen Typologien zusammengefasst, können fünf Typen unterschieden werden: liberal, konservativ, sozialdemokratisch, mediterran und radikal (vgl. z. B. Arts & Gelissen, 2001, S. 148; Bamba, 2007, S. 1099).

### 3.3. Wohlfahrtsstaatliche Situation in den nicht-westlichen Ländern

Die Forschung über Wohlfahrtsstaaten fokussierte lange Zeit auf westliche Länder, manchmal wurde auch Japan einbezogen. Mit dem politischen Zusammenbruch des Ostblockes kamen Ende der 1990er Jahre die Transformationsländer in den Blick der Wohlfahrtsstaatsforscher (vgl. z. B. Deacon, 1993; Deacon, 2000; Ferge, 2001; Sengoku, 2004; Fenger, 2007). Die Wohlfahrtsleistungen vor 1989 waren in den Ländern der UdSSR und in Osteuropa sehr ähnlich: Vollbeschäftigung, subventionierte Lebensmittel und Wohnungen, ein kostenloses Gesundheitssystem und günstige öffentliche Verkehrsmittel (vgl. z. B. Esping-Andersen, 1996, S. 9; Deacon, 2000, S. 147-148). Auch nach dem Wandel entwickelten sich in den osteuropäischen Ländern und einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion ähnliche Wohlfahrtssysteme, um die Auswirkungen der Einführung der freien Marktwirtschaft für die am stärksten Betroffenen abzuschwächen. Dazu gehörten Adhoc-Massnahmen gegen das neue Phänomen der Arbeitslosigkeit und gegen die Inflation, Förderung des dritten Sektors, um den Rückzug des Staates zu kompensieren, schneller Abbau vieler Subventionen (Wohnungen, Lebensmittel und dergleichen), Privatisierung verschiedener Institutionen, Abbau von Frauenrechten (Kinderzulagen, Mutterschaftsurlaub, Abtreibungen), Dezentralisierung, um nur einige zu nennen (vgl. z. B. Deacon, 1993, S. 189-190; Deacon, 2000, S. 149; Haggard & Kaufman, 2008, S. 307-310). Trotz (oder auch wegen) einer starken Rezession anfangs der 1990er Jahre stiegen die Wohlfahrtsausgaben zunächst sogar noch, obwohl grundsätzlich ein Abbau der Sozialleistungen vorgesehen war. (vgl. z. B. Haggard & Kaufman, 2008, S. 305, 310).

Bezüglich der Regimetypen wurde zunächst ein eigener Wohlfahrtsregimetyp vorgeschlagen, der als temporär eingestuft wurde und mit der Zeit mit den europäischen Wohlfahrtsregimetypen konvergiere (Deacon, 1993, S. 193). Esping-Andersen unterstützte die These, dass es sich dabei nicht um ein distinktives Regime handle. Laut Esping-Andersen wurden in den Transformationsländern liberale Reformen umgesetzt. Somit teilte er sie dem

liberalen Regime zu (Esping-Andersen, 1996, S. 20). Die Gemeinsamkeiten wurden aber auch einige Jahre später nochmals beschrieben (Deacon, 2000) und empirisch ein (Draxler & van Vliet, 2010) oder sogar drei (Fenger, 2007) distinktive Transformationsregimetypen nachgewiesen, die sich dabei insbesondere von den liberalen Regimes deutlich unterscheiden. Dies stützt die These, dass die Transformationländer nach wie vor einen eigenen Typus darstellen.

Die Entwicklung der Wohlfahrtssysteme begann in Lateinamerika bereits vergleichsweise früh und es entwickelten sich bis in die 1980er Jahre gut entwickelte Wohlfahrtssysteme (vgl. Barrientos, 2004, S. 129; Faust, Lauth & Munoz, 2004, S. 216; Haggard & Kaufman, 2008, S. 29). Allerdings waren nur die arbeitenden Personen in diese Systeme integriert und grosse Teile der Bevölkerung waren durch sie nicht abgedeckt. In den 1990er Jahren kam es zu starken Reformen und einem damit verbundenen Abbau der Sozialleistungen (vgl. Faust et al., 2004, S. 217; Helfrich, 2004, S. 223-224; Barrientos, 2004, S. 157; Haggard & Kaufman, 2008, S. 264-265). Trotz einiger Unterschiede zwischen den Ländern (vgl. für eine kurze Übersicht Faust et al., 2004, S. 216-217) lässt sich trotzdem ein spezifisch lateinamerikanisches, *liberal-informales* Wohlfahrtssystem ausmachen (vgl. z. B. Barrientos, 2004, S. 122). Es ist gekennzeichnet durch eine hohe soziale Ungleichheit und durch eine starke Bindung an die Beschäftigung.

Auch zu den asiatischen Ländern besteht mittlerweile einige Forschung (vgl. z. B. Aspalter, 2001; Croissant, 2004). Die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten in Asien erfolgte relativ spät, dafür sind mittlerweile einige Systeme ziemlich ausgereift (vgl. z. B. Aspalter, 2001, S. 3; Croissant, 2004, S. 504), allerdings waren und sind die Sozialausgaben in den asiatischen Ländern deutlich tiefer als beispielsweise in den osteuropäischen oder lateinamerikanischen Ländern (vgl. z. B. Haggard & Kaufman, 2008, S. 29). In Bezug zu Wohlfahrtsregimetypologien wurde vielfach ein asiatischer Typ den bekannten Regimetypen zur Seite gestellt. Dieser asiatische Typ wurde allerdings sehr unterschiedlich benannt. Eine kulturorientierte Perspektive führte zu einem *konfuzianischen* Regime (Jones, 1993). Die Beobachtung, dass in Asien die Sozialpolitik der Entwicklungs- und Wachstumspolitik untergeordnet ist, dennoch aber deutlich staatlich organisiert ist, führte zum Vorschlag des sogenannten *produktiven* Regimes (Holliday, 2000). (Aspalter, 2001, S. 2-4) schliesslich benennt den asiatischen Typen als *konservative Wohlfahrtssysteme*, wobei er das bei Esping-Andersen als konservativ bezeichnete Wohlfahrtregime *christdemokratisch* nennt. Seine Begründung liegt darin, dass in Asien die Einführung sozialpolitischer Instrumente dem Muster von Bismarck folge, wobei grundsätzlich eine anti-sozialpolitische Stellung eingenommen werde und nur soviel Sozialpolitik zugelassen werde wie nötig, während im

christdemokratischen Regime eine deutliche pro-sozialpolitische Stellung – allerdings mit christlich-konservativer Färbung – vorherrsche<sup>10</sup>.

Die Situation in islamisch geprägten Ländern und im subsaharischen Afrika ist deutlich untererforscht. Es gibt kaum Studien über die Wohlfahrtsleistungen dieser Staaten. Die spärliche Forschung deutet darauf hin, dass Hilfe bei sozialen Problemen hauptsächlich durch die Familie und *Clans* sowie durch Freiwilligenorganisationen erfolgt (vgl. z. B. Zuppi, 2006, S. 118-120; Bratton, 1989, S. 410-411; Rudra, 2002, S. 412, 433-434; Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 1-4; Baron, 2008, S. 19, 23; Feldman, 2008, S. 194; Lundblad, 2008, S. 197-198).

### 3.4. Definition von Wohlfahrtsleistungen

Wie schon bei der Legitimität ist es auch bei den Wohlfahrtsleistungen zentral, zuerst genau zu analysieren, was das für diese Untersuchung bedeutende unterliegende Konzept des Begriffes *Wohlfahrtsleistungen* darstellt. Dies wird gerade in den Forschungen über den Wohlfahrtsstaat häufig unterlassen und entweder nur eine theoretische, analytische Definition ausgeführt, die in keinem Zusammenhang mit der Operationalisierung steht, oder es wird relativ unreflektiert ein Indikator verwendet ohne zu berücksichtigen, ob dieser für die untersuchte Fragestellung überhaupt aufschlussreich sein kann (vgl. für einen kritischen Überblick verschiedener Operationalisierungen Green-Pedersen, 2007, S. 16-22). Auf dieser *analytischen Definition* aufbauend kann dann die *operationale Definition* erfolgen, die es möglich macht, geeignete Indikatoren zu identifizieren (Green-Pedersen, 2007, S. 15-16).

#### 3.4.1. Analytische Definition der Wohlfahrtsleistungen

*Wohlfahrtsstaat*, *Sozialstaat*, *Armenfürsorge*, *Sozialpolitik* oder *soziale Sicherheit* sind nur einige Begriffe, welche die Bemühungen der Gemeinschaft, der Gesellschaft oder des Staates beschreiben, jene Menschen zu unterstützen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Für diese Begriffe bestehen jeweils eigene Definitionen, die allerdings nicht selten schwammig bleiben (vgl. z. B. Ullrich, 2005, S. 18). Insbesondere der Unterschied zwischen

---

<sup>10</sup>Einerseits klingt diese Unterscheidung relativ plausibel, allerdings bedürfte es einer Erklärung, wie so gerade jener Staat (Deutschland), dessen Wohlfahrtssystem auf Bismarck zurückgeht, der ja als Paradebeispiel eines Konservativen im engeren Sinne dient, eben nicht als konservativ, sondern als christdemokratisch eingestuft wird.

*Wohlfahrts-* und *Sozialstaat* wird nur im deutschen Sprachraum geltend gemacht, denn für den Begriff des *Sozialstaates* gibt es in anderen Sprachen keine Entsprechung. Zudem ist diese Unterscheidung häufig normativ aufgeladen, indem ein auf Sozialversicherungen aufbauender *Sozialstaat* (nach deutschem Vorbild) dem als Versorgungsstaat stilisierten *Wohlfahrtsstaat* (skandinavischem Ursprungs) gegenübergestellt wird. Nach Ullrich (2005, S. 16) ist es lediglich eine Frage der Zeit, bis der Begriff *Sozialstaat* aus dem wissenschaftlichen Kontext verschwinden wird, nicht zuletzt aufgrund der Fortschritte der Typologisierung verschiedener Wohlfahrtsstaatsmodelle. Deshalb wird in dieser Arbeit auf eine Definition – und damit einhergehend – auf eine Unterscheidung dieser Begriffe verzichtet, nicht zuletzt deshalb, weil eine solche Unterscheidung eine terminologische Trennschärfe suggerieren würde, die nur schon aufgrund der Unterschiedlichkeit der in dieser Untersuchung berücksichtigten Länder nicht aufrecht erhalten werden könnte. Stattdessen werden die Begriffe *Wohlfahrtsleistungen* und *Wohlfahrtsregimes* verwendet.

Der Fokus auf *Wohlfahrtsleistungen* rechtfertigt sich aber nicht nur *ex negativo*, sondern auch aufgrund der Fragestellung. In dieser Arbeit geht es weniger darum, die genaue Ausgestaltung der unterschiedlichen Sozialstaaten und die entsprechenden Differenzen bezüglich der Form einzelner Wohlfahrtsleistungen zwischen den einzelnen Ländern nachzuzeichnen. Es geht vielmehr darum, einen „all things considered“-Einfluss von Wohlfahrtsleistungen im Allgemeinen auf die Legitimität des Staates in verschiedenen makrokulturellen Settings in den Blick zu bekommen. Deshalb sollte eine möglichst allgemeine Begriffsdefinition angestrebt werden.

In dieser Arbeit werden demnach unter *Wohlfahrtsleistungen* ganz allgemein gemäss dem „World Labor Report 2000“ der International Labor Organisation (ILO, 2000) jene Leistungen verstanden, welche eine Gesellschaft ihren Mitgliedern

- für den Schutz gegen Ausfall oder substantielle Reduktion des Einkommens aus Arbeit durch Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter und Tod des Ernährers,
- für die Gesundheitsversorgung und
- für Unterstützung für Familien mit Kindern

durch verschiedene öffentliche Institutionen gewährleistet. (Vgl. ILO, 2000, S. 29)

Dies bedeutet, dass unter *Wohlfahrtsleistungen* in dieser Arbeit Sozialversicherungen, Sozialhilfe (z. B. steuerfinanzierte Vergütungen ausschliesslich für Personen mit tiefem Einkom-



men) und universale Vergütungen (steuerfinanzierte Vergütungen ohne Bedingung) verstanden werden. Diese Definition zielt darauf ab, möglichst allgemein abzubilden, inwiefern sich ein Staat für den Schutz seiner Bürger vor Armut einsetzt. Die Begriffe *Wohlfahrtsleistungen* und *Sozialausgaben* werden in dieser Arbeit der Einfachheit und der Leserlichkeit wegen synonym verwendet.

Nun ist nicht nur die Frage relevant, *wie viel* ein Staat gegen die Armut seiner Bürger unternimmt, sondern auch *auf welche Art*. Dies vermag obere Definition nicht einzufangen. Deshalb soll neben dieser allgemeinen Definition, die für Länder verschiedenen kulturellen Hintergrunds und verschiedenen Entwicklungsniveaus anwendbar ist, zur genaueren Untersuchung des Zusammenhangs innerhalb der entwickelten Wohlfahrtsstaaten auch eine *Wohlfahrtsregimetypologie* berücksichtigt werden. Dies auch, da dies einen Vergleich zwischen einer quantitativen (*Wohlfahrtsleistungen*) und einer qualitativen Operationalisierung (*Regimetypologien*) möglich macht. Somit kann die Robustheit der Resultate getestet werden. Ein solches Vorgehen wird von verschiedenen Autoren gefordert, da einerseits häufig die Resultate von der Operationalisierung abhängen und alles andere als robust sind (vgl. z. B. Siegel, 2007, S. 68; Green-Pedersen, 2007, S. 15, 23; Clasen & Siegel, 2007a, S. 4), andererseits sich die Rangliste der Länder in der Höhe der Wohlfahrtsleistungen mit der Entscheidung, welche Leistungen man zu den Wohlfahrtsleistungen rechnet (gelten z. B. Steuererleichterungen als Wohlfahrtsleistungen, wenn sie der Altersvorsorge dienen?), stark ändern kann (vgl. z. B. De Deken & Kittel, 2007, S. 77, 81-83, 85)<sup>11</sup>.

#### 3.4.2. Operationale Definition von Wohlfahrtsleistungen

Es ist nicht trivial, Wohlfahrtsleistungen angemessen zu operationalisieren (vgl. dazu die Beiträge im Sammelband Clasen & Siegel, 2007b). Es gilt, sich bei einer Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen einiger Probleme zu vergegenwärtigen. Grundsätzlich kann die Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen anhand quantitativer Daten oder anhand qualitativer Kategorisierungen, sogenannten *Regimetypologien*, erfolgen (vgl. Green-Pedersen, 2007, S. 18-19). Wird der quantitative Weg gewählt, kann der Wohlfahrtsstaat aus zwei Perspektiven beurteilt werden: Die *Outputperspektive* fokussiert dabei auf die Ausgestaltung konkreter Programme, während die *Outcomeperspektive* den Blick der Leis-

---

<sup>11</sup>Die Kritik bezieht sich allerdings insbesondere auf das etwas schwieriger zu operationalisierende Konstrukt der *Reform des Wohlfahrtsstaates*. Hier ist die Frage schon bei der Konstruktion der abhängigen Variable virulent, da Reformen häufig nicht ausschliesslich in eine Richtung gehen (Leistungsab- oder aufbau), sondern meist einen Abbau durch Alternativmöglichkeiten kompensieren. Bei einer Analyse, wie sehr sich ein Staat gegen die Armut seiner Bürger einsetzt, stellt sich diese Frage insbesondere bei der Interpretation der Resultate, denn verschiedene Fragen bedingen unterschiedliche Operationalisierungen (vgl. z. B. Bonoli, 2007, S. 39; Siegel, 2007, S. 67).

tungsempfänger einnimmt (Green-Pedersen, 2007, S. 16-17). Ein typischer Indikator der *Outputperspektive* sind die Sozialausgaben, ein typischer Indikator der *Outcomeperspektive* ist der Gini-Index, der die soziale Ungleichheit misst. Alle drei Arten der operationalen Konzeptionalisierung haben ihre Vor- und Nachteile. Während die qualitativen *Regimety-pologien* nur nicht-lineare Analysen zulassen, bringt die *Outputperspektive* den Nachteil mit sich, dass Erhöhungen bzw. Senkungen der Ausgaben oder Erweiterungen der Dienstleistungen nicht immer zu effizienterer Behebung sozialer Probleme führt. Die *Outcomeperspektive* ihrerseits hat den Nachteil, dass die meisten Outcome-Indikatoren nicht allein auf die Sozialleistungen zurückzuführen sind (beispielsweise kann eine Senkung des Gini-Indexes in einer Reduktion der Lohnungleichheit begründet sein).

Naheliegender ist die Operationalisierung nach der *Outputperspektive* durch die Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes. Dies ist der in der Wohlfahrtsstaatsforschung wohl am häufigsten beschrittene Weg (vgl. z. B. Green-Pedersen, 2007, S. 19; Clasen & Siegel, 2007a, S. 7; Ullrich, 2005, S. 41) und wird hier verfolgt. Allerdings wird diese Herangehensweise stark kritisiert (vgl. z. B. Svallfors, 1997, S. 284): Durch die alleinige Betrachtung der Ausgaben werden qualitative Unterschiede nicht berücksichtigt. Staaten verfolgen verschiedene (Wohlfahrts-)Ziele (vgl. z. B. Arts & Gelissen, 2001, S. 286-287) und sind unterschiedlich erfolgreich im Erreichen dieser Ziele (vgl. Goodin, Headey, Muffels & Dirven, 1999, S. 240-258). Somit weisen die Ausgaben nur teilweise darauf hin, wie sehr die ‚Schwächeren‘ von den ‚Stärkeren‘ unterstützt werden. Dies ist aber für die Prüfung der Hypothesen B1 und B2 von Bedeutung (s. Abschnitte 4.1 und 5.3.2.1, sowie Kapitel 7.1). Optimaler wäre eine *outcome*-orientierte Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen durch die Reduktion des Gini-Indexes vor und nach Steuern, also durch ein direktes Mass der Umverteilung. Leider basieren die existierenden Gini-Werte nicht immer auf einer vergleichbaren Datenbasis (vgl. UNU & WIDER, 2006, S. 4) und für die wenigsten Länder liegen Daten für den Gini-Wert sowohl vor wie auch nach Steuern vor<sup>12</sup>. Aus diesem Grund muss auf eine Operationalisierung durch Gini-Werte verzichtet werden. Eine weitere *Outcome*-orientierte Alternative wäre die Verwendung der Armutsreduktion durch staatliche Eingriffe als Proxy für Wohlfahrtsleistungen. Hier liegen leider nur Daten für 19 Länder vor, die auch Daten für den Legitimitätsindex vorweisen. Somit ist die Verwendung der Sozialausgaben die zurzeit einzig mögliche quantitative Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen, wenn eine breite Länderbasis untersucht werden soll. Einige Nachteile der Sozialausgaben als Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen werden durch die breite Länderbasis etwas relativiert: Die Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern und

---

<sup>12</sup>Dies ist aber für die Validität der Operationalisierung von Bedeutung, da sonst der oben beschriebene Nachteil vieler *outcome*-basierten Indikatoren zum Tragen kommen würde: Ein tiefer Gini-Index kann auf weit mehr Ursachen zurückgeführt werden als auf die Wohlfahrtsleistungen eines Staates.

den westlichen Wohlfahrtsstaaten sind teilweise beträchtlich. Wenn es nicht darum geht, die Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsstaaten zu untersuchen, sondern um die allgemeinere Frage, ob das Angebot von Wohlfahrtsleistungen (wie geartet auch immer) durch den Staat die Legitimität des Staates befördert, sind die Sozialausgaben durchaus ein geeignetes Proxy. Auch Green-Pedersen (2007, S. 20, 23) wendet sich nicht gegen die Verwendung von Sozialausgaben, sondern plädiert für einen reflektierten Umgang mit den vorhandenen Indikatoren sowie für die Verwendung mehrerer Indikatoren.

Die Daten für die Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes stammen vom International Monetary Fund (IMF, 2009). Falls für ein Land keine Daten in der IMF-Datenbank bestehen, wurden die Daten der International Labor Organisation aus dem „World Social Security Report“ (ILO, 2010, S. 258-262) und dem „World Labour Report 2000“ (ILO, 2000, S. 312-314) entnommen. Diese beiden Reports fassen die Daten aus einer Vielzahl von Quellen zusammen und sind grundsätzlich von hoher Qualität und mit den Daten des IMF kongruent (für jene Länder, die in allen Datensätzen vorkommen und auf Kongruenz getestet werden konnten). Teilweise musste auch auf die Daten der OECD (OECD, 2009) und den Datensatz „Cost of Social Security“ der International Labour Organisation (ILO, 1997)<sup>13</sup> zurückgegriffen werden<sup>14</sup>. Es wurde ein *Timelag* verwendet, da es einige Zeit dauert, bis sich eine mögliche Veränderung im Sozialsystem des Staates von der Bevölkerung wahrgenommen wird und sich auf die Empfindung der Legitimität auswirken kann. Die Dauer des *Timelags* wurde auf zwei bis fünf Jahre festgelegt, je nach Datenlage<sup>15</sup>.

Um die Operationalisierung zu testen und um herauszufinden, ob die Höhe der Sozialausgaben oder vielmehr die *Wirkung* von Wohlfahrtsleistungen einen Einfluss auf die Legitimität hat, wird in einem alternativen Modell die Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen durch Armutsreduktion getestet (s. Abschnitt 7.5.5.2). Die Daten entstammen dem *World Labour Report 2000* der ILO (2000, S. 41-42)<sup>16</sup>. Da Wohlfahrtsstaaten verschiedene Ziele verfolgen können und sich die Wirkung von Wohlfahrtsstaaten nicht nur auf die Armutsreduktion beschränken muss, wird ein weiteres Modell mit den Wohlfahrtsregimes als Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen gerechnet. Somit werden

---

<sup>13</sup>Hier ergibt sich die Schwierigkeit, dass in diesem Datensatz die Ausgaben für das Gesundheitssystem nicht berücksichtigt wurden.

<sup>14</sup>Die Verwendung verschiedener Datenbanken für diese eine Variable ist nicht besonders bedenklich, da die Variation zwischen den Ländern deutlich grösser ist als die Variation innerhalb der Länder über die Jahre und in den verschiedenen Datenbanken.

<sup>15</sup>Ausnahmen sind aufgrund der Datenlage Belarus und Kroatien (1996 (Legitimität)/1995 (Sozialausgaben)); Venezuela (2000/1999); Mazedonien, Simbabwe und Tansania (2001/2000); Taiwan (2006/2005); die Dominikanische Republik (1996/1990); Marokko (2007/1999); Kolumbien (2005/1996). Eine genaue Auflistung des Timelags sowie der Datenquelle der einzelnen Länder findet sich im Anhang A.2.2.1.

<sup>16</sup>Für genaue Angaben siehe Anhang A.2.2.2.

alle drei Typen von Operationalisierungen – outcome, output und qualitativ – berücksichtigt.

In den Modellen werden die Wohlfahrtsleistungen als *SocEx* bezeichnet, wenn sie durch die Sozialausgaben operationalisiert wurden, bzw. als *PovRed*, wenn sie durch die Armutsreduktion operationalisiert wurden.

## 4. Forschungsgegenstand: Wohlfahrtsleistungen und Legitimität

In diesem Kapitel wird der Forschungsgegenstand umrissen. Es wird auf die drei in der Forschung meist vertretenen<sup>1</sup> theoretischen Linien eingegangen, die den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität behandeln oder zumindest eine Grundlage für eine Hypothese dazu bieten. Zuerst wird die älteste Theorie vorgestellt, die seit Beginn der ‚Wohlfahrtsstaatsära‘ eine wichtige Stellung in Politik und Theorie zum Thema einnimmt: die *sozialdemokratische Position*. Anschliessend folgt eine Präsentation der *machtkritischen Position*, welche vor allem in den 1970ern bis 1990ern prominent war. In der neueren Forschung gewinnt die *wertorientierte Position* an Gewicht. Die Darstellung dieser Position erfolgt im dritten Abschnitt dieses Kapitels. Schliesslich wird der Forschungsstand anhand der wenigen empirischen Studien, die mit der Fragestellung dieser Arbeit in Verbindung stehen, kurz wiedergegeben.

### 4.1. Die sozialdemokratische Position

Die ersten Wohlfahrtsstaaten entstanden Ende des 19. Jahrhunderts. Sie sind die Frucht eines Machtkampfes zwischen den damals unter schlechten Bedingungen lebenden und arbeitenden Arbeitern und der Klasse der Industriellen und Bürgerlichen, welche die Macht nach und nach dem Adel entreissen konnten (vgl. Abschnitt 3.1). Der Klassenkonflikt als Ursache von Sozialpolitik ist deshalb das zentrale Moment in der Argumentation der Vertreter der sozialdemokratischen Position.

So sieht Eduard Heimann den Kapitalismus als das Durchsetzen des Rationalismus als wichtigsten Wert der Gesellschaft (Heimann, 1929/1980, S. 81-91). Dies hat zur Folge, dass ‚Macht‘ in Wirtschaftsfragen verdeckt wird: Die Wirtschaft folgt rationalen Gesetzen, nicht

---

<sup>1</sup>In den meisten Forschungen wird ein Zusammenhang (oder das Fehlen eines Zusammenhangs) zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität nicht explizit ausformuliert, wohl aber implizit postuliert. Insofern kann hier nicht unterstellt werden, dass die Autoren der im Abschnitt 4.4 vorgestellten Studien ihre Position mit dem Rückgriff auf die Autoren in diesem Abschnitt begründen würden. Vielmehr geht es um die Definition von *Positionen*, welche im Forschungsdiskurs eingenommen werden.

irrationalen Machtfragen. Macht ist aber laut Heimann eine „Grundqualität“ des Lebens (Heimann, 1929/1980, S. 88). Wenn die politische Macht aus der Wirtschaft vertrieben ist, erhebt sich in und mit dem Kapitalismus die Wirtschaftsmacht, die aber als solche nicht erkannt werden kann, da diese mit dem ‚rationalistischen Geist‘ erklärt wird (Heimann, 1929/1980, S. 88). So wandelt sich die ursprüngliche Idee des Liberalismus, die Freiheit des arbeitenden Menschen, in ihr Gegenteil: in die Freiheit der Herrschaft über den arbeitenden Menschen (Heimann, 1929/1980, S. 88). Das *freie Spiel der Kräfte*, nunmehr zum Programm gekürt, soll die Wirtschaft gegen die störenden politischen Eingriffe schützen. Allerdings wird zwischen „erlaubten“ und „unerlaubten“ Eingriffen des Staates unterschieden (Heimann, 1929/1980, S. 89)<sup>2</sup>. Die Frage des politischen Eingriffes durch den Staat muss demnach von Fall zu Fall entschieden werden. Dies alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Frage des Wirtschaftens eine politische ist, auch wenn die Antwort dem reinen Wirtschaftsgesetz überlassen wird: „Wirtschaftsfragen sind [...] Fragen des Zusammenlebens, Machtfragen“ (Heimann, 1929/1980, S. 90).

Durch die rechtliche Organisation der Arbeitswelt und im Speziellen durch die Auflösung der *feudalen* Arbeitsorganisation, in welcher der Arbeiter zum Haushalt des Arbeitgebers gehörte (und somit auch sozial in dessen Verantwortung stand), tritt der lebendige Mensch mit seiner Arbeit an die Stelle von Sachgütern, indem er in das Privateigentum des Arbeitgebers eintritt (Heimann, 1929/1980, S. 125). Somit wird der Arbeiter nach seiner Tauglichkeit nur für diesen Zweck der Arbeit geschätzt und erlangt nur durch ihn gesellschaftliche Bedeutung (Heimann, 1929/1980, S. 130). Diesen Gedanken weiterspinnend kommt Heimann zum Schluss, dass Arbeitswürde und Privateigentum unvereinbar sind, da sie denselben soziologischen Raum einnehmen. Dieser Gegensatz zwischen Arbeitswürde und Privateigentum ist nicht logischen sondern dialektischen Charakters (Heimann, 1929/1980, S. 166).

Sozialpolitik ist in der Folge für Heimann der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus selbst:

Kapitalismus ist [...] ein System zugunsten der Verbraucher [...]; Sozialpolitik ist eine Summe von Massregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen. Kapitalismus ist aber [...] Kapitalherrschaft [...]; Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Ein-

---

<sup>2</sup>„Unerlaubte“ Eingriffe sind z. B. verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, da dies den Arbeitsmarkt verzerrt. Als „erlaubte“ Eingriffe gelten z. B. die Subventionierung von Verlusten durch den Staat aus patriotischer Pflicht gegenüber der nationalen Wirtschaft oder die Erhebung von Schutzzöllen gegen das Eindringen von Konkurrenzprodukten. Diese Unterscheidung verliert auch gut 80 Jahre später nichts an ihrer Aktualität, wie die staatlichen Interventionen in der aktuellen Finanzkrise belegen.

bau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. [...] Das dialektische Prinzip überwölbt den logischen Gegensatz der Begriffe Fremdkörper und Bestandteil und erfasst die lebendige Bewegung der Sozialpolitik. (Heimann, 1929/1980, S. 167-168)

Jeder Einzelakt der Sozialpolitik bewahrt den Bestand des Kapitalismus vor der Gefahr der Revolution, denn sie nimmt die Ideen der sozialen Bewegung auf, also der Menschen, deren Mitwirkung im kapitalistischen System für das Funktionieren des Systems erforderlich ist. Allerdings wird der sozialen Bewegung nachgegeben, um den Kapitalismus zu bewahren – also konservativer Motive wegen: Die Sozialpolitik erreicht immer dann – und nur dann – einen Erfolg, „[...] wenn die Erfüllung einer sozialen Teilforderung zur produktionspolitischen Notwendigkeit wird. Dies ist ihr konservativ-revolutionäres Doppelwesen“ (Heimann, 1929/1980, S. 172).

Durch das dialektische Wesen der Sozialpolitik wird also das kapitalistische System auf Seiten der Arbeiter – oder anders ausgedrückt: der ‚Verlierer‘ des Systems – durch die Einbindung sozialer Ideen legitimiert und gleichzeitig werden auf Seiten der ‚Gewinner‘ des Systems – also auf Seiten des Kapitals – kleine Teilschritte der ‚Revolution‘ legitimiert.

Auf ähnlichen Gedanken aufbauend kommt auch Heidorn (1982, S. 154-155) zum Schluss, dass das Zusammenspiel von Marktkonkurrenz und staatlicher Intervention eine der effektivsten Legitimationsgrundlagen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsform ist. Der Staat übernimmt dabei die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, welche vom Markt nicht wahrgenommen werden kann, und erhöht die Wirksamkeit des bereits relativ stabilen Legitimitätsfundaments, das die kapitalistische Ökonomie durch die Eröffnung von individuellen Möglichkeitshorizonten bildet. Da bei einer ausschliesslich erfolgs- und karriereorientierten Organisation Kinder, Alte und Kranke (und andere in ihrer Leistungsfähigkeit Beeinträchtigte) aus der Gesellschaft ausgeschlossen und verelenden würden, jedoch jedes Gesellschaftsmitglied mindestens mit Alter und Krankheit rechnen muss, kommt den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen die Schlüsselrolle bei der Beurteilung des Legitimitätsempfindens zu. Während Heimann die *Dialektik* als (legitimatorische) Kraft in den Vordergrund stellt (vgl. Heimann, 1929/1980, S. 172), betont Heidorn – in Abgrenzung zu Habermas (1973, S. 39, 54) und George und Wilding (1976, 106 ff.) – das *normative Doppelfundament*: Die Koexistenz der unterschiedlichen Wertsysteme, auf welchen die kapitalistische Ökonomie und das staatliche Wohlfahrtssystem basieren, bilden ein „wesentliches Element der

Legitimationskraft“ des Gesellschaftssystems (Heidorn, 1982, S. 156). Durch den Einbau von sozialstaatlichen Massnahmen zeigt sich das sozialstaatlich moderierte kapitalistische System als eine Organisationsform, welche erstens individuelle Existenzrisiken minimiert und kompensiert, zweitens systemimmanent Interessen gerade der Arbeiterschaft realisiert und drittens den Staat als eine Institution erfahrbar macht, die gerade die Arbeiterschaft auch gegen den Willen des Kapitals unterstützt (Heidorn, 1982, S. 257). Damit wird die legitimatorische Kraft des kapitalistischen Systems, welche auf der „alltagspragmatischen Einbindung“<sup>3</sup> basiert, noch zusätzlich unterstützt. Ähnlich sieht dies auch Ullrich (2008, S. 13), wenn er in seiner umfassenden Arbeit zur Akzeptanz des deutschen Wohlfahrtsstaates schreibt, dass „[s]oziale Rechte und individuelle Sicherungsbedürfnisse [...] die Grundlage zumindest im Kern legitimer Ansprüche und Erwartungen der Sozialbürger an den Staat [bilden]“. Nach diesem Verständnis hat der (minderbemittelte) Bürger Anspruch auf Wohlfahrtsleistungen im Gegenzug zur Akzeptanz des Systems – oder anders formuliert: im Gegenzug zum Verzicht auf Macht.

Die ausgereifteste Theorie zum Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen, die der sozialdemokratischen Position zugeordnet werden kann, stammt von Volker Bornschier (1989, 1998, 2005, 2008). Sein theoretisches Modell erklärt, wie es kommt, dass Wohlfahrtsleistungen trotz ihrer hohen Kosten zu einem zentralen Instrument der westlichen politischen Regimes wurden. Nach diesem Modell stehen sich seit langem zwei Prinzipien der Machtausübung gegenüber: einerseits das Territorialprinzip, das auf einem zentral organisierten Nationalstaat mit grosser militärischer Macht aufbaut und nach der Tributlogik funktioniert und andererseits das kapitalistische Prinzip des Ausnutzens freier Märkte durch dezentralisierte Handelsgesellschaften mit seiner Profitlogik (Bornschier, 1998, S. 256-257). Beide Prinzipien stehen seit mehreren tausend Jahren in Konkurrenz zueinander, wobei die auf Tribut ausgerichteten und deshalb räuberischen Territorialstaaten stets die Überhand hatten, da sie militärisch überlegen waren und Handelswege erfolgreich kontrollieren konnten. Deshalb beschränkte sich das handelsorientierte Prinzip im Sinne von dezentral vernetzten Städtesystemen auf maritime Gesellschaften (Bornschier, 2008, S. 443). Mit der industriellen Revolution in England erreichte aber das kapitalistische Prinzip einen deutlichen Effizienzvorsprung gegenüber den zentralisierten Territorialstaa-

---

<sup>3</sup>Wesentlich ist bei diesem Konzept die Einbindung der Bürger in das System durch die alltäglichen Handlungen in der Berufsrolle, durch Hausbau etc. Eine stabile Akkumulationsphase des Kapitals wirkt demnach auch auf die unteren, aber eingebundenen gesellschaftlichen Schichten durch Stärkung des Gewissheitscharakters des gesellschaftlichen Systems und sichert so den „Routinefluss alltäglicher Lebensprozesse“ (Heidorn, 1982, S. 260). Der Staat wird so als Institution erfahrbar, welche die alltäglichen Lebensprozesse möglich macht und strukturiert, und schöpft daraus seine Legitimität (Heidorn, 1982, S. 258). Aufgrund des eingeschränkten Rahmens der Arbeit kann nicht weiter auf die theoretische Herleitung der „alltagspragmatischen Einbindung“ eingegangen werden. Für eine ausführliche Darstellung vgl. Heidorn (1982, S. 252-282).



ten wie Frankreich oder Preussen. Nach und nach mussten auch diese Staaten aufgrund des institutionellen Wettbewerbes das kapitalistische Prinzip übernehmen und die Tributlogik zugunsten der Profitlogik aufgeben. So bildeten sich nach und nach die kapitalistischen Staaten im Rahmen eines institutionellen Wettbewerbes durch Verbindung von Nationalstaat und kapitalistischer Logik (Bornschiefer, 2008, S. 442). Um dem Kapital in einem kompetitiven Weltsystem möglichst effiziente Infrastrukturen und Sicherheit bieten zu können, erwies sich der Einbezug der gesamten Bevölkerung ins Gesellschaftssystem und die Legitimierung desselben als zentrale Wettbewerbsressource (Bornschiefer, 1998, S. 358; Bornschiefer, 2008, S. 442-443). Die kapitalistischen Staaten erreichten die Legitimierung durch politische Partizipation und durch freie Teilnahme am Markt. Um die zentralistisch geführten ehemaligen Territorialstaaten, die nun die kapitalistische Logik einführen mussten, in der breiten Bevölkerung zu legitimieren, wurde die Gewährung von Sozialleistungen implementiert. So konnte ein durch die Einführung von politischer Partizipation hervorgerufener Machtverlust der Eliten verhindert werden. Auch die Sozialleistungen entwickelten sich zu einer Wettbewerbsressource, sodass bis nach dem zweiten Weltkrieg auch die dezentral organisierten und auf politischer Partizipation aufbauenden Nationen greifende Instrumente für die soziale Sicherung implementiert hatten (Bornschiefer, 1998, S. 280-281). Sowohl politische Partizipation als auch die Gewährung von sozialen Rechten erwiesen sich in den nun marktorientierten Gesellschaften als Wettbewerbsressource und setzten sich über längere Frist so in den westlichen Gesellschaften durch. Diese Theorie konfliktiver sozialer Evolution postuliert somit ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität. Es müssen allerdings einige Bedingungen bestehen, damit es zu diesem Zusammenhang kommen kann: So sind die Staatsklassen nicht von sich aus an hoher Legitimität in der Bevölkerung interessiert, da dies mit einer Machteinbusse einhergeht. Sie werden vielmehr in den kapitalistischen Gesellschaften des Zentrums dazu gezwungen, da die Unternehmen an hoher und günstiger Sicherheit interessiert sind, um die Kosten tief zu halten. Die Bevölkerung hat somit einige Optionen, um ihre Präferenzen durchzusetzen: erstens ein politisch-militärischer Kampf gegen ein als illegitim empfundenes Regime, zweitens ein politischer Protest gegen ungeliebte Entscheidungen oder Amtsträger und drittens Verweigerung und Rückzug, was in tiefere Produktivität mündet (vgl. z. B. Bornschiefer, 2008, S. 252-253). Der letzte ist der wohl entscheidende Punkt für die Bildung sozialer Sicherungsinstitutionen in den letzten gut 150 Jahren. Da die Unternehmen auf die Produktivität angewiesen sind, wird, sobald sich das kapitalistische System durchsetzt, die Legitimität des Systems in der Bevölkerung erst entscheidend und die Argumente der sozialdemokratischen Position (die Dialektik zwischen Kapital und Sozialpolitik und die alltagspragmatische Einbindung) können erst zum Tragen kommen.

## 4.2. Die machtkritische Position

Während in der *sozialdemokratischen Position* die Klassengegensätze für die Protagonisten ein identitätsstiftendes Moment besitzen, treten Klassengegensätze laut der *machtkritischen Position* weniger bewusst zutage. Bourdieu begreift die soziale Welt als mehrdimensionalen sozialen Raum, welchem bestimmte Verteilungs- und Unterscheidungsmerkmale zugrunde liegen. Diese ergeben sich aus der „[...] Gesamtheit der Eigenschaften (bzw. Merkmale), die innerhalb eines fraglichen sozialen Universums wirksam sind, das heisst darin ihrem Träger Stärke bzw. Macht verleihen“ (Bourdieu, 1985, S. 9). Akteure werden anhand ihrer relativen Stellung in diesem Raum definiert. Der soziale Raum kann auch als Kräftefeld gesehen werden, das durch Kräfteverhältnisse bestimmt wird, welche sich die in den Raum Eintretenden auferlegen und weder auf die Absichten der Akteure noch auf die Interaktionen im Feld zurückzuführen sind (Bourdieu, 1985, S. 10). Die Eigenschaften, welche die Kräfte konstituieren, können als *Kapitalien* verstanden werden: Sie stellen Verfügungsmacht über das in der Vergangenheit erarbeitete Produkt dar. Es bestehen unterschiedliche Felder, die jeweils durch eine Kapitalsorte bestimmt werden. Die soziale Stellung einer Person ergibt sich demnach aus ihrer Stellung innerhalb dieser einzelnen Felder. Das wichtigste Kapital ist das ökonomische Kapital; die weiteren wichtigen Kapitalien sind kulturelles, soziales und symbolisches Kapital<sup>4</sup>.

Anhand der Stellungen im Raum, definiert durch die *Kapitalien*, lassen sich nun *Klassen* differenzieren, allerdings sind diese *Klassen* nur theoretischer Natur. Sie sind keine real existierenden Klassen, die sich beispielsweise als kampfbereite Gruppen beschreiben liessen. Der soziale Raum ist ein Raum von Beziehungen, worin Stellenwechsel nur auf Kosten von Anstrengung, Kosten und Zeit vorzunehmen sind. Zwar wird ein Zusammenschluss einer Gruppe von Akteuren wahrscheinlicher, je näher sich die Akteure stehen, die Annäherung ist aber niemals zwingend nötig – hier ist ein grundlegender Unterschied zum Marxismus zu erkennen.

Die Stellung im sozialen Raum wird von den Akteuren durchaus selbst wahrgenommen. Die Akteure inkorporieren die objektiven Strukturen des sozialen Raumes, was im Anschluss die Wahrnehmungskategorien des Akteurs beeinflusst. Es sind die objektiven Strukturen des sozialen Raumes, welche „[...] die Akteure dazu bringen, die sozialen Welt so wie sie ist hinzunehmen, als fraglos gegebene, statt sich gegen sie aufzulehnen [...]: Der Sinn für die eigene soziale Stellung als Gespür dafür, was man ‚sich erlauben‘ darf und was nicht,

---

<sup>4</sup>Hier wird nicht weiter auf die verschiedenen Kapitalsorten eingegangen, da diese in Bezug auf die Fragestellung irrelevant sind. Für eine ausführliche Darstellung s. Bourdieu (1985, S. 9-46).

schliesst [...] das stillschweigende Akzeptieren der Stellung [...]“ ein (Bourdieu, 1985, S. 17-18).

Im Kampf um die legitime Durchsetzung einer spezifischen Sicht von sozialer Welt – sprich: Festlegung legitimer Verteilungsprozessen – setzen die Akteure ihr in vorangegangenen ‚Kämpfen‘ erworbenes Kapital ein. Besonders symbolisches Kapital ist in solchen Machtfra- gen zentral. Im Bezug auf Legitimität kommt Bourdieu zum Schluss:

Noch die Anerkennung umfassender Legitimität ist nichts weiter als die aus dem quasi perfekten Zusammenfallen von objektiven und inkorporierten Strukturen erwachsende Auffassung der alltäglichen Welt als fraglos gegebene. (Bourdieu, 1985, S. 22)

Dies bedeutet, dass für Bourdieu Legitimität weniger durch (materielle) Befriedigung von Bedürfnissen zustande kommt (wie z.B. Heimann (1929/1980) und Heidorn (1982) argu- mentieren; s. Abschnitt 4.1), sondern durch Gewohnheit. Im Gegensatz zu Heidorn versteht aber Bourdieu die Legitimationskraft durch Gewohnheit nicht als im tatsächlichen Funk- tionieren des Alltags begründet, sondern in der Abgrenzung im sozialen Raum, in der Hinnahme der gesellschaftlichen Rollen. Vereinfachend ausgedrückt sieht die Unterschicht die Eliten als legitimiert an, den Staat zu führen, weil dies der Unterschicht selbst nicht zusteht („wir“ machen das nicht“), bzw. weil die Herrschenden es verstehen, den Beherrsch- ten einen Grund zu geben, die Herrschaft hinzunehmen; sei es durch die Erklärung, dass die Eliten mehr vom Regieren verstünden, sei es, weil die Eliten von Gott ausgewählt seien oder weil es grundsätzlich jedem Gesellschaftsmitglied möglich wäre, aufzusteigen, wenn es sich nur genug anstrengen würde.

### 4.3. Die wertorientierte Position

Esping-Andersens „Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) ist für die Wohlfahrts- staatsforschung zu einem wichtigen Klassiker geworden. Die Einteilung der Wohlfahrts- staaten in drei Regimetypen stellt einen Wendepunkt in der Forschung zu diesem The- ma dar. Esping-Andersen argumentiert, dass Wohlfahrtsstaaten nicht durch ein stetiges Mass, wie z.B. Sozialausgaben, klassifiziert werden können, da sie sich durch qualitativ unterschiedliche Konfigurationen und Institutionen auszeichnen. Seine Einteilung, die auf institutionellen Unterschieden basiert, impliziert gleichzeitig auch Unterschiede der ver- schiedenen Regimetypen in den ihnen zugrunde liegenden Wertesystemen: Das *liberale*

Regime setzt den Markt in den Mittelpunkt. Staatliche Wohlfahrtsleistungen sind eher tief und werden nur bei bewiesenem Bedürfnis gewährleistet. Im *konservativen* Wohlfahrtsregime sind die Wohlfahrtsleistungen einkommensbasiert, dafür umfangreich. Familien werden stark gestützt und Frauen ermuntert zuhause zu bleiben, solange die Kinder klein sind. Beim letzten Typus, dem *sozialdemokratischen* Regime, ist beinahe die ganze Bevölkerung inkludiert. Wohlfahrtsleistungen sind ebenfalls einkommensbasiert, aber der Level, unter welchen niemand fallen darf, ist deutlich höher als im konservativen Regime. Ausserdem fokussiert das System eher auf das Individuum als auf die Familie als Wohlfahrtseinheit. (Vgl. Esping-Andersen, 1990, S. 77; Svallfors, 1997, S. 284-285; Arts & Gelissen, 2002, S. 138-142)

Wohlfahrtsstaaten bauen auf Prinzipien von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf. Korpi argumentiert, dass nach der Organisationstheorie institutionelle Strukturen die Ausformulierung der sozialen Solidarität und damit auch die öffentlichen Einstellungen zu Wohlfahrtsprogrammen prägen (Korpi, 1989, S. 324). Soziale Gerechtigkeit, so vielschichtig sie ist, basiert nach Deutsch (1975, S. 149) auf drei fundamentalen Prinzipien: 1) Chancengleichheit (Equity) 2) Gleichheit (Equality) und 3) Bedürfnis (Need). Solidarität kann eine vertikale und horizontale Ausrichtung haben. Vertikale Solidarität zeichnet sich dadurch aus, dass die ‚Starken‘ den ‚Schwachen‘ helfen. Von horizontaler Solidarität wird gesprochen, wenn die ‚Starken‘ und die ‚Schwachen‘ beide durch Risikoteilung zur Wohlfahrt beisteuern (vgl. Oorschot & Komter, 1998, S. 19; Arts & Gelissen, 2001, S. 285).

Esping-Andersens Idealtypen der Wohlfahrtsregimes unterscheiden sich nun auf theoretischer Ebene ebenfalls in ihrer Priorisierung der unterschiedlichen Kategorien sozialer Solidarität und sozialer Gerechtigkeit:

- Der *liberale* Regimetyp setzt auf Chancengleichheit und individualistische Selbstverantwortung. Es steht eher die vertikale Solidarität im Vordergrund, wobei aber sowohl die horizontale als auch die vertikale Solidarität gering ist.
- Im *konservativen* Wohlfahrtsstaat wird Chancengleichheit über Umverteilung angestrebt. Die Gesellschaft ist hierarchisch aufgebaut und das Prinzip der Solidarität demnach eher horizontal als vertikal.
- Eine universalistische Solidarität und Gleichheit wird im *sozialdemokratischen* Regimetyp angestrebt. Der Staat übernimmt die volle Verantwortung für seine Bürger und gewährleistet allen einen relativ hohen Minimalstandard. Die Solidarität ist hoch, sowohl vertikal als auch horizontal.

Bei allen Typen spielt das Prinzip des Bedürfnisses eine grosse Rolle, besonders aber im liberalen und im sozialdemokratischen: im ersteren muss ein Bedürfnis bewiesen werden, damit überhaupt von Leistungen profitiert werden kann, im zweiten werden allen Bürgern sogar noch hohe Bedürfnisse gewährleistet. (Vgl. Arts & Gelissen, 2001, S. 286)

Die Beziehung zwischen Wohlfahrtsregime und den Wertvorstellungen einer Gesellschaft ist laut Arts und Gelissen reziprok (2001, S. 287; 2002, S. 155). So wird einerseits die Ausgestaltung des Regimes durch die herrschenden gesellschaftlichen Werte geprägt: Wenn das Ziel der Gesellschaft im Erreichen der höchstmöglichen Produktivität liegt, wird die Chancengleichheit als Solidaritätsmodus favorisiert; wenn mit dem System das Erhalten und Verwirklichen von gesellschaftlicher Harmonie angestrebt wird, liegt die Entscheidung eher auf Seiten von Gleichheit. Andererseits prägen kontextuelle Faktoren mit der Zeit die Ausdifferenzierung von Werten: Wenn die Individuen gewisse Erfahrungen mit dem System machen, passt sich ihr Verhalten nach und nach dem System an. Die Rahmenbedingungen für das Bilden von Präferenzen in Bezug auf Solidaritäts- und Gerechtigkeitsfragen werden durch den sozio-ökonomischen und institutionellen Kontext der Vergangenheit geprägt. Dieser formt also die Interpretation der Situation der Bürger und definiert somit auch die Einstellungen, wann Gesellschaftsmitglieder unterstützt werden sollen und wann nicht.

Legitimität ergibt sich nach dieser Auffassung weder aus dem Zusammenspiel bzw. der Dialektik der (Wirtschafts-) Kräfte (Heimann, 1929/1980) oder aus dem Kompromiss zwischen Eigeninteressen (Heidorn, 1982), noch aus den Machtverhältnissen (Bourdieu, 1985), sondern entspringt den vorherrschenden Werten der Gesellschaft und den Mechanismen der Institutionen, sobald sich diese eingespielt haben.

## **4.4. Forschungsstand**

Obwohl es einige theoretische Arbeiten zum Thema Legitimität und Wohlfahrtsleistungen gibt<sup>5</sup>, existieren keine umfassenden empirischen Arbeiten über die Beziehung zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität. Angesichts der scharf geführten Reformdiskussionen Ende der 1990er Jahre und anfangs des neuen Jahrtausends ist dies eine überraschende und prekäre Situation: Ist die Lage so, wie Heimann (1929/1980) oder Heidorn (1982)

---

<sup>5</sup>Im vorgehenden Kapitel wurde nur eine Auswahl solcher Theorien erwähnt. Die ausgewählten Arbeiten stellen Paradebeispiele der jeweiligen Forschungsrichtungen dar. Weggelassen wurden die – durchaus häufig beachteten – Auffassungen von Habermas (z.B. 1973) und Luhmann (z.B. 1975), da diese einige Lücken offenlassen (vgl. Heidorn, 1982, 120-211 bzw. 72-119). Zudem stellen sie lediglich andere Ansichten der selben Positionen dar und liefern keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse.

theoretisieren, ist beim Abbau des Sozialstaates äusserste Vorsicht geboten! Präsentiert sich die Lage aber der Theorie von Bourdieu (1985) oder der Wertorientierungstheorie (z. B. Arts & Gelissen, 2001) entsprechend, ist für einen akzeptierten Abbau nur die richtige Argumentation und Eingewöhnung notwendig.

Empirische Arbeiten zum Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsregimes und Wertorientierungen und zwischen Wohlfahrtstypen und ökonomischen Parametern liegen vor (vgl. z. B. Svallfors, 1997; Arts und Gelissen, 2001, 2002; bzw. Lindert, 2004a, 2004b; Blekesaune, 2007). Der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtstypus und Legitimität wird meist implizit angesprochen, ein expliziter Schluss ist aber nicht möglich. Dies liegt wohl v. a. daran, dass bisher kein vernünftiges Mass für die Legitimität eines Staates existierte (vgl. Gilley, 2006a, S. 500).

Stefan Svallfors beklagt sich in seinem 1997 publizierten Artikel darüber, dass es bis anhin in den Sozialwissenschaften zwei unterschiedliche Arten von Forschung gab, die häufig nicht miteinander kombiniert wurden: einerseits die Forschungstradition der komparativen Vergleiche von Institutionen, andererseits die Forschungsrichtung der komparativen Analysen von Werten und Einstellungen. In Bezug auf die Wohlfahrtsstaatsforschung heisst das, dass sich die Forschungen über Wohlfahrtsstaatsregimes wenig mit den Strukturen von Werten und Einstellungen in der Gesellschaft auseinandersetzen, auf der anderen Seite die Studien über Werte häufig die historischen und institutionellen Erklärungen von Wertesystemen vernachlässigen (vgl. Svallfors, 1997, S. 283). Svallfors verbindet diese beiden Strömungen und vergleicht Regimetypen in Bezug auf verschiedene Werte. Er kommt zum Schluss, dass Unterschiede zwischen den Regimetypen<sup>6</sup> in den jeweiligen Wertorientierungen bestehen (Svallfors, 1997, S. 295). Arts und Gelissen (2001) erweitern diese Untersuchung um die unterschiedliche Bewertung von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität in den verschiedenen Regimetypen und kommen ebenfalls zum Schluss, dass Unterschiede bestehen. Diese Unterschiede fallen aber sehr klein aus, obwohl die Hypothesen ohne Kontrolle nach anderen Determinanten von Wertvorstellungen getestet werden. Dennoch bleibt zu bemerken, dass die erklärte Varianz auf der Ebene der Regimetypen bei jedem Modell von Arts/Gelissen beträchtlich grösser ist als die erklärte Varianz auf Individualebene durch Strukturdeterminanten (vgl. Arts & Gelissen, 2001, S. 294-295). Diese Studien stützen zumindest teilweise die wertorientierte Position.

Dass Wertvorstellungen in Bezug auf Wohlfahrtsleistungen mit der ökonomischen Situation im betroffenen Land und mit der eigenen finanziellen Situation zusammenhängen,

---

<sup>6</sup>Er vergleicht vier Regimetypen bestehend aus je zwei Ländern: liberal (USA/CAN), konservativ (GER/AUT), sozialdemokratisch (NOR/SWE) und radikal (AUS/NZL).

zeigt Blekesaune in seiner Mehrebenenanalyse, die sowohl die Individualebene als auch die Länderebene wie auch Langzeiteffekte berücksichtigt (Blekesaune, 2007, S. 397-398): Eine Verschlechterung der eigenen finanziellen Situation führt zu positiveren Einstellungen zu Umverteilung und staatlicher Verantwortung. Ein besonders interessantes Resultat ist, dass ein Grossteil des Effektes bestehen bleibt, wenn nach individueller finanzieller Situation korrigiert wird: Wenn in einem Land die wirtschaftliche Situation schlecht ist, steigt demnach auch die Solidarität gegenüber den Betroffenen unabhängig der eigenen Situation (Blekesaune, 2007, S. 398-399). Diese Studie untersucht allerdings Länder sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus im Gegensatz zu Arts und Gelissen (2001) und Svallfors (1997), die nur hoch entwickelte Wohlfahrtsstaaten untersuchen. Blekesaunes Befunde korrespondieren mit Heidorns Auffassung, dass die ökonomische Situation für die Beurteilung von Wohlfahrtssystemen wichtig ist (vgl. Heidorn, 1982, S. 156).

Lindert findet in seiner Langzeitstudie, dass hohe Wohlfahrtsausgaben nicht zu tieferem Wachstum führen, was aus rein ökonomischer Sicht sehr erstaunlich sei (Lindert, 2004a, S. 29). Er führt dies u. a. darauf zurück, dass in Ländern mit hohen Sozialausgaben die Steuerlasten als Resultat demokratischer Prozesse (präziser wäre wohl: korporatistischer Prozesse) wirtschaftsfreundlicher verteilt sind (Lindert, 2004a, S. 235-245; ähnlich argumentiert auch Bonoli, 2007, S. 31). In diesem Resultat widerspiegelt sich die dialektische Auffassung von Sozialpolitik (vgl. Heimann, 1929/1980, S. 167-168).

Gilley (2006b) testet zwar die „Determinanten der Legitimität“ mit einer Vielzahl von Variablen, darunter auch „Welfare Level“ und „Welfare Gain“ sowie „Poverty“, da diese seit jeher als wichtige Legitimitätsfundamente gelten (Merriam, 1945, S. 31; zit. nach Gilley, 2006b, S. 49). Er findet einen relativ starken Zusammenhang zwischen diesen Variablen und der Legitimität. Allerdings lässt das Modell sowie die Operationalisierung sehr zu wünschen übrig: Die unabhängigen Variablen werden gleichzeitig oder sogar noch später als die Variablen, welche die Legitimität messen, gemessen. Die Variablen werden zudem nur bivariat verglichen mit Ausnahme einer multiplen Regression, welche jedoch einige Grundannahmen verletzt<sup>7</sup>. „Welfare Level“ und „Welfare Gain“ haben allerdings wenig mit dem Wohlfahrtskonzept dieser Arbeit zu tun, sondern werden durch den Human Development Index (United Nations Development Programme 1990-2002) gemessen und sind somit eher mit „Entwicklungsniveau“ zu übersetzen; für „Poverty“ wird die Kindersterblichkeit als Proxy verwendet.

Ullrich (2008) präsentiert eine umfassende Studie zur Akzeptanz des deutschen Wohlfahrtsstaates. Er untersucht jedoch nicht die Wirkung der Wohlfahrtsleistungen auf die Legiti-

---

<sup>7</sup>Gilley selbst ist sich dessen allerdings bewusst und kommentiert die Resultate entsprechend.

mität des Staates, sondern sein Interesse gilt der Akzeptanz der Wohlfahrtsinstitutionen in der Bevölkerung. Somit konzentriert er sich mehr darauf, was die Bevölkerung von den Wohlfahrtsleistungen hält. Dies beantwortet eher die Frage, wie die Wohlfahrtsleistungen laut der Bevölkerung am besten zu leisten wären, während die Frage dieser Arbeit lautet, inwiefern Wohlfahrtsleistungen als Aufgabe des Staates gesehen werden. Bei Ullrich kommt nicht in den Fokus, welche Effekte die Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates als Ganzes haben.

Dennoch sind die Resultate seiner Studie aufschlussreich: So stellt er fest, dass zwar die Performanz der Wohlfahrtsinstitutionen eher negativ bewertet wird. Dies aber nicht, weil die Wohlfahrtsleistungen als solche nicht akzeptiert wären, sondern weil mehr Leistung gewünscht wird (Ullrich, 2008, S. 241-243). Daher kommt er zum Schluss, dass der Wohlfahrtsstaat auf eine hohe Akzeptanz zählen kann, allerdings die Bevölkerung mit den Leistungen nicht ganz zufrieden ist. Zudem stellt er einen Unterschied der Akzeptanz unterschiedlicher Programmen der sozialen Sicherung fest: Minderheitsprogramme wie die Arbeitslosenversicherung oder die Sozialhilfe können auf weniger Akzeptanz zählen als Programme, welche die Allgemeinheit betreffen (Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung oder Leistungen für Familien). Leider basieren diese Resultate aufgrund der umfangreichen Anlage der Studie lediglich auf Daten zum deutschen Wohlfahrtsstaat, weshalb keine Vergleiche zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtssystemen möglich sind. Es wird aber deutlich, dass die Deutschen von ihrem Staat Leistungen zur sozialen Sicherung erwarten – und zwar eher mehr als weniger als der doch gut ausgebaute deutsche Wohlfahrtsstaat zurzeit bietet.

Die einzige Studie, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und politischem Vertrauen auseinandersetzt, fokussiert lediglich auf die drei europäischen Länder Schweden, Deutschland und Grossbritannien. Taylor-Gooby (2011, S. 462) zeigt darin auf, dass ein Wandel von einer redistributiven zu einer aktivierenden Wohlfahrtsideologie stattfindet. Als abhängige Variable verwendet er einige Variablen zu politischem Vertrauen (Vertrauen in das Parlament, das Rechtssystem, die Polizei, die Politiker und die Parteien), die er mittels einer Faktorenanalyse auf eine Variable reduziert. Er nennt die Variable „Trust in Government“<sup>8</sup> und argumentiert, dass dies ein Indikator für Legitimität sei (Taylor-Gooby, 2011, S. 461). Die Studie zeigt, dass Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat einen wichtigen Einfluss auf das politische Vertrauen darstellen. Bürger, die aktivierenden, Selbstverantwortung stützenden Massnahmen positiv gegenüberstehen, weisen ein etwas höheres politisches Vertrauen auf, aber auch Menschen, die redistributive Massnahmen positiv bewerten zeichnen sich durch höheres Vertrauen aus, allerdings ist der Effekt etwas

---

<sup>8</sup>Interessant ist, dass er jedoch gerade die Variable ‚Trust in Government‘ nicht für seinen Indikator verwendet.



schwächer (Taylor-Gooby, 2011, S. 463-465). Es gibt nur geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern (und Wohlfahrtsregimes). So übt eine moralische Ethik gleicher Chancen in Deutschland und Schweden einen positiven Einfluss auf das politische Vertrauen aus, nicht jedoch in Grossbritannien (Taylor-Gooby, 2011, S. 465). Diese Studie kann jedoch nichts über den Zusammenhang zwischen konkreten Wohlfahrtsleistungen und Legitimität aussagen, denn ihr Fokus liegt auf den Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. Ob dieser subjektiv für gut befunden wird oder nicht, oder ob dieser objektiv erfolgreich im Erreichen seiner Ziele ist, wird nicht erfasst, auch nicht, wie gross die konkreten Anstrengungen des Staates für die Unterstützung der schlechter Gestellten sind. Die Studie aber zeigt, dass in den europäischen Ländern unabhängig vom Regime vom Staat ein gewisses Mass an Wohlfahrtsleistungen – redistributiver wie auch aktivierender Art – gefordert wird (Taylor-Gooby, 2011, S. 465).

Als Zusammenfassung der vorhandenen Forschungsergebnisse lässt sich festhalten, dass ein Zusammenhang von Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates zumindest plausibel, wenn auch nicht ganz eindeutig ist. Es scheint eine Rolle zu spielen, welche Länder in die Untersuchung eingeschlossen werden. Da in dieser Studie Länder unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und aus vier Kontinenten untersucht werden, ist es nötig, ein theoretisches Instrumentarium zur Hand zu haben, welches mit dieser Heterogenität umgehen kann. Die bestehenden Positionen bieten hierzu zu wenig an. Deshalb wird im nächsten Kapitel ein theoretisches Rahmenkonzept entwickelt, welches unterschiedliche Kontexte zu integrieren vermag.



## 5. Theoretisches Rahmenkonzept

Die im Rahmen der Wohlfahrtsstaatsforschung meist verwendeten Theorien<sup>1</sup> lassen sich jeweils einer der drei im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Positionen (der sozialdemokratischen, der machtkritischen oder der wertorientierten Position) zuschreiben. In dieser Arbeit wird die These verfolgt, dass diese drei Positionen nicht eigenständige Theorien, welche den Untersuchungsgegenstand vollumfänglich beschreiben, sondern unterschiedliche Dimensionen des Zusammenhanges zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen darstellen. Im folgenden Kapitel wird ein eigenes theoretisches Rahmenkonzept entwickelt, welches sodann in den nachfolgenden Kapiteln empirisch getestet werden soll. Hierzu werden die drei Positionen in ein historisches Grundkonzept integriert. Dieser historisch-integrative Blick ermöglicht ein vertieftes Verständnis des Zusammenhanges zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen.

Zuerst werden die Grundannahmen des Konzeptes diskutiert, danach die Grundthesen formuliert und im letzten Abschnitt dieses Kapitels die bisherigen empirischen Befunde zum Thema präsentiert.

### 5.1. Die Grundannahmen der historisch-integrativen Position

Ein Rahmenkonzept kommt nicht ohne Grundannahmen aus. In diesem Abschnitt werden die Grundannahmen präsentiert, auf welchen das Konzept der historisch-integrativen Position aufbaut.

---

<sup>1</sup>Dies trifft zumindest auf die westlichen Forschungen zu, welche klar in der Überzahl sind. Es existieren auch Forschungen zu den Entwicklungsländern. Allerdings beschränkt sich die Aufmerksamkeit dieser Arbeiten v. a. auf eine Einteilung der beobachteten Entwicklungsländer in die an Esping-Andersen (1990) orientierte Typologie. Es wird nicht, wie es in diesem Kapitel versucht wird, ein Rahmenkonzept entwickelt, das alle Länder integrieren kann. Somit wird meist eine westliche Sicht der Dinge dargelegt (vgl. z. B. kritisch: Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 3-4).

### 5.1.1. Prämisse 1: normative Vielfältigkeit

Die erste und wichtigste Prämisse ist die schon im Abschnitt 2 vielfach angesprochene These, dass Legitimität nicht normativ auf *eine mögliche Legitimität* reduziert werden kann, sondern dass das, was als *legitim* empfunden wird, von einem *Gerechtigkeitsempfinden* abhängt, welches sehr stark durch soziale Bedingungen geprägt wird.

Forschungen über den Wohlfahrtsstaat beanspruchen (zumindest implizit) Einfluss auf die konkrete (Wohlfahrts-)Politik. Damit kommen sie mit normativen Bedingungen in Berührung. Rein normative Theorien sind aber auf politischer Ebene schwer durchsetzbar, da die Grundvoraussetzung normativer Theorien – nämlich die Beurteilung von einem neutralen Standpunkt aus (vgl. Liebig & Lengfeld, 2002, S. 9) – in politischen Situationen, welche durch Partikularinteressen geprägt sind, alles andere als gegeben ist (vgl. Liebig & Lengfeld, 2002, S. 20). Unter solchen Voraussetzungen braucht es eine Vermittlung empirischer wie auch normativer Positionen. In dieser Arbeit wird diesem Problem Rechnung getragen, indem verschiedene normative Positionen zugelassen werden; Gerechtigkeit wird Rawls folgend als jene Tugend angesehen, an der sich gesellschaftliche Institutionen vorwiegend messen lassen sollten (vgl. Rawls, 1971, S. 3). Im Gegensatz zu Rawls wird Gerechtigkeit aber gleichsam einer Variablen verstanden, welche unter unterschiedlichen sozialen Bedingungen verschiedene Ausprägungen annehmen kann. Dies führt direkt zur zweiten Prämisse: Im nächsten Abschnitt wird erläutert, unter welchen Umständen unterschiedliche Gerechtigkeitsempfindungen möglich sind.

### 5.1.2. Prämisse 2: Kultur als normative Grundlage

Das Verständnis davon, was *gerecht* ist, wird – so die These – durch soziale Bedingungen geprägt (vgl. auch Leung & Stephan, 2001, S. 400; Liebig & Lengfeld, 2002, S. 20). Der wertorientierten Position folgend (s. Abschnitt 4.3), allerdings darüber hinausgehend<sup>2</sup>, wird postuliert, dass *kulturelle* Faktoren darüber entscheiden, was als *gerecht* empfunden wird. Somit wird auch davon ausgegangen, dass kulturelle Unterschiede bestehen bleiben,

---

<sup>2</sup>Die wert-orientierte Position bezieht sich meist nur auf westliche Länder (z. B. Arts & Gelissen, 2001) und behandelt vorwiegend die Erfahrung mit Institutionen. Somit nimmt sie nur einen sehr kurzen geschichtlichen Ausschnitt ins Blickfeld. In dieser Arbeit wird postuliert, dass sich unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit herausbilden können – und zwar unterschiedlicher als dies die wertorientierte Position vorsieht. Diese geht davon aus, dass (Um-)Verteilung als legitimierende Kraft gegeben ist. In dieser Arbeit geht das Werteverständnis eine Ebene tiefer: Während in der wertorientierten Position nur unterschieden wird *wieviele* Umverteilung erfolgen soll, wird es mit der historisch-integrativen Ansicht auch möglich, dass krasse Ungleichheit beruhend auf zugeschriebenen Merkmalen in einer bestimmten Gesellschaft als gerecht angesehen werden kann.

auch wenn kulturelle Interaktion stattfindet, da Kultur verschiedene Sektoren des sozialen Lebens prägt und so persistent bleibt, bzw. sich nur äusserst langsam durch die einzelnen Sektoren verändert (vgl. Kalberg, 1987, S. 162).

### 5.1.3. Prämisse 3: Weltregion und Religion als Determinanten einer Makrokultur

Es wird weiter davon ausgegangen, dass Kultur und damit Gerechtigkeitsideologien allgemein sehr stark durch die in den jeweiligen Ländern bzw. (Welt-)Regionen dominierende Religion geprägt sind, da zumindest bis zur Aufklärung/Industrialisierung die Religion als legitimierende Kraft schlechthin gesehen werden kann (vgl. z. B. Weber, 1904/1979, z. B. 29-30, 66, 76, 118; Kalberg, 1987, S. 154; J. G. Miller, 1994, S. 12-16; Leung & Stephan, 2001, S. 378). Neben der Religion können aber in einem zweiten Schritt auch weitere Kriterien die Kultur eines Landes beeinflussen, wie z. B. Kommunismus/Transformation oder (Welt-)Region (im Sinne einer gemeinsamen Geschichte). Somit rückt eine *Makrokultur* ins Blickfeld, welche sich aus einer dominanten Kultur in einer Region bildet. Das Betrachten einer solchen Makrokultur bedeutet nicht, dass innerhalb dieser Makrokultur Homogenität herrscht. Im Gegenteil, es wird davon ausgegangen, dass diese Makrokultur Ergebnis einer ständigen Aushandlung verschiedener sozialer Gruppen mit unterschiedlichen Mikrokulturen ist (Wegener & Liebig, 1993, S. 685).

## 5.2. Die Grundthesen der historisch-integrativen Position

Wird den ersten beiden Grundprämissen zugestimmt, dann gilt es im nächsten Schritt zu klären, welche Gesellschaften *welche* Wertepreferenzen haben und *warum* dies so ist. Mary Douglas (Douglas, 1970; 1982; Douglas und Wildavsky, 1982; zusammenfassend: Douglas, unbekannt) versucht mit ihrer Theorie des Grid-Group-Paradigmas genau dies zu erklären. Im folgenden Abschnitt geht es darum, das Grid-Group-Paradigma vorzustellen und dieses, Liebig und Schlothfeldt (2002) folgend, an die Fragestellung dieser Arbeit anzupassen.

### 5.2.1. Das Grid-Group-Paradigma

Die Anthropologin Mary Douglas wollte mit ihrem Buch „Natural Symbols“ (1970) zeigen, dass es in unterschiedlichen Kulturen verschiedene Wertepreferenzen gibt und dement-

sprechend auch unterschiedliche normative Frameworks (Douglas, unbekannt, S. 1-2). Die Grundannahme besteht darin, dass wie im Abschnitt 5.1.1 beschrieben, die Sicht der Welt davon abhängig ist, wie man mit anderen Menschen zusammenlebt. Geprägt durch Basil Bernsteins zweidimensionale Sprachtheorie<sup>3</sup> bildet Douglas ein zweidimensionales Modell einer Kulturtheorie. Die Theorie besteht folglich aus einer Beschreibung der möglichen sozialen Bindungen sowie den daraus folgenden „Cultural Biases“<sup>4</sup>. Soziale Beziehungen lassen sich laut Douglas mit zwei Dimensionen hinreichend beschreiben<sup>5</sup>:

- *Group*, auf der horizontalen Achse, beschreibt die grundlegenden Bindungen einer sozialen Gruppe (Douglas, unbekannt, S. 2).

Diese Dimension informiert über die soziale Unterstützung, die ein Mitglied von der Gruppe erwarten kann, aber auch über das Ausmass, durch welches sein Handeln durch die Gruppe geleitet wird. In einer sozialen Umwelt, die als *High Group* bezeichnet werden kann, existieren klare und auch starre Gruppengrenzen. Einzelne Gruppenmitglieder orientieren sich in ihren Entscheidungen sehr stark an der Gruppe, können im Gegenzug aber auch auf eine hohe Solidarität zählen. (Vgl. Liebig & Schlothfeldt, 2002, S. 223)

Am einen Ende der Dimension (*Low Group*) ist man Mitglied einer religiösen Gruppe, geht aber nur am Sonntag oder an grossen Feiertagen in die Kirche. Am anderen Ende (*High Group*) ist man Mitglied eines Klosters, was volle, lebenslange Zugehörigkeit erfordert. (Douglas, unbekannt, S. 3)

- Die Dimension *Grid*, auf der vertikalen Achse, bezeichnet die *Regulation*, also die Zwänge, welche aus der Hierarchie erwachsen (Douglas, unbekannt, S. 2).

Je umfassender diese Regeln sind, desto mehr sind die Personen in ihren Handlungen eingeschränkt. Es bestehen in einer sozialen Umwelt, die als *High Grid* bezeichnet werden kann, klare Regeln, wer hierarchisch ‚oben‘ und wer ‚unten‘ steht. Eben-

---

<sup>3</sup>Bernstein (1970) unterscheidet zwischen restringierter und elaborierter Sprache. Er geht davon aus, dass sich Personen unter unterschiedlichen sozialen Bedingungen unterschiedliche Sprachformen aneignen. Soziale Strukturen generieren laut Bernstein eine bestimmte Sprachform: Unter starker sozialer Kontrolle bilden Menschen eine restringierte Sprache aus, während unter schwacher sozialer Kontrolle eine elaborierte Sprache entstehen kann.

<sup>4</sup>Unter „Cultural Bias“ versteht Douglas die kulturellen Bedingungen, welche die Sicht der Welt beeinflussen. Unterschiedliche Kulturen können Sachverhalte anders interpretieren, da ihnen verschiedene Erklärungsweisen zueigen sind (beispielsweise sind westliche Menschen empört, dass in China Hunde und Katzen gegessen werden, während in China die Aufregung nicht verstanden werden kann). Dadurch entstehen verschiedene Rationalitäten (vgl. Douglas, unbekannt, S. 9; Mamadouh, 1999, S. 397; kritisch: Shore, 1979, S. 434-435).

<sup>5</sup>Douglas' Theorie wurde mit den Jahren vielfach weiterentwickelt und verändert (vgl. Douglas, unbekannt, S. 8), so auch durch eine von ihr gerne aufgenommene dritte (politische) Dimension der Macht durch Thompson (1982). Diese durchaus interessante dritte Dimension wird hier der Einfachheit halber ausgeklammert. Auch mit den beiden originalen Dimensionen lässt sich zeigen, dass unterschiedliche Rationalitäten möglich sind, was den vordergründigen Zweck der Vorstellung dieser Theorie darstellt.

so geregelt sind die Möglichkeiten der Arten von Beziehungen zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Positionen. Die *Grid*-Dimension steht also für das Ausmass an individueller Freiheit, die sozialen Beziehungen (in der beschriebenen sozialen Umwelt) nach eigenen Wünschen zu gestalten und dient somit gleichsam als „Gradmesser der Individuation“ (Liebig & Schlothfeldt, 2002, S. 223).

Am einen Ende der Dimension (*Low Grid*) herrscht gleich verteilter Gruppendruck unter den Mitgliedern, jede Beziehung muss ausgehandelt werden. Am anderen Ende (*High Grid*) stehen hierarchische Gruppen mit klar reglementierten sozialen Beziehungen (Douglas, unbekannt, S. 2).

Die beiden Dimensionen lassen sich noch durch jeweils vier Teilaspekte näher umschreiben (für die *Grid*-Dimension bei Douglas (1989, S. 173-174) schon angedacht, durch Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 223-224) systematisch aufgeführt)<sup>6</sup>:

**Group** wird beschrieben durch:

- Insulation: Separation verschiedener Gruppen in einem sozialen Aggregat.
- Autonomie: Entscheidungsspielraum der einzelnen Person.
- Kontrolle: Möglichkeiten zur Kontrolle anderer Personen
- Selbständigkeit: Inwiefern können Personen mit gleichem Status die Organisation ihres Zusammenlebens selbst aushandeln.

**Grid** wird beschrieben durch:

- Gruppenabgrenzung: Möglichkeiten der Abgrenzung gegen andere Gruppen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder über Aufnahme von Gruppenmitgliedern.
- Interaktionshäufigkeit: Wie zahlreich ist die Interaktion der Gruppenmitglieder untereinander?
- Interaktionsintensität: Intensität und Umfang der Interaktionen zwischen sich gut bekannten Gruppenmitgliedern.

---

<sup>6</sup>Das Grid-Group-Paradigma wurde sehr stark rezipiert und somit auch erweitert und verändert. Dies auch in Bezug auf die verschiedenen Aspekte der Dimensionen. Eine weitere (allerdings ähnliche) Auflistung findet sich beispielsweise bei Gross und Rayner (1985, S. 73-82)

- Reichweite: Inwiefern wird das soziale Leben durch die Gruppe bestimmt?

Stellt man nun die beiden Dimensionen einander gegenüber, entsteht das vielzitierte Diagramm, das allerdings viele verschiedene Darstellungen erfuhr (vgl. Mamadouh, 1999, S. 398-399). Die beiden Achsen sind als kontinuierliche Variablen zu verstehen, nichtsdestotrotz reichen vier Idealtypen<sup>7</sup> aus, um die Weltsichten zu beschreiben (Douglas, unbekannt, S. 4):

**Hierarchistisch** Rechts oben, *High Grid* und *High Group*, liegt eine Gesellschaft mit klaren Regeln und askribierten Rollen. Es herrscht die Weltsicht der „Hierarchisten“ vor.

**Enklavistisch** Rechts unten, *Low Grid/High Group*, befindet sich der Typus der „Enklavisten“. Sie sind geprägt durch eine starke Gruppenbindung und eine eher egalitäre Organisation.

**Individualistisch** Links unten, *Low Grid/Low Group*, liegt eine Gesellschaft, geprägt durch individuelle Freiheiten und ein meritokratisches Allokationsprinzip: der Typus der „Individualisten“

**Isoliert** Links oben, *High Grid/Low Group*, ist ein nach den meisten Autoren selten auftretender Typus. Douglas beschreibt ihn durch Isolation. Hier sind z. B. Gefangene einzuordnen (Douglas, unbekannt, S. 6), von welchen starker Gehorsam gefordert wird, ohne Rückhalt in einer Gruppe.

Die Typologie lässt sich entsprechend Abbildung 5.1 darstellen.

Douglas' Theorie wird kritisiert, in ihrem Anwendungsbereich etwas schwammig zu sein (Shore, 1979, S. 434; Spickard, 1989, S. 151-152; Mamadouh, 1999, S. 395). Dies ist darauf zurückzuführen, dass Douglas ihr Grid-Group-Konzept selbst für viele verschiedene Fragestellungen benutzte und so immer wieder an unterschiedliche Bedingungen anpasste (Douglas, 1989, S. 171). Zudem wurde das Grid-Group-Paradigma auch von vielen anderen Autoren auf unterschiedlichste Fragestellungen angewandt (vgl. Spickard, 1989, S. 151-152; Douglas, 1989, S. 173-175; Mamadouh, 1999, S. 395-396). Nach Mamadouh (1999, S. 396) und Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 226-229) gibt es zwei grundsätzlich unterschiedliche Varianten des Grid-Group-Paradigmas, welche auf unterschiedlichen (teils unvereinbaren; vgl. Spickard, 1989, S. 152) Theorien aufbauen: Erstens die „Cultural Theory“, welche das

---

<sup>7</sup>Später wurde ein fünfter Typ hinzugefügt: Der Eremit. Er stellt eine Ausnahme dar, da er gar keine sozialen Bindungen eingeht und somit weder durch Grid noch durch Group beschrieben werden kann; vgl. Liebig und Schlothfeldt, 2002, S. 221



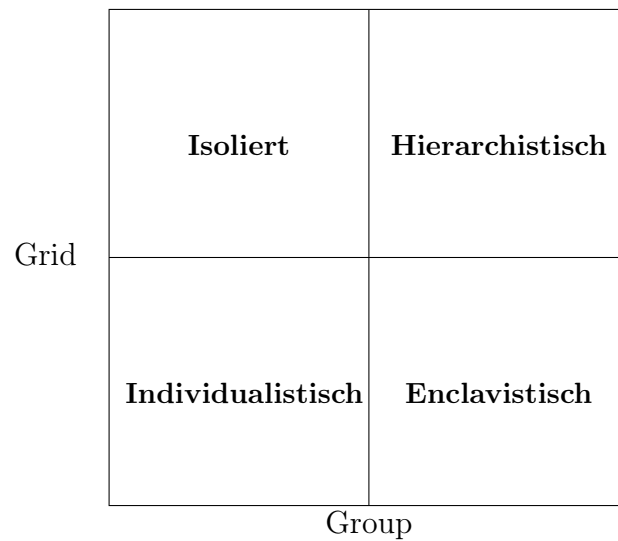


Abbildung 5.1.: Originalversion des Grid-Group-Paradigmas nach Douglas (1993, S. 45)

Paradigma zur Systemtheorie ausbaut, und zweitens die der ursprünglichen Version von Douglas folgende heuristische Auffassung des Paradigmas. Da Douglas den durch die „Cultural Theory“ beschrittenen Weg zum Teil auch gegangen ist, gibt es viele Zwischenvarianten, die aber weder der ‚harten‘ Interpretation (vgl. Mamadouh, 1999, S. 396), noch der ‚soften‘ Variante folgen und somit logisch inkonsequente Schlüsse ziehen (vgl. Spickard, 1989, S. 152), weshalb hier nur auf die beiden oben genannten Varianten eingegangen wird.

#### 5.2.1.1. Die systemtheoretische Variante: Cultural Theory

Bereits der Name der sogenannten ‚harten‘ Variante ist heftig umstritten, da er suggeriert, die einzige Kulturtheorie zu sein. Da sich die Vertreter dieser Gruppe aber nicht auf einen anderen Namen einigen konnten, wird auch hier dieser Name verwendet (vgl. Mamadouh, 1999, S. 395-396). Die Vertreter dieses Ansatzes, allen voran deren Gründer Thompson, Ellis und Wildavski (1990), gehen davon aus, dass die vier bzw. fünf Weltansichten gemeinsam ein Gesamtsystem bilden. Die einzelnen Weltansichten sind in ständigem Austausch und in ständigem Konflikt. In jeder Gesellschaft sind dementsprechend auch alle Weltansichten zu finden. Sie kämpfen gegenseitig um Mitglieder und verhelfen ihren Mitgliedern, Einstellungs- und Wertpräferenzen zu bilden. Den vier bzw. fünf Weltansichten wird so ein ontologischer Status zugeschrieben.

Individuen können nach dieser Auffassung nicht mehr als Träger politischer Kulturen gesehen werden und stellen somit auch keine sinnvolle Analysekategorie dar.

Diese Interpretation birgt die Gefahr, das Paradigma als Werkzeug für die Klassifizierung zu verwenden und somit alte Zuschreibungen zu stärken (Mamadouh, 1999, S. 402).

### 5.2.1.2. Die heuristische Variante: Das Grid-Group-Paradigma als Theorie sozialer Einstellungen

Die zweite Strömung folgt der ursprünglich intendierten Form des Grid-Group-Paradigmas von Douglas. Es geht um die kausale Verknüpfung von sozialen Umwelten und Weltsichten. Wenn die Weltsichten als kausale Reaktionen auf Grid und Group verstanden werden, wird es möglich das Paradigma nicht nur als Kulturtheorie, sondern als Theorie sozialer Einstellungen zu verwenden. Allerdings liegt das Problem bei dieser Sichtweise beim Strukturdeterminismus: Dass (ausschliesslich) strukturelle Bedingungen Werthaltungen bilden, konnte bislang nicht empirisch nachgewiesen werden. Auch Douglas erkannte dieses Problem und schwächte in der Folge die Aussagen ab, indem sie den Aspekt der *individuellen Erfahrung* einführte: Die subjektive Interpretation der sozialen Bedingungen bildet so das Zwischenglied zwischen objektiven Strukturen und den daraus resultierenden Werten. Die Interpretation des Grid-Group-Paradigmas als Theorie sozialer Einstellungen besteht nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 229) aus vier Elementen:

1. der objektiven Sozialstruktur,
2. der subjektiven Erfahrung bzw. Interpretation dieser Sozialstruktur,
3. den Weltsichten (und damit den Werthaltungen),
4. einer psychologischen Brückenannahme, nach welcher sich die Konsistenz zwischen Sozialstruktur einerseits und Werthaltungen andererseits aus dem Wunsch nach Vermeidung kognitiver Dissonanzen ergibt.

In dieser Arbeit wird diese ‚softe‘ Variante weiterverfolgt. Ziel ist es nicht, die Grid- und Group-Parameter genau zu bestimmen, sondern mithilfe des Grid-Group-Paradigmas herauszuarbeiten, ob und wieso in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen dominant sind. Im nächsten Abschnitt wird dementsprechend das Paradigma als heuristisches Mittel dazu verwendet, verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen zu definieren.

### 5.2.2. Grid und Group als Theorie von Gerechtigkeitsvorstellungen

Die durch das Grid-Group-Paradigma definierten *sozialen Typen* bilden durch ihre strukturellen sozialen Bedingungen und deren Interpretation die Farbpalette ideologischer Vor-einstellungen (die von Douglas so genannten „Cultural Biases“; z. B. Douglas, 1993, S. 45). Die ideologischen Inhalte können sämtliche Sphären unseres Lebens beeinflussen, indem sie die Präferenzen, nach welchen sich unser Handeln ausrichtet, bestimmen (vgl. Wegener & Liebig, 1993, S. 673). Für das Zusammenleben in grösseren Gesellschaften sind Präferenzen in Bezug auf Verteilungsfragen besonders zentral: Dabei geht es v. a. um die Fragen: „Wer soll verteilen und wie soll das Verteilungsergebnis aussehen?“ (Wegener & Liebig, 1993, 673, Hervorhebungen im Original). Dies sind auch die Fragen, welche in Bezug auf die Forschungsfrage dieser Arbeit interessieren. Wohlfahrtsstaaten regeln die Umverteilung und die Gerechtigkeitsideologien bestimmen in der Folge das Legitimitätsempfinden des Staates.

Analog zu Douglas' Kosmologien (Douglas, 1982, S. 205-231) erstellen Wegener und Liebig (1993, S. 673) eine Typologie von Gerechtigkeitsideologien. Dadurch werden die von Douglas relativ allgemein gehaltenen Werthaltungen zu einer Palette konkreter Gerechtigkeitspräferenzen beschreibenden Typen geformt. Tabelle 5.2 stellt die vier idealen Typen von Gerechtigkeitsideologien, welche anhand der vier Weltsichten möglich sind, schematisch dar. Es sei daran erinnert, dass die Dimensionen von Grid und Group kontinuierlich zu verstehen sind und die Idealtypen die Extrempositionen an den Ecken des Diagramms darstellen.

Grid	<b>Fatalismus</b>	<b>Askriptivismus</b>
	<b>Individualismus</b>	<b>Etatismus</b>
Group		

Abbildung 5.2.: Die Idealtypen der Gerechtigkeitsideologien nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 230)

**Individualismus** beschreibt ein Gerechtigkeitsverständnis, das soziale Ungleichheit grundsätzlich als gerechtfertigt ansieht. Gerechtigkeit entsteht dadurch, dass diejenige Person, welche am meisten leistet, auch am meisten erhält. Die Verteilung basiert auf Marktmechanismen und ist meritokratisch organisiert.

**Etatismus** steht für eine Gerechtigkeitsideologie, nach welcher staatliche Interventionen für eine gerechte oder gar gleiche Verteilung der Güter sorgen sollen.<sup>8</sup>

**Askriptivismus** nennt sich die Gerechtigkeitsvorstellung, welche wie der Individualismus ungleiche Verteilung als gerecht ansieht, die Zuteilung der Güter aber nicht anhand von Leistung, sondern von Zugehörigkeit zu Gruppen definiert.

**Fatalismus** beschreibt einen durch Verzicht auf Gerechtigkeit charakterisierten Typus. Zuteilungsungerechtigkeiten werden als *Schicksal* interpretiert.

### 5.3. Die historisch-integrative Position

Das Grid-Group-Paradigma als Theorie von Gerechtigkeitsvorstellungen ermöglicht es, die im Abschnitt 4 vorgestellten Positionen nicht als hinreichende eigenständige Theorien zum Verhältnis zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität zu sehen, sondern sie, um eine historisch-kulturelle Dimension erweitert, in einer vierten Position zu integrieren: Die historisch-integrative Position. Es wird nämlich davon ausgegangen, dass unterschiedliche kulturelle und historische Kontexte jeweils unterschiedliche Positionen in den Vordergrund stellen. In diesem Abschnitt geht es darum, die historisch-integrative Position zu erarbeiten. Dazu werden in einem ersten Schritt die verschiedenen Makrokulturen vorgestellt und innerhalb des Grid-Group-Paradigmas verortet. Anschliessend wird anhand ausgewählter Studien die Art der Wohlfahrtsleistungen der unterschiedlichen Makrokulturen beschrieben und erste theoretische Einschätzungen des Zusammenhangs zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität vorgenommen, die in Abschnitt 7.1 in konkrete Forschungshypothesen umformuliert werden.

---

<sup>8</sup>In der ersten Version von Wegener und Liebig (1993, S. 673) nennt sich dieser Typus in Analogie zu Thompson, Ellis und Wildavsky (1990, S. 7) „Egalitarismus“. Bei Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 229) wird allerdings im Passus der Definition der Idealtypen der Terminus „Etatismus“ verwendet, der im Zusammenhang mit der Fragestellung dieser Arbeit passender ist. Douglas selbst gibt den Kosmologien in der ersten Fassung (Douglas, 1982, S. 205-231) keine Namen, sondern nur Buchstaben für die Quadranten. Später benutzt sie unterschiedliche Namen (vgl. Mamadouh, 1999, S. 401).

### 5.3.1. Die verschiedenen Makrokulturen

Wurden im vorhergehenden Kapitel die grundsätzlichen Gerechtigkeitsideologietypen definiert, so geht es jetzt darum herauszuarbeiten, wie die in dieser Untersuchung relevanten Einheiten (sprich: Länder) diesen Typen zugeordnet werden können. Entsprechend der Prämisse drei (s. Abschnitt 5.1.3) werden verschiedene Weltregionen definiert, die einzeln auf ihre Geschichte und Religion untersucht werden, um anschliessend im Grid-Group-Paradigma entsprechend der jeweils vorherrschenden Gerechtigkeitsvorstellung verortet werden zu können.

#### 5.3.1.1. Die westlichen Länder

Die westlichen Länder zeichnen sich v. a. durch eine christliche Tradition<sup>9</sup> und eine frühe und langsame Industrialisierung aus.

Im Westen wird das Individuum grundsätzlich als wichtiger gesehen als die soziale Gruppe (vgl. J. G. Miller, 1994, S. 12-13; H. C. Triandis, 1995, S. 89-99; Lane, 2001, S. 481). In Bezug auf die Grid Dimension bedeutet dies, dass westliche Gesellschaften in der unteren Hälfte anzusiedeln sind. Die Einteilung der westlichen Staaten auf der Group-Dimension ist schwieriger, da sich hierin die einzelnen Länder sehr stark unterscheiden. Grundsätzlich sind die westlichen Staaten als *individualistisch* einzuschätzen. Trotzdem gibt es eine grosse Anzahl an westlichen Staaten, die als *etatistisch* zu sehen sind. Da die Dimensionen nicht dichotom, sondern kontinuierlich verstanden werden, verteilen sich diese Staaten im Diagramm, im Vergleich mit anderen Weltregionen bilden sie aber dennoch ein Cluster.

#### 5.3.1.2. Die arabischen Länder

Als arabische Länder werden die islamisch geprägten Länder gesehen. Ein Hybridfall ist Indonesien, das nach der Verfassung ein islamisches Land und somit auch stark durch den Islam geprägt ist, jedoch in Bezug auf die Region kulturell auch als asiatisch gesehen

---

<sup>9</sup>Die christliche Tradition ist natürlich bei Weitem nicht einheitlich. Dies gilt auch für alle anderen Religionen. Für die christliche Tradition wurden z. B. die Unterschiede zwischen Katholizismus, Lutheranismus und asketischem Protestantismus (Kalvinisten, Presbyterianer, Baptisten und Quäker) von Weber stark thematisiert (vgl. Weber, 1904/1979, S. 29-39, 66-76, 115-165). Im Folgenden geht es um die Makrokultur, also das allen christlichen Ländern Gemeinsame.

werden kann. Der Prämisse 3 folgend (s. Abschnitt 5.1.3) wird Indonesien den arabisch geprägten Ländern zugeordnet<sup>10</sup>.

Die Stabilität und Legitimität arabischer Staaten basiert zu einem Grossteil auf Werten wie Ehrerbietung, Respekt gegenüber der herrschenden Familie sowie grundsätzlich gegenüber der Familienherrschaft, religiöse Frömmigkeit und nationale Geschichte (vgl. Hudson, 1977, S. 165-229). Wie kommen solche (im Rahmen eines lang anhaltenden Entwicklungsprozesses schon fast als anachronistisch einzuschätzende) Werte zustande? Eine Mischung aus regionalen Traditionen und religiösen Interpretationen führen zu den für die Region typischen Gerechtigkeits- und Staatseinstellungen:

Das präislamische Arabien war sehr stark durch eine Vielzahl polytheistischer Stämme und damit auch durch unzählige blutige tribale Konflikte geprägt (vgl. Issa, 1988, S. 19). Dies verflüchtigte sich bis heute nicht und prägt das politische Leben der Region (vgl. Steinberg, 2002, S. 229-236). In keiner anderen Region und keiner anderen Religion sind genealogische Verhältnisse so wichtig wie im arabischen Raum und im Islam (vgl. Wüstenfeld, 1853, S. III; zit. nach Issa, 1988, S. 22).

Das erste islamische politische Gemeinwesen in Medina unter Prophet Mohammed und seinen ersten zwei Nachfolgern konnte zwar mit der Zeit alle Stämme zum Islam bekehren und durch politische und wirtschaftliche Massnahmen für politische Autorität und wirtschaftliche Prosperität sorgen, es gelang aber nie, die Stammeskonflikte auszumerzen. Nach wie vor waren genealogische Faktoren zentral (vgl. Issa, 1988, S. 20).

Charakteristisch für die Staatsbildung unter Prophet Mohammed ist, dass nicht zwischen Religion und Politik getrennt wurde. Nicht alle Taten des Propheten waren genuin *religiös*. Um die Gemeinschaft zu führen waren beispielsweise Gesetzte notwendig, die er auch der Zeit entsprechend einführte. Wenn es aber die Umstände verlangten, dass die Gesetze geändert wurden, dann änderte er die Gesetzte. In allem, was er tat, war er von den Anforderungen, welche die Gemeinschaft stellte, geleitet. Sogar was Eingang in den Qur'an fand, wurde durch die Bedürfnisse des Gemeinwesens in Medina bestimmt. Insofern ist ein deutlicher Pragmatismus im Handeln und in der Führung des Propheten Mohammed zu erkennen (vgl. Saeed, 2003, S. 15). Dies änderte sich auch nicht in der Handhabung der Geschäfte durch die Nachfolger Mohammeds und zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Islams und die Interpretation des Qur'ans (vgl. Saeed, 2003, S. 15, 19; Akbarzadeh & Saeed, 2003, S. 3; Issa, 1988, S. 19).

---

<sup>10</sup>Für die Analyse spielt diese Unterscheidung allerdings keine Rolle, da nur zwischen westlichen und nicht-westlichen, respektive christlich geprägten und nicht-christlich geprägten Ländern unterschieden wird. Indonesien wird also unabhängig der religiösen oder regionalen Zuordnung in die gleiche Gruppe eingeteilt.

Die partizipatorische Organisation des ersten islamischen Staates funktionierte während den ersten zwei Nachfolgern Mohammeds. Anschliessend kam es wieder zu grossen Turbulenzen zwischen verschiedenen Stämmen. Während der Herrschaft des dritten Kaliphs Uthman (644-656) kam es zu einer starken Dominanz der Umayyaden. Dies führte zu Revolten und Unruhen. Die Umayyaden konnten sich dennoch durchsetzen und belebten den präislamischen Tribalismus wieder, um sich an der Macht zu halten. Diese politischen Turbulenzen führten später in der abbasidischen Periode zur Trennung zwischen der politischen und der religiösen Sphäre. Die religiöse Domäne wurde zu einem gewissen Teil von der *Ulema*<sup>11</sup> kontrolliert.

Obwohl sich auch die abbasidischen Kaliphen als Oberhaupt der Religion sahen und sich religiöse Namen gaben, mussten Kaliphen nicht aus der Ulema stammen (vgl. Saeed, 2003, S. 15-17). Die politische und religiöse Sphäre waren (und sind) durch gegenseitige Abhängigkeit geprägt: Die politischen Führer schöpften aus der Legitimität, die allein aus der Religion stammt (eine Säkularisierung wie in den westlichen Ländern fand gar nicht oder erst viel später statt). Andererseits bestimmten die politischen Führer auch, welche Ulema als staatliche galten – und somit Macht und Geld erhielten. (Vgl. Akbarzadeh & Saeed, 2003, S. 2-3; Saeed, 2003, S. 19, 21-25; Fealy, 2003, 159 (für Indonesien); Issa, 1988, S. 35)

Das islamische Reich war weiterhin ständig von Stammeskonflikten geplagt, die religiöse Einheit vermochte nicht die tribalen Feindschaften zu überlagern. Dies führte schliesslich zur Trennung in umayyadische Herrschaft in Andalusien und abbasidische Herrschaft in Bagdad mit entsprechenden politischen Verbündeten (das fränkische Reich im ersten und Byzanz im zweiten Fall) und später zu einem dritten, fatimidischen Staat in Ägypten, sowie zur religiösen Trennung in Shi'a und Sunna (vgl. Issa, 1988, S. 25-26; Saeed, 2003, 19 ff.). Diese ständige Gefahr blutiger Bürgerkriege führte zu der pragmatischen Einstellung (die bis auf den Propheten Mohammed zurückgeht), dass der gläubige Muslim immer seiner Obrigkeit zu gehorchen habe, sogar wenn dieser ‚böse‘ sei. Denn ein tyrannischer Herrscher ist immer noch besser als fortwährender Bürgerkrieg, wie ein arabisches Sprichwort sagt (vgl. Steppat, 1984, S. 90; zit. nach Issa, 1988, S. 19). Das grundlegende Konzept aus dem Qur'an bzgl. des Gehorsams gegenüber dem Herrscher lautet: „Obey God and obey the prophet and those invested with command among you (4:59)“ (Saeed, 2003, S. 19). Diese Anleitung ist wenig konkret und wurde in der Folge auch unterschiedlich ausgelegt. In der

---

<sup>11</sup>Mit Ulema (oft auch Ulama) werden die islamischen Gelehrten bezeichnet. Ulema ist der Plural des arabischen Wortes „alim“, was „Wissender“ bedeutet. Die Ulema zeichnen sich durch intensive Schulung in religiösen Schriften wie auch in Rechtswesen (Shar'ia) aus. Im sunnitischen Raum werden sie als die Wächter, Überlieferer und Interpreten des religiösen Wissens, der religiösen Doktrin wie auch des islamischen Rechts gesehen (vgl. z. B. Eickelman & Piscatori, 2002, S. IX; Zaman, 2002, S. 1-2; Hunwick, 2002, 864-874, insb. 864-865).

Praxis aber (aufgrund der ständigen Gefahr der Bürgerkriege wie auch wegen der Bedrohung von aussen z.B. durch die Mongolen) wurde sie von der Ulema meist so ausgelegt, dass dem Kaliphen gehorcht werden sollte, auch wenn er nicht explizit Mohammeds Anweisungen folgte (vgl. Saeed, 2003, S. 20; Issa, 1988, S. 19, 35; Akbarzadeh & Saeed, 2003, S. 3).

Die obigen Ausführungen zeigen, dass in der arabischen Welt in Folge der Interaktion zwischen Islam und tribaler Tradition die Herrschaft in der Religion begründet liegt. Ein Herrscher ist durch Gott legitimiert, Aufstand ist verboten oder nur in den seltensten Fällen erlaubt (nämlich, wenn der Despot den Islam wiederholt verletzt; vgl. Akbarzadeh und Saeed, 2003, S. 2). Wer den Thron besteigen kann, resultiert aus tribalen Machtkämpfen (vgl. Steinberg, 2002, S. 18-23; Fealy, 2003, S. 166). Ein Bürger eines arabischen Staates ist somit damit konfrontiert, dass er dem Herrscher zu gehorchen hat und nicht bestimmen kann, wer Herrscher wird. Insofern nimmt er mit höchster Wahrscheinlichkeit eine fatalistische Position ein: er arrangiert sich mit der Tatsache.

Grid ist folglich in arabischen Ländern sehr hoch, Group nur in Belangen der Mikroebene relevant: auf der politischen Makroebene sollte Group nicht in der Masse wie in der Klassen- oder Kastengesellschaft eine Rolle spielen, da zwar die Religion vorgibt, den Herrscher zu stellen (Saeed, 2003, S. 25), in der Praxis aber die Abstammung bestimmt (vgl. Steinberg, 2002, S. 18-23; Fealy, 2003, S. 166). Group ist folglich zwar für die Elite bestimmend, für das Volk aber kein Sicherheit bringender Faktor, durch welchen Einfluss genommen werden kann, da die Gruppenidentifikation fehlt und völlige Unterwerfung gefordert wird (Issa, 1988, S. 37; Akbarzadeh & Saeed, 2003, S. 3).

### 5.3.1.3. Die lateinamerikanischen Staaten

Die lateinamerikanischen Staaten sind geprägt durch die spanische und portugiesische Kolonialisierung sowie häufig durch US-amerikanisch beeinflusste autokratische Regimes in der Nachkriegszeit im politischen Seilziehen mit kommunistischen Guerilleros. Sie durchlebten eine späte Entwicklung und in den letzten Jahrzehnten einen Wandel der sozialen Institutionen wie auch der ökonomischen Sphäre (Neoliberalismus). Eine weitere Gemeinsamkeit lateinamerikanischer Staaten ist die hohe soziale Ungleichheit. Trotz der Gemeinsamkeiten ist auch dieses Cluster heterogen. Die ähnliche Geschichte, die gemeinsame Kultur und das lateinamerikanische Selbstverständnis wirken aber stärker verbindend als die regionalen Unterschiede (vgl. Barrientos, 2004, S. 121, 122; Croissant, Erdmann & Rüb, 2004, S. 7; Faust, Lauth & Muno, 2004, S. 189; Helfrich, 2004, S. 225).



Die lateinamerikanischen Staaten sind katholisch und somit sind die grundlegenden Werte christlich. Dementprechend dürfte das Verständnis eines ‚gerechten‘ Staates grundsätzlich dem der westlichen Staaten entsprechen (insbesondere der südeuropäischen). Dafür spricht auch die vergleichsweise frühe Einführung von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen in den späten 50ern, welche dem bismarck’schen System ähnelten (Helfrich, 2004, S. 225).

Die Verbindung von autokratischen Systemen und christlich-familienorientiertem Zuständigkeitsverständnis kombiniert mit hoher sozialer Ungleichheit führt zu einer den Südeuropäischen Staaten ähnelnder Einordnung im Grid-Group-Diagramm: *High Grid* mit relativ hohem Group-Anteil.

#### 5.3.1.4. Die asiatischen Länder

Die asiatischen Länder sind sehr heterogen. Religiös geprägt durch Buddhismus, Konfuzianismus und Hinduismus<sup>12</sup>, und kolonialisiert durch Spanier, Portugiesen, Holländer, Franzosen, Engländer, Amerikaner und nicht zuletzt Japaner, sind unterschiedlichste Prägungen in Betracht zu ziehen (vgl. Gough, 2004, S. 169; Leung & Stephan, 2001, S. 378-379). Trotzdem lassen sich Gemeinsamkeiten finden, die ein Cluster der *asiatischen Länder* rechtfertigen: Die Erfahrung der Kolonisation (wohl unterschiedlicher Art) ist bei allen Ländern vorhanden. Zudem ist eine (mit Ausnahme der Hybridfälle) späte, aber erfolgreiche Entwicklung charakteristisch: Die meisten in dieser Untersuchung berücksichtigten asiatischen Länder<sup>13</sup> gehören zu den erfolgreichen Entwicklungsländer oder Industrienationen (Indien, Südkorea, Taiwan, China und Japan, in weniger starkem Masse Thailand). Die für diese Untersuchung wichtigste Gemeinsamkeit ist das religiöse Grundverständnis. Die dominierenden Religionen sind, so unterschiedlich diese auch sein mögen, naturalistisch-kollektivistisch ausgerichtet.

In China sind nach Farh, Earley und Lin (1997, S. 423-424, 430, 442) aufgrund des Konfuzianismus rollenbasierte Vorschriften wichtiger als Gerechtigkeit<sup>14</sup>. Während in Amerika

---

<sup>12</sup>Ausnahmen sind Indonesien, wo der Islam die dominante Religion ist, sowie die Philippinen, welche durch das Christentum geprägt sind; dies sind auch häufig jene Staaten, die in Untersuchungen über *asiatische Staaten* als ‚Ausreisser‘ erscheinen (vgl. Croissant, 2004, S. 261, 268; Gough, 2004, S. 187, 195). Sie werden in dieser Studie als Hybridfälle behandelt und bezüglich Region und Religion unterschiedlich eingeteilt.

<sup>13</sup>Welche Länder weshalb in die Untersuchung aufgenommen wurden, wird in Abschnitt A.1 und Anhang A.1.1 beschrieben.

<sup>14</sup>Farh et al. (1997, S. 424-425, 426-430) beschreiben in ihrer Studie Unterschiede von ‚traditionellen‘ und ‚modernen‘ Chinesen in Taiwan. Zweitere hatten schon mehr geschäftlichen Kontakt mit dem Westen und wiesen auch individualistischere Werthaltungen auf. Sie halten aber fest, dass in einer Kultur

laut Lee, Pepitone und Albright (1997, S. 113-114) ‚gute‘ Menschen mehr erhalten sollen, als sie es wirklich tun, sollten die ‚schlechten‘ Menschen nach der Meinung der Chinesen zusätzlich bestraft werden. Diese Bestrafung wird bei den Amerikanern nicht gefordert, da die kulturelle Ideologie des Individualismus dagegen spricht. In Japan gilt die Vorstellung des „interdependent self“ (Leung & Stephan, 2001, S. 379), und es werden Rollenvorschriften mehr Gewicht beigemessen als in Amerika. Ebenfalls empfinden Japaner die Wahrung einer positiven Beziehung bei der Konfliktlösung zentraler als das Ziel der Gerechtigkeit (vgl. Leung & Stephan, 2001, S. 379), das Gleiche gilt für die Chinesen (vgl. Farh et al., 1997, S. 430). Bornschiefer findet einen frappanten Unterschied in der Ausprägung individualistischer Einstellungen zwischen US-Amerikanern und Japanern und immer noch einen starken Unterschied zwischen dem atlantischen Westen und Japan (Bornschiefer, 2007, S. 145), in dem Masse als Japaner gruppenorientiertere Werte vertreten. In Indien folgt das Moralverständnis der Vorstellung von *Dharma*, welches moralische Verpflichtung wie auch Charakter vereint. *Dharma* ist von der sozialen Position und von der Situation, in welche man gleichsam freigesetzt wird, abhängig. Um ein gutes *Dharma* zu erreichen (und somit seine eigene ‚wahre Natur‘ zu entfalten) ist es nötig, seine Rollenerwartungen zu erfüllen (vgl. Kakar, 1978, S. 36-44; J. G. Miller, 1994, S. 15). Im hinduistischen Indien wird nicht zwischen dem *Selbst* und der *Rolle* unterschieden, wie auch nicht der *Körper* vom *Geist* getrennt verstanden wird (vgl. Marriott, 1990, S. 2). Vielmehr reflektiert und verkörpert die soziale Position das ‚wahre Selbst‘ (vgl. J. G. Miller, 1994, S. 16).

Gerechtigkeit ist demnach in den asiatischen Staaten von der Gruppenzugehörigkeit und dem Befolgen der Regeln abhängig. In Bezug auf das Grid-Group-Paradigma zeichnen sich die asiatischen Länder durch *High Grid* und *High Group* aus. Indien stellt mit der Kastengesellschaft gar den Idealtypus des Askriptivismus dar (Liebig & Schlothfeldt, 2002, S. 223). Grundsätzlich werden bei kollektivistischen Staaten Gerechtigkeitsprinzipien nicht wie in der westlichen Welt universal verstanden, sondern kontextual. Für verschiedene Gruppen gelten verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien (vgl. Leung & Stephan, 2001, S. 378-379; J. G. Miller, 1994, S. 12-16).

### 5.3.1.5. Die Transformationsländer

Das letzte zu erwartende Cluster bilden die Transformationsländer. Dazu zählen die osteuropäischen Länder mit kommunistischer Vergangenheit und mehrheitlich christlicher Tra-

---

beide Dimensionen, also traditional und modern, vorkommen können. Auch die modernen Chinesen sind durchaus noch traditional geprägt (vgl. Farh et al., 1997, S. 425, 441).

dition<sup>15</sup>. Diese Länder sind durch eine tiefgreifende politische wie wirtschaftliche Transformation charakterisiert. Der Sozialismus hat zumindest bei jenen Generationen, die während dem Sozialismus aufwuchsen, andere Werte betont, als dies in der westlichen Welt üblich war (und ist) (vgl. für einen Überblick Wegener & Liebig, 1993, S. 677-678). Gerade für die Frauen ist ein grosser Unterschied zu bemerken, welche in den sozialistischen Ländern früher stark berufstätig und somit mit der Doppellast von Berufs- und Hausarbeit konfrontiert waren (vgl. Trappe, 1992, S. 179-180; Wegener & Liebig, 1993, S. 678; Flanagan et al., 2003, S. 713; Thelen & Baerwolf, 2008, S. 280). Aber auch für die Männer ist die Transformation mit schwerwiegenden Folgen verbunden: Besonders die Aufbaugeneration sieht sich mit einer „Abwertung ganzer Lebensgeschichten“ konfrontiert (Othmer-Vetter & Tröger, 1990, S. 5). Aber auch die Folgegeneration (besonders Geburtenjahrgänge um 1940) hat mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen, denn ihre Ausbildung und Erfahrung ist nicht für einen marktwirtschaftlichen Einsatz geeignet und ihr Alter für eine Umschulung zu hoch (vgl. Trappe, 1992, S. 205). Die Kohorte der um 1950 Geborenen ist auch noch von einer Entwertung ihrer Fähigkeiten betroffen, wie die Untersuchung von Trappe (1992, S. 205-206) für die DDR zeigt. Unterschieden sich die Chancen zwischen Frauen und Männern dieser Generation nicht mehr so sehr, sind nun die Frauen stärker durch die *Wende* betroffen, da die institutionellen Rahmenbedingungen für eine Vereinbarung von Familie und Beruf nicht mehr gegeben sind. Für die um 1960 Geborenen wird die *Wende* aber als Chance verstanden (vgl. Trappe, 1992, S. 206).

Diese Transformation, die den Aufbau gleich zweier zentraler Institutionen – nämlich Demokratie und Marktwirtschaft – beinhaltet, geht mit einer Zunahme von sozialer Ungleichheit einher (vgl. Verwiebe & Wegener, 2000, S. 133) und führt zu Anomie sowie zur Erosion gemeinsamer Werte und somit zu einer Vertrauenskrise in allen Transformationsländern (vgl. Seligman & Füzér, 1994, S. 195-196; Sztompka, 1996, S. 262-268; Volken, 2002b; Flanagan et al., 2003, S. 714). Dieser Wandel bleibt nicht ohne Wirkungen auf das Gerechtigkeitsempfinden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in Transformationsländern durch die sozialistische Sozialisation eher egalitäre Vorstellungen vorherrschen. Flanagan et al. (2003, S. 727) finden auch empirischen Support dafür. Sie entdecken einen Unterschied zwischen westlichen und Transformationsländern: Studenten aus der Arbeitsklasse in den Transformationsländern fordern vom Staat Redistribution, während Studenten aus höheren Klassen eher individualistische Einstellungen zeigen. In der westlichen Welt verhält es sich genau umgekehrt: Besonders in den USA glauben Studenten aus der Arbeitsklasse, dass jeder etwas erreichen könne, wenn er es nur versuche, während besser gestellte weniger daran glauben (Flanagan et al., 2003, S. 727). Verwiebe und Wegener (2000, S. 144-145)

---

<sup>15</sup>Russland wird trotz nicht zwingend europäischem Selbstverständnis diesem Cluster zugeordnet, da es den übrigen Clustermitgliedern ähnliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Voraussetzungen aufweist.

machen in ihrer Studie einen Wandel des Empfindens der „Justice Gap“ aus: konnte 1991 bei den Transformationsländern eine kleinere „Justice Gap“ festgestellt werden als in Westdeutschland (als ‚westliches Kontrollland‘), kehrte sich die Empfindung im Jahre 1996 um: Besonders die erfolgloseren Transformationsländer (Russland und Bulgarien) wiesen eine massiv grössere „Justice Gap“ als Westdeutschland aus. Dies gilt in kleinerem Masse auch für die anderen Transformationsländer (Verwiebe & Wegener, 2000, S. 139). Die Autoren interpretieren dies als Anpassung an den Westen (vgl. Verwiebe & Wegener, 2000, S. 144-145). Diese Schlussfolgerung ziehen auch Kluegel, Mason und Wegener (1999, S. 274), welche Einstellungen zum Kapitalismus in fünf Transformationsländern im Vergleich zu drei westlichen Gesellschaften in den Jahren 1991 und 1996 untersuchten. Besonders Ostdeutschland und die Tschechei befürworteten 1996 den Kapitalismus, während in Ungarn, Bulgarien und Russland noch sozialistische Gerechtigkeitsvorstellungen dominant waren (Kluegel et al., 1999, S. 274).

Somit ist die Einteilung der Transformationsländer in das Grid-Group-Diagramm nicht einfach: Während zwar grundsätzlich noch egalitaristische Einstellungen vorhanden sind (vgl. Flanagan et al., 2003, S. 714), ist doch schon bei den erfolgreicheren Ländern und bei den erfolgreicheren Individuen ein Wandel hin zum Individualismus erkennbar (vgl. z. B. Kluegel et al., 1999, S. 274). Allerdings dürften v. a. bei den zahlreichen Verlierern der *Wende* auch fatalistische Einstellungen und Empfindungen festzustellen sein (vgl. Verwiebe & Wegener, 2000, S. 130).

### 5.3.1.6. Die afrikanischen Länder

Die subsaharischen afrikanischen Länder, die in dieser Untersuchung behandelt werden, sind äusserst divers bezüglich des Entwicklungsstandes, der Versorgung durch Güter oder Dienstleistungen durch den Staat oder der Effektivität des Staates (Levi & Sacks, 2009, S. 318). Zudem ist die soziale Ungleichheit in den afrikanischen Ländern gross (vgl. z. B. Harsch, 2006, S. 17; Milanovic, 2003, S. 2; Milanovic, 2005, S. 165; Künzler, 2004, S. 212-213, 243, 283). Diese Probleme sind neben der ethnischen Diversität und der Dominanz der weissen Grossgrundbesitzer (vgl. z. B. Milanovic, 2003, S. 6, 21; Künzler, 2004, S. 175, 213, 243) darauf zurückzuführen, dass seit der Kolonialisierung die Infrastruktur vor allem in den *High-Value Zones* aufgebaut und in den anderen Gebieten vernachlässigt wurde (vgl. z. B. Künzler, 2004, S. 212; Mann, 2008, S. 363). Die afrikanischen Länder teilen das koloniale Erbe, religiöse und ethnische Diversität und eine Dominanz von familien- und stammesorientierten Werten (vgl. z. B. Falola, 1998, S. 1-10; Milanovic, 2003, S. 20; Enyehibe Onouha, 2005; Levi & Sacks, 2009, S. 315-317). Folglich lassen sich die afrikanischen

Länder im Grid-Group-Diagramm zwischen den arabischen und den lateinamerikanischen Ländern einordnen, sie zeichnen sich durch *High Group* und *Moderate Grid* aus. Die theoretische Verordnung der verschiedenen Cluster im Grid-Group-Diagramm findet sich in Abbildung 5.3.

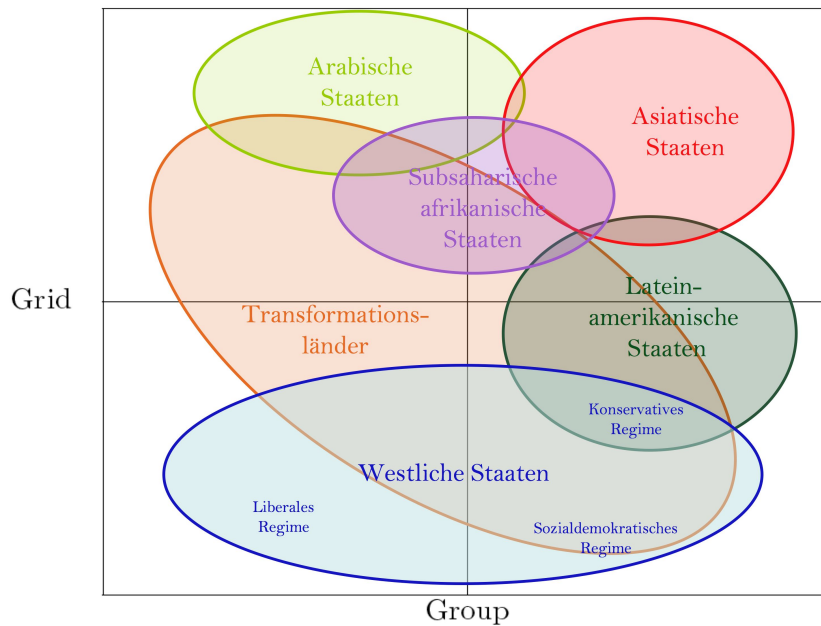


Abbildung 5.3.: Theoretische schematische Einteilung der Makrokulturen in das Grid-Group-Paradigma

### 5.3.2. Makrokultur und Wohlfahrtsleistungen

Lassen sich nun, wie oben beschrieben, in verschiedenen Makrokulturen unterschiedliche Einstellungen zu Gerechtigkeit ausmachen, so hat dies Auswirkungen auf die Ausbildung und Ausprägung von Wohlfahrtsleistungen. Mithilfe des Grid-Group-Paradigmas können Einstellungen zu Wohlfahrtsleistungen von den Gerechtigkeitsvorstellungen abgeleitet und analog zu Esping-Andersens Wohlfahrtsregimes gleichsam eine Ebene höher makrokulturelle Wohlfahrtsmuster gebildet werden. In diesem Abschnitt geht es einerseits um die Beschreibung der zu erwartenden Ausprägung der Wohlfahrtsleistungen in den verschiedenen Makrokulturen, andererseits um die theoretische Herleitung des Zusammenhangs zwischen den Gerechtigkeitsvorstellungen, den Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität.

### 5.3.2.1. Wohlfahrtsleistungen und westliche Länder

Die westlichen Länder sind die in Bezug auf Wohlfahrtsstaaten am meisten untersuchte Ländergruppe. Sie wird deshalb nur kurz beschrieben<sup>16</sup>. Wohlfahrtsstaaten sind eine Erfindung dieser Länder und somit auch in ihren Kulturen verankert. Wie schon im Abschnitt 5.3.1.1 beschrieben, gibt es allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den westlichen Staaten, was das Gerechtigkeitsempfinden anbelangt und wie die Wohlfahrtsstaaten ausgebaut sind. Werden nur die westlichen Staaten betrachtet, ergibt sich nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 239) die in Tabelle 5.4 dargestellte Einteilung der Wohlfahrtsregimes in das Grid-Group-Paradigma<sup>17</sup>.

Grid	<b>Kein Regime</b>	<b>Konservatives Regime</b> nach Berufsstatus
	<b>Liberales Regime</b> nach Eigenverantwortung	<b>Sozial- demokratisches Regime</b> nach gleichen Rechten
Group		

Abbildung 5.4.: Einteilung der westlichen Wohlfahrtsregimes in das Grid-Group-Paradigma nach Liebig und Schlothfeldt (2002, S. 239)

Das *liberale Regime* ist gekennzeichnet durch Eigenverantwortung. Sozialleistungen werden nur auf Beweis nach Bedürftigkeit erbracht. Die Sozialleistungen sind vergleichsweise gering. Das liberale Regime wird dementsprechend im Quadranten des „Individualismus“ verortet.

Dem „Etatismus“ zugeordnet wird das *sozial-demokratische Regime*. Es zeichnet sich durch hohe Sozialleistungen aus, die grundsätzlich jedem Bürger zugänglich sind. Der Staat ist verantwortlich für die Organisation der (Um-)Verteilung.

<sup>16</sup>Ausführliche Abhandlungen über westliche Länder und Wohlfahrtsregimes finden sich u. a. bei (Esping-Andersen, 1990; Castles & Mitchell, 1993; Ferrera, 1996; Arts & Gelissen, 2001, 2002; Lindert, 2004a, 2004b; Blekesaune, 2007; Abrahamson, 1999; Bonoli, 1997).

<sup>17</sup>Eine genaue Beschreibung der Einteilung der westlichen Staaten in Wohlfahrtsregimes erfolgt im Anhang A.2.2.3.

Das *konservative Regime* zeichnet sich dadurch aus, dass Ansprüche auf Sozialleistungen an die Berufsgruppe gekoppelt sind, und dass die Familie als primäre Hilfeinstanz aufgefasst wird. Somit sind sowohl die Staatliche Kontrolle (Grid) wie auch die Gruppenbindung (Group) vergleichsweise hoch<sup>18</sup> (vgl. Liebig & Schlothfeldt, 2002, S. 240).

Trotz dieser Unterschiede kann im Vergleich mit den Ländern anderer Makrokulturen ein spezifisch westliches Wohlfahrtsmuster ausgemacht werden: Grundsätzlich zeichnen sich die westlichen Staaten durch ein hohes wohlfahrtsstaatliches Engagement aus. Auch die USA geben im internationalen Vergleich viel für Wohlfahrtsleistungen aus. Zudem sind in diesen Staaten die Wohlfahrtsleistungen ein fester Bestandteil der Staatsausgaben: Hier kann im engeren Sinne von Wohlfahrtsstaaten gesprochen werden. Die Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten vollzog sich in der Trias von rechtsstaatlichen, später demokratischen und zuletzt sozialen Rechten. Die einzelnen Entwicklungsschritte verliefen je über ungefähr ein Jahrhundert, somit ist der Wohlfahrtsstaat gleichsam mit dem Staat selbst gewachsen und integraler Bestandteil dessen (vgl. Croissant et al., 2004, S. 8; Schmidt, 2004, S. 49).

In Bezug auf den Zusammenhang mit der Legitimität des Staates bedeutet dies, dass aufgrund der Gewohnheit und der Gerechtigkeitsvorstellungen die Bevölkerung zumindest basalen Schutz durch den Staat erwartet. Hier dürfte die sozial-demokratische Position (s. Abschnitt 4.1) zutreffen, haben doch die westlichen Länder langjährige sozial-demokratische Erfahrung.

#### 5.3.2.2. Wohlfahrtsleistungen und arabische Länder

Wenn, wie im Abschnitt 5.3.1.2 argumentiert wird, die arabischen Länder durch eine fatalistische Einstellung geprägt sind, dann dürfte sich kein spezifisches arabisches Wohlfahrtsmuster ausgeprägt haben. Wenn bedingungslos einem (zumindest ideologisch) gottbestimmten Herrscher gehorcht werden muss, dann hängt die Unterstützung schlechter Gestellten primär von der Gnade dieses Herrschers ab. Dass vor einem solchen Hintergrund rechtliche Grundlagen für einen Hilfeanspruch entstehen, ist eher unwahrscheinlich. In einem stark durch Religion geprägten Land, wie dies von den arabischen Staaten angenommen wird, ist es wahrscheinlicher, dass Hilfe in religiösen Gemeinschaften, losgelöst vom Staatsverständnis, gewährleistet wird.

---

<sup>18</sup>In diesem Quadranten ist auch der mediterrane Typus, der als Untertypus des konservativen Regimes gilt, einzuordnen.

Empirische Studien über Wohlfahrtsleistungen in arabischen Ländern sind sehr selten (vgl. Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 1-2; Lundblad, 2008, S. 197-198). Die vorhandene Forschung zeigt aber, dass die Wohlfahrtsleistungen wie erwartet eher an Abstammung, Nationalität und Religion gebunden sind und ein wichtiges Mittel zur (parastaatlichen) Machtausübung darstellen (vgl. Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 4; Baron, 2008, S. 19, 23; Feldman, 2008, S. 194). Geschichtlich beginnen Wohlfahrtsleistungen häufig beim Errichten von Waisenhäusern<sup>19</sup>. Neben der Reduktion vom grossen Elend, mit welchem diese marginalisierten Kinder konfrontiert waren, gibt die Errichtung von Waisenhäusern zusätzlich die Gelegenheit, Ideologien zu verbreiten. So ist es nicht erstaunlich, dass einerseits zuerst religiöse Institutionen solche Waisenhäuser einrichteten, später dann der Staat einige dieser Anstalten unterstützte (allerdings in seiner Funktion als ‚Hüter der Religion‘ (vgl. Baron, 2008, S. 17)), andererseits die Kolonisatoren, Missionare und im Gegenzug dann auch die Nationalisten diese Gruppe ins Visier ihrer Hilfen nahmen (vgl. Baron, 2008, S. 15-23).

Wohlfahrtsleistungen wurden und werden in arabischen Ländern häufig durch private Institutionen gewährleistet. Missionen und humanitäre Hilfe sind dabei neben religiösen islamischen Organisationen die wichtigsten Agenten von Wohlfahrtsleistungen (vgl. Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 3; Baron, 2008, S. 15-23, 30-33; Lunde, 2008, S. 88, 95; Marten, 2008, S. 109). Wird der historisch-kulturelle Rahmen (s. Abschnitt 5.3.1.2) und die koloniale Vergangenheit sowie die für die drei monotheistischen Religionen in gleichem Masse wichtigen historischen Schauplätze der Region in Betracht gezogen, so überrascht es nicht, dass die „agents of bombings and wars of resistance [...] in some cases almost identical with the efficient agents of welfare and development“ sind (Naguib & Okkenhaug, 2008, S. 10). Dies markiert auch einen grossen Bruch mit der westlichen Ideologie der Wohlfahrtsleistungen, die historisch als Befriedung des Klassenkampfes eingeführt wurden (Bismarck und Beveridge): In der arabischen Welt scheinen Wohlfahrtsleistungen eher als Motivation zur Bekämpfung von Gegnern (sei es Islam (die westlichen Missionare) oder Kolonialisierung (die islamischen Missionare) oder das herrschende Regime) zu dienen (vgl. z. B. Lunde, 2008, S. 95; Marten, 2008, S. 124; Dahlgren, 2008, S. 145-146)<sup>20</sup>. Dennoch gibt es auch eine arabische Tradition von Wohlfahrtsleistungen: Die dritte der fünf Säulen des Islams, ‚Zakat‘,

---

<sup>19</sup>Hier ist eine Parallele zu den Wohlfahrtsstaaten in den westlichen Ländern festzustellen. Der Grund, wieso Waisen geholfen wurde ist aber unterschiedlich: Waisen wurden in den westlichen Ländern zusammen mit anderen ‚verwahrlosten‘ Jugendlichen der proletarischen Klasse mitunter auch aus Sicherheitsgründen erzogen (vgl. z. B. Reyer, 2002, S. 57-70). In den arabischen Ländern aber gelten (insbesondere männliche) Waisen als Problemfall, da ihre Abstammung gebrochen ist. Eine Adoption ist unmöglich, da der Familienname aus Gründen des Erbrechts nur an Blutsverwandte weitergegeben werden kann. Bei Findelkindern kommt erschwerend dazu, dass sie ‚Resultat‘ pietätlosen unehelichen Sexes sind. (Vgl. Baron, 2008, S. 13-15)

<sup>20</sup>Allerdings ist dies im Rahmen der Kolonialisierung und der Unterdrückung nicht überraschend und auch mit grosser Wahrscheinlichkeit eine westliche Interpretation. Besonders seit ‚9/11‘ stehen die religiösen



verlangt von den Reichen die Abgabe einer Art Almosen an die Armen. ‚Zakat‘ ist jedoch ein freiwilliger Betrag<sup>21</sup>, und die Praxis der Umsetzung variiert sehr stark. Grundsätzlich ist der ‚Zakat‘ privat zu verteilen, optimalerweise an eine Person in der Familie oder an eine bekannte Person. Der Empfänger sollte Muslim sein. Dennoch gibt es auch Staaten, die eine Art Wohlfahrtsorganisation in Form des ‚Zakats‘ aufgebaut haben (Lundblad, 2008, S. 201; Enzyklopädie des Islam: Eslam, 2006-2008, vgl.).

In der arabischen Welt werden also Wohlfahrtsleistungen nicht in der Verantwortung des Staates, sondern eher in der religiösen Gemeinschaft gesehen. Insofern lässt sich davon ausgehen, dass mit der fatalistischen Einstellung gegenüber dem Staat und dem religiösen Verständnis der Armutsbekämpfung Wohlfahrtsausgaben keine Determinante des Legitimitätsempfindens des Staates darstellen.

#### 5.3.2.3. Wohlfahrtsleistungen und lateinamerikanische Länder

Wie bereits in Abschnitt 3.3 erwähnt, gibt es in Lateinamerika in den unterschiedlichen Ländern durchaus verschiedene Wohlfahrtsstrategien (vgl. für eine kurze Übersicht Faust et al., 2004, S. 216-217), dennoch lässt sich laut Barrientos (2004, S. 122) ein spezifisch lateinamerikanisches Wohlfahrtsmuster ausmachen.

Den lateinamerikanischen Staaten gemeinsam ist eine relativ frühe Entwicklung von sozialen Versicherungen. In den 1980er Jahren verfügten die lateinamerikanischen Länder über ziemlich gut funktionierende Wohlfahrtsinstitutionen (vgl. Barrientos, 2004, S. 129; Faust et al., 2004, S. 216). Die Organisation dieser Wohlfahrtsinstitutionen kann als ‚konservativ-informal‘ beschrieben werden, da sie den südeuropäischen Institutionen sehr ähnlich waren (soziale Versicherungen und starker Arbeitnehmerschutz). Im Unterschied zu den südeuropäischen Staaten aber waren nur jene Menschen integriert, die einer formellen Arbeit nachgingen. Informelle Arbeit war und ist aber in Lateinamerika sehr häufig (vgl. Barrientos, 2004, S. 167; Helfrich, 2004, S. 225).

Die 1990er Jahre brachten für die lateinamerikanischen Staaten fundamentale Reformen des Wohlfahrtssystems aufgrund der ökonomischen Umstellung von importsubstituierender Industrialisierung zu Export-orientiertem Wachstum (vgl. Faust et al., 2004, S. 217;

---

(islamischen) Wohlfahrtsinstitutionen unter verstärkter amerikanischer Beobachtung wegen Verdachts auf Ausbildung von Terroristen (vgl. Lundblad, 2008, S. 197).

<sup>21</sup>Die Freiwilligkeit wird kontrovers diskutiert. Als Bestandteil der fünf Säulen des Islams ist der ‚Zakat‘ nicht freiwillig. Allerdings fallen unter die Steuer nur Beträge an Weizen, Gerste, Datteln, Rosinen, Gold, Silber, Kamele, Rinder und Ziegen, welche über den Eigenbedarf hinausgehen. Banknoten und Geld, welches weder aus Silber noch aus Gold ist, fallen somit (je nach Interpretation) nicht darunter.

Helfrich, 2004, S. 223-224; Barrientos, 2004, S. 157). Der Arbeitnehmerschutz wurde gekürzt, soziale Versicherungen durch private Systeme, welche durch individuelle Ersparnisse charakterisiert sind, ersetzt und Bildung wie Gesundheitssystem dezentralisiert und privatisiert. Somit lassen sich die lateinamerikanischen Wohlfahrtssysteme nun als *liberal-informal* beschreiben (vgl. Barrientos, 2004, S. 157, 167).

Das Ergebnis dieser Reformen ist grösstenteils negativ: Die Arbeitslosigkeit ist konstant hoch und soziale Ungleichheiten steigen. Das soziale Risiko wird dadurch grundsätzlich erhöht und zusätzlich ungleicher verteilt (vgl. Barrientos, 2004, S. 167).

Aufgrund der christlichen Tradition sowie der präsenten sozialistischen Bewegungen dürfte in den lateinamerikanischen Staaten das Wohlergehen der Bevölkerung als Aufgabe des Staates angesehen werden. Somit ist es naheliegend einen positiven Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität zu postulieren. Aufgrund der Reformen dürften die lateinamerikanischen Staaten sowohl bei den Wohlfahrtsleistungen wie auch bei der Legitimität im unteren Bereich liegen.

### 5.3.2.4. Wohlfahrtsleistungen und asiatische Länder

Stark kollektivistisch ausgeprägte Länder können sehr wohl ausgeprägte Wohlfahrtsstaaten entwickeln. Dennoch ist dessen Verständnis ein anderes als in den westlichen Staaten. Hier dienen die sozialen Institutionen nicht primär der Hilfe der Individuen, sondern, dem kollektivistischen Prinzip folgend, der Gesellschaft (auch wenn natürlich Individuen davon profitieren). Somit ist auch der Legitimationszusammenhang ein anderer: Die sozialen Institutionen sind legitimierungsfördernd, wenn sie dem sozialen Ziel beisteuern. Laut Kakar (1978, S. 40-41) liegt die Legitimität sozialer Institutionen in Indien nicht in den utilitaristischen rechtlichen Vereinbarungen, sondern im ‚dharma‘, welches von den Institutionen verkörpert wird. Somit werden die Institutionen personifiziert: Die den Institutionen vorstehenden Personen verkörpern die Institution. Das geht soweit, dass es für diese Personen legitim ist, unbürokratisch in Einzelfällen gegen die Regeln zu helfen, oder sie auch gar nicht zu unterstützen (Kakar, 1978, S. 41). Vor diesem Hintergrund kann ein Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen (an Individuen) und der Legitimität des Staates nicht im gleichen Masse wie in den westlichen Ländern erwartet werden.

Das Verhältnis von Legitimität und Wohlfahrtsleistungen dürfte etwa dem der westlichen liberalen Regimes entsprechen, denn auch in Asien sind Wohlfahrtsleistungen Resultat eines Klassenkampfes und dienen grundsätzlich der Legitimation des Regimes (vgl. Croissant,

2004, S. 264). Allerdings geht es im Gegensatz zu den konservativen oder sozialdemokratischen Regimes aus den oben beschriebenen Gründen nicht über das Erbringen von Leistungen an Personen, welche ein klares Bedürfnis vorweisen, hinaus, und ein Grossteil der Leistungen wird privat erbracht (vgl. Croissant, 2004, S. 250). Dies charakterisiert auch das liberale Wohlfahrtsregime (vgl. Arts & Gelissen, 2002, S. 141). Der Unterschied zwischen dem asiatischen und dem liberalen Wohlfahrtsregime liegt darin, dass im liberalen Regime aus individualistischen Gründen nur das Nötigste den ausgewiesenen Bedürftigen zugesprochen wird, während im asiatischen Raum aus kollektivistischen Gründen keine universalen sozialen Leistungen gewährleistet werden, weshalb von einem asiatischen, ‚produktivistischen‘ Wohlfahrtsmuster gesprochen werden kann, da die Sozialpolitik anderen politischen Themen wie z. B. ökonomischem Wachstum untergeordnet ist (vgl. Gough, 2004, S. 183).

#### 5.3.2.5. Wohlfahrtsleistungen und Transformationsländer

Die *Wende* bedeutet für die osteuropäischen Transformationsländer grundsätzlich ein ‚Zurückfahren‘ der öffentlichen Ausgaben und somit eine Kürzung der sozialen Leistungen (vgl. z. B. Haggard & Kaufman, 2008, S. 307-309). Prägend ist eine Verringerung sozialer Standards und eine Privatisierung der Sicherungsmassnahmen (vgl. z. B. Croissant et al., 2004, S. 7; Deacon, 2000, S. 149). Dies führt zu einer Zunahme der sozialen Ungleichheit (vgl. Matthes, 2004, S. 131). Die Reformen wurden in den unterschiedlichen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten und auch in unterschiedlicher Reihenfolge der konkreten Systeme (Renten-, Arbeitslosen-, Krankenversicherungen etc.) durchgeführt (vgl. Matthes, 2004, S. 132). In allen Transformationsländern wurde aber der Umbau des politischen wie auch des wirtschaftlichen Systems priorisiert und der Reform des Sozialsystems vorgezogen (vgl. Freise & Zimmer, 2004, S. 153; Matthes, 2004, S. 132). Der Reformdruck stieg aber aus denselben Gründen wie im Westen immer stärker an und wurde durch andere Probleme der Transformation noch verstärkt (vgl. Matthes, 2004, S. 133).

Da der Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Systeme der Transformationsländer noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Freise & Zimmer, 2004, S. 151), sind die Wohlfahrtsausgaben dieser Staaten sehr hoch. Gleichzeitig lässt sich aber einerseits aufgrund der Vertrauenskrise (s. Abschnitt 5.3.1.5), andererseits wegen der Wichtigkeit der Reform der Wohlfahrtsleistungen, um die Transformation des ökonomischen Systems abzufangen (vgl. Sinyavskaya, 2004, S. 173), schliessen, dass die Legitimität des Staates tief ist, zumal die Erwartungen an den Staat, gute Wohlfahrtsleistungen zu erbringen, aufgrund der Erfahrung mit dem kommunistischen System nach wie vor hoch sind (vgl. z. B. Haggard & Kaufman, 2008, S. 308).

Somit zeichnet sich das Cluster der Transformationsländer durch hohe Sozialleistungen und eine tiefe Legitimität des Staates aus.

### 5.3.2.6. Wohlfahrtsleistungen und afrikanische Länder

Bezüglich der subsaharischen afrikanischen Ländern kann kaum von einem Wohlfahrtsstaat gesprochen werden. Zwar schwappte das westliche Modell eines Staates, der für die Wohlfahrt grosser Teile seiner Bevölkerung sorgt, auch in die Entwicklungsländer über, aber in den afrikanischen Ländern konzentrierten sich die jungen Staaten vordringlich darauf, überhaupt Sozialleistungen zu erbringen und Entwicklungshilfe einzuwerben, um für Wohlfahrtsleistungen zu sorgen. Ein keynesianisches Eingreifen in den Markt war und ist aus institutioneller und wirtschaftlicher Lage nicht möglich (vgl. z. B. Zupi, 2006, S. 117-120). Die Sozialausgaben waren bereits früher sehr tief und sind durch den Druck der Globalisierung sogar noch weiter gesunken (vgl. z. B. Rudra, 2002, S. 412, 433-434). Dabei kommen die schwachen afrikanischen Staaten schnell an ihre Grenzen, denn aufgrund der Tatsache, dass grosse Teile der Bevölkerung durch den Staat gar nicht erreicht werden können, ist es dem Staat auch beinahe unmöglich, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen einer breiten Bevölkerung zu bieten (vgl. z. B. Bratton, 1989, S. 410-411). Aufgrund der Ineffizienz der Bürokratie wird dieser Effekt noch deutlich verstärkt (vgl. z. B. Zupi, 2006, S. 118-120). Hilfe in Fällen sozialer Probleme wird deshalb neben der Familie und dem *Clan* vor allem in Form von Freiwilligenorganisationen geboten. Diese können unterschiedlichen Ursprungs sein: religiös, ethnisch, klassenorientiert (Bratton, 1989, S. 411).

Dass Wohlfahrtsleistungen vor allem durch private Organisationen und weniger durch den Staat gewährt werden, erinnert an die Situation in den arabischen Ländern (s. Abschnitt 5.3.2.2). Somit dürfte der Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen ähnlich inexistent sein wie in den arabischen Ländern. Es ist also wahrscheinlich, dass auch in den afrikanischen Ländern nicht viel vom Staat erwartet wird, was Sozialleistungen anbelangt, und somit eher eine fatalistische Position eingenommen wird.

## 6. Wie legitim ist ein Staat?

Nach den Definitionen von Legitimität und Wohlfahrtsleistungen, der Beschreibung des Forschungsgegenstandes und des makrokulturellen Rahmenkonzeptes in den vorhergehenden Kapiteln soll nun die Frage empirisch beantwortet werden, wie legitim die in dieser Untersuchung berücksichtigten Staaten in ihrer Bevölkerung sind. Dazu wird zunächst die operationale Definition von Legitimität beschrieben. Da dies angesichts des Einbezuges vieler Staaten aus unterschiedlichen makrokulturellen Settings ein komplexes Unterfangen ist, wird auch auf einige technische Schwierigkeiten eingegangen. Anschliessend werden die Staaten in eine Rangreihenfolge gebracht und das Sample bezüglich der abhängigen Variable beschrieben: Wie legitim sind die untersuchten Staaten in ihren Bevölkerungen?

### 6.1. Die Operationalisierung von Legitimität

Die Operationalisierung von Legitimität für ein heterogenes Sample an Ländern aus der ganzen Welt stellt den Forscher vor vielfältige Herausforderungen. Im Abschnitt 2.1.1 wurden die Anforderungen an eine solche Operationalisierung ausgearbeitet. Diesen Folge leistend wurde im Abschnitt 2.3 eine analytische Definition formuliert. Dieser Abschnitt beschreibt nun die operationale Definition von Legitimität basierend auf dieser analytischen Definition. Zuerst werden die bereits bestehenden Masse für Legitimität vorgestellt. Anschliessend wird auf zwei verschiedene Arten der Operationalisierung von latenten Konstrukten, also Grössen, welche nicht direkt messbar sind, hingewiesen. Somit sind die Voraussetzungen erreicht, um eine Operationalisierung vorzunehmen, welche im darauf folgenden Teil beschrieben wird. Sodann wird auf den Umgang mit fehlenden Werten eingegangen, ein Problem, mit welchem jede Umfrageforschung konfrontiert ist. Schliesslich wird auf die spezifischen Problemstellungen von kulturellen Vergleichen hingewiesen.

### 6.1.1. Bisher verwendete Operationalisierungen für Legitimität

Legitimität wurde als zentrale Kategorie der Politik- und anderer Sozialwissenschaften häufig als abhängige oder unabhängige Variable eingesetzt. Somit könnte bei einem solchen Unternehmen, wie es die vorliegende Studie darstellt, auf die Operationalisierungen dieser Arbeiten zurückgegriffen werden. Wie bereits im Abschnitt 2.1 erwähnt, weisen diese aber schwerwiegende Mängel auf. Während dort der Fokus darauf lag, den Stand der Forschung zur Legitimität aufzuzeigen und somit Fragen zur Validität des Konzeptes der Legitimität im Vordergrund lagen, wird nun auf Fragen der Operationalisierung von Legitimität eingegangen.

Wie bereits im Abschnitt 2.1 ausgeführt, verwenden viele Studien für die Operationalisierung der Legitimität nur einen Indikator, der meist noch konzeptionelle Nachteile aufweist. Werden mehrere Indikatoren verwendet, wird meistens nur eine Dimension von Legitimität erfasst. Für einen umfassenden Überblick über bisher verwendete Operationalisierungen von Legitimität sei auf Dalton (2004, S. 21-48) und Booth und Seligson (2009, S. 10-14) verwiesen. Hier werden aus Platzgründen nur einige Beispiele zur Illustration häufig verwendeter Operationalisierungen und ihrer Probleme genannt. So verwenden beispielsweise Fuchs, Guidorossi und Svensson (1995, S. 332-350) und Fuchs (1999, S. 142) trotz Anerkennung der Multidimensionalität von Legitimität im theoretischen Teil der Arbeit als einzigen Indikator für Legitimität die Zufriedenheit mit der Demokratie im Land. Dies stellt kein Indikator für Legitimität dar, sondern für die Demokratie. Dennoch brauchen auch Chu, Bratton, Lagos, Shastri und Tessler (2008, S. 77) diesen Indikator, um den Effekt von ökonomischer Performanz auf (demokratische) Legitimität zu prüfen. Levi und Sacks (2009, S. 320) verwenden in ihrer Studie über Legitimität in Afrika die Zustimmung zur Aussage „The tax department always has the right to make people pay taxes“ als einzigen Indikator für Legitimität. Dies bringt natürlich, sobald eine heterogenere Länderauswahl der Studie zugrunde liegt, das Problem mit sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage davon abhängt, wie hoch die Steuern im jeweiligen Land sind. A. H. Miller (1974, S. 953) und Hetherington (1998, S. 792, 804) verwenden zwar mehrere Variablen für die Operationalisierung von Legitimität, diese zielen aber alle auf die amtierenden Personen in der Regierung ab und können so nicht die Legitimität des *Regimes* erfassen.

In den letzten Jahren wurden aber einige mehrdimensionale, den theoretischen Konzepten von Legitimität besser entsprechende Operationalisierungen entwickelt. Dalton (2004) operationalisiert beispielsweise in seiner Arbeit „Political Support“ teilweise der Theorie Eastons folgend in vier Dimensionen: Institutionen, Autoritäten, Demokratie und Politische Gemeinschaft. Leider setzt er diese theoretisch fundierte Operationalisierung nicht

konsequent durch: Sowohl in der Einleitung wie auch in den Schlussfolgerungen stellt er „Political Support“ Legitimität gleich, obwohl er selbst den Unterschied von Legitimität und Stärke der *Political Community* in der theoretischen Ausführung betont. Gleichzeitig benutzt er in verschiedenen Kapiteln unterschiedliche einzelne Indikatoren, wie z. B. *Trust in Government Officials* oder *Decline in Feelings that Politicians Care What People Think*, um den Rückgang von „Political Support“ empirisch zu beweisen, wobei er sich selbst nicht an seine umfassende Operationalisierung hält. Zudem zieht er viele Studien als Beweis für den Rückgang von „Political Support“ bei, welche Legitimität ebenfalls nur mit Vertrauen in die Amtsinhaber operationalisieren. So müssen seine Befunde schwammig bleiben, da der substantielle Teil seiner Arbeit auf den empirischen Befunden vieler Arbeiten liegen, die jeweils die Zielvariable unterschiedlich operationalisieren<sup>1</sup>. Die Operationalisierung Daltons zu verwenden kommt in dieser Arbeit nicht in Frage, da er nicht nur die Legitimität des Staates im Auge hat, sondern das Vertrauen in das ganze politische System zu erfassen sucht und somit auch spezifischen Support berücksichtigt. Ferner berücksichtigt er für die *Regime Principles* nur Zustimmung zur Demokratie (Dalton, 2004, S. 59). Dies widerspricht der auf Seite 14 formulierten Anforderung einer *Bottom-Up*-Vorgehensweise.

Auch Gilley (2009) und Booth und Seligson (2009) schlagen jeweils eine multidimensionale Operationalisierung von Legitimität vor. Während Gilley's Mass dabei zwar für eine Vielzahl an Ländern aller Kontinente verfügbar ist, jedoch unglücklicherweise in der Operationalisierung die Staatsform Demokratie als endogene Komponente von Legitimität vorsieht und auf der Makroebene angesiedelt ist, zielt die Operationalisierung von Booth & Seligson stark auf lateinamerikanische Staaten ab, ist für diese Studie zu breit ausgelegt (State Performance als endogene Komponente) und ebenfalls nur schwer für nicht-demokratische Länder anwendbar.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es für die Fragestellung dieser Untersuchung keine geeignete Operationalisierung von Legitimität gibt. Entweder entsprechen die Operationalisierungen nicht dem theoretischen Stand der Forschung oder sie behandeln die Demokratie als endogene Komponente. Aus diesen Gründen wird für diese Untersuchung eine eigene Operationalisierung von Legitimität vorgenommen, die auf der analytischen Definition aus dem Abschnitt 2.3 aufbaut.

---

<sup>1</sup>Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass seine eigenen Befunde inferenzstatistisch nicht viel hergeben. Er gibt bei keinen seiner aufgeführten Korrelationen und multiplen Regressionen Standardabweichungen, t-Werte oder Signifikanzniveau an. Die ausgewiesenen Effekte sind gleichzeitig sehr klein.

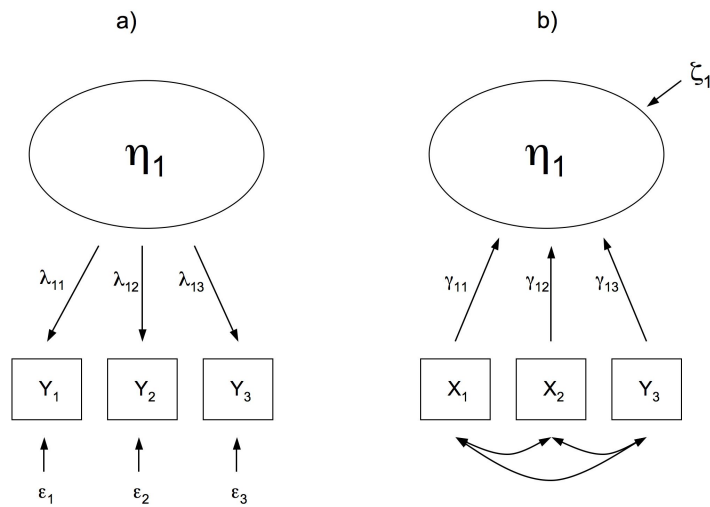
### 6.1.2. Formatives vs. reflektives Messmodell eines latenten Konstruktes

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, ein latentes Konstrukt mit verschiedenen Variablen zu messen: einerseits mittels formativer Messungen, andererseits mittels reflektiver Messungen. Während bei *reflektiven* Messmodellen das latente Konstrukt als *Ursache* der beobachtbaren Indikatoren verstanden wird, wird in *formativen* Messmodellen das latente Konstrukt als eine gewichtete *Zusammensetzung* seiner Indikatoren betrachtet. Bei einem reflektiven Messmodell wird aufgrund der Kausalitätsannahme davon ausgegangen, dass die einzelnen Indikatoren untereinander hoch korrelieren, denn sie reflektieren dasselbe Konstrukt. Wenn sich der Wert des Konstrukts ändert, ändert sich in der Folge auch der Wert der Indikatoren. Folglich stellt die Elimination einzelner Indikatoren, die kein Problem dar. Das Gegenteil ist bei einem formativen Messmodell der Fall, denn die Kausalitätsannahme geht hier gerade in die andere Richtung: Eine Veränderung eines oder mehrerer Indikatoren bewirkt eine Veränderung des Konstrukts. Die Indikatoren müssen dabei nicht zwingend untereinander korrelieren, eine Veränderung eines Indikators kann durch eine Veränderung eines anderen Indikators wieder kompensiert werden. So können beispielsweise bei einer Gesamtbeurteilung eines Online-Shops lange Lieferzeiten durch tiefe Preise kompensiert werden. Dies hat zur Folge, dass einzelne Indikatoren nicht einfach weggelassen werden können. Abbildung 6.1 stellt die Pfaddiagramme der unterschiedlichen Messmodelle graphisch dar. (Vgl. z. B. Christophersen & Grape, 2006, S. 116-119; Bollen & Lennox, 1991, S. 305-307; Diamantopoulos & Winklhofer, 2001; Diamantopoulos, Riefler & Roth, 2008; Jarvis, MacKenzie & Podsakoff, 2003; MacKenzie, Podsakoff & Jarvis, 2005)

Die Qualität reflektiver Messmodelle kann aufgrund der Korrelation der beobachtbaren Indikatoren durch Faktorenanalysen, ‚Cronbach’s Alpha‘ oder Strukturgleichungsmodelle gemessen werden. Bei formativen Messmodellen gibt es keine entsprechenden statistischen Methoden, um die Qualität zu messen. Der Einschluss eines Indikators in das Messmodell erfolgt also aus rein theoretischen Gründen. Da keine Indikatoren weggelassen werden können, muss darauf geachtet werden, dass alle Aspekte eines Konstruktes berücksichtigt werden. (Vgl. Christophersen & Grape, 2006, S. 121-128)

Die meisten empirischen Arbeiten aller Fächer orientieren sich stark am reflektiven Messmodell (vgl. z. B. Bollen, 2002, S. 616, 631), da dieses der bestens bekannten klassischen Testtheorie (vgl. z. B. Spearman, 1910; Gulliksen, 1950; Lord & Novick, 1968) entspricht, aber auch der *Item Response Theory* (vgl. z. B. Rasch, 1960) zugrunde liegt. Allerdings





Abbildungung 6.1.: Pfaddiagramme des reflektiven (a) und formativen (b) Messmodells nach Bollen und Lennox (1991, S. 306)

basieren viele Studien fälschlicherweise auf dem reflektiven Messmodell (für einen Überblick vgl. Diamantopoulos, Riefler & Roth, 2008, S. 1208). Die Auswahl der Indikatoren weist laut einigen Übersichtsstudien häufig auf ein formatives Messmodell hin, während die Auswertung auf einem reflektiven Messmodell basiert. Diese Fehlspezifikationen können schwerwiegende Folgen haben, wie Simulationsstudien zeigen (vgl. z. B. Jarvis et al., 2003, S. 210-212; MacKenzie et al., 2005, S. 724; Diamantopoulos, Riefler & Roth, 2008, S. 1209).

Allerdings bringt das formative Messmodell auch einige gravierende Nachteile mit sich: Einerseits ist der Umgang mit Multikollinearität ungelöst, andererseits können keine itemspezifische Fehlerterme bestimmt werden, womit von einer fehlerlosen Messung der Indikatoren ausgegangen werden muss, und ferner sind formative Modelle statistisch unteridentifiziert, weshalb sie nur im Rahmen von nomothetischen Netzwerken prüfbar sind (vgl. z. B. Diamantopoulos, Riefler & Roth, 2008, S. 1212-1213). Über Sinn und Unsinn einer formativen Modellspezifikation, die erst durch Einbezug zweier weiteren reflektiven Indikatoren identifiziert ist, lässt sich streiten. Konsequenterweise sollte deshalb folgende Unterscheidung berücksichtigt werden: Während das reflektive Messmodell, das der traditionellen Messtheorie folgt, das latente Konstrukt in einer Skala abbildet, wird das latente Konstrukt bei

einem formativen Messmodell durch einen Index ausgedrückt (Diamantopoulos & Winklhofer, 2001, S. 269). Streng genommen könnte nun moniert werden, dass in einem solchen Fall nicht von einem *latenten Konstrukt* gesprochen werden sollte, sondern von einem auf theoretischem Fundament basierenden zusammengesetzten Index (einem sogenannten *Composite Indicator*).

Aus diesen Gründen wird konsequenterweise in dieser Arbeit *Legitimität* als ein zusammengesetzter Index operationalisiert. Der Vorteil von zusammengesetzten Indizes ist ihre Fähigkeit, multidimensionale Konzepte zusammenzufassen. Laut Nardo et al. (2005, S. 8) sind „Composite Indicators [...] increasingly recognised as a useful tool in policy analysis and public communication. They provide simple comparisons of countries that can be used to illustrate complex and sometimes elusive issues in wide ranging fields“. Beispiele für zusammengesetzte Indikatoren sind zum Beispiel der *Human Development Index* der UNDP oder der *Freedom House Index* (Freedom House, 2010). Allerdings liegt die Gefahr der Nutzung von solchen Indizes genau in dieser Einfachheit. Deshalb wurden von der OECD und dem Joint Research Centre of the European Commission (JCR) zehn Richtlinien entwickelt, wie solche zusammengesetzten Indikatoren konstruiert und analysiert werden sollten (Nardo et al., 2005, S. 12-30):

**Theoretisches Rahmenkonzept** Die Basis für eine adäquate Auswahl und Kombination der Indikatoren sollte ein theoretisches Rahmenkonzept bilden. Dieses soll die Definition des zu messenden Konzept beinhalten und die Subdimensionen ausformulieren. Die Definitionen sollten theoretisch motiviert sein und sich nicht nach der Verfügbarkeit von Indikatoren richten.

**Datenauswahl** Die Datenauswahl muss dem theoretischen Rahmenkonzept folgen. Gleichzeitig sollten die Verfügbarkeit, die Aktualität und Zuverlässigkeit gewährleistet sein. Proxy-Indikatoren können und sollen verwendet werden, wenn eine Subdimension nicht direkt gemessen werden kann.

**Multivariate Analysen** Als nächster Schritt sollten die Indikatoren auf Strukturen überprüft werden, damit nicht einzelne Dimensionen übergewichtet werden. Mit einer entsprechenden Gewichtung kann diesem Problem dann entgegengewirkt werden.

**Imputation fehlender Werte** Häufig bestehen nicht für alle Länder (oder Individuen) Daten zu den zu verwendenden Indikatoren. Diese Daten müssen mit einer dem Stand der Forschung entsprechenden Methode imputiert werden, damit dem Fehlen dieser Daten statistisch Rechnung getragen werden kann.

**Normalisierung der Indikatoren** Da die verschiedenen Indikatoren häufig in unterschiedlichen Skalen vorliegen ist eine Normalisierung vor der Aggregation nötig, damit alle Indikatoren anhand einer vergleichbaren Skala aggregiert werden.

**Gewichtung und Aggregierung** Jeder zusammengesetzte Index ist grundsätzlich gewichtet. Auch die Verwendung von keinen Gewichten ist genau genommen eine Gleichgewichtung der konstituierenden Indikatoren und impliziert einen überlegten Entscheid. Auch die Methode der Aggregation (linear, geometrisch oder Multi-Criteria-Approach) sollte reflektiert gewählt werden. Erstere beiden Methoden kommen bei kompensatorischen Indizes in Frage, während letztere bei nicht-kompensatorischen Indizes zum Tragen kommen sollte.

**Robustheit** Der zusammengesetzte Index sollte auf Robustheit geprüft werden und, falls möglich, mit Vertrauensintervallen oder anderen Sensitivitätsmassen publiziert werden.

**Relation zu anderen Variablen** Häufig kann das durch den zusammengesetzten Index gemessene Konzept mit anderen Variablen in Verbindung gebracht werden. Korrelationen mit anderen Indizes, die ein ähnliches Konzept messen oder mit Variablen, die nach der Theorie mit dem Index korrelieren sollten, können auf die Güte des Indizes hinweisen.

**Zurück zu den Details** Zusammengesetzte Indizes bilden den Anfangspunkt einer Analyse. Anschliessend sollten die einzelnen Dimensionen auf den interessierenden Zusammenhang hin untersucht werden, um zu detaillierteren Erkenntnissen zu gelangen.

**Dissemination** Zusammengesetzte Indizes sollten so kommuniziert werden, dass diejenigen, die sie anwenden, verstehen, wie der jeweilige Index zu verwenden ist. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass nicht nur der zusammengesetzte Index vorgestellt wird, sondern auch die einzelnen Komponenten erläutert werden.

In dieser Studie wird diesen Richtlinien gefolgt. Etwas schwierig ist die Befolgung des dritten Punktes, multivariate Analysen: Da es sich bei der Legitimität um einen formativen Index handelt, sollten die üblichen korrelationsbasierten Prozeduren, die im OECD-Handbuch angegeben werden, nicht verwendet werden<sup>2</sup>. So wurde einzig untersucht, ob die

---

<sup>2</sup>Wären die Voraussetzungen für solche korrelationsbasierten Analysen in Form eines reflektiv operationalisierten Konstruktes gegeben, wäre für eine wissenschaftliche Verwendung des Konzeptes eine Analyse anhand eines Strukturgleichungsmodells einer Erstellung eines zusammengesetzten Indikators vorzuziehen. Denn durch einen additiven zusammengesetzten Index kann kein Itemspezifischer Fehlerterm geschätzt werden.

einzelnen Variablen, die den Index ausmachen, unterschiedliche Ausreisser aufweisen oder ob sich auffällige Muster bei den einzelnen Indikatoren zeigen, die eine sinnvolle Aggregation der einzelnen Indikatoren in Frage stellen würden.

### 6.1.3. Die einzelnen Dimensionen

Legitimität wurde im Abschnitt 2.3 definiert als Legitimität *des Staates*, mit Fokus auf das *Regime* (in Abgrenzung zur Legitimität der *Authorities* und der Identifikation mit der *Political Community*). Dabei ist mit Legitimität der *Legitimitätsglaube* der Bevölkerung gemeint: Ein Staat ist dann legitim, wenn seine Bevölkerung ihn als legitim wahrnimmt. Legitimität besteht ferner aus drei Dimensionen: der Legalität, der Rechtfertigung und dem Einverständnis. Somit ist das Verständnis von Legitimität so weit spezifiziert, dass eine operationale Definition vorgenommen werden kann. Um die Legitimität, die dem Staat von den Bürgern gewährt wird, zwischen möglichst vielen Ländern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zu vergleichen, wird eine Datenquelle benötigt, die vergleichbare Daten auf Individualebene in einer Vielzahl von Ländern bietet. Zurzeit eignet sich dafür der World Values Survey (WVS, 2009) am besten.

Im Folgenden wird die Operationalisierung jeder einzelnen Dimension erläutert<sup>3</sup>.

#### 6.1.3.1. Legalität

Auf Seite 37 wurde Legalität als denjenigen Anteil der Legitimität beschrieben, der auf das Einhalten der Regeln zurückzuführen ist. Diese Dimension soll also das Empfinden der Bürger messen, wie zuverlässig und allgemeingültig die Regeln und die Rechtssprechung im jeweiligen Staat ist und insbesondere, ob die Macht nach allgemeingültigen Regeln ausgeübt wird. Legalität impliziert, dass die Polizei die geltenden Gesetze durchsetzt und sich selbst an diese Gesetze hält. Zudem muss die Jurisdiktion nachvollziehbar und vorhersagbar sein, damit das Rechtssystem effektiv sein kann (eine Verhaftung durch eine funktionierende Polizei nützt nichts, wenn die Jurisdiktion beispielsweise durch Bestechung eine Verurteilung verhindert). Funktionierende und geregelte öffentliche Dienstleistungen gehören als dritter Aspekt ebenfalls zu der Legalität. In dieser Arbeit wird also Legalität formativ durch die drei Variablen *e069\_06 – Confidence: The Police*, *e069\_17 – Confidence: Justice System* und *e069\_08 – Confidence: The Civil Services* operationalisiert. Den Teilnehmern des World Values Surveys wird dabei für jede Institution folgende Frage gestellt: „I am going to

---

<sup>3</sup>Die genauen Angaben zu den verwendeten Variablen und der mathematischen Kombination der Variablen zum Legitimitätsindex finden sich in Anhang A.2.1.1.

name a number of organisations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence, quite a lot of confidence, not very much confidence or none at all?“ (für eine genaue Beschreibung der Fragen und Antwortmöglichkeiten der einzelnen Variablen siehe Anhang A.2.1.1).

### 6.1.3.2. Rechtfertigung

Rechtfertigung beschreibt denjenigen Anteil an Legitimität, den die Bürger dem Staat aufgrund der moralischen Zustimmung zu den Regeln, die dem Staat zugrunde liegen, entgegenbringen. Der World Values Survey enthielt bis zur vierten Welle, die den Zeitraum bis 2003 abdeckt, (WVS, 2006) die Variable *e111 – Rate Political System for Governing Country*, das diese Dimension ziemlich genau erfassen würde. Leider wurde diese Variable in der fünften Welle nicht mehr erhoben. Deshalb ist diese Variable für viele Länder nicht verfügbar. Aus diesem Grund wird die Rechtfertigung des politischen Systems durch das Vertrauen in die gesetzgebenden Organe und das Parteiensystem, das den Zugang zu diesen Organen kontrolliert, gemessen. Sie wird formativ anhand dreier Variablen operationalisiert: *e069\_07 – Confidence: The Parliament*, *e069\_11 – Confidence: The Government*<sup>4</sup> und *e069\_12 – Confidence: The Political Parties*. Die Frageformulierung entspricht bei diesen Variablen jener der Variablen für die Legalität.

### 6.1.3.3. Einverständnis

Wie bereits in Kapitel 2.2.3.3 beschrieben, kann nur von Legitimität des Staates gesprochen werden, wenn neben der Sicherung der Regeln (Legalität) sowie der Rechtfertigung der Macht und der Regeln auch effektiv Einverständnis mit dem Regime gezeigt wird. Dieses Einverständnis bringt die „subjektiv bindende Kraft“ im Verhältnis vom Beherrschten zum Regime zum Ausdruck. Diese „subjektiv bindende Kraft“ generalisiert das Einverständnis in dem Masse als sich ein Einverständnis bildet, das unabhängig von den Motiven ist, die ursprünglich zum Einverständnis führten. (Beetham, 1991, S. 18-19)

---

<sup>4</sup>Bei der Verwendung dieser Variable für die Legitimität des Staates liegt die Vermutung nahe, dass diese Frage eher auf die Legitimität der *Authorities* abzielt. Diesem Einwand kann entgegnet werden, dass mit dieser Frage auf das Organ unabhängig der amtierenden Personen gezielt wird. Dies lässt sich leicht überprüfen, da auch eine Variable im Fragebogen integriert ist, welche die Zufriedenheit mit den amtierenden Personen erfasst. Die Korrelation zwischen diesen beiden Variablen beträgt nur  $r = 0.33$ . Die beiden Variablen korrelieren also nur moderat und messen unterschiedliche Konzepte.

Will dieses Einverständnis nun operationalisiert werden, muss ein Indikator gefunden werden, der dieses generalisierte Einverständnis entsprechend reflektiert. Mit der Variable *a165* – *Most people can be trusted* wird das sogenannte *generalisierte Vertrauen* gemessen. Dieser Indikator hat sich in den letzten Jahrzehnten als Messinstrument für generalisiertes Vertrauen etabliert (vgl. z.B. Knack & Keefer, 1997; Alesina & La Ferrara, 2000; Bornschier, 2001; Zak & Knack, 2001; Knack & Zak, 2003), nicht zuletzt deshalb, weil er sich neben dem World Values Survey auch in anderen Länderübergreifenden Surveys wiederfindet (z.B. im General Social Survey oder im Eurobarometer) und über verschiedene Zeitperioden für eine Vielzahl von Ländern verfügbar ist (vgl. Volken, 2002a, S. 67). Dies bietet neben der Verfügbarkeit in unterschiedlichen zeitlichen und räumlichen Kontexten den Vorteil, auf eine breite Palette von Studien zurückgreifen zu können, die diese Variable untersuchen. Die genaue Formulierung der Frage lautet: „Generally speaking, would you say that most people can be trusted, or that you can’t be too careful in dealing with people?“ und ist dichotom ausgelegt („Most people can be trusted“ vs. „Can’t be too careful“). Sie stellt somit einen „All-Things-Considered“-Indikator dar. Damit diese Frage mit „ja“ beantwortet werden kann, müssen viele Parameter stimmen: Generalisiertes Vertrauen kommt dann zustande, wenn der Alltag berechenbar wird, das Vertrauen in unbekannte Personen und verschiedene Institutionen hoch ist und das Vertrauen nicht verletzt wird (für eine eingehende theoretische Abhandlung von Vertrauen vgl. Volken, 2002a, S. 83-133). Leider gibt es im World Values Survey keine anderen Variablen, die das Einverständnis für ein mehrere Kontinente umfassendes Sample messen können. Deshalb wird das generalisierte Vertrauen als einziger reflektiver Indikator für das Einverständnis verwendet.

### 6.1.3.4. Zusammenfassung der Operationalisierung von Legitimität des Staates

Es kann also festgehalten werden, dass die Legitimität des Staates in dieser Arbeit durch sieben Variablen gemessen wird: Vertrauen in die Polizei, die Jurisdiktion und die öffentlichen Dienstleistungen bilden einen formativen Index der Legalität, Vertrauen in die Regierung, das Parlament und die Parteien formen den formativen Index der Rechtfertigung und das generalisierte Vertrauen misst als reflektiven Indikator das Einverständnis. Abbildung 6.2 stellt diese Operationalisierung graphisch dar.

Bei formativen Konstrukten spielt die Gewichtung der Indikatoren eine wichtige Rolle (Christophersen & Grape, 2006, S. 124). Da eine unterschiedliche Gewichtung der Dimensionen kaum theoretisch sinnvoll zu begründen ist und immer arbiträr bleibt, steuern in dieser Arbeit die drei Dimensionen gleich viel zur Legitimität bei. Dies bedeutet, dass

ein Land, welches in einer Dimension als total illegitim gesehen wird, trotzdem einen moderaten Level beim Index erreichen kann, wenn es in den übrigen Dimensionen als gut betrachtet wird. Dies verwirft allerdings jene Theorien, die argumentieren, dass jede Dimension von Bedeutung sei (vgl. Gilley, 2006a, S. 509-510). Dieses Vorgehen liegt jedoch im Einklang mit dem Vorschlag von Christophersen und Grape (2006, S. 124), die den Mittelwert der normalisierten Variablen als Gewichtung vorschlagen, falls die Indikatoren kompensatorisch wirken (können).

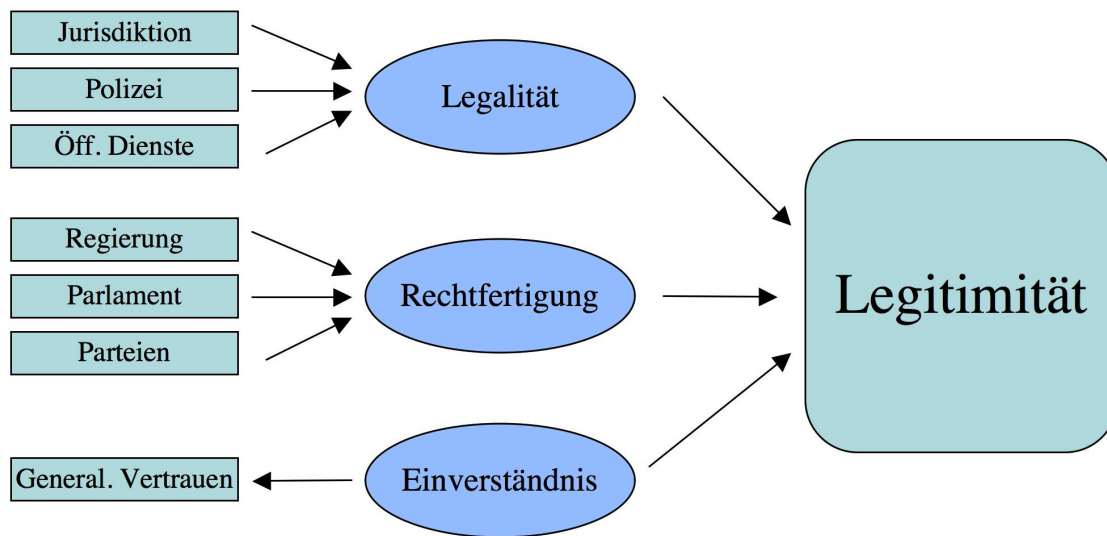


Abbildung 6.2.: Graphische Darstellung der Operationalisierung von Legitimität des Staates

Um einen gut interpretierbaren Index zu erhalten, wurden die Werte dieser Variablen umcodiert, sodass in der Folge ein grosses Vertrauen einen grossen Wert ergibt. So wird erreicht, dass je höher der Score eines Bürgers auf dem Index ist, er den Staat als umso legitimer empfindet. Anschliessend wurden die Variablen z-standardisiert, damit die unterschiedliche Skalierung der Fragen ausgeglichen wird, damit nicht eine Variable stärker gewichtet wird als die anderen. Dann wurde für die Dimensionen Legalität und Rechtfertigung der Mittelwert aus den drei formativen Indikatoren gebildet. Um den Wert der Legitimität des Staates zu erhalten, wurde wiederum der Mittelwert aus den drei Dimensionen gebildet<sup>5</sup>.

<sup>5</sup>Da die Dimension *Einverständnis* aus lediglich einer Indexvariable besteht, erhält diese Variable (das generalisierte Vertrauen) ein stärkeres Gewicht als die Variablen, aus welchen die anderen beiden Dimensionen zusammengesetzt wurden. Dies lässt sich dadurch rechtfertigen, dass bei Gleichgewichtung aller sieben Einzelvariablen die Dimension „Einverständnis“ entsprechend schwächer gewichtet würde.

Schliesslich wurden die Indizes für Legalität, Rechtfertigung und Legitimität so transformiert, dass sie zwischen 0 und 100 zu liegen kommen (wenn für eine Beobachtung alle Variablen des Indizes den Minimalwert aufweisen, beträgt der Index 0; wenn alle Variablen einer Beobachtung den Maximalwert aufweisen, beträgt der Index 100). Dies erleichtert die Interpretation und die Lesbarkeit der Resultate in den Regressionsmodellen<sup>6</sup>.

Für die Analyse auf der Makroebene, wurden die Variablen Legalität, Rechtfertigung, generalisiertes Vertrauen und Legitimität mittels Mittelwert pro Land aggregiert.

Um die gewonnenen Resultate auf Robustheit zu überprüfen, werden die Modelle der Makroanalyse mit einer alternativen Operationalisierung von Legitimität repliziert. Dafür wird die Variable *Politische Stabilität (PolStab)* verwendet, die den „Worldwide Governance Indicators“ (Kaufmann, Kraay & Mastruzzi, 2010) entstammt.

### 6.1.4. Fehlende Daten (Missing Data)

Fehlende Daten (sog. *Missing Values* oder *Missing Data*) sind in quantitativen Untersuchungen ubiquitär (vgl. Enders, 2006, S. 427; Baraldi & Enders, 2010, S. 5). Auch diese Arbeit ist davon betroffen. Das Problem fehlender Daten wird von Methodologen als eines der wichtigsten statistischen Probleme angesehen (vgl. Baraldi & Enders, 2010, S. 5). Fehlende Daten führen zu erhöhtem Risiko verzerrter Ergebnisse. Fehlende Werte können zu verfälschten Schätzern führen, die Fehler erster und zweiter Ordnung erhöhen sowie die Zuverlässigkeit der Vertrauensintervalle reduzieren. Zudem ist mit dem Datenverlust stets auch ein Informationsverlust verbunden, der zu einer oft starken Reduzierung der *Statistical Power* führt (vgl. z. B. Collins, Schafer & Kam, 2001, S. 329-330; Schafer & Graham, 2002, S. 147; Lagona & Z. Zhang, 2010, S. 249-250). In Anbetracht dieser Tatsache sollte dem Thema grosse Aufmerksamkeit gewidmet werden und gut geprüft werden, mit welchen Methoden man dem Problem fehlender Daten begegnen möchte (vgl. Baraldi & Enders, 2010, S. 5-6; Collins et al., 2001, S. 330). Dies ist leider meist nicht der Fall. Obwohl seit mehreren Dekaden methodische Konzepte für einen fundierten Umgang mit fehlenden Daten verfügbar sind (vgl. z. B. Dempster, Laird & Rubin, 1977; Rubin, 1987), werden doch in den meisten Fällen alte Methoden verwendet, von denen Statistiker abraten, da diese längst unzureichend und überholt sind. Die routinemässige Verwendung veralteter Metho-

---

Dies macht aus theoretischer Sicht weniger Sinn, als die stärkere Gewichtung des einzelnen Indikators für diese Dimension im Verhältnis zur Gewichtung der Indikatorvariablen der anderen beiden Dimensionen.

<sup>6</sup>Die Variable *generalisiertes Vertrauen* muss nicht transformiert werden, denn auf der Individualebene beträgt sie entweder 0 oder 1 und ist somit in einer logistischen Regression gut zu interpretieren, auf der Länderebene stellt das Vertrauen die Prozentzahl der Bevölkerung dar, die über generalisiertes Vertrauen verfügt, und ist somit ebenfalls gut interpretierbar.



den werden in diesem Bereich einerseits auf die statistischen Softwarepakete zurückgeführt, die solche Methoden routinemässig anbieten und -preisen, andererseits der etwas komplexeren statistischen Eigenschaften der neueren Methoden zugeschrieben (vgl. z.B. Baraldi & Enders, 2010).

Im folgenden Abschnitt wird kurz auf die Theorie fehlender Daten eingegangen sowie anschliessend die verschiedenen Techniken der Behandlung fehlender Daten vorgestellt und auf ihre statistischen Eigenschaften hin geprüft. Nachfolgend wird die hier verwendete Methode genau beschrieben und erklärt.

### 6.1.4.1. Theorie fehlender Daten

Ziel einer statistischen Analyse sollten effiziente und valide Schlussfolgerungen bezüglich einer Population sein. Dieser Grundsatz sollte auch bei der methodischen Behandlung fehlender Werte beibehalten werden. Es geht dabei nicht darum, die fehlenden Werte vorauszusagen oder gar wiederherzustellen. Nicht einmal das Erzielen des gleichen Resultates, das mit dem Datensatz herausgekommen wäre, wenn er nicht von fehlenden Werten betroffen gewesen wäre, ist das Ziel. Vielmehr sollen effiziente und valide Schätzungen von Zusammenhängen in der interessierenden Population erreicht werden. (Schafer & Graham, 2002, S. 149)

Dies sollte stets in Erinnerung bleiben, wenn Methoden zum Umgang mit fehlenden Werten, sog. *Missing Data Procedures*, evaluiert werden. Ausserdem sollte für *jede* Auswertung eines Datensatzes, der von fehlenden Werten betroffen ist (also praktisch jeden Datensatzes), eine bewusste Abwägung der optimalen Methode zum Umgang mit fehlenden Werten vorgenommen werden. Denn jeder Ansatz zur Behandlung fehlender Werte basiert auf gewissen Annahmen bezüglich der ‚Ursache‘ des Fehlens, genauer, der Beziehung zwischen dem Fehlen und den Daten. Mathematisch ausgedrückt geht es um die Verteilung des Fehlens der Daten. Entgegen der landläufigen Meinung ist auch die *Complete Case Analysis* (CC), also die Analyse nur der vorhandenen Daten, eine auf gewissen – und in diesem Falle sogar sehr restriktiven – Annahmen basierende Methode und soll nicht unbedacht eingesetzt werden (Enders, 2006, S. 428). In einem ersten Schritt geht es jetzt darum, einige theoretische Überlegungen zu den Mustern von fehlenden Daten und zu den verschiedenen Annahmen bezüglich der Verteilung des Fehlens der Daten darzulegen. In einem zweiten Schritt werden dann die Implikationen der entsprechenden Annahmen besprochen.

In der einschlägigen Literatur werden drei Muster des Fehlens der Daten unterschieden (vgl. Schafer & Graham, 2002, S. 150): univariat, monoton und arbiträr. Schafer und Graham sprechen vom *univariaten* Muster, wenn von einer Gruppe Variablen  $X$  sämtliche Beobachtungen vollständig vorhanden sind und von einer Gruppe Variablen  $Y$  zum einen Teil von Beobachtungen die Daten gänzlich vorhanden sind, zum anderen Teil gänzlich nicht vorhanden.

Bei dem *monotonen* Muster können die Variablen  $Y_1, \dots, Y_p$  so geordnet werden, dass im Falle des Fehlens von  $Y_j$  für eine Beobachtung immer auch  $Y_{j+1}, \dots, Y_p$  fehlt. Monotone Muster treten insbesondere bei Langzeitstudien auf.

*Arbiträre* Muster zeigen sich dann, wenn bei den betroffenen Variablen für irgendwelche Beobachtungen Werte fehlen.

Von besonderer Wichtigkeit bei der Behandlung von fehlenden Werten ist die *Verteilung des Fehlens* der Daten (vgl. Schafer & Graham, 2002, S. 150-151; Enders, 2006, S. 428; Baraldi & Enders, 2010, S. 6-9). Für jeden Datensatz können  $R$  Variablen definiert werden, die bezeichnen, welche Daten vorhanden sind und welche fehlen. Je nach Muster unterscheidet sich die Form von  $R$ : Bei *univariatem* Muster besteht  $R$  aus einer Variable, die das Fehlen bezeichnet ( $R = 0$ , wenn die Daten vorhanden sind;  $R = 1$ , wenn die Daten fehlen). Bei *monotonem* Muster kann  $R$  aus einer Variable bestehen, die angibt, für wieviele Variablen Daten fehlen ( $R = 0$  bei vorhandenen Daten;  $R = 1, \dots, p$  bei fehlenden Daten). Bei *arbiträrem* Muster kann  $R$  aus einer Matrix von binären Variablen bestehen, die gleich viele Dimensionen wie die ursprüngliche Datenmatrix enthält (für jede Variable eine Variable mit  $R = 0$ , wenn die Daten vorhanden sind oder  $R = 1$ , wenn die Daten fehlen) (vgl. Schafer & Graham, 2002, S. 150).

In modernen Ansätzen zum Umgang mit fehlenden Daten wird das Fehlen als probabilistisches Phänomen betrachtet (Rubin, 1976).  $R$  wird dabei als Set von Zufallsvariablen mit gemeinsamer Wahrscheinlichkeitsverteilung verstanden. Dabei ist es nicht nötig, diese Wahrscheinlichkeitsverteilung zu kennen, sondern nur einzugestehen, dass es eine solche gibt.  $R$  dient dazu, die Raten und Muster von fehlenden Daten sowie mögliche Beziehungen zwischen dem Fehlen und den Werten der fehlenden Grösse zu beschreiben (Schafer & Graham, 2002, S. 150).

In den wegweisenden Arbeiten von Rubin (Rubin, 1976; Rubin, 1987) und seinen Kollegen (R. J. A. Little & Rubin, 1987) wird zum ersten Mal systematisch die oben beschriebene Auffassung von fehlenden Daten als probabilistisches Phänomen verfolgt und in die

vielzitierten „missing data mechanisms“<sup>7</sup> überführt. Diese werden im Folgenden genauer beschrieben<sup>8</sup>.

Das Fehlen der Daten kann in Bezug zu den Daten selbst stehen. Dies ist für die Analyse von Belang. Deshalb ist es sinnvoll,  $R$  danach zu typisieren, von welcher Art dieser Bezug ist. Folgende Typologie ist zum Standard geworden: *Missing Completely At Random* (MCAR), *Missing At Random* (MAR) und *Missing Not At Random* (MNAR). Der komplette Datensatz sei  $Y_{com}$ . Dieser wird aufgeteilt in  $Y_{com} = (Y_{obs}, Y_{mis})$ , wobei  $Y_{obs}$  der Teil der beobachteten Werte und  $Y_{mis}$  der Teil der fehlenden Werte sei. Dann ist MAR definiert als

$$P(R|Y_{com}) = P(R|Y_{obs}). \quad (6.1)$$

In anderen Worten sind fehlende Werte dann MAR, wenn die Verteilung des Fehlens nicht von  $Y_{mis}$  abhängt. Die Wahrscheinlichkeit des Fehlens der Werte hängt also unter MAR-Annahme von den beobachteten Werten aber nicht von den fehlenden Werten ab. Ein Spezialfall von MAR ist MCAR. *Missing Completely At Random* (MCAR) ist dann festzustellen, wenn die Verteilung des Fehlens zusätzlich auch nicht von  $Y_{obs}$  abhängt:

$$P(R|Y_{com}) = P(R). \quad (6.2)$$

Wenn Gleichung 6.1 verletzt wird und das Fehlen (auch) von  $Y_{mis}$  abhängt, spricht man von MNAR.

Diese Typen lassen sich nun für die verschiedenen Muster beschreiben:

MCAR bedeutet bei einem univariaten Muster, dass die Wahrscheinlichkeit des Fehlens von  $Y$  für eine Untersuchungseinheit unabhängig von  $X$  und  $Y$  der selben Einheit ist (da die Antworten der Verschiedenen Untersuchungseinheiten in den meisten Fällen unabhängig voneinander sind oder zumindest sein sollten, ist das Fehlen auch unabhängig von  $X$  und  $Y$  aller anderen Untersuchungseinheiten). Die MAR-Annahme bedeutet bei univariaten Mustern, dass das Fehlen von  $Y$  zwar von  $X$  aber nicht von  $Y$  abhängen kann. Dabei gilt es zu beachten, dass unter MAR-Annahme eine Beziehung zwischen dem Fehlen und dem Wert von  $Y$  bestehen kann, induziert durch die gemeinsame Beziehung zwischen  $X$  und

---

<sup>7</sup>Schafer und Graham (2002, S. 150-151) raten davon ab, in diesem Zusammenhang von *Mechanismus* zu sprechen, da dies suggeriere, dass ein „real-world process“ dahinterstehe, der bewirke, dass in einigen Fällen Daten vorhanden seien, in anderen nicht. Es sei aber unmöglich, alle potentiellen Ursachen des Fehlens der Daten ausfindig zu machen. Deshalb handle es sich dabei nicht um Mechanismen sondern um mathematische Instrumente. Sie schlagen den hier verwendeten Begriff „distribution of missingness“ vor.

<sup>8</sup>Schafer und Graham (2002, S. 149-155) fassen die Arbeiten von Rubin (Rubin, 1976; Rubin, 1987) und seinen Kollegen (R. J. A. Little & Rubin, 1987; R. J. A. Little & Rubin, 2002) kurz und verständlich zusammen. Die nachfolgende, noch stärker gekürzte Zusammenfassung orientiert sich daher stark an deren Arbeit.

$Y$ . Allerdings sollte keine residuale Beziehung zwischen dem Fehlen und dem Wert von  $Y$  bestehen, nachdem für  $X$  kontrolliert wurde. Besteht eine solche residuale Beziehung nach Kontrolle, kann nur die MNAR-Annahme gehalten werden.

Beim *monotonen* Muster bedeutet MCAR, dass die Wahrscheinlichkeit des Fehlens von  $Y_j$  unabhängig von allen Variablen im Datensatz ist. MAR ist dann gültig, wenn das Fehlen nur von den Variablen  $Y_1, \dots, Y_{j-1}$  abhängig ist und MNAR trifft dann zu, wenn das Fehlen von  $Y_j, \dots, Y_p$  abhängt.

Im arbiträren Muster muss für die Gültigkeit der MCAR-Annahme ebenfalls Unabhängigkeit zwischen dem Fehlen und  $Y_1, \dots, Y_p$  bestehen. MAR ist allerdings etwas komplizierter als bei den anderen beiden Mustern nachzuvollziehen. MAR bedeutet, dass das Fehlen eines Wertes einer Untersuchungseinheit (z. B. ein Untersuchungsteilnehmer) von den beobachteten Variablen ebendieser Untersuchungseinheit abhängen kann. Das Variablenset kann aber von Untersuchungseinheit zu Untersuchungseinheit unterschiedlich sein (da das Fehlen der Daten arbiträr ist).

Im Zusammenhang mit MCAR, MAR und MNAR ist festzustellen, dass *Random* häufig missverstanden wird (Schafer & Graham, 2002, S. 152; Baraldi & Enders, 2010, S. 7). *Random* wird hier nicht als zufällig fehlend im engeren Sinne verstanden, sondern weist darauf hin, dass das Fehlen als zusätzliche Zufallsvariable verstanden werden kann. Für den Statistiker bedeutet *Random*, dass ein Zusammenhang probabilistischer und nicht deterministischer Natur ist. Deshalb kann im Fall von MCAR und MAR von *Random* gesprochen werden. Missings unter MCAR-Bedingung können wirklich als zufällig verstanden werden, da der reduzierte Datensatz eine Zufallsstichprobe des kompletten Datensatzes darstellt. Missings unter MAR-Bedingung aber steht das Fehlen der Daten in Zusammenhang mit den interessierenden Variablen und der reduzierte Datensatz stellt keine Zufallsstichprobe des kompletten Datensatzes mehr dar. Da aber die Variablen, die in Beziehung zum Fehlen der Daten stehen, im Modell integriert sind, kann man von einem bedingt zufälligen Ausfall der Daten sprechen (Göthlich, 2006, S. 137). Bei Missings unter MNAR-Bedingung ist weder der Ausfall der Daten zufällig, noch ist die Wahrscheinlichkeitsverteilung bekannt. Folglich kann nicht von einem zufälligen Datenausfall gesprochen werden.

Es sei daran erinnert, dass die Definitionen von Rubin (1976) Aussagen über statistische Beziehungen zwischen dem Fehlen der Daten und den Daten selbst beschreiben. Es geht nicht um *kausale* Zusammenhänge oder Ursachen des Fehlens. Die reellen (*Real-World*) Ursachen sind vielschichtig und sind kaum vollständig in den Daten enthalten. Einige von ihnen stehen aber in Beziehung zu  $X$  oder  $Y$  und führen bei Wegfallen zu einer Beziehung zwischen  $X$  oder  $Y$  und  $R$ . Wenn wir nun alle diese Ursachen, die nicht in Beziehung zu  $X$

oder  $Y$  stehen, als Variablenset als  $Z$  bezeichnen, dann bedeutet MCAR, dass die Ursache des Fehlens vollständig durch  $Z$  erklärt wird. MAR ist dann gültig, wenn die Gründe des Fehlens neben  $Z$  auch in  $X$  liegen und MNAR heisst, dass neben  $Z$  und  $X$  auch  $Y$  für das Fehlen bestimmend ist. (Schafer & Graham, 2002, S. 151)

Collins et al. (2001, S. 347) zeigen, dass durch das Nichtberücksichtigen des MNAR-Aspektes in den Fällen, in denen der wahre Grund des Fehlens wirklich die Variable mit den fehlenden Daten selbst ist, erhebliche Verzerrungen auftreten können. In den Fällen allerdings, wenn das Fehlen auf eine andere Variable zurückzuführen ist, die mit der Variable mit den fehlenden Daten moderat korreliert (z. B.  $r \leq 0.40$ ), wird nur eine kleine Verzerrung durch das Nichteinbinden der Ursache des Fehlens erzeugt. Die meisten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sind wohl eher von zweitem betroffen (Schafer & Graham, 2002, S. 173): So zeigen beispielsweise Graham, Hofer, Donaldson, MacKinnon und Schafer (1997), dass Befürchtungen unbegründet waren, die vielen Ausfälle in einer Langzeitstudie über Drogenmissbrauch in Middle und High Schools würden die MAR-Annahme verletzen, da Schulverweise und Drogenmissbrauch im Zusammenhang stünden. Vielmehr konnten sie nachweisen, dass die Ausfälle auf Mobilität zurückzuführen war. Ein Zusammenhang zwischen erhöhter Mobilität und Drogenmissbrauch ist zwar immer noch denkbar, ein Zusammenhang von einer Stärke über  $r=0.40$  dürfte aber doch nicht zu erwarten sein.

Grundsätzlich gilt, dass bei Nichtbeantworten einzelner Fragen (sog. *Item-Nonresponse*) die Gründe für das Nichtbeantworten von Person zu Person variieren. Diese Gründe können mit der Variable selbst korrelieren, vielleicht aber nicht gleich stark, vielleicht sogar in der entgegengesetzten Richtung. Es ist kaum davon auszugehen, dass im Aggregat der Grund des Fehlens zu mehr als  $r=0.40$  mit der Variable selbst korreliert. Insofern ist insbesondere bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen die Annahme von MAR als genügend einzustufen (Schafer & Graham, 2002, S. 173).

### 6.1.4.2. Techniken der Behandlung fehlender Daten

Fehlende Werte tauchen in jeder Untersuchung auf, deshalb gibt es seit jeher Techniken zum Umgang mit fehlenden Werten. Die naheliegendste und ursprünglichste Technik ist das Weglassen der Beobachtungen, welche fehlende Werte aufweisen. In der Literatur wird dieses Vorgehen mit *Complete Case Analysis*, *Listwise Deletion* oder *Case Deletion* benannt. Dieses Vorgehen ist die Standardmethode der meisten Statistikprogramme. Sie setzt aber MCAR voraus und ist mit einem bisweilen grossen Verlust an Daten und an *Statistical*

*Power* verbunden. Aus letzterem Grund bieten die Statistikprogramme standardmässig auch das *Available Case*- oder *Pairwise Deletion*-Verfahren an. Hier werden für jeden zu schätzenden Parameter alle für diesen Parameter verfügbaren Daten verwendet. Dies führt dazu, dass für jeden Parameter eine andere Stichprobe verwendet wird und somit die Standardfehler der Parameter nicht miteinander vergleichbar sind. Auch hier wird *MCAR* vorausgesetzt. Eine Weiterführung dieser beiden Methoden ist die Anwendung von Gewichtungen (sogenanntes *Reweighting*): Nach der Löschung der Daten werden die übrigbleibenden Daten anhand von gewissen Variablen gewichtet, um die Verteilung bezüglich dieser Variablen in der Stichprobe aufrecht zu erhalten. Allerdings funktioniert diese Gewichtung nicht bei arbiträrem Muster der fehlenden Werte, da dann für jede Variable eine andere Gewichtung gebraucht werden müsste. Zudem kann eine Gewichtung nur anhand von vorhandenen Variablen durchgeführt werden und es handelt sich nicht um eine probabilistische Methode (vgl. z. B. Schafer & Graham, 2002, S. 155-157).

Eine Technik, die insbesondere in psychologischen Untersuchungen verwendet wird, deren zu messende Konstrukte aus grösseren Itembatterien bestehen, ist die Mittelwertbildung: Da für das Konstrukt eine Vielzahl an Items benötigt wird, können durch fehlende Werte mehrere Untersuchungseinheiten wegfallen. Um die Stichprobenreduzierung durch *Case Deletion* zu verhindern, wird der Durchschnittswert der verfügbaren Items genommen. Dies ist ein heikles Verfahren, da hier sogar unter *MCAR*-Bedingungen Fehler eingeführt werden können, denn durch das Verfahren wird die Gewichtung der einzelnen Items verändert (vgl. z. B. Schafer & Graham, 2002, S. 157-158).

Wenn eine Untersuchungseinheit einen fehlenden Wert (oder wenige fehlende Werte) aufweist, sonst aber Informationen bietet, liegt es nahe, diesen einen fehlenden Wert durch einen plausiblen Wert zu ersetzen. Dies wird als *Imputation* bezeichnet. Es bestehen verschiedene Methoden, wie die fehlenden Werte imputiert werden können. Am einfachsten ist die Mittelwertimputation. Hier wird der Mittelwert der Variable für die fehlenden Werte eingesetzt. Dies führt aber dazu, dass die Vertrauensintervalle zu klein werden, da sich dadurch die Verteilung der Variable verändert. Die Beibehaltung der Verteilung kann dadurch erreicht werden, dass statt des Mittelwertes zufällige Werte der Variable aus den anderen Einheiten imputiert werden (die sogenannte *Hot Deck Imputation*). Das ausgeklügeltste Verfahren der einfachen Imputation ist die Imputation mittels konditionaler Verteilungen: Es werden Variablen gesucht, die das Fehlen verursacht haben könnte und dann werden zufällig Daten imputiert aus der konditionalen Verteilung von der zu imputierenden Variable gegeben die erklärenden Variable(n). Bei einem korrekt spezifizierten Modell lassen sich so gute Resultate erzielen (Schafer & Graham, 2002, S. 159-160).

Bei allen diesen Methoden kann jedoch die Unsicherheit, die mit der Verwendung der entsprechenden Technik verbunden ist, nicht quantifiziert werden. Genau diese Quantifizierung der Unsicherheit durch das Fehlen der Werte wird mit den Techniken der *Multiplen Imputation (MI)* und der *Full Information Maximum Likelihood (ML)* angestrebt. Aus diesem Grund sind diese Verfahren den oben beschriebenen deutlich überlegen: „Listwise or pairwise deletion, substitution of means, regression predictions, or other forms of single imputation [...] have been conclusively shown to perform poorly except under very restrictive or special conditions (R. J. A. Little & Rubin, 1987). Unlike these older methods, ML and MI are based on sound theory and can produce efficient estimates and accurate measures of statistical uncertainty“ (Collins et al., 2001, S. 330). Deshalb wird in dieser Untersuchung eines dieser Verfahren verwendet. Da diese beiden Verfahren ziemlich komplex sind, werden hier nicht beide weiter ausgeführt<sup>9</sup>, sondern es wird nur die in dieser Untersuchung verwendete Multiple Imputation im nächsten Abschnitt genauer beschrieben.

#### 6.1.4.3. Multiple Imputation

Auch diese Untersuchung ist von fehlenden Werten betroffen. Leider wurden einige der verwendeten Variablen nicht in allen Ländern erhoben. Dies führt zum Problem der Missings auf der Länderebene. Der betroffene Indikator ist also für das Land nicht erhoben. In diese Studie werden nur Länder<sup>10</sup> aufgenommen, für welche maximal ein Indikator für den Legitimitätsindex nicht erhoben wurden<sup>11</sup>. Auf der Individualebene bestehen ebenfalls einige Missings: Einige Personen haben nicht alle Fragen beantwortet. Es handelt sich also um ein arbiträres Muster fehlender Werte. Die fehlenden Daten wurden in Stata 10.1 mittels der Routine *ICE* (Royston, 2004; Royston, 2005) imputiert. *ICE* ist ein Programm, das die multiple multivariate Imputation fehlender Werte unter MAR-Annahme in Stata implementiert. Multiple Imputationsverfahren liefern sowohl bei der MCAR- als auch bei der MAR-Annahme meist verlässliche Ergebnisse (vgl. Göthlich, 2006, S. 143). *ICE* steht für *Imputation by Chained Equation*. Fehlende Werte werden durch Regressionen imputiert, wobei den geschätzten Werten noch ein *Zufallsrauschen* beigefügt wird, um die Unsicher-

---

<sup>9</sup>Der interessierte Leser sei an die einschlägige Literatur verwiesen (vgl. z. B. Schafer & Graham, 2002; Collins et al., 2001; Rubin, 1976; Baraldi & Enders, 2010; Enders, 2010).

<sup>10</sup>Welche Länder in die Studie aufgenommen wurden, wird im Abschnitt 6.1.7 und im Anhang A.1 aufgeführt.

<sup>11</sup>Diese Länder zeichnen sich auch dadurch aus, dass maximal zwei Kontrollvariablen pro Land nicht erhoben wurde. Dabei fehlen für Russland und Ägypten zwei Variablen. Während in Russland zwei Kontrollvariablen nicht erhoben wurden (die *subjektive soziale Schicht* und die *politische Einstellung*), fehlen für Ägypten je eine Kontrollvariable (die *politische Einstellung*) und ein Legitimitätsindikator (das *Vertrauen in die Jurisdiktion*).

heit, die mit fehlenden Werten einhergeht, zu berücksichtigen. Pro leeres Datenfeld wird nicht ein Wert, sondern  $m > 1$  Werte eingesetzt und zusätzlich mit einem *Zufallsrauschen* versehen, damit Beobachtungen, welche dieselben beobachteten Werte aufweisen, nicht die exakt gleichen imputierten Werte erhalten (vgl. Paulin, Tsai & Grance, 2004, S. 1). Der Parameter  $m$  wird dabei willkürlich festgelegt und liegt in der Praxis zwischen drei und zehn (vgl. Göthlich, 2006, S. 143). Die Masszahlen und Statistiken werden im Anschluss über alle  $m$  gemittelt und die Varianzen mittels *Rubin's Rules* geschätzt, damit Konfidenzintervalle robust geschätzt werden können (Rubin, 1987, S. 21). Der Vorteil der Verwendung von Imputationsverfahren besteht, wie oben erwähnt, darin, dass das Löschen der Datenpunkte bei der *Complete-Case-Analysis* einerseits mit Informationsverlust, andererseits mit grosser Unsicherheit verbunden ist. Der Nachteil der einfachen Imputation durch Regression liegt darin, dass die mit der Imputation verbundene Unsicherheit nicht gebührend berücksichtigt wird. Bei der multiplen Imputation wird dieser Unsicherheit durch die Mittelung von verschiedenen ‚Ersatzdaten‘ Rechnung getragen.

Das Programm *ICE* funktioniert so, dass für jede Variable, die Missings beinhaltet, eine Gleichung formuliert wird, nach welcher die fehlenden Daten eingefügt werden sollen (man beachte, dass für jede hinzugefügte erklärende Variable eine Gleichung zur Imputation erstellt werden muss, sofern sie ebenfalls fehlende Werte aufweist). Es stehen dafür u. a. die Verfahren der multiplen, logistischen, ordinalen und der kategorialen Regression zur Verfügung. Mittels der Option *Boot* wird der geschätzte  $\beta^*$ -Wert mittels eines *Bootstrap-Samples* geschätzt, was zur Robustheit des Parameters führt, da nicht mehr zwingend Normalverteilung angenommen werden muss. Ebenfalls wichtig ist die *Match*-Option, die gewährleistet, dass die eingesetzten geschätzten Daten nur Werte annehmen, die auch real beobachtet wurden (vgl. Royston, 2004, S. 232). In dieser Arbeit wurde  $m = 10$  festgelegt. Dieser Wert ist genug gross, um robuste Werte zu erhalten (vgl. z. B. Göthlich, 2006, S. 143; Bodner, 2008, S. 662-663), denn die relative Effizienz bei 10 % fehlender Daten liegt für zehn Imputationen bei 99 % (vgl. Rubin, 1987, S. 114)<sup>12</sup>.

---

<sup>12</sup>I. R. White, Royston und Wood (2011, S. 387) schlagen allerdings als Daumenregel vor,  $m$  als  $100 * FMI$  festzulegen, wobei  $FMI$  den Einfluss des Anteils der fehlenden Werte angibt und durch  $FMI = B/(W + B)$  definiert wird.  $B$  wird als *Between-Imputation Variance* und  $W$  als *Within-Imputation Variance* definiert (siehe Gleichungen 7.3 und 7.2 auf Seite 154). Da der  $FMI$  schwierig zu schätzen ist, schlagen Bodner (2008, S. 670-671) und von Hippel (2009, S. 278) vor, den  $FMI$  konservativ als Anteil der fehlenden Werte zu schätzen. Für den Legitimitätsindex ist somit  $m = 10$  passend, da weniger als 10 % der Fälle einen fehlenden Wert bei den Indikatoren für den Legitimitätsindex aufweisen. Für die Makroanalyse ist dieser Wert also als gut einzuschätzen. Werden aber die Kontrollvariablen hinzugezogen ergibt sich ein grösserer Anteil von fehlenden Werten, insbesondere wegen den Variablen *Vertrauen in die Jurisdiktion*, *politische Einstellung*, *Einkommen* und *subjektive soziale Schicht*. Allerdings ist die statistische *Power* bei der Mehrebenenanalyse aufgrund des sehr grossen Datensatzes so hoch, dass problemlos eine Effizienz von 5 % akzeptiert werden kann. Dies ist mit  $m = 10$  bei weitem gegeben. Vielmehr kommt bei den langen Rechenzeiten der Mehrebenenanalysen der Nachteil von 5-10 zusätzlichen Imputationen zu tragen. Ein Blick auf die Schätzungen der einzelnen



Jede Variable wird bei *ICE* durch eine Gleichung aus den anderen Variablen, die imputiert werden, imputiert. Dies gibt die Möglichkeit mehrere Variablen festzulegen, die einen Einfluss auf die Imputation ausüben. In die Imputation eingefügt werden sollten einerseits alle Variablen, die in der Analyse verwendet werden, andererseits einige weitere Variablen, die einen Einfluss auf die Variablen mit fehlenden Werten haben (könnten) (vgl. z. B. I. R. White et al., 2011, S. 384-385; Collins et al., 2001, S. 348). Als Variablen, die in die Gleichung einfließen, werden die Variablen des Legitimitätsindizes, den Kontrollvariablen auf der Individualebene (siehe Kapitel 8) zuzüglich weiterer Variablen, die sowohl die Legitimität wie auch die Kontrollvariablen beeinflussen könnten<sup>13</sup>, verwendet. Da davon ausgegangen werden kann, dass die Zusammenhänge der Variablen je nach Ausgestaltung des Regimes anders verlaufen, wurde die Imputation für jedes Land einzeln durchgeführt (vgl. z. B. Schafer & Graham, 2002, S. 167; Graham, 2009, S. 562; von Hippel, 2009, S. 286-287).

Werden Daten in Variablen, die anschliessend in irgendeiner Form transformiert werden, imputiert, wird häufig vorgeschlagen, dass dies bereits bei der Imputation berücksichtigt werden soll (vgl. z. B. die passive Imputation bei: Royston, 2005, S. 3-8; oder die Daumenregel, dass alle Variablen des Analysemodells in dieser Form auch in das Imputationsmodell eingeschlossen werden sollten, bei: Graham, 2009, S. 562; von Hippel, 2009, S. 266; I. R. White et al., 2011, S. 385). Von Hippel (2009, S. 279) zeigt aber, dass bessere Resultate entstehen, wenn zuerst imputiert und dann transformiert wird. Für solche transformierten Variablen wurde in dieser Arbeit ebendieses *Impute, Then Transform*-Verfahren (von Hippel, 2009, S. 272-274) gewählt.

Statistische Analysen setzen gewisse Annahmen voraus, deren Plausibilität nach der Analyse geprüft werden sollte. Dieses *Model Checking* sollte bei Analysen von multipel imputierten Daten jeweils einzeln für die Imputationen geprüft werden (vgl. z. B. I. R. White et al., 2011, S. 390). Sind dafür Residuen oder Prädiktionen nötig, sollten diese auch für jede Imputation einzeln berechnet werden. Nur für Prognosen sollten die Prädiktionen nach den *Rubin's Rules* kombiniert werden (vgl. z. B. I. R. White et al., 2011, S. 390). Da

---

Imputationen lässt auch sofort erkennen, dass mehr Imputationen nur geringfügige Anpassungen bei den Koeffizienten und Standardfehlern zur Folge hätten. Die Resultate der einzelnen Imputationen sind praktisch deckungsgleich.

<sup>13</sup>Diese Variablen sind namentlich: Wichtigkeit der Familie, Wichtigkeit der Religion, Beurteilung des politischen Systems, Zustimmung zu Korruption, Zustimmung zu Steuerhinterziehung und Zustimmung zum Erschleichen von sozialen Dienstleistungen. Nicht alle Länder weisen Daten zu all diesen Variablen auf, zudem entstanden manchmal Situationen, in welchen Kategorien aufgrund von leeren Zellen für die Imputation kombiniert werden und anschliessend wieder getrennt werden mussten. Somit unterschieden sich die verschiedenen Gleichungen manchmal von Land zu Land. Der Einfluss dieser Unterschiede kann aber als gering eingeschätzt werden.

in dieser Untersuchung keine Prognosen vorgenommen werden, werden die Residuen und Prädiktionen für jede Imputation einzeln berechnet.

### 6.1.5. Kulturelle Unterschiede (*Cross-Cultural Research*)

Diese Studie untersucht den Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen in verschiedenen Kulturen. Dies setzt kulturelle Vergleichbarkeit der Variablen voraus (vgl. z.B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 51). Umfrageforschung, die dezidiert für den Vergleich verschiedener Kulturen ausgelegt sind, wie der hier verwendete World Values Survey, ist eine relativ neue Entwicklung, die ihren Anfang mit dem Eurobarometer (Commission of the European Communities, 1974) 1973-74 nahm. Früher waren Umfragen nicht bereits vom Design her auf Vergleiche zwischen Ländern ausgelegt, sondern wurden in einem Land begonnen und später auf andere übertragen (Harkness, Mohler & van de Vijver, 2003, S. 4). So fehlte lange eine methodologisch fundierte Abstützung der Vergleichbarkeit der Items über die Länder hinaus. Erst die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Linguistik, Übersetzungswissenschaft, sozialer Kognitionsforschung, Kommunikationsforschung, um nur einige zu nennen, macht eine Realisierung eines Fragebogens möglich, der über verschiedene Kulturen hinweg vergleichbar ist (Harkness et al., 2003, S. 6). Führend in der Vergleichbarkeit des Fragebogens in verschiedenen Ländern dürfte wohl der European Social Survey sein (European Social Survey, 2012), der dem Problem der Vergleichbarkeit grosse Beachtung schenkt<sup>14</sup>.

Im Folgenden werden zuerst mögliche Fehlerquellen beschrieben, die bei *Cross-Cultural Research* häufig auftreten. Anschliessend werden verschiedene Verfahren, wie solche Fehlerquellen entdeckt und korrigiert werden können, vorgestellt. Aufgrund des beschränkten Rahmens dieser Arbeit werden nur die gängigsten Methoden kurz vorgestellt und dann darauf eingegangen, welche Probleme und Schwierigkeiten die Anwendung dieser Methoden mit sich bringt. Schliesslich wird beschrieben, wie in dieser Studie mit den Problemen, die *Cross-Cultural Research* mit sich bringt, umgegangen wird.

---

<sup>14</sup>Leider ist der European Social Survey nur für eine eingeschränkte Anzahl Länder verfügbar und – wie es der Name bereits sagt – auf europäische Länder beschränkt. Deshalb konnte er für diese Untersuchung nicht verwendet werden.

#### 6.1.5.1. Mögliche Fehlerquellen bei kulturvergleichender Forschung (*Cross-Cultural Research*)

Vergleiche zwischen Gruppen, Ländern oder Regionen gehören schon längst zur Forschungstradition. Sie waren Bestandteil von Forschung lange bevor sich eine Armada von Survey-Methodikern um die Vergleichbarkeit der Erhebungsinstrumente gekümmert hat. Erst in den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Publikationen zum Thema der (kulturellen) Vergleichbarkeit von Messinstrumenten erschienen (vgl. z.B. Bullinger, Anderson, Cella & Aaronson, 1993; van de Vijver & Leung, 1997; Harkness et al., 2003; van de Vijver, van Hemert & Poortinga, 2008; Davidov, 2008; Billiet & Davidov, 2008; Davidov, Meuleman, Billiet & Schmidt, 2008). Neu ist dabei nicht, dass kulturelle Unterschiede untersucht werden, sondern dass zwischen substantiellen und methodologischen Fragen unterschieden wird und geprüft wird, ob kulturelle Unterschiede im Antwortverhalten substantielle Unterschiede künstlich hervorbringen oder aber verdecken<sup>15</sup>. Der neu entflammte Diskurs wird insbesondere durch (Sozial-)Psychologen angeführt. Dies hat wohl damit zu tun, dass in psychologischen Untersuchungen bis kurz vor dem Millenniumswechsel dem Problem wenig Beachtung geschenkt wurde. So gehören denn auch viele von den prominenten Vertretern der *Cross-Cultural Methodology* empfohlene Techniken zu den Standard-Routinen der soziologischen Forschung, wie beispielsweise die Regressionsanalyse mit Einführung von Kontrollvariablen für Kultur oder für sozio-demographische Charakteristika, Cluster-Analysen oder Mehrebenenanalysen (van de Vijver & Leung, 1997, S. 54; van de Vijver, 2003, S. 229-233). Der Schwerpunkt liegt jedoch bei der Konstruktion von vergleichbaren Messinstrumenten. Dies ist für psychologische Forschung von besonderem Belang, denn sie sucht nach allgemein gültigen ‚Gesetzen‘, nach welchen der Mensch funktioniert. Wird beispielsweise ein Messinstrument für das Konstrukt Intelligenz gesucht, ist es von zentraler Bedeutung, dass das Messinstrument in allen Kulturen gleich ‚funktioniert‘. So definieren van de Vi-

---

<sup>15</sup>Selbstverständlich wurden methodologische Fragen, die kulturvergleichende Forschung mit sich bringt, schon einiges früher thematisiert (vgl. z.B. Cattell, 1940; Werner & Campbell, 1970; Zax & Takahashi, 1967; H. C. Triandis & L. M. Triandis, 1962; Shapiro, Rosenblood, Berlyne & Finberg, 1976; H. C. Triandis, 1972; Bachmann & O'Malley, 1984; H. C. Triandis & Berry, 1980; Brislin, Lonner & Thorndike, 1973). Der Einfluss dieser Arbeiten auf die kulturvergleichende angewandte Forschung war aber gering, noch immer wird häufig den Erkenntnissen der *Cross-Cultural Methodology* keine Beachtung geschenkt (vgl. z.B. Fontaine, 2008, S. 71). Zudem waren die frühen Studien zu Kulturvergleichen monodisziplinär. Erst die Verfügbarkeit entsprechender Methoden (etwa Strukturgleichungsmodelle) und deren einfache Anwendbarkeit durch rechenstarke Computer führte zu einer Wiederbelebung des Themas und zu einer Sensibilisierung auch auf Seiten der angewandten Forscher vieler Disziplinen (vgl. z.B. van de Vijver & Leung, 1997, S. xii). Ausserdem führen die höhere Mobilität, die Auflösung ehemals geschlossener Grenzen und die Globalisierung sowie Fortschritte in der Telekommunikation zu einem höheren Interesse an kulturvergleichender oder kulturübergreifender Forschung in einer Vielzahl von Disziplinen (van de Vijver & Leung, 1997, S. xi).

jver und Leung *Measurement Equivalence*, also die Vergleichbarkeit des Messinstruments, folgendermassen:

Persons with an equal standing on the theoretical construct underlying the instrument should have the same expected score on the item, irrespective of group membership. [...] By specifying that item scores should have the same average for persons with the same standing on the underlying construct, we can distinguish between valid differences and bias. (van de Vijver und Leung, 1997, S. 62)

Viele etablierte Messinstrumente wurden in der westlichen Welt konstruiert und meist unhinterfragt in andere Kulturen übertragen (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 12; Leung & J. Zhang, 1995). Dies kann eine Vielzahl von Problemen zur Folge haben. Van de Vijver und Leung (1997, S. 7-18) teilen die möglichen Fehlerquellen in ihrem wegweisenden, die bis dahin entwickelten Techniken zusammenfassenden Buch in drei Gruppen ein: *Construct Bias*, *Method Bias* und *Item Bias*. Die Probleme, die aus einer solchen Übertragung ergeben können, lassen sich folgendermassen beschreiben:

**Construct Bias** Ein Messinstrument sollte in jeder Gruppe oder Kultur dasselbe Konstrukt messen. Beispielsweise wurden Intelligenztests so konstruiert, dass die Fragen meist in einer abstrakten Art formuliert sind und soziale Aspekte gänzlich fehlen. Soziale Aspekte sind aber gerade in nicht-westlichen Gesellschaften ein sehr wichtiger Teil von Intelligenz, insbesondere, wenn es darum geht, sich in komplizierten sozialen Situationen zu bewegen. Die im Westen entwickelten Intelligenz-Test messen also eher eine akademische Intelligenz (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 11-12). Erzielen Personen in einem anderen kulturellen Umfeld tiefere Werte auf dem Intelligenztest, heisst dies nicht zwingend, dass diese weniger intelligent sind, sondern eher, dass sie eine andere Intelligenz haben (oder anders formuliert: eine andere Intelligenz entwickelt oder sich erarbeitet haben).

**Method Bias** Auch wenn das Messinstrument so konzipiert wurde, dass es grundsätzlich in verschiedenen kulturellen Settings eingesetzt werden kann, heisst dies noch nicht, dass die auf diesem Messinstrument erzielten Werte fehlerfrei erfasst wurden. Fehler können auch durch Charakteristiken des Instruments selbst oder durch dessen Erhebung entstehen. In diesem Fall sprechen van de Vijver und Leung (1997, S. 15-16) von *Method Bias*. Dazu gehören Fehlerquellen wie kulturspezifisches Antwortverhalten (in der einschlägigen Literatur als *Response Styles* bezeichnet), sozial erwünschtes

Antwortverhalten oder *Acquiescence*, die sich durch erhöhte Zustimmung respektive durch extremes Antwortverhalten auf der positiven Seite der Skala auszeichnet. Hui und H. C. Triandis (1989, S. 303-305) fanden beispielsweise, dass amerikanische Navy-Soldaten lateinamerikanischer Abstammung auf einer 5-Punkte-Likert-Skala häufiger Extremwerte wählten als weisse amerikanische Navy-Soldaten, während auf einer 10-Punkte-Skala kein Unterschied festgestellt werden konnte<sup>16</sup>. *Method Bias* kann aber auch entstehen, wenn die Prozeduren, worauf die Antworten basieren, nicht in allen Gruppen gleich bekannt sind. Serpell (1979, S. 377-379) liess beispielsweise Kinder aus Sambia und aus England unterschiedliche Muster mittels verschiedener Instrumente nachbilden (Papier und Stift, Knetmasse, Handgesten und Eisendraht). Die Kinder aus England waren signifikant besser, wenn es darum ging, Muster mit Papier und Bleistift nachzubilden, die Kinder aus Sambia waren signifikant besser, wenn für die Nachbildung die Eisendraht verwendet wurde. Das Modellieren mit Eisendraht ist eine beliebte Tätigkeit bei sambischen Jungen. Bei den anderen Instrumenten war kein Unterschied festzustellen. Die Gewohnheit, das in dem Test verwendete Instrument zu verwenden, beeinflusst also den Testerfolg. Die erzielten Differenzen zwischen den Kulturen können also nicht auf Unterschiede in kognitiven Variablen, wie beispielsweise praktische Intelligenz oder Sensotypen<sup>17</sup>, zurückgeführt werden, sondern beruhen auf unterschiedlichen Wahrnehmungsfähigkeiten und Gewohnheiten.

**Item Bias** Messfehler können neben der Nicht-Übertragbarkeit des Konstruktes in eine andere Kultur und neben unterschiedlicher Anwendbarkeit der Methode auch auf der Ebene der Operationalisierung, also auf der Messebene entstehen. Einzelne Variablen, die Teil des Konstruktes sind, können sich nicht für alle Gruppen gleich eignen. Gründe dafür können einerseits darin liegen, dass einzelne Items in der einen Gruppe bekannter sind als in der anderen, andererseits darin, dass einzelne Items schlecht übersetzt oder in einer Sprache komplizierter formuliert ist als in einer an-

<sup>16</sup>Zwar fiel der prozentuale Anteil der Extremantworten der lateinamerikanischen Amerikaner merklich von 52 % auf 26 % auf das Niveau der weissen Amerikaner, was die Autoren dazu verleitet, zu interpretieren, dass die 10-Punkte-Skala für die lateinamerikanische Bevölkerung die bessere Skala sei. Bei genauer Betrachtung der Verteilungen fällt aber auf, dass die Verteilung bei den lateinamerikanischen Amerikanern in etwa gleich bleibt, mit Spitzen in der Mitte und bei den Extremwerten, bei den weissen Amerikanern aber deutlich anders aussieht: Während bei der 5-Punkte-Skala die weissen Amerikaner deutlich am häufigsten den Mittelwert wählten, zeigt sich bei der 10-Punkte-Skala eine ähnliche Skala wie bei den lateinamerikanischen Amerikanern: Spitzen in der Mitte und bei den Extremwerten. Genausogut könnte also interpretiert werden, dass die 5-Punkte-Skala für die weissen Amerikaner nicht geeignet sei, weil sie dann zur Mitte tendieren (40 % vs. 20 %). Dies weist darauf hin, dass es nicht so einfach zu entscheiden ist, wie Befunde solcher methodischen Studien zu kultureller Vergleichbarkeit interpretiert werden sollen.

<sup>17</sup>Mit Sensotyp ist das Muster des relativen Gewichts der verschiedenen Sinne gemeint, mit welchen ein Kind lernt, die Welt wahrzunehmen. Durch dieses Muster wird die Entwicklung der Fähigkeiten eines Kindes geprägt (Wober, 1966, S. 182).

deren, oder darin, dass einzelne Items gar nicht in allen Gruppen anwendbar sind. Ein Beispiel für die unterschiedliche Bekanntheit der Items ist, wenn ein Item eines Schuleinstufungstests bei der einen Gruppe Teil des Curriculums war und bei einer anderen Gruppe nicht. Ein Beispiel für die Nichtanwendbarkeit eines Items ist die Anwendung von Amirkhan's Coping-Fragebogen auf Sahel-Bewohner. Der Fragebogen enthält das Item „Watched more television than usual“, das auf die Sahel-Bewohner nicht angewendet werden kann, da diese weder Zugriff auf Strom noch auf Fernsehen haben (van Haaften & van de Vijver, 1996, S. 416).

Diesen drei möglichen Fehlerquellen gilt es sowohl bei der Erhebung der Daten wie auch bei der Analyse zu berücksichtigen. Dazu bietet die *Cross-Cultural Methodology* einige Techniken an, die im nächsten Abschnitt beschrieben werden.

#### 6.1.5.2. Techniken zur Entdeckung und Neutralisierung möglicher Fehlerquellen

Die Techniken zur Entdeckung und Neutralisierung möglicher Fehlerquellen bei kulturvergleichender Forschung sind nicht immer genau den drei Fehlergruppen *Construct Bias*, *Method Bias* und *Item Bias* zuzuordnen. Dennoch wird hier versucht, zumindest grob die Einteilung beizubehalten.

Folgende Techniken werden in der Literatur für die Entdeckung von *Construct Bias* vorgeschlagen:

**Nomologische Netzwerke** Um zu prüfen, ob die Werte von zwei Gruppen auf einer Skala vergleichbar sind, das Instrument also in beiden Gruppen das gleiche Konstrukt erfolgreich misst, können nomologische Netzwerke benutzt werden. Dabei wird das Konstrukt mit verschiedenen anderen Massen korreliert. Wenn ähnliche Korrelationen gefunden werden (sowohl positive Korrelationen mit ähnlichen Massen, also konvergente Validität, als auch Nullkorrelationen mit Massen, die nicht mit dem Konstrukt in Verbindung stehen, also diskriminante Validität), wird dies als Konstruktvalidität (Crohnbach & Meehl, 1955) gewertet (vgl. z. B. van de Vijver, 2003, S. 209).

**Faktorenanalyse** Auch die Faktorenanalyse ist eine korrelationsbasierte Methode, die zur Entdeckung von *Construct Bias* eingesetzt werden kann. Dabei wird zuerst in einer arbiträr festgelegten Referenzgruppe eine Faktorenanalyse über die interessierenden Variablen durchgeführt werden. Anschliessend wird die Faktorenanalyse in einer oder

mehreren Kontrastgruppen wiederholt. Unterschiedliche Faktorstrukturen weisen auf *Construct Bias* hin (van de Vijver & Leung, 1997, S. 13).

Für die Entdeckung von *Method Bias* werden folgende Techniken empfohlen:

**Design Adaptions** Durch sogenannte *Design Adaptions* können bekannte kulturelle Besonderheiten berücksichtigt werden und somit ungewollte kulturelle Unterschiede ausgeschlossen werden. Dies geschieht durch Einbezug von entsprechenden Kontrollvariablen. Kulturelle Unterschiede in kognitiven Tests können beispielsweise durch Einbezug von Variablen wie die Anzahl Jahre der Bildung, Verfügbarkeit von Lernmaterialien auf individueller Ebene oder durch Bildungsausgaben auf Länderebene reduziert oder erklärt werden (van de Vijver & Leung, 1997, S. 54).

**Triangulation** stellt eine weitere Möglichkeit dar, zu prüfen, ob die gefundenen kulturellen Unterschiede aufgrund von Messfehlern zustande gekommen sind oder ob es sich um wirkliche Unterschiede handelt. Bei der *Triangulation* werden verschiedene Masse für dasselbe Konstrukt verwendet. Wenn die Resultate des einen Masses mit einem oder mehreren alternativen Massen repliziert werden können, kann die Wahrscheinlichkeit, dass ein Messfehler für die Resultate verantwortlich ist, massgeblich reduziert werden (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 55). Diese Technik eignet sich insbesondere in Situationen, in welchen statistische Tests für Messfehler nicht möglich sind; spricht für Masse, die nur aus einem einzelnen Item bestehen oder für formative Indizes.

**Standardisierung** Um das kulturspezifische Antwortverhalten aus der Analyse auszuschliessen, können die Antworten standardisiert werden. Dazu wird von jeder Antwort der individuelle (vgl. z. B. Hofstede, 1980, S. 77) oder der kulturspezifische (vgl. z. B. Schwartz, 1994, S. 100) Durchschnittswert subtrahiert. Manchmal wird das Resultat anschliessend durch die entsprechende Standardabweichung geteilt, was der sogenannten *z*-Transformation entspricht. Dabei kann sowohl auf der Individual- als auch auf der Kulturebene standardisiert werden (vgl. z. B. Leung & M. H. Bond, 1989, S. 137).

Für die Entdeckung von *Item Bias* bestehen am meisten Techniken. Die sogenannte *Item Bias Analysis* nimmt mittlerweile einen wichtigen Platz in der *Cross-Cultural Psychology* ein, entsprechend reich ist auch die Literatur dazu.

**ANOVA** Eine in der *Cross-Cultural Psychology* häufig verwendete Methode ist die Varianzanalyse. Dabei werden Gruppen gebildet, die einen ähnlichen Wert beim interessierenden Konstrukt erzielen. Anschliessend wird für jedes Item des Konstrukts eine ANOVA mit dem Item als abhängige Variable und den kulturellen Gruppen und den

Wert-Gruppen als unabhängige Variablen durchgeführt. Sind die Prädiktoren signifikant, besteht ein *Item Bias* für das entsprechende Item. (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 62-68)

**Mantel-Haenszel** Bei der Mantel-Haenszel-Statistik handelt es sich um das Pendant der ANOVA für dichotome Variablen. Aus dem Gesamtscore des Konstrukts werden wieder Wert-Gruppen gebildet und mittels Häufigkeitstabellen für jedes Item der Effekt der Wert-Gruppen und der kulturellen Gruppe auf das Resultat des Items errechnet. (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 68-72)

**Item Response Theory** Die Bias-Analyse mittels Item Response Theory (IRT) setzt Eindimensionalität des Konstruktes voraus. Deshalb muss vor der Analyse mit einer Faktorenanalyse geprüft werden, ob das Konstrukt eindimensional ist. Bei mehrdimensionalen Konstrukten muss jede Dimension einzeln analysiert werden. Bei der IRT werden im dichotomen Fall neben der Wahrscheinlichkeit, bei einem Item einen positiven Wert zu erzielen, drei zusätzliche Parameter ( $a$ ,  $b$  und  $c$ ) pro Item berechnet:  $a$  bezeichnet die *Item Discrimination*, bzw. die Steilheit der logistischen Kurve, die beschreibt, wie stark das Item bei gegebenem Wert auf dem latenten Konstrukt zwischen 0 und 1 unterscheidet.  $b$  gibt die sogenannte Itemschwierigkeit an, also wie hoch der Wert auf dem latenten Konstrukt sein muss, damit das Item positiv beantwortet wird.  $c$  steht für die *Pseudo-Chance*, die beschreibt, inwieweit Zufall bestimmt, dass ein positiver Wert auf dem Item erzielt wird, auch wenn das latente Konstrukt einen Wert von 0 aufweist (dieser Parameter macht fast nur bei Wissens- oder Fähigkeitstests Sinn und wird deshalb bei Meinungs- und Einstellungskonstrukten weggelassen). Es können nun zwei Modelle gerechnet werden. Ein erstes Modell wird erstellt, in dem die Parameter in den interessierenden Gruppen als gleich geschätzt werden. In einem zweiten Modell werden die Parameter für jede Gruppe einzeln geschätzt. Anschliessend können die Chi-Quadrate mittels Likelihood-Ratio-Test verglichen werden. Besteht ein signifikanter Unterschied zwischen den Modellen, ist von *Item-Bias* auszugehen. (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 72-82)

Neben dieser Typologie von *Bias* ist in der Literatur auch oft von *Measurement Equivalence* zu lesen. *Equivalence* und *Bias* sind zwei Konzepte, die im Grunde dasselbe Phänomen beschreiben (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 7, 19). Das eine ist gewissermassen das Gegenstück des anderen. Wenn ein Instrument von *Bias* betroffen ist, kann auf der entsprechenden Ebene (*Construct*, *Method* oder *Item Bias*) nicht von *Equivalence* gesprochen werden; wenn *Equivalence* etabliert werden kann, kann davon ausgegangen werden, dass zumindest schwerer *Bias* auf der entsprechenden Ebene ausgeschlossen wer-



den kann. Die Begriffe entstammen unterschiedlichen Richtungen der kulturvergleichenden Forschung: *Equivalence* bezieht sich meist auf die Ebene, auf welcher Messinstrumente in verschiedenen Kulturen verglichen werden können, während *Bias* sich auf mangelnde Validität von kulturellen Vergleichen bezieht (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 7, 19).

Mit *Measurement Equivalence* verbunden ist eine weitere Methode, die in den letzten Jahren stark an Beliebtheit gewonnen hat: die konfirmative Faktorenanalyse (im Fachjargon *Multiple Group Confirmative Factor Analysis* MGCFA, entwickelt von Jöreskog, 1971) (vgl. z. B. Davidov, 2008, S. 37). Mithilfe dieser Methode lassen sich Messinstrumente auf das Vorkommen aller drei Fehlerquellen, *Construct*, *Method* und *Item Bias*, prüfen. Mittels Strukturgleichungsmodellen können die sogenannten *Levels of Equivalence* geprüft werden. Dabei werden die zu interessierenden Variablen als latente Konstrukte angenommen, die das Konstrukt reflektiv messen. Dabei wird ein latentes Konstrukt  $\xi_j$  mit verschiedenen (mindestens drei) Variablen  $x_i$  durch

$$x_i = \tau_i + \lambda_{ij}\xi_j + \delta_i \quad (6.3)$$

gemessen. Dabei stellt  $\tau_i$  den Interzept-Term einer Faktorgleichung,  $\lambda_{ij}$  die Faktorladung der Variable auf dem latenten Konstrukt und  $\delta_i$  den Fehlerterm dar.

*Measurement Equivalence*<sup>18</sup> beschreibt, inwieweit „under different conditions of observing and studying phenomena, measurement operations yield measures of the same attribute“ (Horn & McArdle, 1992, S. 117). Drei Typen von *Measurement Equivalence* werden dabei unterschieden<sup>19</sup> (vgl. z. B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 8-9, 19; Steenkamp & Baumgartner, 1998, S. 80):

**Configural Equivalence** Wenn sich in den verschiedenen Gruppen dieselbe Faktorstruktur ergibt, spricht man von *Configural Equivalence*<sup>20</sup>. Dies bedeutet, dass das latente Konstrukt in jeder Kultur durch dieselben salienten (normalerweise  $\lambda_{ij} > 0.5$ ) und nicht-salienten ( $\lambda_{ij}$  nahe Null) Faktorladungen definiert ist. Dies überprüft in etwa das Vorhandensein von *Construct Bias*<sup>21</sup>.

<sup>18</sup>Manchmal wird auch der Begriff *Measurement Invariance* verwendet (vgl. z. B. Steenkamp & Baumgartner, 1998, S. 78).

<sup>19</sup>Es gibt noch einige Typen mehr, die aber selten von praktischer Relevanz sind (beispielsweise *Equivalence of Variances*, die annimmt, dass auch die Varianzen der latenten Konstrukte in jeder Kultur gleich sind).

<sup>20</sup>Manchmal wird auch von *Structural Equivalence* gesprochen.

<sup>21</sup>Für den Vergleich beziehungsweise die Verbindung von den *Equivalence*- und den *Bias*-Typen siehe van de Vijver und Leung, 1997, S. 19

**Metric Equivalence** Mit *Configural Equivalence* ist die Bedingung noch nicht erfüllt, dass die Menschen in den verschiedenen Gruppen das Instrument gleich benutzen. *Metric Equivalence* prüft das Vorhandensein einer gemeinsamen Skala, genauer: gleicher Skalenabstände, in verschiedenen Gruppen. Dies gewährleistet, dass Unterschiede in Werten auf diesem Instrument als solche interpretiert werden können. Empirisch kann *Metric Equivalence* nachgewiesen werden, wenn die Faktorladungen  $\lambda_{ij}$  für die Variablen, die das latente Konstrukt definieren, in allen Gruppen gleich sind. Das Nicht-Auftreten von *Metric Equivalence* wird häufig mit *Method Bias* in Verbindung gebracht.

**Scalar Equivalence** Diese Ebene von Equivalence ist nötig, um Durchschnitte in verschiedenen Gruppen zu vergleichen. Durchschnitte sind nämlich nur dann zu vergleichen, wenn das latente Konstrukt in allen Gruppen neben denselben Skalenabständen auch denselben Nullpunkt aufweist. *Scalar Equivalence* lässt sich empirisch durch das Gleichsetzen der Interzept-Terme  $\tau_i$  der Faktorengleichungen testen. Kann *Scalar Equivalence* nicht etabliert werden, wird auch von *Item Bias* gesprochen.

### 6.1.5.3. Probleme der Verfahren zur Behebung von Fehlerquellen

Die meisten der oben genannten Verfahren nehmen ein reflektives Messmodell an. Dies ist auch sinnvoll, denn die gesamte psychometrische Messtheorie basiert auf dem reflektiven Messmodell. Dies gilt für die vorgestellten Verfahren für die Entdeckung von *Construct* und *Item Bias*. Leider gilt dies auch für die *MGCFA*, die alle drei Ebenen von *Bias* untersucht und ein sehr mächtiges Instrument für *Cross-Cultural Research* ist. Da in dieser Studie ein formativer Index für die Legitimität des Staates gebildet wird, können diese Methoden nicht angewendet werden. Die Verwendung eines reflektiven Messmodells macht aus theoretischer Perspektive keinen Sinn. Die verschiedenen Variablen, die in den Index einfließen, können sich kompensieren (s. Abschnitt 6.1.2). In einem Land kann beispielsweise das Vertrauen in die Polizei tiefer sein als in einem anderen Land mit derselben Ausprägung im Legitimitätsindex, wenn dafür das Vertrauen in die Jurisdiktion höher ist. Dies ist plausibel, denn die Institutionen sind in jedem Land anders gewachsen. Wird ein reflektives Messmodell und *Metric Equivalence* angenommen, ist dies nicht mehr möglich. In der psychometrischen Forschung ist dies oft nicht erwünscht, da Gesetzmässigkeiten gesucht sind. Das Herstellen von Equivalence ist dann wichtig, wenn nach gemeinsamen psychometrischen Eigenheiten in verschiedenen Kulturen gesucht wird (z.B. Intelligenztests), denn häufig sind solche psychometrischen Instrumente nicht theoretisch fundiert hergeleitet, sondern aufgrund empirischer Daten meist im Westen zusammengestellt wor-

den (vgl. z.B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 134, 136, 138; allgemeiner zum Thema fehlender Theorie bei der Erstellung von Messinstrumenten vgl. Borsboom, Mellenbergh & van Heerden, 2004, S. 1064). Ob das Instrument kulturell übertragbar ist, wird nicht reflektiert. Deshalb ist es wichtig, dass eine gemeinsame Skala als Basis der Vergleichbarkeit hergestellt wird, da dies so angenommen wird. Wird aber ein Konstrukt theoretisch hergeleitet und geht es darum, zu überprüfen, ob dieses – und zwar genau so, wie es theoretisch definiert ist – auch in anderen Kulturen existiert, ist dies nicht mehr zwingend notwendig, da die Theorie Grundlage des Vergleichs ist<sup>22</sup>. Unterschiede sind dann als Unterschiede zu interpretieren, auch wenn sie als *Non-Equivalence* zu taxieren wären. Die Theorie kann dann widerlegt werden. Es stellt sich nachher die Frage, wie dieser Unterschied zu erklären ist.

Standardisierung als Instrument zur Kontrolle von *Method Bias* kommt für diese Untersuchung ebenfalls nicht in Frage. Dafür gibt es verschiedene Gründe. *Erstens* stehen hier kulturelle Unterschiede im Zentrum der Fragestellung. Sie werden nicht grundsätzlich als *Messfehler* wahrgenommen, die einer Verwendung eines allgemeingültigen Instruments im Wege stehen. Eine Standardisierung würde einen nicht unbeträchtlichen Teil der Varianz eliminieren, die eigentlich Teil der Fragestellung wäre (vgl. z. B. Smith & Fisher, 2008, S. 289). *Zweitens* zeigen nicht wenige Studien, dass Messfehler, die ihre Ursache in unterschiedlichem Antwortverhalten haben, durch kulturelle Unterschiede zu erklären sind (vgl. z. B. Hui & H. C. Triandis, 1989; C. Chen, Lee & Stevenson, 1995; R. A. Bond & Smith, 1996; Johnson, Kulesa, Cho & Shavitt, 2005; Smith & Fisher, 2008; van Hemert, van de Vijver, Poortinga & Georgas, 2002). Weitere Untersuchungen weisen darauf hin, dass das Antwortverhalten auf „Personal Traits“ zurückzuführen sind. Beispielsweise ist sozial erwünschtes Antwortverhalten häufiger bei einfühlsamen Menschen und bei Menschen, die tiefe Werte für Neurotizismus aufweisen (Ones, Viswesvaran & Reiss, 1996), während *Aquiescence* auf „cognitive simplicity, rigid mental organization, and intolerance of alternatives, but not to socially desirable responding“ zurückzuführen ist (Knowles & K. T. Nathan, 1997, S. 293). Eine methodische Korrektur unterschiedlicher Antwortmuster birgt somit grosse Gefahr,

---

<sup>22</sup>Borsboom et al. (2004) formulieren dies – allerdings nicht im Kontext von *Cross-Cultural Research*, sondern in einer (selbstreflexiven) Kritik an der psychologischen Forschungspraxis im Allgemeinen – folgendermassen: „The problem of validity cannot be solved by psychometric techniques or models alone. On the contrary, it must be addressed by substantive theory. Validity is the one problem in testing that psychology cannot contract out to methodology“ (Borsboom et al., 2004, S. 1062). Ausserdem besteht ein Problem in der Logik des Ansatzes, dass *Measurement Equivalence* immer getestet werden soll. Grundsätzlich lassen sich nämlich immer eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen in einem Sample ausmachen. Diese müssten dann immer ebenfalls auf Äquivalenz geprüft werden (so beispielsweise die Unterschiede zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, zwischen ethnischen Gruppen etc.). Dabei können sich die Gruppen auch kreuzen (beispielsweise Land, Geschlecht und Ethnie). Es lässt sich also nur schwer rechtfertigen, dass Äquivalenz auch wirklich erreicht wird oder überhaupt erreicht werden kann. In Anbetracht der grossen Anzahl der berücksichtigten Länder in dieser Studie (75 Nationen) ist eine Durchführung einer Prüfung auf Äquivalenz mit einem enormen Aufwand verbunden.

substantielle Information zu verlieren. *Drittens* bringt eine Standardisierung einige statistische Probleme mit sich. Durch die Standardisierung sind die einzelnen Beobachtungen nicht mehr unabhängig voneinander. Dies steht der Verwendung vieler Inferenzstatistischer Methoden im Wege, da die Unabhängigkeit der einzelnen Beobachtungen eine wichtige Grundannahme dieser Methoden ist (Fisher, 2004).

Die meisten Methoden der Behebung von Fehlern, die auf vermeintlich kulturelle Ursachen zurückgehen, weisen ausserdem schlechte *Test-Retest* Statistiken auf und können mittels Kreuzvalidierungen nicht repliziert werden (van de Vijver & Leung, 1997, S. 85-86). Die Stabilität ist „modest at best“ (Skaggs & Lissitz, 1992, S. 227). Zudem besteht eine sehr tiefe Übereinstimmung zwischen den subjektiven Einschätzungen von Experten und den Diagnosen statistischer Methoden zur Fehlerentdeckung, welche Items problematisch seien (vgl. z.B. Plake, 1980; Huang, Church & Katigbak, 1997). Besonders bei Vergleichen zweier kulturellen Gruppen ist Vorsicht geboten. Je mehr Gruppen in die Studie einfließen, desto weniger wahrscheinlicher ist es, dass kulturelle Unterschiede wirklich der Kultur und nicht einem Methoden-Bias zuzuordnen ist (vgl. z.B. van de Vijver & Leung, 1997, S. 28; Fontaine, 2008, S. 90). Denn die Zahl der rivalisierenden Erklärungsmöglichkeiten für den Unterschied nimmt mit zunehmender Zahl integrierter Kulturen ab (Campbell, 1986).

Schliesslich gibt es auch ein logisches Problem des Konzeptes *Measurement Equivalence*: Jede Population ist in verschiedene Gruppen unterteilt. So ergeben sich potentiell viele unterschiedliche Gruppen, für welche eigentlich Equivalence ebenfalls getestet werden müsste. Meistens wird jedoch *Measurement Equivalence* lediglich auf Länderebene hergestellt. Es ist wohl bereits aus forschungsökonomischen Gründen kaum möglich, *Measurement Equivalence* für alle potentiellen Gruppen herzustellen (beispielsweise Geschlecht, Stadt/Land, Minoritäten, Alter, Bildungsniveau u. a. m.), also ist kaum jemals wirklich von *Measurement Equivalence* zu sprechen<sup>23</sup>.

Aus diesen Gründen wird in dieser Untersuchung auf solche methodischen Fehlerkorrekturen, welchen keine theoretische Fundierung zugrunde liegt, verzichtet. Die kulturellen Unterschiede werden stattdessen gerade in den Fokus gerückt und es wird, wie von van de Vijver (2003, S. 231-232) vorgeschlagen, mittels Interaktionstermen statistisch kontrolliert,

---

<sup>23</sup>Allerdings muss bei diesem Argument angemerkt werden, dass meist die Unterschiede zwischen den Ländern im Fokus stehen und es dann natürlich am meisten Sinn macht, Equivalenz auf der Länderebene herzustellen. Allerdings werden dann immer noch die Gruppen innerhalb der Länder nicht berücksichtigt. Dies hat zur Konsequenz, dass mit der Annahme gelebt werden muss, dass sich die Länder bezüglich der Gruppenzusammensetzung nicht unterscheiden. Diese Annahme ist wohl nicht zu halten. Insofern führt die Logik des *Measurement Equivalence* zu einem beinahe unendlichen Regress, was die Herstellung von Equivalenz zwischen unterschiedlichen Gruppen anbelangt.

ob sich kulturelle Unterschiede, wie sie die Theorie postuliert, vorhanden sind. Gleichzeitig werden, dem Verfahren der *Design Adaptions* folgend, Kontrollvariablen eingeführt, um bekannte kulturelle Besonderheiten zu berücksichtigen und somit ungewollte kulturelle Unterschiede ausschliessen zu können (s. S. 121). Zudem werden alternative Operationalisierungen der beiden zentralen Variablen verwendet und überprüft, ob sich die Resultate replizieren lassen (vgl. *Triangulation* auf S. 121). Auf individueller Ebene wird zudem mittels *Kreuzvalidierung* geprüft, ob sich die Resultate, die anhand eines Subsamples der Daten gewonnen wurden, auf das ganze Sample anwenden lassen. Solche Verfahren sind korrelationsbasierten Verfahren wie nomologischen Netzwerken insoweit überlegen, als dass sie sich für die Beurteilung der Validität der Resultate besser eignen. Korrelationsbasierte Verfahren fundieren in der Annahme, dass zwei perfekt korrelierende Variablen dasselbe messen. Borsboom et al. (2004, S. 1066) stellen zurecht fest, dass ein Instrument, das Donner misst, in keinem Fall den Blitz messen kann, im Falle korrelationsbasierter Verfahren aber grundsätzlich ein valides Messinstrument für Blitze sein würde. Korrelationen können also im engeren Sinne nichts über die Validität aussagen (so variieren beispielsweise Korrelationen über Stichproben, Validität kann jedoch nicht über Stichproben variieren)<sup>24</sup>. Vielmehr muss Validität mittels Theorie untersucht werden. Die zu testende Hypothese sollte auch unter anderen Voraussetzungen Bestand haben. Wird das Konstrukt mit anderen Variablen gemessen und zeigen die Resultate in eine ähnliche Richtung<sup>25</sup> kann von Validität ausgegangen werden.

### 6.1.6. Kritische Auseinandersetzung mit der Operationalisierung von Legitimität

In den Beschreibungen der Fragen in Abschnitt 6.1.3 und in der Auseinandersetzung mit dem Problem der kulturellen Vergleiche in Abschnitt 6.1.5 wurde bereits auf einige Probleme hingewiesen, welche die Operationalisierung von Legitimität, die in dieser Arbeit verfolgt wird, mit sich bringt. Deshalb soll nun zusammenfassend die Operationalisierung nochmals kritisch beleuchtet werden.

Die Dimensionen *Legalität* und *Rechtfertigung* werden mit dem Vertrauen in die entsprechenden Institutionen gemessen. Dabei gilt es anzumerken, dass im Englischen mit *Confidence* nicht direkt das Vertrauen angesprochen wird, sondern eher die Zuversicht in das gute Funktionieren der Institution. Für die Dimension *Legalität* kann mit den Institutionen

---

<sup>24</sup>Korrelationen können selbstverständlich Indikatoren für Validität sein, konstituieren aber nicht Validität (Borsboom et al., 2004, S. 1068).

<sup>25</sup>Da eine andere Variable oder Kombination von Variablen für das Konstrukt verwendet wird, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit auch ein anderer Aspekt des Konstruktes betont, weshalb sich die Hypothese auch leicht verändern kann.

Polizei, Jurisdiktion und den öffentlichen Diensten eine gute Auswahl getroffen werden und die Operationalisierung für diese Dimension kann als plausibel betrachtet werden: Besteht Vertrauen oder Zuversicht in das Funktionieren dieser Entitäten, kann davon ausgegangen werden, dass die Bürger das Rechtssystem für legitim halten. Schwieriger ist dies bei der Dimension *Rechtfertigung*. Da in der fünften Welle des World Values Survey die Variable exkludiert wurde, die ein gutes Proxy für die Rechtfertigung darstellt (nämlich die Bewertung des politischen Systems des Staates), musste auf andere Variablen zurückgegriffen werden. Das Vertrauen in das Parlament, in die Regierung und in die politischen Parteien oder die Zuversicht, dass diese drei Entitäten gut funktionieren, misst nicht direkt die *Rechtfertigung* des politischen Systems. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass wenn dieses Vertrauen oder diese Zuversicht besteht, auch die moralische Integrität des Systems (nicht zwingend der Amtsinhaber) für gut befunden wird. Würde nämlich das System für schlecht befunden, käme kein Vertrauen in diese Institutionen zustande und es bestünde sicherlich keine Zuversicht, dass diese Institutionen sinnvolle Entscheidungen treffen. Allerdings kann nicht unbedingt vom Umkehrschluss ausgegangen werden: Wenn das politische System als gerechtfertigt angesehen wird, heisst dies nicht zwingend, dass das Vertrauen in die Regierung, das Parlament oder die Parteien hoch sein muss (es ist lediglich wahrscheinlich). Dies bedeutet, dass diese drei Variablen ein eher konservatives Bild der Rechtfertigung abgeben. Die Rechtfertigung wird also mit dieser Operationalisierung tendenziell unterschätzt.

Ein weiteres Problem, das die beiden Dimensionen *Legalität* und *Rechtfertigung* betrifft, ist die formative Operationalisierung der Dimensionen. Eine reflektive Operationalisierung hätte den grossen Vorteil, dass mittels (konfirmativer) Faktorenanalyse der Messfehler geschätzt werden könnte. Die Konstruktion eines formativen Index geht von der wohl nicht haltbaren Annahme einer fehlerfreien Messung der Indikatoren aus. Zudem könnte bei einer reflektiven Operationalisierung auch mittels *Multiple Group Confirmative Factor Analysis* (MGCFA) die Vergleichbarkeit des latenten Konstruktes in den verschiedenen kulturellen Regionen oder sogar Ländern empirisch überprüft werden. Auch wenn dies einige Probleme mit sich bringt (s. Abschnitt 6.1.5.3) können dann doch mindestens die Resultate des Originalkonstrukts mit jenen des Konstruktes, das auf Vergleichbarkeit hin angepasst wurde, verglichen werden.

Um die beiden Dimensionen reflektiv zu messen, müssten für jede Dimension mindestens drei Fragen erhoben werden, die auf das Vorhandensein der Dimension hinweisen. Die Konstruktion solcher Fragen ist ein aufwändiges Unternehmen und würde Jahre in Anspruch nehmen, insbesondere wenn diese Fragen für verschiedene Länder mit unterschiedlichen kulturellen Settings erhoben werden sollen. Hier seien deshalb lediglich zur Illustration erste Vorschläge präsentiert, die keinen Anspruch auf eine erfolgreiche Umsetzung haben. Für die Dimension *Legalität* könnten die Fragen in etwa lauten: „Bewerten Sie das Funktionieren

des Rechtssystemes in Ihrem Land“, „Denken Sie, dass im Grossen und Ganzen jene Menschen durch das Rechtssystem bestraft werden, die es verdient haben?“, „Denken Sie, dass es sich im Grossen und Ganzen lohnt, sich an die Gesetze zu halten?“ Für die Dimension *Rechtfertigung* wären mögliche Frageformulierungen: „Bewerten Sie das politische System Ihres Landes“, „Wenn Sie an verschiedene Länder denken, für wie gut befinden Sie das Funktionieren des politischen Systems Ihres Landes?“, „Denken Sie, dass im Grossen und Ganzen die Regeln für die Auswahl der Politiker gerechtfertigt sind?“

Die Operationalisierung der Dimension *Einverständnis* basiert nur auf einem einzigen Indikator, dem generalisierten Vertrauen. Während dieser Indikator für die Operationalisierung dieser Dimension gut geeignet ist, da es sich um einen „All-Things-Considered“-Indikator handelt, liegt das Problem der Operationalisierung dieser Dimension darin, dass nur ein einziger Indikator diese Dimension misst. Auch hier kann also keine Schätzung des Messfehlers vorgenommen werden. Zudem handelt es sich um einen dichotomen Indikator. Wünschenswert wäre es, wenn einerseits das generalisierte Vertrauen mit mehr als einem Indikator gemessen werden könnte und mehrstufig erhoben würde<sup>26</sup>, andererseits wenn weitere Variablen für die Dimension vorliegen würden. In Frage kämen hierzu – wiederum lediglich zur Illustration der Idee und ohne Anspruch auf Umsetzbarkeit – Fragen wie beispielsweise: „Wie sehr stimmen Sie dieser Aussage zu: Die Politiker schauen nur für ihren eigenen Vorteil?“, „Alles in allem, wie zufrieden sind Sie damit, was die Politik Ihres Landes anbelangt?“

Werden die bisher verwendeten Operationalisierungen für Legitimität in Erinnerung gerufen (s. Abschnitt 6.1.1), stellt die in dieser Arbeit vorgestellte Operationalisierung trotz dieser Probleme die zurzeit für ein solch diverses und grosses Ländersample geeignetste Operationalisierung von Legitimität dar. Die meisten Operationalisierungen basieren auf lediglich einer Variable und keine der multidimensionalen Operationalisierungen erfasst die Dimension *Einverständnis*. Wird nochmals die in der Einleitung aufgezeigte Komplexität des Unterfangens und das Ziel dieser Arbeit in Erinnerung gerufen, erweist sich diese Operationalisierung als zweckdienlich: Erstens wird damit Legitimität dem Stand der Theorie entsprechend operationalisiert, zweitens gelingt dies mit den hier verwendeten Variablen für eine sehr grosse Anzahl an Ländern, drittens geht es primär darum, im Sinne einer Pilotstudie auf mögliche Unterschiede des Zusammenhanges in verschiedenen kulturellen Gruppen hinzuweisen. Erst in einem nächsten Schritt kann es darum gehen, die in dieser Arbeit postulierten Zusammenhänge mittels einer für solche Zwecke optimierten Datenlage

---

<sup>26</sup>Der World Values Survey bietet grundsätzlich einen weiteren Indikator für das generalisierte Vertrauen an („Do You Think Most People Try to Take Advantage of You“), der zehnstufig erhoben wird. Allerdings liegt dieser Indikator für viele Länder nicht vor, weshalb er nicht verwendet werden konnte.

auf Plausibilität zu überprüfen. Dieser Weg – eine normativ neutrale Operationalisierung von Legitimität, die auf reflektiven Messungen basierend nachweislich in allen Ländern vergleichbar ist – ist ein weiter und steiniger.

Die Unmöglichkeit der Sicherstellung, dass die hier verwendeten Variablen in allen Ländern ein vergleichbares Konzept<sup>27</sup> messen, führt im schlimmsten Falle zu einer vorsichtigeren Interpretation: Anstatt die Rangfolge der Länder auf dem Legitimitätsindex als *unterschiedliche Legitimität des Staates in der Bevölkerung* zu interpretieren, kann postuliert werden, dass die Rangfolge angibt, inwieweit die Bevölkerung der unterschiedlichen Staaten *ihr Vertrauen gegenüber den staatlichen Institutionen und den generalisierten Anderen bewertet*. Auf den ersten Blick mag dieser Unterschied nicht gross zu sein. Die zweite Variante schliesst jedoch die Möglichkeit ein, dass die Bevölkerung zwar den Staat nicht wirklich als legitim sieht, ihn jedoch – aus welchen Gründen auch immer – als vertrauenswürdig bewertet.

Zur Validierung der Resultate dieser Untersuchung werden die Modelle mit einem alternativen Indikator für Legitimität repliziert. Eine solche Validierung ist einer methodischen ‚Validierung‘ durch Korrelationen überlegen, da nicht nur auf der Ebene der Indikatoren Evidenz für eine valide Operationalisierung gewonnen wird, sondern auf der Ebene der interessierenden Zusammenhänge geprüft werden kann, ob die Schlussfolgerungen Bestand haben. Auf diese Weise wird versucht, die Nachteile dieser Operationalisierung von Legitimität zu kompensieren.

### 6.1.7. Länderauswahl

Der World Values Survey wurde als Datenquelle ausgewählt, um eine möglichst breite Auswahl an Ländern von allen bewohnten Kontinenten der Welt zu erhalten. Allerdings weisen auch nicht alle Länder, die in den World Values Survey integriert sind, Daten für die hier verwendeten Variablen auf. Als Minimalkriterium wird das Vorhandensein von Antworten zu den für den Legitimitätsindex benötigten Variablen sowie das Vorhandensein von Daten zu den Sozialausgaben definiert, wobei auf Länderebene maximal eine Variable nicht erho-

---

<sup>27</sup>Es sei daran erinnert, dass in der theoretischen Herleitung der Operationalisierung von Legitimität explizit als Desideratum formuliert wurde (siehe Seite 14), dass Legitimität in verschiedenen historisch-räumlichen Kontexten etwas anderes bedeuten können müsse. Eine Operationalisierung durch ein empirisch vergleichbares latentes Konstrukt mittels eines korrelationsbasierten Verfahrens würde dieses Desideratum nicht erfüllen, da dann davon ausgegangen wird, dass in jedem Land das Konstrukt genau mit dem gleichen Inhalt gefüllt ist.



ben worden sein darf. Dies führt zu einem Sample von 76 Ländern<sup>28</sup>. Davon mussten zwei, namentlich Vietnam und Bangladesch, im Rahmen der Modellbildung ausgeschlossen werden. Vietnam ist ein Land das bei den Fragen zum *Political Support* und zum *generalisierten Vertrauen* besonders auffällt, da es ein extrem hoher Anteil an Menschen aufweist, die dem System oder den generalisierten Anderen vertrauen (vgl. auch Dalton, 2004, S. 201). Auch Bangladesch fällt durch ein sehr hohes Vertrauen in das System und die generalisierten Anderen auf, wobei die Zahlen eher im Rahmen des Möglichen liegen. Bangladesch würde auf dem vierten Platz nach Vietnam, China und Norwegen zu liegen kommen. Sowohl Vietnam als auch Bangladesh weisen neben sehr hohen Werten auf dem Legitimitätsindex sehr tiefe Werte in praktisch allen Kontrollvariablen der Länderebene auf. Dies führt dazu, dass die beiden Länder extreme Ausreisser mit hoher *Leverage*, also Extremwerten zusätzlich auf einzelnen Kontrollvariablen, sind und die Resultate des Modells verändern (können). Deshalb werden diese beiden Länder aus der Studie ausgeschlossen. In Bezug auf die interessierende Frage dieser Untersuchung, nämlich ob sich der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität des Staates in unterschiedlichen kulturellen Gruppen unterscheidet, fallen die Schlussfolgerungen dadurch eher konservativ aus, da die Inklusion dieser beiden nicht-christlichen und nicht-westlichen Länder den Effekt noch zusätzlich verstärken würden, wie eine Vorstudie zeigte.

Dies führt zu einem Ländersample mit 74 Ländern aus fünf Kontinenten, namentlich: Ägypten, Albanien, Algerien, Argentinien, Aserbaidshan, Äthiopien, Australien, Brasilien, Bulgarien, Burkina Faso, Chile, China, Deutschland, Dominikanische Republik, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Ghana, Grossbritannien, Guatemala, Indien, Indonesien, Iran, Italien, Japan, Jordanien, Kanada, Kirgisistan, Kolumbien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malaysia, Marokko, Mazedonien, Mexiko, Moldawien, Neuseeland, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Pakistan, Peru, Philippinen, Polen, Ruanda, Rumänien, Russland, Sambia, Schweden, Schweiz, Serbien, Simbabwe, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Südkorea, Taiwan, Tansania, Thailand, Trinidad und Tobago, Tschechische Republik, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Uruguay, USA, Venezuela, Weissrussland, Zypern.

---

<sup>28</sup>Auch Hong Kong würde diese Bedingung erfüllen. Allerdings gibt es zu den meisten Kontrollvariablen keine Daten für Hong Kong. Da für Hong Kong eine Legitimitätsvariable komplett imputiert werden muss und zudem viele Kontrollvariablen fehlen, ergeben sich sehr hohe *FMI*-Werte. Ausserdem ist Hong Kong kein souveräner Staat und es ist auch nicht ganz klar, welche Auswirkungen die Reintegration in die Volksrepublik China auf die Legitimität in Hong Kong hat(te). Deshalb wurde Hong Kong nicht ins Sample aufgenommen.

Aufgrund der Übersichtlichkeit werden in den Abbildungen und Tabellen die Ländernamen nach der ISO-3166-Norm abgekürzt. Eine Liste der Länder mit der ISO-Abkürzung findet sich in Anhang A.1. Ebenfalls im Anhang werden diejenigen Länder aufgelistet, die keine fehlenden Werte auf Länderebene aufweisen (s. Anhang A.1.1). Zur Kontrolle, ob das Fehlen einer Variable auf der Länderebene für den Legitimitätsindex einen Effekt auf die Resultate hat, werden die Hauptmodelle auch mit diesem reduzierten Sample ( $N = 59$ ) repliziert.

Nicht in allen Staaten ist eine Realisierung einer Zufallsstichprobe gleich gut möglich. Der World Values Survey bietet deshalb eine GewichtungsvARIABLE an, die in etwa dem Invers der Auswahlwahrscheinlichkeit der befragten Personen entspricht. Die Gewichtung erfolgt dabei anhand einiger sozialdemographischer Variablen, damit die Stichprobe bezüglich dieser Variablen in etwa der Bevölkerung des Landes entspricht. In allen statistischen Analysen wurde eine Gewichtung mit dieser Variable vorgenommen.

### 6.2. Die Legitimität der Staaten in der Bevölkerung

Nachdem die Operationalisierung beschrieben wurde, stellt sich nun die Frage, wie legitim die einzelnen Staaten, für welche Daten für den Legitimitätsindex vorhanden sind, in ihrer Bevölkerung sind. Dazu wird im Folgenden der Legitimitätsindex beschrieben und auf seine Validität hin geprüft.

Wie im letzten Abschnitt beschrieben, sind für 74 Länder Daten für den Legitimitätsindex vorhanden. Der Legitimitätsindex wurde so normiert, dass der theoretisch mögliche Minimalwert bei 0 und der theoretisch mögliche Maximalwert bei 100 liegt. Der Durchschnitt des Legitimitätsindex liegt bei  $m = 39$  bei einer Streuung zwischen  $min = 25$  (Mazedonien, Peru und Argentinien) und  $max = 66$  (China) sowie einer Standardabweichung von  $\sigma = 8.87$ .

Als erstes gilt die Aufmerksamkeit der Rangfolge<sup>29</sup> der Länder im Legitimitätsindex, die in Tabelle 6.1 zu finden ist. Hier fällt als erstes auf, dass die Rangliste nicht von westlichen Ländern angeführt wird, sondern bunt durchmischt ist. Zwar sind die nordischen Länder an der Spitze des Rankings (Norwegen 2., Finland 3., Schweden 4.), aber China (1.), Jordanien (5.) und Ägypten (6.) schneiden ebenso gut oder besser ab. Ebenfalls ganz oben in der Rangliste befinden sich die Schweiz (7.), Tansania (8.), Malaysia (9.) und Kanada (10.). Dies überrascht, da viele der gut abschneidenden Länder nicht gerade durch die Einhaltung der Menschenrechte und der Demokratie hervorstechen<sup>30</sup>. In dieser Arbeit wird, wie schon mehrmals erwähnt, kein normatives Verständnis von Legitimität verfolgt. Dies führt dazu, dass unter Umständen auch menschenverachtende Systeme als legitim gelten können, solange sie von der Bevölkerung als legitim angesehen werden. Als zweites wird deutlich, dass die hinteren Plätze des Rankings fast ausschliesslich durch lateinamerikanische Nationen und Transformationsländer besetzt werden. Die einzige Ausnahme bildet hier Taiwan (56.). Das Muster ändert sich nicht, wenn nur jene Länder berücksichtigt werden, welche für alle Variablen des Indizes Daten vorweisen können (s. Tabelle 6.2). Zwar fallen dann einige der überraschenden Länder weg (so z.B. Ägypten und Tansania), aber unter den Top Ten sind immer noch vier von zehn Ländern nicht-westlich und zwei davon nach Vanhanen (1997) keine Demokratien. Unter den Top Twenty sind zehn Länder nicht-westlich und drei keine Demokratien. Weitere drei Länder sind erst seit 15 oder weniger Jahren demokratische Staaten.

Grundsätzlich zeigt sich, dass es gelungen ist, einen westlichen normativen *Bias* zu verhindern. Gleichzeitig macht die Rangfolge durchaus Sinn, so überrascht es beispielsweise nicht,

<sup>29</sup>Wie bereits in Abschnitt 2.1.1 erwähnt, wird hier nicht von einem Konzept von Legitimität ausgegangen, das impliziert, dass in allen Ländern Legitimität dasselbe bedeutet. Es wird im Gegenteil davon ausgegangen, dass Legitimität in verschiedenen historisch-räumlichen Kontexten mit unterschiedlichem Inhalt gefüllt sein kann. Protagonisten des *Measurement Equivalence*-Paradigmas würden anmerken, dass dieser Legitimitätsindex nicht vergleichbar und deshalb eine Rangfolge nicht sinnvoll zu interpretieren sei. Dies ist bei Konzepten mit Anspruch auf Vergleichbarkeit (beispielsweise eine Rangfolge der empirisch hergeleiteten Konzepte „Depression“ oder „Intelligenz“) auch durchaus korrekt und der Nachweis von Vergleichbarkeit dann ein *sine qua non*. Hier geht es aber um den Vergleich eines theoretisch hergeleiteten Konzeptes, weshalb eine Rangfolge auch ein interessantes Resultat ist, wenn in einem Land unter Legitimität etwas leicht anderes verstanden wird als im anderen Land (so wird zum Beispiel in einem westlichen Land sicherlich mehr von einer Regierung erwartet als in einem Entwicklungsland). Wie bereits auf Seite 130 ausgeführt, bedeutet das Nicht-Sicherstellen von *Measurement Equivalence* im schlimmsten Falle, dass eine leicht andere Interpretation des Legitimitätsscores und damit des Rankings vorgenommen werden muss: Das Ranking gibt mindestens an, inwieweit die Bevölkerung der unterschiedlichen Staaten *ihr Vertrauen gegenüber den staatlichen Institutionen und den generalisierten Anderen bewertet*.

<sup>30</sup>Aus heutiger Perspektive überraschend ist das gute Abschneiden von Ägypten. Die Daten für Ägypten stammen aus dem Jahr 2000. Trotzdem ist überraschend, dass nur 10 Jahre nach diesem hervorragenden Resultat eine von der Bevölkerung initiierte Revolution den autokratisch regierenden Präsidenten stürzt. Allerdings überraschte das schnelle Überschwappen der Protestbewegung aus Tunesien nicht nur die internationale Gemeinschaft, sondern auch namhafte Experten.

dass die nordischen Länder die Rangfolge anführen, während die Transformationsländer und die lateinamerikanischen Staaten eher schlecht abschneiden.

Die Tabellen zeigen die Durchschnittswerte, welche die Länder auf dem Legitimitätsindex erreichen. Um ein solches Ranking zu interpretieren, ist es allerdings auch wichtig zu berücksichtigen, ob sich die einzelnen Durchschnittswerte auch signifikant voneinander unterscheiden. So ist das Ranking nur valide, wenn sich die Durchschnittswerte auch signifikant voneinander unterscheiden. Bezüglich Rankings wird häufig aus der Nichtüberlappung der 95 %-Vertrauensintervalle geschlossen, dass sich zwei Mittelwerte signifikant ( $\alpha = 0.05$ ) voneinander unterscheiden. Laut Goldstein und Healy (1995, S. 175) ist dem aber nicht so. Sie präsentieren eine Prozedur zur Adjustierung des 95 %-Konfidenzintervalles, sodass bei Nichtüberlappung des adjustierten Konfidenzintervalles bei allen Vergleichen das erforderliche 5 %-Signifikanzniveau erreicht wird. Bei gleichen Standardfehlern in allen Gruppen liegt die „Goldstein-Adjustierung“ (Mutz & Daniel, 2007, S. 13) bei  $\pm 1.39\sigma_j$ , wobei  $\sigma_j$  für die Standardabweichung in Gruppe  $j$  steht (Goldstein & Healy, 1995, S. 175). Da aber bezüglich des Legitimitätsindex aufgrund der heterogenen Länderauswahl und der unterschiedlichen Stichprobengrößen in den einzelnen Ländern nicht zwingend von gleichen Standardabweichungen ausgegangen werden kann, wurde nach den Angaben von (Goldstein & Healy, 1995, S. 176) ein Wert  $z_{beta}$  berechnet, um bei Nichtüberlappen der Konfidenzintervalle auf einen signifikanten Mittelwertsunterschied auf dem 5 %-Signifikanzniveau schliessen zu können. Das Goldstein-adjustierte 95 %-Konfidenzintervall berechnet sich dann als  $\pm z_{beta}\sigma_j$ . Es resultierte für die hier verwendete Länderauswahl ein  $z_{beta}$  von 1.40, was darauf schliessen lässt, dass die Standardabweichungen in den unterschiedlichen Ländern sehr ähnlich sind. Abbildung 6.3 zeigt das Ranking der Legitimität mit Goldstein-adjustierten 95 %-Konfidenzintervallen. Es fällt auf, dass die Konfidenzintervalle sehr klein sind und sich die meisten Mittelwerte signifikant voneinander unterscheiden<sup>31</sup>.

---

<sup>31</sup>Vertreter der *Cross-Cultural Methodology* würden einen direkten Vergleich der Mittelwerte in diesem Fall grundsätzlich ablehnen, da nicht bekannt ist, ob das Antwortverhalten in den unterschiedlichen Ländern equivalent ist. Es wäre beispielsweise denkbar, dass im einen Land Fragen zum Vertrauen in Institutionen grundsätzlich höher bewertet werden als in einem anderen Land, obwohl das Legitimitätsempfinden (der „True Score“) gleich hoch wäre. In dieser Studie wird diesem Argument entgegengehalten, dass Legitimität nur im historisch-räumlichen Kontext zu verstehen ist und somit Legitimität theoretisch konzipiert werden muss. Systematische Unterschiede im Antwortverhalten werden hier nicht als Fehler wahrgenommen, sondern als Unterschiede, die es zu berücksichtigen gilt. Dennoch sollte ein solches Ranking im Bewusstsein interpretiert werden, dass es unterschiedliche Gründe für eine hohe Legitimität gibt (so wird beispielsweise in westlichen Demokratien mehr vom Staat erwartet als in einem autoritär regierten Entwicklungsland). Dennoch zeigt das Ranking auf, dass eine grosse Varianz im Antwortverhalten zu den Fragen des Legitimitätsindex besteht. Eine vorsichtige Interpretation dieses Rankings wäre also, dass es signifikante Unterschiede im Antwortverhalten bezüglich dieser Fragen gibt.

Tabelle 6.1.: Länderscores auf dem Legitimitätsindex

Land	ISO	Legitimität	Land	ISO	Legitimität	Land	ISO	Legitimität
China	CHN	66	Japan	JPN	42	Venezuela	VEN	34
Norwegen	NOR	61	Grossbritannien	GBR	42	Bulgarien	BGR	34
Finnland	FIN	57	Albanien	ALB	41	Litauen	LTU	33
Schweden	SWE	57	Kroatien	HRV	41	Lettland	LVA	33
Jordanien	JOR	56	Marokko	MAR	41	Taiwan	TWN	33
Ägypten	EGY	55	Zypern	CYP	41	Kolumbien	COL	32
Schweiz	CHE	54	Südkorea	KOR	41	Brasilien	BRA	32
Tansania	TZA	52	Uruguay	URY	41	Ukraine	UKR	32
Malaysia	MYS	48	Deutschland	DEU	40	Kirgisistan	KGZ	32
Kanada	CAN	48	Spanien	ESP	40	Chile	CHL	32
Neuseeland	NZL	47	Simbabwe	ZWE	40	El Salvador	SLV	31
Südafrika	ZAF	47	Estland	EST	40	Georgien	GEO	31
Ruanda	RWA	47	Italien	ITA	39	Slowenien	SVN	30
Uganda	UGA	47	Ungarn	HUN	39	Rumänien	ROU	30
Indonesien	IDN	47	Iran	IRN	39	Mexiko	MEX	30
Australien	AUS	46	Weissrussland	BLR	37	Polen	POL	30
Thailand	THA	46	Sambia	ZMB	37	Moldawien	MDA	29
Aserbaidschan	AZE	45	Slowakei	SVK	37	Serbien	SRB	28
Ghana	GHA	44	Algerien	DZA	36	Trinidad und Tobago	TTO	27
USA	USA	44	Burkina Faso	BFA	36	Dominikanische Republik	DOM	27
Philippinen	PHL	44	Russische Föderation	RUS	35	Guatemala	GTM	26
Indien	IND	43	Frankreich	FRA	35	Argentinien	ARG	25
Türkei	TUR	42	Tschechische Republik	CZE	34	Peru	PER	25
Pakistan	PAK	42	Nigeria	NGA	34	Mazedonien	MKD	25
Niederlande	NLD	42	Äthiopien	ETH	34			

Tabelle 6.2.: Länderscores auf dem Legitimitätsindex des reduzierten Samples, welches nur Länder mit Daten zu allen Variablen des Legitimitätsindexes beinhaltet

Land			Land			Land		
Land	ISO	Legitimität	Land	ISO	Legitimität	Land	ISO	Legitimität
China	CHN	66	Grossbritannien	GBR	42	Äthiopien	ETH	34
Norwegen	NOR	61	Kroatien	HRV	41	Bulgarien	BGR	34
Finnland	FIN	57	Marokko	MAR	41	Litauen	LTU	33
Schweden	SWE	57	Zypern	CYP	41	Lettland	LVA	33
Jordanien	JOR	56	Südkorea	KOR	41	Taiwan	TWN	33
Schweiz	CHE	54	Uruguay	URY	41	Kolumbien	COL	32
Malaysia	MYS	48	Deutschland	DEU	40	Brasilien	BRA	32
Kanada	CAN	48	Spanien	ESP	40	Ukraine	UKR	32
Neuseeland	NZL	47	Estland	EST	40	Chile	CHL	32
Südafrika	ZAF	47	Italien	ITA	39	Georgien	GEO	31
Indonesien	IDN	47	Ungarn	HUN	39	Slowenien	SVN	30
Australien	AUS	46	Iran	IRN	39	Rumänien	ROU	30
Thailand	THA	46	Weissrussland	BLR	37	Mexiko	MEX	30
Aserbaidshan	AZE	45	Sambia	ZMB	37	Polen	POL	30
Ghana	GHA	44	Slowakei	SVK	37	Moldawien	MDA	29
USA	USA	44	Burkina Faso	BFA	36	Serbien	SRB	28
Indien	IND	43	Russische Föderation	RUS	35	Trinidad und Tobago	TTO	27
Türkei	TUR	42	Frankreich	FRA	35	Dominikanische Republik	DOM	27
Niederlande	NLD	42	Tschechische Republik	CZE	34	Argentinien	ARG	25
Japan	JPN	42	Nigeria	NGA	34			

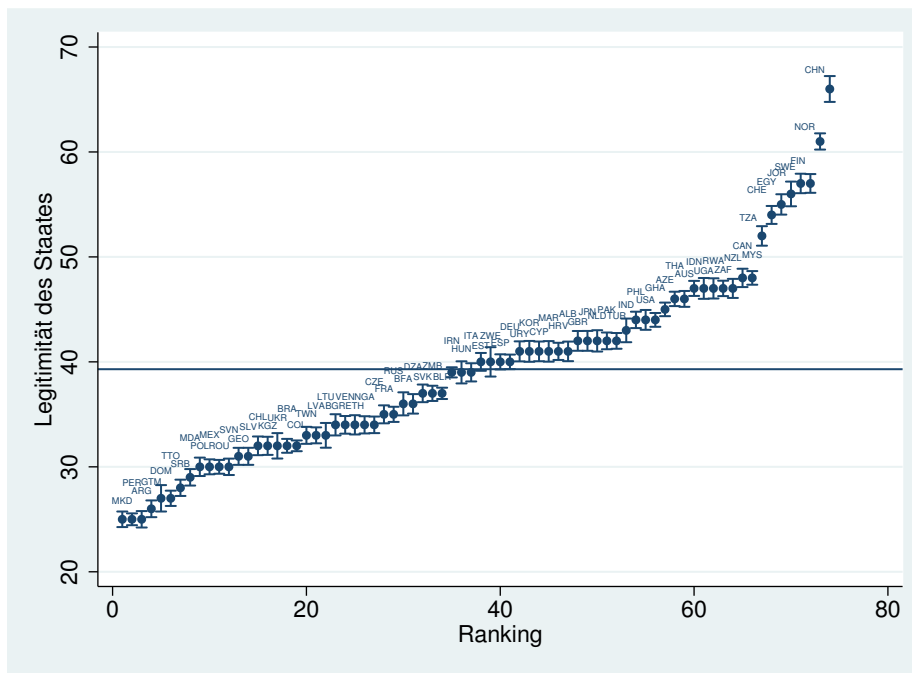


Abbildung 6.3.: Ranking des Legitimitätsindex mit adjustierten Konfidenzintervallen nach Goldstein und Healy (1995, S. 176). Die horizontale Linie stellt den Mittelwert dar.

Als weiteren Hinweis für die Validität des Indexes wird die Korrelation mit dem ungewichteten Legitimitätsindex von Gilley (2006a) herangezogen. Für 63 Länder sind Daten zu beiden Indizes vorhanden. Der Korrelationskoeffizient beträgt  $r = 0.62$  und ist signifikant ( $p = 0.000$ ). Dies ist ein ansehnlicher Wert, insbesondere, da die Daten die den beiden Indizes zugrundeliegen bei einigen Ländern nicht zum gleichen Zeitpunkt erhoben wurden<sup>32</sup>. Die beiden Indizes messen also grundsätzlich dasselbe Konstrukt. Dennoch wird aus dem Korrelationskoeffizienten deutlich, dass die beiden Indizes nicht redundant sind. Die graphische Gegenüberstellung ist der Abbildung 6.4 zu entnehmen. V. a. Argentinien, Chile, Brasilien, Taiwan und Nigeria, die bei dem in dieser Arbeit verwendeten Index deutlich tiefer laden als bei Gilley's Index, und China, Ägypten, Jordanien, Pakistan und die Schweiz, die deutlich höher laden als bei Gilley, fallen besonders auf. Es fällt auf, dass

bei Gilley's Index die westlichen Länder deutlich die Rangliste anführen. Allerdings liegen jene Länder, die im Legitimitätsindex dieser Arbeit im Ranking oben aufschwingen (z. B. China, Tansania, Ägypten), auch bei Gilley noch überraschend hoch (in Augenhöhe mit der Schweiz, mit Frankreich und Japan), obwohl sein Index Demokratie als normative Grundlage spezifiziert.

<sup>32</sup>Bei Gilley lassen sich die genauen Erhebungszeitpunkte nicht erheben, er benutzt allerdings für einige Daten die vierte Welle des *World Values Survey*.

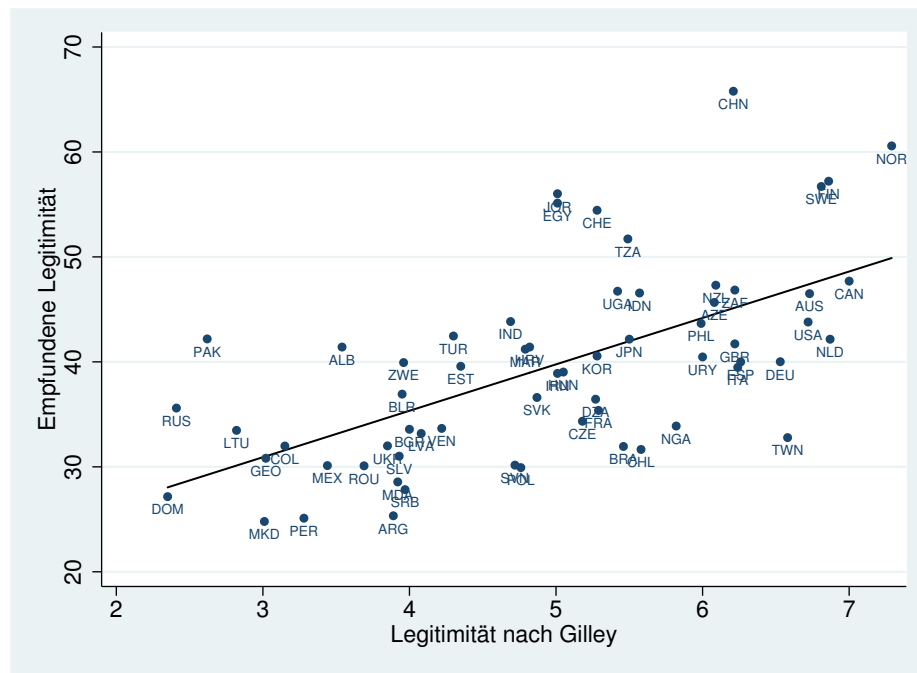


Abbildung 6.4.: Vergleich des Indexes für empfundene Legitimität und des Legitimitätsindex nach Gilley (2006a)

Alles in allem lässt sich festhalten, dass der in dieser Arbeit entwickelte Legitimitätsindex als valide beurteilt werden kann. Zudem erweitert er den vorhandenen Legitimitätsindex von (Gilley, 2006a) um eine weniger westliche Perspektive auf die Legitimität des Staates.



## 7. Resultate auf Länderebene: Die Makroperspektive

Die Frage, welche Wirkung Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität ausüben, und ob sich diese Wirkung in verschiedenen kulturellen Settings gleich präsentiert, stellt sich zuerst auf der Makroebene. Allerdings können die verschiedenen Theorien, welche im Kapitel 4 beschrieben sind, nicht allein auf der Makroebene getestet werden, da die unterschiedlichen Theorien verschiedene Annahmen darüber machen, wie sich Legitimität auf individueller Ebene bildet. Deshalb werden im nächsten Kapitel Mehrebenenanalysen die Mikro- und die Makroperspektive zusammenzuführen.

Zunächst werden die Forschungshypothesen für die Makroebene formuliert. Anschliessend werden die Kontrollvariablen, die in dieser Studie verwendet werden, vorgestellt. Es handelt sich dabei um weitere Variablen, welche die Legitimität neben den Sozialausgaben beeinflussen könnten. Dann werden die Methode und das Design der Makroanalyse eingehend präsentiert, bevor bivariate Analysen einen ersten Blick auf die interessierenden Zusammenhänge gewähren. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit der Beschreibung der Resultate der multivariaten Analysen auf der Makroebene und einem ersten Fazit zu den Ergebnissen.

### 7.1. Forschungsfrage und Hypothesen

Ziel dieser Arbeit ist ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates. Im Kapitel 4 wurden verschiedene Ansätze und Theorien vorgestellt, die unterschiedliche Annahmen bezüglich des Zusammenhangs beschreiben. Diese unterschiedlichen Annahmen wurden im Kapitel 5 in ein theoretisches Rahmenkonzept integriert, welches sich an dem Grid-Group-Paradigma orientiert. In diesem Kapitel werden nun dem Grid-Group-Paradigma folgend Hypothesen formuliert, um das theoretische Rahmenkonzept zu testen.

Grundvoraussetzung des theoretischen Rahmenkonzeptes ist, dass in den unterschiedlichen Weltregionen verschiedene normative Grundlagen vorherrschen, welche die Legitimität des

Staates determinieren. Dies führt zu den grundlegenden Hypothesen, die wie folgt lauten:

Hypothese A: Im Gesamtmodell lässt sich kein Zusammenhang von Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates ausmachen, da dieser in einigen Weltregionen vorhanden ist und in anderen nicht.

Hypothese B: Werden die Weltregionen oder die Religion als Differenzierungsmerkmal eingeführt, lassen sich Unterschiede in den Untermodellen feststellen.

In den *westlichen Ländern* haben die Wohlfahrtsstaaten langjährigen Bestand. Hier wuchs der Wohlfahrtsstaat gleichsam mit der Industrialisierung über die Jahrhunderte mit (s. Abschnitt 5.3.2.1). Dies führt zur Hypothese, dass in den westlichen Ländern der Wohlfahrtsstaat integraler Bestandteil des Staates (und der Wirtschaft) ist, und dass der Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen entsprechend der sozialdemokratischen Position verlaufen sollte. Diese geht davon aus, dass einerseits die Befriedung sozialer Spannungen zu einer erhöhten Legitimität führt, andererseits durch das Unterstützen der ‚Verlierer‘ durch die ‚Gewinner‘ das System auch von den ‚Verlierern‘ akzeptiert wird (s. Abschnitt 4.1).

Dies führt zur folgenden Hypothese:

Hypothese B1a: In den westlichen Ländern besteht ein *positiver* Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates.

In den *nicht-westlichen Ländern* hingegen ist kein Zusammenhang zwischen den Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität auszumachen. Dies ist auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen: Die arabischen Länder sind durch Fatalismus geprägt und nehmen somit idealtypisch Herrschaft, so wie sie ist, hin; ähnlich verhält es sich bei den subsaharischen afrikanischen Ländern, da die afrikanischen Staaten grundsätzlich schwach sind und soziale Hilfe mehrheitlich privat organisiert wird; die asiatischen Länder sind durch kollektivistische Idealvorstellungen geprägt, womit die Wohlfahrt der Individuen derjenigen der Gesellschaft untergeordnet wird; die Transformationsländer sind durch eine Vertrauenskrise und

einen einschneidenden Systemwechsel geprägt. Die Legitimität leidet in diesen Ländern unabhängig von der Höhe der Sozialleistungen darunter (s. Abschnitt 5.3.2). Eine Ausnahme sind die lateinamerikanischen Länder: Sie schauen ebenfalls auf eine relativ lange Erfahrung mit Wohlfahrtsleistungen zurück. Allerdings erreichen diese Leistungen bei Weitem nicht die gesamte Bevölkerung. Zudem fand in den letzten Dekaden ein starker Abbau des Wohlfahrtsstaates statt (s. Abschnitt 5.3.2.3). Insofern dürfte auch der angenommene schwach positive Zusammenhang dieser Staaten den negativen bzw. den Nicht-Zusammenhang in den anderen Ländern nicht wettmachen.

Diese Überlegungen führen zur folgenden Hypothese:

Hypothese B1b: In den nicht-westlichen Ländern besteht *kein positiver* Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates.

Die Argumentation der unterschiedlichen kulturellen Prägungen der Determinanten der Legitimität folgt weitgehend religiösen Traditionen. In der christlichen Tradition ist ein individuelles Verständnis der Person zentral. Deshalb bildet die individuelle Armutsbekämpfung einen zentralen Punkt im christlichen Legitimationsverständnis (s. Abschnitt 5.3.1.1).

Die Hypothese lautet dementsprechend:

Hypothese B2a: In den christlichen Ländern besteht ein *positiver* Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates, die Transformationsländer weisen aber, alles andere konstant gehalten, ein tieferes Legitimitätsniveau als die anderen Länder aus.

Nicht-christliche Länder zeichnen sich durch ein kollektivistisches Menschenbild im Falle der asiatischen Länder (s. Abschnitt 5.3.1.4), oder durch ein tendenziell fatalistisches Weltbild, wie in den arabischen Staaten (s. Abschnitt 5.3.1.2), aus. Hier fusst die Legitimität des Staates nicht auf individuellem Wohlergehen, sondern auf der kollektiven Wohlfahrt resp. gründet auf Gottes Willen.

Somit lässt sich folgende Hypothese formulieren:

Hypothese B2b: In den nicht-christlichen Ländern besteht *kein positiver* Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität des Staates.

Mit diesen Hypothesen lassen sich neben der historisch-integrativen Position, für welche die Hypothesen formuliert wurden, gleichzeitig die sozialdemokratische Position und die machtkritische Position testen. Erstere trifft zu, wenn Hypothese A abgelehnt werden muss, weil im Gesamtsample ein positiver Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität nachgewiesen werden kann, zweitere trifft zu, wenn Hypothesen B1a und B2a abgelehnt werden müssen bei gleichzeitiger Annahme der Hypothese A: dann nämlich, wenn in allen Samples kein Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität festgestellt werden kann. Die wertorientierte Position kann allerdings nicht getestet werden, da diese ausschliesslich für die westlichen Länder formuliert wurde. Um die wertorientierte Position zu testen, wird also eine weitere Hypothese formuliert. Die wertorientierte Position besagt, dass die Wohlfahrtsinstitutionen einerseits entsprechend den Werthaltungen der Bevölkerung gebildet wurden, andererseits aber prägen die Erfahrungen mit den Wohlfahrtsinstitutionen auch die Werthaltungen der Bevölkerung. Deshalb lautet die Hypothese der wertorientierten Position, dass kein Unterschied der Legitimität in den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes bestehen sollten, sofern nach weiteren Prädiktoren der Legitimität kontrolliert wird.

Die Hypothese lautet also:

Hypothese B3: Es besteht kein Unterschied in der Höhe der Legitimität zwischen den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes.

## 7.2. Determinanten von Legitimität auf der Makroebene

Um den Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates zu prüfen, sollten weitere Determinanten der Legitimität im Modell berücksichtigt werden. Die Literatur bietet einige Vorschläge für solche Variablen an. Im Folgenden wird kurz auf den Forschungsstand eingegangen, um die wichtigsten Determinanten von Legitimität aufzuzeigen. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass es in der Literatur zwei Richtungen gibt, Effekte von Variablen auf die Legitimität auf der Makroebene zu untersuchen (vgl. z. B. Clarke, Nitish &

Kornberg, 1993, S. 1016; Booth & Seligson, 2009, S. 17): Einerseits werden Unterschiede zwischen Ländern dadurch eingefangen, dass DummyVariablen für die einzelnen Länder oder für (Welt-)Regionen eingefügt werden, um Effekte unterschiedlicher Regimes oder Kulturen nachzuweisen (als sogenannte „labeled containers“ (Przeworski und Teune, 1970 zit. nach Clarke et al., 1993, S. 1016). Dies bringt den Nachteil mit sich, dass nur gesagt werden kann, *dass* Unterschiede zwischen den Ländern oder Kulturen bestehen, bzw. *dass* diese Legitimität beeinflussen. Dieser Effekt entspricht aber einer Black Box, denn die konkret zu diesem Effekt führenden Gründe bleiben im Dunkeln (vgl. z. B. Clarke et al., 1993, S. 1016). Die zweite Richtung besteht darin, konkrete Variablen auf der Makroebene einzuführen, von welchen ein Effekt auf die Legitimität erwartet wird. Die Schwierigkeit dieses Vorgehens liegt in der häufig sehr hohen Multikollinearität der verschiedenen Variablen einerseits untereinander, andererseits aber auch mit allfälligen DummyVariablen für Weltregionen: Wenn die Effektrichtung in den verschiedenen Weltregionen unterschiedlich ist, kann ein Effekt postuliert werden, der aber nur unter bestimmten Bedingungen besteht. Zurzeit ist es einerseits aufgrund der Datenlage andererseits aufgrund methodischer Probleme (noch) nicht möglich, sämtliche kulturelle Variablen in ein Modell einzubinden und so dieses Problem zu beseitigen. Um den Gefahren, die dem jeweiligen Nachteil des Vorgehens entspringen, vorzubeugen, werden in dieser Untersuchung im Sinne einer doppelten Kontrolle beide Wege beschritten.

### 7.2.1. Die Gruppierungsvariablen

In Kapitel 5 wurde beschrieben, dass der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates in verschiedenen Weltregionen oder religiösen Kontexten unterschiedlich ausfallen kann. Im Abschnitt 7.1 wurden daraus die Hypothesen B1 und B2 formuliert. Um diese zu testen, sind Gruppierungsvariablen notwendig, welche das Sample in Untergruppen aufteilen. Natürlich kann auch der kulturelle Hintergrund – entsprechend der oben beschriebenen ersten Richtung, Determinanten für die Legitimität zu testen – direkt die Legitimität beeinflussen. Die Gruppierungsvariablen werden folgendermassen definiert:

<b>Westliche Länder</b>	Für die Hypothese B1 wird allen westlichen Ländern der Wert „1“ zugeordnet. Diese ‚Dummyvariable‘ wird mit <i>West</i> bezeichnet.
<b>Christliche Länder</b>	Die Hypothese B2 verlangt nach einer ‚Dummyvariable‘ für christliche Länder. Sie wird im folgenden mit <i>Christ</i> bezeichnet.

Welche Länder zu den verschiedenen Dummyvariablen gehören, wird in Anhang A.2.3.1 und A.2.3.2 beschrieben.

### 7.2.2. Die Kontrollvariablen

Der zweiten Richtung folgend werden in diesem Abschnitt einige häufig mit Legitimität in Verbindung gebrachte Variablen und Konzepte vorgestellt<sup>1</sup>. Dabei gibt es wiederum zwei unterschiedliche Thesen: Einerseits die *Kultur-* oder *Werte-Hypothese*, die auf Almond und Verba (1963, S. 323-374) zurückgeht und postuliert, dass Einstellungen zum politischen System durch in der Kultur verwurzelte und durch Sozialisation weitergegebene Werte beeinflusst wird; andererseits die durch Easton geprägte *Performance-Hypothese*, derzufolge *diffuser Support* in langer Sicht durch Erfüllung der *Demands* der Bürger entsteht. Denn, so das Argument, würde die Legitimität des politischen Systems nur durch Sozialisation geprägt, wäre Legitimität ein ausschliesslich nicht-rationales Phänomen (vgl. Easton, 1975, S. 446). Gemäss (Easton, 1975, S. 448-449) beeinflusst der ökonomische Erfolg zuerst den spezifischen Support. Dieser wirkt primär auf die Legitimität der Autoritäten (Kornberg & Clarke, 1992, S. 116-118; Dalton, 2004, S. 64, vgl. auch). Auf längere Sicht sollte aber auch eine Generalisierung der positiven Einstellung auf das ganze politische System im Sinne eines diffusen Supportes und von Legitimität bemerkbar sein (vgl. z. B. Clarke et al., 1993, S. 1002; Norris, 1999c, S. 219-220; Easton, 1976, S. 440; Easton, 1975, S. 448; Weatherford, 1992, S. 155; Kornberg & Clarke, 1992, S. 116-118). Im Folgenden werden zuerst die *Performance-*orientierten Kontrollvariablen beschrieben und anschliessend die *Kultur-* und *Wert-*orientierten Variablen eingeführt.

#### 7.2.2.1. Ökonomische Performanz

Zu den häufig mit einem Effekt auf die Legitimität in Verbindung gebrachte *Performance-*orientierten Variablen, das liegt auf der Hand, gehört der ökonomische Erfolg eines Landes (vgl. z. B. Alesina & Wacziarg, 2000, S. 156-157; Lawrence, 1997, S. 111; Bok, 1997, S. 60). So stellen Listhaug (1995, S. 292-293) für die skandinavischen Länder und Alesina und Wacziarg (2000, S. 169-170) für die USA und Europa fest, dass die Beurteilung der ökonomischen Performanz des Staates das Vertrauen in die Politiker beeinflusst. Auch Clarke et al. (1993, S. 1015) finden Effekte von ökonomischem (Miss-)Erfolg auf Einstellungen zur Demokratie, Unterstützung für Amtsinhaber, Reformwillen und dem Verlangen nach

---

<sup>1</sup>Die genauen Definitionen der Kontrollvariablen finden sich in Anhang A.2.4.1.

einem radikalen politischen Umbruch. Die Effekte sind aber sehr klein, gegeben der starken negativen wirtschaftlichen Vorkommnisse in der untersuchten Zeit (1976-1986), was die Autoren zu folgender Schlussfolgerung führt: „[...] the political economy of public orientations toward polity and society in contemporary Western democracies is real but limited“ (Clarke et al., 1993, S. 1015). Andere Studien finden keinen Zusammenhang zwischen der nationalen Wirtschaftskraft und Legitimität. Laut Nye und Zelikow (1997, S. 256-257, 269-270) ist das Erklärungspotential ökonomischer Gründe für den Rückgang des politischen Vertrauens zumindest für Amerika eher gering. Auch Dalton (2004, S. 63, 113-114) schliesst wirtschaftliche Ursachen für das sinkende politische Vertrauen in acht hochentwickelten Demokratien aus. Denn die ökonomische Situation verbesserte sich in allen Ländern deutlich, dennoch ist ein Rückgang von politischem Vertrauen zu verzeichnen. Auch die Zahlen von vgl. z.B., Bok (1997, S. 69-75) und Lawrence (1997, S. 128-129) sprechen nicht für einen starken Zusammenhang von objektiver ökonomischer Performanz und politischem Vertrauen. Booth und Seligson (2009, S. 55) operationalisierten die Legitimität mit sechs Dimensionen. *Regime Performance* wird in ihrer Studie als eigene Dimension behandelt. Das Wirtschaftswachstum beeinflusst natürlich diese Dimension signifikant. Dies könnte schon fast als tautologisch aufgefasst werden, denn die Dimension besteht aus der Beurteilung der nationalen ökonomischen Situation und dem Vergleich der aktuellen nationalen Wirtschaft mit derjenigen eines Jahres früher. Die anderen Dimensionen werden auf der Makroebene nach dieser Studie nicht durch wirtschaftliche Variablen beeinflusst (Booth & Seligson, 2009, S. 139-140). McAllister (1999, S. 197) findet sogar einen negativen Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und Support für politische Institutionen in westlichen Ländern. Er schreibt dies den höheren Erwartungen an die politischen Institutionen der Bürger der reicheren Länder zu.

Trotz dieser gemischten Resultate sollte der ökonomische Erfolg eines Landes als Kontrollvariable in das Modell einbezogen werden. Er wird durch die folgenden vier Variablen operationalisiert:

<b>Bruttosozialprodukt</b>	Der grundsätzliche Level des finanziellen Wohlstands wird durch das kaufkraftbereinigte Bruttosozialprodukt pro Kopf in 1000 US \$ gemessen. Diese Variable wird in den Modellen als <i>BSP</i> bezeichnet.
<b>Stabiles Wachstum</b>	Das Wirtschaftswachstum kann stark schwanken. Es kann argumentiert werden, dass nur ein stabiles (und stabil hohes) Wachstum die Bevölkerung wirklich überzeugt und zu erhöhter Legitimität führt. Deshalb wurde der Zehnjahresdurchschnitt des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf mit dem Gegenwert der Standardabweichung des

Zehnjahresdurchschnittes des Wirtschaftswachstums multipliziert. Diese Variable wird als *StabBIP* bezeichnet.

- Arbeitslosigkeit** Die dritte Variable, welche ein Proxy für den ökonomischen Erfolg darstellt, ist die Arbeitslosigkeit (vgl. z. B. Clarke et al., 1993, S. 1002). Damit wird der Möglichkeit Rechnung getragen, dass zwar das Brutto-sozialprodukt relativ hoch sein kann, dennoch aber für einen Grossteil der Bevölkerung kein hoher Wohlstand erreichbar ist. Dies kann für die Legitimität des Staates bedeutend sein. Die Bezeichnung dieser Variable in den Modellen lautet *Unemp*. Die Daten für diese drei Variablen stammen aus den *World Development Indicators* (World Bank, 2010).
- Arbeitsbeteiligung** Gerade wenn es um den Effekt von Sozialausgaben auf die Legitimität geht, ist es nötig, die Arbeitsbeteiligung zu kontrollieren. Denn eine geringe (Frauen-)Arbeitsbeteiligung kann einerseits einen Einfluss auf die Sozialausgaben haben, da gerade moderne Wohlfahrtsstaaten eine Erhöhung der Arbeitsbeteiligung anstreben (vgl. z. B. Bonoli, 2007, S. 34; Taylor-Gooby, 2011, S. 455-456). Andererseits sollte auch die Arbeitslosigkeit immer in Relation zur Arbeitsbeteiligung gesehen werden, denn eine tiefe Arbeitslosenquote kann sich als tiefe (Frauen-)Arbeitsbeteiligung entpuppen (vgl. z. B. Heinze, Schmid & Strünck, 1999, S. 146).
- Misery-Index** Heinze et al. (1999, S. 146) schlagen als besseren Indikator für die ökonomische Performanz den sogenannten *Misery-Index* vor. Dieser berechnet sich nach der Formel: Arbeitslosigkeit plus Inflation minus Wirtschaftswachstum. Der Vorteil des Indikators sei, dass Verzerrungen korrigiert werden könnten und gleichzeitig verschiedene politische Ziele berücksichtigt würden. In den Modellen wird diese Variable mit *Misery* bezeichnet. Um zu prüfen, ob der Effekt des komplexen Konstrukts, quasi als Interaktion der verschiedenen Variablen, mehr ist als die Summe der einzelnen Variablen, werden auch die Variablen Wirtschaftswachstum (*BIP*) und *Inflation* einzeln in das Modell eingeführt.

#### 7.2.2.2. Politische Performanz

Neben ökonomischen Leistungen sind vom Staat natürlich auch politische Leistungen zu erwarten (vgl. z. B. Dalton, 2004, S. 65-67, 128-154). Die Performanz-Annahme (vgl. z. B.



Easton, 1976, S. 440; Weatherford, 1992, S. 155; Kornberg & Clarke, 1992, S. 116-130) schliesst demnach nicht nur Effekte ökonomischer, sondern auch politischer Leistungen auf die Legitimität mit ein. Auf der Makroebene sind politische Leistungen am ehesten durch den Charakter und das Funktionieren des politischen Systems zu operationalisieren. Es drängt sich also zunächst auf, zu überprüfen, ob ein demokratisches System, wie weitläufig argumentiert wird, zur Stärkung der Legitimität führt. Leider gibt es dazu keine umfassenden Studien, denn die meisten Studien zur Legitimität nehmen ausschliesslich westliche oder reiche, hochentwickelte Länder in den Blick (vgl. z.B. Booth & Seligson, 2009, S. 67; Gilley, 2006a, S. 506). Zudem wird bei der Operationalisierung von Legitimität, sofern sie über das Vertrauen in die Amtsinhaber hinausgeht, normalerweise Demokratie als endogene Komponente verwendet: je demokratischer ein System ist, desto höhere Werte erhält es bezüglich der Legitimität (vgl. z.B. Gilley, 2006a; Booth & Seligson, 2009; Dalton, 2004). Diese Untersuchung umfasst einerseits eine Vielzahl an Ländern mit ihren sehr unterschiedlich ausgeprägten politischen Systemen, andererseits wird berücksichtigt, dass auch ein undemokratisches politisches System von der Bevölkerung als legitim angesehen werden kann. Dies bringt den Vorteil mit sich, empirisch zu überprüfen, ob Demokratie zur Legitimität beiträgt.

Verwandt mit der Annahme, dass Demokratie zu Legitimität führt ist auch die Annahme, dass das Einhalten der Menschenrechte oder das Ausmass der politischen und zivilen Rechte die Legitimität positiv beeinflussen (vgl. z.B. Gilley, 2006a, S. 51, 54; Croissant, 2004, S. 265). Gilley (2006a, S. 506) baut das Einhalten der Menschenrechte gar als endogene Komponente in seinen Legitimitätsindex ein. Mishler und Rose (1999, S. 92-95) weisen für Transformationsländer sowohl einen positiven Einfluss des Freedom House Index als auch der Beurteilung der gewährten Freiheiten im *New Democracies Barometer* auf die Legitimität nach. Bratton, Mattes und Gymiah-Boadi (2005, S. 328-329) weisen eine signifikante Korrelation zwischen dem Freedom House Index und der wahrgenommenen Demokratie im Land für Afrikanische Länder nach<sup>2</sup>. Für ein Sample von 25 Ländern aus Nord- und Südamerika, Asien und Ost- und Westeuropa findet Norris (1999c, S. 232) ebenfalls einen Zusammenhang zwischen dem Freedom House Index und dem politischen Vertrauen. Booth und Seligson (2009, S. 110, 141) hingegen finden für acht lateiname-

---

<sup>2</sup>Legitimität wird hier nicht explizit erwähnt. Die Korrelation wird so interpretiert, dass die Bevölkerung die Situation ähnlich einschätze wie die westlichen Experten von Freedom House. Allerdings wird implizit dieses Mass als Proxy für Legitimität der jeweiligen Regierungen verwendet, da einerseits ein weiteres Resultat der Studie ist, dass die Bevölkerung gerne eine Demokratie hätte, andererseits die Autoren davon ausgehen, dass nur Demokratien langfristig legitim sein könnten (Bratton et al., 2005, S. 73, 336). Die Autoren schlagen jedoch als besseren Wert einen „prospects of the consolidation of democracy (PCD score)“ vor, der aus der Kombination von *Demand* und *Supply* von Demokratie gebildet wird (Bratton et al., 2005, S. 327)

rikanische Staaten keinen Zusammenhang zwischen dem Freedom House Index und den verschiedenen Dimensionen von Legitimität.

Parlamentarische Systeme, in welchen sich alle politischen Parteien einbringen können, sollten nach Linz (1990, S. 63) eine höhere Legitimität erzielen als präsidentiale *Winner-Takes-It-All* Systeme. Föderalen Systemen wird eine integrative Wirkung nachgesagt. Föderalismus kann laut Elazar (1997, S. 238, 248) gleichzeitig verschiedene Interessen unterschiedlicher Regionen und Gruppen vermitteln, während ein starker Zentralstaat viele Verlierer produziert und weniger flexibel ist. Gleich argumentiert auch Watts (2008, S. 4-7) und fügt hinzu, dass durch den ökonomischen Wandel die Bedürfnisse der Bürger stärker in Richtung Föderalismus gehen. Ein starker Nationalstaat könne die Bedürfnisse der Bürger, die sich in einem liberalen und globalen Markt bewegen, nicht mehr befriedigen. Deshalb wird häufig ein positiver Effekt von Föderalismus auf die Legitimität postuliert (vgl. z. B. Norris, 1999c, S. 225). Allerdings sind häufig Staaten föderal organisiert, die über eine grosse Fläche verfügen oder durch ethnische oder andere *Cleavages* geteilt sind (vgl. z. B. Norris, 1999c, S. 225 und s. Abschnitt 2.2.2, S. 23). Somit ist es schwierig, den Effekt von Föderalismus auf die Legitimität festzustellen, da die legitimitätsfördernde Wirkung von Föderalismus durch die Tatsache, dass Föderalismus überall dort umgesetzt wird, wo sonst die Legitimität einer gemeinsamen Regierung gefährdet wäre, untergraben wird. Empirisch wird der Zusammenhang zwischen dem politischen System und dem politischen Vertrauen in der Studie von Norris (1999c) untersucht. Verschiedene Charakteristiken des politischen Systems werden als Prädiktoren für das politische Vertrauen eingeführt: verschiedene Wahlsysteme; Parlamentarische versus Präsidentengeführte Systeme; Majorz- versus Proporzsysteme; föderale versus unitäre Systeme. Sie fand für ihr Sample aus 25 Ländern, dass parlamentarische Systeme leicht höheres Vertrauen der Bürger geniessen als präsidentiale. Föderale Staaten weisen ein tieferes politisches Vertrauen aus als unitäre Staaten, ebenso wie Proporzsysteme ein tieferes Vertrauen aufweisen als Majorzsysteme. Multiparteiensysteme geniessen ein höheres politisches Vertrauen als andere Systeme. (Norris, 1999c, S. 232)

Neben diesen allgemeinen, eher übergeordneten Kriterien der Menschenrechte, Freiheit und Demokratie sowie der Ausgestaltung des politischen Systems wird häufig auch die konkretere Performanz der Regierung als Determinante von Legitimität gesehen. Für Amerika (Bok, 1997) und für Neuseeland (Barnes & Gill, 2000) wurde untersucht, inwieweit sich die ökonomische und politische Situation für die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Beide Studien kommen zum Schluss, dass sich die Situation auf (fast) allen Ebenen verbessert hat und somit auf objektiver Basis die Bevölkerung mit den Leistun-

gen des Staates zufrieden sein sollten<sup>3</sup>. Auch Dalton (2004, S. 151-154, 195-199) kommt in seiner umfassenden Studie zum Schluss, dass die Regierungen der (westlichen) Welt grundsätzlich immer mehr leisten und Prozesse optimierten, Korruption und Klientelismus reduzierten und die Transparenz erhöhten. Dies führte aber nicht zu höherem Vertrauen in die Regierungen, im Gegenteil. Dies hängt laut Dalton damit zusammen, dass die Ansprüche der Bürger mit der Zeit immer höher wurden (und werden). Aufgrund der Datenlage<sup>4</sup> operationalisiert er die Effizienz der Regierung mittels der Distanz der Personen zu der regierenden Partei. Diese Distanz nimmt in den untersuchten (westlichen) Ländern zu, während das politische Vertrauen abnimmt. Bezüglich acht lateinamerikanischen Ländern finden Booth und Seligson (2009, S. 139-140) nur wenige Variablen, die auf der Makroebene die Legitimität signifikant beeinflussen<sup>5</sup>. Die Effizienz der Regierung gehört zu den Prädiktoren, welche die Legitimität der politischen Institutionen signifikant beeinflussen, während die Langfristigkeit der Demokratie die Legitimität der politischen Gemeinschaft und der Regimeprinzipien signifikant beeinflusst. Keinen Einfluss hatten jedoch der Human Development Index und das Bruttoinlandsprodukt (beide weder gemessen in absoluter Höhe noch als Wachstumsrate) sowie der Freedom House Index und der Gini Index (Booth & Seligson, 2009, S. 110, 141).

Die politische Performanz wird durch die folgenden Variablen gemessen:

<b>Langfristigkeit der Demokratie</b>	Da die Demokratie nicht als konstitutives Element von Legitimität verwendet wird, ist wichtig und interessant, zu untersuchen, inwiefern Demokratie zu erhöhter Legitimität führt. Gemessen wird die <i>Langfristigkeit der Demokratie</i> durch die Anzahl Jahre ununterbrochener Demokratie. Als Datengrundlage dient dazu der Demokratieindex von Vanhanen (1997). In den Modellen wird die Langfristigkeit der Demokratie als <i>DemHist</i> bezeichnet.
<b>Zivile und politische Freiheiten</b>	Um die Legitimität, die auf politische Freiheiten zurückgeht, zu kontrollieren, wird der Freedom House Index (Freedom House, 2010) im Jahr der Erhebung des World Values Surveys ins Modell integriert. Diese

---

<sup>3</sup>Das einzige Gebiet, für welches die Indikatoren eine Verschlechterung anzeigen, ist das der Werte. Die in den jeweiligen Gesellschaften klassischerweise hochgehaltenen Werte erhalten werniger Zuspruch als früher. Dies hat aber nicht zwingend etwas mit der Performanz der Regierung oder des Staates zu tun, sondern zeigt eine gesellschaftliche Veränderung an – was deshalb wohl in direktem Zusammenhang mit dem Rückgang des politischen Vertrauens steht (zusammenfassend für beide Länder vgl. Barnes & Gill, 2000, S. 13).

<sup>4</sup>Er verwendet die Daten des World Values Survey, die keine Variablen beinhalten, welche Rückschlüsse auf Zufriedenheit mit sogenannten „Policy Outcomes“ zulassen.

<sup>5</sup>Dies liegt wohl weniger daran, dass eher MikroVariablen die Legitimität beeinflussen, wie die Autoren schlussfolgern, sondern eher daran, dass sie nur acht Länder in ihrer Untersuchung berücksichtigten

Variable besteht aus dem Mittel zweier Indexvariablen, erstens der zivilen, zweitens der politischen Freiheiten. Sie wird in den Modellen als ‚CiPoLib‘ bezeichnet.

<b>Mehrparteien-system</b>	Um den Einfluss verschiedener Wahlsysteme auf die Legitimität zu prüfen, wird eine Dummy-Variable für Mehrparteiensysteme, in welchen die grösste Partei weniger als 75 % der Stimmen auf sich vereinigt, einbezogen. Sie wird in den Modellen mit <i>Multi</i> bezeichnet und basiert auf dem <i>Legislative Index of Electoral Competitiveness</i> (LIEC) (eine Variation der Executive Scale, entwickelt von Ferree & Singh, 1999, S. 9). Der LIEC ist eigentlich ein siebenstufiger Index, im Sample dieser Studie weisen jedoch nur 10 Länder einen LIEC unter 7 aus. Deshalb werden Mehrparteiensysteme mit anderen Systemen kontrastiert. Die Datengrundlage ist die <i>Database of Political Institutions (DPI)</i> der Weltbank (Beck, Clarke, Groff, Keefer & Walsh, 2001; Keefer, 2010).
<b>Parlamentarische Systeme</b>	Der Einfluss parlamentarischer Systeme auf die Legitimität wird durch eine Dummy-Variable kontrolliert und in den Modellen mit <i>Parl</i> bezeichnet. Die Daten stammen aus der DPI.
<b>Proporzsysteme</b>	Systeme, in welchen Proporzverfahren eingesetzt werden, werden durch eine Dummy-Variable kontrolliert und in den Modellen mit <i>Proporz</i> bezeichnet. Die Daten stammen ebenfalls aus der DPI.
<b>Föderale Systeme</b>	Als Kontrollvariable für föderale Systeme wird ebenfalls eine Dummy-Variable eingeführt. Als Grundlage dafür wird die Klassifikation von Watts (2008, S. 11-12) verwendet. Auch die hybriden Systeme (Indien, Pakistan, Malaysia, Südafrika und Deutschland) werden als föderale Systeme bezeichnet. Diese Variable wird in den Modellen mit <i>Föderation</i> bezeichnet.
<b>Effizienz der Regierung</b>	Die Effizienz der Regierung wird als ein sehr wichtiger Einflussfaktor für die Legitimität gesehen. Deshalb darf sie in der Analyse nicht fehlen. Allerdings wird durch sie eher die direkte Zustimmung zur Regierung beeinflusst als der langfristige „diffuse Support“, der hier als Basis für die Legitimität benutzt wird. Dennoch besteht natürlich ein <i>spill-over</i> : Je langfristiger die Regierung die Wünsche der Bevölkerung befriedigen kann, desto eher wird sich <i>diffuser Support</i> bilden (s. Abschnitt 2.2.2, S. 24). Die <i>Effizienz der Regierung</i> wird durch die Worldwide Governance

Indicators (WGI) der Weltbank (Kaufmann, Kraay & Mastruzzi, 2010) gemessen und in den Modellen mit *GovEff* bezeichnet.

### 7.2.2.3. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Häufig wird in Referenz auf Easton (1965) die *Political Community* als Legitimitätskomponente behandelt. Meistens wird sogar argumentiert, dass *diffuser Support* sich (nur) in der Zustimmung zur *Political Community* manifestiere. Somit wird diffuser Support und die politische Gemeinschaft gleichgesetzt (so z. B. Booth & Seligson, 2009, S. 106; Dalton, 2004, S. 7, 59). Wie in Abschnitt 2.2.2 auf Seite 26 ausführlich beschrieben, trennt Easton *Legitimität* von der *Political Community*, da er letztere als Voraussetzung für erstere sieht (vgl. Easton, 1965, S. 311-340). Zudem ist *diffuser Support* für die *Political Community* viel langfristiger auszulegen, als dies meist gemacht wird. Denn sie ist konzeptionell relativ statisch, ist doch unter ihr das Zugehörigkeitsgefühl einer Person zur politischen Gemeinschaft zu verstehen (Easton, 1965, S. 177). Dieses ist wohl nicht durch eine Wirtschaftskrise allein zu unterminieren. Die *Political Community* wird deshalb in dieser Untersuchung als Voraussetzung von Legitimität behandelt und nicht als Komponente der Legitimität. Sie wird als Kontrollvariable für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einbezogen.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden durch vier Variablen gemessen:

<b>Urbanität</b>	Die untersuchten Länder dieser Studie sind sehr heterogen. Im Sample sind auch Länder mit grossem Anteil an ruraler Bevölkerung, welche teilweise sehr schwierig zu erreichen ist, alleine schon aufgrund mangelnder Infrastruktur. Zudem könnte ein grösserer Anteil an urbaner Bevölkerung auch die Höhe der Sozialausgaben beeinflussen. Dieser Umstand sollte kontrolliert werden. Deshalb wird eine Variable mit dem Anteil der urbanen Bevölkerung (zum Zeitpunkt der Messung der Sozialausgaben) in die Modelle einbezogen. Sie wird mit <i>Urban</i> bezeichnet. Datengrundlage für diese Variable sind die World Development Indicators der (World Bank, 2010).
<b>Vertikale Legitimität</b>	Häufig wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nation als wichtiger Pfeiler der Legitimität gesehen. Easton (1965) nennt dies die <i>Political Community</i> . Er sieht darin aber nicht einen Bestandteil der Legitimität, sondern etwas Eigenes, der Legitimität Vorgelagertes. Aus diesem

Grund wurde dieses auch nicht in den Legitimitätsindex dieser Arbeit integriert. Englebert (2000, S. 127) nennt dieses Zusammengehörigkeitsgefühl *vertikale Legitimität* und hat dafür einen Indikator entwickelt. Als vertikal legitim gilt ein Staat, welcher eine der folgenden hierarchischen Bedingungen erfüllt: Der Staat wurde nie kolonisiert; konnte nach dem Erreichen der Unabhängigkeit eine souveräne Identität wiederherstellen; hatte keine vorkolonialen Siedlungen; konnte die indigene Bevölkerung integrieren oder diese wurde von den Kolonisatoren ausgelöscht; die Kolonisatoren mindestens keine Gewalt anwendeten und die vorkolonialen Institutionen intakt blieben. Diese Variable ist dichotom ausgelegt und wird in den Modellen mit *VertLegi* bezeichnet.

### **Transformationsländer**

Aufgrund des starken Wandels durch die Transformation von einem kommunistischen Regime zu einer freien Marktwirtschaft und zur Demokratie muss davon ausgegangen werden, dass die Legitimität in den Transformationsländern tiefer ist (s. Abschnitt 5.3.2.5). Um dies zu kontrollieren, wurde eine ‚Dummyvariable‘ für Transformationsländer gebildet. Sie wird im folgenden mit *Transform* bezeichnet.

### **Konservatives Wohlfahrtsregime**

Wie die deskriptive Analyse zeigen wird (s. Abschnitt 7.4), zeichnen sich die Länder mit konservativem Wohlfahrtsregime durch eine tiefere Legitimität als die anderen westlichen Staaten aus. Um zu kontrollieren, ob dies auch nach der Kontrolle weiterer Variablen der Fall ist, wird eine ‚Dummyvariable‘ für die Länder mit konservativem Wohlfahrtsregime eingeführt. Diese Dummyvariable wird nachfolgend mit *Konservativ* bezeichnet.

Welche Länder zu den verschiedenen Dummyvariablen gehören, wird in Anhang A.2.2.3 beschrieben.

### **7.2.3. Fehlende Werte der Kontrollvariablen**

Leider sind für viele Kontrollvariablen nicht zu allen in dieser Untersuchung berücksichtigten Ländern Daten erhältlich. Deshalb wurden die fehlenden Werte auf der Makroebene multipel imputiert. Dazu wurde eine Imputation nach dem selben Verfahren wie auf der Mikroebene durchgeführt (s. Abschnitt 6.1.4). Es wurden, wie beispielsweise von

I. R. White, Royston und Wood (2011, S. 384-385) und Collins, Schafer und Kam (2001, S. 348) gefordert, sämtliche Makrovariablen in die Imputationsprozedur eingeführt zuzüglich des durchschnittlichen Legitimitätsindizes. Es fehlen aber nur wenige Datenpunkte pro Variable. Da für den Legitimitätsindex, der ja auf der Mikroebene imputiert wurde, zehn Imputationen pro Datenpunkt vorliegen, werden die imputierten Kontrollvariablen diesen Imputationen zugeordnet (der ersten Imputation des Legitimitätsindizes wird die erste Imputation der Kontrollvariablen zugeordnet, der zweiten die zweite und so weiter).

## 7.3. Methode und Design des Makromodells

### 7.3.1. Methode des Makromodells

In dieser Untersuchung werden die im Abschnitt 7.1 formulierten Hypothesen mittels multipler Regressionen geprüft. Im Normalfall wird hierzu der herkömmliche OLS-Algorithmus verwendet. Da wegen der multiplen Imputation für den Legitimitätsindex, der unterschiedlichen Hypothesen und der damit verbundenen Interaktionsterme sowie der Heterogenität der Gruppenvarianz und wegen Heteroskedastizität nicht immer auf die herkömmliche OLS-Regression zurückgegriffen werden kann, folgen einige Erläuterungen zur Anpassung der Methode.

Zuerst werden die statistischen Konsequenzen der multiplen Imputation erläutert: Die Varianzen und die Vertrauensintervalle sowie das  $R^2$  können über die verschiedenen Imputationen nicht einfach gemittelt werden, sondern bedürfen einer speziellen Methode. Anschließend werden einige Besonderheiten der multiplen Regression mit Interaktionstermen besprochen: Eine Gewichtung wird vorgeschlagen, die Bedeutung der Signifikanzen geklärt, die durch Interaktionsterme erhöhte Multikollinearität angesprochen, der Verzicht auf standardisierte Beta-Koeffizienten erläutert und der Umgang mit ausgeprägter Heterogenität thematisiert. Schliesslich wird eine robuste Regression für auftretende Heteroskedastizität vorgeschlagen.

Zum Schluss folgen einige Hinweise zu den jeweiligen Annahmentests der angewandten Algorithmen.

Pro Modell wird jeweils eine Regression mit allen Variablen gerechnet und anschliessend immer die am höchsten insignifikante Variable ausgeschlossen, bis nur noch die signifikanten Variablen übrig bleiben<sup>6</sup>.

### 7.3.2. Konsequenzen der multiplen Imputation

Da der ursprüngliche Datensatz während der multiplen Imputation der fehlenden Werte (Missings) verzehnfacht wurde (s. Abschnitt 6.1.4.3), ist ein spezielles Verfahren für die Regression nötig: Es wird für jeden einzelnen Datensatz eine multiple Regression durchgeführt und anschliessend für die Koeffizienten die Mittelwerte der zehn Regressionen ermittelt. Die Varianz ( $T$ ) einer Grösse ( $Q$ ) kann aber nicht einfach gemittelt werden, sondern wird über folgende Formel (sog. ‚Rubin’s Rules‘) berechnet:

$$T = W + \left(1 + \frac{1}{m}\right) B, \quad (7.1)$$

wobei

$$W = \frac{1}{m} \sum_{j=1}^m Var_j \quad (7.2)$$

die Varianz der Imputation („within-imputation variance“ (Royston, 2004, S. 237), und

$$B = \frac{1}{m-1} \sum_{j=1}^m (Q_j - Q^*)^2 \quad (7.3)$$

die Varianz innerhalb der Datensätze („between-imputation variance“ (Royston, 2004, S. 237)) darstellt.

Die Vertrauensintervalle werden durch

$$Q^* \pm t_v \sqrt{T} \quad (7.4)$$

berechnet, wobei  $t_v$  das entsprechende Fraktil der t-Verteilung mit  $v$  Freiheitsgraden ist, und die Freiheitsgrade  $v$  durch

$$v = (m-1) \left\{ 1 + \frac{W}{\left(1 + \frac{1}{m}\right) B} \right\}^2 \quad (7.5)$$

---

<sup>6</sup>Ausnahme bilden hier die konstitutiven Terme von Interaktionstermen, s. Abschnitt 7.3.3.2.



bestimmt werden. (Vgl. Rubin, 1987, S. 21)

Auch  $R^2$  muss transformiert berechnet werden, da die ‚Rubin’s Rules‘ für die Kombination der verschiedenen Imputationen asymptotische Normalverteilung annehmen und  $R^2$  als proportionale Grösse zur Varianz dieser Annahme nicht optimal entspricht. Der  $R^2$ -Wert jeder Regression wird also zu  $\ln(R^2)$  transformiert, über alle Imputationsdatensätze gemittelt und anschliessend wieder zurück transformiert (vgl. Rubin, 2005).

### 7.3.3. Konsequenzen von Interaktionstermen

Das Einfügen von Interaktionstermen hat einige Konsequenzen für die Interpretation und die Koeffizienten der Regression. Das vereinfachte Modell einer Regression mit Interaktionsterm sieht folgendermassen aus:

$$Y = \beta_0 + \beta_1 X + \beta_2 Z + \beta_3 XZ + \epsilon \quad (7.6)$$

In dieser Untersuchung werden die Interaktionen durch GruppierungsVariablen gebildet.  $Y$  stellt also in den Modellen dieser Studie die Legitimität dar,  $X$  die Sozialausgaben und  $Z$  die Gruppenvariable, die die Ausprägungen 0 oder 1 annehmen kann (entweder christlich: ja/nein oder westlich: ja/nein).

Die Koeffizienten der Variablen, welche den Interaktionsterm konstituieren (also  $X$  und  $Z$ ), stellen nicht mehr – wie in den herkömmlichen Regressionen – den konstanten Einfluss der entsprechenden unabhängigen Variable auf die abhängige Variable ( $Y$ ) dar, sondern den *bedingten* Einfluss:  $\beta_1$  steht in diesem Fall für den Einfluss von  $X$ , also von den Sozialausgaben, bedingt auf  $Z = 0$ , sprich: nicht-Zugehörigkeit zur Gruppe.  $\beta_2$  stellt den Einfluss der Variable  $Z$ , also der Zugehörigkeit zur Gruppe, *bedingt* auf  $X = 0$  dar, also keine Sozialausgaben. Abbildung 7.1 stellt die Bedeutung der Koeffizienten graphisch dar.

#### 7.3.3.1. Gewichtung

In der Abbildung 7.1 ist leicht ersichtlich, dass mit einem solchen Modell zwei Gruppen miteinander verglichen werden. Die OLS-Regressionsgleichung basiert u. a. auf der Annahme homogener Residualvarianz der beiden Gruppen. Dies ist jedoch nur bei zufällig

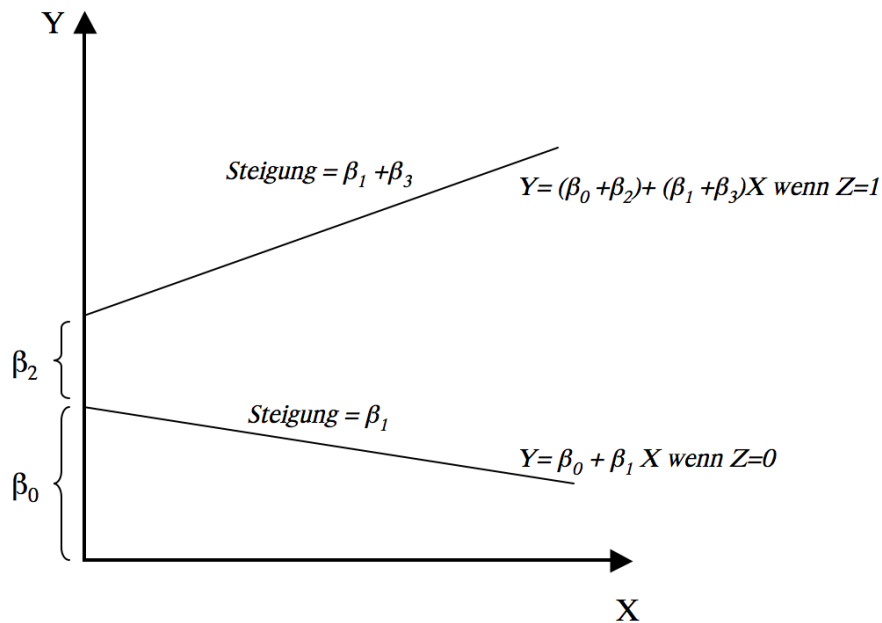


Abbildung 7.1.: Graphische Darstellung der Bedeutung der Koeffizienten einer Regression mit Interaktionsterm (eigene Darstellung, angelehnt an Brambor, Clark und Golder (2006, S. 65))

ausgewählten Gruppen gegeben. Wird aber, wie in den meisten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, zwischen feststehenden Gruppen differenziert (z. B. Geschlecht, Nationalität etc.), muss von heterogener Residualvarianz ausgegangen werden. Die Verletzung dieser Annahme (und die Annahme wird eigentlich immer dann verletzt, wenn wirklich Gruppendifferenzen bestehen und ein Interaktionsterm eingeführt werden sollte) führt zu Veränderung sowohl des Fehlers 1. Ordnung wie auch des Fehlers 2. Ordnung (vgl. Overton, 2001, S. 220): Simulationen zeigen, dass der wirkliche Fehler 1. Ordnung unter 0.01 oder über 0.1 liegen kann, obwohl der Nominalwert von  $\alpha$  auf 0.05 gesetzt wurde (vgl. Overton, 2001, 226 ff.). Hierzu liefert Overton (2001) eine relativ einfache Lösung: Mit einer Gewichtung kann Homogenität der Varianzen erreicht werden. Es wird also eine OLS-Regression durchgeführt, wobei jede Gruppe mit einer Ableitung ihrer Residualvarianz gewichtet wird. Damit lassen sich wieder robuste Fehler 1. Ordnung schätzen.

Die Gewichtung wird folgendermassen erreicht:

Zuerst wird für jede Gruppe einzeln eine bivariate Regression zwischen  $Y$  und  $X$  gerechnet. Den Resultaten ist die geschätzte Residualvarianz zu entnehmen. Diese wird nun durch die Anzahl Freiheitsgrade minus 2 geteilt und der Kehrwert davon gebildet. Die erhaltene Zahl bildet dabei das Gewicht der jeweiligen Gruppe. Gleichung 7.7 stellt diese Berechnung

vereinfacht dar (vgl. Overton, 2001, S. 222):

$$W_i = \frac{(df_i - 2)}{SS_{res_i}} = \frac{(n_i - 4)}{SS_{res_i}} \quad (7.7)$$

Aufgrund der multiplen Imputation wurde für jede der 10 Imputationen eine entsprechende Gewichtung vorgenommen.

Eine solche Gewichtung wird nötig, wenn die Residualvarianzen ein Verhältnis von 1.5:1 aufweisen (vgl. Overton, 2001, S. 220). Die beiden Gruppierungen dieser Untersuchung weisen ein Verhältnis der Residualvarianzen von beinahe 3:1 (‚Christ‘) bzw. etwas mehr als 2:1 (‚West‘) auf. Eine Gewichtung sollte also in Betracht gezogen werden.

### 7.3.3.2. Insignifikanz der konstitutiven Terme

Werden Interaktionsterme eingeschlossen, muss berücksichtigt werden, dass das jeweilige Signifikanzniveau der Koeffizienten eine andere Bedeutung erhält: es steht nicht für die Signifikanz des Termes an sich, sondern stellt eine *bedingte* Signifikanz dar. Dies bedeutet, dass z.B. bei tiefen  $X$ -Werten der  $Z$ -Koeffizient insignifikant sein kann, da keine (oder kleinere) Gruppenunterschiede bestehen (in Abbildung 7.1 auf der linken Seite), bei hohen  $X$ -Werten hingegen kann er gleichzeitig signifikant sein, da die Gruppenunterschiede mit höherem  $X$  steigen (in Abbildung 7.1 weiter gegen rechts) (vgl. Aiken & S. G. West, 1991, S. 20-21).

Dies ist der erste Grund, wieso insignifikante konstitutive Terme (also  $X$  und  $Z$  bei Inklusion des Interaktionstermes  $XZ$ ) nicht aus dem Modell ausgeschlossen werden dürfen. Ein weiterer Grund dafür ist, dass, wenn man den Term  $Z$  weglassen würde,  $\beta_2 = 0$  gesetzt würde, und man somit die beiden Geraden zwingen würde, sich auf der  $Y$ -Achse zu kreuzen (Brambor, Clark & Golder, 2006, S. 67; Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 26, vgl. z. B.). Dies ist aber in den seltensten Fällen der Fall. Konstitutive Terme müssen also immer im Modell belassen werden, auch wenn sie insignifikant sind<sup>7</sup>.

---

<sup>7</sup>Es lassen sich noch weitere Argumente anführen, die aus Platzgründen weggelassen werden. Für eine detaillierte Argumentation vgl., Brambor et al. (2006, S. 66-70).

### 7.3.3.3. Insignifikanz des Interaktionsterms

Insignifikanz des Koeffizienten des Interaktionsterms heisst nicht zwingend, dass keine Interaktion existiert und der Interaktionsterm deshalb weggelassen werden kann (vgl. Brambor et al., 2006, S. 70). Aiken und S. G. West (1991, S. 106, 110) schlagen für einen dichotomen  $Z$ -Term folgende Formel für die Schätzung vor, ob sich die Regressionsgeraden für die beiden Gruppen signifikant unterscheiden:

$$F = \frac{(R_{in}^2 - R_{out}^2) / m}{(1 - R_{in}^2) / (n - k - 1)}, \quad (7.8)$$

wobei  $R_{in}^2$  die erklärte Varianz des kompletten Modells,  $R_{out}^2$  die erklärte Varianz des Modells ohne  $Z$  und ohne Interaktionsterm,  $m$  die Anzahl der Terme, welche untersucht werden (also wiederum  $Z$  und Interaktionsterm),  $n$  die Anzahl Beobachtungen und  $k$  die Anzahl der Prädiktoren des Gesamtmodells darstellen.

Das Signifikanzniveau wird mittels F-Tabelle mit  $m$  und  $n - k - 1$  Freiheitsgraden ermittelt (Vgl. Aiken & S. G. West, 1991, S. 106).

### 7.3.3.4. Zentrierung

Lineare Transformationen haben keinen Effekt auf die Resultate der multiplen Regression. Der einzige Parameter, der durch eine lineare Transformation verändert wird, ist die Konstante. Die Konstante gibt nämlich denjenigen Wert auf der y-Achse an, wenn alle unabhängigen Variablen Null sind. Manchmal ist der Wert Null einer Variable nicht sinnvoll interpretierbar, da es beispielsweise unwahrscheinlich ist, dass eine Beobachtung jemals den Wert Null aufweist. Dies ist zum Beispiel bei der Grösse von Menschen der Fall. Wenn das Modell Interaktionsterme enthält, werden jedoch die Koeffizienten der konstituierenden Terme ( $X$  und  $Z$ ) und die Konstante durch lineare Transformationen verändert (Aiken & S. G. West, 1991, S. 29). Dies ist deshalb der Fall, weil durch die Interaktion die konstituierenden Terme nicht mehr den linearen Effekt der Variable ausdrücken, sondern die Steigung der Regressionsgerade angeben, wenn der andere konstituierende Term Null ist. Die Steigung der Geraden der Variable  $X$  ist aber an jedem Ort für  $Z$  verschieden. Deshalb verändert sich der Koeffizient von  $X$ , wenn  $Z$  transformiert wird (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 60-61). Das Modell ist dann am besten interpretierbar, wenn Null ein sinnvoller Wert darstellt. Eine Möglichkeit, die Variable so zu transformieren, dass der Wert Null gut

interpretierbar wird, ist die Zentrierung. Dafür wird von jedem Wert der Variable der Mittelwert abgezogen. Null steht dann für den Mittelwert. Die Konstante gibt dann jenen Wert an, den eine Beobachtung erreicht, wenn sie auf allen Variablen einen durchschnittlichen Wert aufweist. Die Koeffizienten der konstituierenden Variablen des Interaktionstermes sind dann ebenfalls gut zu interpretieren: Der Koeffizient von  $X$  gibt die Steigung der Geraden von  $X$  bei durchschnittlichem Wert von  $Z$  an und umgekehrt (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 61-62).

Aus diesem Grund wurden alle kontinuierlichen Variablen vor der Analyse zentriert. Da die dichotomen Variablen mit Null und Eins kodiert wurden, sind die Koeffizienten der dichotomen Variablen einfach zu interpretieren: Sie geben den Wert an, um welchen die abhängige Variable zunimmt, wenn die dichotome Variable zutrifft. Die Konstante gibt bei Zentrierung der kontinuierlichen Variablen und 0/1-Kodierung der dichotomen Variablen den Wert der abhängigen Variablen an, wenn die kontinuierlichen Variablen den Mittelwert aufweisen und die dichotomen Variablen nicht zutreffen (den Wert Null haben).

#### 7.3.3.5. Multikollinearität

Interaktionsterme bestehen aus dem Produkt der Variablen  $X$  und  $Z$ . Somit ist in den meisten Fällen eine starke Multikollinearität gegeben, da der Interaktionsterm sowohl stark mit  $X$  wie auch mit  $Z$  korreliert, da er ja durch diese Variablen konstituiert wird.

Die Folgen solcher Multikollinearität werden kontrovers diskutiert. Während z. B. Aiken und West in ihrem Standardwerk „Multiple Regression: Testing and Interpreting Interactions“ stark dafür plädieren, die konstitutiven Terme zu zentrieren, da dadurch erstens die Multikollinearität verringert und zweitens die Interpretation vereinfacht werde (vgl. Aiken & S. G. West, 1991, S. 35-36), sprechen sich Brambor et al. (2006, S. 71) vehement dagegen aus<sup>8</sup>. Allerdings ist es logisch, dass eine Zentrierung nichts weiter als eine Verschiebung des Betrachtungspunktes auf der jeweiligen Achse ist (so argumentieren ja auch Aiken und S. G. West (1991, S. 20-21), wenn es um die Interpretation geht), und somit das Problem der Multikollinearität dadurch nicht grundsätzlich behoben werden kann. In dieser Untersuchung folgt die Interpretation v. a. dem unzentrierten Modell, da eine grundsätzliche Interpretation einfacher ist mit unzentrierten Variablen. In den jeweiligen Tabellen wird ein Modell mit zentrierten Variablen angeführt, da es aus Interpretationsgründen sinnvoll ist,

---

<sup>8</sup>Die Autoren sind nicht grundsätzlich gegen eine Zentrierung, nur die Argumentation der Verringerung der Multikollinearität durch Zentrierung wird widerlegt.

die zentrierte mit der unzentrierten Version zu vergleichen (vgl. Aiken & S. G. West, 1991, S. 20-21). Eine Alternative zur Zentrierung ist die Residualisierung der Interaktionsterme (vgl. z. B. Lance, 1988; T. D. Little, Bovaird & Widaman, 2008). Die Residualisierung hat den Vorteil, dass der Interaktionsterm orthogonal zu den konstituierenden Termen liegt und somit Kollinearität ausgeschlossen werden kann. Damit einher geht der weitere Vorteil, dass die Effekte (und Standardabweichungen) der konstituierenden Terme genau von jenen des Interaktionsterms unterschieden werden können (vgl. z. B. Lance, 1988, S. 164; T. D. Little et al., 2008, S. 500). Zudem ist die Umsetzung relativ einfach möglich: In einem ersten Schritt wird der Interaktionsterm gegen die beiden konstitutiven Terme regressiert. Sodann werden die Residuen der Regression in eine neue Variable extrahiert und in die ursprüngliche Regressionsgleichung eingefügt (vgl. z. B. Lance, 1988, S. 164; T. D. Little et al., 2008, S. 498). Dieses Verfahren bringt jedoch den Nachteil mit sich, dass die marginalen Effekte nicht direkt ablesbar sind. Der Grund dafür liegt darin, dass der Effekt des konstituierenden Terms  $X$  durch dieses Verfahren den durchschnittlichen Effekt von  $X$  darstellt. Somit sind die durch  $Z$  bedingten Effekte von  $X$  nicht direkt ableitbar. Im Interaktionsmodell sind die marginalen Effekte nicht von zentralem Interesse, denn es soll die Frage beantwortet werden, ob sich die Effekte in den beiden Gruppen signifikant voneinander unterscheiden. Wie der Effekt in der jeweiligen Gruppe tatsächlich aussieht, wird in separaten gruppenspezifischen Modellen berechnet. Dies hat den Vorteil, dass auch die Effekte der anderen Kontrollvariablen gruppenspezifisch geschätzt werden. Dies wird in der Literatur zu Interaktionsmodellen mit dichotomen Variablen empfohlen (vgl. z. B. Aiken & S. G. West, 1991).

### 7.3.3.6. Verzicht auf Beta-Koeffizienten

Bei einer Regression ohne Interaktionsterm wird der Beta-Koeffizient aus der z-standardisierten Regressionsgleichung ermittelt. Jede Variable wird also z-standardisiert. Bei Produkttermen, wie es der Interaktionsterm  $XZ$  ist, ist  $z_{XZ}$  nur in Ausnahmefällen gleich  $z_X * z_Z$ . Um den korrekten Beta-Koeffizienten zu erhalten, muss also der Interaktionsterm aus dem Produkt der beiden standardisierten konstitutiven Terme gewonnen werden. Anschliessend müssen die erhaltenen Koeffizienten wieder destandardisiert werden. Dadurch ist die Konstante nicht gleich Null, wie es eigentlich für standardisierte Modelle üblich wäre. (Vgl. Aiken & S. G. West, 1991, S. 43-44)

In dieser Untersuchung wird auf die Beta-Koeffizienten in den Interaktionsmodellen verzichtet, da die Interpretation dann schwierig würde. Für die Interpretation der relativen Bedeutung der Koeffizienten sei auf die Gruppen-Einzelmodelle verwiesen, dort ist eine

klare Interpretation möglich (solange keine dichotomen Variablen verwendet werden; vgl. Kohler und Kreuter, 2006, S. 211).

#### 7.3.3.7. Heterogenität

Wie im Abschnitt 7.3.3.1 erwähnt wurde, liegt der Zweck einer Regression mit Interaktionstermen mitunter im Modellieren von heterogenen Gruppen. Allerdings sind die Gruppen in dieser Untersuchung, wie schon durch die Theorie postuliert (s. Abschnitt 5.3.1), so unterschiedlich, dass für beinahe jede Kontrollvariable ein Interaktionsterm formuliert werden müsste. Dies würde aber zu einer Überspezifikation des Modelles und zur Uninterpretierbarkeit führen.

Diesem Problem kann am einfachsten Abhilfe geschaffen werden, indem für jede Gruppe ein eigenes Modell gerechnet wird. Dies wird von Aiken und S. G. West (1991, S. 12) für dichotome und kategoriale Variablen sowieso vorgeschlagen, um das Interaktionsmodell zu überprüfen. Zudem ist so, wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben (s. Abschnitt 7.3.3.6), eine eindeutige Interpretation der Beta-Koeffizienten pro Gruppe möglich.

#### 7.3.4. Lösung für das Auftreten von Heteroskedastizität

Bei einigen Modellen taucht Heteroskedastizität auf. Gründe dafür können vielfältig sein, die Analysen deuten in den präsenten Fällen auf Ausreisser bei kleinen Samples hin. In solchen Fällen kann mit einer „robusten Regression“, welche unempfindlich gegenüber Ausreissern ist, Abhilfe geschaffen werden (vgl. Yaffee, 2002, S. 1). Eine solche ist bei Stata standardmässig mit dem Befehl `rreg` abrufbar. Bei diesem Algorithmus wird zuerst eine Regression durchgeführt, anschliessend werden die Beträge der absoluten Residuen (im Gegensatz zu den quadrierten Residuen, vgl. Berk, 1990, S. 295-304) ermittelt und nach dem Median der Residuen skaliert (Rousseeuw & Leroy, 1987, S. 259-261). Daraufhin werden den Fällen Gewichte zugeordnet, Ausreisser werden weniger stark gewichtet. Dann werden mittels iterativer *Weighted Least Squares* Methode (WLS) die Parameter über verschiedene Iterationen geschätzt. Die ersten Iterationen basieren auf *Huber-weights* (Huber, 1964), nach der Konvergierung werden weitere auf *Beaton & Tukey – biweights* (Beaton & Tukey, 1974, S. 151-152) basierende Iterationen durchgeführt. Standardfehler werden mittels *Pseudovalues Approach* (Street, Carroll & Ruppert, 1988, S. 153) berechnet. Die WLS-Regression ist bzgl. Heteroskedastizität (keine Homoskedastizitätsannahme) sowie

Ausreißern gerade bei kleinen Samples robust (vgl. z. B. Yaffee, 2002, S. 7; Lawrence C. Hamilton, 1991, S. 24; L. C. Hamilton, 1992; Berk, 1990, S. 315-320; Goodall, 1983; Rousseeuw & Leroy, 1987, S. 261-265).

### 7.3.5. Hinweise zu den Annahmentests

Die angewandten Algorithmen für die Regressionen sind mit einigen statistischen Annahmen verbunden (vgl. z. B. Wooldridge, 2003, S. 84-101). In diesem Abschnitt wird beschrieben, wie diese Annahmen getestet werden. Bei der Beschreibung der Ergebnisse (s. Abschnitt 8.4) wird der Übersichtlichkeit halber nur erwähnt, wenn ein Test negativ ausgefallen ist und somit eine oder mehrere Annahmen verletzt wurden.

Normalverteilung der Residuen:

Eine wichtige Annahme der OLS-Regression ist die Annahme der Normalverteilung der Residuen. In dieser Arbeit wird diese Annahme einerseits durch eine graphische Residuenanalyse (die Quantile der Residuen werden gegen die Quantile der Normalverteilung geplottet), sowie durch den Shapiro-Wilk W-Test für Normalität getestet.

Multikollinearität:

Die unabhängigen Variablen sollten bei der multiplen Regression nicht ‚zu hoch‘ miteinander korrelieren bzw. keine lineare Kombination anderer unabhängiger Variablen sein. Ist dies der Fall, wird von Multikollinearität gesprochen. Die Varianzen werden ob der Korrelation der entsprechenden unabhängigen Variablen überschätzt und es ergibt sich ein Problem bei der Inferenz (die t-Werte werden unterschätzt und somit können signifikante Einflüsse als insignifikant erscheinen). Hier sei allerdings darauf hingewiesen, dass das Problem der Multikollinearität kontrovers diskutiert wird. Wooldridge (2003, S. 96-100) erwähnt z. B., dass sehr hohe Korrelationen (und  $R^2$ ) vorhanden sein müssen, damit wirklich von Problemen gesprochen werden kann. Hohe Multikollinearität bedeutet nach Brambor et al. (2006, S. 70) nichts anderes, als dass zu wenig Information in den Daten vorhanden ist, um zwischen den Effekten der betroffenen Variablen zu unterscheiden. Dies wird durch hohe Standardabweichungen reflektiert. Deshalb seien sie „[...] never in any sense ‚too‘ large – they are always the ‚correct‘ standard errors“ (Brambor et al., 2006, S. 70). Dies gelte insbesondere für Interaktionsmodelle (Brambor et al., 2006, S. 71).

Die Multikollinearität wird mittels Korrelationsmatrizen, VIF und Condition Number getestet, wobei Korrelationen unter 0.8, ein VIF von unter 2.5 und eine Condition Number



von unter 15 als unproblematisch und ein VIF unter 5 sowie eine Condition Number unter 30 als akzeptabel angesehen werden. Problematische Werte ergeben sich ausschliesslich bei zwei Variablenkombinationen. Einerseits korrelieren die Effizienz der Regierung (*GovEff*) und die Kontrolle der Korruption (*CorrCont*) mit  $r > 0.9$ , andererseits korreliert natürlich der Misery-Index stark mit den Variablen, die ihn konstituieren, nämlich Arbeitslosigkeit (*Unemp*), Wirtschaftswachstum (*BNP*) und Inflation. Da doch einige Variablen einen VIF nahe 5 aufweisen, und die Condition Number bei Inklusion aller Variablen ein Wert nahe 17 erreicht, wird ausgehend vom bereinigten Modell im Bottom-Up-Verfahren nochmals jede Variable auf signifikanten Einfluss geprüft. Somit kann verhindert werden, dass eine Variable aufgrund von Multikollinearität fälschlicherweise aus dem Modell ausgeschlossen wird. Im Bottom-Up-Verfahren ist die Multikollinearität kein Problem, sowohl der VIF wie auch die Condition Number bleiben im unbedenklichen Bereich. Die einzige Ausnahme ist die Variable *CorrCont*, die nicht gleichzeitig mit *GovEff* eingefügt werden kann. Ist *GovEff* signifikant und *CorrCont* muss eingeführt werden, wird deshalb *CorrCont* orthogonalisiert. Das heisst, dass eine Regression mit *CorrCont* als abhängiger und *GovEff* als unabhängiger Variable gerechnet und anschliessend die Residuen dieser Regression als Variable *CorrCont* in das Modell eingeführt. Dadurch ändert sich der Koeffizient von *CorrCont* nicht, die Standardfehler und der Koeffizient von *GovEff* werden aber nicht durch die Multikollinearität verzerrt und reflektieren nur den Effekt von *GovEff* (vgl. für eine Beschreibung des Vorgehens Lance, 1988).

Heteroskedastizität:

Der OLS-Algorithmus nimmt konstante Varianz der Residuen an (Homoskedastizität). In dieser Untersuchung wird mittels Breusch-Pagan/Cook-Weisberg Test (Breusch & Pagan, 1979; Cook & Weisberg, 1983) kontrolliert, ob Heteroskedastizität vorliegt (sind die Residuen nicht normalverteilt, wie es dieser Test annimmt, wird mittels White's Teststatistik (H. White, 1980), welcher keine Verteilungsannahme beinhaltet, die Homoskedastizitätsannahme getestet).

Autokorrelation:

Das lineare Regressionsmodell nimmt an, dass die Residuen in der Grundgesamtheit nicht miteinander korrelieren. Wird diese Annahme verletzt, liegt Autokorrelation vor. Mögliche Autokorrelation wird mittels Durbin-Watson Test (Durbin & Watson, 1950) und Ljung-Box Q-Statistik (Ljung & Box, 1978) ermittelt.

## 7.4. Bivariate Analysen

Vor der multivariaten Analyse geht es zunächst darum, die Zusammenhänge zwischen den interessierenden Variablen bivariat zu betrachten, um eine erste Idee zu erhalten und Hinweise auf mögliche Probleme zu finden. Als erstes interessiert der Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität, da dies die Grundfragestellung dieser Arbeit ist. Abbildung 7.2 zeigt die graphische Gegenüberstellung der Variablen *Sozialausgaben* und *Legitimität*. Auffallend ist dabei, dass kein Zusammenhang festzustellen ist, wie die Regressionsgerade zeigt. Die Korrelation der beiden Variablen ist entsprechend nahe bei Null:  $r = 0.03$  ( $N = 74$ ;  $p = 0.812$ ). Werden nur diejenigen Länder berücksichtigt, die kein Ländermissing aufweisen, ergibt sich ein ähnliches Bild:  $r = 0.07$  ( $N = 59$ ;  $p = 0.573$ ). Der

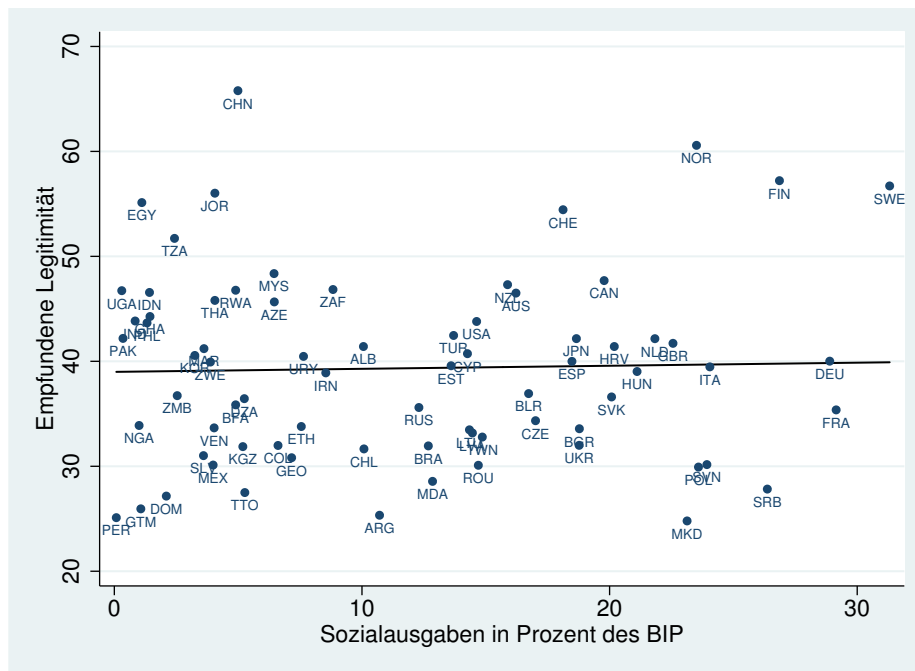


Abbildung 7.2.: Empfundene Legitimität und Sozialausgaben

zweite Blick lässt aber einige Regelmässigkeiten feststellen: Mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland sind es vier Transformationsländer, welche relativ hohe Sozialausgaben aber eine tiefe Legitimität ausweisen. Auf der anderen Seite sind es asiatische, afrikanische und arabische Länder, welche trotz tiefen Sozialausgaben eine hohe Legitimität erzielen. Dies wird noch deutlicher, wenn nur jene Länder berücksichtigt werden, welche für alle Variablen des Legitimitätsindex Daten vorweisen können: Polen, Serbien, Slowenien sowie Frankreich und Deutschland auf der einen – hohe Sozialausgaben, tiefe Legitimität – Seite, China und Jordanien auf der anderen – tiefe Sozialausgaben, hohe Legitimität – stehen

einem stärkeren Zusammenhang im Wege. Werden diese Länder ausgeschlossen, resultiert mit einem Sample von  $N = 52$  Ländern eine Korrelation von  $r = 0.36$  bei einem  $p$ -Wert von 0.009 .

Des Weiteren fällt auf, dass in denjenigen Ländern, welche einem positiven Zusammenhang im Wege stehen, nicht das Christentum die dominante Religion ist. Ebenso ist der Zusammenhang zwischen Legitimität und Sozialausgaben bei den westlichen Ländern höher als bei den nicht-westlichen Ländern (Deutschland, Frankreich und Italien sind Ausreisser – und sie repräsentieren nach Esping-Andersen den *konservativen* Wohlfahrtsregimetyt im Sample). Dies demonstriert Abbildung 7.3, welche das Gesamtsample zum Vergleich jeweils zweiteilt. Die Korrelation bei den christlichen Ländern beträgt  $r = 0.36$  und ist signifikant ( $N = 48$ ;  $p = 0.012$ ), bei den nicht-christlichen Ländern ergibt sich ein negativer Korrelationskoeffizient von  $r = -0.41$  ( $N = 26$ ;  $p = 0.039$ ). Bei den westlichen Ländern lässt sich eine (nicht signifikante) tiefe, aber positive Korrelation ausmachen:  $r = 0.13$  ( $N = 15$ ;  $p = 0.652$ ). Die nicht-westlichen Länder zeichnen sich durch einen signifikanten negativen Korrelationskoeffizienten von  $r = -0.34$  ( $N = 59$ ;  $p = 0.008$ ) aus. Werden bei den westlichen Ländern wiederum die Länder mit konservativem Regimetyt ausgeschlossen (Deutschland, Frankreich und Italien), ergibt sich trotz des geringen  $N$ 's ein signifikanter Korrelationskoeffizient von  $r = 0.61$  ( $N = 12$ ;  $p = 0.034$ ). In der multivariaten Auswertung wird also diesem Umstand Rechnung getragen werden und entsprechend die unterschiedlichen Gruppen genau studiert werden müssen.

Ein prononcierteres Bild ergibt sich bei der Gegenüberstellung des Bruttonetprodukt (BSP) mit dem Legitimitätsindex. Wie erwartet lässt sich generell festhalten, dass eine signifikante positive Korrelation von  $r = 0.33$  ( $N = 74$ ;  $p = 0.004$ ) besteht. Es überrascht allerdings, dass diese nicht höher ausfällt, da wirtschaftlicher Erfolg als mitunter wichtigste Legitimationsquelle von Staatssystemen gesehen wird (vgl. Heidorn, 1982, S. 156; Gilley, 2006b, S. 49).

Bei der Betrachtung des Scatterplots (Abbildung 7.4) fällt auf, dass zwar mit hohem BSP die Chance eine tiefe Legitimität zu erreichen stark abnimmt, dass es aber durchaus möglich ist, mit tiefem BSP eine hohe Legitimität zu erreichen.

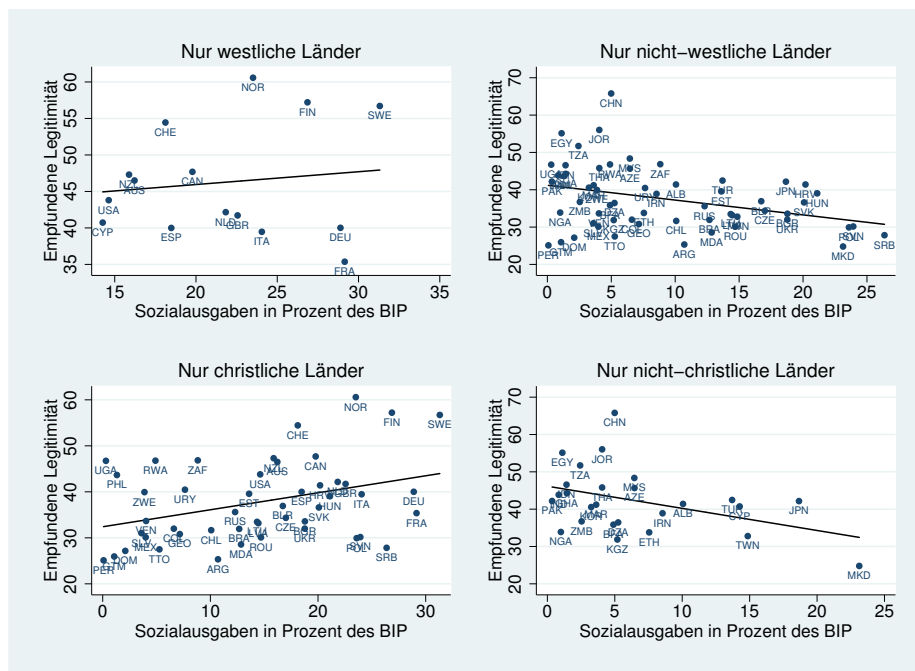


Abbildung 7.3.: Empfundene Legitimität und Sozialausgaben in unterschiedlichen Gruppen

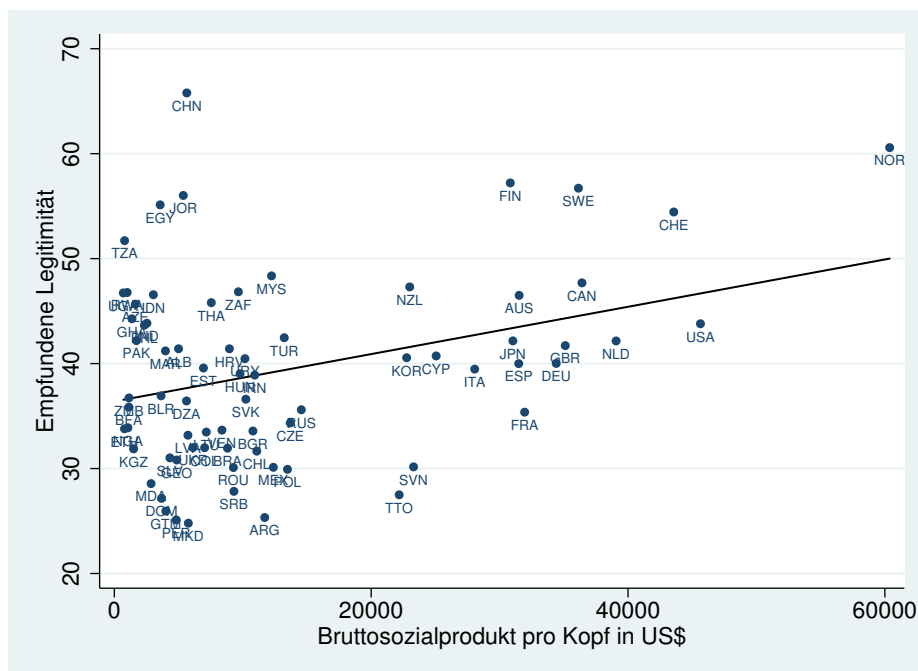


Abbildung 7.4.: Empfundene Legitimität und Bruttonsozialprodukt

Es stechen wieder die gleichen Länder hervor, die schon bei den Sozialausgaben und der Legitimität auffielen<sup>9</sup>. Somit interessiert nun der Zusammenhang von Sozialausgaben und dem BSP: Wie erwartet besteht eine hochsignifikante Korrelation von  $r = 0.66$  ( $N = 74$ ;  $p = 0.000$ ) (s. Abbildung 7.5). Dies bringt die Gefahr der Multikollinearität bei einer multiplen Regression mit sich. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass erst höhere Korrelationen problematisch werden (s. Abschnitt 7.3.5). Allerdings ist bei der multiplen Regression die Kombination der unterschiedlichen unabhängigen Variablen zu berücksichtigen (vgl. z. B. Wooldridge, 2003, S. 96-100). Es muss also bei den Modellen ein besonderes Augenmerk auf mögliche Multikollinearität gelegt werden.

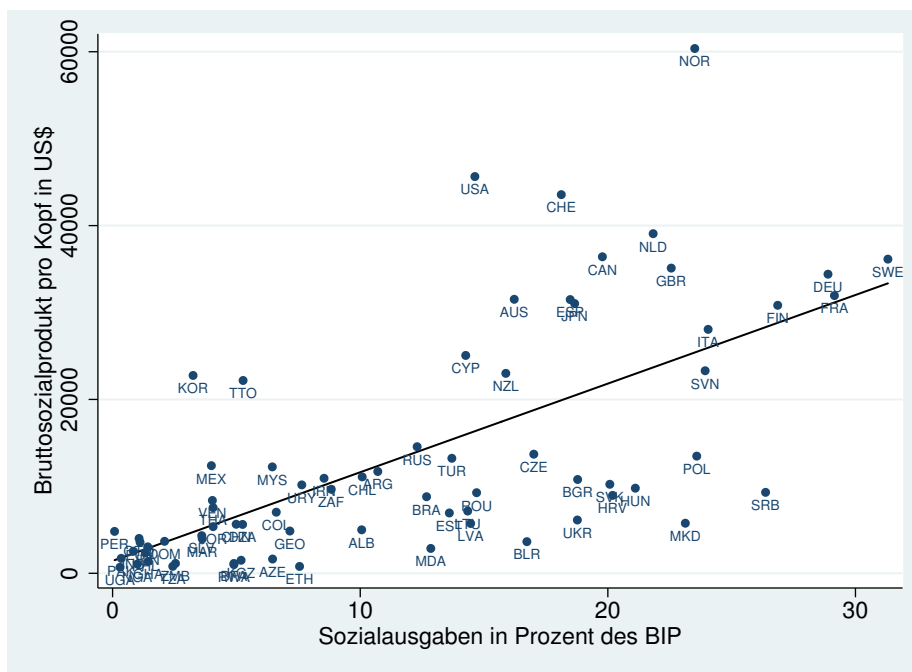


Abbildung 7.5.: Sozialausgaben und Bruttonsozialprodukt

Eine weitere wichtige Determinante für Legitimität, welche in der Literatur häufig genannt wird, ist die Demokratie (Vgl. z. B. Gilley, 2006b, S. 54; Booth & Seligson, 2009, S. 139-140). Vanhanen (1997) präsentiert in seiner Arbeit einen Indikator für Demokratie, welcher sich aus der Partizipation und der Konkurrenz zusammensetzt. Hier wird als Indikator, wie in Abschnitt 7.2.2 beschrieben, die Anzahl Jahre der vorhergehenden ununterbrochenen Demokratie verwendet. Die Korrelation zwischen Legitimität und der Anzahl Jahre mit Demokratie beträgt  $r = 0.36$  ( $N = 74$ ;  $p = 0.002$ ) und ist überraschend tief.

<sup>9</sup>Die Länder des *konservativen* Wohlfahrts-Regimes fallen hier weniger ins Gewicht, da aus offensichtlichen Gründen der Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und dem Regime grösser ist, als jener zwischen dem Regime und der Wirtschaftskraft.

Allerdings wurde darauf schon bei der Präsentation der Rangliste hingewiesen. Die Korrelation der Demokratie mit dem ungewichteten Index von Gilley (2006a) ist entsprechend höher ( $r = 0.55$ ;  $N = 63$ ;  $p = 0.000$ ), aber immer noch erstaunlich tief, wenn man berücksichtigt, dass bei diesem Index Demokratie als konstitutives Merkmal von Legitimität gesehen wird. Offensichtlich kann auch ein undemokratischer Staat von der Bevölkerung als legitim erachtet werden. Mehr Aufklärung darüber soll die multivariate Analyse bringen. Nun interessiert der Zusammenhang zwischen Demokratie und den Sozialausgaben.

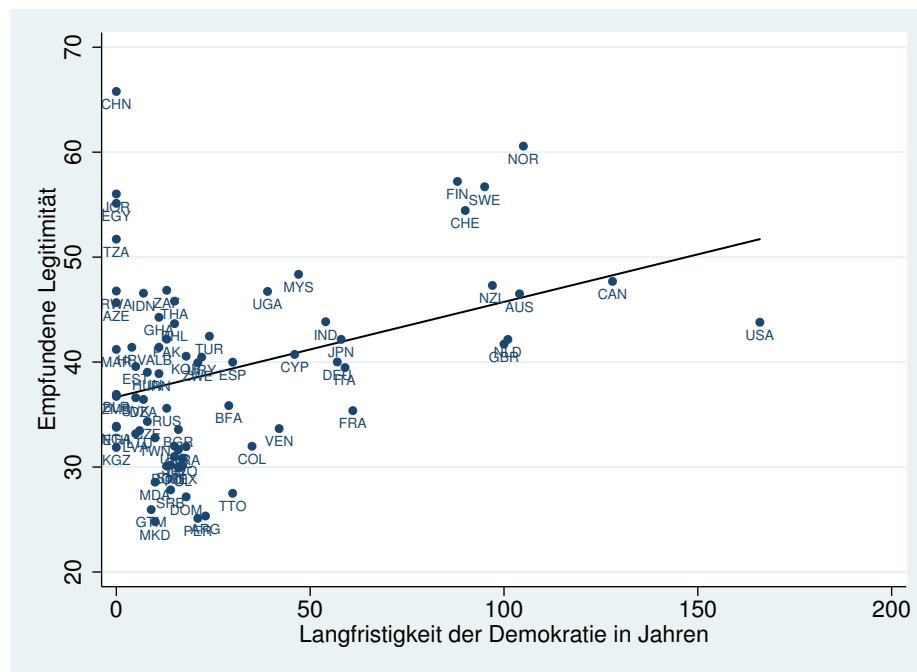


Abbildung 7.6.: Legitimität und Demokratie

Sowohl die *sozialdemokratische* wie auch die *wertorientierte* Position postulieren implizit, dass die Höhe der Sozialausgaben gewissermassen zwischen verschiedenen Interessengruppen ausgehandelt werden (gemäss der ersteren durch Klassenkampf, gemäss der anderen durch kulturelle Faktoren). Demokratie würde diesen Prozess natürlich verstärken. Somit kann eine positive Korrelation erwartet werden.

Die Korrelation zwischen der Anzahl Jahre der Demokratie und Sozialausgaben fällt wie erwartet positiv aus ( $r = 0.45$ ;  $N = 74$ ;  $p = 0.000$ ), allerdings weniger stark als erwartet. Abbildung 7.7 zeigt, dass die Korrelation fast ausschliesslich durch westliche Länder zustande kommt. Allerdings könnte man auch formulieren, dass nur wegen den Transformationsländern, welche sich durch hohe Sozialausgaben und tiefe Legitimität auszeichnen, die Korrelation nicht höher ausfiele. Auch hier zeigt sich also wieder, dass bei einer ver-



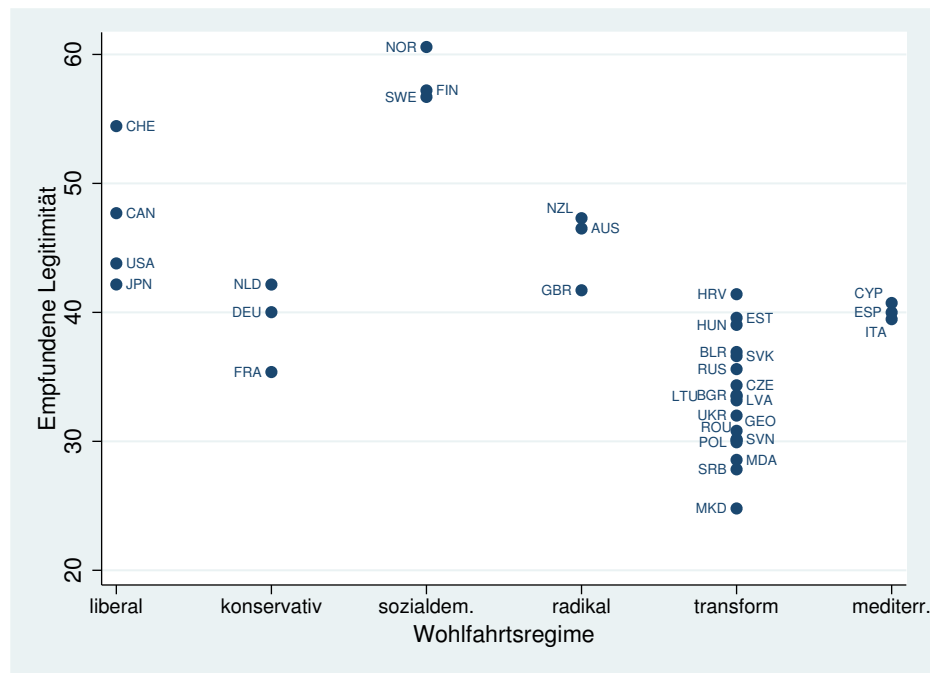


Abbildung 7.8.: Legitimität und Wohlfahrtsregimes nach Castles und Mitchell (1993), Esping-Andersen (1990) und Ferrera (1996)

## 7.5. Multivariate Analysen

Nach der Beschreibung der bivariaten Zusammenhänge zwischen den einzelnen Variablen geht es nun darum, die Hypothesen nach den im Abschnitt 7.3 beschriebenen Methoden multivariat zu testen.

Aufgrund der unterschiedlichen Hypothesen, welche nicht mit einem einzelnen Modell getestet werden können und der verschiedenen Schwierigkeiten, die sich durch die nicht optimale Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen (s. Abschnitt 3.4.2), sowie durch die Multikollinearität, die Heteroskedastizität und die Heterogenität der Gruppenvarianzen ergeben haben, werden verschiedene Modelle gerechnet. Zuerst gilt das Interesse einer allgemeinen Analyse: Um die Hypothese A (s. Kapitel 7.1) zu testen, wird ein Basismodell gerechnet, welches zwar alle Länder beinhaltet, aber nicht zwischen den Makrokulturen differenziert. Als nächstes wird ein Modell mit einem Interaktionsterm, welcher westliche von nicht-westlichen Ländern unterscheidet, durchgeführt. Mit diesem Modell werden die Hypothesen B1a und B1b getestet. Um das Interaktionsmodell zu testen, wird für jede Gruppe einzeln je ein Modell gerechnet, denn auch die Effekte der Kontrollvariablen können in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich sein. Anschliessend werden analog zu den Modellen für die Hypothesen B1a und B1b mithilfe einer Differenzierungsvariable für



christlich geprägte vs. nicht-christlich geprägte Länder die Hypothesen B2a und B2b getestet.

In einem nächsten Schritt gilt die Aufmerksamkeit den einzelnen Dimensionen des Legitimitätsindizes. Gelten die Befunde, die bezüglich der Hypothesen für den Legitimitätsindex gefunden wurden, auch für die einzelnen Dimensionen, oder finden sich unterschiedliche Zusammenhänge für die einzelnen Dimensionen? Dies gibt uns einen ersten Hinweis auf die Robustheit der Resultate.

Anschliessend wird die Robustheit der Operationalisierung der beiden zentralen Variablen geprüft. Zuerst wird Legitimität durch die Variable *politische Stabilität* operationalisiert. Diese Variable repräsentiert ein gänzlich anderes Konzept von Legitimität und ist somit ein harter Test für die Robustheit der Resultate. Dann werden die Wohlfahrtsleistungen in den folgenden Modellen nicht durch die Sozialausgaben operationalisiert, sondern durch die Reduktion der Armut durch Transfers (ILO, 2000, S. 41-42). Leider sind diese Daten nur für einzelne Länder<sup>11</sup> und zu wenigen Zeitpunkten vorhanden. Die Kontrollvariablen bleiben die gleichen, allerdings wird hier nur ein Modell mit allen Ländern und ein Modell für westliche Länder gerechnet, denn es gibt zu wenige nicht-westliche Länder, um inferenzstatistische Aussagen über einen Zusammenhang in dieser Gruppe machen zu können. Schliesslich wird ein Modell präsentiert, das die verschiedenen Wohlfahrtsregimes als Operationalisierung für die Wohlfahrtsleistungen einführt. Damit kann zudem die wertorientierte Position überprüft werden, die entsprechend der Hypothese B3 postuliert, dass sich die Legitimität in den verschiedenen Regimetypen grundsätzlich nicht unterscheiden sollte.

### 7.5.1. Modell 1: Basismodell

Das Basismodell soll die Hypothese A testen. In Tabelle 7.1 finden sich die Resultate der Regressionen. Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, kann kein positiver Zusammenhang zwischen Sozialausgaben (*SozEx*) und Legitimität festgestellt werden. Werden alle Variablen einbezogen, besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität. Allerdings sind viele der Kontrollvariablen nicht signifikant. Um Effekte von nicht signifikanten Variablen auf die Koeffizienten der signifikanten Variablen zu verhindern, wurde ein bereinigtes Modell berechnet. Die nicht signifikanten Variablen wurden

---

<sup>11</sup>Australien, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Russland, Spanien, Schweden, Ungarn, USA (für Belgien, Dänemark, Israel und Luxemburg fehlen die Daten für den Legitimitätsindex).

dabei der Reihe nach exkludiert. Auch im bereinigten Modell besteht kein Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität. Es überrascht, dass die ökonomische Performanz (weder gemessen als Bruttonationalprodukt (*BSP*) noch als Stabilität des Wirtschaftswachstums (*StabBIP*) noch als Arbeitslosigkeit (*Unemp*)) die empfundene Legitimität des Staates nicht beeinflusst. Dies überrascht, gibt es doch gute Gründe einen solchen Zusammenhang anzunehmen (vgl. Abschnitt 7.2.2). Die Legitimität wird vielmehr durch die Variablen für die politische Performanz beeinflusst – allerdings nicht immer in der erwarteten Richtung! Die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) und die Effektivität der Regierung (*GovEff*) zeigen wie erwartet einen positiven Einfluss auf die empfundene Legitimität des Staates. Überraschenderweise ist aber die Legitimität in den Ländern mit Mehrparteiensystemen (*MultiParty*) um satte 8.8 Punkte tiefer, als in autoritären Regimes oder in Staaten, in welchen die grösste Partei mehr als 75 % der Stimmen auf sich vereinigt. Genauso überraschend ist, dass die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) keinen positiven Effekt auf die Legitimität haben. Im Gegenteil, die Länder mit grossen Freiheiten zeichnen sich durch eine tiefere Legitimität in der Bevölkerung aus<sup>12</sup>. Von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist lediglich der Einfluss der vertikalen Legitimität signifikant. Allerdings ist auch dieser negativ. Wie bereits erwähnt ist diese Variable als Indikator für die Legitimität nicht besonders überzeugend, gehört doch Afghanistan zu den vertikal legitimen Staaten.

Das korrigierte  $R^2$  liegt beim vollständigen Modell bei 53 %, mit dem bereinigten Modell kann 51 % der Varianz erklärt werden. Die F-Statistik ist hochsignifikant und weist auf einen guten *Model-Fit* hin<sup>13</sup>.

Um den Einfluss der Imputation einer Variable auf Länderebene zu kontrollieren, wurde auch eine Regression ohne jene Länder mit fehlenden Daten zu einer Variable des Legitimitätsindex gerechnet, die Zahl der Länder der Untersuchung beträgt dann 59<sup>14</sup>. Die Resultate sind sehr stabil, einzig die Effekte der Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) und der Mehrparteiensysteme (*MultiParty*) sind in diesem Modell nicht mehr signifikant (s. Tabelle 7.2). Die Sozialausgaben (*SocEx*) bleiben insignifikant. Das korrigierte  $R^2$  nimmt leicht ab und beträgt 48 %<sup>15</sup>.

---

<sup>12</sup>Da China ein Land mit tiefen zivilen und politischen Freiheiten bei gleichzeitig hoher empfundener Legitimität ist, wurde kontrolliert, ob dies gleich bleibt, wenn China exkludiert wird. Der negative Effekt der zivilen und politischen Freiheiten bleibt aber auch ohne China bestehen.

<sup>13</sup>Da die Analyse auf aggregierten, multipel imputierten Daten beruht, müsste eigentlich eine F-Statistik berechnet werden, die die multiple Imputation mitberücksichtigt. Dies ist aber höchst umständlich für aggregierte Daten. Deshalb wird der durchschnittliche F-Wert über die Imputationen angegeben.

<sup>14</sup>In Anhang A.1.1 befindet sich eine Liste der Länder mit vollständigen Daten.

<sup>15</sup>Da Heteroskedastizität nicht ausgeschlossen werden kann, wurde auch eine robuste Regression gerechnet. Diese wies die gleichen Resultate auf (einzig der negative Effekt der vertikalen Legitimität wurde etwas stärker).

Tabelle 7.1.: Resultate für das Basismodell

Abhängige Var.: Legitimität	Basismodell ( $N = 74$ )					
	OLS					
	Total			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SozEx	-0.02	0.19	-0.13			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP	0.14	0.15	0.96			
BIP	0.59*	0.31	1.88			
StabBIP	-0.64**	0.29	-2.18			
Unemp	0.14	0.17	0.85			
LaborPart	0.07	0.10	0.70			
Inflation	-0.03	0.07	-0.42			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist	0.05	0.04	1.08	0.06**	0.03	2.16
CiPoLib	-2.45***	0.85	-2.87	-2.31***	0.81	-2.84
MultiParty	-10.93***	3.67	-2.98	-8.83***	2.98	-2.96
Parlament	2.52	2.19	1.15			
Proporz	3.09	2.04	1.51			
Föderation	-2.61	1.94	-1.34			
GovEff	0.25***	0.07	3.72	0.27***	0.05	4.92
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	0.01	0.06	0.11			
VertLegi	-4.71**	2.04	-2.31	-4.13**	1.78	-2.32
Transform	-2.57	2.52	-1.02			
Konservativ	-7.12*	4.10	-1.74			
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	50.45***	3.50	14.40	49.77***	3.08	16.18
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.65			0.55		
korrr. $R^2$	0.53			0.51		
BIC	537.07			499.60		
F(18, 55)	5.63***			16.50***		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

Tabelle 7.2.: Resultate für das Basismodell für Länder mit kompletten Daten

Abhängige Var.: Legitimität	Nur komplett ( $N = 59$ )			
	OLS			
	Bereinigt			
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	
<i>Polit. Performanz:</i>				
CiPoLib	-3.62***	0.73	-4.98	
GovEff	0.39***	0.05	7.45	
<i>Gesell. Bedingungen:</i>				
VertLegi	-5.72**	2.16	-2.65	
<i>Ø-Legitimität:</i>				
Konstante	43.79***	1.81	24.20	
<i>Modellgüte:</i>				
$R^2$	0.50			
korr. $R^2$	0.48			
BIC	397.80			
F(3, 55)	18.64***			
Legende: * $p < .1$ , ** $p < .05$ , *** $p < .01$				

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass im Basismodell, in welchem alle Länder gemeinsam, ohne Berücksichtigung des historisch-kulturellen Hintergrundes betrachtet werden, die Sozialausgaben keinen signifikanten Einfluss auf die Legitimität ausüben. Als Determinanten der Legitimität erweisen sich die Langfristigkeit der Demokratie (*Dem-Hist*) und eine effektive Regierung (*GovEff*), mit einem positiven Einfluss, sowie die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*), ein Mehrparteiensystem (*MultiParty*) und die vertikale Legitimität (*VertLegi*), mit einem negativen Einfluss. Diese vier Variablen erklären zusammen rund 50 % der Varianz der Legitimität. Die Regressionskoeffizienten sind dabei über alle Modelle relativ stabil. Die Resultate dieses Modells sollten jedoch nicht übergewichtet werden, denn es ist eine Analyse der gepoolten Daten aus höchst heterogenen Ländern. So weist die Residuenanalyse auf potentielle leichte Heteroskedastizität hin, was mögliche Auswirkungen von Gruppen auf die Zusammenhänge reflektieren könnte. Die Hypothese A, nämlich dass in der gepoolten Analyse kein Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität festgestellt werden kann, muss nicht verworfen werden.

Aus den oben genannten Gründen werden nun entsprechend der Hypothese B Interaktionsterme eingeführt, welche den Effekt zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen moderieren können: Zuerst wird geprüft, ob sich der Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern unterscheidet.

### 7.5.2. Modell 2: Westliche versus nicht-westliche Länder

Um die Hypothese B1 zu prüfen, die postuliert, dass in den westlichen Ländern ein positiver Effekt zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität des Staates besteht, während in nicht-westlichen Ländern kein solcher Effekt besteht, wird zunächst ein Modell mit einem Interaktionsterm berechnet, das versucht, den Zusammenhang in beiden Gruppen gleichzeitig zu beziffern. So kann getestet werden, ob sich der Zusammenhang signifikant zwischen den beiden Gruppen unterscheidet. Anschliessend werden für die beiden Gruppen separate Modelle berechnet, denn auch die Kontrollvariablen können in den Gruppen unterschiedliche Effekte auf die Legitimität aufweisen und die Einführung von Interaktionstermen für jede Variable würde das Modell überstrapazieren.

#### 7.5.2.1. Interaktionsmodell für westliche und nicht-westliche Länder

Um für die Abhängigkeit des Zusammenhangs von der Gruppenzugehörigkeit zu kontrollieren, wird in das Modell eine Dummy-Variable für westliche Länder sowie ein Interaktionsterm dieser Dummy-Variable mit den Sozialausgaben eingeführt. Beim Modell, welches alle Variablen beinhaltet, sollte berücksichtigt werden, dass für die relativ kleine Zahl an Beobachtungen ( $N = 74$ ) eine ziemlich grosse Anzahl Regressoren (nämlich 21) eingeführt wird. Zudem besteht die Gefahr von nicht zu vernachlässigender Multikollinearität ( $VarianceInflationFactor(VIF) = 3.20$ ;  $ConditionNumber = 17.58$ )<sup>16</sup>. Dies bedeutet, dass die Standardfehler für einige Variablen zu gross ausfallen können. Deshalb erreichen nur wenige Variablen einen signifikanten t-Wert, weshalb auf eine Interpretation dieses Modells verzichtet und direkt auf das bereinigte Modell eingegangen wird. Zur Kontrolle wurde nochmals jede Variable ins bereinigte Modell eingeführt und geprüft, ob es doch noch weitere signifikante Prädiktoren gibt.

Nach der Bereinigung des Modelles fällt bei der Betrachtung der Resultate in Tabelle 7.3 zunächst auf, dass die Sozialausgaben einen signifikanten Effekt auf die empfundene

---

<sup>16</sup>Die Multikollinearität besteht vor allem wegen der Variable Bruttonationalprodukt (BNP). Sie wurde deshalb nur im Modell mit allen Variablen zu Anschauungszwecken eingefügt und anschliessend erst zum Schluss wieder in das bereinigte Modell eingegeben, um festzustellen, ob ein signifikanter Effekt der Variable besteht. Dies gilt für alle Makromodelle in dieser Untersuchung. Ähnlich wurde mit dem Misery-Index (*Misery*) vorgegangen. Zuerst wurde ein Modell gerechnet, das alle Variablen ausser dem Misery-Index beinhaltet. Anschliessend wurde das gleiche Modell berechnet, indem der Misery-Index die ihn konstituierenden Variablen ersetzte (das Wirtschaftswachstum (*BIP*), die *Inflation* und die Arbeitslosigkeit (*Unemp*)). Der Koeffizient für den Misery-Index aus diesem Modell wurde anschliessend in die Tabellen der Modelle mit allen Variablen eingefügt. Der Misery-Index (*Misery*) erwies sich in keinem Modell als signifikanter Prädiktor der Legitimität.

## 7. Resultate auf Länderebene: Die Makroperspektive

Tabelle 7.3.: Resultate für das Interaktionsmodell „West“

Abhängige Var.: Legitimität	Gesamtsample ( $N = 74$ )						Nur komplett ( $N = 59$ )		
	OLS						Robust		
	Total			Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>									
SocEx	-0.22	0.22	-0.97	-0.19*	0.11	-1.76	-0.09	0.12	-0.71
SocNWest	-0.32	0.25	-1.29	-0.29***	0.12	-2.47	-0.23*	0.13	-1.76
SocWest	0.82***	0.28	2.95	0.86***	0.22	4.01	0.87***	0.31	2.78
West	7.20**	3.43	2.10	9.35***	2.14	4.37	2.13	3.03	0.70
<i>Ökon. Performanz:</i>									
BSP	0.08	0.19	0.44						
BIP	0.58	0.38	1.55				-0.52**	0.24	-2.17
StabBIP	-0.58*	0.33	-1.72						
Unemp	0.15	0.18	0.82						
LaborPart	0.08	0.09	0.84						
Inflation	-0.02	0.07	-0.24						
Misery	-0.04	0.07	-0.52						
<i>Polit. Performanz:</i>									
DemHist	0.03	0.03	0.99						
CiPoLib	-2.29**	0.95	-2.40	-2.44***	0.77	-3.17	-2.69***	0.64	-4.21
MultiParty	-10.33***	3.20	-3.23	-6.31***	2.79	-2.26			
Parlament	2.13	1.70	1.26						
Proporz	2.54	1.96	1.30						
Föderation	-2.09	1.60	-1.31						
GovEff	0.27***	0.07	3.67	0.26***	0.05	4.95	0.31***	0.05	6.01
<i>Gesell. Bedingungen:</i>									
Urban	0.02	0.06	0.25						
VertLegi	-3.67*	1.94	-1.89				-5.99***	1.91	-3.13
Konservativ	-11.65***	2.44	-4.77	-12.18***	3.34	-3.65	-12.09***	3.85	-3.14
Transform	0.82	3.23	0.25						
<i>Ø-Legitimität:</i>									
Konstante	47.39***	3.33	14.23	43.34***	2.52	17.18	42.00***	1.80	23.35
<i>Modellgüte:</i>									
$R^2$	0.68			0.60			0.65		
korr. $R^2$	0.57			0.56			0.65		
BIC	537.21			498.63			n.a.		
F-Statistik	$F(20, 53) = 10.71***$			$F(7, 66) = 16.31***$			$F(8, 50) = 11.79***$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$ ; n.a. = nicht anwendbar

Legitimität haben. Grundsätzlich besteht ein negativer Effekt der Sozialausgaben (*SocEx*) auf die Legitimität, der allerdings nur auf dem 10 %-Niveau signifikant ist<sup>17</sup>. Zudem besteht eine signifikante positive Interaktion zwischen den Sozialausgaben und der Dummy-Variable für westliche Länder (*West*), wie sich am Koeffizienten *SocWest* ablesen lässt. Die westlichen Staaten unterscheiden sich also von den anderen Staaten dadurch, dass bei ihnen der Effekt der Sozialleistungen auf die Legitimität positiv ist (die Addition der Koeffizienten *SocNWest* und *SocWest* ergibt eine positive *Simple Slope* für die westlichen Länder). Ausserdem zeichnen sich westliche Staaten durch eine grundsätzlich höhere Legitimität aus, alle anderen Prädiktoren konstant gehalten (ablesbar am Koeffizienten *West*). Die weitere Inspektion der signifikanten Prädiktoren zeigt, dass sich wieder die gleichen Kontrollvariablen wie aus dem Basismodell als signifikante Prädiktoren erweisen (s. 7.5.1). Einzig die Prädiktoren vertikale Legitimität (*VertLegi*) und Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) sind nicht mehr signifikant, dafür erweist sich die Dummyvariable für die konservativen Wohlfahrtsregimes (*Konservativ*) als signifikant: Länder in konservativen Regimes weisen *ceteris paribus* eine um 12 Punkte tiefere Legitimität auf! Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass sich auch die Effektstärken als stabil erweisen.

Das bereinigte Modell mit dem Interaktionsterm für westliche Länder kann einige Varianz mehr erklären als das bereinigte Basismodell: Das  $R^2$  liegt bei 0.60, das korrigierte  $R^2$  bei 0.56. Eine Erhöhung der Sozialleistungen um 1 % des BIP verringert die Legitimität alles andere konstant gehalten um 0.19 Punkte, in den nicht-westlichen Ländern um 0.29 Punkte. In westlichen Staaten hingegen führt eine Erhöhung der Sozialleistungen um 1 % des BIP zu einer Stärkung der Legitimität um knapp 0.5 Punkte. Westliche Staaten geniessen zudem alles andere konstant gehalten eine um 9 Punkte höhere Legitimität als die anderen Staaten, während die konservativen Staaten eine um 12 Punkte tiefere Legitimität erreichen.

Auch wenn das Modell nur mit den Ländern repliziert wird, welche keine Ländermissings für die Variablen des Legitimitätsindex aufweisen (s. Anhang A.1.1), tritt in Bezug auf die Hypothese B keine relevante Veränderung der Resultate auf: Die Effektstärken der Sozialausgaben (*SocEx*) sowie des Interaktionstermes (*SocWest*) bleiben weitgehend gleich.

<sup>17</sup>Die Variable *SocEx* gibt in den Interaktionsmodellen den *durchschnittlichen* Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität an. Technisch gesprochen ist dies der Effekt der Sozialausgaben, wenn der Interaktionsterm (hier: *SocWest*) in residualisierter Form ins Modell eingefügt wird. Mit *SocNWest* wird der Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität in den nicht-westlichen Staaten bezeichnet. Dieser Term resultiert für die Sozialausgaben, wenn der unresidualisierte Interaktionsterm ins Modell eingefügt wird. Der Term *SocWest* bezeichnet den Interaktionsterm zwischen der Gruppierungsvariable *West* und den Sozialausgaben. Die sogenannte *Simple Slope* (vgl. z. B. Preacher, Curran & Bauer, 2006, S. 439; Aiken & S. G. West, 1991, S. 12) für die westlichen Länder (also der Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität in den westlichen Ländern) ergibt sich aus der Addition von *SocNWest* und *SocWest*.

Die Effektstärken der anderen Variablen bleiben in etwa bestehen, allerdings ist der Effekt der Mehrparteiensysteme *MultiParty* nicht mehr signifikant, dafür erweisen sich die vertikale Legitimität (*VertLegi*) und das Wirtschaftswachstum (*BIP*) als signifikante Prädiktoren. Interessanterweise sind die Effekte von beiden Variablen negativ (s. Tabelle 7.3). Grundsätzlich lässt sich auch hier festhalten, dass die Resultate erstaunlich stabil bleiben, auch wenn verschiedene Ländersamples verwendet werden<sup>18</sup>

### 7.5.2.2. Modell für westliche Länder

Da das Sample der westlichen Länder sehr klein ist ( $N = 15$ ), muss bei der Variablenfindung *Bottom-Up* vorgegangen werden. Fünf Variablen erweisen sich als signifikante Prädiktoren: die Sozialausgaben (*SocEx*), die Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*), Proporzsysteme (*Proporz*), der Anteil an urbaner Bevölkerung (*Urban*) und die Dummy-Variable für konservative Wohlfahrtsregimes (*Konservativ*). Dieses Modell enthält somit eine Variable pro drei Länder. Es erklärt auch entsprechend viel Varianz auf: Das korrigierte  $R^2$  beträgt 0.92. Die Annahmentests weisen auf keine Probleme des Modelles hin. Dennoch wurde ein alternatives Modell gerechnet, das drei Variablen enthält, die immer noch 74 % der Varianz (korrigiertes  $R^2$ ) aufklären. Die Resultate der zwei Modelle zeigt Tabelle 7.4.

Wie in der Hypothese B1a postuliert, besteht in den westlichen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der empfundenen Legitimität des Staates. Die Hypothese muss also nicht verworfen werden. Gleichzeitig fällt auf, dass sich die Variablen, die sich als signifikante Prädiktoren erweisen, deutlich von den signifikanten Prädiktoren im Interaktionsmodell unterscheiden. Nur dass Länder mit einem konservativen Wohlfahrtsregime eine tiefere Legitimität aufweisen als die anderen Länder, wurde schon im Interaktionsmodell aufgezeigt. Als neuer Prädiktor erweist sich die Arbeitsbeteiligung. Je höher der Anteil der arbeitenden Personen in der Bevölkerung ist, desto höher ist die Legitimität des Staates<sup>19</sup>. In der Gruppe der westlichen Länder führt zudem ein Proporzsystem

---

<sup>18</sup>Dies ist insbesondere darum erstaunlich, weil es sich dabei nicht um zufällige Unterschiede in der Länderauswahl handelt, sondern um einen systematischen Unterschied: Jene Länder fehlen, in welchen nicht alle Variablen des Legitimitätsindex erhoben wurden.

<sup>19</sup>Hier gilt es anzumerken, dass in den westlichen Ländern die beiden Variablen Effektivität der Regierung (*GovEff*) und Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) sehr stark miteinander korrelieren ( $r = 0.83$ ), weshalb sie nicht gleichzeitig ins Modell einbezogen werden können. Auch die Effektivität der Regierung (*GovEff*) erweist sich als signifikanter Prädiktor, das Modell mit diesem Prädiktor kann jedoch weniger Varianz erklären und weist ein wesentlich schlechteres *Bayes Information Criterion (BIC)* auf. Des Weiteren können die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPiLib*) und die Dummy-Variable für Mehrparteiensysteme (*MultiParty*) nicht einbezogen werden, da diese Variablen zwischen den westlichen Ländern nicht variieren.



Tabelle 7.4.: Resultate für die westlichen Länder

Abhängige Var.: Legitimität	OLS ( $N = 15$ ) Alle signifikanten Variablen			OLS ( $N = 15$ ) Wichtigste Variablen		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SozEx	0.87***	0.12	7.12	0.91***	0.22	4.15
<i>Ökon. Performanz:</i>						
LaborPart	1.24***	0.13	9.27	1.03***	0.21	4.82
<i>Polit. Performanz:</i>						
Proporz	3.62***	1.35	2.68			
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	-0.28***	0.09	-3.16			
Konservativ	-10.73***	1.58	-6.78	-11.42***	2.82	-4.05
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	45.72***	1.21	37.88	48.51***	1.15	42.26
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.95			0.80		
korr. $R^2$	0.92			0.74		
BIC	74.18			89.30		
F-Statistik	$F(5, 9) = 33.50^{***}$			$F(3, 11) = 14.63^{***}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

zu einer höheren Legitimität und ein höherer Anteil an urbaner Bevölkerung verringert die Legitimität leicht.

### 7.5.2.3. Modell für nicht-westliche Länder

Der Hypothese B1b entsprechend besteht in den nicht-westlichen Ländern kein Zusammenhang zwischen den Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität des Staates (s. Tabelle 7.5). Die übrigen Prädiktoren der Legitimität entsprechen jenen des Interaktionsmodelles. Positiv beeinflusst wird die Legitimität durch die Effektivität der Regierung (*GovEff*). Negativ wird sie – wie im Interaktionsmodell – durch die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*), das Vorhandensein eines Mehrparteiensystems (*MultiParty*) und die vertikale Legitimität (*VertLegi*) beeinflusst. Dies überrascht, geht doch die Theorie von einem positiven Einfluss dieser Variablen aus (s. Abschnitt 7.2.2). Offensichtlich gelten diese Theorien nicht für nicht-westliche Staaten (für die westliche Staaten kann dies nicht überprüft werden, da die zivilen und politischen Freiheiten und die Dummy-Variable für Mehrparteiensysteme in allen westlichen Ländern den Maximalwert aufweisen). Das Modell erklärt 52 %

der Varianz der Legitimität in den nicht-westlichen Ländern (das korrigierte  $R^2$  beträgt 49 %).

Tabelle 7.5.: Resultate für die nicht-westlichen Länder

Abhängige Var.: Legitimität	OLS ( $N=59$ ) Bereinigt			OLS ohne CHN und GEO ( $N=57$ ) Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP				-0.34**	0.17	-2.03
<i>Polit. Performanz:</i>						
CiPoLib	-2.07***	0.80	-2.59	-2.03***	0.75	-2.73
MultiParty	-8.99***	2.90	-3.10	-6.39**	2.66	-2.40
GovEff	0.24***	0.06	4.35	0.30***	0.06	4.95
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
VertLegi	-4.53***	1.79	-2.53	-4.50**	1.74	-2.58
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	47.82***	2.90	16.51	45.38***	2.75	16.48
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.52			0.55		
korrr. $R^2$	0.49			0.51		
BIC	393.94			370.43		
F-Statistik	$F(4, 54) = 14.77***$			$F(5, 52) = 12.52***$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

Dieses Modell weist aber zwei Ausreisser (standardisierte Residuen grösser als 2) auf, nämlich China und Georgien. Werden diese beiden Länder nicht berücksichtigt, ergeben sich nur leicht andere Koeffizienten für die signifikanten Prädiktoren, aber das Bruttosozialprodukt (*BSP*) wird ebenfalls zu einem signifikanten Einflussfaktor auf die Legitimität, ebenfalls mit einem negativen Vorzeichen! Diese Resultate sind – vorsichtig ausgedrückt – kontraintuitiv. Wieso sollte die empfundene Legitimität des Staates abnehmen, wenn mehr Freiheiten genossen werden können und so gewirtschaftet wird, dass mehr Pro-Kopf-Einkommen (*BSP*) vorhanden ist? Es wäre schwierig, eine Argumentation zu verteidigen, die besagt, dass ein kausaler direkter negativer Zusammenhang zwischen Freiheiten und wirtschaftlichem Erfolg und Legitimität besteht. Allerdings knüpft dieses Resultat an die Erkenntnis an, die viele Politikwissenschaftler auch bezüglich der westlichen Länder feststellen: Je demokratischer und erfolgreicher Gesellschaften sind, desto stärker sinkt das Vertrauen in die Regierung und in die regierungsnahen Institutionen (vgl. z. B. Dalton, 2004; Norris, 1999a). Darauf wird später zurückzukommen sein.

### 7.5.3. Modell 3: Christliche versus nicht-christliche Länder

In Abschnitt 5.3.1.1 wurde ausgeführt, dass in der christlichen Tradition die Individualität des Menschen herausgestellt wird. Dies führt zur Hypothese B2, dass in christlich geprägten Ländern die individuelle Armutsbekämpfung, welche durch Sozialleistungen betrieben wird, ein wichtiger Punkt im Legitimationsverständnis darstellt. Dieser Hypothese B2 folgend, wird in diesem Modell untersucht, ob sich der Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen zwischen christlich geprägten Ländern und nicht-christlich geprägten Ländern unterscheidet. Zu diesem Zweck wird in einem ersten Modell eine Dummy-Variable für christlich geprägte Länder (*Christ*) sowie ein Interaktionsterm zwischen dieser Dummy-Variable und den Sozialausgaben (*SocChrist*) eingeführt (Anhang A.2.3.2 zeigt die Auflistung der christlich geprägten Länder in dieser Studie). Anschließend werden zwei Modelle, die die Resultate für jede der beiden Gruppen einzeln aufzeigen, berechnet.

#### 7.5.3.1. Interaktionsmodell für christliche und nicht-christliche Länder

Auch bei diesem Modell gilt, dass im Modell, das alle Variablen beinhaltet, die Zahl der Regressoren (21) in Bezug zu der Anzahl an Ländern ( $N = 74$ ) sehr hoch ist. Die Multikollinearität liegt jedoch in diesem Modell im akzeptablen Bereich ( $VIF = 2.87$ ;  $ConditionNumber = 16.66$ ), das Bruttosozialprodukt (*BSP*) und der Misery-Index (*Misery*) müssen jedoch auch hier jeweils einzeln am Schluss eingeführt werden. Tabelle 7.6 zeigt die Resultate dieses Modelles. Im bereinigten Modell musste leichte Heteroskedastizität festgestellt werden, weshalb hier eine robuste Regression als Grundlage für die Interpretation dient.

Der Hypothese B2 entsprechend besteht ohne Berücksichtigung der Gruppen kein Zusammenhang zwischen Legitimität und den Sozialausgaben (*SocEx*), der Interaktionsterm (*SocChrist*) ist aber signifikant. Während in nicht-christlich geprägten Ländern ein negativer Zusammenhang von Sozialausgaben und Legitimität feststellbar ist (der Koeffizient von *SocNChrist* ist negativ), besteht in den christlich geprägten Ländern ein (schwach) positiver Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Legitimität (*SocChrist* plus *SocNChrist*). Zudem zeichnen sich christlich geprägte Länder *ceteris paribus* durch eine leicht tiefere Legitimität aus. Der Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität des Staates unterscheidet sich signifikant zwischen christlichen und nicht-christlichen Ländern.

Tabelle 7.6.: Resultate für das Interaktionsmodell „Christ“

Abhängige Var.: Legitimität	OLS ( $N = 74$ )			Robust ( $N = 74$ )		
	Total			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	-0.01	0.18	-0.03	-0.12	0.12	-0.98
SocNChrist	-0.59**	0.24	-2.47	-0.68***	0.24	-2.86
SocChrist	0.73***	0.22	3.39	0.70***	0.26	2.69
Christ	-2.99	2.19	-1.37	-3.41*	2.03	-1.68
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP	0.12	0.16	0.79			
BIP	0.41	0.34	1.22			
StabBIP	-0.55*	0.31	-1.76			
Unemp	0.20	0.21	0.98			
LaborPart	0.14	0.09	1.56			
Inflation	-0.01	0.08	-0.13			
Misery	-0.01	0.08	-0.18			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist	0.06	0.03	1.64	0.06**	0.03	2.10
CiPoLib	-2.43**	0.99	-2.45	-2.93***	0.74	-3.93
MultiParty	-9.20**	3.41	-2.70			
Parlament	2.42	1.71	1.42			
Proporz	3.72**	1.79	2.07			
Föderation	-3.21*	1.76	-1.83			
GovEff	0.23***	0.07	3.42	0.26***	0.06	4.49
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	0.04	0.06	0.66			
VertLegi	-3.43*	1.91	-1.80			
Konservativ	-8.44***	2.35	-3.59			
Transform	-2.55	2.62	-0.97			
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	49.82***	3.09	16.15	41.34***	1.54	26.89
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.71			0.49		
korr. $R^2$	0.60			0.45		
BIC	531.19			n.a.		
F-Statistik	$F(20, 53) = 9.42^{***}$			$F(6, 67) = 10.85^{***}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$ ; n.a. = nicht anwendbar

Es stellen sich wieder ähnliche Kontrollvariablen als signifikant heraus, wie im Basismodell: Die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) und die Effektivität der Regierung (*GovEff*) beeinflussen die Legitimität positiv, während die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) einen negativen Einfluss auf die Legitimität haben (s. Tabelle 7.6). Die Effektstärken bleiben ebenfalls sehr ähnlich. Im Unterschied zum Basismodell besteht kein Effekt der Mehrparteiensysteme (*MultiParty*) und der vertikalen Legitimität (*VertLegi*). Die Varianzaufklärung des Gesamtmodelles ist mit einem  $R^2$  von 71 % (korrigiertes  $R^2=60\%$ ) grösser als jene des Interaktionsmodells „West“. Das  $R^2$  des bereinigten Modells liegt jedoch bei 49 % und das korrigierte  $R^2$  bei 45 %, also deutlich tiefer als beim Interaktionsmodell „West“. Dies weist auf einen schlechteren Model-Fit hin (der F-Test ergibt aber immer noch einen hochsignifikanten Model-Fit). Leider kann kein direkter Vergleich mittels *BIC* vorgenommen werden, da es sich beim bereinigten Modell um Resultate einer robusten Regression handelt, für welche kein Log-Likelihood errechnet werden kann.

Ausserdem erweist sich China als Ausreisser, weshalb ein Modell ohne China berechnet wird. Dies hat doch einige Änderungen zur Folge und spricht auch eher gegen eine zu tiefgehende Interpretation des Interaktionsmodelles mit allen Ländern. Die Resultate des Modells ohne China sind in Tabelle 7.7 zu finden. Ebenfalls in dieser Tabelle sind die Resultate des Interaktionsmodelles „Christ“ aufgeführt, in welchem nur jene Länder verwendet wurden, die vollständige Daten zum Legitimitätsindex aufweisen. Diese Resultate sind jenen des Modelles ohne China sehr ähnlich. So ergibt sich für die gepoolten Daten kein Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität, während für die nicht-christlichen Länder ein negativer Effekt zu konstatieren ist. Der Interaktionsterm ist signifikant und es besteht in den christlichen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität (im Modell nur mit Ländern mit vollständigen Daten ist der Effekt stärker als im Modell ohne China). Die Variablen Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*), Effektivität der Regierung (*GovEff*) und zivile und politische Freiheiten (*CiPoLib*) sind weiterhin signifikante Prädiktoren mit ähnlichen Effektstärken wie im Interaktionsmodell mit allen Ländern. Zusätzlich erweisen sich die Stabilität des Wirtschaftswachstums (*StabBIP*) und die Dummy-Variable für die konservativen Wohlfahrtsregimes (*Konservativ*) als signifikante Einflussfaktoren. Im Modell ohne China zeichnen sich Mehrparteiensysteme (*MultiParty*) durch eine tiefere Legitimität aus, während die Dummy-Variable für Proporzsysteme (*Proporz*) einen positiven Einfluss auf die Legitimität ausübt. Die aufgeklärte Varianz ist in diesen beiden Modellen deutlich höher als im Modell mit allen Ländern: Im Modell ohne China erklärt das Modell 61 % der Varianz (das korrigierte  $R^2$  beträgt 56 %), im Modell mit den *kompletten* Ländern 66 % (resp. 60 %).

Tabelle 7.7.: Resultate für das Interaktionsmodell „Christ“ in den Kontrollsamples

Abhängige Var.: Legitimität	Ohne CHN ( <i>N</i> = 73)				nur komplett ( <i>N</i> = 59)			
	OLS				Robust			
	Bereinigt				Bereinigt			
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert		
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>								
SocEx	-0.05	0.12	-0.43	0.10	0.12	0.86		
SocNChr	-0.59***	0.16	-3.70	-0.63**	0.24	-2.57		
SocChr	0.67***	0.19	3.52	0.91***	0.26	3.46		
Christ	-3.54**	1.67	-2.12	-6.52***	1.91	-3.42		
<i>Ökon. Performanz:</i>								
StabBIP	-0.53**	0.23	-2.34	-0.72***	0.22	-3.26		
<i>Polit. Performanz:</i>								
DemHist	0.08***	0.03	2.73	0.09***	0.02	3.86		
CiPolib	-1.63**	0.69	-2.37	-2.18***	0.69	-3.15		
MultiParty	-6.21**	2.91	-2.13					
Proporz				3.56**	1.75	2.03		
GovEff	0.22***	0.05	4.20	0.20***	0.05	3.96		
<i>Gesell. Bedingungen:</i>								
Konservativ	-6.76***	2.37	-2.85	-6.62**	3.24	-2.04		
<i>Ø-Legitimität:</i>								
Konstante	46.98***	3.05	15.38	40.80***	1.80	22.65		
<i>Modellgüte:</i>								
<i>R</i> <sup>2</sup>	0.61			0.66				
korr. <i>R</i> <sup>2</sup>	0.56			0.60				
BIC	490.71			<i>n.a.</i>				
F-Statistik	<i>F</i> (9, 63) = 11.51***			<i>F</i> (8, 50) = 6.68***				

Legende: \*  $p < .1$ , \*\*  $p < .05$ , \*\*\*  $p < .01$ ;  $n.a.$  = nicht anwendbar

Zwar weisen das Modell ohne China und das Modell mit ausschliesslich Ländern mit Daten zu allen Variablen des Legitimitätsindizes auf relative Stabilität der Resultate hin. Dennoch können sich die Kontrollvariablen zwischen christlichen und nicht-christlichen Ländern unterscheiden. Deshalb werden im Folgenden einzelne Modelle für jede Gruppe berechnet.

#### 7.5.3.2. Modell für christliche Länder

Bei den christlichen Ländern ist ein signifikanter positiver Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität festzustellen (s. Tabelle 7.8). Ebenfalls einen positiven Effekt auf die Legitimität weist die Variable Effektivität der Regierung (*GovEff*) auf. Länder mit einem konservativen Wohlfahrtsregime (*Konservativ*) und insbesondere Transformationsländer (*Transform*) weisen *ceteris paribus* eine tiefere Legitimität als die anderen Länder auf. Überraschenderweise erweisen sich auch bei den christlichen Ländern die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) als einen negativen Einflussfaktor. Dieses Modell kann 64 % der Varianz erklären (das korrigierte  $R^2$  beträgt 56 %).

#### 7.5.3.3. Modell für nicht-christliche Länder

Im Gegensatz zu den christlichen Ländern besteht bei den nicht-christlichen Ländern kein Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und der Legitimität des Staates (s. Tabelle 7.8). Die übrigen Kontrollvariablen unterscheiden sich ebenfalls, nur die Effektivität der Regierung (*GovEff*) erweist sich wie bei den christlichen Ländern als einen signifikanten Prädiktor der Legitimität. Allerdings ist die Effektstärke deutlich tiefer. Während in allen bis anhin vorgestellten Modellen der Effekt zwischen 0.22 und 0.31 betrug, kommt der Koeffizient bei den nicht-christlichen Ländern bei 0.13 zu liegen. Weitere signifikante Prädiktoren für die Legitimität sind in diesem Modell das Wirtschaftswachstum (*BIP*), das die Legitimität positiv beeinflusst und das Vorhandensein eines Mehrparteiensystems (*Multi-Party*), das die Legitimität negativ beeinflusst. Dieses Modell kann 58 % der Varianz in nicht-christlichen Ländern erklären (das korrigierte  $R^2$  beträgt 52 %). Trotz einem kleineren Sample kann also weniger Varianz aufgeklärt werden als im Modell der christlichen Länder.

Tabelle 7.8.: Resultate für die christlichen und die nicht-christlichen Länder

Abhängige Var.: Legitimität	Christ ( $N = 48$ ) OLS bereinigt			Nicht-Christ ( $N = 26$ ) OLS bereinigt		
Variable	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.41**	0.16	2.59			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BIP				1.02**	0.38	2.70
<i>Polit. Performanz:</i>						
CiPoLib	-4.02***	0.85	-4.72			
MultiParty				-8.54***	2.67	-3.20
GovEff	0.29***	0.06	4.76	0.13**	0.05	2.44
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Konservativ	-10.26**	3.79	-2.71			
Transform	-7.49***	2.18	-3.44			
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	41.03***	1.19	34.47	48.11***	2.19	21.95
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.64			0.58		
korr. $R^2$	0.60			0.52		
BIC	317.81			174.85		
F-Statistik	$F(5, 42) = 14.94***$			$F(3, 22) = 10.28***$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$



#### 7.5.4. Modelle für die drei Dimensionen von Legitimität

Die empfundene Legitimität des Staates wurde hier als formativer Index konstruiert. Dies bedeutet, dass die drei Dimensionen Legalität, Rechtfertigung und Einverständnis zusammen die Variable *Legitimität* bilden. Es ist nun möglich, dass sich die Zusammenhänge für diese einzelnen Dimensionen unterschiedlich ausfallen. Aus diesem Grund wurden die Modelle nochmals für jede der drei Dimensionen repliziert. Tabellen 7.9 bis 7.14 geben über die Resultate Auskunft. Aufgrund der Tatsache, dass die Kontrollvariablen in den verschiedenen Gruppen unterschiedlich ausfallen, werden nur die Gruppenmodelle präsentiert.

##### 7.5.4.1. Modelle für die Dimension *Legalität*

Die Resultate für die Modelle mit der abhängigen Variable *Legalität* sind relativ kongruent mit den Resultaten der Modelle mit der abhängigen Variable *Legitimität*, wie Tabelle 7.9 für den Kontrast der westlichen mit den nicht-westlichen Ländern sowie Tabelle 7.10 für den Vergleich der christlich geprägten mit den nicht-christlich geprägten Ländern zeigt. Einzig die Variable zivile und politische Freiheiten (*CiPoLib*) hat keinen negativen Effekt auf die Legalität mit der Ausnahme der nicht-westlichen Staaten. Zudem erweist sich beim Modell für die christlichen Länder eine höhere *Inflation* als einen signifikanten Prädiktor für Legalität. Dies ist theoretisch kaum direkt zu erklären. Deshalb wurde in einem Modell ohne diesen Prädiktor kontrolliert, ob sich die Resultate ändern, wenn diese Variable nicht ins Modell integriert wird. Grundsätzlich ergeben sich keine Änderungen, lediglich der Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität wird etwas stärker. Die Modelle für die Legalität erklären alle weniger Varianz als die Modelle für die Legitimität. Die jeweiligen  $R^2$  variieren zwischen 38 und 91 %. Es fällt auf, dass die Variablen, die in dieser Untersuchung eingesetzt werden, in den westlichen und in den christlich geprägten Ländern deutlich mehr Varianz der Legalität zu erklären in der Lage sind, als in den nicht-westlichen oder nicht-christlich geprägten Ländern (91 % vs. 49 % respektive 75 % vs. 38 %).

##### 7.5.4.2. Modelle für die Dimension *Rechtfertigung*

Die Tabellen 7.11 und 7.12 zeigen die Resultate der Modelle „West“ und „Christ“ mit *Rechtfertigung* als abhängiger Variable. In Bezug zu den Hypothesen B1 und B2 lässt sich

Tabelle 7.9.: Resultate für die Dimension Legalität, Modell „West“

Abhängige Var.: Legalität	West ( $N = 15$ )			Nicht-West ( $N = 59$ )		
	OLS			OLS		
	Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.55***	0.11	4.91			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
LaborPart	0.75***	0.12	6.22			
<i>Polit. Performanz:</i>						
CiPoLib				-2.61**	1.03	-2.55
MultiPart				-9.91***	3.67	-2.70
GovEff				0.31***	0.07	4.42
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	-0.40***	0.08	-5.18			
VertLegi				-6.73***	2.32	-2.90
Konservativ	-9.86***	1.43	-6.88			
<i>Ø-Legalität:</i>						
Konstante	56.92***	0.59	96.40	59.33***	3.68	16.12
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.91			0.49		
korr. $R^2$	0.88			0.46		
BIC	69.79			424.45		
F-Statistik	$F(4, 10) = 26.63^{***}$			$F(4, 54) = 13.19^{***}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

Tabelle 7.10.: Resultate für die Dimension Legalität, Modell „Christ“

Abhängige Var.: Legalität	Christ (N = 46)			Nicht-Christ (N = 26)		
	OLS			OLS		
	Ohne PHL und ARG, bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.48***	0.17	2.81			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
Inflation	0.33***	0.07	4.81			
<i>Polit. Performanz:</i>						
MultiParty	-23.59***	6.60	-3.57	-9.47***	3.36	-2.82
GovEff	0.20***	0.05	3.96	0.20***	0.07	2.84
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Konservativ	-9.32***	3.54	-2.63			
Transform	-8.17***	2.05	-3.98			
<i>Ø-Legalität:</i>						
Konstante	72.18***	6.39	11.30	59.38***	2.78	21.33
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.75			0.38		
korr. $R^2$	0.71			0.32		
BIC	298.54			186.91		
F-Statistik	$F(6, 39) = 21.24^{***}$			$F(2, 23) = 6.95^{***}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

feststellen, dass für die Rechtfertigung nur Hypothese B1 nicht verworfen werden kann. Im Modell der christlich geprägten Länder lässt sich jedoch kein signifikanter Einfluss der Sozialausgaben auf die Rechtfertigung ausmachen<sup>20</sup>. In den westlichen Ländern erweist sich neu die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) als signifikanter Prädiktor, allerdings mit negativem Vorzeichen. Die Resultate der anderen Modelle bleiben relativ stabil, einzig bei den christlich geprägten Ländern kommen die Variablen Wirtschaftswachstum (*BIP*) und Stabilität des Wirtschaftswachstums (*StabBIP*) als zusätzliche signifikante Prädiktoren hinzu, wobei ein höheres Wirtschaftswachstum zu einer höheren Rechtfertigung führt, während die Stabilität des Wirtschaftswachstums einen negativen Koeffizienten aufweist: Je höher und je stabiler das hohe Wachstum, desto tiefer die Rechtfertigung. Auf den ersten Blick mag dies kontra-intuitiv scheinen. Es könnte aber dadurch erklärt werden, dass ein höheres Wachstum von der Bevölkerung bemerkt wird und zu höherem Vertrauen in die Regierung, die Parteien und das Parlament – und somit zu einem höheren Wert auf der Dimension der Rechtfertigung – führt, gleichzeitig findet aber eine Gewöhnung statt: je höher das Wachstum in der Vergangenheit war, desto eher wird tieferes Wachstum als das gewohnte Niveau mit einem negativen Effekt auf die Rechtfertigung bestraft (der negative Effekt der Stabilität des Wirtschaftswachstums ergibt sich ja nach Kontrolle des Wirtschaftswachstums). Bezüglich der aufgeklärten Varianz lässt sich analog zu den Modellen für die abhängige Variable *Legalität* auch für die abhängige Variable *Rechtfertigung* feststellen, dass in den westlichen und christlich geprägten Ländern mehr Varianz aufgeklärt werden kann als in den nicht-westlichen und nicht-christlich geprägten Ländern (97 % vs. 62 % respektive 69 % vs. 34 %). Bei den beiden Modellen für die westlichen und für die nicht-westlichen Länder trat leichte Heteroskedastizität auf, weshalb eine robuste Regression durchgeführt wurde. Auffällig ist dabei der hohe F-Wert, der erreicht wird. Dies liegt daran, dass nur die abhängige Variable multipel imputiert ist, alle anderen Variablen konnten vollständig erhoben werden. Das Modell einer Imputation erzielt einen sehr hohen F-Wert und erhöht so den Durchschnitt enorm<sup>21</sup>.

---

<sup>20</sup>Das Modell mit dem christlich geprägten Sample erweist sich als nicht besonders gut. Einerseits muss Heteroskedastizität festgestellt werden, andererseits sind Ausreisser auszumachen. Deshalb wurde eine robuste Regression durchgeführt und die Ausreisser aus dem Modell eliminiert. Sobald ein Ausreisser ausgeschlossen wird erweist sich dann das Modell als stabil und Heteroskedastizität kann ausgeschlossen werden. Werden weitere Ausreisser ausgeschlossen, bleiben die Resultate stabil. Die Änderungen beziehen sich insbesondere auf die Variablen der ökonomischen Performanz, welche im Modell mit allen Ländern nicht signifikant sind, aber signifikant werden, sobald ein Ausreisser ausgeschlossen wird. Deshalb wird in der Tabelle das Modell ohne Ausreisser präsentiert.

<sup>21</sup>Es wurde kontrolliert, ob dies mit einem Fehler zu tun hat, es scheint aber lediglich Zufall zu sein. Die Koeffizienten verändern sich kaum über die 10 Imputationen, da auch die abhängige Variable nur im Promille-Bereich schwankt. Wird stark gerundet, sodass sich nur noch einige Werte unterscheiden, ergibt sich ein durchschnittlicher F-Wert von 45.56. Das Muster bleibt jedoch gleich, die dritte Imputation weist einen dreimal höheren F-Wert als die Imputation mit dem zweithöchsten F-Wert. Wird die Variable *Konservativ* weggelassen, dann ergibt sich ein F-Test von 15.29, die Koeffizienten und Standardfehler der übrigen Variablen ändern sich nicht in bedeutender Weise.

Tabelle 7.11.: Resultate für die Dimension Rechtfertigung, Modell „West“

Abhängige Var.: Rechtfertigung	West (N = 15) Robust Bereinigt			Nicht-West (N = 57) Robust Ohne AZE und ALB Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.34***	0.07	4.80			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP				-0.62**	0.24	-2.52
LaborPart	1.08***	0.09	12.07			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist	-0.07***	0.01	-5.05			
CiPoLib				-2.30**	1.03	-2.23
MultiPart				-10.45**	4.27	-2.45
GovEff				0.39***	0.08	4.64
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	-0.35***	0.05	-7.12			
VertLegi				-5.78**	2.64	-2.19
Konservativ	-7.73***	0.90	-8.56			
Transform				-5.25**	2.40	-2.19
<i>Ø-Rechtfert.:</i>						
Konstante	42.65***	0.37	115.01	54.41***	4.35	12.50
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.97			0.62		
kor. $R^2$	0.95			0.58		
BIC	n.a.			n.a.		
F-Statistik	$F(5, 9) = 310.37^{***}$ resp. $15.29^{***}$			$F(6, 50) = 13.72^{***}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$ ; n.a. = nicht anwendbar

Tabelle 7.12.: Resultate für die Dimension Rechtfertigung

Abhängige Var.: Rechtfertigung	Christ (N = 45)			Nicht-Christ (N = 26)		
	OLS			OLS		
	Ohne PHL, ZAF und URY Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP	0.22**	0.08	2.69			
BIP				2.02***	0.63	3.22
StabBIP	-0.59**	0.24	-2.40			
<i>Polit. Performanz:</i>						
CiPoLib	-2.72**	0.99	-2.76			
MultiParty	-20.67***	6.21	-3.33			
GovEff	0.16**	0.06	2.60			
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Konservativ	-7.70***	2.64	-2.92			
<i>Ø-Rechtfert.:</i>						
Konstante	56.73***	6.07	9.35	45.44***	2.02	22.49
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.69			0.34		
korr. $R^2$	0.64			0.32		
BIC	287.77			199.33		
F-Statistik	$F(6, 39) = 15.45***$			$F(1, 24) = 12.92***$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 7.5.4.3. Modelle für die Dimension *Einverständnis*

Die Dimension *Einverständnis* wurde nur mit einer Variable operationalisiert, nämlich mit dem generalisierten Vertrauen. Wie in den Tabellen 7.13 und 7.14 ersichtlich wird, ist der in den Hypothesen B1 und B2 postulierte Unterschied im Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität am deutlichsten für die Dimension *Einverständnis*, hier operationalisiert durch das generalisierte Vertrauen. Dies gilt aber nicht nur für den Zusammenhang zwischen den Sozialausgaben und dem generalisierten Vertrauen, sondern für alle Variablen.

In den westlichen Ländern erweist sich ein starker positiver Zusammenhang zwischen *Sozialausgaben* und dem generalisierten Vertrauen. Ein Proporzsystem (*Proporz*), die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) und die Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) beeinflussen das generalisierte Vertrauen positiv. Das Wirtschaftswachstum (*BIP*) beeinflusst das generalisierte Vertrauen negativ und in konservativen Wohlfahrtsregimes (*Konservativ*) ist das Niveau an generalisiertem Vertrauen tiefer als in den anderen Ländern.

In den nicht-westlichen Ländern lässt sich kein Prädiktor für das generalisierte Vertrauen auf dem 5 %-Signifikanzniveau ausmachen. Die vertikale Legitimität (*VertLegi*) beeinflusst das generalisierte Vertrauen positiv, der Effekt ist aber nur auf dem 10 %-Niveau signifikant.

In den christlichen Ländern besteht ebenfalls ein positiver Effekt der Sozialleistungen auf das generalisierte Vertrauen. Weitere positive Prädiktoren für das generalisierte Vertrauen sind das Bruttosozialprodukt (*BSP*), die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*), ein Proporzsystem (*Proporz*) und der Anteil an städtischer Bevölkerung (*Urban*). Negative Prädiktoren sind die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*), ein konservatives Wohlfahrtsregime (*Konservativ*) und – neu – föderale Systeme (*Föederal*). Föderale Systeme haben also einen negativen Einfluss auf das generalisierte Vertrauen. Dies könnte, wie bereits im Abschnitt 7.2.2.2 erwähnt, darauf zurückzuführen sein, dass überall dort föderale Systeme eingeführt werden, wo die Staaten mit grösseren *Cleavages* konfrontiert sind und das föderale System dazu dienen soll, dass überhaupt eine gemeinsame Regierung in allen Gruppen akzeptiert wird. Dieses Resultat steht in Einklang mit dem Resultat von Norris (1999c, S. 232).

Das Modell für die nicht-christlichen Länder entspricht dem Modell für die nicht-westlichen Länder. Die für die anderen Dimensionen der Legitimität festgestellte unterschiedliche Erklärungskraft der Modelle für die westlichen und christlich geprägten Länder versus

die nicht-westlichen und nicht-christlich geprägten Länder zeigt sich in diesen Modellen noch ausgeprägter. Während das generalisierte Vertrauen in den westlichen und christlich geprägten Ländern relativ gut erklärt werden kann, weisen die Modelle für die nicht-westlichen und nicht-christlichen Länder keine Erklärungskraft auf (Varianzaufklärung von 84 % vs. 5 % respektive 84 % vs. 14 %).

Tabelle 7.13.: Resultate für die Dimension Einverständnis, Modell „West“

Abhängige Var.: Einverständnis	West (N = 15) OLS Bereinigt			Nicht-West (N = 59) OLS Bereinigt (erweitert auf 10%-Niveau)		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	2.06***	0.25	8.23			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BIP	-3.28**	1.33	-2.47			
LaborPart	1.84***	0.38	4.80			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist	0.27***	0.06	4.30			
Proporz	22.16***	3.21	6.91			
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
VertLegi				4.65*	2.62	1.77
Konservativ	-9.22**	3.33	-2.77			
<i>Ø-Einverständnis:</i>						
Konstante	27.32***	2.80	9.77	17.07***	2.08	8.22
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.97			0.05		
korr. $R^2$	0.94			0.04		
BIC	96.37			442.17		
F-Statistik	$F(6, 8) = 38.87^{***}$			$F(1, 57) = 3.15^*$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 7.5.4.4. Zusammenfassung der einzelnen Dimensionen als abhängige Variablen

Wie bereits für den Index für die Legitimität des Staates zeigt sich in allen Modellen für die einzelnen Dimensionen des Indizes, dass die in dieser Studie eingesetzten unabhängigen Variablen die Varianz der jeweiligen abhängigen Variablen (also Legitimität, Legalität, Rechtfertigung und Einverständnis) in den westlichen Ländern deutlich besser aufklären als in den nicht-westlichen Ländern. Dies hängt natürlich damit zusammen, dass die Kontrollvariablen mit Blick auf bereits existierende Forschung ausgewählt wurden. Bisher fokussierte



Tabelle 7.14.: Resultate für die Dimension Einverständnis, Modell „Christ“

Abhängige Var.: Einverständnis	Christ (N = 48)			Nicht-Christ (N = 26)		
	OLS			OLS		
	Bereinigt			Bereinigt (erweitert auf 10%-Niveau)		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.47**	0.19	2.45			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP	0.49**	0.19	2.54			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist	0.20***	0.06	3.56			
CiPoLib	-2.96***	0.99	-2.99			
Proporz	14.08***	2.87	4.90			
Föderation	-8.54***	2.83	-3.02			
<i>Gesell. Bedingungen:</i>						
Urban	0.17**	0.07	2.31			
VertLegi				9.22*	4.72	1.95
Konservativ	-9.86**	4.55	-2.17			
<i>Ø-Einverständnis:</i>						
Konstante	17.24***	2.59	6.64	17.29***	3.34	5.18
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.84			0.14		
korr. $R^2$	0.80			0.10		
BIC	347.09			207.62		
F-Statistik	$F(8, 39) = 25.46^{***}$			$F(1, 24) = 3.81^*$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

die Forschung vor allem auf die westlichen Länder, weshalb dieses Ergebnis nicht besonders überraschend ist. Dennoch kann gesagt werden, dass in den nicht-westlichen Ländern andere Faktoren die Legitimität, Legalität, Rechtfertigung oder das Einverständnis beeinflussen als in den westlichen Ländern. Es ist also weitere Forschung vonnöten, um die Determinanten von politischem und generalisiertem Vertrauen in nicht-westlichen Ländern ausfindig zu machen.

Bei dem Kontrast zwischen christlich geprägten und nicht-christlich geprägten Ländern kommt diese Tatsache erst zum Vorschein, wenn die einzelnen Dimensionen von Legitimität betrachtet werden. Während die Analyse des Legitimitätsindex in beiden Gruppen eine ähnlich grosse Varianzaufklärung erzielt, zeigt sich bei der Analyse der einzelnen Dimensionen ein deutlicher Unterschied der beiden Gruppen: Die Varianzaufklärung in den christlich geprägten Ländern ist mindestens doppelt so gross wie jene in den nicht-christlich geprägten Ländern. Dies hängt damit zusammen, dass in der christlich geprägten Gruppe die Kontrollvariablen die einzelnen Dimensionen etwa ähnlich beeinflussen und die Effekte, die nur eine Dimension beeinflussen, sich bei der Analyse des Legitimitätsindex gegenseitig kompensieren. Die einzelnen Dimensionen werden jedoch in der nicht-christlich geprägten Gruppe durch unterschiedliche Faktoren beeinflusst, die bei der Analyse des Legitimitätsindex alle auch signifikant sind und sich so aufsummieren. Dies bedeutet, dass die Variablen, die in dieser Studie eingesetzt werden, in christlich geprägten Ländern durchaus Erklärungskraft besitzen. Es gilt also, insbesondere die Determinanten der einzelnen Dimensionen von Legitimität in nicht-christlichen Ländern in zukünftiger Forschung genauer zu beleuchten.

Zudem lässt sich festhalten, dass der durch die beiden Kontrastgruppen moderierte Effekt der Sozialleistungen auf die Legitimität und die einzelnen Dimensionen sehr stabil ist. Für jede abhängige Variable zeigt sich in den westlichen Ländern ein positiver Effekt der Sozialausgaben, während sich in den nicht-westlichen Ländern kein solcher Effekt feststellen lässt. Der stärkste Unterschied des Effektes zeigt sich bei der Dimension *Einverständnis*. Bei der Kontrastierung der christlich geprägten Länder mit den nicht-christlich geprägten Ländern zeigt sich ein solcher Unterschied bei den Dimensionen *Legalität* und *Einverständnis*, nicht jedoch bei der Dimension *Rechtfertigung*: Weder in den christlich geprägten noch in den nicht-christlich geprägten Ländern ist ein Effekt der Sozialausgaben auf die *Rechtfertigung* auszumachen. Dies weist darauf hin, dass die Sozialleistungen eher die Beurteilung der *Legalität*, also der Gesetzeslage und deren Umsetzung, als die Beurteilung des politischen Systems beeinflussen. Zudem fördern sie ein Klima des gegenseitigen Vertrauens. Auch in den westlichen Ländern ist der Einfluss der Sozialausgaben auf die Dimension der *Rechtfertigung* am geringsten.

Im Folgenden sei noch auf die übrigen Determinanten der Dimensionen hingewiesen. Da aber der Zusammenhang der Wohlfahrtsleistungen mit der Legitimität und dessen kulturelle Moderation im Fokus dieser Arbeit liegt, wird aus Platzgründen nur auf die auffälligsten Variablen eingegangen. Die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Effekten der Determinanten auf die einzelnen Dimensionen lässt jedoch einiges über die Variable *Legitimität* und ihre Zusammensetzung lernen. Deshalb wird dennoch auf diese anderen Determinanten eingegangen.

In den westlichen Ländern zeigt sich, dass die Langfristigkeit der Demokratie einen negativen Effekt auf die Dimension *Rechtfertigung* hat. Dies mag auf den ersten Blick überraschen, steht aber in Einklang mit der Erkenntnis der politikwissenschaftlichen Forschung, dass mit den Jahren in den Demokratien einerseits die Erwartungen insbesondere an die Regierung steigen und andererseits eine kritischere Einstellung gegenüber der Regierung festzustellen ist (vgl. z. B. Norris, 1999b; Dalton, 2004). Die Dimension *Rechtfertigung* wird durch das Vertrauen in die Regierung, die Parteien und das Parlament gemessen. Der negative Effekt der Langfristigkeit der Demokratie auf diese Dimension reflektiert also die höhere Erwartung der Bürger in jenen Ländern mit einer langwährenden Demokratie. Im Gegensatz dazu zeigt sich ein positiver Effekt der Langfristigkeit der Demokratie auf die Dimension *Einverständnis*. Je länger in einem Land Demokratie vorherrscht, desto eher vertrauen die Bürger den generalisierten Anderen. Demokratie erweist sich also als Schmiermittel für eine Vertrauensgesellschaft. Der positive Effekt ist hier etwas grösser als der negative Effekt auf die Dimension *Rechtfertigung*, allerdings gleichen sich diese beiden Effekte aus und die Langfristigkeit der Demokratie hat keinen signifikanten Effekt auf die Legitimität. In etwas abgeschwächter Form gilt diese Erkenntnis auch für die christlich geprägten Länder. Zwar hat die Langfristigkeit der Demokratie keinen negativen Effekt auf die Dimension *Rechtfertigung*, sie hat jedoch einen positiven Effekt auf das generalisierte Vertrauen (Dimension *Einverständnis*), während der Effekt auf den Legitimitätsindex nicht signifikant ist, da der Effekt durch die beiden anderen Dimensionen abgeschwächt wird.

Ähnliches gilt für den Zusammenhang zwischen einem Proporzsystem und der Legitimität: Proporzsysteme haben einen starken Einfluss auf das generalisierte Vertrauen in den westlichen und christlich geprägten Ländern. Die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen in das politische System führt also in starkem Masse zu erhöhtem Vertrauen in die anderen Menschen. Die Variable hat aber keinen Effekt auf die anderen beiden Dimensionen des Legitimitätsindizes. Somit bleibt nur in der westlichen Gruppe ein schwacher Effekt auf den gesamten Legitimitätsindex bestehen. In den christlich geprägten Ländern besteht zudem der gegenteilige Effekt für föderale Systeme. Diese haben nur einen Effekt auf die Dimensi-

on *Einverständnis*. Hier kommt zum Tragen, dass föderale Systeme überall dort eingeführt werden, wo das Vorhandensein von *Cleavages* ein solches föderales System nötig macht (Norris, 1999c, S. 232). Ein durch solche Gruppenteilung geprägtes System zeichnet sich offensichtlich auch durch ein tieferes generalisiertes Vertrauen aus. Die westlichen föderalen Länder scheinen erfolgreicher zwischen den *Cleavages* zu vermitteln als die nicht-westlichen christlich geprägten föderalen Staaten (Argentinien, Brasilien, Mexiko, Russland, Südafrika und Venezuela).

Schliesslich sei noch auf den Effekt der Effektivität der Regierung hingewiesen: Dieser Effekt lässt sich nur auf die beiden Dimensionen *Legalität* und *Rechtfertigung* feststellen. Dies macht durchaus Sinn, da es sich hierbei um die Dimensionen handelt, die direkt mit dem politischen System in Verbindung gebracht werden können<sup>22</sup>.

Bezüglich der Dimension *Einverständnis* lässt sich ausserdem festhalten, dass für die nicht-westlichen und nicht-christlichen Länder mit den in dieser Arbeit verwendeten erklärenden Variablen kaum Varianz erklärt werden kann. Hier zeigt sich, dass insbesondere bezüglich der Determinanten des generalisierten Vertrauens in nicht-westlichen Ländern mehr Forschung nötig ist.

### 7.5.5. Modelle mit alternativen Operationalisierungen für die zentralen Variablen

Um die Robustheit der Resultate zu überprüfen, werden die beiden zentralen Variablen mit einer alternativen Operationalisierung gemessen: Die Legitimität des Staates *politische Stabilität* gemessen und die Wohlfahrtsleistungen durch *Armutsreduktion*. Legitimität wird häufig mit politischer Stabilität in Verbindung gebracht: Ist ein Staat legitim, wird erwartet, dass der Staat und auch die Regierung auf mehr Unterstützung zählen kann und deshalb eher stabil bleibt (vgl. z. B. Gamson, 1968, S. 191; Dalton, 2004, S. 10). Die *politische Stabilität* wird in dieser Untersuchung durch den Index „Political Stability and Absence of Violence“ der *Worldwide Governance Indicators* gemessen (Kaufmann et al., 2010). Das Konzept der politischen Stabilität ist dennoch vom Konzept der Legitimität zu unterscheiden, nur schon aufgrund der Tatsache, dass die Anwesenheit von einer kleinen gewalttätigen Minderheit für sehr tiefe Werte auf dem Index sorgen kann (z. B. der Baskenkonflikt in Spanien), während bei dem Konzept der empfundenen Legitimität eher die Mehrheit betont wird: Die empfundene Legitimität basiert auf dem Urteil der gesamten

---

<sup>22</sup>Der Effekt der Effektivität der Regierung lässt sich auch in den westlichen Ländern feststellen. Aufgrund der Multikollinearität mit der Variable *Arbeitsbeteiligung* musste diese Variable jedoch ausgeschlossen werden (das Modell mit der Effektivität der Regierung wies deutlich schlechtere Werte der Informationskriterien auf als das in dieser Arbeit präsentierte Modell mit der Arbeitsbeteiligung).

Bevölkerung und nicht von kleinen Gruppen. Ebenfalls möglich ist es, dass sich ein Regime mittels Drohung und Korruption an der Macht hält und so weder Legitimität erreicht noch politische Instabilität riskiert (beispielsweise Malaysia).

Wie bereits in Abschnitt 3.4.2 angekündigt, werden die Wohlfahrtsleistungen zur Kontrolle durch die Armutsreduktion operationalisiert. Die Daten entstammen dem *World Labour Report 2000* der ILO (2000, S. 41-42). Dies ist ein idealer Indikator für die Wohlfahrtsleistungen eines Staates, da damit direkt die intendierte Wirkung gemessen wird. Leider sind nur für wenige Länder Daten vorhanden. Das Sample unterscheidet sich deshalb in der Zusammensetzung stark (auch bezüglich des abgedeckten Zeitraumes).

#### 7.5.5.1. Modell für die politische Stabilität

Wie erwartet unterscheiden sich die Resultate von den obigen Modellen, wenn als abhängige Variable die *politische Stabilität* eingeführt wird. Der Effekt der Sozialausgaben auf die politische Stabilität ist nicht nur in den westlichen Ländern vorhanden, sondern besteht auch in den nicht-westlichen Ländern, allerdings ist dieser weniger stark als in den westlichen Ländern (s. Tabelle 7.15). Das Vorhandensein eines sozialen Sicherungsnetzes hat also einen positiven Effekt auf die Befriedung von virulenten Konflikten in der Bevölkerung. In den westlichen Ländern hat ein höheres stabiles Wirtschaftswachstum (*BIP* und *StabBIP*) und ein höheres Bruttosozialprodukt (*BSP*) sowie ein grösserer Anteil an urbaner Bevölkerung (*Urban*) einen negativen Effekt auf die politische Stabilität; eine höhere Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*)<sup>23</sup> und ein Proporzsystem (*Proporz*) haben einen positiven Effekt auf die politische Stabilität. In den nicht-westlichen Ländern haben neben den Sozialausgaben (*SocEx*) die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) sowie die Effektivität der Regierung (*GovEff*) einen positiven Einfluss auf die politische Stabilität, eine höhere Arbeitslosigkeit (*Unemp*) sowie ein konstant hohes Wirtschaftswachstum (*StabBIP*) haben einen negativen Einfluss auf die politische Stabilität. Es fällt auf, dass die westlichen Länder

---

<sup>23</sup>Dies ist die einzige Variable, die neben den Sozialausgaben signifikant bleibt, wenn die Anzahl der Prädiktoren verringert wird (s. Tabelle 7.15). Wird nämlich eine der anderen Variablen aus dem Modell entfernt, bleiben nur noch die Sozialausgaben und die Arbeitsbeteiligung als signifikante Prädiktoren übrig. Das vollständige Modell enthält eine grosse Anzahl von Regressoren für die kleine Samplegrösse. Eine konservative Interpretation der Ergebnisse kann sich also auf die beiden Prädiktoren Sozialausgaben und Arbeitsbeteiligung beschränken. Die Antwort auf die zentrale Frage dieser Untersuchung, nämlich, ob die Sozialausgaben einen positiven Effekt auf die politische Stabilität haben, bleibt die gleiche, weshalb aus Gründen der Anschaulichkeit beide Modelle präsentiert werden.

eine deutlich höhere durchschnittliche politische Stabilität aufweisen (*Konstante*=68) als die nicht-westlichen Länder (*Konstante*=39)<sup>24</sup>.

Im Modell, das zwischen christlich und nicht-christlich geprägten Ländern unterscheidet, zeigt sich wie in den Modellen für die empfundene Legitimität des Staates, dass in den christlich geprägten Ländern ein positiver Effekt der Sozialausgaben (*SocEx*) auf die politische Stabilität besteht, während in den nicht-christlich geprägten Ländern kein solcher Effekt festgestellt werden kann (s. Tabelle 7.16). In diesen Modellen ergeben sich auch die erwarteten Effekte der Kontrollvariablen: die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) erweisen sich wieder als signifikanter positiver Prädiktor von politischer Stabilität. Dies ist allerdings nicht überraschend, da diese gewissermassen in die Operationalisierung von politischer Stabilität einfließen<sup>25</sup>. In den christlich geprägten Ländern erweist sich – neben den Sozialausgaben und den zivilen und politischen Freiheiten – die Effektivität der Regierung (*GovEff*) als signifikanter Prädiktor; in den nicht-christlich geprägten Ländern beeinflusst – neben den zivilen und politischen Freiheiten – das Bruttosozialprodukt (*BSP*) die politische Stabilität positiv. Auch bei diesem Vergleich der zwei kulturellen Gruppen fällt auf, dass die christlich geprägten Länder eine höhere durchschnittliche politische Stabilität aufweisen als die nicht-christlich geprägten Länder (*Konstante*=55 vs. *Konstante*=33)<sup>26</sup>.

Alle vier Modelle können grossen Anteil der Varianz erklären: Das Modell der westlichen Länder erklärt 97 % (korrigiertes  $R^2$  95 %) der Varianz in der vollen und 53 % (45 %) in der reduzierten Version, das Modell der nicht-westlichen Länder erklärt 69 % (66 %) der Varianz. Bei den christlich geprägten Ländern werden 73 % (71 %) und bei den nicht-christlich geprägten Ländern 56 % (52 %) der Varianz aufgeklärt.

---

<sup>24</sup>Da alle nicht-dichotomen Variablen in zentrierter Form in die Gleichung einfließen, lässt sich die Konstante als durchschnittlichen Wert der politische Stabilität bei durchschnittlichen Ausprägungen der Kontrollvariablen und bei Nichtzutreffen der dichotomen Variablen interpretieren.

<sup>25</sup>Zwar wird der *Freedom House Index* nicht direkt benutzt, die Variablen, welche aus anderen Untersuchungen für die Konstruktion des Indizes für politische Stabilität verwendet wurden, ziehen aber ähnliche Informationen bei, die der *Freedom House Index* ebenfalls benutzt respektive zu operationalisieren versucht (z.B. die Häufigkeit von Folter oder das „Verschwindenlassen“ von politischen Gegnern).

<sup>26</sup>Das Modell für die nicht-christlich geprägten Länder weist zudem sehr leichte Autokorrelation der Residuen auf (die Durbin-Watson d-Statistik liegt zwischen *Lower* und *Upper Limit*, allerdings nahe beim *Lower Limit*. Die Überprüfung für nicht-lineare Zusammenhänge der Variablen brachte allerdings nichts Verdächtigtes hervor. Vielmehr scheint der Grund darin zu liegen, dass eine wichtige erklärende Variable fehlt. Da es aber nicht darum geht, die Determinanten der politischen Stabilität ausfindig zu machen, sondern lediglich darum, zu überprüfen, ob sich der Unterschied zwischen dem Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität auch mit der politischen Stabilität replizieren lässt, wird auf eine perfekte Modellbildung verzichtet, zumal die Autokorrelationen gering sind.

Tabelle 7.15.: Resultate für politische Stabilität, Modell „West“

Abhängige Var.: PolStab	West (N = 15)				Nicht-West (N = 59)			
	OLS				OLS			
	Alle signifikanten Variablen		Wichtigste Variablen		Bereinigt			
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>								
SocEx	2.33***	0.23	10.02	1.66**	0.67	2.50	0.93***	0.30
<i>Ökon. Performanz:</i>								
BSP	-1.18***	0.23	-5.23					
BIP	-10.48***	1.53	-6.84					
StabBIP	-6.20***	1.39	-4.46				-1.24**	0.59
Unemp							-0.87**	0.37
LaborPart	5.41***	0.41	13.19	2.44***	0.71	3.44		
<i>Polit. Performanz:</i>								
CiPoLib							6.30***	1.41
Proporz	12.83***	2.66	4.83					
GovEff							0.29**	0.12
<i>Gesell. Bedingungen:</i>								
Urban	-0.68***	0.17	-3.87					
<i>Ø-PolStab:</i>								
Konstante	68.12***	2.21	30.78	77.53***	3.33	23.27	39.32***	1.76
<i>Modellgüte:</i>								
$R^2$	0.97			0.53			0.69	
korr. $R^2$	0.95			0.45			0.66	
BIC	94.86			124.07			492.48	
F-Statistik	$F(7, 7) = 35.95***$			$F(2, 12) = 6.82**$			$F(5, 53) = 23.39***$	

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

Tabelle 7.16.: Resultate für politische Stabilität, Modell „Christ“

Abhängige Var.: PolStab	Christ (N = 48)			Nicht-Christ (N = 26)		
	OLS			OLS		
	Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
SocEx	0.82**	0.31	2.63			
<i>Ökon. Performanz:</i>						
BSP				0.94**	0.44	2.15
<i>Polit. Performanz:</i>						
CiPoLib	5.71**	2.19	2.61	5.93***	2.11	2.80
GovEff	0.39***	0.14	2.75			
<i>Ø-PolStab:</i>						
Konstante	54.90***	2.07	26.57	32.62***	2.89	11.31
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.73			0.56		
korr. $R^2$	0.71			0.52		
BIC	403.00			220.17		
F-Statistik	$F(3, 44) = 38.80***$			$F(2, 23) = 14.68***$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 7.5.5.2. Modell mit Armutsreduktion

Wie bereits bei der Operationalisierung der Variable *Wohlfahrtsleistung* erwähnt (s. Abschnitt 3.4.2), sind die Sozialausgaben nicht die optimale Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen, da die Höhe der Ausgaben nichts über die Qualität und Wirkung der angebotenen Leistungen aussagt. Aussagekräftiger wäre eine Operationalisierung mittels eines Indikators, der die Armutsreduktion beziffert, die durch die Wohlfahrtsleistungen erreicht werden konnte. Ein solcher Indikator ist vorhanden, leider aber nur für wenige Länder und Zeitpunkte verfügbar, weshalb in den vorhergehenden Modellen dennoch die Sozialausgaben als Indikator für die Wohlfahrtsleistungen eingesetzt wurden. Trotz der geringen Verfügbarkeit der Armutsreduktion kann anhand der Länder mit vorhandenen Daten geprüft werden, ob sich die gefundenen Zusammenhänge replizieren lassen. Anhang A.2.2.2 listet die Länder, die in diese Modelle einbezogen werden konnten, mit dem Zeitpunkt der Erhebung der Daten zur Armutsreduktion auf.

Das Modell, das alle Länder einbezieht, die Daten zum Legitimitätsindex und zur Armutsreduktion aufweisen, zeigt, dass lediglich die Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) einen Effekt auf die Legitimität dieser Länderauswahl aufweisen kann. Der Einfluss der Armutsreduktion



erweist sich als nicht signifikant (s. Tabelle 7.17). Dennoch erklärt dieses Modell bereits 48 % der Varianz von Legitimität in dieser Länderauswahl. Werden nur westliche Länder in die Analyse einbezogen, reduziert sich die Anzahl der Länder auf zwölf. Dabei erweist sich die Armutsreduktion (*PovRed*) als signifikanter Prädiktor der Legitimität. Auch die Langfristigkeit der Demokratie (*DemHist*) erweist sich hier als positiver Einflussfaktor. Dies überrascht, da sonst die Demokratie nicht als positiver Prädiktor der Legitimität in den westlichen Ländern aufgefallen ist. Dies hängt damit zusammen, dass die Inklusion der Armutsreduktion zur Insignifikanz der Variable Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) führte. Wird die Arbeitsbeteiligung (trotz Insignifikanz) ins Modell inkludiert, sinkt der Effekt der Langfristigkeit der Demokratie um einen Drittel und wird insignifikant. Die weiteren Kontrollvariablen des Modells für westliche Länder mit den Sozialausgaben (*SocEx*) als Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen (s. Tabelle 7.4) führen ebenfalls zur Verringerung des Effektes der Langfristigkeit der Demokratie, allerdings in weniger starkem Masse. Sie üben allerdings ebenfalls keinen signifikanten Effekt auf die Legitimität mehr aus, wenn die Armutsreduktion als Operationalisierung für die Wohlfahrtsleistungen verwendet wird<sup>27</sup>. Für dieses Phänomen könnte folgende Erklärung angebracht werden: Sobald kontrolliert wird, wie erfolgreich ein Land die Armut reduziert, spielt die Arbeitsbeteiligung, die ein Land erreicht, keine Rolle mehr für das Empfinden von Legitimität, es ist ja dann für jene gesorgt, die sich nicht am Arbeitsprozess beteiligen (können). Während die Arbeitsbeteiligung ein wirtschaftlicher Faktor ist, der nicht zwingend durch Demokratie legitimiert werden muss(te), ist die Armutsreduktion ein politischer Faktor, der durch demokratische Prozesse legitimiert werden muss. Länder, die auf eine lange währende Demokratie zurück blicken können, sind deshalb legitimer – kontrolliert nach der Armutsreduktion.

Bezüglich der Hypothesen lassen sich die gleichen Schlussfolgerungen ziehen, wie mit den Sozialausgaben als Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen: Die Hypothese A muss nicht verworfen werden. Es besteht kein Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität in dem Gesamtsample. Zudem muss die Hypothese B1 nicht verworfen werden, da ein positiver Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität im Sample der westlichen Länder nachgewiesen werden konnte.

Alles in allem lässt sich festhalten, dass das Modell deutlich weniger Varianz zu erklären vermag als das Modell mit den Sozialausgaben als Operationalisierung von Wohlfahrtsleistungen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass das Modell auf weniger Länder

---

<sup>27</sup>Es kann ausgeschlossen werden, dass die drei westlichen Länder, für welche keine Daten zur Armutsreduktion verfügbar sind, für das unterschiedliche Resultat verantwortlich sind. Das Modell aus Tabelle 7.4 kann auch mit den zwölf verbleibenden Ländern repliziert werden. Die Koeffizienten unterscheiden sich dabei nur marginal

Tabelle 7.17.: Resultate mit Armutsreduktion

Abhängige Var.: Legitimität	Alle Länder ( $N = 16$ )			West ( $N = 12$ )		
	OLS			OLS		
	Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Wohlfahrtsleistungen:</i>						
PovRed				0.54**	0.16	3.32
<i>Ökon. Performanz:</i>						
LaborPart	1.01***	0.28	3.61			
<i>Polit. Performanz:</i>						
DemHist				0.15**	0.05	2.88
<i>Ø-Legitimität:</i>						
Konstante	-45.06***	1.87	24.14	42.36***	1.97	21.53
<i>Modellgüte:</i>						
$R^2$	0.48			0.61		
korrr. $R^2$	0.45			0.52		
BIC	113.12			79.42		
F-Statistik	$F(1, 14) = 13.03^{***}$			$F(2, 9) = 6.96^{**}$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

zurückgreifen kann und deshalb die eine oder andere Variable als nicht signifikant erscheint, die in einem grösseren Sample auf ein akzeptables Signifikanzniveau kommen würde. Dies würde dann zu einer grösseren Varianzaufklärung führen<sup>28</sup>. Es muss ausserdem erwähnt werden, dass der Zeitabstand zwischen der Erhebung der Daten für die Armutsreduktion und der Erhebung der Daten für den Legitimitätsindex teilweise sehr gross ist.

### 7.5.5.3. Modell mit den verschiedenen Wohlfahrtsregimes

Mit den in Abschnitt 7.1 formulierten Hypothesen werden gleichzeitig die sozialdemokratische, die machtkritische und die historisch-integrative Position getestet. Bezüglich der wertorientierten Position lässt sich nicht direkt eine Schlussfolgerung ziehen. Diese postuliert nämlich, dass sich die verschiedenen Wohlfahrtsregimes in der Höhe der Legitimität nicht unterscheiden, sondern dass die verschiedenen Werte in den jeweiligen Ländern zu unterschiedlichen Zielen der Wohlfahrtspolitik führen. Somit kann mit einem schwächeren

<sup>28</sup>Bereits die Inklusion der (insignifikanten) Dummy-Variable für konservative Wohlfahrtssysteme würde zu einem  $R^2$  von 0.72 führen und somit die Varianzaufklärung auf das Niveau des reduzierten Modelles der westlichen Länder mit den Sozialausgaben als Operationalisierung für die Wohlfahrtsleistungen heben.

Wohlfahrtsstaat dieselbe Legitimität erreicht werden wie mit einem voll ausgebauten, sofern dies die Werte der Gesellschaft so fordern. Dies postuliert die Hypothese B3 aus Abschnitt 7.1.

Erste Evidenz gegen die wertorientierte Position stellt der Befund dar, dass sich in den oben präsentierten Modellen die Legitimität in konservativen Wohlfahrtsregimes stets als signifikant tiefer erwies. Um die wertorientierte Position nun etwas genauer zu prüfen, wird ein Modell präsentiert, das die Wohlfahrtsregimes<sup>29</sup> anstelle der Sozialausgaben als abhängige Variable präsentiert (welche Länder welchem Regime zugeordnet wurden, ist im Anhang A.2.2.3 aufgeführt). Dies stellt zugleich ein weiterer Test der Operationalisierung der Wohlfahrtsleistungen dar, da häufig argumentiert wird, dass die Sozialausgaben die unterschiedliche Qualität der Wohlfahrtsleistungen zu wenig berücksichtige. Auch die Operationalisierung durch die Armutsreduktion bezieht nur einen Aspekt ein, nämlich die Reduktion des Anteils der ärmsten Bevölkerungsgruppe. Der Wohlfahrtsstaat bietet aber Leistungen an, die über das Ziel der Armutsreduktion hinausgehen.

Betrachtet man zunächst die unterschiedliche Höhe der Legitimität in den verschiedenen Regimes, fallen deutliche Unterschiede auf (s. Tabelle 7.18). Die Legitimität in Ländern mit einem sozialdemokratischen Regime erweist sich als deutlich höher als die Legitimität in Ländern mit anderen Regimes. Die Transformationsländer weisen – nicht überraschend – die tiefste Legitimität auf. Ebenfalls durch eine relativ tiefe Legitimität zeichnen sich die Länder mit konservativem oder mediterranem Regime aus.

Wird nun nach denselben Kontrollvariablen wie in den vorhergehenden Modellen kontrolliert, ändert sich das Bild bezüglich der Legitimitätsunterschiede zwischen den Regimetypen kaum. Dabei erweisen sich Proporzsysteme (*Proporz*), die Effektivität der Regierung (*GovEff*) und die *Inflation* als signifikante positive Prädiktoren. Bei diesem Modell lassen sich zwei Ausreisser feststellen: Kroatien und Japan. Aus diesem Grund zeigt Tabelle 7.18 auch die Resultate des Modells ohne diese beiden Ausreisser. Es ändert sich kaum etwas an den Koeffizienten, lediglich die liberalen Staaten erweisen sich aufgrund des Ausschlusses von Japan als etwas legitimer.

Da in erster Linie die Unterschiede der Legitimität der verschiedenen Regimes interessieren, zeigt Tabelle 7.19 die linearen Kombinationen der Koeffizienten der Regimetypen. Nach wie vor erweisen sich die Länder mit sozialdemokratischem Regime als deutlich legitimer als die

---

<sup>29</sup> Als Wohlfahrtsregimes werden nur Länder mit christlichem Hintergrund einbezogen, da die wertorientierte Position nichts über nicht-christliche Länder aussagt. Dies betrifft nur zwei Transformationsländer, nämlich Albanien und Aserbaidschan, die nicht in die Analyse der Wohlfahrtsregimes einfließen, in den anderen Modellen aber als Transformationsländer geführt werden.

Tabelle 7.18.: Modell mit Wohlfahrtsregimes

Abhängige Var.:	Nur Regimetypen			Regimetypen und Kontrollvariablen					
	N = 34 OLS			N = 34 OLS Bereinigt			Ohne HRV und JPN, N = 32 OLS Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
Legitimität									
Liberal	-11.14***	3.15	-3.53	-8.22***	2.59	-3.17	-5.40***	1.88	-2.87
Konservativ	-18.93***	3.37	-5.62	-16.55***	2.69	-6.16	-16.21***	1.77	-9.17
Radikal	-12.98***	3.37	-3.85	-11.27***	2.68	-4.21	-10.94***	1.76	-6.20
Mediterran	-18.08***	3.37	-5.37	-16.20***	2.75	-5.92	-16.46***	1.81	-9.10
Transform	-24.92***	2.57	-9.68	-22.51***	2.68	-8.40	-23.77***	1.78	-13.37
Inflation				0.29***	0.08	3.68	0.33***	0.05	6.23
Proporz				4.66**	1.69	2.76	5.80***	1.16	4.99
Goveff				0.11**	0.05	2.32	0.10***	0.03	3.11
Konstante	58.12***	2.38	24.39	52.22***	2.48	21.02	51.66***	1.65	31.36
<i>Modellgüte:</i>									
$R^2$	0.81			0.90			0.96		
kor. $R^2$	0.78			0.87			0.95		
BIC	207.37			196.98			158.90		
F-Statistik	$F(5, 28) = 24.39***$			$F(8, 25) = 27.92***$			$F(8, 23) = 69.39***$		

Legende: \*  $p < .1$ , \*\*  $p < .05$ , \*\*\*  $p < .01$

Tabelle 7.19.: Vergleich der Legitimität der Wohlfahrtsregimes

<b>Regime</b>	<b>Ø-Legitimität</b>	<b>SocDem</b>	<b>Liberal</b>	<b>Konservativ</b>	<b>Radikal</b>	<b>Mediterran</b>
<b>Modell mit Kontrollvariablen (<math>N = 34</math>)</b>						
SocDem	52.22					
Liberal	43.41	−8.22***				
Konservativ	35.35	−16.55***	8.07***			
Radikal	40.46	−11.27***	2.95	−5.11**		
Mediterran	36.31	−16.26***	7.10***	−0.97	4.15	
Transform	29.79	−22.51***	13.92***	5.55**	10.67***	6.52***
<b>Ohne HRV und JPN (<math>N = 32</math>)</b>						
SocDem	51.66					
Liberal	46.01	−5.40***				
Konservativ	35.24	−16.21***	10.76***			
Radikal	40.45	−10.94***	5.55***	−5.21**		
Mediterran	35.26	−16.46***	10.74***	−0.02	5.19***	
Transform	27.90	−23.77***	18.10***	7.34***	12.55***	7.36***

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

anderen Länder. Zudem lassen sich einige signifikante Unterschiede zwischen Regimetypen ausmachen. Es besteht also einige Evidenz gegen die wertorientierte Position. Interessant dabei ist, dass sich im Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsregime und Legitimität Esping-Andersens (1990) Typologie als durchaus haltbar erweist: Die Länder mit liberalem oder radikalem Regime zeichnen sich durch keinen signifikanten Unterschied in der Höhe der Legitimität aus<sup>30</sup>, ebenso wie die Länder mit konservativem oder mediterranem Regime eine ähnliche Legitimität erreichen. Die Transformationsländer zeichnen sich jedoch als vierte Gruppe auch nach Kontrolle der relevanten Prädiktoren durch eine deutlich tiefere Legitimität als alle anderen Länder aus<sup>31</sup>.

Die Hypothese B3 der wertorientierten Position, dass sich die Legitimität zwischen den verschiedenen Regimes nicht unterscheide, da die Ausbildung der Regimes auf entsprechende Werte in der Gesellschaft zurückgeht und die bestehenden Institutionen wiederum im Verlaufe der Geschichte die Werteinstellungen der Bevölkerung prägen, kann also verworfen werden: Es bestehen deutliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes. Das sozialdemokratische Regime erreicht deutlich die höchste Legitimität. Allerdings erreicht auch das liberale Regime hohe Legitimität. Die Länder mit konservativen oder

<sup>30</sup>Werden jedoch Kroatien und Japan aus dem Modell ausgeschlossen, unterscheidet sich die Legitimität zwischen liberalen und radikalen Regimes signifikant.

<sup>31</sup>Hier gilt es anzumerken, dass die Wohlfahrtsregimetypologien nicht in Bezug auf die zu erreichende Legitimität gebildet wurden. Es wird einfach auf diesen durchaus interessanten Umstand hingewiesen.

mediterranem Regime erreichen keine besonders hohe Legitimität, während erwartungsgemäss die Transformationsländer die tiefste Legitimität erreichen.

Bezüglich der Frage, ob Wohlfahrtsleistungen die Legitimität des Staates fördern, kann keine eindeutige Antwort gegeben werden, da ja alle Wohlfahrtsregimes Wohlfahrtsleistungen bieten. Es kann aber durchaus gesagt werden, dass jene Staaten die höchste Legitimität aufweisen, die universale Leistungen anbieten und ein hohes Wohlfahrtsleistungsniveau haben. Dennoch zeigt sich auch, dass die Länder mit einem konservativen Regime, das doch deutlich mehr Leistungen anbietet als das liberale Regime, eine tiefere Legitimität erreichen als Länder mit liberalem Regime. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass zwar in Ländern mit konservativem Regime ein ausgeprägter (und teurer) Wohlfahrtsstaat besteht, jedoch nur ein Teil der Bevölkerung davon profitiert und die Wohlfahrtsziele damit nicht erreicht werden. Dies stimmt mit dem Befunden von Goodin, Headey, Muffels und Dirven (1999, S. 240-258) überein, die ebenfalls zum Schluss kommen, dass die konservativen Regimes ihre (selbstgesteckten) Ziele häufig nicht erreichen.

### 7.6. Zusammenfassung der Makroanalyse

Die Makroanalyse zeichnet ein relativ kohärentes Bild: Trotz unterschiedlicher Operationalisierungen der Legitimität und der Wohlfahrtsleistungen lässt sich festhalten, dass die Resultate bezüglich des Zusammenhangs zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität stabil sind. Es zeichnet sich deutlich eine makrokulturelle Differenzierung dieses Zusammenhangs ab: Sowohl für die Hypothese B1 wie auch die Hypothese B2 konnte Evidenz gefunden werden. Während in westlichen Ländern ein positiver Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität besteht, kann für die nicht-westlichen Länder kein solcher Zusammenhang nachgewiesen werden. Gleiches kann für die Unterscheidung zwischen christlich und nicht-christlich geprägten Ländern nachgewiesen werden. Dieser Unterschied nimmt nur leicht ab, wenn die Legitimität durch die Variable politische Stabilität gemessen wird. Auch wenn die einzelnen Dimensionen der Legitimität betrachtet werden, lassen sich diese Unterschiede wieder finden. Die einzige Ausnahme ist dabei die Dimension *Rechtfertigung*: Die Sozialausgaben haben auch in den christlich geprägten Ländern keinen Effekt auf die *Rechtfertigung*.

Als ein erstes Zwischenfazit kann also festgehalten werden, dass für die historisch-integrative Position empirische Evidenz gefunden werden konnte: Der Wohlfahrtsstaat ist in den westlichen Ländern integraler Bestandteil des Staates (und der Wirtschaft). Einerseits führen

die Wohlfahrtsleistungen durch die Befriedung sozialer Spannungen zu einer erhöhten Legitimität, andererseits wird durch das Unterstützen der ‚Verlierer‘ durch die ‚Gewinner‘ das System auch von den ‚Verlierern‘ akzeptiert. In den christlich geprägten Ländern bildet die individuelle Armutsbekämpfung einen zentralen Punkt im christlichen Legitimationsverständnis, deshalb führen höhere Sozialleistungen zu erhöhter Legitimität. In den nicht-westlichen und nicht-christlich geprägten Ländern haben staatliche Wohlfahrtsleistungen jedoch keinen Effekt auf die Legitimität des Staates in der Bevölkerung. Somit trifft die sozialdemokratische Position zwar für die westlichen und für die christlich-geprägten Länder zu, nicht jedoch für nicht-westliche oder nicht-christliche Länder. Umgekehrt verhält es sich mit der machtkritischen Position: Sie muss für die westlichen und christlich-geprägten Länder abgelehnt werden, kann aber durchaus für die nicht-westlichen, nicht-christlich geprägten Länder zutreffen.

Um die Aussagekraft dieser Positionen genauer zu testen, werden im nächsten Kapitel Mehrebenenanalysen durchgeführt.





## 8. Mehrebenenanalyse

Obwohl sowohl Makroanalysen wie auch Mikroanalysen nach wie vor die häufigste Art von Untersuchungen darstellt, auch wenn es sich um komparative Länderstudien handelt, können diese nur einen ersten Hinweis auf Zusammenhänge geben. Wenn verschiedene kulturelle Gruppen verglichen werden, können sich bei Verwendung der klassischen Methoden wie ANCOVA oder multivariate Regressionsanalysen sowohl statistische wie auch konzeptionelle Probleme ergeben, denn sie beziehen sich immer nur auf eine Ebene, entweder die Individualebene oder die Kultur- respektive Länderebene (vgl. z.B. Snijders & Bosker, 1999, S. 1-3, 13-16). Aus statistischer Perspektive ist das Problem bei der Individualanalyse, dass jedem Individuum in einem entsprechenden Land derselbe Wert für eine länderspezifische Variable zugewiesen wird. Statistisch gesehen wird dann in der Analyse dieser Wert so behandelt, als ob dieser Wert von statistisch unabhängigen Beobachtungen auf individueller Ebene gewonnen wurde. Schwierigkeiten konzeptioneller Art ergeben sich, weil nicht alle Variablen auf der höheren Ebene auf der Individualebene Sinn machen (Fontaine, 2008, S. 72). Die Variable *Grad an Demokratie* macht beispielsweise als Indikator auf der Individualebene keinen Sinn, denn sie stellt ein Charakteristikum eines politischen Systems dar. Wird diese Variable in einem Individualmodell eingeführt, ergibt sich ein Fall eines Disaggregationsfehlers. Analoges kann auch für Makroanalysen festgehalten werden: In Makroanalysen werden Variablen, die auf der Individualebene gemessen wurden, durch Durchschnitte auf die Länderebene aggregiert. Die Bedeutung einer Variable kann sich aber durch diese Aggregation stark ändern (so hat eine Schwangerschaft auf der Individualebene eine andere Bedeutung als der Anteil schwangerer Frauen in einer Population) (Fontaine, 2008, S. 73). Gleichzeitig können auch die Zusammenhänge zwischen Variablen auf der Länderebene anders sein als auf der Individualebene (der sogenannte „ökologische Fehlschluss“ (Robinson, 1950)). So finden beispielsweise (van Hemert, van de Vijver & Poortinga, 2002, S. 275, 277) auf der Makroebene einen negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil von verheirateten Menschen in einer Kultur und der durchschnittlichen Selbstbewertung des Wohlbefindens, obwohl bekannt ist, dass auf der Individualebene Heirat einen positiven Effekt auf die Selbstbewertung des Wohlbefindens hat (vgl. z.B. Gove, Hughes & Briggs Style, 1983, S. 126). Auch Diener (2000, S. 39-40) berichtet von durchschnittlich höherer Lebenszufriedenheit bei höheren Scheidungsraten

auf der Länderebene, obwohl eine Scheidung sicherlich nicht ein erfreuliches Ereignis ist. Die Analyse von Konstrukten, die auf der Individualebene gemessen werden und durch kulturelle Faktoren beeinflusst werden, wie es in dieser Studie der Fall ist, bedürfen einer Methode, dem Umstand der Mehrschichtigkeit der Daten Rechnung trägt. Dies bietet die Mehrebenenanalyse (vgl. z. B. Fontaine, 2008, S. 89), die im Folgenden verwendet wird, um die in den Kapiteln 5 und 4 vorgestellten theoretischen Positionen zu überprüfen. Dieses Kapitel ist folgendermassen strukturiert: Zunächst wird auf die oben erwähnten Probleme eingegangen und beschrieben, wie die Schwierigkeiten in den vorhergehenden Makro- und Mikroanalysen umgangen wurden. Anschliessend wird vertieft auf die Methode der Mehrebenenanalyse eingegangen und dann werden nochmals die Hypothesen aus den Kapiteln 7.1 und 8.1 in Erinnerung gerufen. Schliesslich werden die Resultate der Mehrebenenanalyse präsentiert.

### 8.1. Forschungsfrage und Hypothesen

Im vorhergehenden Kapitel wurden die in den Kapiteln 4 und 5 vorgestellten Theorien auf der Makro-, also der Länderebene geprüft. Legitimität entsteht jedoch auf der Individual-ebene. Die Theorien können also im Detail nur auf der Individualebene getestet werden. Am einfachsten wäre dies, wenn direkt Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und Bewertungen dessen Funktionierens der empfundenen Legitimität einer Person gegenübergestellt werden könnten. Leider gibt es keinen Datensatz der dies für eine so breite Länderauswahl ermöglichen würde. Deshalb muss auf etwas komplexere und weniger direkte Hypothesenformulierungen zurückgegriffen werden.

Folgende Hypothesen können betreffend der *sozialdemokratischen Position* formuliert werden:

- Hypothese C1a: Es besteht ein *positiver* Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates für die schlechter gestellten Bürger. Denn für sie legitimieren die Sozialausgaben den Kapitalismus und somit das System.
- Hypothese C1b: Kein solcher positiver Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates besteht für die gut situierten Bürger. Denn sie präferieren den freien Markt. Allerdings könnten jene, die erkennen, dass die Wohlfahrtsleistungen die Legitimität des Kapitalismus bei den ärmeren Bürgern erhöht, die Wohlfahrtsleistungen akzeptieren. Somit besteht nicht zwingend ein negativer Effekt zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität bei den besser gestellten Bürgern.
- Hypothese C1: Aufgrund der beiden Unterhypothesen C1a und C1b sollte, sofern die sozialdemokratische Position zutrifft, eine Interaktion zwischen Wohlfahrtsleistungen und sozialer Schicht bestehen. Dabei sollte der Zusammenhang für die tieferen Schichten positiv und für die höheren Schichten neutral sein.

Für die *machtkritische Position* ergeben sich folgende Hypothesen:

- Hypothese C2a: Da zwar jeder aus seiner eigenen Sicht das bekommt, was er verdient, aber jene, die von den Wohlfahrtsleistungen profitieren, zufrieden damit sind, besteht nach der machtkritischen Position *kein* Effekt der Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates.
- Hypothese C2b: Für die besser gestellten Bürger besteht ein *negativer* Effekt der Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates, da sie für die Leistungen höhere Steuern bezahlen müssen, ohne davon zu profitieren.
- Hypothese C2: Die beiden Unterhypothesen C2a und C2b führen dazu, dass eine Interaktion zwischen Wohlfahrtsleistungen und sozialer Schicht bestehen sollte, sofern die machtkritische Position zutrifft. Im Unterschied zur Hypothese C1 sollte der Zusammenhang diesmal für die höheren Schichten negativ sein und für die tieferen Schichten neutral.

Laut der *wertorientierten Position* hängt der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität von der institutionellen Geschichte des Landes ab, in welchem die Bürger wohnen. Somit ist diese Position nur auf der Makroebene überprüfbar, da die Bevölkerung grundsätzlich am Aufbau der Wohlfahrtsinstitutionen durch politische Partizipation beteiligt war und später durch diese Institutionen in ihren Werthaltungen geprägt wurden. Die wertorientierte Position sagt also nichts über den individuellen Zusammenhang aus. Somit lässt sich nur die Hypothese, die auf Makroebene formuliert wurde, wiederholen.

Hypothese C3: Es besteht kein Unterschied in der Höhe der Legitimität zwischen den unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes.

Die *historisch-integrative Position* postuliert, dass der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität von der Weltregion, der Religion und der institutionellen Geschichte des Landes abhängt. Die Position ist auf der Makroebene formuliert und lässt sich nicht so leicht auf die Individualebene transferieren. Sie geht davon aus, dass auf der Individualebene in allen Regionen Legitimität quer durch die Schichten bilden kann. Die Gründe für Legitimität auf der Individualebene können dabei in jedem Land unterschiedlich sein.

Hypothese C4: Es besteht auf der Makroebene eine Interaktion zwischen christlichen und nicht-christlichen Ländern sowie zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern und dem Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaaten und der Legitimität. Der Effekt der Prädiktoren auf der Individualebene dürfte aber einerseits klein sein, andererseits sich zwischen den Ländern unterscheiden, da jedes Land seine Art hat, Legitimität zu erzeugen.

### 8.2. Determinanten von Legitimität auf der Individualebene

Auch auf der Individuellen Ebene soll der Effekt jener Variablen kontrolliert werden, welche die Legitimität laut dem Forschungsstand beeinflussen<sup>1</sup>. Über die Determinanten von

---

<sup>1</sup>Die genaue Fragestellung der einzelnen Kontrollvariablen auf der Individualebene wird in Anhang A.2.4.2 aufgeführt.

Legitimität, in der Literatur häufig mit *Political Support* bezeichnet, wird in den Politikwissenschaften seit mehreren Dekaden diskutiert. Es ist dabei auffällig, dass weder auf theoretischer noch auf empirischer Ebene Einigkeit besteht. Trotz jahrzehntelanger Forschung konnten die konkurrierenden Theorien nicht mit stabilen empirischen Resultaten untermauert oder abgelehnt werden. Im Folgenden werden jene Theorien und ihre entsprechenden empirischen Befunde vorgestellt, die einerseits für die Überprüfung der im Kapitel 4 vorgestellten Theorien zum Zusammenhang von Legitimität und Wohlfahrtsleistungen relevant sind, andererseits anhand der Daten des World Values Survey überprüft werden können.

### 8.2.1. Wirtschaftlicher Erfolg

Easton, so wurde in Kapitel 2.2.2 ausgeführt, unterscheidet zwischen *spezifischem* und *diffusem* Support. Legitimität ordnet er dem diffusen Support zu. Somit ist der Effekt von wirtschaftlichem Erfolg oder finanziellem Wohlstand auf die Legitimität nur indirekt. Erst langfristiger wirtschaftlicher Erfolg führt zu Legitimität, denn langfristig wandelt sich spezifischer Support zu diffusem Support (Easton, 1965, S. 275). Entsprechend findet Listhaug (1995, S. 292-293) einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Beurteilung von ökonomischer Performanz und politischer Unterstützung. Dalton (2004, S. 64) schliesst aus seinen Daten ebenfalls, dass finanzielle Zufriedenheit „moderately correlated“ sei mit den Autoritäten und nur wenig schwächer mit Vertrauen in die politischen Institutionen. Die Korrelationen betragen aber nur 0.16 respektive 0.14. Neben dieser Annahme, dass die Zufriedenheit mit der ökonomischen Performanz des Staates bzw. der eigenen ökonomischen Performanz<sup>2</sup> zu erhöhter Legitimität des Staates führt, wird zudem der postulierte Rückgang des politischen Vertrauens häufig mit der wachsenden Ungleichheit erklärt. Dies würde bedeuten, dass das Haushaltseinkommen mit politischem Vertrauen korrelieren müsste. Dalton (2004, S. 64-65) findet aber keinen solchen Zusammenhang. Taylor-Gooby (2011, S. 464) findet jedoch für alle drei Regimetypen einen deutlichen positiven Effekt des Einkommens auf das politische Vertrauen.

---

<sup>2</sup>Dies sind zwei unterschiedliche Hypothesen. Erstere, also die ökonomische Performanz des Staates, postuliert, dass die Betroffenen mit dem Staat zufrieden sein sollten, wenn er für gute wirtschaftliche Bedingungen gesorgt hat. Diese Aussage sagt eigentlich noch nichts darüber aus, wie es der betroffenen Person ökonomisch geht. Sie lässt offen, ob eine Person, welche zwar findet, dass der Staat eigentlich für Wachstum sorgen konnte, selbst aber nicht davon profitieren konnte, auch ein höheres Legitimitätsempfinden entwickelt. Zweitere, nämlich dass Personen, die mit ihrer eigenen finanziellen Situation zufrieden sind, geht gerade vom Gegenteil aus. Ist die Person zufrieden, wird dies auf das System generalisiert (oder weniger stark formuliert: es gibt keinen Grund negative Gefühle dem Staat gegenüber zu entwickeln). Die persönliche finanzielle Situation ist aber nur indirekt von der ökonomischen Performanz des Staates abhängig.

In dieser Untersuchung wird der wirtschaftliche Erfolg auf der individuellen Ebene durch die Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation operationalisiert. Diese Variable wird in den Modellen mit *FinSatis* bezeichnet.

### 8.2.2. Parteienideologien

Neben wirtschaftlichem Erfolg wird in der Theorie ein Zusammenhang zwischen Ideologien und politischem Vertrauen postuliert. Wie dieser Zusammenhang aussieht und welche Ursachen ein solcher habe, wird kontrovers diskutiert. Eine Argumentationslinie besagt, dass der Repräsentations-Gap, also die Differenz zwischen den politischen Präferenzen der Wähler und den effektiven Beschlüssen der Regierung, zunehme und deshalb auch das Vertrauen in die Regierung abnehme (vgl. z.B. A. H. Miller, 1974, S. 955, 659). D. King (1997, S. 175-178) erklärt den Rückgang des politischen Vertrauens dadurch, dass die Polarisierung der Parteien zunehme und deshalb der Repräsentations-Gap entstehe, während Schmitt und Holmberg (1995, S. 121-123) empirische Evidenz dafür präsentieren, dass die Parteienzugehörigkeit zunimmt, je mehr ideologische Konflikte zwischen den Parteien bestehen und je stärker polarisiert sie sind – und Menschen, die sich einer Partei nahe fühlen, zeichnen sich gleichzeitig durch höheres politisches Vertrauen aus. Klingemann, Hoffebert und Budge (1994, S. 246-249) finden jedoch weder für eine Polarisierung der Parteien noch für einen Wandel zur Mitte hin empirische Evidenz. Dalton (2004, S. 67) findet ebenfalls keinen Zusammenhang<sup>3</sup> zwischen politischer Orientierung und Vertrauen in die politischen Institutionen. Er merkt aber selbst an, dass dies auch darauf zurückzuführen sei, dass der Zusammenhang je nach regierender Partei in jedem Land anders ausfällt. Die Korrelationen sind dann auch höher und je nach Land mit unterschiedlichem Vorzeichen, wenn für jedes Land eine eigene Analyse durchgeführt wird. Die Korrelationen sind aber auch dann noch zu schwach (zwischen  $r=-0.003$   $r=0.197$ ), um von einem Zusammenhang sprechen zu können. Ullrich (2008, S. 39) argumentiert, dass die politische Präferenz durchaus einen Einfluss auf die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates haben kann. Bürger, die sich eher den politisch rechts stehenden Parteien zuordnen, dürften eher wenig Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates zeigen, während Wähler von Mitte-Links dem Wohlfahrtsstaat aufgrund der sozialdemokratischen bzw. christlichen Prägung eher positiv eingestellt sein dürften. Interessanterweise stellt jedoch Taylor-Gooby (2011, S. 464) fest, dass in allen drei Wohlfahrtsregimes politisch rechts Stehende ein höheres Vertrauen aufweisen als politisch links Stehende. Der Effekt ist sogar schwächer in Grossbritannien, dem liberalen Vertreter des Samples.

---

<sup>3</sup>Wörtlich formuliert dies Dalton (2004, S. 67) so: „[...] there is little left/right ideological polarization in support for the incumbent ( $r=0.04$ ), political institutions (0.05) [sic], or democratic values ( $r=-0.06$ )“.

Die politische Ausrichtung wird in dieser Studie mit *Politik* bezeichnet. Sie wird in drei Stufen gemessen: Politisch links Stehende, politisch in der Mitte Stehende und politisch rechts Stehende. Dabei dienen die politisch in der Mitte Stehenden als Basiskategorie.

### 8.2.3. Schichtzugehörigkeit

Rogowski (1974, S. 3-34, 273-286) geht von einer *rationalen Legitimität* aus und weist Determinanten wie Sozialisation, Regime Performance oder Ideologie zurück. Legitimität sei vielmehr rational zu erklären und deshalb würden Klasse<sup>4</sup>, Ethnizität und Religion bestimmen, was legitim sei, was nicht. Auch Heimann geht implizit davon aus, dass die Legitimität bezüglich der Schichtzugehörigkeit variiert, insbesondere in Zusammenhang mit gewährten oder nicht gewährten Sozialleistungen (vgl. Abschnitt 4.1 bezüglich der sozialdemokratischen Position). Die Reichen bestimmen das System und durch Gewährung von Sozialleistungen würde das System auf Seiten der Arbeiterschicht legitimiert, obwohl diese eigentlich gegen das Regime wäre (Heimann, 1929/1980, S. 172).

Die soziale Schicht wird in den Modellen als *Schicht* bezeichnet und besteht aus einer kategorialen Variable, welche die subjektive Einschätzung der Befragten bezüglich ihrer Zugehörigkeit zu einer der vier folgenden Schichten beinhaltet: Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht und Oberschicht.

### 8.2.4. Lebensumstände und sozio-demographische Variablen

Neben den oben diskutierten Faktoren gelten auch die Lebensumstände als Prädiktoren für Legitimität. Natürlich beeinflussen diese nach der Theorie insbesondere den spezifischen Support. Auf längere Frist kann sich aber das gute oder schlechte Gefühl auch auf das ganze politische System übertragen (Easton, 1965, S. 275).

Booth und Seligson (2009, S. 139-140) finden eine ganze Palette von Variablen zu den Lebensumständen, welche die Legitimität der Institutionen beeinflussen: Bildung, Alter (mit einem Negativpeak zwischen 40 und 50 Jahren), politische Information, Opfer- und Korruptionserfahrungen, ein unsicheres Gefühl und ein Leben in der Stadt beeinflussen die

---

<sup>4</sup>Obwohl aus theoretischer Perspektive durchaus grosse Unterschiede zwischen den beiden Konzepten der sozialen Klasse und der sozialen Schicht bestehen (vgl. z.B. Dahrendorf, 1957; Bolte, Kappe & Neidhardt, 1966), werden diese Begriffe in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet. Der Unterschied zwischen Schicht und Klasse spielt im Bezug auf die Fragestellung keine Rolle.

Legitimität negativ, während die Lebenszufriedenheit, generalisiertes Vertrauen, Medienkontakt und Wahlpräferenz für die amtierende Regierung die Legitimität fördern. Frauen weisen zudem eine höhere Legitimität auf als Männer.

In Bezug zur Bildung präsentiert Dalton (2004, S. 88-89) für westliche Nationen einen negativen Effekt auf *Political Support* für den Zeitraum 1995-2000<sup>5</sup>, während Norris (1999c, S. 232) einen positiven Effekt von Bildung auf *Institutional Confidence* findet. Mit diesen gemischten Ergebnissen übereinstimmend, stellt (Taylor-Gooby, 2011, S. 464) einen schwach positiven Effekt von Bildung auf das politische Vertrauen in Deutschland und Schweden fest, für Grossbritannien ist jedoch der Koeffizient negativ und insignifikant. Auch in Bezug zum Alter findet (Norris, 1999c, S. 232) im Gegensatz zu Booth und Seligson (2009, S. 139-140) einen positiven Effekt auf die Legitimität. Sie stellt aber ebenfalls fest, dass Frauen ein höheres Legitimitätsempfinden aufweisen als Männer.

In dieser Studie werden die Lebensumstände mit den Variablen Lebenszufriedenheit (in den Modellen als *LifeSatis* bezeichnet) und dem empfundenen Glück (*Glücklich*) gemessen. Ausserdem werden die sozio-demographischen Variablen *Bildung*, *Einkommen*, jeweils in drei Kategorien, und das Alter in Dekaden in die Modelle aufgenommen.

### 8.2.5. *Political Community*

Ein wichtiger Bestandteil der Legitimität ist vielen Autoren zufolge die *Political Community*, also das Zugehörigkeitsgefühl zum Staat (vgl. z.B. Booth & Seligson, 2009, S. 49). Wie bereits eingehend ausgeführt wurde, wird diese – (Easton, 1965) folgend – als von der Legitimität getrennte Komponente von *Political Support* aufgefasst. Deshalb wird das Zugehörigkeitsgefühl zur Nation als Kontrollvariable eingeführt, operationalisiert durch den Nationalstolz (in den Modellen mit *Stolz* bezeichnet). Es wird von einem positiven Zusammenhang zwischen Nationalstolz und Legitimität des Staates ausgegangen: Jemand, der stolz auf seine Nation ist, wird dem Staat positiver gegenüber stehen als eine Person, die sich nicht besonders mit der Nation identifizieren kann (vgl. z.B. Booth & Seligson, 2009, S. 55).

---

<sup>5</sup>Allerdings findet Dalton einen positiven Effekt von Bildung auf die Legitimität für den Zeitraum von 1960-1970 (allerdings nicht in allen Ländern signifikant. Er findet anschliessend einen negativen Interaktionsterm zwischen Bildung und Zeitraum und schliesst daraus, dass heute Bildung einen negativen Effekt hat. Allerdings ist dieser Effekt einerseits nur in der Hälfte der Länder negativ und andererseits dürfte er in den restlichen Ländern nicht signifikant von Null unterschiedlich sein.



### 8.3. Methode und Design der Mehrebenenanalyse

In diesem Abschnitt wird das Modell der Mehrebenenanalyse beschrieben. Bei diesem Modell wird auf die Erkenntnisse der Makroanalyse zurückgegriffen (s. Kapitel 7). Zuerst werden die Vorteile der Mehrebenenanalyse beschrieben. Anschliessend die statistischen Grundlagen präsentiert und auf wichtige methodische Fragen eingegangen. Schliesslich wird das Vorgehen zur Cross-Validierung beschrieben.

#### 8.3.1. Wieso eine Mehrebenenanalyse?

Die meisten Untersuchungen beinhalten zumindest implizit eine hierarchische Struktur, die aus verschiedenen Aggregationsstufen besteht. Klassischerweise wird diese zum Beispiel in experimenteller Forschung durch entsprechende Designs konstant gehalten. Eine hierarchische Struktur ergibt sich garantiert dann, wenn wie in dieser Studie Daten verschiedener Länder verglichen werden. Grundsätzlich können, sobald die Untersuchungseinheiten, meist Individuen, sich in Gruppen aufteilen, verschiedene Arten von Variablen unterschieden werden (für eine frühe Typologie siehe: Lazarsfeld & Menzel, 1961/1969, S. 503-506; zusammenfassend: Hox, 2010, S. 2-3): *Globale* Variablen werden nur auf derjenigen Ebene eingesetzt, in welcher sie definiert wurden. *Strukturelle* Variablen werden durch Aggregation gebildet und rekurren auf eine tiefere Ebene, beispielsweise das durchschnittliche Einkommen in einem Land. *Kontextvariablen* entstehen durch Disaggregation. Sie werden auf der Länderebene erhoben und jedem Individuum wird der Wert jenen Landes zugewiesen, zu welchem es gehört. Früher wurden die Variablen des einen Levels durch (Dis-)Aggregation auf den anderen Level gebracht und in Einebenenmodellen analysiert.

Die Analyse von Variablen zweier Ebenen auf lediglich einer Ebene bringt jedoch zweierlei Probleme mit sich (vgl. z. B. Engels, 1998, S. 37-43; Hox, 2010, S. 2-4). Erstens entsteht ein statistisches Problem, denn einerseits führt die Aggregation von Variablen zu einem Informationsverlust und damit zu einer Reduktion der *Statistical Power*, denn viele unterschiedliche Werte werden auf einen Durchschnittswert reduziert; andererseits wird bei der Disaggregation von Ländervariablen auf die Individualebene ein einzelner Wert zu vielen gleichen Werten ‚aufgeblasen‘. Die Analysemethoden gehen aber von statistisch unabhängigen Werten aus, was unter solchen Umständen nicht mehr als gegeben angesehen werden kann. Die statistische *Power* wird also stark aufgebläht und die Nullhypothese zu häufig verworfen (Hox, 2010, S. 2-3). Zweitens besteht ein konzeptionelles Problem, bekannt unter dem Begriff *ökologischer Fehlschluss* (Robinson, 1950): Wird die Analyse auf der Länderebene

durchgeführt, kann aus den Resultaten nicht auf das Verhalten von Individuen generalisiert werden. Ebenso ist der umgekehrte Fall nicht zulässig, nämlich wenn von Resultaten auf der Individualebene Schlussfolgerungen für die Länderebene gezogen werden (der sogenannte *atomistische Fehlschluss* (Hox, 2010, S. 3). Als dritte Möglichkeit eines Fehlschlusses ist das *Simpson's Paradox* zu nennen (Lindley & Novick, 1998, S. 45-46), das besagt, dass falsche Schlussfolgerungen gezogen werden können, wenn Daten bestehend aus Individuen, die aus verschiedenen Gruppen stammen, zusammengefasst werden und so analysiert werden, als ob sie aus einer homogenen Gruppe stammen.

Anstatt sich für eine Analyseebene entscheiden zu müssen, ist es besser, zu erkennen, dass jede Ebene, welche in den Daten vorhanden ist, relevant ist. Insbesondere, wenn es Mehrebenenprobleme lösen zu gilt, also Effekte von Variablen auf einer höheren Ebene auf eine Variable auf einer tieferen Ebene interessieren, sind Mehrebenenmodelle die beste Wahl. Mehrebenenanalysen können die meisten der oben genannten Probleme lösen, indem sie die unterschiedlichen Arten von Variablen und die Heterogenität der Gruppen berücksichtigen respektive sogar explizit modellieren<sup>6</sup> (vgl. z.B. Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 51; Hox, 2010, S. 3-4).

In dieser Studie wird der Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität des Staates untersucht. Grundsätzlich stellt sich diese Frage auf der Makroebene, weshalb im Kapitel 7 zuerst auch eine Analyse auf der Makroebene durchgeführt wurde. Da die beiden interessierenden Konzepte durchaus auf der Länderebene Sinn machen, ist damit kein ökologischer Fehlschluss verbunden. Allerdings liegt die Legitimität des Staates konzeptionell auf der individuellen Ebene und wird auch aufgrund von Individualdaten gemessen. Deshalb besteht bereits eine Mehrebenenstruktur in den Daten. Somit ist die Verwendung einer Methode, welche die Aggregation berücksichtigt zumindest interessant, wenngleich aufgrund der oben erwähnten Probleme nicht zwingend notwendig. Dennoch bringt die Mehrebenenanalyse das Potential mit, mögliche Fehler aufzudecken, indem es möglich wird, Prädiktoren der Legitimität auf der Individualebene zu berücksichtigen. Unterschiede auf der Länderebene könnten ja auch durch Unterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerung zurückzuführen sein. Darüber hinaus setzen die meisten Theorien zum Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität – richtigerweise – auf der Individualebene an und können deshalb auch nur geprüft werden, wenn die Individualebene in die Analyse einbezogen wird. Aus diesem Grund werden die Resultate der Makroanalyse durch eine Mehrebenenanalyse ergänzt.

---

<sup>6</sup>Ökologische und atomistische Fehlschlüsse können bei unvorsichtiger Interpretation natürlich immer noch passieren, sie sind aber deutlich weniger wahrscheinlich, da bei Mehrebenenanalysen die verschiedenen Ebenen modelliert werden und der Forscher sich somit Gedanken über die Effekte der unterschiedlichen Ebenen machen muss.

Mehrebenenmodelle können mehrere Ebenen umfassen und die Ebenen können unterschiedlich strukturiert sein. Dies führt bisweilen zu komplexen Formulierungen in Einführungen zu Mehrebenenanalysen und auch zu verschiedenen Notationen. Die hier präsentierte Notation lehnt sich an Hox (2010) an. In dieser Studie ist die tiefste Analyseeinheit die Individualebene und die höchste Analyseeinheit die Länderebene, wobei es sich um ein Zweiebenenmodell handelt. Deshalb wird in der folgenden Beschreibung der Methode immer von einem Zweiebenenmodell ausgegangen und mögliche weitere Ebenen werden nicht berücksichtigt. Ebenso werden die Begriffe Individualebene für den tiefsten Level oder Level 1 und Länderebene für den höchsten Level oder Level 2 verwendet, um die Beschreibungen verständlich zu halten. Für die Beschreibung der Analyse von Mehrebenenmodellen mit mehr als zwei Ebenen sei der interessierte Leser auf die einschlägige Literatur verwiesen (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 32-35; Engels, 1998, S. 90-112; Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 436-443); für Zeitreihenanalysen, in welchen die tiefste Analyseeinheit nicht die Individualebene sondern der Erhebungszeitpunkt ist, sei auf Hox (2010, S. 79-111) und Rabe-Hesketh und Skrondal (2008, S. 331-372) verwiesen.

### 8.3.2. Statistische Grundlagen der Mehrebenenanalyse

Die Daten, die dieser Untersuchung zugrunde liegen, bestehen aus Antworten zu Einstellungsfragen von insgesamt  $n = X$  Personen aus  $J = 74$  Ländern. Es muss angenommen werden, dass sich die Einstellungen von Personen aus demselben Land tendenziell ähnlicher sind, als die Einstellungen von Personen aus verschiedenen Ländern. Deshalb ist die Regressionsgleichung einer gewöhnlichen Regression ohne erklärende Variablen, gegeben als Antworten  $y_{ij}$  von Person  $i$  aus Land  $j$

$$y_{ij} = \beta_0 + \xi_{ij} \quad i = 1, \dots, n; j = 1, \dots, J \quad (8.1)$$

nicht optimal, da laut dieser Formel die Residuen  $\xi_{ij}$  unabhängig von Personen und Land sein müssten (Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 55). Allerdings sind die Messungen mit grosser Wahrscheinlichkeit abhängig vom Land, in welchem die befragte Person lebt. Diese Abhängigkeit kann nun modelliert werden, indem der Residualterm in zwei Komponenten, sogenannte *Varianzkomponenten*, aufgeteilt wird: In eine Komponente  $u_{0j}$ , die Landspezifisch ist und nur über die Länder  $j$  variiert und in eine Komponente  $e_{ij}$ , die spezifisch für jede Person in jedem Land ist (Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 55). Anders formuliert wird der Konstante  $\beta_0$  in der Gleichung 8.1 erlaubt, zwischen den Ländern zu variieren (deshalb das Subskript  $j$  in der Mehrebenengleichung 8.3). Diese Varianz wird mit  $u_{0j}$

beschriftet (das Supskript 0 zeigt die Zugehörigkeit zur Konstanten  $\gamma_{0j}$ <sup>7</sup> an). Sie wird häufig als *Random Intercept* bezeichnet, da sie als Zufallsvariable die Varianz der Konstante über die Länder angibt (vgl. z.B. Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 61). Formal kann dies folgendermassen ausgedrückt werden:

$$y_{ij} = \beta_{0j} + e_{ij} \quad i = 1, \dots, n; j = 1, \dots, J \quad (8.2a)$$

$$\beta_{0j} = \gamma_{00} + u_{0j} \quad j = 1, \dots, J. \quad (8.2b)$$

Gleichung 8.2a beschreibt das Modell auf der Individualebene, während Gleichung 8.2b das Modell auf der Länderebene beschreibt. Im Prinzip wird mit diesem Modell eine Regressionsgleichung der Form 8.1 für jedes Land einzeln gerechnet und dann der Durchschnitt (der sogenannte *Grand Mean* der  $\beta_{0j}$ -Koeffizienten aller Modelle für den Wert  $\gamma_{00}$  und die Varianz dieser Koeffizienten für den Term  $u_{0j}$  eingesetzt. Wird nun Gleichung 8.2b in Gleichung 8.2a eingesetzt, ergibt sich folgende Formel:

$$y_{ij} = \gamma_{00} + u_{0j} + e_{ij} \quad i = 1, \dots, n; j = 1, \dots, J, \quad (8.3)$$

wobei

$$e_{ij} \approx N(0, \sigma_e^2) \quad u_{0j} \approx N(0, \sigma_{u0}^2) \quad cov(u_{0j}, e_{ij}) = 0.$$

Formel 8.3 definiert das sogenannte *Intercept-Only* Modell. Es enthält keine erklärende Variablen, sondern teilt nur den Fehlerterm in zwei Varianzkomponenten auf. Der Fehlerterm  $e_{ij}$  wird als normalverteilt, unabhängig und mit konstanter bzw. homogener Varianz angenommen. Auch der Term  $u_{0j}$  wird als normalverteilt und mit den Level-1 Residuen als unkorreliert angenommen (vgl. z.B. Engels, 1998, S. 75-76; Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 55-56).

Nun können diesem *Intercept-Only* Modell erklärende Variablen hinzugefügt werden. Handelt es sich dabei um  $p = 1, \dots, P$  Variablen, die auf der Individualebene erhoben wurden, variieren sie über die Individuen  $i$  und die Länder  $j$  und werden als  $X_{pij}$  bezeichnet. Sie werden in die Level-1-Gleichung 8.2a eingegeben und können sowohl die Level-1-Varianz  $e_{ij}$  verringern wie auch die Level-2-Varianz  $u_{0j}$ , da sie sowohl über die Länder wie auch die Individuen variieren. Erklärende Variablen ( $q = 1, \dots, Q$  an der Zahl), die auf der Länderebene erhoben wurden, variieren entsprechend nur über die Länder  $j$  und werden als  $Z_{qj}$  bezeichnet. Sie werden in die Level-2-Gleichung 8.2b eingesetzt und können konsequenterweise

---

<sup>7</sup>Im Folgenden werden mit  $\beta_p$  sogenannte *Fixed Effects* bezeichnet, während sich *Random Effects* aus einem (oder mehreren)  $\gamma_{pj}$ -Koeffizienten und einer Zufallskomponente  $u_{pj}$  zusammensetzen. Die zusammengehörenden Koeffizienten und Zufallskomponenten tragen dabei dasselbe Subskript  $p$ .

lediglich die Level-2-Varianz verringern, da sie ja auch nur Informationen über Level-2-Beobachtungen beinhalten (s. Gleichung 8.4b):

$$y_{ij} = \beta_{0j} + \beta_p X_{pij} + e_{ij} \quad (8.4a)$$

$$\beta_{0j} = \gamma_{00} + \gamma_{0q} Z_{qj} + u_{0j}. \quad (8.4b)$$

Wird Gleichung 8.4b in Gleichung 8.4a eingesetzt, ergibt sich die Gesamtformel

$$y_{ij} = \gamma_{00} + \beta_p X_{pij} + \gamma_{0q} Z_{qj} + u_{0j} + e_{ij}. \quad (8.5)$$

Diese Modelle werden als *Random Intercept Fixed Effects* Modell bezeichnet, da zwar die Konstante (das *Intercept*) über die Länder variiert wird, aber alle erklärenden Variablen als gleich in allen Ländern modelliert werden. Deshalb wird der Teil der Gleichung  $\gamma_{00} + \gamma_{0q} Z_{qj} + \beta_p X_{pij}$  als *Fixed Part* bezeichnet, während die beiden Zufallsvariablen  $u_{0j} + e_{ij}$  den *Random Part* bilden. Die erklärenden Variablen sind deshalb *fixed*, weil die Varianz ihrer Koeffizienten über die Länder auf Null fixiert wird.

Die Annahme gleicher Koeffizienten der erklärenden Variablen kann nun durch Einführung von Zufallsvariablen für die Varianz der  $\beta_p$  (sogenannte *Random Effects*) aufgehoben werden. Dies kann folgendermassen formalisiert werden:

$$y_{ij} = \beta_{0j} + \beta_{pj} X_{pij} + e_{ij} \quad (8.6a)$$

$$\beta_{0j} = \gamma_{00} + \gamma_{0q} Z_{qj} + u_{0j} \quad (8.6b)$$

$$\beta_{pj} = \gamma_{p0} + u_{pj}. \quad (8.6c)$$

Auch für die Zufallsvariable(n)  $u_{pj}$  gilt:

$$u_{pj} \approx N(0, \sigma_{up}^2) \quad \text{cov}(u_{pj}, e_{ij}) = 0.$$

Dieses Modell wird mit *Random Intercept, Random Effects* bezeichnet. Bei den Modellvergleichen muss berücksichtigt werden, dass für jeden eingefügten Zufallseffekt mehrere Freiheitsgrade einbezogen werden müssen, da nur die Kovarianzen der Zufallseffekte mit dem Fehlerterm  $e_{ij}$  Null gesetzt sind. Die anderen Kovarianzen müssen geschätzt werden (vgl. z.B. Engels, 1998, S. 76; Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 171-172). Dabei gilt

$$\text{cov}(u_{0j}, u_{pj}) = \text{cov}(\beta_{0j}, \beta_{pj}) = \sigma_{u0p}.$$

Werden die Gleichungen 8.6c und 8.6b in 8.6c eingesetzt, entsteht folgende Mehrebenen-gleichung:

$$y_{ij} = \gamma_{00} + \gamma_{p0}X_{pij} + \gamma_{0q}Z_{qj} + u_{pj}X_{pij} + u_{0j} + e_{ij}. \quad (8.7)$$

Es kann nun sein, dass die Konstanten und Steigungen der erklärenden Variablen nicht nur zufällig variieren, wie es mit Gleichung 8.7 modelliert wird, sondern dass die Steigungen auch *systematisch* variieren, abhängig von Level-2 Variablen. Die Variablen auf der Länderebene könnten also Anteile der Varianz der Steigung einer Variable auf der Individuallebene erklären. Um dies zu modellieren können sogenannte *Cross-Level-Interactions* eingeführt werden.

$$y_{ij} = \beta_{0j} + \beta_{pj}X_{pij} + e_{ij} \quad (8.8a)$$

$$\beta_{0j} = \gamma_{00} + \gamma_{0q}Z_{qj} + u_{0j} \quad (8.8b)$$

$$\beta_{pj} = \gamma_{p0} + \gamma_{pq}Z_{qj} + u_{pj} \quad (8.8c)$$

Wieder können die drei Gleichungen 8.8a 8.8b und 8.8c zu einer Mehrebenengleichung zusammengefügt werden:

$$y_{ij} = \gamma_{00} + \gamma_{p0}X_{pij} + \gamma_{0q}Z_{qj} + \gamma_{pq}X_{pij}Z_{qj} + u_{pj}X_{pij} + u_{0j} + e_{ij}. \quad (8.9)$$

Bei dieser Gleichung zeigt sich die Komplexität, die eine solche Mehrebenengleichung erreichen kann, wenn die Anzahl  $p$  erklärender Variablen auf der Individuallebene und die Anzahl der  $q$  erklärender Variablen auf der Länderebene gross ist. Neben den in 8.9 angegebenen Parameter kommen noch die zu schätzenden Kovarianzen als Parameter hinzu. Dabei gilt, dass bei  $k$  *Random Slopes* (das *Random Intercept* nicht eingeschlossen)  $(k + 2)(k + 1)/2 + 1$  Parameter im *Random Part* zu schätzen sind. Werden also  $p = 4$  erklärende Variablen  $x_1 - x_4$  eingeführt, für die ein *Random Intercept* geschätzt werden soll, ergibt dies 16 zu schätzende Parameter im *Random Part* (vgl. z. B. Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 171).

### 8.3.2.1. Erklärte Varianz

Für die normale Regressionsanalyse besteht das sogenannte  $R^2$  als Mass für die erklärte Varianz und dient als wichtige Statistik für die Modellgüte. In Mehrebenenanalysen ist die Frage der erklärten Varianz komplexer Natur, denn es wird auf verschiedenen Ebenen Varianz erklärt. So stellt sich neben der Frage der *erklärten* Varianz auch die Frage der *erklärbaren* Varianz, denn die Gesamtvarianz kann sich unterschiedlich auf die verschiedenen Ebenen verteilen (vgl. z. B. Engels, 1998, S. 83). Zudem werden häufig *Random Slopes*

modelliert. Das Konzept der erklärten Varianz hat dann keine einheitliche Definition mehr: Mit den *Random Slopes* werden ja die Geraden einiger Variablen pro Land einzeln modelliert, womit sich der Anteil der erklärten Varianz von Land zu Land unterscheiden kann (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 70). Es gibt verschiedene Formeln für die Berechnung der erklärten Varianz in einer Mehrebenenanalyse (vgl. z. B. Engels, 1998, S. 83-85; Hox, 2010, S. 70; Raudenbusch & Byrk, 2002, S. 74, 79; Snijders & Bosker, 1994, S. 351-354, 358-361). Die naheliegendste Variante ist der Vergleich der Residualvarianzen zwischen zwei oder mehreren sequentiellen Modellen. Ein sinnvolles Referenzmodell ist dabei das *Intercept-Only* Modell aus Gleichung 8.3. Da bei diesem Modell keine erklärenden Variablen in das Modell integriert wurden, können die Varianzen als Fehlervarianzen interpretiert werden. Werden nun in Folge-Modellen erklärende Variablen in das Modell integriert, verkleinern sich die entsprechenden Varianzen, weshalb diese Varianzreduktion als erklärte Varianz durch Hinzufügen der erklärenden Variablen interpretiert werden kann (vgl. z. B. Engels, 1998, S. 83-84; Hox, 2010, S. 70-71).

Um die *erklärbare* Varianz zu berechnen, schlägt (Engels, 1998, S. 83) folgendes Vorgehen vor: Der Anteil der erklärbaren Varianz auf der Individualebene lässt sich anhand des *Intercept-Only* Modells mit

$$\frac{\sigma_e^2}{\sigma_e^2 + \sigma_{u0}^2} \quad (8.10)$$

berechnen, der Anteil der Varianz auf der Gruppen- oder Länderebene entsprechend mit der folgenden Formel:

$$\frac{\sigma_{u0}^2}{\sigma_e^2 + \sigma_{u0}^2}. \quad (8.11)$$

Für die Berechnung der *erklärten* Varianz lassen sich folgende Formeln verwenden (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 71; Raudenbusch & Byrk, 2002, S. 74, 79; Engels, 1998, S. 84; Rabe-Hesketh & Skrondal, 2008, S. 102-103):

Die erklärte Gesamtvarianz des Mehrebenenmodells kann, analog zum  $R^2$  der OLS-Regression, durch den Anteil der Verringerung der Residualvarianz durch die erklärenden Variablen berechnet werden:

$$R^2 = \frac{\sigma_{e|b}^2 + \sigma_{u0|b}^2 - (\sigma_{e|m}^2 + \sigma_{u0|m}^2)}{\sigma_{e|b}^2 + \sigma_{u0|b}^2}, \quad (8.12)$$

wobei  $\sigma_{e|b}^2$  für die Residualvarianz auf der Individualebene des Referenzmodells, also des *Intercept-Only* Modells, steht und  $\sigma_{e|m}^2$  für die Residualvarianz auf der Individualebene des Vergleichsmodells, also des Modells, das die interessierenden erklärenden Variablen enthält. Analog bezeichnet  $\sigma_{u0|b}^2$  die Residualvarianz auf der Länderebene des Referenzmodells und  $\sigma_{u0|m}^2$  die Residualvarianz auf der Länderebene des Vergleichsmodells.

(Raudenbusch & Byrk, 2002, S. 74, 79) schlagen hingegen vor, die erklärte Varianz für jede Ebene einzeln zu berechnen. Die erklärte Varianz auf der Individualebene ergibt sich dabei aus

$$R_1^2 = \frac{\sigma_{e|b}^2 - \sigma_{e|m}^2}{\sigma_{e|b}^2}, \quad (8.13)$$

die erklärte Varianz auf der Länderebene ergibt sich analog aus:

$$R_2^2 = \frac{\sigma_{u0|b}^2 - \sigma_{u0|m}^2}{\sigma_{u0|b}^2}. \quad (8.14)$$

In der Literatur werden noch weitere, komplexere Formeln für die Berechnung der erklärten Varianz vorgeschlagen (vgl. z. B. Snijders & Bosker, 1994, S. 351-354, 358-361). Dies aus dem Grund, dass sich unter gewissen Bedingungen mit den oben angegebenen Formeln eine negative Varianzaufklärung ergibt, was natürlich unerwünscht ist. Da dies aber spezifische Gründe hat, die für diese Untersuchung nicht zutreffen<sup>8</sup>, kann auf die aufwendigere Berechnung verzichtet werden (vgl. Hox, 2010, S. 74-76).

Werden *Random Slopes* in das Modell integriert, wird die Interpretation der erklärten Varianz sehr schwierig, weil sie ja für jede Gruppe anders ausfallen kann, da die Gruppenvarianz einzeln modelliert wird. Deshalb lässt sich dann die erklärte Varianz auf der Gruppenebene nur sinnvoll interpretieren, wenn die erklärenden Variablen zentriert wurden. Dann stehen nämlich die nach den Formeln 8.13 und 8.14 berechneten Varianzen für die Varianzen bei durchschnittlichen Werten in durchschnittlichen Gruppen. Dennoch sollte die erklärte Varianz in diesem Fall nur mit Vorsicht interpretiert werden, denn die Varianz hängt von der Skalierung der Variable ab, für die ein *Random Slope* definiert wurde. Snijders und Bosker (1994, S. 359-361) schlagen vor, die erklärte Varianz in diesem Fall mittels Modell zu schätzen, das die *Random Slope(s)* nicht enthält (vgl. auch Hox, 2010, S. 77).

---

<sup>8</sup>Gründe für das Aufkommen von negativer Varianzaufklärung sind beispielsweise die Inklusion von Variablen, die auf einer Ebene keine Varianz aufweisen. Dies kann bei Gruppenzentrierten Variablen der Fall sein oder bei Zeitreihenanalysen, bei welchen die Zeitvariable für alle Individuen gleich ist. Die erklärte Varianz wird deshalb negativ geschätzt, weil die Variable in der Stichprobe keine Varianz aufweist, die dem Schätzalgorithmus zugrundeliegende Theorie aber für jede Variable eine zumindest kleine Varianz annimmt. Somit fällt die Varianz in der Stichprobe effektiv kleiner aus, als dass sie von der Population angenommen wird. (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 74-75)



### 8.3.2.2. Die *Intraclass* Korrelation

Mehrebenenanalysen basieren auf hierarchisch strukturierten Daten. In diesem Fall werden bei der Datenerhebung zuerst Länder aus der Population aller Länder ausgewählt<sup>9</sup>. Anschließend werden in diesen Ländern durch Zufallsauswahl Individuen befragt. In einem solchen Fall kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die einzelnen Individuen unabhängig voneinander sind. Das bedeutet, dass die Korrelationen von Variablen zwischen Individuen derselben Gruppe grösser sind als zwischen Individuen aus verschiedenen Gruppen (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 4). Statistische Prozeduren, insbesondere ANOVA und OLS, hängen jedoch stark von der Unabhängigkeitsannahme ab. Dies führt zu zu kleinen Standardabweichungen und zu fälschlicherweise signifikanten Resultaten. Deshalb gab es schon früh Vorschläge, wie man mit dem Problem der abhängigen Beobachtungen umgehen kann. Dazu wurde die *Intraclass* Korrelation berechnet und dann die Standardfehler entsprechend angepasst, indem eine *effektive* Stichprobengrösse<sup>10</sup> berechnet wurde (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 5). Die *Intraclass* Korrelation ist dabei der Anteil der Varianz, der durch die Gruppen erklärt wird, und entspricht der Formel 8.11:

$$\rho_{IC} = \frac{\sigma_{u0}^2}{\sigma_e^2 + \sigma_{u0}^2}.$$

Die *Intraclass* Korrelation ist ein erster Hinweis darauf, ob sich die Beobachtungen auf Gruppenebene unterscheiden und somit, ob eine Mehrebenenanalyse nötig ist. Dabei können bereits vermeintlich sehr tiefe *Intraclass* Korrelationen (z. B.  $\rho_{IC} = 0.1$ ) von Bedeutung sein: Hox (2010, S. 244) schlägt für gewöhnliche Settings *Intraclass* Korrelationen von 0.05 als klein, 0.1 als mittel und 0.15 als gross vor<sup>11</sup>.

### 8.3.2.3. Modellbildung

Mehrebenenanalysen sind um einiges komplexer als gewöhnliche Regressionsanalysen. Während in der gewöhnlichen Regressionsanalyse für jede erklärende Variable und die Konstante

---

<sup>9</sup>Im Optimalfall werden die Länder mittels Zufallsauswahl festgelegt. Dies ist aber gerade beim World Values Survey nicht der Fall. Hier findet die Auswahl anhand von Kriterien statt, nämlich beispielsweise ob ein Partner im Land gefunden werden kann, der möglichst unabhängig wissenschaftliche Stichproben der Bevölkerung ziehen und einen Fragebogen administrieren kann. Dennoch kann aufgrund der grossen Stichprobe (74 Länder) approximativ von einer Zufallsstichprobe ausgegangen werden.

<sup>10</sup>Die *effektive* Stichprobengrösse  $n_{eff}$  lässt sich durch Anpassung der Formel für die effektive Varianz von Kish (1965, S. 259) durch die Formel  $n_{eff} = \frac{n}{1+(n_{Gruppen}-1)\rho_{IC}}$  berechnen (Hox, 2010, S. 5), wobei  $\rho_{IC}$  für die *Intraclass* Korrelation steht.

<sup>11</sup>Für Settings, in welchen höhere *Intraclass* Korrelationen erwartet werden können, wie beispielsweise in der Familienforschung oder bei Zeitreihen, schlägt Hox die doppelten Werte vor

ein Parameter geschätzt werden muss, enthält ein Mehrebenenmodell potentiell eine Vielzahl von Parametern: Jede erklärende Variable und die Konstante können zusätzlich noch eine Varianzkomponente in das Modell einbringen. Zudem können zwischen Variablen verschiedener Ebenen Interaktionen eingeführt werden. So entsteht schnell ein Modell mit einer sehr grossen Anzahl an Parametern. Dies kann zu sehr langen Rechenzeiten aber auch zu Konvergenzproblemen führen (Hox, 2010, S. 54-55).

Es gibt in der Modellbildung grundsätzlich zwei Methoden: Bottom-up und Top-down. In der Makroanalyse wurde in der gewöhnlichen Regression, wie von B. T. West, Welch und Gatecki (2007) vorgeschlagen, ein Top-down Vorgehen gewählt. Dies bietet sich insbesondere an, wenn man theoretische Gründe für die Variablenwahl hat und es primär um die Selektion der signifikanten Variablen geht. In Mehrebenenanalysen ist man nicht an möglichst komplexen – und damit rechnerisch und interpretationsbezogen komplizierten – Modellen interessiert, sondern es geht darum, ein möglichst aussagekräftiges Modell für die zu testenden Hypothesen zu finden (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 55). Deshalb schlägt Hox (2010, S. 56-59) ein Bottom-up Vorgehen vor, das mit dem *Intercept-Only* Modell beginnt (s. Gleichung 8.3). Dieses enthält keine erklärenden Variablen, sondern unterteilt lediglich die Varianz der abhängigen Variable in Varianzkomponenten der verschiedenen Ebenen. Dieses Modell dient als Basismodell. Davon ausgehend können die *Intraclass*-Korrelation, die *Deviance* und die Gesamtvarianz der abhängigen Variable berechnet werden.

$$Legitimität_{ij} = \gamma_{00} + u_{0j} + e_{ij} \quad (8.15)$$

Anschliessend werden die erklärenden Variablen auf der tiefsten Ebene eingeführt, da diese präziser zu schätzen sind als die *Random Slopes*. Die Varianzen der Koeffizienten der erklärenden Variablen (*Random Slopes*), werden als Null gesetzt. Deshalb wird von fixen Effekten gesprochen (es handelt sich dabei um ein *Random Intercept, Fixed Effects* Modell). Da als Schätzalgorithmus Maximum Likelihood verwendet wird, kann jedes Modell mit dem Basismodell oder dem vorhergehenden Modell verglichen werden, denn die Differenz der *Deviance* der Modelle folgt approximativ einer Chi-Quadrat-Verteilung mit der Differenz der Anzahl der geschätzten Parametern als Freiheitsgrade. Mit allen Variablen auf der Individualebene ergibt sich folgendes Modell:

$$\begin{aligned} Legitimität_{ij} = & \gamma_{00} + \beta_1 Gender_{ij} + \beta_2 Bildung_{ij} + \beta_3 Einkommen_{ij} + \beta_4 Alter_{ij} \\ & + \beta_5 Schicht_{ij} + \beta_6 Polit_{ij} + \beta_7 Stolz_{ij} + \beta_8 Glück_{ij} \\ & + \beta_9 LifeSat_{ij} + \beta_{10} FinSat_{ij} + u_{0j} + e_{ij}. \end{aligned} \quad (8.16)$$

Im dritten Schritt werden die erklärenden Variablen auf der nächst höheren, in diesem Fall auf der Länderebene, eingeführt. Auch hier kann wieder mittels Chi-Quadrat-Test die Verbesserung des *Model-Fits* formal getestet werden. Da in dieser Untersuchung im Kapitel 7 für die Länderebene bereits die Modellauswahl stattgefunden hat, kann das Makro-Modell direkt übernommen werden<sup>12</sup>. Für das Interaktionsmodell *West* ergibt sich beispielsweise das Modell:

$$\begin{aligned} \text{Legitimität}_{ij} = & \gamma_{00} + \beta_1 \text{Gender}_{ij} + \beta_2 \text{Bildung}_{ij} + \beta_3 \text{Einkommen}_{ij} + \beta_4 \text{Alter}_{ij} \\ & + \beta_5 \text{Schicht}_{ij} + \beta_6 \text{Polit}_{ij} + \beta_7 \text{Stolz}_{ij} + \beta_8 \text{Glück}_{ij} + \beta_9 \text{LifeSat}_{ij} \\ & + \beta_{10} \text{FinSat}_{ij} + \beta_{11} \text{SozExp}_j + \beta_{12} \text{SozWest}_j + \beta_{13} \text{West}_j + \beta_{14} \text{CiPoLib}_j \\ & + \beta_{15} \text{MultiPart}_j + \beta_{16} \text{GovEff}_j + \beta_{17} \text{VertLegi}_j + \beta_{18} \text{Konserv}_j + u_{0j} + e_{ij}. \end{aligned} \quad (8.17)$$

Hox (2010, S. 58) schlägt als nächsten Schritt die Einführung von *Random Slopes* vor, also die Integration von Zufallseffekten für die Koeffizienten der erklärenden Variablen. In diesem Schritt erhöht sich die Komplexität des Modells schlagartig, da einerseits neben dem Parameter für die *Random Slopes* auch noch die Kovarianzen aller Varianzkomponenten geschätzt werden müssen, andererseits die Interpretation der erklärten Varianz nicht mehr deutlich ist (siehe Abschnitt 8.3.2.1 weiter unten). Da der Fokus dieser Untersuchung nicht primär auf den Prädiktoren der Legitimität auf der Individualebene liegt, wird dieser Schritt erst in einem letzten Modell durchgeführt. Er ist nötig für die Überprüfung der Hypothese C1 und C2 (s. Abschnitt 8.1). Schliesslich können noch *Cross-Level Interactions* eingeführt werden. Das heisst, dass getestet wird, ob Unterschiede in Ausprägungen von Variablen auf der Länderebene Auswirkungen auf die Parameter auf der Individualebene haben<sup>13</sup>. Für das Beispiel des Interaktionsmodells *West* ergibt sich dann das Modell:

$$\begin{aligned} \text{Legitimität}_{ij} = & \gamma_{00} + \beta_1 \text{Gender}_{ij} + \beta_2 \text{Bildung}_{ij} + \beta_3 \text{Einkommen}_{ij} + \beta_4 \text{Alter}_{ij} \\ & + \beta_5 \text{Schicht}_{ij} + \beta_6 \text{Polit}_{ij} + \beta_7 \text{Stolz}_{ij} + \beta_8 \text{Glück}_{ij} + \beta_9 \text{LifeSat}_{ij} + \beta_{10} \text{FinSat}_{ij} \\ & + \beta_{11} \text{KlassSoz}_{ij} + \beta_{12} \text{SozExp}_j + \beta_{13} \text{SozWest}_j + \beta_{14} \text{West}_j + \beta_{15} \text{CiPoLib}_j \\ & + \beta_{16} \text{MultiPart}_j + \beta_{17} \text{GovEff}_j + \beta_{18} \text{VertLegi}_j + \beta_{19} \text{Konserv}_j + u_{0j} + e_{ij}. \end{aligned} \quad (8.18)$$

<sup>12</sup>Es wurde selbstverständlich geprüft, ob sich durch die Einführung der Variablen der Individualebene etwas ändert. In einigen Modellen konnte tatsächlich eine Änderung festgestellt werden.

<sup>13</sup>Hox (2010, S. 58) schlägt diesen Schritt als fünften und letzten Schritt seiner Bottom-up Strategie vor, denn grundsätzlich macht es nur Sinn, solche *Cross-Level Interactions* anzunehmen, wenn Varianz in dem Parameter für die Steigung der Individualvariable besteht. In dieser Arbeit wird der Schritt aus Gründen der Interpretierbarkeit vorgezogen, da theoretische Annahmen über eine solche Interaktion bestehen (s. die Formulierung der Hypothesen in Abschnitt 8.1). Das Modell ohne die Varianzkomponenten der Koeffizienten der erklärenden Variablen ist einfacher zu interpretieren und zu schätzen, weshalb diese Varianzkomponenten erst zum Schluss eingeführt werden.

Werden nun zum Schluss entsprechend der Hypothese C4 (s. Abschnitt 8.1) noch für die beiden intervallskalierten<sup>14</sup> Variablen der Individualebene *Random Slopes* eingeführt, ergibt sich folgendes Modell<sup>15</sup>:

$$\begin{aligned}
\text{Legitimität}_{ij} = & \gamma_{00} + \beta_1 \text{Gender}_{ij} + \beta_2 \text{Bildung}_{ij} + \beta_3 \text{Einkommen}_{ij} + \beta_4 \text{Alter}_{ij} \\
& + \beta_5 \text{Schicht}_{ij} + \beta_6 \text{Polit}_{ij} + \beta_7 \text{Stolz}_{ij} + \beta_8 \text{Glück}_{ij} + \gamma_{9,0} \text{LifeSat}_{ij} + \gamma_{10,0} \text{FinSat}_{ij} \\
& + \beta_{11} \text{KlassSoz}_{ij} + \beta_{12} \text{SozExp}_j + \beta_{13} \text{SozWest}_j + \beta_{14} \text{West}_j + \beta_{15} \text{CiPoLib}_j \\
& + \beta_{16} \text{MultiPart}_j + \beta_{17} \text{GovEff}_j + \beta_{18} \text{VertLegi}_j + \beta_{19} \text{Konseerv}_j \\
& + u_{0j} + u_{9j} \text{LifeSat}_{ij} + u_{10j} \text{FinSat}_{ij} + e_{ij}. \quad (8.19)
\end{aligned}$$

Bei diesem Vorgehen muss nicht auf jeder Ebene bottom-up vorgegangen werden. Das Bottom-up bezieht sich auf die Reihenfolge der soeben beschriebenen Schritte. Es wird für jede Ebene einzeln zuerst die fixen Effekte berechnet und erst zum Schluss die Zufallseffekte eingeführt. Das Top-down Vorgehen beginnt mit dem komplexesten Modell und schliesst dann schrittweise nicht signifikante Effekte aus.

#### 8.3.2.4. Zentrierung

Wie bereits in Abschnitt 7.3.3.4 beschrieben, wurden die kontinuierlichen Variablen vor der Analyse zentriert. Dies hat bei Mehrebenenanalysen die gleichen Vorteile wie bei der Regressionsanalyse auf einer Ebene. Mehrebenenanalysen beinhalten Varianzen von Konstanten und Geraden. Diese sind nur schwer zu interpretieren. Mit einer Zentrierung können sie aber gut interpretiert werden: sie sind die erwarteten Varianzen, wenn alle erklärenden Variablen den Mittelwert aufweisen. Zudem werden bei Mehrebenen häufig Interaktionen zwischen den Ebenen eingeführt (sogenannte *Cross-Level Interactions*). Auch hier vereinfacht die Zentrierung die Interpretation massgeblich (vgl. z.B. Hox, 2010, S. 59-63).

---

<sup>14</sup>Da die anderen Variablen dichotom oder ordinal skaliert sind, ist es nicht möglich, ein leicht interpretierbares Modell mit Zufallskomponenten für diese Variablen zu formulieren. Für dichotome und ordinal skalierte Variablen werden jeweils unterschiedliche Konstanten berechnet (für jede Ausprägung eine Konstante,  $\gamma_{00}$  fällt dabei weg). Dies ist bei einer Variable noch interpretierbar, bei einem solch komplexen Modell jedoch nicht mehr sinnvoll.

<sup>15</sup>Die zu schätzenden Kovarianzen der Zufallskomponenten wurden einfachheitshalber weggelassen.

### 8.3.2.5. Stichprobengrösse

Ein wichtiges Problem in Mehrebenenanalysen ist die Stichprobengrösse. In Mehrebenenanalysen gibt es mehrere Stichprobengrössen, nämlich eine pro Ebene. Das grösste Problem stellt dabei die Samplegrösse auf der höchsten Ebene dar, da diese immer die kleinste ist (vgl. z. B. Maas & Hox, 2005, S. 85). Da Mehrebenenanalysen meist mit Maximum Likelihood Methoden geschätzt werden, sind die Schätzungen asymptotisch. Das heisst, dass die Stichproben gross sein sollten ( $J \geq 100$ ) (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 233), insbesondere wenn die Standardfehler mittels *Wald-Tests* auf Signifikanz geprüft werden. Bei kleineren Stichproben sollte die Signifikanz von Zufallsvariablen mittels *Chi-Quadrat-Difference-Test* getestet werden (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 49).

Simulationen zeigen jedoch, dass bereits mit Samples, die lediglich aus 30 Gruppen bestehen, Mehrebenenanalysen durchgeführt werden können, wobei bei den Varianzen auf der Länderebene konservative Signifikanzniveaus gewählt werden sollten, da bei  $\alpha = 0.05$  lediglich 8.9 % Fehlerwahrscheinlichkeit besteht (vgl. z. B. Maas & Hox, 2005, S. 89). Das Problem betrifft jedoch vor allem die Vertrauensintervalle von *Random Effects*. Die restlichen Parameter werden relativ zuverlässig geschätzt. Insbesondere die Regressionskoeffizienten und die Varianzen werden grundsätzlich ab 10 Gruppen mit je 5 Individuen verlässlich geschätzt. Die 95 %-Vertrauensintervalle von *Fixed Effects* werden ab 24 Gruppen mit gut 9 % anstatt 5 % Fehlerwahrscheinlichkeit relativ gut eingehalten (Hox, 2010, S. 234). Werden die Varianzen auf der Länderebene mittels alternativer Tests auf Signifikanz geprüft (keine *Wald-Tests*), können sogar schon Mehrebenenanalysen mit nur 10 Gruppen durchgeführt werden, insbesondere, wenn die Varianzen auf der zweiten Ebene nicht im Fokus des Interesses stehen. Ab einer Gruppenzahl von 50 mit je 50 Beobachtungen und einer *Intraclass* Korrelation von 0.20 werden bereits gute Resultate erzielt, werden wie in dieser Studie nur die *Fixed Effects* oder Interaktionsterme betrachtet, können sogar mit 30 Gruppen à 5 Beobachtungen akzeptable Werte erreicht werden. Dies ist die kleinste Gruppengrösse, die getestet wurde (Maas & Hox, 2005, S. 90-91).

### 8.3.3. Cross-Validierung

In der Makroanalyse konnten die Resultate mit alternativen Massen, die für die interessierenden Variablen verwendet wurden (die Sozialausgaben wurden durch Armutsreduktion ersetzt und Legitimität wurde durch die politische Stabilität ersetzt), überprüft und für relativ stabil befunden werden. Diese alternativen Variablen stehen aber nur auf der Makroebene zur Verfügung. Deshalb muss in der Mehrebenenanalyse eine andere Technik

für die Validierung verwendet werden. Aufgrund der enorm grossen Stichprobe wird eine *Cross-Validierung* möglich. Der *Cross-Validierung* liegt der Gedanke zugrunde, dass normalerweise eine statistische Analyse ein iterativer Prozess der Dateninspektion, Modellfindung und -optimierung beinhaltet. In diesem Prozess können Variablen verändert oder aus dem Modell ausgeschlossen oder auffällige Datenpunkte oder Länder exkludiert werden. Dies bringt mit sich, dass ein zuverlässigeres Modell gefunden werden kann, das auch den konkreten Daten entspricht. Damit geht aber das Risiko einher, dass das Modell zu sehr den Daten angepasst wurde und somit eher die Charakteristiken des Datensatzes reflektiert als jene der Grundgesamtheit (vgl. z. B. Fox, 1997, S. 515; Mosteller & Tukey, 1969, S. 110). Dies wird *Capitalizing on Chance* genannt. Deshalb sollte das Modell optimalerweise an einem anderen Datensatz getestet werden. Meistens sind aber die Daten nur beschränkt verfügbar, deshalb wurden verschiedene Prozeduren entwickelt, die grob in zwei Gruppen eingeteilt werden können: *One-Sample-Cross-Validation* und *Two-Sample-Cross-Validation*. Erstere versuchen, möglichst viele Datenpunkte für die Schätzung der Modellparameter zu verwenden. Häufig wird ein Datenpunkt bei der Berechnung weggelassen und dafür  $n-1$  Modelle berechnet, oder aber  $k$  Datensätze gebildet und  $k$  Modelle berechnet (vgl. z. B. Kohavi, 1995). Zweitere teilen die Stichprobe in eine Kalibrierungstichprobe und eine Validierungstichprobe ein. Es wird nur ein Modell berechnet, wobei nur die Daten im Kalibrierungssample für die Modellbildung hinzugezogen werden und die Daten des Validierungssamples der Verifizierung dienen (vgl. z. B. Fox, 1997, S. 516-517).

In dieser Untersuchung wird eine Cross-Validierung mittels zweier Samples verwendet (*Two-Sample Cross-Validation*). Dies bringt den Nachteil mit sich, dass nicht alle Datenpunkte verwendet werden, um die Parameter zu schätzen. Dies ist aber mit dem in dieser Untersuchung verwendeten Datensatz mit einer Stichprobengrösse von  $N = 101'991$  kein Problem. Für eine Mehrebenenanalyse die mittels Maximum Likelihood geschätzt wird, wie es hier der Fall ist, braucht es für eine akkurate Schätzung der Parameter und deren Standardfehler mindestens eine Stichprobe in der Grössenordnung von 30 Individuen in 30 Gruppen (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 235). Sind es mehr Gruppen braucht es entsprechend weniger Individuen pro Gruppe. Die Schätzungen auf der Individualebene sind, wie bereits erwähnt, praktisch immer akkurat (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 234-235). Die Verwendung der *Two-Sample Cross-Validation* bringt aber auch deutliche Vorteile gegenüber dem Einsample-Verfahren, in welchem ein Sample in mehrere Teile geteilt wird und immer ein Teil als Kalibrierungssample verwendet wird und die restlichen Teile als Validierungssample: Die *Two-Sample Cross-Validation* basiert erstens auf keinen Verteilungsannahmen, zweitens kann im Unterschied zur Einsample-Prozedur jede Diskrepanzfunktion angewendet werden und drittens kann das sogenannte *Data Snooping* angewendet werden, also die

sequentielle Modifizierung des Modells, ohne dass die Cross-Validierung davon betroffen ist (vgl. z. B. Browne, 2000, S. 127-128). Auch Mosteller und Tukey (1969, S. 111) schreiben: „If he [the researcher who has halved his data] has so much data that halving or doubling has little effect on the quality of the optimized procedure, well and good. He can do little more than he has done“. Das Kalibrierungs- und das Validierungssample müssen nicht zwingend gleich gross sein, sofern die Einteilung der Beobachtungen in das eine oder andere Sample aufgrund einer Zufallsauswahl oder durch sogenannte *optimal splitting procedures* (Snee, 1977) erfolgt (Camstra & Boomsma, 1992, S. 93).

Die Cross-Validierung wurde in dieser Studie so implementiert, dass pro Land 200 Individuen per Zufallsstichprobe ausgewählt wurden. Dies führt zu einem Kalibrierungssample mit Stichprobengrösse  $n=14'800$  Individuen aus 74 Ländern. Anhand dieses Kalibrierungssamples werden die Modelle entsprechend dem in Abschnitt 8.3.2.3 beschriebenen Vorgehen gebildet. Anschliessend werden für die restlichen Individuen, dem Validierungssample, entsprechend dem Modell, das anhand dem Kalibrierungssamples gebildet wurde, die prognostizierten Werte für die Legitimität des Staates berechnet.

Die Validität der Modelle wird mittels zweier von (Browne, 2000) vorgeschlagenen Massen für prädiktive Validität bestimmt<sup>16</sup>. Einerseits durch das Mass  $\widehat{w}^2$ , das die Vorhersagevalidität bestimmt und folgendermassen berechnet wird (Browne, 2000, S. 113):

$$\widehat{w}^2 = \text{Corr}_{\mathcal{V}}^2(y, \tilde{y}(\mathbf{x}|\hat{\beta}_{\mathcal{C}})), \quad (8.20)$$

wobei das Subskript  $\mathcal{C}$  für das Kalibrierungssample und das Subskript  $\mathcal{V}$  für das Validierungssample steht.

Das  $\widehat{w}^2$  stellt dabei die geschätzte aufgeklärte Varianz in der Grundgesamtheit dar und wird durch die Korrelation im Validierungssample zwischen den gemessenen Ausprägungen der Legitimität des Staates und den durch die Parameter des mit dem Kalibrierungssample geschätzten Modells vorhergesagten Ausprägungen der Legitimität des Staates berechnet. Ein hoher Wert steht für eine hohe Vorhersagevalidität, wobei  $\widehat{w}^2$  nie grösser als das  $r_{\mathcal{C}}^2$  des Kalibrierungssamples sein kann (Camstra & Boomsma, 1992, S. 93; Browne, 2000, S. 114).

---

<sup>16</sup>Auch wenn es in dieser Studie nicht im engeren Sinne um Prognosen geht, so geht es doch wie in den meisten statistischen Analysen in einem gewissen Masse um eine Vorhersage (vgl. z. B. Mosteller & Tukey, 1969, S. 109): Es geht zumindest um die Frage, ob das präsentierte Modell auf die Grundgesamtheit generalisierbar ist. Dies kann als eine Prognose interpretiert werden, dahingehend ob sich dieses Modell auch an einer anderen Stichprobe aus derselben Grundgesamtheit reproduzieren lässt – und dies ist ja gerade die Idealform einer Cross-Validierung.

Da das Mass  $\widehat{w}^2$ , wie auch das  $r^2$ , mit der Anzahl an integrierten Prädiktoren zunimmt, schlägt Browne ein zweites Mass vor, das (relativ) unabhängig von der Anzahl Prädiktoren ist. Es eignet sich dementsprechend besonders für die Modell-Selektion. Es wird durch den durchschnittlichen quadrierten Fehler gebildet und gibt an, wie gross der Unterschied zwischen den beobachteten und den vorhergesagten Werten für die abhängige Variable ist (Browne, 2000, S. 116):

$$\widehat{d}^2 = \text{MSE}_{\mathcal{Y}}(\widehat{\beta}_{\mathcal{E}}) = N_{\mathcal{Y}}^{-1} \sum_{i=1}^{N_{\mathcal{Y}}} (y_{\mathcal{Y}i} - \widehat{\beta}_{\mathcal{E}0} - \beta'_{\mathcal{E}} \mathbf{x}_{\mathcal{Y}i})^2. \quad (8.21)$$

Für eine gute Vorhersagevalidität sprechen tiefe Werte von  $\widehat{d}^2$ .

## 8.4. Resultate der Mehrebenenanalyse

Da in der Makroanalyse bereits festgestellt wurde, dass sich die Zusammenhänge auf der Makroebenen zwischen den Kulturen stark unterscheiden, wird in der Auswertung der Mehrebenenanalyse von Beginn weg auf ein integriertes Modell verzichtet und auf die Kontrastgruppen einzeln fokussiert. Zum Schluss wird allerdings ein Gesamtmodell, das alle Länder beinhaltet vorgestellt, um die Hypothese C4, nämlich dass Unterschiede zwischen den Kulturen bestehen, auch mittels Mehrebenenmodell statistisch zu testen<sup>17</sup>.

### 8.4.1. Modell 1: Westliche vs. nicht-westliche Länder

Werden die beiden Basismodelle miteinander verglichen, lässt sich festhalten, dass die durchschnittliche Legitimität in den westlichen Länder höher ist, als in den nicht-westlichen Ländern (47 vs. 38) (s. Tabelle 8.1). Die Variabilität der Legitimität ist in beiden Gruppen sowohl auf der Individual- wie auch auf der Länderebene ziemlich ähnlich. In den westlichen

---

<sup>17</sup>Üblicherweise werden Mehrebenenmodelle so präsentiert, dass verschiedene Modelle mit unterschiedlicher Parameterzahl für das gleiche Sample präsentiert werden. Anhand verschiedener Informationskriterien kann dann entschieden werden, welches das beste Modell ist. Dieses wird dann (unter Umständen in Bezug zu den anderen Modellen) interpretiert (vgl. z. B. Hox, 2010, S. 70). Da in dieser Untersuchung der Fokus nicht auf der möglichst perfekten Erklärung der Varianz der Legitimität und der Beschreibung der wichtigsten Determinanten von Legitimität liegt, werden hier die Resultate in anderer Form präsentiert: Um die Hauptfragen dieser Untersuchung zu beleuchten, nämlich ob Unterschiede im Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen in verschiedenen kulturellen Settings bestehen, werden die einzelnen Modelle der Kontrollgruppen miteinander präsentiert. So können die einzelnen Modelle direkt verglichen werden. Eine Präsentation der verschiedenen Modelle einer Gruppe zum Vergleich der Modellgüte folgt jeweils am Ende des Abschnitts.



Ländern ist die Variabilität auf der Individualebene grösser als in den nicht-westlichen Ländern, während die Variabilität auf der Länderebene in den nicht-westlichen Ländern grösser ist als in den westlichen Ländern. Die *Intraclass*-Korrelation beträgt in den westlichen Ländern 0.14, in den nicht-westlichen Ländern 0.16. Bei dem Modell der westlichen Länder ist aufgrund der geringen Fallzahl ( $N = 15$ ) insbesondere bei den Zufallseffekten (also bei der Varianz auf der Länderebene) bei der Interpretation des Signifikanzniveaus Vorsicht walten zu lassen. Hier kann das Signifikanzniveau deutlich höher sein, als dies der Wald-Test angibt. Die anderen Parameter dürften aber im Rahmen des Akzeptablen bleiben, wie die Simulationsstudie von Maas und Hox (2002, S. 13) zeigt.

Tabelle 8.1.: Resultate für die Basismodelle „West“

Abhängige Var.: Legitimität	Westliche Länder $N = 3'000, 15 \text{ Länder}$			Nicht-westliche Länder $N = 11'800, 59 \text{ Länder}$		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Fixed Part</i>						
Konstante	46.57***	2.14	21.81	37.62***	1.11	33.98
<i>Random Part</i>						
$\sigma$ Individuen	19.19***	0.38	50.32	18.89***	0.28	66.31
$\sigma$ Länder	7.60***	1.05	7.26	8.31***	0.92	9.07
ICC	0.14			0.16		
<i>Modellgüte</i>						
Pseudo-LL	-12'318.40			-50'731.90		
BIC	24'660.82			101'491.90		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.13; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.11$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.17; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.16$		
$\Delta d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 369.90; \Delta d^2 = -3.17(9.22)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 365.90; \Delta d^2 = -10.73(6.58)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 8.4.1.1. Individualebene „West“

Das Ziel dieser Untersuchung besteht nicht in der Identifizierung und Beschreibung von Determinanten der Legitimität. Deshalb werden die Resultate nicht eingehend kommentiert, sondern das Augenmerk lediglich auf die wichtigsten Befunde gelenkt, die im Zusammenhang mit der Fragestellung dieser Arbeit liegen: Nämlich auf die Unterschiede der makrokulturellen Gruppen.

Die Resultate der Individualmodelle für die westlichen und die nicht-westlichen Länder sind in Tabelle 8.4.1.1 abgebildet. Wie in der Makroanalyse sind auch auf der Individual-ebene die Unterschiede zwischen westlichen und nicht-westlichen Länder auf den ersten

Blick zu erkennen. *Erstens* üben andere Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Legitimität aus, *zweitens* unterscheiden sich häufig sogar die Vorzeichen der Koeffizienten der Variablen (Ausnahmen sind lediglich die Variablen Nationalstolz (*Stolz*), das empfundene Glück (*Glücklich*), Lebenszufriedenheit (*LifeSatis*) und Zufriedenheit mit der finanziellen Situation (*FinSatis*).

Auch bezüglich der erklärten Varianz unterscheiden sich die Modelle der beiden Gruppen stark: Während in den westlichen Ländern mit diesen Variablen auf der Individualebene immerhin 11 % der Varianz erklärt werden kann und diese Variablen sogar 33 % der Varianz auf der Länderebene erklären können, liegen die  $R^2$ -Werte im Modell der nicht-westlichen Länder bei 4 % auf der Individualebene. Auf der Länderebene erklären diese Variablen gar keine Varianz, im Gegenteil, nach Kontrolle dieser Variablen vergrößert sich die Varianz auf der Länderebene gar! Allerdings steht dieses geringe Aufklärungsvermögen auf der Individualebene im Einklang mit anderen Studien, die Determinanten der Legitimität untersuchen (vgl. z. B. Norris, 1999c, S. 232; Booth & Seligson, 2009, S. 131-136).

Folgende Befunde sind in Bezug zur im Abschnitt 8.2 genannten Literatur erwähnenswert: Das Geschlecht (*Sex*) hat im Gegensatz zu den Befunden von Norris (1999c, S. 232) und Booth und Seligson (2009, S. 139-140) in beiden Gruppen keinen Einfluss auf die Legitimität. Die Befunde zur *Bildung* stimmen mit jenen von Norris (für die westlichen Länder) und von Booth und Seligson (2009, S. 139-140) (für die nicht-westlichen Länder) überein. Die gegenläufigen Befunde können also beide bestätigt werden, sofern zwischen den Gruppen unterschieden wird.

Die *Cross-Validierung* deutet auf valable Modelle hin, in beiden Gruppen unterscheiden sich die  $w^2$ -Werte kaum. Auch die  $d^2$ -Differenz zwischen dem Kalibrierungs- und dem Validierungssample ist sehr klein, der Unterschied kann statistisch nicht von Null unterschieden werden<sup>18</sup>. Dennoch sind die Resultate aufgrund des kleinen Anteils der erklärten Varianz insbesondere für die nicht-westlichen Länder nicht überzuinterpretieren.

---

<sup>18</sup>Zwar ist in den nicht-westlichen Ländern der Unterschied auf dem 10 %-Niveau signifikant, die Anzahl der Beobachtungen legt jedoch ein Signifikanz-Niveau von 5 % nahe. Der Unterschied beträgt lediglich 3 %.

Tabelle 8.2.: Resultate für die Individualmodelle „West“

Abhängige Var.: Legitimität	Westliche Länder <i>N</i> = 3'000, 15 Länder Total			Nicht-westliche Länder <i>N</i> = 11'800, 59 Länder Total		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
Männer	−0.43	0.69	−0.62	0.20	0.43	0.46
<i>Bildung</i>	***			**		
sekundär	4.37***	1.53	2.86	−1.47**	0.60	−2.43
tertiär	8.82***	2.07	4.26	−0.97	0.77	−1.25
<i>Einkommen</i>						
mittel	0.64	1.22	0.53	−0.56	0.57	−0.98
hoch	0.54	1.68	0.32	−1.73**	0.83	−2.09
<i>Alter</i>				***		
25-34	−2.09	1.31	−1.60	0.54	0.61	0.89
35-44	−0.66	1.29	−0.52	0.16	0.68	0.24
45-54	−0.83	1.33	−0.62	1.63**	0.70	2.32
55-64	0.13	1.40	0.09	2.94***	0.73	4.04
65+	−0.21	2.15	−0.10	2.05**	0.97	2.12
<i>Schicht</i>						
Unter-	−2.78	1.85	−1.50	0.41	0.65	0.63
Arbeiter-	−1.81	1.27	−1.43	−0.68	0.51	−1.33
Ober-	−1.23	3.39	−0.36	1.83	1.59	1.15
<i>Politik</i>	**			**		
links	1.41	1.26	1.12	0.91	0.74	1.23
rechts	−2.62**	1.21	−2.17	1.56**	0.66	2.37
<i>Stolz</i>	***			***		
nicht besonders	1.19	2.96	0.40	5.01***	1.25	4.02
ziemlich	6.61**	2.83	2.33	8.08***	1.20	6.75
sehr	10.10***	2.84	3.56	11.24***	1.27	8.82
<i>Glücklich</i>				***		
nicht besonders	6.93*	3.88	1.79	3.32***	1.03	3.23
ziemlich	8.27**	3.88	2.13	5.89***	1.07	5.51
sehr	8.37**	3.92	2.14	6.65***	1.18	5.63
LifeSatis	0.77***	0.28	2.79	0.41***	0.10	3.95
FinSatis	1.19***	0.20	5.84	0.41***	0.12	3.44
Konstante	27.28***	4.84	5.63	22.61***	2.14	10.55
<b>Random Part</b>						
σ Individuen	18.12***	0.32	55.91	18.48***	0.28	66.82
σ Länder	6.21***	1.01	6.17	8.43***	0.97	8.69
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.11			0.04		
$R^2$ Länder	0.33			−0.03		
$R^2$ Total	0.14			0.03		
Pseudo-LL	−12'156.20			−50'496.99		
BIC	24'382.80			101'100.00		
F-Statistik	$F(23, 1'485.5) = 75.83^{***}$			$F(23, 23'467.6) = 24.71^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.21; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.18$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.20; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.20$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 338.35; \Delta d^2 = -11.42(9.52)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 350.81; \Delta d^2 = -10.75^*(6.06)$		

Bemerkungen: Basiskategorie der Variable *Bildung*: „nicht abgeschlossene Sekundärstufe“; Basiskategorie der Variable *Einkommen*: „tiefes Einkommen“; Basiskategorie der Variable *Alter*: „15-24 Jährige“; Basiskategorie der Variable *Schicht*: „Mittelschicht“; Basiskategorie der Variable *Politik*: „Mitte“; Basiskategorie der Variable *Stolz*: „gar nicht stolz“; Basiskategorie der Variable *Glücklich*: „gar nicht glücklich“. Informationen zu den Kontrollvariablen auf Individualebene finden sich in Anhang A.2.4.2. Das beim Variablenname angegebene Signifikanzniveau einer kategorialen Variable bezieht sich auf das Signifikanzniveau der gesamten Variable (der sogenannte „Joint-Test“).

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 8.4.1.2. Modelle mit erklärenden Variablen auf Individual- und Länderebene „West“

Werden nun die Kontrollvariablen auf der Länderebene eingefügt zeigt sich die Unterschiedlichkeit der Effekte in diesen beiden Gruppen weiterhin auf beiden Ebenen (s. Tabelle 8.3). In den westlichen Ländern üben, wie bereits in der Makroanalyse ausgeführt wurde (s. Tabelle 7.4, die Sozialausgaben (*SozEx*), die Höhe der Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) und ein Proporz-System (*Proporz*) einen positiven Effekt und der Anteil an urbaner Bevölkerung (*Urban*) einen negativen Effekt auf die Legitimität aus und die konservativen Wohlfahrtsregimes (*Konservativ*) zeichnen sich durch eine tiefere Legitimität aus. In den nicht-westlichen Ländern übt hingegen keine dieser Variablen einen signifikanten Effekt aus. Hier beeinflusst die Effektivität der Regierung (*GovEff*) die Legitimität positiv, während – entgegen den in der Literatur postulierten Erwartungen (vgl. Abschnitt 7.2.2.1) – das Bruttosozialprodukt (*BSP*) und die zivilen und politischen Freiheiten (*CiPoLib*) die Legitimität negativ beeinflussen<sup>19</sup>. Offensichtlich beeinflussen weder auf der Individual- noch auf der Länderebene dieselben Variablen die Legitimität in der Bevölkerung in den westlichen wie in den nicht-westlichen Ländern<sup>20</sup>. Die Variablen, die in dieser Untersuchung verwendet wurden, erweisen sich als aussagekräftiger in den westlichen Ländern: Sie können 10 % der Varianz auf der Individualebene und 98 % der Varianz auf der Länderebene erklären. Dies ergibt eine Aufklärung von 22 % der Gesamtvarianz der Legitimität der Bevölkerung in den westlichen Ländern. In den nicht-westlichen Ländern kann deutlich weniger Varianz aufgeklärt werden: 4 % auf der Individualebene und 41 % auf der Länderebene, was einer Gesamtaufklärung von 10 % entspricht. Dies liegt nicht daran, dass die Varianz in den beiden Gruppen unterschiedlich gross wäre: Auf der Individualebene besteht in den westlichen Ländern eine geringfügig grössere Varianz, während in den nicht-westlichen Ländern eine grössere Varianz auf der Länderebene besteht (vgl. Tabelle 8.1).

---

<sup>19</sup>In der Makroanalyse zeigten sich die Variablen *MultiParty* sowie *VertLegi* noch als signifikante Prädiktoren. In der Mehrebenenanalyse erweist sich ihr Einfluss nicht mehr als signifikant. Dies hängt damit zusammen, dass die Individualvariablen die Varianz auf der Länderebene beeinflussen. In diesem Modell trat ja der Fall auf, dass die Varianz zunahm. Der Einbezug der Variablen auf der Individualebene erweist sich hier also als wichtig. Damit können Unterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerung der Länder ausgeglichen werden. Die Verwendung einer Mehrebenenanalyse erweist sich also als wichtig.

<sup>20</sup>Die einzige Ausnahme ist die Effektivität der Regierung (*GovEff*). Sie beeinflusst auch in den westlichen Ländern die Legitimität positiv. Allerdings korreliert sie stark mit der Arbeitsbeteiligung (*LaborPart*) und auch mit anderen Variablen, weshalb sie aus dem Modell ausgeschlossen werden muss. Die Modelle, die die Variable Effektivität der Regierung einbeziehen, erweisen sich nicht als besonders gut. Das präsentierte Modell erweist sich als deutlich besser bezüglich Informationskriterien, aufgeklärter Varianz, F-Test sowie diverser Annahmetests wie Normalverteilung der Residuen, Heteroskedastizität und Ausreisser.

Tabelle 8.3.: Resultate für die Fixed-Effects-Modelle „West“

Abhängige Var.: Legitimität	Westliche Länder <i>N</i> = 3'000, 15 Länder Bereinigt			Nicht-westliche Länder <i>N</i> = 11'800, 59 Länder Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
<i>Bildung</i>						
sekundär	4.35***	1.23	3.55	−1.45**	0.62	−2.34
tertiär	9.20***	1.61	5.73	−0.84	0.76	−1.10
<i>Einkommen</i>						
mittel				−0.58	0.56	−1.05
hoch				−1.60**	0.80	−2.00
<i>Alter</i>						
25-34				0.49	0.61	0.81
35-44				0.13	0.68	0.19
45-54				1.61**	0.71	2.29
55-64				2.98***	0.73	4.09
65+				2.10**	0.96	2.18
<i>Politik</i>						
links	1.33	1.22	1.09	0.90	0.75	1.21
rechts	−2.44**	1.25	−1.95	1.58**	0.66	2.40
<i>Stolz</i>						
nicht besonders	1.42	2.74	0.52	4.98***	1.25	3.99
ziemlich	6.76**	2.71	2.50	8.00***	1.20	6.68
sehr	10.48***	2.59	4.05	11.10***	1.27	8.71
<i>Glücklich</i>						
nicht besonders	6.99**	3.78	1.85	3.19***	1.01	3.17
ziemlich	8.81**	3.87	2.27	5.78***	1.05	5.50
sehr	8.79**	3.90	2.26	6.54***	1.16	5.65
LifeSatis	0.74***	0.28	2.60	0.41***	0.10	4.00
FinSatis	1.31***	0.17	7.62	0.41***	0.12	3.45
SocEx	0.73***	0.09	8.10			
BSP				−0.50***	0.18	−2.70
LaborPart	1.06***	0.09	11.86			
CiPiLib				−3.54***	0.71	−4.95
Proporz	2.61**	1.30	2.01			
GovEff				0.34***	0.07	4.94
Urban	−0.39***	0.08	−4.83			
Konservativ	−7.69***	0.98	−7.84			
Konstante	25.07***	4.51	5.55	23.43***	1.85	12.64
<b>Random Part</b>						
σ Individuen	18.16***	0.31	57.89	18.49***	0.28	66.99
σ Länder	1.12***	0.43	2.60	6.36***	0.53	12.03
<b>Modellgüte</b>						
<i>R</i> <sup>2</sup> Ind.	0.10			0.04		
<i>R</i> <sup>2</sup> Länder	0.98			0.41		
<i>R</i> <sup>2</sup> Total	0.22			0.10		
Pseudo-LL	−12'145.72			−12'145.72		
BIC	24'345.61			101'068.5		
F-Statistik	$F(17, 1'367.1) = 383.13^{***}$			$F(22, 25'104.4) = 24.77^{***}$		
<i>w</i> <sup>2</sup>	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.21; w_{\mathcal{V}}^2 = 0.18$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.20; w_{\mathcal{V}}^2 = 0.20$		
<i>d</i> <sup>2</sup>	$d_{\mathcal{C}}^2 = 338.17; \Delta d^2 = -8.82(9.55)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 350.99; \Delta d^2 = -10.67^*(6.08)$		

Legende: \**p* < .1, \*\**p* < .05, \*\*\**p* < .01

#### 8.4.1.3. Modelle mit *Cross-Level*-Interaktion „West“

Um die Hypothesen C1 und C2 zu prüfen wird nun ein sogenannter *Cross-Level*-Interaktionsterm zwischen der (subjektiven) sozialen Schicht und den Sozialausgaben eingeführt. Wie Tabelle 8.4 entnommen werden kann, ändern sich die Effekte der Variablen durch die Einführung der Variablen *Schicht* und des Interaktionstermes zwischen Schicht und Sozialausgaben (*SchichtSoc*) kaum, einzig der Effekt von Bildung in den westlichen Ländern schwächt sich minim ab.

Die Unterscheidung der Schichten ist im Modell der westlichen Länder nicht signifikant. Grundsätzlich weist die Mittelschicht (die Basiskategorie) eine höhere Legitimität aus als die anderen Schichten, deren Koeffizienten alle negativ sind. Diese Unterschiede sind aber wie erwähnt nicht signifikant von Null zu unterscheiden. Auch der Interaktionseffekt ist als gesamter nicht signifikant. Während die Unter- und Arbeiterschicht mit zunehmenden Sozialleistungen das Legitimitätsdefizit gegenüber der Mittelschicht tendenziell aufholen (die Koeffizienten des Interaktionstermes sind positiv), wird der Unterschied zwischen der Mittelschicht und der Oberschicht mit steigenden Sozialausgaben grösser (der Koeffizient des Interaktionstermes ist negativ). Grundsätzlich lässt sich bei einem Interaktionsterm nicht ganz einfach sagen, ob der Effekt signifikant ist, da sich die Unterschiede je nach Ausprägung der kontinuierlichen Variable (hier die Sozialausgaben) steigern können. Deshalb sollte, wie (Aiken & S. G. West, 1991, S. 106) vorschlagen die Signifikanz mittels F-Test geprüft werden. Der F-Test ist ebenfalls nicht signifikant ( $F_{6,2'976} = 1.6, p = 0.143$ ). Im Mehrebenenmodell bieten sich auch die Informationskriterien an. Diese sind für das Interaktionsmodell tendenziell schlechter (allerdings nur sehr geringfügig) als für das Modell ohne Interaktionsterm (vgl. Tabelle 8.5)<sup>21</sup>. Dies kommt wohl daher, dass die Variable *Schicht* als solche kaum etwas aussagt, die Varianzaufklärung auf der Individualebene ist ja sehr klein.

Anhand einer graphischen Darstellung lässt sich dennoch zumindest tendenziell ablesen, inwieweit die Hypothesen C1 und C2 in den westlichen Ländern zutreffen; gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass dies in Bezug auf die Gesamthöhe der Legitimität in den einzelnen Ländern kaum etwas aussagt, denn diese wird durch andere Variablen stärker beeinflusst als durch die soziale Schicht. Die Graphik<sup>22</sup> zeigt zunächst, dass quer

---

<sup>21</sup>Die Variable *Schicht* war im Modell ohne Interaktionsterm nicht signifikant, weshalb der Einbezug dieser Variable ebenfalls einen Einfluss auf die Modellgüte des Interaktionsmodelles ausübt. Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass das Modell ohne Interaktionsterm mindestens genauso viel aussagt, wie das Modell mit Interaktionsterm.

Tabelle 8.4.: Resultate für die *Cross-Level*-Interaktionsmodelle „West“

Abhängige Var.: Legitimität	Westliche Länder <i>N</i> = 3'000, 15 Länder			Nicht-westliche Länder <i>N</i> = 11'800, 59 Länder		
	Bereinigt, plus Interaktion			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
<i>Bildung</i>						
sekundär	3.99***	1.28	3.11	-1.41**	0.61	-2.31
tertiär	8.49***	1.75	4.86	-0.93	0.78	-1.19
<i>Einkommen</i>						
mittel				-0.54	0.58	-0.93
hoch				-1.74**	0.83	-2.10
<i>Alter</i>						
25-34				0.52	0.61	0.86
35-44				0.14	0.68	0.20
45-54				1.64**	0.70	2.35
55-64				3.03***	0.72	4.20
65+				2.23**	0.96	2.33
<i>Schicht</i>						
Unter-	-3.00	1.84	-1.63	0.37	0.65	0.56
Arbeiter-	-1.87	1.24	-1.51	-0.42	0.51	-0.83
Ober-	-1.10	3.28	-0.33	1.84	1.57	1.17
<i>Politik</i>						
links	1.43	1.26	1.14	0.93	0.75	1.24
rechts	-2.44**	1.26	-1.94	1.57**	0.66	2.39
<i>Stolz</i>						
nicht besonders	1.58	2.75	0.57	4.93***	1.24	3.97
ziemlich	6.94**	2.69	2.58	7.99***	1.19	6.70
sehr	10.64***	2.62	4.06	11.11***	1.27	8.75
<i>Glücklich</i>						
nicht besonders	7.07*	3.86	1.83	3.22***	1.02	3.16
ziemlich	8.65**	3.93	2.20	5.73***	1.06	5.40
sehr	8.70**	3.94	2.21	6.51***	1.17	5.55
LifeSatis	0.73***	0.28	2.60	0.40***	0.10	3.93
FinSatis	1.21***	0.17	7.04	0.40***	0.12	3.36
SchichtSoc				**		
Unter-	0.19	0.36	0.53	-0.16*	0.09	-1.84
Arbeiter-	0.18	0.21	0.85	-0.17**	0.07	-2.53
Ober-	-0.17	0.50	-0.34	-0.14	0.22	-0.67
SocEx	0.67***	0.11	6.09	0.03	0.13	0.21
BSP				-0.47**	0.19	-2.41
LaborPart	1.06***	0.10	11.12			
CiPoLib				-3.45***	0.74	-4.67
Proporz	2.67**	1.30	2.06			
GovEff				0.34***	0.07	4.85
Urban	-0.38***	0.08	-4.59			
Konservativ	-7.74***	1.00	-7.73			
Konstante	26.06***	4.75	5.49	23.47***	1.90	12.33
<b>Random Part</b>						
$\sigma$ Individuen	18.13***	0.32	57.46	18.47***	0.28	66.87
$\sigma$ Länder	1.21***	0.40	3.04	6.32***	0.53	11.84
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.11			0.04		
$R^2$ Länder	0.97			0.42		
$R^2$ Total	0.23			0.10		
F-Statistik	$F(23, 1'172.5) = 75.83^{***}$			$F(29, 16'967.6) = 26.76^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.21; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.18$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.20; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.20$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 337.83; \Delta d^2 = -9.81(9.50)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 350.69; \Delta d^2 = -10.92^*(6.08)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

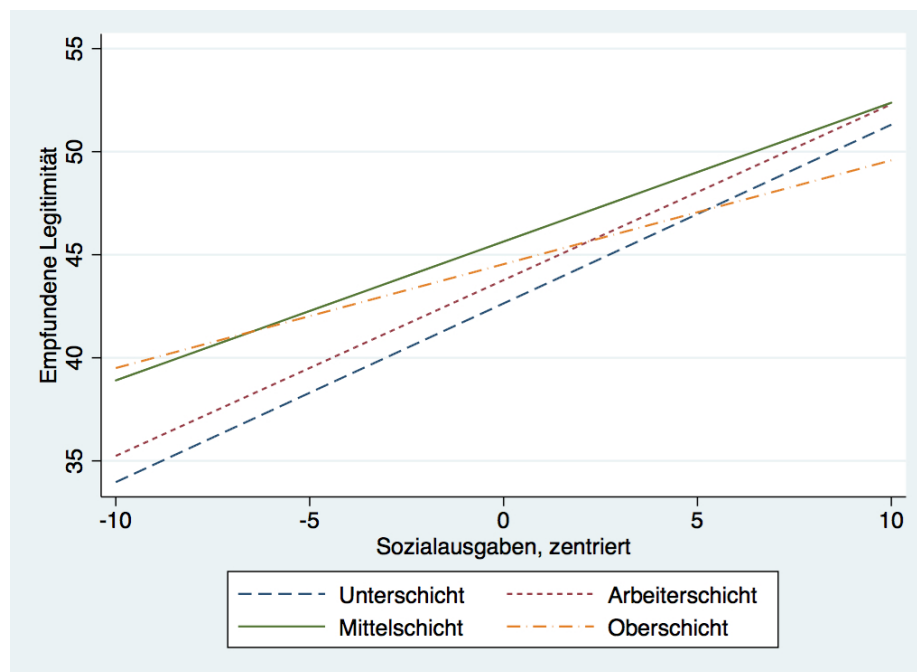


Abbildung 8.1.: Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den westlichen Ländern (*Simple Slopes* nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124))

durch alle Schichten gilt: je mehr Sozialleistungen ein Staat gewährt, desto höher ist das Legitimitätsempfinden gegenüber des Staates. Es zeigt sich aber auch, dass es durchaus Unterschiede bezüglich der Schichten gibt: So weist die Oberschicht die höchste Legitimität auf, wenn wenig Sozialleistungen gewährt werden, während die Oberschicht die tiefste Legitimität aufweist, wenn die Sozialausgaben hoch sind. Die Unter- und Arbeiterschicht weisen die stärkste Steigung auf: für sie sind die Sozialleistungen ein wichtiges Argument für eine höhere Legitimität. In Bezug auf die Hypothesen C1 und C2 bedeutet dies, dass Hypothese C2 abgelehnt werden muss: Es besteht *kein* negativer Zusammenhang zwischen Sozialleistungen für die Oberschicht. Für die machtkritische Position kann also in den westlichen Ländern keine empirische Evidenz gefunden werden. Die Hypothese C2 kann hingegen nicht verworfen werden: Es besteht ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen

<sup>22</sup>Für die Darstellung der *Simple Slopes* wurden die jeweiligen Koeffizienten der Interaktionsterme und der konstituierenden Terme geplottet und „mittlere“ Koeffizienten der anderen Variablen in die Gleichung integriert: Die meisten Variablen wurden in zentrierter Form ins Modell eingeführt, weshalb diese Koeffizienten nicht für die Berechnung der *Simple Slopes* verwendet wurden (es wird dann der durchschnittliche Wert dieser Variable angenommen). Ausnahmen sind die *Bildung* (hier wurde die abgeschlossene Sekundärstufe gewählt), *Nationalstolz* (*Stolz*) und das persönliche Glücksempfinden (*Glücklich*), hier wurde der Wert 3 (Prädikat: ziemlich) angenommen. In den Folgenden Graphiken für die nicht-westlichen, die christlichen und die nicht-christlichen Länder wurden für die Variablen *Einkommen* der mittlere Wert (2) und für das *Alter* die 35- bis 44-jährigen gewählt. Zudem wurden die Geraden jeweils für die beobachteten Werte geplottet, weshalb sich die Ranges der X- und Y-Achsen zwischen den einzelnen Modellen unterscheiden.



Sozialausgaben und Legitimität in der Unter- und Arbeiterschicht ( $Slope_{Unterschicht} = 0.86$ ,  $p = 0.011$ ;  $Slope_{Arbeiterschicht} = 0.85$ ,  $p = 0.000$ ), jedoch kein signifikanter Zusammenhang in der Oberschicht ( $Slope_{Oberschicht} = 0.50$ ,  $p = 0.241$ ). Dies stützt die sozialdemokratische Position in den westlichen Ländern. Allerdings unterscheiden sich die Geraden nicht signifikant voneinander, weshalb diese Unterschiede mit grosser Vorsicht genossen werden sollten. In Bezug auf die Hypothesen C1 und C2 ändert dies aber nichts, die Hypothese C2 muss verworfen werden, während die Hypothese C1 leicht angepasst werden muss: Auch in der Oberschicht stützen die Sozialausgaben die Legitimität. Es besteht zwar kein signifikanter aber immerhin auch kein negativer Effekt von Sozialausgaben auf die Legitimität in der Oberschicht.

In den nicht-westlichen Ländern erweisen sich die Interaktionsterme zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben als signifikant: Die Regressionsgeraden der Unter- und Arbeiterschicht unterscheiden sich von jener der Mittelschicht. Auch der F-Test weist auf die Signifikanz der Interaktion hin ( $F_{7,11'770} = 5.26$ ,  $p = 0.000$ ); aber auch hier zeigen die Informationskriterien an, dass das Modell ohne Interaktionsterme grundsätzlich zu bevorzugen ist, allerdings ist der Unterschied des AIC und des BIC sehr gering. Dies kann wieder gleich wie im Modell für die westlichen Länder interpretiert werden: Der Effekt von sozialer Schicht auf die Legitimität unterscheidet sich zwar je nach Höhe der Sozialleistungen im jeweiligen Land. Weil aber das Interaktionsmodell aufgrund der vielen zusätzlichen Parameter um einiges komplexer ist, ist das Modell ohne Interaktion zu bevorzugen, da es beinahe dieselbe Erklärungskraft besitzt. Dies heisst wiederum, dass der Effekt der sozialen Schicht auch in den nicht-westlichen Ländern nur wenig über die Gesamthöhe der Legitimität aussagen kann.

Abbildung 8.2 zeigt für die nicht-westlichen Ländern die *Simple Slopes* der Sozialleistungen nach sozialer Schicht. Auch hier dient die Betrachtung des Interaktionseffektes der Prüfung der Hypothesen C1 und C2. Dabei zeigt sich ein interessantes Bild: Während für die Mittelschicht ein leicht positiver Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität auszumachen ist, ist der Effekt für alle anderen Schichten negativ. Allerdings sind alle *Simple Slopes* statistisch nicht signifikant, da die Streuung erheblich ist ( $Slope_{Unterschicht} = -0.13$ ,  $p = 0.267$ ;  $Slope_{Arbeiterschicht} = -0.14$ ,  $p = 0.233$ ;  $Slope_{Mittelschicht} = 0.03$ ,  $p = 0.233$ ;  $Slope_{Oberschicht} = -0.11$ ,  $p = 0.352$ ). Bezüglich der Hypothesen C1 und C2 kann festgehalten werden, dass die Hypothese der sozialdemokratischen Position (C1) verworfen werden muss. Es besteht kein Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und Legitimität in der Unter- und Arbeiterschicht. Die Hypothese der machtkritischen Position (C2) kann zwar nicht vollständig als bestätigt angesehen werden, denn es besteht auch in der Oberschicht kein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und

Legitimität. Dennoch zeigen die Resultate in den nicht-westlichen Ländern Evidenz für die machtkritische Position: Sozialleistungen haben grundsätzlich eher einen negativen als einen positiven Effekt und die Unter- und Arbeiterschicht unterscheiden sich diesbezüglich nicht von der Oberschicht, obwohl sie von den Leistungen profitieren würden.

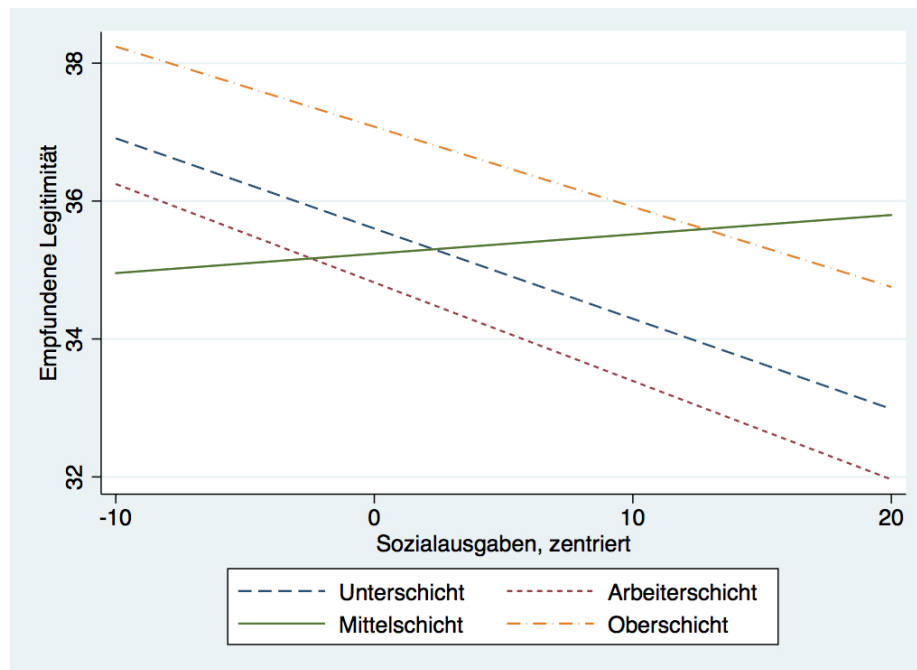


Abbildung 8.2.: Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den nicht-westlichen Ländern (*Simple Slopes* nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124))

#### 8.4.1.4. Modellvergleiche „West“

Werden Modelle mittels Maximum Likelihood geschätzt, können die einzelnen Modelle mittels Log-Likelihood-Ratio-Test und Informationskriterien verglichen werden. Da aber in dieser Studie für die Auswahlwahrscheinlichkeit der Individuen gewichtet wurde, da nicht in allen Ländern gleichermassen ein repräsentatives Sample gezogen werden konnte, kann der Log-Likelihood-Ratio-Test nicht mehr angewendet werden, da die Modelle mittels Pseudo-Likelihood geschätzt wurden und die dazu benötigte Chi-Quadrat-Verteilung nicht mehr angenommen werden kann. Deshalb werden die Modelle ausschliesslich über die Informationskriterien verglichen. Tabelle 8.5 zeigt den Pseudo-Log-Likelihood und die Informationskriterien der einzelnen Modelle. Für die westlichen Länder erweist sich das

Interaktionsmodell als nicht signifikant, das beste Modell ist hier das *Fixed-Effects*-Modell mit erklärenden Variablen auf der Individual- und der Länderebene (es gilt jedoch anzumerken, dass der AIC darauf hinweist, dass das Interaktionsmodell nicht gänzlich zu vernachlässigen ist, auch die Erhöhung des BIC ist sehr gering). Bezüglich der nicht-westlichen Länder erweist sich das Interaktionsmodell als zu bevorzugendes Modell: AIC und der F-Test weisen auf eine signifikante Interaktion hin. Allerdings zeigt die (allerdings sehr schwache) Erhöhung des BIC darauf hin, dass das Modell ohne Interaktion nicht viel weniger aussagt, aber deutlich weniger komplex ist (sprich: weniger Parameter beinhaltet).

Tabelle 8.5.: Modellvergleich „West“

	Basis	Individual, komplett	Individual, bereinigt	Fixed-Effects	Cross-Level-IA
<b>Westliche Länder</b>					
Pseudo-LL	−12'318.40	−12'156.20	−12'164.05	−12'145.72	−12'139.72
df	3	26	15	20	26
AIC	24'642.80	24'364.40	24'358.11	24'331.45	24'331.44
BIC	24'644.92	24'382.80	24'368.73	24'345.61	24'349.85
<b>Nicht-westliche Länder</b>					
Pseudo-LL	−50'731.90	−50'496.99	−50'499.80	−50'483.29	−50'474.33
df	3	26	22	25	32
AIC	101'469.80	101'046.00	101'043.60	101'016.60	101'012.70
BIC	101'476.00	101'100.00	101'089.30	101'068.50	101'079.10

#### 8.4.2. Modell 2: Christlich vs. nicht-christlich geprägte Länder

Das Bild der Basismodelle der christlich und der nicht-christlich geprägten Länder entspricht in etwa demjenigen der westlichen und nicht-westlichen Ländern. Allerdings ist die durchschnittliche Legitimität in den christlich geprägten Ländern tiefer als in den nicht-christlich geprägten Ländern (s. Tabelle 8.6). Mit der Variabilität verhält es sich jedoch analog zu dem Vergleich der westlichen mit den nicht-westlichen Ländern: Die Variabilität auf der Individualebene ist in den christlich geprägten Ländern leicht höher, während die Variabilität auf der Länderebene in den nicht-christlich geprägten Ländern etwas höher ist. Grundsätzlich liegen alle Variabilitäten in einem sehr ähnlichen Rahmen. Die *Intraclass*-Korrelationen sind leicht höher als in den Modellen der westlichen und nicht-westlichen Ländern: Für die christlich geprägten Länder beträgt sie 0.18, für die nicht-christlich geprägten Länder 0.16. Auch hier gilt, dass bei dem Modell der nicht-christlichen Länder aufgrund der geringen Fallzahl ( $N = 29$ ) insbesondere bei den Zufallseffekten (also bei der Varianz auf der Länderebene) bei der Interpretation des Signifikanzniveaus Vorsicht walten zu lassen ist. Hier kann das Signifikanzniveau deutlich höher sein, als dies der Wald-Test

angibt. Die anderen Parameter dürften aber im Rahmen des Akzeptablen bleiben, wie die Simulationsstudien von Maas und Hox (2002, 2005) zeigen.

Tabelle 8.6.: Resultate für die Basismodelle „Christ“

Abhängige Var.: Legitimität	Christlich geprägte Länder <i>N</i> = 9'600, 48 Länder			Nicht-christlich geprägte Länder <i>N</i> = 5'200, 26 Länder		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<i>Fixed Part</i>						
Konstante	37.65***	1.27	29.55	42.59***	1.77	24.12
<i>Random Part</i>						
$\sigma$ Individuen	18.56***	0.27	69.58	19.66***	0.44	44.72
$\sigma$ Länder	8.62***	0.93	9.29	8.54***	1.38	6.19
ICC	0.18			0.16		
<i>Modellgüte</i>						
Pseudo-LL	-40'985.20			-12'318.40		
BIC	81'982.01			44'125.10		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.18; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.16$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.16; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.16$		
$\Delta d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 351.72; \Delta d^2 = -8.36(5.68)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 395.02; \Delta d^2 = -10.76(11.77)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

#### 8.4.2.1. Individualebene „Christ“

Auch hier werden die Prädiktoren auf Individualebene nicht eingehend interpretiert, da die Determinanten der Legitimität auf der Individualebene nicht im Fokus dieser Arbeit liegen. Vielmehr gilt das Augenmerk dem Unterschied zwischen den Ergebnissen in den christlich geprägten und in den nicht-christlich geprägten Ländern. Diese Unterschiede zeigen sich auch hier wieder deutlich (s. Tabelle 8.7): In den christlich geprägten Ländern hat das Bildungsniveau (*Bildung*) einen signifikanten positiven Effekt, während der Effekt der Bildung in den nicht-christlich geprägten Ländern nicht signifikant und negativ ist. Das *Einkommen* wiederum übt in den christlich geprägten Ländern keinen signifikanten Effekt aus, während es in den nicht-christlich geprägten Ländern einen negativen Einfluss auf die Legitimität hat. Die soziale Schicht (*Schicht*) hat in den christlich geprägten Ländern einen negativen Effekt: Die Arbeiterschicht und die Oberschicht weisen eine tiefere Legitimität aus als die Mittelschicht, wobei der negative Effekt der Arbeiterschicht signifikant ist. In den nicht-christlich geprägten Ländern hingegen geht der Effekt in die andere Richtung, die Oberschicht zeichnet sich durch eine signifikant tiefere Legitimität aus als die Mittelschicht. Ausserdem ist der Effekt der finanziellen Zufriedenheit (*FinSatis*) in den christlich geprägten Ländern signifikant positiv, während dieser Effekt in den nicht-christlich geprägten Ländern nicht signifikant ist. Der Effekt des *Alters* ist in beiden Gruppen in etwa gleich,

auch der Nationalstolz (*Stolz*) übt in beiden Gruppen einen ähnlichen Effekt auf die Legitimität aus. Der Effekt des Glücksempfindens (*Glücklich*) geht zwar in beiden Gruppen in die gleiche Richtung, ist aber in den christlich geprägten Ländern deutlich schwächer als in den nicht-christlich geprägten Ländern.

#### 8.4.2.2. Modelle mit erklärenden Variablen auf Individual- und Länderebene „Christ“

Werden nun die Variablen der Länderebene als *Fixed Effects* eingeführt, zeigt sich wie bereits bei dem Vergleich der westlichen mit den nicht-westlichen Ländern, dass sich die beiden Modelle deutlich unterscheiden. Dies zeigte sich auf der Länderebene bereits in der Makroanalyse (s. Tabelle 7.8). Allerdings ändern sich die Prädiktoren der Legitimität geringfügig, wenn ein Mehrebenenmodell eingesetzt wird: In den christlichen Ländern nimmt der Effekt der Sozialausgaben deutlich ab und ist nun mehr nur auf dem 10 %-Niveau signifikant und wird nur zu Illustrationszwecken in der Tabelle aufgeführt. Nicht mehr signifikant nach der Einführung der Kontrollvariablen auf der Individualebene ist zudem die Dummy-Variable für Transformationsländer: Grund dafür ist der Einbezug der Variablen finanzielle Zufriedenheit (*FinSatis*) und Lebenszufriedenheit (*LifeSatis*) auf der Individualebene: Sobald diese aus dem Modell exkludiert werden, zeichnen sich die Transformationsländer wieder durch eine tiefere Legitimität aus als die anderen Länder – und gleichzeitig nimmt dann der Effekt der Sozialausgaben und der sozialen Schicht<sup>23</sup> deutlich zu. Offensichtlich ist die finanzielle und die Lebenszufriedenheit in den Transformationsländern deutlich tiefer als in den anderen Ländern. Ebenfalls Auch bei den nicht-christlich geprägten Ländern ergeben sich im Vergleich zur Makroanalyse Veränderungen bzgl. der Prädiktoren: So ist die Legitimität in föderalen Ländern signifikant tiefer als in nicht-föderalen. Der negative Effekt der Sozialleistungen wird zudem etwas stärker, er ist nun auf dem 10 %-Niveau signifikant. Auch dieser wurde nur zu Illustrationszwecken wiedergegeben, die Resultate ändern sich nicht in relevanter Weise, wenn die Sozialausgaben aus dem Modell ausgeschlossen werden.

#### 8.4.2.3. Modelle mit *Cross-Level*-Interaktion „Christ“

Wird nun eine *Cross-Level*-Interaktion zwischen Sozialausgaben und der sozialen Schicht eingeführt, zeigt sich, dass die Sozialausgaben nun auf dem 5 %-Niveau signifikant sind

---

<sup>23</sup>Die Mittelschicht zeichnet sich durch eine höhere Legitimität aus als alle anderen Schichten

Tabelle 8.7.: Resultate für die Individualmodelle „Christ“

Abhängige Var.: Legitimität	Christlich geprägte Länder $N = 9'600, 48 \text{ Länder}$ Total			Nicht-christlich geprägte Länder $N = 5'200, 26 \text{ Länder}$ Total		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
Männer	0.13	0.42	0.32	-0.34	0.76	-0.45
<i>Bildung</i>	***					
sekundär	0.13	0.74	0.18	-1.45	1.01	-1.43
tertiär	2.65**	1.08	2.45	-1.69	1.39	-1.22
<i>Einkommen</i>				**		
mittel	0.40	0.63	0.63	-1.97**	1.00	-1.98
tief	-0.44	1.02	-0.44	-2.92***	1.11	-2.63
<i>Alter</i>	***			**		
25-34	0.16	0.64	0.25	0.85	1.00	0.85
35-44	-0.17	0.62	-0.27	1.41	1.19	1.18
45-54	1.48*	0.77	1.91	1.64	1.05	1.56
55-64	2.48***	0.73	3.39	3.97***	1.21	3.30
65+	1.60	1.07	1.50	2.41	1.63	1.48
<i>Schicht</i>	*					
Unter-	0.56	0.72	0.78	-0.75	1.10	-0.68
Arbeiter-	-1.17*	0.60	-1.96	-0.59	0.80	-0.74
Ober-	-0.84	2.05	-0.41	3.56*	2.13	1.68
<i>Politik</i>						
links	1.14	0.77	1.48	0.68	1.27	0.53
rechts	1.14	0.76	1.50	0.41	0.99	0.42
<i>Stolz</i>	***			***		
nicht besonders	3.22**	1.51	2.13	6.12***	1.77	3.45
ziemlich	7.88***	1.42	5.53	7.52***	1.88	4.00
sehr	10.34***	1.51	6.83	12.22***	1.93	6.31
<i>Glücklich</i>	***			***		
nicht besonders	2.30**	1.13	2.04	4.62**	1.85	2.49
ziemlich	4.56***	1.24	3.67	6.69***	1.75	3.83
sehr	4.50***	1.28	3.53	9.11***	1.98	4.61
LifeSatis	0.51***	0.12	4.31	0.37**	0.16	2.38
FinSatis	0.76***	0.12	6.53	0.12	0.20	0.60
Konstante	23.19***	2.33	9.97	26.81***	3.69	7.27
<b>Random Part</b>						
$\sigma$ Individuen	18.06***	0.25	72.59	19.21***	0.41	46.81
$\sigma$ Länder	8.21***	0.80	10.26	8.30***	1.53	5.42
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.05			0.05		
$R^2$ Länder	0.09			0.05		
$R^2$ Total	0.06			0.05		
Pseudo-LL	-40'735.11			-21'950.64		
BIC	81'570.87			43'985.99		
F-Statistik	$F(23, 17'146.20) = 24.20^{***}$			$F(23, 4'400.60) = 15.26^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.22; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.20; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 337.13; \Delta d^2 = -11.91^{**}(5.30)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 377.14; \Delta d^2 = -10.21(10.34)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

Tabelle 8.8.: Resultate für die Fixed-Effects-Modelle „Christ“

Abhängige Var.: Legitimität	Christlich geprägte Länder <i>N</i> = 9'600, 48 Länder			Nicht-christlich geprägte Länder <i>N</i> = 5'200, 26 Länder		
	Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
<i>Bildung</i>						
sekundär	0.13	0.74	0.17			
tertiär	2.64**	1.09	2.43			
<i>Einkommen</i>						
mittel				-1.93**	0.91	-2.11
hoch				-2.59**	1.11	-2.34
<i>Alter</i>						
25-34	0.13	0.65	0.20	0.81	1.02	0.79
35-44	-0.24	0.62	-0.39	1.47	1.19	1.23
45-54	1.42*	0.77	1.84	1.86*	1.06	1.76
55-64	2.45***	0.73	3.37	4.44***	1.22	3.63
65+	1.57	1.06	1.48	2.84*	1.58	1.80
<i>Schicht</i>						
Unter-	0.58	0.74	0.78			
Arbeiter-	-1.13*	0.61	-1.85			
Ober-	-0.94	2.03	-0.46			
<i>Stolz</i>						
nicht besonders	3.14**	1.49	2.11	6.11***	1.81	3.38
ziemlich	7.71***	1.41	5.47	7.57***	1.94	3.91
sehr	10.20***	1.49	6.83	12.31***	2.01	6.13
<i>Glücklich</i>						
nicht besonders	2.31**	1.13	2.05	4.55**	1.80	2.53
ziemlich	4.56***	1.24	3.67	6.66***	1.70	3.93
sehr	4.54***	1.28	3.55	9.13***	1.91	4.78
LifeSatis	0.51***	0.11	4.41	0.42***	0.14	3.08
FinSatis	0.76***	0.11	6.64			
SocEx	0.28*	0.15	1.87	-0.38*	0.19	-1.96
BIP				0.87**	0.39	2.20
CiPoLib	-4.18***	0.96	-4.36			
MultiParty				-6.42***	2.38	-2.70
Föederal				-6.73***	2.44	-2.76
GovEff	0.31***	0.06	4.76	0.16***	0.06	2.79
Konservativ	-6.52***	2.40	-2.71			
Konstante	24.61***	2.06	11.92	31.56***	3.57	8.83
<b>Random Part</b>						
$\sigma$ Individuen	18.07***	0.25	72.56	19.23***	0.41	46.70
$\sigma$ Länder	5.74***	0.49	11.65	4.78***	0.65	7.40
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.05			0.04		
$R^2$ Länder	0.56			0.69		
$R^2$ Total	0.14			0.14		
Pseudo-LL	-40'722.23			-21'945.02		
BIC	81'541.25			43'961.72		
F-Statistik	$F(22, 36'446.90) = 36.85^{***}$			$F(19, 7'151.30) = 21.74^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.22; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.19; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 337.30; \Delta d^2 = -11.53^{**}(5.30)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 378.14; \Delta d^2 = -10.14(10.57)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

(dies stellt nun den Koeffizienten der Sozialleistungen für die Mittelschicht dar, also für rund 55 % der Bevölkerung in den christlich geprägten Ländern). Ausserdem ist der Interaktionseffekt signifikant, auf der F-Test weist auf eine Präferenz für das Modell mit Interaktionsterm hin ( $F_{3,9'574} = 10.66$ ,  $p = 0.000$ ). Während die Gerade des Effekts der Oberschicht mehr oder weniger parallel zur Gerade der Mittelschicht verläuft, zeigt sich eine negative Abweichung der Unter- und Arbeiterschicht. Allerdings bleibt der Koeffizient für alle Schichten (leicht) positiv, allerdings mit Ausnahme der Mittelschicht nicht signifikant von Null unterschiedlich ( $Slope_{Unterschicht} = 0.07$ ,  $p = 0.352$ ;  $Slope_{Arbeiterschicht} = 0.22$ ,  $p = 0.166$ ;  $Slope_{Mittelschicht} = 0.36$ ,  $p = 0.013$ ;  $Slope_{Oberschicht} = 0.34$ ,  $p = 0.167$ )<sup>24</sup> (s. Abbildung 8.3. Die Resultate der Modelle mit *Cross-Level*-Interaktion finden sich in Tabelle 8.9.

Bezüglich der Hypothesen C1 und C2 lässt sich festhalten, dass in den christlichen Ländern wiederum die Hypothese C2 der machtkritischen Position abgelehnt werden muss, da kein negativer Effekt der Oberschicht festzustellen ist. Die Hypothese der sozialdemokratischen Position C1 muss ebenfalls abgelehnt werden, denn der Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Legitimität ist in der Unterschicht am geringsten. Allerdings spricht für die sozialdemokratische Position, dass der Zusammenhang grundsätzlich positiv ist. Durch die Sozialleistungen kann der Staat also quer durch alle Schichten die Legitimität erhöhen, da durch die Unterstützung der „Verlierer“ durch die „Gewinner“ das System als solches legitimiert wird.

In den nicht-christlich geprägten Ländern ist der Interaktionsterm zwischen der sozialen Schicht und den Sozialausgaben nicht signifikant. Dies reflektiert sich auch im F-Test ( $F_{6,5'174} = 1.31$ ,  $p = 0.248$ ) und in der Abbildung 8.4. In allen Schichten ist der Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität negativ. In der Ober- und Mittelschicht ist dieser Zusammenhang nicht signifikant, in der Unter- und Arbeiterschicht hingegen ergibt sich ein signifikanter, allerdings nur auf dem 10 %- respektive 5 %-Niveau ( $Slope_{Unterschicht} = -0.48$ ,  $p = 0.066$ ;  $Slope_{Arbeiterschicht} = -0.54$ ,  $p = 0.043$ ;  $Slope_{Mittelschicht} = -0.29$ ,  $p = 0.141$ ;  $Slope_{Oberschicht} = 0.34$ ,  $p = 0.171$ ).

---

<sup>24</sup>Zwar verläuft die Gerade der Oberschicht beinahe parallel zur Geraden der Mittelschicht, die Standardabweichung ist aber relativ gross, weshalb der Koeffizient für die Oberschicht nicht signifikant von Null unterschiedlich ist. Dies hängt natürlich damit zusammen, dass sich nur sehr wenige Personen der Oberschicht zugehörig sehen.



Tabelle 8.9.: Resultate für die *Cross-Level*-Interaktionsmodelle „Christ“

Abhängige Var.: Legitimität	Christlich geprägte Länder <i>N</i> = 9'600, 48 Länder Bereinigt			Nicht-christlich geprägte Länder <i>N</i> = 5'200, 26 Länder Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
<i>Bildung</i>						
sekundär	0.09	0.74	0.13			
tertiär	2.53**	1.09	2.33			
<i>Einkommen</i>						
mittel				-2.14**	0.97	-2.22
hoch				-3.21***	1.13	-2.84
<i>Alter</i>						
25-34	0.06	0.66	0.09	0.85	1.02	0.84
35-44	-0.32	0.63	-0.50	1.50	1.18	1.27
45-54	1.37**	0.78	1.75	1.92**	1.02	1.88
55-64	2.43***	0.74	3.31	4.49***	1.21	3.72
65+	1.60	1.07	1.50	2.92**	1.58	1.85
<i>Schicht</i>						
Unter-	0.12	0.80	0.15	-0.49	1.14	-0.43
Arbeiter-	-1.04**	0.62	-1.68	-0.20	0.73	-0.28
Ober-	-0.79	1.99	-0.40	3.74**	2.12	1.76
<i>Stolz</i>						
nicht besonders	3.12**	1.50	2.08	6.01***	1.82	3.30
ziemlich	7.68***	1.42	5.41	7.55***	1.93	3.91
sehr	10.16***	1.51	6.74	12.32***	2.00	6.17
<i>Glücklich</i>						
nicht besonders	2.22**	1.12	1.99	4.64**	1.84	2.53
ziemlich	4.45***	1.23	3.61	6.60***	1.72	3.83
sehr	4.46***	1.28	3.48	9.04***	1.95	4.63
LifeSatis	0.49***	0.11	4.27	0.40***	0.13	3.09
FinSatis	0.74***	0.11	6.54			
SchichtSoc	***					
Unter-	-0.29***	0.09	-3.30	-0.19	0.17	-1.12
Arbeiter-	-0.14**	0.07	-2.07	-0.25	0.20	-1.24
Ober-	-0.02	0.21	-0.10	-0.20	0.31	-0.63
SocEx	0.36**	0.15	2.47	-0.29	0.20	-1.47
BIP				0.84**	0.40	2.14
CiPoLib	-4.03***	0.91	-4.45			
MultiParty				-6.47***	2.42	-2.68
Föderal				-6.74***	2.43	-2.77
GovEff	0.30***	0.06	4.77	0.16***	0.06	2.89
Konservativ	-6.48***	2.34	-2.77			
Konstante	24.72***	2.07	11.94	31.83***	3.63	8.76
<b>Random Part</b>						
$\sigma$ Individuen	18.05***	0.25	72.72	19.21***	0.41	46.71
$\sigma$ Länder	5.59***	0.49	11.43	4.80***	0.64	7.50
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.05			0.04		
$R^2$ Länder	0.58			0.68		
$R^2$ Total	0.15			0.15		
Pseudo-LL	-40'711.78			-21'939.65		
BIC	81'531.95			-43'970.53		
F-Statistik	$F(25, 19'009.70) = 37.18^{***}$			$F(25, 4'126.30) = 34.88^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.22; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.20; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.19$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 336.75; \Delta d^2 = -11.63^{**}(5.32)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 376.94; \Delta d^2 = -10.35(10.43)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

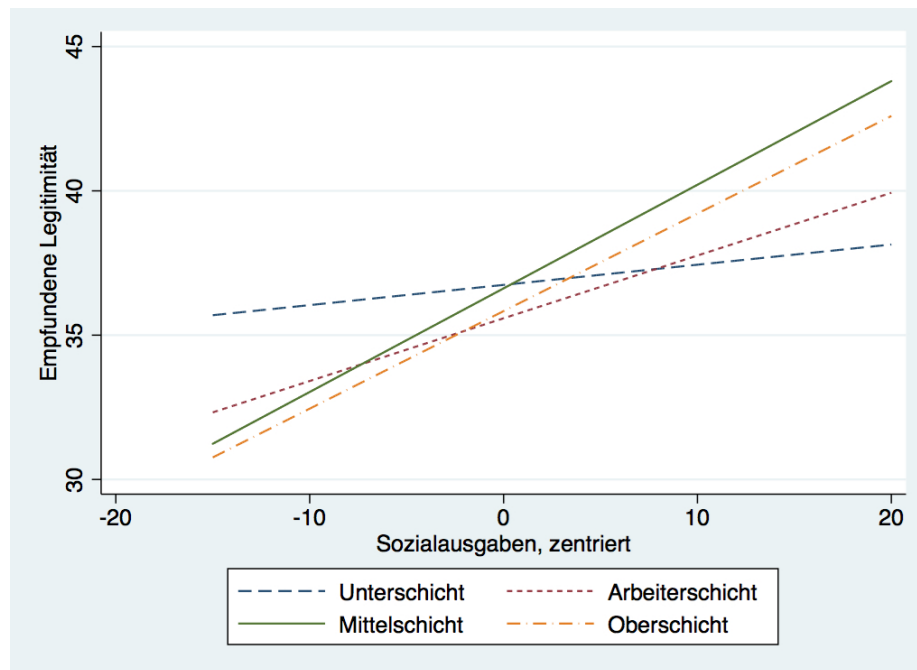


Abbildung 8.3.: Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den christlich geprägten Ländern (*Simple Slopes* nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124))

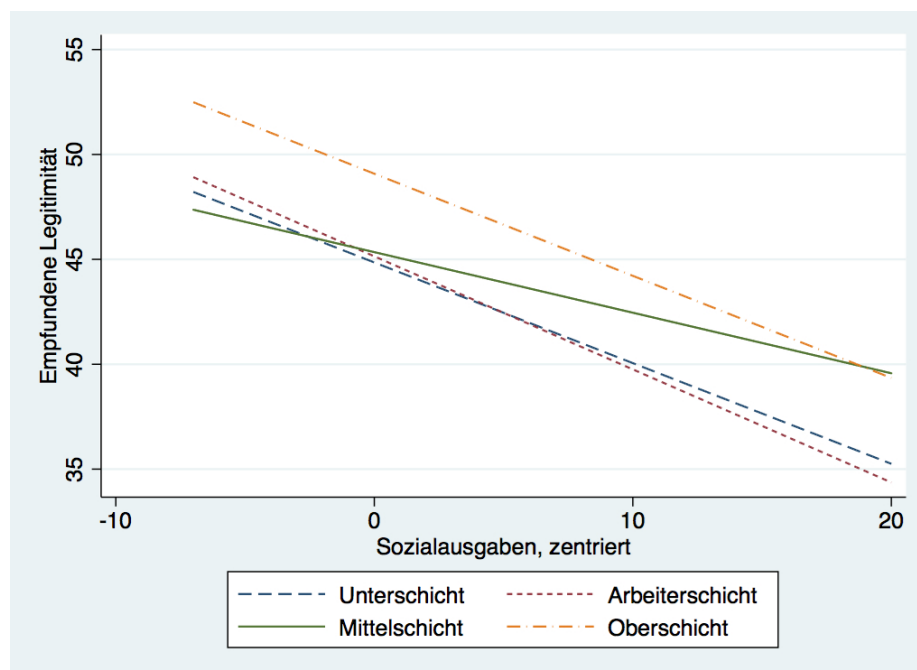


Abbildung 8.4.: Graphische Darstellung der Interaktion zwischen sozialer Schicht und Sozialausgaben in den nicht-christlich geprägten Ländern (*Simple Slopes* nach Aiken und S. G. West (1991, S. 124))

Bezüglich der Hypothesen C1 und C2 kann gefolgert werden, dass die sozialdemokratische Position für die nicht-christlich geprägten Länder nicht zutrifft und die Hypothese C1 verworfen werden muss. Für die machtkritische Position kann wie in den nicht-westlichen Ländern Evidenz präsentiert werden, allerdings nicht im Sinne der Bestätigung der Hypothese C2, jedoch im Sinne, dass quer durch alle Schichten die Sozialleistungen die Legitimität nicht erhöhen, ja gerade in den unteren Schichten tendenziell sogar reduzieren.

#### 8.4.2.4. Modellvergleiche „Christ“

Werden nun die einzelnen Modelle bezüglich der Informationskriterien betrachtet (s. Tabelle 8.10), eröffnet sich das umgekehrte Bild der Modelle der westlichen und nicht-westlichen Länder: Bei den christlich geprägten Ländern erweist sich das Interaktionsmodell als das aussagekräftigste Modell. Im Vergleich zu den nicht-westlichen Ländern ist dies sogar deutlicher: Alle Kennzahlen weisen auf eine Verbesserung der Erklärungskraft des Interaktionsmodelles hin, AIC, BIC und der F-Test. In den nicht-christlich geprägten Ländern erweist sich das *Fixed-Effects*-Modell mit erklärenden Variablen auf der Individual- und der Länderebene als das aussagekräftigste Modell.

Tabelle 8.10.: Modellvergleich „Christ“

	Basis	Individual, komplett	Individual, bereinigt	Fixed-Effects	Cross-Level-IA
<b>Christlich geprägte Länder</b>					
Pseudo-LL	−40'985.20	−40'735.11	−40'738.85	−40'722.23	−40'711.78
df	3	26	21	25	28
AIC	81'976.39	81'522.22	81'519.70	81'494.47	81'479.55
BIC	81'982.01	81'570.87	81'558.99	81'541.25	81'531.95
<b>Nicht-christlich geprägte Länder</b>					
Pseudo-LL	−22'057.66	−21'950.64	−21'957.70	−21'945.02	−21'939.65
df	3	26	17	22	28
AIC	44'121.32	43'953.28	43'949.40	43'934.04	43'935.31
BIC	44'125.10	43'985.99	43'970.79	43'961.72	43'970.53

#### 8.4.3. Modell 3: *Random Effects*-Modelle

Zum Schluss wird ein *Random Effects*-Modell präsentiert, das die Hypothese C4 und somit die historisch-integrative Position formal prüfen soll. Es beinhaltet die Interaktionsterme zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern (respektive den christlich geprägten und den nicht-christlich geprägten Ländern) und den Sozialausgaben sowie *Random*

*Effects* für das Interzept und die beiden kontinuierlichen Variablen *LifeSatis* und *FinSatis*<sup>25</sup>. Die Hypothese C4 kann nicht verworfen werden, wie die Resultate der Tabelle 8.11 zeigen. Wie bereits mehrmals bei der Makroanalyse beschrieben, unterscheiden sich die beiden Gruppen sowohl im Modell „West“ wie auch im Modell „Christ“ signifikant bezüglich des Zusammenhanges zwischen Sozialausgaben und Legitimität. Es zeigt sich zudem, dass der Effekt der Variable *FinSatis* auf die Legitimität deutlich zwischen den verschiedenen Ländern unterscheidet. Bei diesem Modell erweist sich die Kreuzvalidierung als ein wenig schlechter als bei den anderen Modellen. Dennoch sind auch hier die Differenzen zwischen dem Kalibrierungs- und dem Validierungssample gering (beim  $w^2$  10 % und beim  $d^2$  3 %)<sup>26</sup>.

Ausserdem haben die Resultate der Modelle, in welchen die Gruppen einzeln modelliert wurden, gezeigt, dass sich die Determinanten der Legitimität zwischen den Gruppen unterscheiden. Da die Variablen kategorial sind, können sie nicht in einem solchen *Random Effects*-Modell formal auf Unterschiede zwischen den Gruppen getestet werden<sup>27</sup>. Somit erweist sich die historisch-integrative Position als die erklärungskräftigste Position.

### 8.5. Interpretation und Ausführung

Drei Positionen wurden in Kapitel 4 aus theoretischen Arbeiten zu Wohlfahrtsleistungen und Legitimität extrahiert: die sozialdemokratische, die machtkritische und die wertorientierte Position. Während die erste Position einen positiven Zusammenhang annimmt, gehen die anderen beiden Positionen davon aus, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Grössen besteht. Aufgrund der Tatsache, dass alle Positionen eine gewisse Plausibilität haben, jedoch lediglich für die westlichen Länder formuliert wurden, wird in dieser Arbeit die These verfolgt, dass diese drei Positionen keine eigenständigen Theorien sind, sondern drei sich komplementierende Dimensionen diesen Zusammenhangs darstellen. Deshalb wurde ein theoretisches Rahmenkonzept entwickelt, das die drei Positionen integriert

---

<sup>25</sup>*Random Effects* für die kategorialen Variablen zu spezifizieren ist kompliziert und führt bei mehreren solchen kategorialen Variablen zu uninterpretierbaren Resultaten. Deshalb wurde auf eine solche Spezifikation verzichtet.

<sup>26</sup>Grundsätzlich sind die Modelle zu bevorzugen, die für jede Gruppe einzeln gerechnet wurden, da die Unterschiede zwischen den Gruppen zu gross sind. Deshalb wurde auch erst bei dieser Fragestellung das Interaktionsmodell wieder eingeführt. Der Vorteil dieses Modelles ist, dass die Gruppenunterschiede und die Varianz der kontinuierlichen Variablen auf der Länderebene statistisch getestet werden kann.

<sup>27</sup>Allerdings fiel der Effekt der Variable *FinSatis* in allen Gruppen relativ ähnlich aus und trotzdem zeigt sich eine signifikante Varianz zwischen den Ländern. Insofern sind für jene Variablen, deren Effekte sich in den Gruppen unterschieden haben, umso deutlichere Unterschiede zu erwarten.

Tabelle 8.11.: Resultate für die Random Effects Modelle

Abhängige Var.: Legitimität	Random Effects „West“ <i>N</i> = 14'800, 74 Länder			Random Effects „Christ“ <i>N</i> = 14'800, 74 Länder		
	Bereinigt			Bereinigt		
	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert	Koeff.	Std. Fehler	t-Wert
<b>Fixed Part</b>						
<i>Bildung</i>						
sekundär	−0.68	0.61	−1.11	−0.56	0.62	−0.90
tertiär	0.75	0.89	0.84	0.97	0.92	1.06
<i>Alter</i>						
25-34	0.35	0.57	0.62	0.33	0.57	0.58
35-44	0.28	0.61	0.46	0.29	0.61	0.48
45-54	1.51**	0.63	2.37	1.48**	0.63	2.34
55-64	2.80***	0.63	4.45	2.77***	0.62	4.43
65+	1.66*	0.88	1.88	1.60*	0.89	1.79
<i>Schicht</i>						
Unter-	0.57	0.59	0.97	0.57	0.60	0.96
Arbeiter-	−0.81*	0.47	−1.71	−0.83*	0.48	−1.74
Ober-	0.86	1.47	0.58	0.78	1.47	0.53
<i>Stolz</i>						
nicht besonders	4.22***	1.21	3.48	4.18***	1.21	3.46
ziemlich	7.72***	1.16	6.67	7.71***	1.16	6.67
sehr	10.86***	1.23	8.84	10.88***	1.22	8.91
<i>Glücklich</i>						
nicht besonders	3.19***	1.00	3.18	3.20***	1.01	3.18
ziemlich	5.50***	1.05	5.22	5.48***	1.05	5.20
sehr	6.23***	1.13	5.53	6.23***	1.13	5.53
LifeSatis	0.47***	0.09	4.94	0.48***	0.09	5.05
FinSatis	0.52***	0.11	4.89	0.54***	0.11	5.02
SocEx	−0.07	0.11	−0.62	0.10	0.12	0.79
SocNWest	−0.15	0.13	−1.18			
SocWest	0.68***	0.21	3.21			
West	6.83***	2.18	3.14			
SocNChrist				−0.56***	0.15	−3.68
SocChrist				0.83***	0.21	3.96
Christ				−4.24**	1.83	−2.32
CiPoLib	−3.59***	0.80	−4.46	−3.04***	0.77	−3.95
GovEff	0.27***	0.06	4.64	0.28***	0.05	5.37
Konservativ	−10.26***	2.84	−3.62	−6.70***	2.51	−2.67
Konstante	23.90***	1.81	13.19	27.55***	2.16	12.78
<b>Random Part</b>						
$\sigma$ Individuen	18.47***	0.23	78.81	18.48***	0.23	79.62
$\sigma$ Länder	6.31***	0.48	13.24	6.00***	0.44	13.50
$\sigma$ LifeSatis	0.30*	0.16	1.87	0.28	0.18	1.59
$\sigma$ FinSatis	0.62***	0.11	5.76	0.63***	0.11	5.80
<b>Modellgüte</b>						
$R^2$ Ind.	0.05			0.05		
$R^2$ Länder	0.50			0.55		
$R^2$ Total	0.13			0.14		
Pseudo-LL	−943.75			−892.33		
BIC	2'025.22			1'922.39		
F-Statistik	$F(24, 56'214.00) = 46.16^{***}$			$F(24, 55'182.60) = 38.51^{***}$		
$w^2$	$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.22; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.20$			$w_{\mathcal{C}}^2 = 0.22; w_{\mathcal{Y}}^2 = 0.20$		
$d^2$	$d_{\mathcal{C}}^2 = 350.76; \Delta d^2 = -12.17^{**} (5.18)$			$d_{\mathcal{C}}^2 = 350.80; \Delta d^2 = -12.21^{**} (5.18)$		

Legende: \* $p < .1$ , \*\* $p < .05$ , \*\*\* $p < .01$

und in einen historisch-kulturellen Kontext stellt. Diese historisch-integrative Position geht davon aus, dass sich in den verschiedenen Weltregionen unterschiedliche Zusammenhänge zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität ergeben: Je nach kultureller Prägung wird ein wohlfahrtsstaatliches Engagement des Staates erwartet oder nicht. Es wird also die *wertorientierte* Position von den Wohlfahrtstypologien gelöst und in einen grösseren Kontext historisch-kultureller Prägungen gestellt und postuliert, dass je nach kultureller Prägung die *sozialdemokratische* oder die *machtkritische* Position zutrifft<sup>28</sup>.

Im Sinne eines „statistischen Narrativs“ (Kittel, 2008) wurde der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität des Staates mit einer Vielzahl von Modellen empirisch untersucht. Dabei ist es erstaunlich, wie stabil die Resultate über verschiedene Modelle, Ländersamples und Operationalisierungen hinweg sind. Die Schlussfolgerungen, die nach den Makroanalysen gezogen werden konnten (s. Abschnitt 7.6), bleiben auch nach der Mehrebenenanalyse aufrecht erhalten: Empirische Evidenz kann für die historisch-integrative Position gefunden werden: Die sozialdemokratische und die machtkritische Position gelten jeweils nur in bestimmten Gruppen von Ländern. Entsprechend der These der historisch-integrativen Position trifft nämlich die sozialdemokratische Sicht in den westlichen und in den christlich geprägten Ländern zu (die Hypothesen B1a und B2a sowie die Hypothese C1 können nicht abgelehnt werden): Hier entwickelte sich über die letzten Jahrhunderte ein Staatsverständnis, das auf der Inklusion aller Schichten beruht und dem Staat eine gewisse Verantwortung für das Wohlergehen der Bürger zuschreibt. In den nicht-christlich geprägten Ländern und in den nicht-westlichen Ländern hingegen trifft die machtkritische Position zu (die Hypothesen B1b und B2b sowie die Hypothese C2 können zumindest nicht gänzlich zurückgewiesen werden): Hier wird dem Staat auch grosses Vertrauen entgegengebracht, wenn er sich nicht besonders um die Wohlfahrt aller Schichten bemüht.

Bezüglich der wertorientierten Position lässt sich festhalten, dass sie in dem von ihr selbst vorgegebenen Länderkontext, nämlich der westlichen Wohlfahrtsstaaten, nicht zwingend zutreffend ist (Die Hypothesen B3 beziehungsweise C3 müssen abgelehnt werden): Auf der Makroebene unterscheidet sich die Höhe der Legitimität, die in einzelnen Regimes erzeugt werden kann, deutlich. So zeichnen sich insbesondere die Länder des sozialdemokratischen Regimes durch eine sehr hohe Legitimität aus, während sich die konservativen Regimes durch eine deutlich tiefere Legitimität auffallen. Die wertorientierte Position trifft also, wie

---

<sup>28</sup>Während die *wertorientierte* Position postuliert, dass sich die Legitimität zwischen den einzelnen Regimes nicht unterscheidet, da Institutionen gemäss den Wertvorstellungen gebildet werden und die Erfahrung mit den Institutionen diese Werte verfestigt, geht die historisch-integrative Position davon aus, dass sich in den unterschiedlichen Gruppen der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität unterscheidet.

von der historisch-integrativen Position vorgeschlagen, nur zu, wenn sie für die Makrokulturen weltweit verwendet wird.

Wie die Mehrebenenanalyse zeigt, greifen die machtkritische und die sozialdemokratische Position auch zu kurz, um den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und der Legitimität bezüglich der Schichtzugehörigkeit zu beschreiben. Wenn die theoretischen Grundlagen der Positionen in Hypothesen umformuliert werden, wie der Zusammenhang zwischen den Sozialleistungen und den unterschiedlichen Schichten sein sollte, lässt sich für keine der beiden Positionen empirische Evidenz finden. Vielmehr gestaltet sich der Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Legitimität differenziert nach Schichtzugehörigkeit der historisch-integrativen Position folgend: In den westlichen Ländern besteht quer durch alle soziale Schichten ein positiver Zusammenhang zwischen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen. Das Gleiche gilt für die christlich geprägten Länder, allerdings weniger stark, denn der Zusammenhang gilt vor allem für die Mittelschicht, während er für die anderen Länder zwar positiv aber doch insignifikant ist. In den nicht-westlichen Ländern hingegen besteht ein negativer oder kein (in der Mittelschicht) Effekt von Wohlfahrtsleistungen auf die Legitimität. In den nicht-christlich geprägten Ländern ist der Effekt der Sozialausgaben auf die Legitimität über alle Schichten negativ (aber nur in der Unter- und Arbeiterschicht signifikant). Ob die Wohlfahrt aller Schichten in der Verantwortung des Staates liegt, ist somit nicht eine Frage der Schichtzugehörigkeit, sondern der historisch-kulturellen Tradition eines Landes.

Es muss allerdings einschränkend angeführt werden, dass der direkte Zusammenhang zwischen der Schichtzugehörigkeit und der Zustimmung oder Ablehnung von Wohlfahrtsleistungen in dieser Studie nicht empirisch geprüft werden konnte. Dazu fehlt zurzeit die Datengrundlage: Es gibt keine Datenquelle, die für ein umfassendes Ländersample Daten sowohl zur Legitimität des Staates wie auch zur Zustimmung oder Ablehnung von Wohlfahrtsleistungen anbietet. Der einzige Datensatz, der dies bietet ist der European Social Survey, der jedoch – dem Namen nach – lediglich Daten für die europäischen Länder bietet.





## 9. Fazit und Ausblick

Um diese Arbeit abzuschliessen folgt zunächst eine Zusammenfassung der theoretischen Erwägungen und der empirischen Resultate, die in dieser Studie präsentiert werden. Anschliessend werden die Resultate in einen grösseren Zusammenhang gestellt und eine weiterführende Interpretation vorgenommen, um schliesslich die Schlussfolgerungen zu ziehen.

### 9.1. Zusammenfassung der theoretischen Erwägungen und der empirischen Resultate

Ziel dieser Arbeit war die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität. Zu diesem Zweck wurde ein Legitimitätsindex erarbeitet, der die von der Bevölkerung empfundene Legitimität des Staates misst unter Berücksichtigung verschiedener Dimensionen von Legitimität. Um die Wohlfahrtsleistungen zu messen wurden vor allem die Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes verwendet. Um die Resultate auf Validität zu überprüfen wurden einerseits auf der Makroebene verschiedene alternative Operationalisierungen der zentralen Variablen Legitimität und Wohlfahrtsleistungen verwendet. Die Resultate erwiesen sich als erstaunlich robust. Auf der Individual-ebene wurde andererseits eine Kreuzvalidierung vorgenommen: Die Analyse wurde mit rund einem Fünftel der Daten (200 Beobachtungen pro Land) durchgeführt und dann auf die restlichen vier Fünftel der Daten angewendet. Die Modelle erwiesen sich auch hier als sehr gut.

Die in der Forschung meist verwendeten Theorien zum Zusammenhang von Wohlfahrtsleistungen und Legitimität lassen sich grob in drei Sichtweisen bzw. Positionen einteilen: die sozialdemokratische, die machtkritische und die wertorientierte Position. Während die erste Position einen positiven Zusammenhang annimmt, gehen die anderen beiden Positionen davon aus, dass kein Zusammenhang zwischen den beiden Grössen besteht.

Laut der *sozialdemokratischen* Position führt die Unterstützung der sozial schlechter Gestellten zur Legitimität des Systems in der Arbeiter- und Mittelschicht, während gleichzeitig die besser Gestellten akzeptieren, dass sie Abgaben für Wohlfahrtsleistungen erbringen müssen. Als Gegenwert wird dafür das kapitalistische System, worauf ihr Erfolg beruht, auf Seiten der schlechter Gestellten legitimiert. Somit ergibt sich ein „normatives Doppelfundament“ der Legitimität (Heidorn, 1982, S. 156). Die *machtkritische* Position hingegen geht davon aus, dass die Menschen ihren Platz im sozialen System akzeptieren und sich mit diesem identifizieren. Als legitim gilt die Ordnung, an welche man sich gewöhnt hat (vgl. z. B. Bourdieu, 1985, S. 22). Die *machtkritische* Position geht deshalb davon aus, dass Wohlfahrtsleistungen keine legitimierende Wirkung entfalten können. Die *wertorientierte* Position schliesslich geht davon aus, dass der *Welfare Mix* der Wohlfahrtsregimes durch die vorherrschenden Werte in der Gesellschaft gebildet wird. Über die Jahre hinweg verstärken die Erfahrungen mit diesen Institutionen diese Werte wiederum und verfestigen somit die Einstellungen zu den Wohlfahrtsleistungen (vgl. z. B. Arts & Gelissen, 2001, S. 287). Laut der *wertorientierten* Position sollten alle Wohlfahrtsregimes unabhängig der Höhe der Leistungen eine ähnlich hohe Legitimität erreichen.

Es wurde im Abschnitt 4.4 argumentiert, dass alle drei Positionen Plausibilität aufweisen, aber keine über eine allgemeingültige Erklärungskraft verfügt. Deshalb wurden die drei Ansichten durch eine historische Dimension erweitert und in eine vierte Position integriert: die historisch-integrative Position (s. Kapitel 5). *Erstens* wird der wertorientierten Position folgend argumentiert, dass in den verschiedenen Weltregionen unterschiedliche kulturelle Kontexte das Verständnis von *Gerechtigkeit* historisch prägten (und prägen). Im Gegensatz zur wertorientierten Position steht nicht nur die Frage im Vordergrund, *wieviel* Umverteilung gewünscht wird, sondern qualitativ darüber hinausgehend steht auch die Frage zur Diskussion, *ob* umverteilt werden soll (s. Abschnitte 5.2.1 und 5.3.1). Während also die wertorientierte Position keinen Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität sieht, geht die historisch-integrative Position davon aus, dass dieser Zusammenhang durch kulturelle Werte moderiert wird. *Zweitens* stellt die historisch-integrative Position die Hypothese auf, dass sich in der westlichen Welt, welche eine frühe und langsame Industrialisierung erlebt hat – und christlich geprägt ist –, ein gewisses *Gerechtigkeitsverständnis* der Umverteilung entwickelt hat, das die Wohlfahrtsstaaten hervorgebracht und diese auch in der Bevölkerung verankert hat (s. Abschnitte 5.3.1.1 und 5.3.2.1). Dieser Punkt bedient sich der sozialdemokratischen Position. Im Rahmen der kulturellen Differenzierung ist es *drittens* sehr wahrscheinlich, dass sich – der machtkritischen Position folgend – insbesondere in nicht-westlichen und/oder nicht-christlichen Ländern nationale Systeme herausbilden, in welchen nicht der (demokratische) Staat, sondern andere, machtzentrierte Systeme als

für die gerechte Verteilung verantwortlich gesehen werden (s. Abschnitte 5.3.1.2 und 5.3.2.2 respektive 5.3.1.6 und 5.3.2.6).

Das „statistische Narrativ“ (Kittel, 2008), das in dieser Untersuchung erzählt wird, unterstützt die in dieser Arbeit entwickelte historisch-integrative Position: Es lassen sich makrokulturelle Unterschiede im Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität ausmachen. Werden sämtliche Länder, für welche Daten vorhanden sind, in das Modell einbezogen, lässt sich kein Zusammenhang feststellen. Wird ein Interaktionsterm eingefügt, welcher zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern differenziert, lassen sich zwei gegenläufige Regressionsgeraden ausmachen: Während der Zusammenhang für die westlichen Länder positiv ist, ist er in den nicht-westlichen Ländern tendenziell negativ (allerdings nicht signifikant von Null verschieden). Dies lässt sich auch in Gruppenmodellen bestätigen, welche nur Länder für die jeweilige Gruppe enthalten. Das gleiche Bild ergibt sich auch mit einer Gruppierungsvariable, welche nach christlicher Prägung differenziert. Dieses Resultat konnte auch mit einer alternativen Operationalisierung der Legitimität<sup>1</sup> und der Wohlfahrtsleistungen nachgewiesen werden. Die makrokulturelle Differenzierung zieht sich auch durch die einzelnen Dimensionen von Legitimität: Mit Ausnahme der Dimension *Rechtfertigung*, für welche kein positiver Effekt von Sozialleistungen für die christlichen Länder nachgewiesen werden konnte, sind die gleichen Muster zu erkennen.

Legitimität wird auf der Individualebene gebildet, die Sozialleistungen werden auf der Länderebene geregelt. Deshalb ist es wichtig, diese Mehrebenenstruktur zu berücksichtigen. Dies wurde mittels Mehrebenenanalysen realisiert. Folgende Ergebnisse lassen sich aus den Mehrebenenanalysen formulieren: *Erstens* konnte die Varianz der Legitimität auf der Individualebene nicht gut erklärt werden. Die in dieser Untersuchung verwendeten Variablen konnten zwischen 4 % (in den nicht-westlichen und in den nicht-christlichen Ländern) und 10 % (in den westlichen Ländern) der Varianz auf der Individualebene erklären. Einerseits liegt dies daran, dass einige Variablen, welche die Legitimität beeinflussen könnten (beispielsweise Opfererfahrung, Korruptionserfahrung oder Stimmabgabe für den amtierenden Präsidenten), im hier verwendeten Datensatz nicht erhoben wurden. Allerdings berichten auch Studien, die explizit die Determinanten der Legitimität erforschen, auf der Individualebene nicht von höheren Varianzaufklärungen (vgl. z. B. Norris, 1999c, S. 232; Booth

---

<sup>1</sup>Erwartungsgemäss fällt der Unterschied im Modell mit der alternativen Operationalisierung (durch die politische Stabilität, *PolStab*) geringer aus, da mit dieser alternativen Operationalisierung durchaus auch ein positiver Effekt der Sozialleistungen in nicht-westlichen und nicht-christlich geprägten Ländern zu erwarten wäre, da Sozialleistungen mitunter genau zur Verhinderung von Unruhen eingesetzt werden (vgl. z. B. Aspalter, 2001, S. 23-35). Dies muss allerdings nicht zwingend in Zusammenhang mit der Legitimität des Staates in der Bevölkerung stehen, da Unruhen auch von sehr kleinen Gruppen organisiert werden können, während der Staat beim Grossteil der Bevölkerung hohe Legitimität genießt.

& Seligson, 2009, S. 131-136). *Zweitens* zeigten sich auch auf der Individualebene deutliche Unterschiede zwischen den makrokulturellen Gruppen bezüglich der Determinanten der Legitimität. Dies wurde bislang in der Forschung wenig thematisiert und theoretische Ausführungen dazu fehlen.

Auch auf methodischer Ebene kann diese Studie einiges aufzeigen. So erweist sich die Makroanalyse als relativ stabil. Verschiedene Operationalisierungen führen zu übereinstimmenden Resultaten. Dies spricht gegen das Argument, Makroanalysen seien eine „Crazy Methodology“ (vgl. Cartwright, 2002, S. 142). Vielmehr scheint es plausibel, dass die zu beobachtende Inkonsistenz vieler Makroanalysen (vgl. z. B. Cartwright, 2002; Kittel, 2006; Kittel, 2008) darauf beruht, dass mögliche kulturelle Unterschiede nicht genügend in Betracht gezogen werden und das Problem somit nicht ein Methoden-, sondern ein Theorieproblem ist<sup>2</sup>. Die von der Theorie postulierten Zusammenhänge müssen nicht in allen Ländern auf gleiche Weise zutreffen. Der (makro-)kulturellen Differenzierung muss also mehr Beachtung geschenkt werden. Hier können Makroanalysen hilfreich sein, erste Evidenzen aufzuzeigen, denn gerade wenn noch nicht genaue Theorien über Unterschiede von Zusammenhängen formuliert wurden, ist eine explorative Überprüfung von möglichen Zusammenhängen mittels komplexen *Bathtub*-Modellen zu aufwändig und gleicht einem Stochern in einem Heuhaufen, wenn die Zusammenhänge primär konzeptionell auf der Makroebene angesiedelt sind (Braun & Vliegenthart, 2010, S. 584-585). Bestehen jedoch genaue Theorien, ist es durchaus richtig, dass Makroanalysen alleine nicht genügend sind. Dass Effekte übersehen oder aber Scheineffekte generiert werden können, zeigte sich in dieser Arbeit ebenfalls: Einige Variablen, die sich in der Makroanalyse als Prädiktoren von Legitimität präsentierten, wurden bei der Verwendung der Mehrebenenanalyse als nicht signifikant entlarvt<sup>3</sup> und umgekehrt<sup>4</sup>. Dies weist auf die Wichtigkeit der Berücksichtigung einer allfälligen Mehrebenenstruktur der Daten hin.

Es soll auch erwähnt werden, dass die Datenlage nicht befriedigend ist. In einigen Ländern wurden einzelne für den Legitimitätsindex benötigte Variablen nicht erhoben. Insbesondere

---

<sup>2</sup>Ein weiterer Grund für diese Inkonsistenz von Resultaten liegt darin, dass häufig Längsschnittstudien mit abhängigen Variablen durchgeführt werden, die über die Zeit nur wenig variieren, während die volatileren Kontrollvariablen (meist Wirtschaftswachstum oder ähnliche Indikatoren) stark schwanken können. Dieses Problem zeigt einerseits (Kittel, 2008) ausführlich auf und wird andererseits in dem Sammelband über Veränderungen in Wohlfahrtsleistungen von Clasen und Siegel (2007b) detailliert thematisiert.

<sup>3</sup>So konnte im Mehrebenenmodell beispielsweise das Ergebnis aus dem Makromodell, dass Transformationsländer *ceteris paribus* eine tiefere Legitimität ausweisen würden, auf die grundsätzlich tiefere Lebens- und finanzielle Zufriedenheit der Bevölkerung der Transformationsländer zurückgeführt und als Scheineffekt entlarvt werden.

<sup>4</sup>So erwiesen sich beispielsweise föderalistische Systeme im Mehrebenenmodell der nicht-christlich geprägten Länder als weniger legitim als nicht-föderale Systeme, während in der Makroanalyse der Effekt föderaler Systeme nicht signifikant war.

ist es wenig erfreulich, dass eine wichtige Variable für die Erhebung der Dimension *Rechtfertigung*, nämlich die Beurteilung des politischen Systems, in der fünften Welle des World Values Surveys nicht mehr erhoben wurde. Auch die Wohlfahrtsleistungen wurden suboptimal durch die Sozialausgaben gemessen, da kein besseres Mass für eine grössere Anzahl Länder vorhanden ist. Besonders für Entwicklungsländer stehen keine direkt vergleichbaren Daten zur Verfügung. Diesem Problem könnte mit einem Sozialleistungsindex zumindest versuchsweise Abhilfe geschafft werden. Die Erstellung eines solchen sprengt aber den Rahmen dieser Arbeit deutlich.

## 9.2. Weiterführende Interpretation

Drei Fragen stellen sich angesichts der in dieser Studie erzielten Befunde: Wie kommt es, dass die sich der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates in verschiedenen Makrokulturen trotz Globalisierung unterscheidet? Was bedeutet dieses Resultat für die Herausforderungen zur Reform der Wohlfahrtsstaaten? Und: Was bedeuten die unterschiedlichen Resultate in den verschiedenen Kulturen für die Entwicklungspolitik?

Bezüglich der ersten Frage, wieso sich der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Legitimität des Staates in verschiedenen Makrokulturen trotz Globalisierung unterscheidet, bietet zwar Bornschier (1989, 1998, 2005, 2008) mit seiner Theorie der konfliktiven sozialen Evolution ein theoretisches Modell, das erklärt, wie es kommt, dass Wohlfahrtsleistungen trotz ihrer hohen Kosten zu einem zentralen Instrument der westlichen politischen Regimes werden (s. Abschnitt 4.1, insbesondere S. 58-59): Der Staat muss einerseits der kapitalistischen Logik der freien Marktwirtschaft folgen, damit die Unternehmungen überhaupt Druck auf den Staat ausüben können, effiziente Grundbedingungen zu liefern. Andererseits muss die Produktion auf die Bevölkerung angewiesen sein, damit Legitimität überhaupt zentral wird und damit die Bevölkerung mit Rückzug drohen kann, der die Produktivität verringert und so zu einem Wettbewerbsnachteil führt (vgl. z. B. Bornschier, 2008, S. 252-253). Das Modell kann ebenfalls erklären, wieso sich in den nicht-westlichen Staaten (genauer: in nicht-Zentrumsstaaten) keine starken Wohlfahrtsstaaten gebildet haben: In den nicht-westlichen Staaten, die in der Weltsystemtheorie als periphere oder semiperiphere Staaten bezeichnet werden, um die Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Zentrumsstaaten des Westens (und seit einigen Jahrzehnten Japans) deutlich zu machen<sup>5</sup>,

---

<sup>5</sup>Eine detaillierte Einführung in die Terminologie der Weltgesellschaftstheorie würde den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen. Hier genügt es, festzuhalten, dass aus Sicht der Weltgesellschaftstheorie nicht alle Länder gleich lange Spiesse besitzen. Die Länder, welche dominant sind, werden als *Zen-*

bestehen einige Hemmnisse für diese Entwicklung von der Hinkehr zur Profitlogik über die Notwendigkeit der Legitimierung der sozialen Ordnung hin zur Gewährung von Wohlfahrtsleistungen. In peripheren Gesellschaften fehlt die Einbindung der Bevölkerung in die kapitalistische Logik des Staates, da die Eliten dieser Länder vor allem im Rohstoffhandel mit dem Zentrum engagiert sind. Dieser bindet nur wenige Arbeitskräfte. Ausserdem können die Eliten auf Einkommen aus sogenannten *Renten* zählen, die aus Zugang zu Krediten und Entwicklungshilfe oder Waffenhandel gewonnen werden. Auch aus *Wohlverhaltensrenten* kann sich die Staatsklasse durch geschicktes politisches Verhalten Einkommen verschaffen<sup>6</sup>. Somit stehen der Staatsklasse einige finanzielle Mittel zur Verfügung, die sie zur Erhaltung der Macht einsetzen kann, während sie gleichzeitig durch die Exportökonomie weder in grossem Rahmen auf die Bevölkerung als Konsumierende noch als Arbeitskräfte angewiesen ist und somit die Legitimität in der Bevölkerung keine Rolle spielt. In der Semiperipherie verhält es sich ähnlich: insbesondere in den rohstoffreichen Ländern der Semiperipherie sind die Eliten nicht auf die Legitimität in der breiten Bevölkerung angewiesen. Zwar fand hinter Zollschutzmauern eine abhängige Industrialisierung statt und das staatliche Handeln muss kapitalistischer Logik untergeordnet werden, jedoch kommt es durch Druck des Zentrums auf die Liberalisierung der Märkte zu vermehrten Direktinvestitionen durch transnationale Konzerne. Dies wiederum führt dazu, dass der dadurch entstehende Kaufkraftverlust der einheimischen Oberschichten anderweitig kompensiert werden muss, meistens durch Verschärfung der Einkommensunterschiede und Verboten von gewerkschaftlicher Organisation. In der rohstoffarmen Semiperipherie dürfte sich jedoch die Entwicklung, die im Westen durchlaufen wurde, mit der Zeit auch ergeben (vgl. z. B. Bornschie, 2008, S. 254-261).

Die Theorie der konfliktiven sozialen Evolution von Volker Bornschie kann also erklären, wieso sich in den westlichen Zentrumsländern eine Staatsform herausbildete, in der Wohlfahrtsleistungen einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Der Staat ist auf die Legitimität in der Bevölkerung angewiesen, damit er den Unternehmen ein optimales Umfeld zur Profitwirtschaftung zur Verfügung stellen kann. Die Theorie liefert ausserdem – und hier geht sie deutlich über das Erklärungspotential der anderen Theorien der sozial-demokratischen Position hinaus – eine Erklärung dafür, dass die Entwicklungsländer nicht – wie von der Modernisierungstheorie (vgl. z. B. Rostow, 1960/1990) vorgeschlagen – dieselbe Entwicklung wie die westlichen Länder durchgehen, da sie stark von den Zentrumsstaaten abhängig

---

*trum* bezeichnet, jene Länder die von diesen Zentrumsländern abhängig sind, werden als *Peripherie* bezeichnet und Länder, die eine gewisse Autonomie erreichen konnten und das Potential besitzen, ins Zentrum vorzustossen, werden als *Semiperipherie* bezeichnet. Die Semiperipherie zeichnet sich dadurch aus, dass sie sowohl vom Zentrum weiterhin ausgebeutet wird, selbst aber die Peripherie ausbeutet (für eine terminologische Einführung vgl. z. B. Wallerstein, 1979, 47-62, insb. 51-52; Bornschie, 2008, S. 333-355).

<sup>6</sup>Als Beispiel lässt sich hier der Kampf gegen Terror nennen.

sind und deshalb die Staatsklassen andere Optionen haben als die Staatsklassen der westlichen Länder in der Zeit ihrer Industrialisierung. Die Theorie bietet aber keine Erklärung dafür, wieso die nicht-westlichen Staaten trotz der Nicht-Implementation von sozialen Sicherungsprogrammen eine hohe Legitimität erreichen können. Sie geht sogar davon aus, dass die Staaten in der Peripherie und der Semiperipherie über eine tiefe Legitimität verfügen (vgl. z. B. Bornschie, 2008, S. 255, 259).

Diese Studie hat nun aber gezeigt, dass auch Staaten aus der (Semi-)Peripherie eine hohe Legitimität erzielen können, obwohl keine Wohlfahrtsprogramme implementiert wurden. Die in dieser Arbeit entwickelte historisch-integrative Position bietet eine Erklärung für dieses Phänomen an. Mithilfe des Grid-Group-Paradigmas konnte hergeleitet werden, dass in unterschiedlichen Kulturen andere Werte und Einstellungen bezüglich des Staates und bezüglich der Aufgaben des Staates bestehen. Dafür konnte auch empirische Evidenz geliefert werden: Die Determinanten der Legitimität unterscheiden sich nicht nur auf der Länder-, sondern auch auf der Individualebene deutlich.

Damit solche unterschiedliche Auffassungen dessen, was ein Staat leisten muss, empirisch berücksichtigt werden können, ist es wichtig, eine Operationalisierung von Legitimität zu finden, die solche Unterschiede zulässt. Dies wurde dadurch erreicht, dass Legitimität theoretisch konzipiert wurde als Legitimitäts*glaube* der Bevölkerung. Operationalisiert wurde Legitimität einerseits als Vertrauen in die politischen Institutionen, welche die Legalität und das politische Regime verkörpern und andererseits als generalisiertes Vertrauen, das auf einer allgemeineren Ebene die Legitimität der sozialen Ordnung reflektiert. Wichtig ist dabei, dass akzeptiert wird, dass sich die Art und Weise, wie Menschen in verschiedenen Ländern und kulturellen Regionen sich nach den dortigen sozialen Normen verhalten sollten, auf Messebene berücksichtigt wird. Somit ist es nicht zielführend, auf Messebene davon auszugehen, dass Legitimität ein latentes Konstrukt darstellt, das gleichsam eine „Eigenschaft“ eines Staates darstellt, die in jeder Kultur dasselbe bedeutet, und somit zu versuchen *Measurement Equivalence* datenorientiert herzustellen. Mit dieser Arbeit konnte gerade aufgezeigt werden, dass in verschiedenen historisch-kulturellen Settings unterschiedliche Legitimitäten möglich sind. Beispielhaft lässt sich dies am Einfluss der Variable Langfristigkeit der Demokratie zeigen: Sie besitzt einen negativen Einfluss auf die beiden Dimensionen Rechtfertigung und Legalität<sup>7</sup> in den westlichen Ländern, aber einen positiven Einfluss auf das generalisierte Vertrauen in allen Gruppen. Dies heisst, dass die Demokratie mit der Zeit, wie von der politikwissenschaftlichen Forschung vorgeschlagen (vgl. z. B. Norris, 1999b; Dalton, 2004), zu höheren Erwartungen an die Regierung und den Staat

---

<sup>7</sup>Der Effekt der Langfristigkeit der Demokratie auf die Dimension Legalität, weist ein negatives Vorzeichen vor, bleibt aber insignifikant. Das heisst, dass der Effekt der Langfristigkeit der Demokratie auf die Legalität sich nicht signifikant von Null unterscheidet. Dennoch lässt sich festhalten, dass kein positiver Effekt der Langfristigkeit der Demokratie auf die Legalität besteht.

führt und dass die Bürger durch das partizipative Element mit der Zeit kritischer werden und beginnen, die politischen Geschäfte zu hinterfragen. Dies heisst mitnichten, dass sie jedoch der Demokratie abgeneigt wären, sie sind lediglich gegenüber der Regierung kritisch eingestellt, da dies auch der Ideologie der Demokratie entspricht. In Staaten, die keine demokratische Ordnung kennen oder erst kürzlich eine Demokratie wurden, ist dies (noch) nicht der Fall. Immer wieder wird auf die (zu) hohen Werte in Vertrauensfragen von China hingewiesen (vgl. z. B. Bornschier, 2008, S. 514; Linggi, 2011, S. 12). Die hohen Werte von China sind jedoch nicht extrem hoch, sondern liegen etwa im Bereich der westlichen Staaten kurz nach dem zweiten Weltkrieg<sup>8</sup>. Demokratie führt aber zumindest in den westlichen und in den christlich geprägten Ländern ungehindert zur Stärkung des generalisierten Vertrauens und so zu einer gut funktionierenden Vertrauensgesellschaft. Würde Legitimität „measurement equivalent“ operationalisiert, also würden dem Legitimitätsindex in allen Ländern dieselben Faktorladungen und Interzepte auferlegt, würden solche Erkenntnisse verunmöglicht, da angenommen würde, dass Legitimität überall dasselbe bedeute. Ob es zulässig ist, Äpfel und Birnen zu vergleichen, kann also nicht generell entschieden werden, sondern hängt von der Fragestellung ab.

Die zweite Frage, nämlich was die Resultate dieser Studie für die Herausforderungen zur Reform der Wohlfahrtsstaaten bedeutet, lässt sich nicht generell beantworten. So kommt es sehr auf die Werte in der Gesellschaft an, was vom Staat erwartet wird. Die Frage stellt sich aber insbesondere in den westlichen Staaten. Hier kann gesagt werden, dass in den westlichen und in den christlich geprägten Staaten Wohlfahrtsleistungen als integraler Bestandteil des Staatsapparates gesehen werden. Die wertorientierte Position, die annimmt, dass in den verschiedenen Regimetyten andere Werte hochgehalten werden und deshalb in den liberalen Staaten auch ohne ein starkes soziales Engagement eine hohe Legitimität erreicht werden kann, konnte nicht bestätigt werden. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass

---

<sup>8</sup>Das Argument, dass die hohen Werte von China auf die Repression und die Angst der Bürger, sich kritisch gegenüber der Regierung zu äussern, zurückzuführen seien, wird von Wang (2005, S. 155, 159-160) und X. Chen und Shi (2001, S. 94) zurückgewiesen: Die Chinesen bewerten in ihren Studien durchaus einige Aspekte der chinesischen Gesellschaft negativ, Angst und Repression kann also genauso wie Indoktrination als Grund für die hohen Werte bezüglich des politischen Vertrauens ausgeschlossen werden. Bezüglich des generalisierten Vertrauens argumentiert (Linggi, 2011, S. 234), dass China solch hohe Werte des generalisierten Vertrauens erreicht, da wohl unter den „generalisierten Anderen“ etwas anderes verstanden wird, nämlich jene Personen, mit denen man oft zu tun hat, und nicht *alle* anderen, welche der Indikator eigentlich ansprechen will. Dies spielt aber für die Validität des hier verwendeten Legitimitätsindex keine Rolle, da offensichtlich deshalb die Frage anders verstanden wird, weil die *anderen* – gemeint sind nun *alle* anderen – im Leben der Chinesen (noch) gar keine Rolle spielen. Vielmehr ist der Kontakt mit den anderen, mit denen man im Alltag auch zu tun hat, von Bedeutung. So wie hier dieser Indikator verwendet wird, trifft diese etwas schwächere Interpretation der Frage jedoch immer noch zu, da der Indikator darauf abzielt, einzufangen für wie vertrauenswürdig die Umgebung gehalten wird. Denn diese Vertrauenswürdigkeit spielt bei dem Empfinden der Legitimität der sozialen Ordnung genau die herausragende Rolle. Die Voraussetzung, dass die unbekannten Anderen überhaupt eine Rolle spielen, muss nicht gegeben sein.



die universalen sozialdemokratischen Regimes eine deutlich höhere Legitimität erreichen als die anderen Regimes. Insbesondere die Länder mit einem konservativen Wohlfahrtsregime erreichen nur eine tiefe Legitimität. Dies unterstützt das Ergebnis von Goodin, Headey, Muffels und Dirven (1999, S. 240-258), dass die Regimes unterschiedlich erfolgreich im Erreichen der jeweiligen Ziele sind. Bei Reformen ist also vermehrt darauf zu achten, was von der Bevölkerung als zu erreichendes Ziel gesehen wird, damit kein Legitimitätsverlust in Kauf genommen werden muss. Die Studie von Taylor-Gooby (2011) zeigt aber auf, dass aus Sicht der Werthaltungen der Menschen durchaus Reformen in Richtung höherer Selbstverantwortung möglich sind.

Was bedeuten die unterschiedlichen Resultate in den verschiedenen Kulturen für die Entwicklungspolitik? Bezüglich dieser dritten Frage lässt sich festhalten, dass die Befunde dieser Untersuchung zeigen, dass der makrokulturellen Differenzierung vermehrt Beachtung geschenkt werden muss. Dass gemäss der Modernisierungstheorie die Entwicklungsländer die gleichen Stadien durchlaufen wie die entwickelten Länder zu jener Zeit, als diese sich entwickelten, ist gemäss den Resultaten dieser Studie einmal mehr (vgl. z. B. Bornschier, 2008, S. 239-246) unwahrscheinlich<sup>9</sup>. Die Resultate dieser Studie zeigen, dass die Determinanten der Legitimität in den westlichen Ländern viel besser erforscht sind. Die bekannten Einflussgrössen vermögen für die westlichen Länder die Varianz der Legitimität gut zu erklären, haben aber für nicht-westliche Länder nur ein beschränktes Erklärungspotential. Hier erweist es sich als dringend, dass vermehrt Forschung über Zusammenhänge – nicht nur bezüglich der Legitimität – in nicht-westlichen Ländern in Angriff genommen wird. Dies hat auch einige aktuelle realpolitische Konsequenzen: So können nicht einfach die Erkenntnisse, die anhand der westlichen Länder gewonnen wurden, eins zu eins auf andere Länder übertragen werden. Dies gilt auch für entwicklungspolitische Empfehlungen. Sollen sich die politischen Desaster von Afghanistan und Irak nicht wiederholen, muss vermehrt den kulturellen Eigenheiten der betroffenen Länder Beachtung geschenkt werden. In den nächsten Jahren stehen eine Reihe von internationalen politischen Grossprojekten an. Es ist zu hoffen, dass bei der Lösung der Probleme der Finanzkrise und bei der Umsetzung der politischen Forderungen des arabischen Frühlings den entsprechenden kulturellen Faktoren gebührend Rechnung getragen wird. Nur so kann in den jeweiligen Ländern eine nachhaltige Gesellschaft entstehen, die auf die Legitimität der breiten Massen zählen kann.

---

<sup>9</sup>Hier muss ergänzt werden, dass Kulturdeterminismus genauso zurückzuweisen ist wie das Nichtbeachten kultureller Besonderheiten. Vielmehr sollte ein reflektierter Umgang mit historisch-räumlichen und kulturellen Kontexten gepflegt werden.



## Literatur

- Abrahamson, P. (1999). The welfare modelling business. *Social Policy & Administration*, 33(4), 394–415. doi:10.1111/1467-9515.00160
- Aiken, L. S. & West, S. G. (1991). *Multiple regression. Testing and interpreting interactions*. Newbury Park, CA: Sage.
- Akbarzadeh, S. & Saeed, A. (2003). Islam and politics. In S. Akbarzadeh & A. Saeed (Hrsg.), *Islam and political legitimacy* (S. 1–13). London, UK: RoutledgeCurzon.
- Alesina, A. & La Ferrara, E. (2000). *The determinants of trust. Working Paper 7621*. NBER Working Paper Series. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research (NBER).
- Alesina, A. & Wacziarg, R. (2000). The economics of civic trust. In S. J. Pharr & R. D. Putnam (Hrsg.), *Disaffected democracies. What's troubling the trilateral countries?* (S. 149–170). Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1963). *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Arts, W. & Gelissen, J. (2001). Welfare states, solidarity and justice principles. Does the type really matter? *Acta Sociologica*, 44, 283–299. doi:10.1177/000169930104400401
- Arts, W. & Gelissen, J. (2002). Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. *Journal of European Social Policy*, 12(2), 137–158. doi:10.1177/0952872002012002114
- Aspalter, C. (2001). *Conservative welfare state systems in East Asia*. Westport, CT: Praeger.
- Bachmann, J. G. & O'Malley, P. M. (1984). Yea-saying, nay-saying, and going to extremes. Black-white differences in response styles. *Public Opinion Quarterly*, 48(2), 491–509. doi:10.1086/268845
- Baltzer, M. (2006). *European financial market integration in the Gruenderboom and Gruenderkrach: evidence from European cross-listings*. Working Papers Österreichischer Nationalbank No. 111. Wien, AT: OeNB. Zugriff 21. März 2012, unter [http://www.oenb.at/dms/oenb/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers/2006/Working-Paper-111/fullversion/wp111\\_tcm16-38080.pdf](http://www.oenb.at/dms/oenb/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers/2006/Working-Paper-111/fullversion/wp111_tcm16-38080.pdf)

- Bamba, C. (2007). Going beyond the three worlds of welfare capitalism: regime theory and public health research. *Journal of Epidemiology & Community Health*, 61(12), 1098–1102. doi:10.1136/jech.2007.064295
- Baraldi, A. N. & Enders, C. K. (2010). An introduction to modern missing data analyses. *Journal of School Psychology*, 48(1), 5–37. doi:10.1016/j.jsp.2009.10.001
- Barker, R. (1990). *Political legitimacy and the state*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Barnes, C. & Gill, D. (2000). *Declining government performance? Why citizens don't trust government*. Working Paper No. 9. Auckland, NZ: State Services Commission.
- Baron, B. (2008). Orphans and abandoned children in modern Egypt. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 13–34). Leiden, NL: Brill.
- Barrientos, A. (2004). Latin America: towards a liberal-informal welfare regime. In I. Gough & G. Wood (Hrsg.), *Insecurity and welfare regimes in Asia, Africa and Latin America. Social policy in development contexts* (S. 121–168). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Beaton, A. E. & Tukey, J. W. (1974). The fitting of power series, meaning polynomials, illustrated on band-spectroscopic data. *Technometrics*, 16(2), 147–185. doi:10.1080/00401706.1974.10489171
- Beck, T., Clarke, G., Groff, A., Keefer, P. & Walsh, P. (2001). New tools in comparative political economy: the Database of Political Institutions. *The World Bank Economic Review*, 15(1), 165–176. doi:10.1093/wber/15.1.165
- Beetham, D. (1991). *The legitimization of power*. Atlantic Highlands, NJ: Palgrave Macmillan.
- Berk, R. A. (1990). A primer on robust regression. In J. Fox & J. S. Long (Hrsg.), *Modern methods of data analysis* (S. 292–324). Newbury Park, CA: Sage.
- Bernstein, B. (1970). *Class, codes, and control: toward a sociological theory of speech*. London, UK: Routledge & Kegan Paul.
- Beveridge, W. (1943). *Der Beveridgeplan – Sozialversicherung und verwandte Leistungen*. Zürich, CH: Europa Verlag.
- Billiet, J. B. & Davidov, E. (2008). Testing the stability of an acquiescence style factor behind two interrelated substantive variables in a panel design. *Sociological Methods and Research*, 36(4), 542–562. doi:10.1177/0049124107313901
- Blekesaune, M. (2007). Economic conditions and public attitudes to welfare policies. *European Sociological Review*, 23(3), 393–403. doi:10.1093/esr/jcm012
- Bodner, T. E. (2008). What improves with increased missing data imputations? *Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal*, 15(4), 651–675. doi:10.1080/10705510802339072

- Böhnisch, L., Arnold, H. & Schröer, W. (1999). *Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Einführung*. Weinheim, DE: Juventa.
- Bok, D. (1997). Measuring the performance of government. In J. Nye, P. Zelikow & D. King (Hrsg.), *Why people don't trust government* (S. 55–75). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Bollen, K. A. (2002). Latent variables in psychology and the social sciences. *Annual Review of Psychology*, 53(1), 605–634. doi:10.1146/annurev.psych.53.100901.135239
- Bollen, K. A. & Lennox, R. (1991). Conventional wisdom on measurement: a structural equation perspective. *Psychological Bulletin*, 110(2), 305–314. doi:10.1037/0033-2909.110.2.305
- Bolte, K. M., Kappe, D. & Neidhardt, F. (1966). *Soziale Schichtung*. Opladen, DE: Leske.
- Bond, R. A. & Smith, P. B. (1996). Culture and conformity. A meta-analysis of studies using Asch's (1952, 1956) line judgement task. *Psychological Bulletin*, 119(1), 111–137. doi:10.1037/0033-2909.119.1.111
- Bonoli, G. (1997). Classifying welfare states: a two-dimension approach. *Journal of Social Policy*, 26(3), 351–372. doi:10.1017/S0047279497005059
- Bonoli, G. (2007). Too narrow and too wide at once. The 'welfare state' as a dependent variable in policy analysis. In *Investigating welfare state change. The 'dependent variable problem' in comparative analysis* (S. 24–39). Cheltenham, UK: Edward Edgar.
- Booth, J. A. & Seligson, M. A. (2009). *The legitimacy puzzle in Latin America. Political support and democracy in eight nations*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Bornschier, V. (1989). Legitimacy and comparative economic success at the core of the world system. *European Sociological Review*, 5(3), 215–230. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/522337>
- Bornschier, V. (1998). *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*. Zürich, CH: Seismo.
- Bornschier, V. (2001). Generalisiertes Vertrauen und die frühe Verbreitung der Internetnutzung im Gesellschaftsvergleich. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 53(2), 233–257. doi:10.1007/s11577-001-0038-x
- Bornschier, V. (2005). *Culture and politics in economic development*. Abingdon, UK: Routledge.
- Bornschier, V. (2007). *Konflikt, Gewalt, Kriminalität und abweichendes Verhalten. Ursachen, Zeit- und Gesellschaftsvergleiche*. Zürich, CH: Loreto Verlag VB.
- Bornschier, V. (2008). *Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen. Erweiterte Neuausgabe*. Zürich, CH: Loreto Verlag VB.
- Borsboom, D., Mellenbergh, G. J. & van Heerden, J. (2004). The concept of validity. *Psychological Review*, 111(4), 1061–1071. doi:10.1037/0033-295X.111.4.1061
- Bourdieu, P. (1985). Sozialer Raum und „Klassen“. In *Sozialer Raum und „Klassen“*. *Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen* (S. 9–46). Frankfurt a. M., DE: Suhrkamp.

- Brambor, T., Clark, W. R. & Golder, M. (2006). Understanding interaction models: improving empirical analyses. *Political Analysis*, 14, 63–82. doi:10.1093/pan/mpi014
- Bratton, M. (1989). Beyond the state. Civil society and associational life in Africa. *World Politics*, 41(3), 407–430. doi:10.2307/2010506
- Bratton, M., Mattes, R. & Gymiah-Boadi, E. (2005). *Public opinion, democracy, and market reform in Africa*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Braun, R. & Vliegenthart, R. (2010). Two cheers for Spaaij and Anderson. A rejoinder. *International Sociology*, 25(4), 581–588. doi:10.1177/0268580910370220
- Breusch, T. & Pagan, A. (1979). A simple test for heteroscedasticity and random coefficient variation. *Econometrica*, 47(5), 1287–1294. Zugriff 12. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/1911963>
- Brislin, R. W., Lonner, W. J. & Thorndike, R. (1973). *Cross-cultural research methods*. New York, NY: Wiley.
- Brittan, S. (1975). The economic contradictions of democracy. *British Journal of Political Science*, 5(2), 129–159. doi:10.1017/S0007123400008115
- Browne, M. W. (2000). Cross-validation methods. *Journal of Mathematical Psychology*, 44(1), 108–132. doi:10.1006/jmps.1999.1279
- Budge, I., Newton, K., McKinley, R. D., Kirchner, E., Urwin, D., Armingeon, K., ... Frank, P. (1997). *The politics of the new Europe. Atlantic to Urals*. London, UK: Longman.
- Bukovansky, M. (2002). *Legitimacy and power politics. The American and French Revolutions in international political culture*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Bullinger, M., Anderson, R., Cella, D. & Aaronson, N. (1993). Developing and evaluating cross-cultural instruments from minimum requirements to optimal models. *Quality of Life Research*, 2(6), 451–459. doi:10.1007/BF00422219
- Campbell, D. T. (1986). Science's social system of validity-enhancing collective belief change and the problems of the social sciences. In D. W. Fiske & R. A. Shweder (Hrsg.), *Metatheory in social science* (S. 108–135). Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Camstra, A. & Boomsma, A. (1992). Cross-validation in regression and covariance structure analysis. *Sociological Methods and Research*, 21(1), 89–115. doi:10.1177/0049124192021001004
- Cartwright, N. (2002). The limits of causal order, from economics to physics. In U. Mäki (Hrsg.), *Fact and fiction in economics. Models, realism, and social construction* (S. 137–151). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Castel, R. (2000). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz, DE: UVK.

- Castles, F. G. & Mitchell, D. (1993). Worlds of welfare and families of nations. In F. G. Castles (Hrsg.), *Families of nations: patterns of public policy in Western democracies* (S. 93–128). Aldershot, UK: Dartmouth.
- Cattell, R. B. (1940). A culture-free intelligence test, I. *Journal of Educational Psychology*, 31(3), 176–199. doi:10.1037/h0059043
- Chassard, Y. & Quintin, O. (1992). Social protection in the European Community: towards a convergence of policies. *International Social Security Review*, 45(1-2), 91–108. doi:10.1111/j.1468-246X.1992.tb00905.x
- Chen, C., Lee, S.-Y. & Stevenson, H. W. (1995). Response style and cross-cultural comparisons of rating scales among East Asian and North American students. *Psychological Science*, 6(3), 170–175. doi:10.1111/j.1467-9280.1995.tb00327.x
- Chen, X. & Shi, T. (2001). Media effects on political confidence and trust in the People's Republic of China in the post-Tiananmen period. *East Asia*, 19(3), 84–118. doi:10.1007/s12140-001-0011-3
- Christen, C., Michel, T. & Rätz, W. (2003). *Sozialstaat. Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den „Reformen“ profitiert*. Hamburg, DE: VSA.
- Christophersen, T. & Grape, C. (2006). Die Erfassung latenter Konstrukte mit Hilfe formativer und reflektiver Messmodelle. In A. Sönke, D. Klapper, U. Konradt, A. Walter & J. Wolf (Hrsg.), *Methodik der empirischen Forschung* (S. 115–132). Wiesbaden, DE: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.
- Chu, Y.-H., Bratton, M., Lagos, M., Shastri, S. & Tessler, M. (2008). Public opinion and democratic legitimacy. *Journal of Democracy*, 19(2), 74–87. doi:10.1353/jod.2008.0032
- Clark, I. (2005). *Legitimacy in international society*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Clarke, H. D., Nitish, D. & Kornberg, A. (1993). The political economy of attitudes toward polity and society in Western European democracies. *Journal of Politics*, 55(4), 998–1021. doi:10.2307/2131945
- Clasen, J. & Siegel, N. A. (2007a). Comparative welfare state analysis and the 'dependent variable problem'. In J. Clasen & N. A. Siegel (Hrsg.), *Investigating welfare state change. The 'dependent variable problem' in comparative analysis* (S. 3–12). Cheltenham, UK: Edward Edgar.
- Clasen, J. & Siegel, N. A. (Hrsg.). (2007b). *Investigating welfare state change. The 'dependent variable problem' in comparative analysis*. Cheltenham, UK: Edward Edgar.
- Claude, I. L. (1966). Collective legitimization as a political function of the United Nations. *International Organization*, 20(3), 367–379. doi:10.1017/S0020818300012832
- Collins, L. M., Schafer, J. L. & Kam, C.-M. (2001). A comparison of inclusive and restrictive strategies in modern missing data procedures. *Psychological Methods*, 6(4), 330–351. doi:10.1037/1082-989X.6.4.330

- Commission of the European Communities. (1974). *Euro-Barometer No. 1. April - May 1974. Initial results*. Brussels, BE: Commission of the European Communities. Zugriff 21. März 2012, unter [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb1/eb1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb1/eb1_en.pdf)
- Cook, R. D. & Weisberg, S. (1983). Diagnostics for heteroscedasticity in regression. *Biometrika*, 70(1), 1–10. doi:10.1093/biomet/70.1.1
- Crick, B. (1959). *The American science of politics. Its origins and conditions*. London, UK: Routledge.
- Crohnbach, L. J. & Meehl, P. E. (1955). Construct validity in psychological tests. *Psychological Bulletin*, 52(4), 281–302. doi:10.1037/h0040957
- Croissant, A. (2004). Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien: Ost- und Südostasien. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 249–275). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Croissant, A., Erdmann, G. & Rüb, F. W. (2004). Vorwort. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 7–10). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Crozier, M., Huntington, S. & Watanuki, J. (1975). *The crisis of democracy*. New York, NY: New York University Press.
- Dahl, R. A. (1971). *Polyarchy: participation and opposition*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Dahlgren, S. (2008). Welfare and modernity: three concepts for the ‘advanced woman’. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 129–147). Leiden, NL: Brill.
- Dahrendorf, R. (1957). *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart, DE: Enke.
- Dalton, R. J. (2004). *Democratic challenges, democratic choices: the erosion of political support in advanced industrial democracies*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Davidov, E. (2008). A cross-country and cross-time comparison of the human values. Measurements with the second round of the European Social Survey. *Survey Research Methods*, 2(1), 33–46.
- Davidov, E., Meuleman, B., Billiet, J. B. & Schmidt, P. (2008). Values and support for immigration: a cross-country comparison. *European Sociological Review*, 24(5), 583–599. doi:10.1093/esr/jcn020
- De Deken, J. & Kittel, B. (2007). Social expenditure under scrutiny. The problems of using aggregate spending data for assessing welfare state dynamics. In J. Clasen & N. A. Siegel (Hrsg.), *Investigating welfare state change. The ‘dependent variable problem’ in comparative analysis* (S. 72–105). Cheltenham, UK: Edward Edgar.



- De Gérando, J.-M. (1826). *Le visiteur du pauvre* (3e éd. revue et augmentée). Paris, FR: Jules Renouard.
- Deacon, B. (1993). Development in East European social policy. In C. Jones (Hrsg.), *New perspectives on the welfare state in Europe* (S. 177–197). London, UK: Routledge.
- Deacon, B. (2000). Eastern European welfare states: the impact of the politics of globalization. *Journal of European Social Policy*, 10(2), 146–161.
- Dempster, A. P., Laird, N. M. & Rubin, D. B. (1977). Maximum likelihood estimation from incomplete data via the EM algorithm. *Journal of the Royal Statistical Society, Series B (Methodological)*, 39, 1–38. Zugriff 21. März 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2984875>
- Deutsch, M. (1975). Equity, equality, and need. What determines which value will be used as the basis of distributive justice? *Journal of Social Issues*, 31(3), 137–150. doi:10.1111/j.1540-4560.1975.tb01000.x
- Diamantopoulos, A., Riefler, P. & Roth, K. P. (2008). Advancing formative measurement models. *Journal of Business Research*, 61(12), 1203–1218. doi:10.1016/j.jbusres.2008.01.009
- Diamantopoulos, A. & Winklhofer, H. (2001). Index construction with formative indicators: an alternative to scale development. *Journal of Marketing Research*, 38(2), 269–277. doi:10.1509/jmkr.38.2.269.18845
- Diener, E. (2000). Subjective well-being. The science of happiness and a proposal for a national index. *American Psychologist*, 55(1), 34–43. doi:10.1037//0003-066X.55.1.3
- Diez-Medrano, J. (2009). *Building a five-wave WVS-EVS aggregate file from existing official files available on the web*. World Values Survey Data Archive. Zugriff 21. Juli 2012, unter <http://www.wvsevsdb.com/wvs/WVSFaqs.jsp?Idioma=I>
- Douglas, M. (1970). *Natural symbols: explorations in cosmology*. London, UK: Barrie & Rockliff.
- Douglas, M. (1982). Cultural bias. In M. Douglas (Hrsg.), *In the active voice* (S. 183–254). London, UK: Routledge & Kegan Paul.
- Douglas, M. (1989). The background of the grid dimension: a comment. *Sociological Analysis*, 50(2), 171–176. doi:10.2307/3710987
- Douglas, M. (1993). *In the wilderness: the doctrine of defilement in the book of numbers (Journal for the Study of the Old Testament. Supplement Series, No. 158)*. Sheffield, UK: JSOT Press.
- Douglas, M. (unbekannt). *A history of grid and group cultural theory*. Zugriff 20. September 2008, unter <http://www.chass.utoronto.ca/epc/srb/cyber/douglas1.pdf>
- Douglas, M. & Wildavsky, A. (1982). *Risk and culture: an essay on the selection of technical and environmental dangers*. Berkeley, CA: University of California Press.

- Draxler, J. & van Vliet, O. (2010). European social model: no convergence from the East. *Journal of European Integration*, 32(1), 115–135. doi:10.1080/07036330903375230
- Durbin, J. & Watson, S. (1950). Testing for serial correlation in least squares regression: I. *Biometrika*, 37(3-4), 409–428. doi:10.1093/biomet/37.3-4.409
- Dyson, K. (1980). *The state tradition in Western Europe*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Easton, D. (1965). *A systems analysis of political life*. New York, NY: Wiley.
- Easton, D. (1975). A reassessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457. doi:10.1017/S0007123400008309
- Easton, D. (1976). Theoretical approaches to political support. *Canadian Journal of Political Science*, 9(3), 431–448. doi:10.1017/S0008423900044309
- Eickelman, D. F. & Piscatori, J. (2002). Foreword. In *The Ulama in contemporary Islam. Custodians of change* (pages). Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Elazar, D. J. (1997). Contrasting unitary and federal systems. *International Political Science Review*, 18(3), 237–251. doi:10.1177/019251297018003002
- Enders, C. K. (2006). A primer on the use of modern missing-data methods in psychosomatic medicine research. *Psychosomatic Medicine*, 68(3), 427–436. doi:10.1097/01.psy.0000221275.75056.d8
- Enders, C. K. (2010). *Applied missing data analysis*. New York, NY: Guilford Press.
- Engels, U. (1998). *Einführung in die Mehrebenenanalyse. Grundlagen, Auswertungsverfahren und praktische Beispiele*. Opladen, DE: Westdeutscher Verlag.
- Englebert, P. (2000). *State legitimacy and development in Africa*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Enyeribe Onouha, E. (2005). *Religion and state in Nigeria*. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.iheu.org/node/1759>
- Enzyklopädie des Islam: Eslam. (2006-2008). *Zakat*. Zugriff 5. Oktober 2008, unter <http://www.eslam.de/begriffe/z/zakat.htm>
- Esping-Andersen, G. (1990). *Three worlds of welfare capitalism*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Esping-Andersen, G. (1996). After the golden age? Welfare state dilemmas in a global economy. In G. Esping-Andersen (Hrsg.), *Welfare states in transition. National adaptations in global economies* (S. 1–31). London, UK: Sage.
- European Social Survey. (2012). *European Social Survey*. Zugriff 1. Mai 2012, unter <http://www.europeansocialsurvey.org/>
- European Values Study. (2011). *European Values Study 1981-2008, Longitudinal Data File. GESIS Data Archive, Cologne, Germany, ZA4804 Data File Version 2.0.0 (2011-12-30)*. doi:10.4232/1.11005

- Falola, T. (1998). *Violence in Nigeria. The crisis of religious and secular ideologies*. Rochester, NY: University of Rochester Press.
- Farh, J.-L., Earley, C. P. & Lin, S.-C. (1997). Impetus for action: a cultural analysis of justice and organizational citizenship behavior in Chinese society. *Administrative Science Quarterly*, 42(3), 421–444. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2393733>
- Faust, J., Lauth, H.-J. & Muno, W. (2004). Demokratisierung und Wohlfahrtsstaat in Lateinamerika: Querschnittsvergleich und Fallstudien. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 189–222). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fealy, G. (2003). Divided majority: limits of Indonesian political Islam. In S. Akbarzadeh & A. Saeed (Hrsg.), *Islam and political legitimacy* (S. 150–168). London, UK: RoutledgeCurzon.
- Feldman, I. (2008). Mercy trains and ration rolls: between government and humanitarianism in Gaza (1948–1967). In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 175–194). Leiden, NL: Brill.
- Fenger, H. J. M. (2007). Welfare regimes in Central and Eastern Europe. Incorporating post-communist countries in a welfare regime typology. *Contemporary Issues and Ideas in Social Sciences*, 3(2), 1–30.
- Ferge, Z. (2001). Welfare and 'ill-fare' systems in Central-Eastern Europe. In R. Skyes, B. Palier & P. M. Prior (Hrsg.), *Globalisation and European welfare states: challenges and change* (S. 127–152). Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.
- Ferree, K. E. & Singh, S. (1999). Institutional change and economic performance in Africa, 1970–1995. In American Political Science Association (Hrsg.), *Paper presented at the 1999 meetings of the American Political Science Association, Atlanta, GA*. American Political Science Association.
- Ferrera, M. (1996). The 'Southern' model of welfare in social Europe. *Journal of European Social Policy*, 6(1), 17–37. doi:10.1177/095892879600600102
- Fisher, R. (2004). Standardization to account for cross-cultural response bias: a classification of score adjustment procedures and review of research in JCCP. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 35(3), 263–282. doi:10.1177/0022022104264122
- Flanagan, C. A., Campbell, B., Botcheva, L., Bowes, J., Csapo, B., Macek, P. & Sheblanova, E. (2003). Social class and adolescents' beliefs about justice in different social orders. *Journal of Social Issues*, 59(4), 711–732. doi:10.1046/j.0022-4537.2003.00086.x
- Fontaine, J. R. J. (2008). Traditional and multilevel approaches in cross-cultural research: an integration of methodological frameworks. In J. R. van de Vijver, D. A. van Hemert & Y. H. Poortinga (Hrsg.), *Multilevel analysis of individuals and cultures* (S. 65–92). New York, NY: Lawrence Erlbaum Associates.

- Fox, J. (1997). *Applied regression analysis, linear models, and related models*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Freedom House. (2010). *Freedom in the world. Comparative scores for all countries from 1973 to 2010*. New York, NY: Freedom House. Zugriff 12. August 2012, unter <http://www.freedomhouse.org/report-types/freedom-world>
- Freise, M. & Zimmer, A. (2004). Der Dritte Sektor im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement der postsozialistischen Visegrad-Staaten. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 153–172). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fuchs, D. (1999). The democratic culture of Unified Germany. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 123–145). Oxford, UK: Oxford University Press. doi:10.1093/0198295685.003.0006
- Fuchs, D., Guidorossi, G. & Svensson, P. (1995). Support for the democratic system. In H.-D. Klingemann & D. Fuchs (Hrsg.), *Citizens and the state* (S. 323–353). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Gamson, W. A. (1968). *Power and discontent*. Homewood, IL: Dorsey Press.
- Gans, C. (2004). *President Bush, mobilization drives propel turnout to post-1968 high. Kerry, democratic weakness shown*. Center for the Study of the American Electorate. Zugriff 5. August 2012, unter <http://www.american.edu/spa/cdem/csae.cfm>
- George, V. & Wilding, P. (1976). *Ideology and social welfare*. London, UK: Routledge & Kegan Paul.
- Gilley, B. (2006a). The meaning and measure of state legitimacy: results for 72 countries. *European Journal of Political Research*, 45(3), 499–525. doi:10.1111/j.1475-6765.2006.00307.x
- Gilley, B. (2006b). The determinants of state legitimacy: results for 72 countries. *International Political Science Review*, 27(1), 47–71. doi:10.1177/0192512106058634
- Gilley, B. (2009). *The right to rule. How states win and lose legitimacy*. New York, NY: Columbia University Press.
- Goldstein, H. & Healy, M. J. R. (1995). The graphical presentation of a collection of means. *Journal of the Royal Statistical Society, Series A (Statistics in Society)*, 158(1), 175–177. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2983411>
- Goodall, C. (1983). M-estimators of location: an outline of the theory. In D. C. Hoaglin, F. Mosteller & J. W. Tukey (Hrsg.), *Understanding robust and exploratory data analysis* (S. 339–431). New York, NY: Wiley.
- Goodin, R. E., Headey, B., Muffels, R. & Dirven, H.-J. (1999). *The real worlds of welfare capitalism*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Göthlich, S. E. (2006). Zum Umgang mit fehlenden Daten in grosszahligen empirischen Erhebungen. In A. Sönke, D. Klapper, U. Konradt, A. Walter & J. Wolf (Hrsg.),

- Methodik der empirischen Forschung* (S. 133–150). Wiesbaden, DE: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler.
- Gough, I. (2004). East Asia: the limits of productivist regimes. In I. Gough & G. Wood (Hrsg.), *Insecurity and welfare regimes in Asia, Africa and Latin America. Social policy in development contexts* (S. 169–201). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Gove, W. R., Hughes, M. & Briggs Style, C. (1983). Does marriage have positive effects on the psychological well-being of the individual? *Journal of Health and Social Behavior*, 24(2), 122–131. doi:10.2307/2136639
- Grafstein, R. (1981). The failure of Weber's concept of legitimacy. *Journal of Politics*, 43(2), 456–472. doi:10.2307/2130377
- Graham, J. W. (2009). Missing data analysis: making it work in the real world. *Annual Review of Psychology*, 60, 549–576. doi:10.1146/annurev.psych.58.110405.085530
- Graham, J. W., Hofer, S. M., Donaldson, S. I., MacKinnon, D. P. & Schafer, J. L. (1997). Analysis with missing data in prevention research. In K. Bryant, M. Windle & S. West (Hrsg.), *The science of prevention: methodological advances from alcohol and substance abuse research* (S. 325–366). Washington, DC: American Psychological Association.
- Green-Pedersen, C. (2007). More than data questions and methodological issues. Theoretical conceptualization and the dependent variable 'problem' in the study of welfare reform. In J. Clasen & N. A. Siegel (Hrsg.), *Investigating welfare state change. The 'dependent variable problem' in comparative analysis* (S. 13–23). Cheltenham, UK: Edward Edgar.
- Grimes, M. (2006). Organizing consent: the role of procedural fairness in political trust and compliance. *European Journal of Political Research*, 45(2), 284–315. doi:10.1111/j.1475-6765.2006.00299.x
- Grimes, M. (2008). Consent, political trust and compliance: rejoinder to Kaina's remarks on 'Organizing consent'. *European Journal of Political Research*, 47(4), 522–535. doi:10.1111/j.1475-6765.2008.00774.x
- Gross, J. L. & Rayner, S. (1985). *Measuring culture: a paradigm for the analysis of social organisation*. Irvington, NY: Columbia University Press.
- Gulliksen, H. (1950). *Theory of mental tests*. New York, NY: Wiley.
- Gurr, T. (1971). *Why men rebel*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M., DE: Suhrkamp.
- Haggard, S. & Kaufman, R. R. (2008). *Development, democracy, and welfare states. Latin America, East Asia, and Eastern Europe*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

- Hall, R. B. (1999). *National collective identity: social constructs and international systems*. New York, NY: Columbia University Press.
- Hamilton, L. C. [L. C.]. (1992). *Regression with graphics: a second course in applied statistics*. Belmont, CA: Duxbury.
- Hamilton, L. C. [Lawrence C.]. (1991). How robust ist robust regression? *Stata Technical Bulletin*, 4(2), 21–26.
- Harkness, J. A., Mohler, P. P. & van de Vijver, F. J. R. (2003). Comparative research. In J. A. Harkness, F. J. R. van de Vijver & P. P. Mohler (Hrsg.), *Cross-cultural survey methods* (S. 3–16). Hoboken, NJ: Wiley Interscience.
- Harsch, E. (2006). Combating inequality in Africa. *Africa Renewal*, 20(2), 16–20.
- Heidorn, J. (1982). *Legitimität und Regierbarkeit. Studien zu den Legitimitätstheorien von Max Weber, Niklas Luhman, Jürgen Habermas und der Unregierbarkeitsforschung*. Berlin, DE: Duncker & Humblot.
- Heimann, E. (1980). *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt a. M., DE: Suhrkamp. (Original veröffentlicht 1929)
- Heinze, R. G., Schmid, J. & Strünck, C. (1999). *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren*. Opladen, DE: Leske + Budrich.
- Helfrich, L. (2004). Geschlechtsspezifische Konsequenzen der Privatisierung sozialer Sicherheit: Das Beispiel der Pensionssystemreform in ausgewählten lateinamerikanischen Ländern. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 223–247). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hering, S. & Münchmeier, R. (2000). *Geschichte der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim, DE: Juventa.
- Hetherington, M. J. (1998). The political relevance of political trust. *American Political Science Review*, 92(4), 791–808. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2586304>
- Hofstede, G. (1980). *Culture's consequences: comparing values, behaviors, institutions and organizations across nations*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Holliday, I. (2000). Productivist welfare capitalism: social policy in East Asia. *Political Studies*, 48(4), 706–723. doi:10.1111/1467-9248.00279
- Holmberg, S. (1999). Down and down we go: political trust in Sweden. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 103–122). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Hoover, K. & Plant, R. (1989). *Conservative capitalism in Britain and the United States*. London, UK: Routledge.

- Horn, J. L. & McArdle, J. J. (1992). A practical and theoretical guide to measurement invariance in aging research. *Experimental Aging Research*, 18(3), 117–144. doi:10.1080/03610739208253916
- Hox, J. J. (2010). *Multilevel analysis: techniques and applications* (2nd ed.). New York, NY: Routledge.
- Huang, C. D., Church, A. T. & Katigbak, M. S. (1997). Identifying cultural differences in items and traits: differential item functioning in the NEO Personality Inventory. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 28(2), 192–218. doi:10.1177/0022022197282004
- Huber, P. J. (1964). Robust estimation of a location parameter. *Annals of Mathematical Statistics*, 35(1), 73–101. doi:10.1214/aoms/1177703732
- Hudson, M. C. (1977). *Arab politics: the search for legitimacy*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Hui, C. H. & Triandis, H. C. (1989). Effects of culture and response format on extreme response style. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 20(3), 296–309. doi:10.1177/0022022189203004
- Hülsmann, J., Schmid, J. & Schöll, S. (2001). *Rentenreformen in sechs westeuropäischen Ländern*. WIP Occasional Paper No. 15. Tübingen, DE: Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.
- Hunwick, J. O. (2002). ULAMA. In P. J. Bearman, T. Bianquis, C. E. Bosworth, E. v. Donzel & W. P. Heinrichs (Hrsg.), *Encyclopédie de l'Islam. Nouvelle Edition* (Bd. 10, S. 864–874). Leiden, NL: Brill.
- ILO. (1997). *Cost of social security*. International Labor Organisation. Zugriff 5. August 2012, unter <http://www.ilo.org/dyn/sesame/IFPSES.SocialDBExp>
- ILO. (2000). *World labour report 2000: income security and social protection in a changing world*. Geneva, CH: International Labor Organisation.
- ILO. (2010). *World social security report 2010/11: providing coverage in times of crisis and beyond*. Geneva, CH: International Labor Organisation.
- IMF. (2009). *Public social protection and health expenditure in percentage of GDP*. Washington, DC: International Monetary Fund. Zugriff 5. August 2012, unter <http://www.ilo.org/dyn/sesame/IFPSES.SocialDBExp>
- Issa, A. (1988). *Legitimität und Stabilität im Nahen Osten: Saudi Arabien*. Siegen, DE: Siegen University Press.
- Jarvis, C. B., MacKenzie, S. B. & Podsakoff, P. M. (2003). A critical review of construct indicators and measurement model misspecification in marketing and consumer research. *Journal of Consumer Research*, 30(2), 199–218. doi:10.1086/376806

- Johnson, T., Kulesa, P., Cho, Y. I. & Shavitt, S. (2005). The relation between culture and response styles: evidence from 19 countries. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 36(2), 264–277. doi:10.1177/0022022104272905
- Jones, C. (1993). The pacific challenge: Confucian welfare states. In C. Jones (Hrsg.), *New perspectives on the welfare state in Europe* (S. 198–217). London, UK: Routledge.
- Jöreskog, K. G. (1971). Simultaneous factor analysis in several populations. *Psychometrika*, 36, 409–426. doi:10.1007/BF02291366
- Kaase, M. & Newton, K. (Hrsg.). (1995). *Beliefs in government*. Oxford, UK: Oxford University Press,
- Kaina, V. (2008). Legitimacy, trust and procedural fairness: remarks on Marcia Grimes' study. *European Journal of Political Research*, 47(4), 510–521. doi:10.1111/j.1475-6765.2008.00773.x
- Kakar, S. (1978). *The inner world: a psycho-analytic study of childhood and society in India*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Kalberg, S. (1987). The origin and expansion of *Kulturpessimismus*: the relationship between public and private spheres in early twentieth century Germany. *Sociological Theory*, 5(2), 150–164. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/201936>
- Kangas, O. E. (1994). The politics of social security: on regressions, qualitative comparisons, and cluster analysis. In T. Janoski & A. M. Hicks (Hrsg.), *The comparative political economy of the welfare state* (S. 346–364). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Karatnycky, A. (1999). A good year for freedom. In F. Rofeh (Hrsg.), *Freedom in the world: the annual survey of political rights and civil liberties 1998-1999* (S. 3–16). New York, NY: Freedom House.
- Kaufmann, D., Kraay, A. & Mastruzzi, M. (2010). *The Worldwide Governance Indicators: methodology and analytical issues*. Policy Research Working Paper No. 5430. Washington, DC: World Bank. doi:10.1596/1813-9450-5430
- Keefer, P. (2010). *DPI2010. Database of Political Institutions: changes and variable definitions*. Washington, DC: Development Research Group, World Bank. Zugriff 12. August 2012, unter [http://siteresources.worldbank.org/INTRES/Resources/469232-1107449512766/DPI2010\\_Codebook2.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTRES/Resources/469232-1107449512766/DPI2010_Codebook2.pdf)
- Kielmannsegg, P. G. (1971). Legitimität als analytische Kategorie. *Politische Vierteljahresschrift*, 12, 367–401. doi:10.1007/978-3-322-85112-3\_3
- King, A. (1975). Overload: problems of governing in the 1970s. *Political Studies*, 23(2-3), 284–296. doi:10.1111/j.1467-9248.1975.tb00068.x



- King, D. (1997). The polarization of American parties and mistrust in government. In J. Nye, P. Zelikow & D. King (Hrsg.), *Why people don't trust government* (S. 155–178). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kish, L. (1965). *Survey sampling*. New York, NY: Wiley.
- Kittel, B. (2006). A crazy methodology? On the limits of macro-quantitative social science research. *International Sociology*, 21(5), 647–677. doi:10.1177/0268580906067835
- Kittel, B. (2008). Statistical narratives and the properties of macro-level variables: labor market institutions and employment performance in macrocomparative research. In L. Kenworthy & A. M. Hicks (Hrsg.), *Method and substance in macrocomparative analysis* (S. 29–66). New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Klingemann, H.-D. & Fuchs, D. (Hrsg.). (1995). *Citizens and the state*. Oxford, UK: Oxford University Press,
- Klingemann, H.-D., Hoffebert, R. & Budge, I. (1994). *Parties, policy and democracy*. Boulder, CO: Westview Press.
- Kluegel, J. R., Mason, D. S. & Wegener, B. (1999). The legitimation of capitalism in the postcommunist transition: public opinion about market justice, 1991-1996. *European Sociological Review*, 15(3), 251–283. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/522731>
- Knack, S. & Keefer, P. (1997). Does social capital have an economical payoff? A cross-country investigation. *Quarterly Journal of Economics*, 112(4), 1251–1273. doi:10.1162/003355300555475
- Knack, S. & Zak, P. J. (2003). Building trust: public policy, interpersonal trust, and economic development. *Supreme Court Economic Review*, 10, 91–107. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/1147139>
- Knowles, E. S. & Nathan, K. T. (1997). Acquiescent responding in self-reports: cognitive style or social concern? *Journal of Research in Personality*, 31(2), 293–301. doi:10.1006/jrpe.1997.2180
- Kohavi, R. (1995). A study of cross-validation and bootstrap for accuracy estimation and model selection. In C. S. Mellish (Hrsg.), *Proceedings of the fourteenth International Joint Conference on Artificial Intelligence (IJCAI) in Montreal, CAN* (S. 1137–1143). Los Altos, CA: Morgan Kaufmann.
- Kohler, U. & Kreuter, F. (2006). *Datenanalyse mit Stata: Allgemeine Konzepte der Datenanalyse und ihre praktische Anwendung*. München, DE: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Kornberg, A. & Clarke, H. D. (1992). *Citizens and community: political support in a representative democracy*. New York, NY: Cambridge University Press.
- Korpi, W. (1989). Power, politics, and state autonomy in the development of social citizenship: social rights during sickness in eighteen OECD countries since 1930. *American*

- Sociological Review*, 54(3), 309–328. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2095608>
- Korpi, W. & Palme, J. (1998). The paradox of redistribution and strategies of equality: welfare state institutions, inequality and poverty in the Western countries. *American Sociological Review*, 63(5), 661–687. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2657333>
- Krieger, J. (1986). *Reagan, Thatcher and the politics of decline*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Künzler, D. (2004). *Wo die Elefanten tanzen, leidet das Gras. Staat und Entwicklung in Afrika*. Münster, DE: LIT.
- Lagona, F. & Zhang, Z. (2010). A missing composite covariate in survival analysis: A case study of the Chinese Longitudinal Health and Longevity Survey. *Statistics in Medicine*, 29(2), 248–261. doi:10.1002/sim.3773
- Lance, C. E. (1988). Residual centering, exploratory and confirmatory moderator analysis, and decomposition of effects in path models containing interactions. *Applied Psychological Measurement*, 12(2), 163–175. doi:10.1177/014662168801200205
- Lane, R. E. (1962). *Political ideology: why the American common man believes what he does*. New York, NY: Free Press.
- Lane, R. E. (2001). Self-reliance and empathy: the enemies of poverty – and of the poor. *Political Psychology*, 22(3), 473–492. doi:10.1111/0162-895X.00250
- Lawrence, R. (1997). Is it really the economy, stupid? In J. Nye, P. Zelikow & D. King (Hrsg.), *Why people don't trust government* (S. 111–132). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lazarsfeld, P. F. & Menzel, H. (1969). On the relation between individual and collective properties. In A. Etzioni (Hrsg.), *A sociological reader on complex organizations* (2nd ed., S. 499–516). New York, NY: Holt, Rhinehart & Winston. (Original veröffentlicht 1961)
- Lee, Y.-T., Pepitone, A. & Albright, L. (1997). Descriptive and prescriptive beliefs about justice: a Sino-U.S. comparison. *Cross-Cultural Research*, 31(2), 101–120. doi:10.1177/106939719703100203
- Leibfried, S. (1992). Towards a European welfare state? On integrating poverty regimes into the European Community. In Z. Ferge & J. E. Kolberg (Hrsg.), *Social policy in a changing Europe* (S. 245–279). Frankfurt a. M., DE: Campus.
- Leung, K. & Bond, M. H. (1989). On the empirical identification of dimensions for cross-cultural comparison. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 20(2), 131–151. doi:10.1177/0022022189202002

- Leung, K. & Stephan, W. G. (2001). Social justice from a cultural perspective. In D. Matsumoto (Hrsg.), *The handbook of culture & psychology* (S. 375–410). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Leung, K. & Zhang, J. (1995). Systemic considerations. Factors facilitating and impeding the development of psychology in developing countries. *International Journal of Psychology*, 30(6), 693–706. doi:10.1080/00207599508246595
- Levi, M. & Sacks, A. (2009). Legitimizing beliefs. Sources and indicators. *Regulation & Governance*, 3(4), 311–333. doi:10.1111/j.1748-5991.2009.01066.x
- Liebig, S. & Lengfeld, H. (2002). Gerechtigkeitsforschung als interdisziplinäres Projekt. In S. Liebig & H. Lengfeld (Hrsg.), *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven* (S. 7–20). Frankfurt a. M., DE: Campus.
- Liebig, S. & Schlothfeldt, S. (2002). Das Grid-Group-Paradigma und sein Beitrag für die interdisziplinäre soziale Gerechtigkeitsforschung. In S. Liebig & H. Lengfeld (Hrsg.), *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven* (S. 219–242). Frankfurt a. M., DE: Campus.
- Lindert, P. H. (2004a). *Growing public: social spending and economic growth since the eighteenth century. Volume 1: the story*. New York, NY: Cambridge.
- Lindert, P. H. (2004b). *Growing public: social spending and economic growth since the eighteenth century. Volume 2: further evidence*. New York, NY: Cambridge.
- Lindley, D. V. & Novick, M. R. (1998). The role of exchangeability in inference. *Annals of Statistics*, 9(1), 45–58. Zugriff 19. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/2240868>
- Linggi, D. (2011). *Vertrauen in China. Ein kritischer Beitrag zur kulturvergleichenden Sozialforschung*. Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Linz, J. J. (1990). The perils of presidentialism. *Journal of Democracy*, 1(1), 51–69.
- Lipset, S. M. (1960). *Political man: the social bases of politics*. New York, NY: Doubleday & Company.
- Listhaug, O. (1995). The dynamics of trust in politicians. In H.-D. Klingemann & D. Fuchs (Hrsg.), *Citizens and the state*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Little, R. J. A. & Rubin, D. B. (1987). *Statistical analysis with missing data*. New York, NY: Wiley.
- Little, R. J. A. & Rubin, D. B. (2002). *Statistical analysis with missing data* (2nd ed.). Hoboken, NJ: Wiley.
- Little, T. D., Bovaird, J. A. & Widaman, K. F. (2008). On the merits of orthogonalizing powered and product terms: implications for modeling interactions among latent variables. *Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal*, 13(4), 497–519. doi:10.1207/s15328007sem1304\_1

- Ljung, G. M. & Box, G. E. (1978). On a measure of lack of fit in time series models. *Biometrika*, 65(2), 297–303. doi:10.1093/biomet/65.2.297
- Lord, F. M. & Novick, M. R. (1968). *Statistical theories of mental test scores*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Luhmann, N. (1975). *Legitimation durch Verfahren* (2. Auflage). Darmstadt, DE: Luchterhand.
- Lundblad, L. G. (2008). Islamic welfare, discourse and practise: the institutionalization of *zakat* in palestine. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 195–216). Leiden, NL: Brill.
- Lunde, R. (2008). Building bonny babies: missionary welfare work in Cairo, 1920-1950. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 83–106). Leiden, NL: Brill.
- Maas, C. J. M. & Hox, J. J. (2002). Sample sizes for multilevel modeling. In J. Blasius, J. J. Hox, E. de Leeuw & P. Schmidt (Hrsg.), *Social Science Methodology in the New Millennium. Proceedings of the Fifth International Conference on Logic and Methodology* (2nd expanded edition, S. –19). Opladen, DE: Leske + Budrich. Zugriff 19. August 2012, unter [http://igitur-archive.library.uu.nl/fss/2007-1112-200445/hox\\_02\\_%20sample%20sizes%20for%20multilevel%20modeling.pdf](http://igitur-archive.library.uu.nl/fss/2007-1112-200445/hox_02_%20sample%20sizes%20for%20multilevel%20modeling.pdf)
- Maas, C. J. M. & Hox, J. J. (2005). Sufficient sample sizes for multilevel modeling. *Methodology*, 1(3), 86–92. doi:10.1027/1614-2241.1.3.86
- Machiavelli, N. (2006). *The prince* (M. K. Marriott, Hrsg.). Gutenberg.org. Zugriff 4. August 2012, unter <http://www.gutenberg.org/files/1232/1232-h/1232-h.htm#2HCH0019> (Original veröffentlicht 1532)
- MacKenzie, S. B., Podsakoff, P. M. & Jarvis, C. B. (2005). The problem of measurement model misspecification in behavioral and organizational research and some recommended solutions. *Journal of Applied Psychology*, 90(4), 710–730. doi:10.1037/0021-9010.90.4.710
- Maier, C. S. (1994). Democracy and its discontents. *Foreign Affairs*, 73(4), 48–65.
- Mamadouh, V. (1999). Grid-group cultural theory: an introduction. *GeoJournal*, 47(3), 395–409. doi:10.1023/A:1007024008646
- Mann, M. (2008). Infrastructural power revisited. *Studies in Comparative International Development*, 43(3/4), 355–365. doi:10.1007/s12116-008-9027-7
- Marriott, M. (1990). Constructing an Indian ethnosociology. In M. Marriott (Hrsg.), *India through Hindu categories* (S. 1–39). New Delhi, IN: Sage.
- Marten, M. (2008). Independent women missionaries in the Scottish school in Jaffa, 1918-1936: identifying subaltern narratives. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 107–128). Leiden, NL: Brill.

- Matthes, C.-Y. (2004). Die Reform der Kranken- und Rentenversicherung in Ostmitteleuropa: Policy-Outcomes und politisch-institutionelle Konstellationen. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 131–152). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- McAllister, I. (1999). The economic performance of governments. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 188–203). Oxford, UK: Oxford University Press. doi:10.1093/0198295685.003.0009
- Merriam, C. E. (1945). *Systematic politics*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Milanovic, B. (2003). *Is inequality in Africa really different?* Policy Research Working Paper No. 3169. Washington, DC: World Bank. doi:10.1596/1813-9450-3169
- Milanovic, B. (2005). *Worlds apart. Measuring international and global inequality*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Miller, A. H. (1974). Political issues and trust in government. *American Political Science Review*, 68, 951–972. doi:10.2307/1959140
- Miller, J. G. (1994). Cultural diversity in the morality of caring: individually oriented versus duty-based interpersonal codes. *Cross-Cultural Research*, 28(1), 3–39. doi:10.1177/106939719402800101
- Mishler, W. & Rose, R. (1999). Five years after the fall: trajectories of support for democracy in post-communist Europe. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 78–99). Oxford, UK: Oxford University Press. doi:10.1093/0198295685.001.0001
- Mosteller, F. & Tukey, J. W. (1969). Data analysis, including statistics. In G. Lindzey & E. Aronson (Hrsg.), *The handbook of social psychology* (2nd ed., Bd. 2: research methods, S. 80–203). Reading, MA: Addison-Wesley.
- Mutz, R. & Daniel, H.-D. (2007). Entwicklung eines Hochschul-Rankingverfahrens mittels Mixed-Rasch-Modell. *Diagnostica*, 53(1), 3–16. doi:10.1026/0012-1924.53.1.3
- Naguib, N. & Okkenhaug, I. M. (2008). Introduction. In N. Naguib & I. M. Okkenhaug (Hrsg.), *Interpreting welfare and relief in the Middle East* (S. 1–11). Leiden, NL: Brill.
- Nardo, M., Saisana, M., Saltelli, A., Tarantola, S., Hoffman, A. & Giovannini, E. (2005). *Handbook on constructing composite indicators: methodology and user guide*. OECD Statistics Working Papers. Paris, FR: OECD.
- Nathan, A. (2007). *Political culture and diffuse regime support in Asia*. Taipei, TW: Asia Barometer Project Office.
- Norris, P. (1999a). Conclusions: the growth of critical citizens and its consequences. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 257–272). Oxford, UK: Oxford University Press.

- Norris, P. (Hrsg.). (1999b). *Critical citizens: global support for democratic government*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Norris, P. (1999c). Institutional explanation for political support. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 217–235). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Norris, P. (1999d). Introduction: the growth of critical citizens. In P. Norris (Hrsg.), *Critical citizens: global support for democratic government* (S. 1–27). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Nye, J. & Zelikow, P. (1997). Conclusion: reflections, conjectures and puzzles. In J. Nye, P. Zelikow & D. King (Hrsg.), *Why people don't trust government* (S. 253–281). Cambridge, MA: Harvard University Press.
- O'Donnell, G. (1986). Introduction to the Latin American cases. In G. O'Donnell, P. C. Schmitter & L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from authoritarian rule: prospects for democracy* (Bd. 2: Latin America, S. 3–18). Baltimore, MD: John Hopkins University Press.
- OECD. (2009). *Social Expenditure Database 1980-2005*. Paris, FR: OECD. Zugriff 4. August 2012, unter <http://www.oecd.org/social/socialpoliciesanddata/social-expendituredatabasesocx.htm>
- Ones, D. S., Viswesvaran, C. & Reiss, A. D. (1996). Role of social desirability in personality testing for personnel selection: the red herring. *Journal of Applied Psychology*, 81(6), 660–679. doi:10.1037/0021-9010.81.6.660
- Oorschot, v. W. & Komter, A. (1998). What is it that ties...? Theoretical perspectives on social bond. *Sociale Wetenschappen*, 41(3), 5–24.
- Der Fischer Weltalmanach*. (2010). Frankfurt a. M., DE: Fischer.
- Othmer-Vetter, R. & Tröger, A. (1990). Zwischenzeiten. Einleitung. *Feministische Studien*, 8(1), 1–9.
- Overton, R. C. (2001). Moderated multiple regression for interactions involving categorical variables: a statistical control for heterogenous variance across two groups. *Psychological Methods*, 6(3), 218–233. doi:10.1037/1082-989X.6.3.218
- Paulin, G., Tsai, S. & Grance, M. (2004). Model-based multiple imputation. In SUGI (Hrsg.), *Proceedings of the Twenty-Ninth Annual SAS Users Group International Conference* (Bd. 29, 210, S. 1–12). SUGI Papers. Cary, NC: SAS Institute Inc. Zugriff 29. Januar 2008, unter <http://www2.sas.com/proceedings/sugi29/210-29.pdf>
- Plake, B. S. (1980). A comparison of a statistical and subjective procedure to ascertain item validity: one step in the test validation process. *Educational and Psychological Measurement*, 40(2), 397–404. doi:10.1177/001316448004000217
- Preacher, K. J., Curran, P. J. & Bauer, D. J. (2006). Computational tools for probing interactions in multiple linear regression, multilevel modeling, and latent curve ana-

- lysis. *Journal of Educational and Behavioral Statistics*, 31(4), 437–448. doi:10.3102/10769986031004437
- Przeworski, A. (1991). *Democracy and the market: political and economic reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Przeworski, A. & Teune, H. (1970). *The logic of comparative social inquiry*. New York, NY: Wiley Interscience.
- Rabe-Hesketh, S. & Skrondal, A. (2008). *Multilevel and longitudinal modeling using stata* (2nd ed.). College Station, TX: Stata Press.
- Ramsauer, N. (2000). „Verwahrlost“: Kindswegnahmen und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat, 1900-1945. Zürich, CH: Chronos.
- Rasch, G. (1960). *Probabilistic models for some intelligence and attainment test*. Copenhagen, DK: The Danish Institute of Educational Research.
- Raudenbusch, S. W. & Byrk, A. S. (2002). *Hierarchical linear models* (2nd ed.). Thousand Oaks, CA: Sage.
- Rawls, J. (1971). *A theory of justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rawls, J. (1996). *Political liberalism* (reprint). New York, NY: Columbia University Press. (Original veröffentlicht 1993)
- Reyer, J. (2002). *Kleine Geschichte der Sozialpädagogik*. Hohengehren, DE: Schneider.
- Robinson, W. S. (1950). Ecological correlations and the behavior of individuals. *American Sociological Review*, 15(3), 351–357.
- Rogowski, R. (1974). *Rational legitimacy: a theory of political support*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rostow, W. W. (1990). *Stages of economic growth: a non-communist manifesto* (3rd ed.). Cambridge, UK: Cambridge University Press. (Original veröffentlicht 1960)
- Rousseeuw, P. J. & Leroy, A. M. (1987). *Robust regression and outlier detection*. New York, NY: Wiley.
- Royston, P. (2004). Multiple imputation of missing values. *The Stata Journal*, 4(3), 227–241.
- Royston, P. (2005). Multiple imputation of missing values: update. *The Stata Journal*, 5(2), 1–14.
- Rubin, D. B. (1976). Inference and missing data. *Biometrika*, 1976, 581–592. doi:10.1093/biomet/63.3.581
- Rubin, D. B. (1987). *Multiple imputation for nonresponse in surveys*. New York, NY: Wiley.
- Rubin, D. B. (2005). Re:[Impute] R-square combining and df. *Impute Mailinglist. UT Southwestern*. Zugriff 26. Oktober 2008, unter <http://www.mail-archive.com/impute@lists.utsouthwestern.edu/msg00102.html>

- Rudra, N. (2002). Globalisation and the decline of the welfare state in less-developed countries. *International Organization*, 56(2), 411–445. doi:10.1162/002081802320005522
- Saeed, A. (2003). The official ulema and religious legitimacy of the modern nation state. In S. Akbarzadeh & A. Saeed (Hrsg.), *Islam and political legitimacy* (S. 14–28). London, UK: RoutledgeCurzon.
- Schafer, J. L. & Graham, J. W. (2002). Missing data: our view of the state of the art. *Psychological Methods*, 7(2), 147–177. doi:10.1037/1082-989X.7.2.147
- Schmidt, M. G. (2004). Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 43–63). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, H. & Holmberg, S. (1995). Political parties in decline? In H.-D. Klingemann & D. Fuchs (Hrsg.), *Citizens and the state*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Schwartz, S. H. (1994). Beyond individualism-collectivism: new cultural dimensions of values. In U. Kim, H. C. Triandis, C. Kagitcibasi, S. C. Choi & G. Yoon (Hrsg.), *Individualism and collectivism: theory, method and applications* (S. 85–119). Thousand Oaks, CA: Sage.
- Seligman, A. B. & Füzer, K. (1994). The problem of trust and the transition from state socialism. *Comparative Social Research*, 14, 193–221.
- Sengoku, M. (2004). Emerging Eastern European welfare states: a variant of the ‘European’ welfare model? In S. Tabata & A. Iwashita (Hrsg.), *Slavic Eurasia’s integration into the world economy and community (21st century COE program, Slavic Eurasian Studies, No. 2)* (S. 229–255). Sapporo, JP: Slavic Research Centre.
- Serpell, R. (1979). How specific are perceptual skills? A cross-cultural study of pattern reproduction. *British Journal of Psychology*, 70(3), 365–380. doi:10.1111/j.2044-8295.1979.tb01706.x
- Shapiro, A. H., Rosenblood, L., Berlyne, G. M. & Finberg, J. (1976). The relationship of test familiarity to extreme response styles in Bedouin and Moroccan boys. *Journal of Cross-Cultural Psychology*, 7(3), 357–364. doi:10.1177/002202217673009
- Shore, B. (1979). Review: cultural bias. Mary Douglas. *American Anthropologist*, 81(2), 434–435. doi:10.1525/aa.1979.81.2.02a00870
- Siaroff, A. (1994). Work, welfare and gender equality: a new typology. In D. Sainsbury (Hrsg.), *Gendering welfare states* (S. 82–100). London, UK: Sage.
- Siegel, N. A. (2007). When (only) money matters: the pros and cons of expenditure analysis. In J. Clasen & N. A. Siegel (Hrsg.), *Investigating welfare state change. The ‘dependent variable problem’ in comparative analysis* (S. 43–71). Cheltenham, UK: Edward Edgar.



- Sinyavskaya, O. (2004). Pensions in Russia. In A. Croissant, G. Erdmann & F. W. Rüb (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien* (S. 173–187). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Skaggs, G. & Lissitz, R. W. (1992). The consistency of detecting item bias across different test administrations: implications of another failure. *Journal of Educational Measurement*, 29(3), 227–242. doi:10.1111/j.1745-3984.1992.tb00375.x
- Smith, P. B. & Fisher, R. (2008). Acquiescence, extreme response bias and culture: a multilevel analysis. In F. J. R. van de Vijver, D. A. van Hemert & Y. H. Poortinga (Hrsg.), *Multilevel analysis of individuals and cultures* (S. 285–314). New York, NY: Lawrence Erlbaum Associates.
- Snee, R. D. (1977). Validation of regression models: methods and examples. *Technometrics*, 19(4), 415–428. doi:10.1080/00401706.1977.10489581
- Snijders, T. A. B. & Bosker, R. J. (1994). Modeled variance in two-level models. *Sociological Methods and Research*, 22(3), 342–363. doi:10.1177/0049124194022003004
- Snijders, T. A. B. & Bosker, R. J. (1999). *Multilevel analysis: an introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London, UK: Sage.
- Spearman, C. (1910). Correlation calculated from faulty data. *British Journal of Psychology*, 3(3), 271–295. doi:10.1111/j.2044-8295.1910.tb00206.x
- Spickard, J. V. (1989). A guide to Mary Douglas's three versions of grid/group theory. *Sociological Analysis (Sociology of Religion)*, 50(2), 151–170. doi:10.2307/3710986
- Steenkamp, J.-B. E. M. & Baumgartner, H. (1998). Assessing measurement invariance in cross-national consumer research. *Journal of Consumer Research*, 25(1), 78–90. doi:10.1086/209528
- Steinberg, G. (2002). *Religion und Staat in Saudi-Arabien*. Würzburg, DE: Ergon.
- Steppat, F. (1984). Islam und Nationalstaat. In R. Kurzrock (Hrsg.), *Die islamische Welt I* (S. 89–101). Berlin, DE: Colloquium.
- Stowasser, J. M., Petschenig, M. & Skutsch, F. (1994). *Stowasser: lateinisch-deutsches Schulwörterbuch*. Wien, AT: Hölder-Pichler-Tempsky. (Original veröffentlicht 1979)
- Street, J. O., Carroll, R. J. & Ruppert, D. (1988). A note on computing robust regression estimates via iteratively reweighted least squares. *American Statistician*, 42(2), 152–154. doi:10.1080/00031305.1988.10475548
- Svallfors, S. (1997). Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. *European Sociological Review*, 13(3), 283–304. Zugriff 12. August 2012, unter <http://www.jstor.org/stable/522616>
- Sztompka, P. (1996). Vertrauen: Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. In B. Nadelmann (Hrsg.), *Politische Institutionen im Wandel, Sonderheft 35/1995 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (S. 254–276). Opladen, DE: Westdeutscher Verlag.

- Taylor-Gooby, P. (2011). Opportunity and solidarity. *Journal of Social Policy*, 40(3), 453–470. doi:10.1017/S0047279410000681
- Thelen, T. & Baerwolf, A. (2008). Traditionalisierung in der Flexibilisierung: Familiäre Arbeitsteilung in Ostdeutschland. In M. Szydlik (Hrsg.), *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie* (S. 275–294). Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Thompson, M. (1982). A three dimensional model. In M. Douglas (Hrsg.), *Essays in the sociology of perception* (S. 31–63). London, UK: Routledge.
- Thompson, M., Ellis, R. & Wildavsky, A. (1990). *Cultural theory*. Boulder, CO: Westview Press.
- Titmuss, R. M. (1974). *Social policy: an introduction* (B. Abel-Smith & K. Titmuss, Hrsg.). London, UK: George Allen & Unwin.
- Tolchin, S. (1996). *The angry American. How voter rage is changing the nation*. Boulder, CO: Westview Press.
- Trappe, H. (1992). Erwerbsverläufe von Frauen und Männern in verschiedenen historischen Phasen der DDR-Entwicklung. In N. Ott & G. Wagner (Hrsg.), *Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch. Sonderheft 148* (S. 172–208). Berlin, DE: DIW.
- Triandis, H. C. (1972). *The analysis of subjective culture*. New York, NY: Wiley.
- Triandis, H. C. (1995). *Individualism and collectivism*. Boulder, CO: Westview Press.
- Triandis, H. C. & Berry, J. W. (Hrsg.). (1980). *Handbook of cross-cultural psychology: methodology*. Boston, MA: Allyn & Bacon,
- Triandis, H. C. & Triandis, L. M. (1962). A cross-cultural study of social distance. *Psychological Monographs: General and Applied*, 76(21), 1–21. doi:10.1037/h0093836
- Trifiletti, R. (1999). Southern European welfare regimes and the worsening position of women. *Journal of European Social Policy*, 9(1), 49–64. doi:10.1177/095892879900900103
- Ullrich, C. G. (2005). *Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung*. Frankfurt a. M., DE: Campus.
- Ullrich, C. G. (2008). *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*. Wiesbaden, DE: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- United Nations Development Programme. (various years). *Human development report*. United Nations. Zugriff 16. Februar 2008, unter <http://hdr.undp.org/en/statistics/data/>
- UNU & WIDER (Hrsg.). (2006). *World Income Inequality Database: user guide and data sources (version 2b)*. Helsinki, FI: United Nations University. Zugriff 10. Februar 2008, unter <http://62.237.131.23/wiid/WIID2.pdf>
- van de Vijver, F. J. R. (2003). Bias and substantive analyses. In J. A. Harkness, F. J. R. van de Vijver & P. P. Mohler (Hrsg.), *Cross-cultural survey methods* (S. 207–233). Hoboken, NJ: Wiley Interscience.

- van de Vijver, F. J. R. & Leung, K. (1997). *Methods and data analysis for cross-cultural research*. London, UK: Sage.
- van de Vijver, F. J. R., van Hemert, D. A. & Poortinga, Y. H. (Hrsg.). (2008). *Multilevel analysis of individuals and cultures*. New York, NY: Lawrence Erlbaum Associates,
- van Haaften, E. H. & van de Vijver, F. J. R. (1996). Psychological consequences of environmental degradation. *Journal of Health Psychology*, 1(4), 411–429. doi:10.1177/135910539600100401
- van Hemert, D. A., van de Vijver, F. J. R. & Poortinga, Y. H. (2002). The Beck Depression Inventory as a measure of subjective well-being: a cross-national study. *Journal of Happiness Studies*, 3(3), 257–286. doi:10.1023/A:1020601806080
- van Hemert, D. A., van de Vijver, F. J. R., Poortinga, Y. H. & Georgas, J. (2002). Structural and functional equivalence of the Eysenck Personality Questionnaire within and between countries. *Personal and Individual Differences*, 33(8), 1229–1249. doi:10.1016/S0191-8869(02)00007-7
- Vanhanen, T. (1997). *Prospects of democracy: a study of 172 countries*. London, UK: Routledge.
- Vanhanen, T. (2000). *Measures of democratization*. Zugriff 12. August 2012, unter <http://www.prio.no/CSCW/Datasets/Governance/Vanhanens-index-of-democracy/>
- Verwiebe, R. & Wegener, B. (2000). Social inequality and the perceived income justice gap. *Social Justice Research*, 13(2), 123–149. doi:10.1023/A:1007545823040
- Volken, T. (2002a). *Elemente des Vertrauens. Internetdiffusion in den Transformationsländern als Paradigmatext*. Bern, CH: Peter Lang.
- Volken, T. (2002b). Elements of trust: the cultural dimension of internet diffusion revisited. *Electronic Journal of Sociology*, 6(4). Zugriff 16. Februar 2008, unter <http://sociology.org/content/vol006.004/volken.html>
- von Hippel, P. T. (2009). How to impute squares, interactions, and other transformed variables. *Sociological Methodology*, 39(1), 265–291. doi:10.1111/j.1467-9531.2009.01215.x
- Wallerstein, I. (1979). Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems. Zur Grundlegung vergleichender Analyse. In D. Senghaas (Hrsg.), *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik* (S. 31–67). Frankfurt a. M., DE: Suhrkamp.
- Wang, Z. (2005). Before the emergence of critical citizens: economic development and political trust in China. *International Review of Sociology*, 15(1), 155–171. doi:10.1080/03906700500038876
- Watts, R. L. (2008). *Comparing federal systems* (3rd ed.). Kingston, ON: McGill-Queen's University Press.

- Weatherford, M. S. (1992). Measuring political legitimacy. *American Political Science Review*, 86(1), 149–166. doi:10.2307/1964021
- Weber, M. (1964). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Köln, DE: Kiepenheuer & Witsch. (Original veröffentlicht 1921)
- Weber, M. (1973). Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft. In M. Weber (Hrsg.), *Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik* (S. 151–166). Stuttgart, DE: Kröner. (Original veröffentlicht 1922)
- Weber, M. (1979). *Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung* (J. Winckelmann, Hrsg.). Gütersloh, DE: GTB Siebenstern. (Original veröffentlicht 1904)
- Weber, M. (1988). Politik als Beruf. In *Gesammelte politische Schriften* (5. Aufl., S. 505–560). Tübingen, DE: Mohr. (Original veröffentlicht 1919)
- Wegener, B. & Liebig, S. (1993). Eine Grid-Goup-Analyse sozialer Gerechtigkeit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 45(4), 668–690.
- Werner, O. & Campbell, D. T. (1970). Translating, working through interpreters, and the problem of decentering. In R. Naroll & R. Cohen (Hrsg.), *A handbook of cultural anthropology* (S. 398–419). New York, NY: American Museum of Natural History.
- West, B. T., Welch, K. B. & Gatecki, A. T. (2007). *Linear mixed models*. Boca Raton, FL: Chapman & Hall.
- White, H. (1980). A heteroskedasticity-consistent covariance matrix estimator and a direct test for heteroskedasticity. *Econometrica*, 48(4), 817–838. doi:10.2307/1912934
- White, I. R., Royston, P. & Wood, A. M. (2011). Multiple imputation using chained equations: issues and guidance for practice. *Statistics in Medicine*, 30(4), 377–399. doi:10.1002/sim.4067
- Wober, M. (1966). Sensotypes. *Journal of Social Psychology*, 70(2), 181–189. doi:10.1080/00224545.1966.9712414
- Wooldridge, J. M. (2003). *Introductory econometrics: a modern approach*. Mason, OH: South-Western Thomson.
- World Bank. (2010). *World Development Indicators*. Washington, DC: World Bank. Zugriff 12. August 2012, unter <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>
- Wüstenfeld, F. (1853). *Register zu den genealogischen Tabellen der arabischen Stämme und Familien mit historischen und geographischen Bemerkungen*. Göttingen, DE: Dietrich.
- WVS. (2006). *World Values Survey Wave 4 1999-2004 OFFICIAL AGGREGATE v.20060423*. World Values Survey Association ([www.worldvaluessurvey.org](http://www.worldvaluessurvey.org)). Aggregate File Producer: Asep/JDS, Madrid SPAIN. Madrid, ES. Zugriff 5. August 2012, unter <http://www.worldvaluessurvey.org>

- WVS. (2009). *World Value Survey 1981-2008 official aggregate v.20090902, 2009. World Values Survey Association. Aggregate File Producer: ASEP/JDS Data Archive, Madrid, Spain.* Zugriff 5. August 2012, unter <http://www.worldvaluessurvey.org>
- Yaffee, R. A. (2002). *Robust regression analysis: some popular statistical package options.* New York, NY: ITS Statistics, Social Science und Mapping Group. Zugriff 4. August 2012, unter [http://spider.ipac.caltech.edu/staff/fmasci/home/statistics\\_refs/RobustRegAnalysis.pdf](http://spider.ipac.caltech.edu/staff/fmasci/home/statistics_refs/RobustRegAnalysis.pdf)
- Zak, P. J. & Knack, S. (2001). Trust and growth. *The Economic Journal*, 111(470), 295–321. doi:10.1111/1468-0297.00609
- Zaman, M. Q. (2002). *The Ulama in contemporary Islam: custodians of change.* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Zax, M. & Takahashi, S. (1967). Cultural influences on response style: comparisons of Japanese and American college students. *Journal of Social Psychology*, 71(1), 3–10. doi:10.1080/00224545.1967.9919760
- Zelditch, M. (2001). Theories of legitimacy. In J. Jost & B. Major (Hrsg.), *The psychology of legitimacy: emerging perspectives on ideology, justice, and intergroup relations* (S. 33–53). New York, NY: Columbia University Press.
- Zupi, M. (2006). International finance for development and the new transnational dimension of welfare in poor countries. In B. Greve (Hrsg.), *The future of the welfare state: European and global perspectives* (S. 99–124). Aldershot, UK: Ashgate.



## A. Anhang

### A.1. Länderauswahl

Es wurde versucht, möglichst viele Länder in diese Studie zu integrieren. Als Minimalkriterium wird das Vorhandensein von Antworten zu den für den Legitimitätsindex benötigten Variablen sowie das Vorhandensein von Daten zu den Sozialausgaben definiert, wobei auf Länderebene maximal eine Variable nicht erhoben worden sein darf. Dies führt zu einem Sample von 77 Ländern. Drei Länder mussten aber ausgeschlossen werden: Hong Kong, Vietnam und Bangladesch. Für Hong Kong gibt es zu den meisten Kontrollvariablen keine Daten. Da für Hong Kong zudem eine Legitimitätsvariable komplett imputiert werden muss und zudem viele Kontrollvariablen fehlen, ergeben sich sehr hohe *FMI*-Werte. Ausserdem ist Hong Kong kein souveräner Staat mehr und es ist auch nicht ganz klar, welche Auswirkungen die Reintegration in die Volksrepublik China auf die Legitimität in Hong Kong hat(te). Deshalb wurde Hong Kong nicht ins Sample aufgenommen. Vietnam ist ein Land das bei den Fragen zum *Political Support* und zum *generalisierten Vertrauen* besonders auffällt, da es ein extrem hoher Anteil an Menschen aufweist, die dem System oder den generalisierten Anderen vertrauen. Auch Bangladesch fällt durch ein sehr hohes Vertrauen in das System und die generalisierten Anderen auf, wobei die Zahlen eher im Rahmen des Möglichen liegen. Sowohl Vietnam als auch Bangladesh weisen neben sehr hohen Werten auf dem Legitimitätsindex sehr tiefe Werte in praktisch allen Kontrollvariablen der Länderebene auf. Dies führt dazu, dass die beiden Länder extreme Ausreisser mit hoher *Leverage*, also Extremwerten zusätzlich auf einzelnen Kontrollvariablen, sind und die Resultate des Modells verändern (können).

Dies führt zu einem Ländersample mit 74 Ländern aus fünf Kontinenten: Ägypten, Albanien, Algerien, Argentinien, Aserbaidshan, Äthiopien, Australien, Brasilien, Bulgarien, Burkina Faso, Chile, China, Deutschland, Dominikanische Republik, El Salvador, Estland, Finland, Frankreich, Georgien, Ghana, Grossbritannien, Guatemala, Indien, Indonesien, Iran, Italien, Japan, Jordanien, Kanada, Kirgisistan, Kolumbien, Kroatien, Lettland, Litauen, Malaysia, Marokko, Mazedonien, Mexiko, Moldawien, Neuseeland, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Pakistan, Peru, Philippinen, Polen, Ruanda, Rumänien, Russland,

Sambia, Schweden, Schweiz, Serbien, Simbabwe, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Südkorea, Taiwan, Tansania, Thailand, Trinidad und Tobago, Tschechische Republik, Türkei, Uganda, Ukraine, Ungarn, Uruguay, USA, Venezuela, Weissrussland, Zypern.

Da in den Tabellen die Ausschreibung der Ländernamen zu Platzproblemen führen würde, wurden in Tabellen und Abbildungen sowie manchmal im Text die ISO-3166-Alpha-3 Länderabkürzungen verwendet. Die Folgende Tabelle listet die Ländernamen und die ISO-3166-Alpha-3 Abkürzungen auf:

Tabelle A.1.: Länderauswahl der Studie und ISO-3166-Abkürzung ( $N = 74$ )

Land	ISO	Land	ISO	Land	ISO
Albanien	ALB	Georgien	GEO	Peru	PER
Argentinien	ARG	Ghana	GHA	Philippinen	PHL
Australien	AUS	Guatemala	GTM	Polen	POL
Aserbaidshan	AZE	Kroatien	HRV	Rumänien	ROU
Burkina Faso	BFA	Ungarn	HUN	Russische Föderation	RUS
Bulgarien	BGR	Indonesien	IDN	Ruanda	RWA
Weissrussland	BLR	Indien	IND	El Salvador	SLV
Brasilien	BRA	Iran	IRN	Serbien	SRB
Kanada	CAN	Italien	ITA	Slowakei	SVK
Schweiz	CHE	Jordanien	JOR	Slowenien	SVN
Chile	CHL	Japan	JPN	Schweden	SWE
China	CHN	Kirgisistan	KGZ	Thailand	THA
Kolumbien	COL	Südkorea	KOR	Trinidad und Tobago	TTO
Zypern	CYP	Litauen	LTU	Türkei	TUR
Tschechische Republik	CZE	Lettland	LVA	Taiwan	TWN
Deutschland	DEU	Marokko	MAR	Tansania	TZA
Dominikanische Republik	DOM	Moldawien	MDA	Uganda	UGA
Algerien	DZA	Mexiko	MEX	Ukraine	UKR
Ägypten	EGY	Mazedonien	MKD	Uruguay	URY
Spanien	ESP	Malaysia	MYS	USA	USA
Estland	EST	Nigeria	NGA	Venezuela	VEN
Äthiopien	ETH	Niederlande	NLD	Südafrika	ZAF
Finnland	FIN	Norwegen	NOR	Sambia	ZMB
Frankreich	FRA	Neuseeland	NZL	Simbabwe	ZWE
Grossbritannien	GBR	Pakistan	PAK		



### A.1.1. Länder mit kompletten Daten

In einigen Ländern wurde eine Variable des Legitimitätsindizes nicht erhoben. Um zu prüfen, ob dies einen Effekt auf die Resultate hat, werden die Hauptmodelle auch mit einer eingeschränkten Auswahl der Länder, nämlich ausschliesslich mit den Ländern, die komplette Daten für den Legitimitätsindex aufweisen, repliziert. Das Sample reduziert sich dann auf 59 Länder. Die folgende Tabelle listet diese Länder auf:

Tabelle A.2.: Länderauswahl der Studie und ISO-3166-Abkürzung

Land	Jahr	Land	Jahr	Land	Jahr
ARG	Argentinien	FRA	Frankreich	NLD	Niederlande
AUS	Australien	GBR	Grossbritannien	NOR	Norwegen
AZE	Aserbaidshan	GEO	Georgien	NZL	Neuseeland
BFA	Burkina Faso	GHA	Ghana	POL	Polen
BGR	Bulgarien	HRV	Kroatien	ROU	Rumänien
BLR	Weissrussland	HUN	Ungarn	RUS	Russische Föderation
BRA	Brasilien	IDN	Indonesien	SRB	Serbien
CAN	Kanada	IND	Indien	SVK	Slowakei
CHE	Schweiz	IRN	Iran	SVN	Slowenien
CHL	Chile	ITA	Italien	SWE	Schweden
CHN	China	JOR	Jordanien	THA	Thailand
COL	Kolumbien	JPN	Japan	TTO	Trinidad und Tobago
CYP	Zypern	KOR	Südkorea	TUR	Türkei
CZE	Tschechische Republik	LTU	Litauen	TWN	Taiwan
DEU	Deutschland	LVA	Lettland	UKR	Ukraine
DOM	Dominikanische Republik	MAR	Marokko	URY	Uruguay
ESP	Spanien	MDA	Moldawien	USA	USA
EST	Estland	MEX	Mexiko	ZAF	Südafrika
ETH	Äthiopien	MYS	Malaysia	ZMB	Sambia
FIN	Finnland	NGA	Nigeria		

## A.2. Variablen

### A.2.1. Legitimität

#### A.2.1.1. Legitimitätsindex

Die Variablen für den Legitimitätsindex entstammen dem World Values Survey (WVS, 2009), anschliessend durch WVS abgekürzt. Aufgrund der Tatsache, dass zwischen dem European Values Survey (European Values Study, 2011) und dem World Values Survey (WVS, 2009) für die fünfte Welle kein Übereinkommen zur gemeinsamen Publikation getroffen werden konnte, wurden die Daten des European World Values Survey – wie auf der Homepage des World Values Surveys angegeben (Diez-Medrano, 2009) – dem European and World Values Survey v.2006 (WVS, 2006) entnommen und mit dem aktuellen World Values Survey (WVS, 2009) zusammengeführt.

Variablen, die für den Legitimitätsindex dieser Arbeit verwendet werden:

Legalität:

*e069\_06 – Confidence: The Police*

*e069\_08 – Confidence: The Civil Services*

*e069\_17 – Confidence: Justice System*

Genaue Fragestellung für die obigen Fragen:

I am going to name a number of organisations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence, quite a lot of confidence, not very much confidence or none at all?

1 „A great deal“; 2 „Quite a lot“; 3 „Not very much“; 4 „None at all“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Um einen gut interpretierbaren Index zu erhalten, wurden die Werte dieser Variablen umcodiert, sodass in der Folge ein grosses Vertrauen einen grossen Wert ergibt. So wird erreicht, dass je höher ein Bürger auf dem Index lädt, er den Staat als umso legitimer empfindet.

Rechtfertigung:

*e069\_07 – Confidence: The Parliament*

*e069\_11 – Confidence: The Government*

*e069\_12 – Confidence: The Political Parties*

Genaue Fragestellung für die obigen Fragen:

I am going to name a number of organisations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence, quite a lot of confidence, not very much confidence or none at all?

1 „A great deal“; 2 „Quite a lot“; 3 „Not very much“; 4 „None at all“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Auch hier wurden, um einen interpretierbaren Index zu erhalten, die Werte dieser Variablen umcodiert, sodass in der Folge ein grosses Vertrauen einen grossen Wert ergibt. So wird erreicht, dass je höher ein Bürger auf dem Index lädt, er den Staat als umso legitimer empfindet.

Einverständnis:

*a165 – Most people can be trusted*

Genaue Fragestellung:

Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people?

1 „Most people can be trusted“; 2 „Can’t be too careful“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Um wiederum einen gut interpretierbaren Index zu erhalten, wurde auch diese Variable umcodiert: Antworten „Most people can be trusted“ erhielten den Wert 1; Antworten „Can’t be too careful“ erhielten den Wert 0.

Berechnung des Legitimitätsindizes:

Damit eine Gleichgewichtung aller Variablen erzielt werden kann, wurden diese z-Standardisiert. Zuerst wurde jede einzelne Dimension erstellt. Dabei wurden die jeweiligen Indikatoren gleich gewichtet. Anschliessend wurden die drei Dimensionen – wiederum mit gleicher Gewichtung – zum Index zusammengefügt. Anschliessend wurde der Index so normiert, dass der tiefste mögliche Wert (alle sieben Indikatoren wurden mit dem Minimum bewertet) auf dem Index auf Null und der höchste mögliche Wert (alle sieben Indikatoren wurden mit dem Maximalwert bewertet) auf 100 zu liegen kommt. Damit wurde ein Index mit einem *Range* von 0 bis 100 erstellt. Mathematisch lässt sich dies folgendermassen ausdrücken:

$$\begin{aligned} \text{Legalität} &= \frac{z_{\text{Polizei}} + z_{\text{Jurisdiktion}} + z_{\text{Öffentliche Dienste}}}{3} \\ \text{Rechtfertigung} &= \frac{z_{\text{Parlament}} + z_{\text{Regierung}} + z_{\text{Politische Parteien}}}{3} \\ \text{Einverständnis} &= z_{\text{Generalisiertes Vertrauen}} \\ \text{Legitimität} &= \frac{\text{Legalität} + \text{Rechtfertigung} + \text{Einverständnis}}{3} \end{aligned}$$

In der untenstehenden Tabelle sind alle in dieser Studie integrierten Länder mit dem entsprechenden Erhebungsjahr des WVS, geordnet nach Erhebungsjahr, aufgeführt:

#### A.2.1.2. Politische Stabilität

Um die Robustheit der Resultate zu prüfen, wird Legitimität auch mittels der politischen Stabilität gemessen. Die Daten entstammen den „Worldwide Governance Indicators“ der Weltbank (Kaufmann, Kraay & Mastruzzi, 2010). Es wurden Daten für die selben Länder wie für den Legitimitätsindex möglichst zum gleichen Zeitpunkt gewählt. Da die „Worldwide Governance Indicators“ bis zum Jahr 2002 nur Daten für alle zwei Jahre anbieten, weisen die Länder, in welchen der Legitimitätsindex in den Jahren 1995, 1997, 1999 oder 2001 erhoben wurde, ein Jahr Unterschied zum Legitimitätsindex und, folglich, einen um ein Jahr kürzeren Timelag zu den Sozialausgaben auf. Tabelle A.4 zeigt die Länder und das Erhebungsjahr der politischen Stabilität.

Tabelle A.3.: Erhebungsjahr der Daten für den Legitimitätsindex

Land	Jahr	Land	Jahr	Land	Jahr
NGA	1995	JPN	2005	TTO	2006
BLR	1996	POL	2005	DEU	2006
LVA	1996	COL	2005	BGR	2006
DOM	1996	ROU	2005	FRA	2006
EST	1996	KOR	2005	RUS	2006
HRV	1996	MEX	2005	IDN	2006
LTU	1997	SVN	2005	MDA	2006
AZE	1997	ITA	2005	BRA	2006
HUN	1998	AUS	2005	RWA	2007
SVK	1998	FIN	2005	BFA	2007
CZE	1998	GTM	2005	TUR	2007
SLV	1999	CHL	2005	CHE	2007
VEN	2000	UKR	2006	ETH	2007
EGY	2000	NLD	2006	ZMB	2007
UGA	2001	URY	2006	MAR	2007
PAK	2001	CAN	2006	ZAF	2007
PER	2001	TWN	2006	JOR	2007
MKD	2001	SWE	2006	CHN	2007
PHL	2001	USA	2006	THA	2007
ZWE	2001	CYP	2006	IRN	2007
TZA	2001	MYS	2006	GHA	2007
ALB	2002	SRB	2006	ESP	2007
DZA	2002	IND	2006	GEO	2008
KGZ	2003	ARG	2006	NOR	2008
NZL	2004	GBR	2006		

Die Variable *PolStab* ist auf einen *Range* von 0 bis 100 normiert.

Tabelle A.4.: Erhebungsjahr der Daten für die politische Stabilität (*PolStab*)

Land	Jahr	Land	Jahr	Land	Jahr
NGA	1996	KOR	2005	MDA	2006
DOM	1996	AUS	2005	BRA	2006
EST	1996	ROU	2005	IND	2006
LVA	1996	CHL	2005	RUS	2006
BLR	1996	MEX	2005	FRA	2006
HRV	1996	COL	2005	DEU	2006
LTU	1998	POL	2005	URY	2006
AZE	1998	FIN	2005	BGR	2006
CZE	1998	GTM	2005	THA	2007
SVK	1998	SVN	2005	ETH	2007
HUN	1998	ITA	2005	TUR	2007
SLV	2000	JPN	2005	ESP	2007
EGY	2000	TTO	2006	GHA	2007
VEN	2000	CAN	2006	ZMB	2007
PER	2002	IDN	2006	CHN	2007
PHL	2002	UKR	2006	JOR	2007
MKD	2002	USA	2006	IRN	2007
PAK	2002	MYS	2006	RWA	2007
TZA	2002	NLD	2006	ZAF	2007
UGA	2002	CYP	2006	CHE	2007
ZWE	2002	TWN	2006	MAR	2007
ALB	2002	ARG	2006	BFA	2007
DZA	2002	GBR	2006	GEO	2008
KGZ	2003	SRB	2006	NOR	2008
NZL	2004	SWE	2006		

## A.2.2. Wohlfahrtsleistungen

### A.2.2.1. Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes

Die Daten für die Sozialausgaben entstammen dem Datensatz „Public social protection and health expenditure in percentage of GDP“ des International Monetary Fund (IMF, 2009). Leider enthält dieser Datensatz nicht zu allen Ländern zum gewünschten Zeitpunkt Daten. Deshalb wurde auch auf weitere Datensätze zurückgegriffen. Waren keine Daten durch den IMF vorhanden, wurden die Daten der International Labor Organisation aus dem „World Social Security Report“ (ILO, 2010, S. 258-262) und dem „World Labour Report 2000“ (ILO, 2000, S. 312-314) entnommen. Diese beiden Reports fassen die Daten aus einer Vielzahl

von Quellen zusammen und sind grundsätzlich von hoher Qualität und mit den Daten des IMF kongruent (für jene Länder, die in allen Datensätzen vorkommen und auf Kongruenz getestet werden konnten). Teilweise musste auch auf die Daten der OECD (OECD, 2009) und den Datensatz „Cost of Social Security“ der International Labour Organisation (ILO, 1997) zurückgegriffen werden. Beim Datensatz „Cost of Social Security“ ergibt sich die Schwierigkeit, dass die Ausgaben für das Gesundheitssystem nicht berücksichtigt wurden. Auch wenn es unglücklich ist, dass die Daten aus verschiedenen Datensätzen stammen, kann dennoch gesagt werden, dass die Varianz zwischen den Ländern deutlich grösser ist als die Varianz der Länder in den verschiedenen Datensätzen. Somit sind die Schlussfolgerungen in multivariaten Analysen der gepoolten Länder nicht von einem grossen Fehler aufgrund der Datenlage bedroht.

Die Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes sind definiert als:

Numerator:

Total annual public social security expenditure is the sum of expenditure (including benefit expenditure and administration costs) of all existing public social security/social protection schemes or programmes in the country. The scope of the indicators corresponds to the scope of the Social Security (Minimum Standards) Convention, 1952 (No. 102), which established nine classes of benefits: medical care, sickness benefit, unemployment benefit, old-age benefit, employment injury benefit, family benefit, maternity benefit, invalidity benefit and survivors' benefit, plus other income support and assistance programmes, including conditional cash transfers, available to the poor and not included under the above classes.

Denominator:

Gross Domestic Product. (ILO, 2010, S. 261)

Da die Sozialausgaben in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes gemessen werden, ergibt sich ebenfalls ein theoretischer *Range* von 0 bis 100. Dieser Range ist allerdings stark eingeschränkt, da es nicht möglich ist, dass ein Staat das gesamte Bruttoinlandsprodukt für Wohlfahrtsleistungen ausgibt. Die 74 Länder der Studie geben durchschnittlich 11.86 % des Bruttoinlandsproduktes für Wohlfahrtsleistungen aus ( $SD = 8.60$ ). Das Minimum liegt bei  $min = 0.08 \%$  (PER), das Maximum bei  $max = 31.31 \%$  (SWE), bei einem *Range* von 31.23.

In der folgenden Tabelle sind die Länder, das Erhebungsjahr der Sozialausgaben, der *Timelag* zum Legitimitätsindex und die Datenquelle aufgeführt (geordnet nach *Time-lag*):

Tabelle A.5.: Land, Erhebungsjahr, Timelag zum Legitimitätsindex (TL) und Quelle der Daten für die Variable Sozialausgaben (*SocEx*)

Land	Jahr	TL	Quelle	Land	Jahr	TL	Quelle	Land	Jahr	TL	Quelle
HRV	1995	1	IMF	SLV	1996	3	WLR	DZA	1999	3	IMF
TZA	2000	1	IMF	LVA	1993	3	ILO	AUS	2002	3	IMF
BLR	1995	1	IMF	BGR	2003	3	IMF	PAK	1998	3	IMF
ZWE	2000	1	WSSR	SVN	2002	3	IMF	FIN	2002	3	IMF
MKD	2000	1	WSSR	CHE	2004	3	IMF	GEO	2005	3	IMF
VEN	1999	1	IMF	HUN	1995	3	IMF	KGZ	2000	3	IMF
TWN	2005	1	WSSR	UGA	1998	3	IMF	GTM	2002	3	IMF
TUR	2005	2	WSSR	KOR	2002	3	IMF	LTU	1994	3	ILO
MYS	2004	2	WSSR	ROU	2002	3	IMF	UKR	2003	3	IMF
PHL	1999	2	IMF	EGY	1997	3	IMF	URY	2003	3	IMF
SVK	1996	2	IMF	GBR	2003	3	IMF	CZE	1995	3	IMF
RWA	2005	2	WSSR	USA	2003	3	IMF	IRN	2004	3	IMF
AZE	1995	2	IMF	ITA	2002	3	IMF	JPN	2002	3	IMF
FRA	2003	3	IMF	CYP	2003	3	IMF	ALB	1998	4	IMF
RUS	2003	3	IMF	CHN	2004	3	IMF	SRB	2002	4	WSSR
ARG	2003	3	IMF	THA	2004	3	IMF	BRA	2001	5	IMF
NOR	2005	3	IMF	NLD	2003	3	IMF	ETH	2002	5	IMF
IDN	2003	3	IMF	NZL	2001	3	IMF	MEX	2000	5	IMF
TTO	2003	3	IMF	POL	2002	3	IMF	NGA	1990	5	ILO
IND	2003	3	IMF	ZMB	2004	3	IMF	GHA	2002	5	IMF
CAN	2003	3	IMF	JOR	2004	3	IMF	PER	1996	5	ILO
ZAF	2004	3	IMF	MDA	2003	3	IMF	DOM	1990	6	WLR
BFA	2004	3	WSSR	EST	1993	3	ILO	MAR	1999	8	IMF
SWE	2003	3	IMF	ESP	2004	3	IMF	COL	1996	9	ILO
DEU	2003	3	IMF	CHL	2002	3	IMF				

Legende: Quelle der Daten: IMF: Public Social Protection (IMF 2009); WLR: World Labor Report (ILO 2000); WSSR: World Social Security Report (ILO 2010); ILO: Cost of Social Security (ILO 1997)

#### A.2.2.2. Armutsreduktion

Datenquelle: „World Labour Report 2000“ der International Labour Organisation (ILO, 2000, S. 41-42). Verwendet wurde der aktuellste Datenpunkt der Variable *Reduction of Poverty Headcount* (in Prozenten). Dieser Indikator berücksichtigt nur, ob ein Individuum unter der Armutsgrenze liegt. Wenn also ein Individuum zwar von Wohlfahrtsleistungen



profitiert, aber dennoch unter der Armutslinie bleibt, wird das Individuum dennoch als „unter der Armutslinie“ registriert.

Auch diese Variable liegt theoretisch zwischen 0 und 100, da es sich um eine Prozentzahl handelt. Die 16 Länder, die in dieser Studie Daten zum Legitimitätsindex und zur Armutsreduktion vorweisen, erreichen eine durchschnittliche Armutsreduktion von 73.19% ( $SD = 11.15$ ), bei einem Minimalwert von 47.2% (USA) und einem Maximalwert von 90.9% (FIN). Dies entspricht einem *Range* von 43.7.

In der folgenden Tabelle sind die Länder, für welche Daten vorhanden sind, mit dem Erhebungsjahr der Armutsreduktion und dem *Timelag* zum Legitimitätsindex, geordnet nach *Timelag*, aufgeführt:

Tabelle A.6.: Länder, Erhebungsjahr und Timelag zum Legitimitätsindex der Daten für die Variable Armutsreduktion (*PovRed*)

Land	Jahr	Timelag
HUN	1994	4
FIN	1995	10
ITA	1995	10
POL	1995	10
RUS	1995	11
AUS	1994	11
GBR	1995	11
DEU	1994	12
CAN	1994	12
USA	1994	12
CHN	1995	12
NOR	1995	13
SWE	1992	14
NLD	1991	15
ESP	1990	17
FRA	1989	17

### A.2.2.3. Wohlfahrtsregimes

Die Einteilung der Länder zu den Wohlfahrtsregimes folgt den Typologien von Esping-Andersen (1990), Castles und Mitchell (1993) und Ferrera (1996). Die Länder, die nicht eindeutig zugeordnet werden können, werden jenem Regimetyp zugeordnet, welcher laut der Überblicksstudie von Arts und Gelissen (2002, S. 149-150) von den meisten Autoren

für dieses Land vorgeschlagen wird. Tabelle A.7 zeigt die Zuordnung der Länder zu den verschiedenen Wohlfahrtsregimetypen.

Tabelle A.7.: Zuteilung der Länder zu den Wohlfahrtsregimetypen

Liberal	Konservativ	Sozialdemokratisch	Radikal	Mediterran	Transformation
CAN	DEU	FIN	AUS	CYP	BGR
CHE	FRA	NOR	GBR	ESP	BLR
JPN	NLD	SWE	NZL	ITA	CZE
USA					EST
					GEO
					HRV
					HUN
					LTU
					LVA
					MDA
					MKD
					POL
					ROU
					RUS
					SRB
					SVK
					SVN
					UKR

### A.2.3. Gruppierungsvariablen

#### A.2.3.1. Gruppierungsvariable „West“

Um zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern zu unterscheiden, wird in den Modellen eine Dummyvariable für westliche Länder eingeführt. Als westliche Länder wurden die USA, Australien, Neuseeland, Kanada und die europäischen Länder definiert. Dabei wurde eher inklusiv vorgegangen, also im Zweifelsfalle für eine Kategorisierung als westlichen Land entschieden. Dies führt zu eher konservativen Schlussfolgerungen. Tabelle A.8 zeigt die Länder, die als „westlich“ kategorisiert wurden.

Tabelle A.8.: Gruppierungsvariable zwischen westlichen und nicht-westlichen Ländern

Westlich	Nicht-westlich	
AUS	ALB	MAR
CAN	ARG	MDA
CHE	AZE	MEX
CYP	BFA	MKD
DEU	BGR	MYS
ESP	BLR	NGA
FIN	BRA	PAK
FRA	CHL	PER
GBR	CHN	PHL
ITA	COL	POL
NLD	CZE	ROU
NOR	DOM	RUS
NZL	DZA	RWA
SWE	EGY	SLV
USA	EST	SRB
	ETH	SVK
	GEO	SVN
	GHA	THA
	GTM	TTO
	HRV	TUR
	HUN	TWN
	IDN	TZA
	IND	UGA
	IRN	UKR
	JOR	URY
	JPN	VEN
	KGZ	ZAF
	KOR	ZMB
	LTU	ZWE
	LVA	

**A.2.3.2. Gruppierungsvariable „Christ“**

Um zwischen christlich geprägten und nicht-christlich geprägten Ländern zu unterscheiden, wird in den Modellen eine Dummyvariable für christlich geprägte Länder eingeführt. Als christlich geprägte Länder wurden jene Länder definiert, in denen gemäss Fischer Weltalmanach 2010 (*Der Fischer Weltalmanach*, 2010) die Mehrheit der Bevölkerung Christen sind. Tabelle A.9 zeigt die Länder, die als „christlich geprägt“ kategorisiert wurden.

Tabelle A.9.: Gruppierungsvariable zwischen christlichen und nicht-christlichen Ländern

<b>Christlich</b>		<b>Nicht-christlich</b>
ARG	MDA	ALB
AUS	MEX	AZE
BGR	NLD	BFA
BLR	NOR	CHN
BRA	NZL	CYP
CAN	PER	DZA
CHE	PHL	EGY
CHL	POL	ETH
COL	ROU	GHA
CZE	RUS	IDN
DEU	RWA	IND
DOM	SLV	IRN
ESP	SRB	JOR
EST	SVK	JPN
FIN	SVN	KGZ
FRA	SWE	KOR
GBR	TTO	MAR
GEO	UGA	MKD
GTM	UKR	MYS
HRV	URY	NGA
HUN	USA	PAK
ITA	VEN	THA
LTU	ZAF	TUR
LVA	ZWE	TWN
		TZA
		ZMB

#### A.2.4. Kontrollvariablen

##### A.2.4.1. Kontrollvariablen auf der Makroebene

Bruttosozialprodukt pro Kopf:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: NY.GNP.PCAP.PP.CD

„GNI per capita based on purchasing power parity (PPP). PPP GNI is gross national income (GNI) converted to international dollars using purchasing power parity rates. An international dollar has the same purchasing power over GNI as a U.S. dollar has in the United States. GNI is the sum of value added by all resident producers plus any product taxes (less subsidies) not included in the valuation of output plus net receipts of primary income (compensation of employees and property income) from abroad. Data are in current international dollars.“

Um eine besser interpretierbare Skala zu erhalten, wird das Bruttosozialprodukt in 1000 US \$ gemessen.

Wirtschaftswachstum:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: NY.GDP.MKTP.KD.ZG

„Annual percentage growth rate of GDP at market prices based on constant local currency. Aggregates are based on constant 2000 U.S. dollars. GDP is the sum of gross value added by all resident producers in the economy plus any product taxes and minus any subsidies not included in the value of the products. It is calculated without making deductions for depreciation of fabricated assets or for depletion and degradation of natural resources.“

Stabiles Wachstum:

Datenquelle: Eigene Berechnung anhand der Daten aus den World Development Indicators (World Bank, 2010).

Um die Stabilität des Wirtschaftswachstums zu erfassen, wurde der Zehnjahresdurchschnitt des Wirtschaftswachstums (berechnet anhand des Bruttoinlandsprodukts) mit dem Gegenwert der Standardabweichung des Zehnjahresdurchschnittes des Wirtschaftswachstums multipliziert.

Arbeitslosigkeit:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: SL.UEM.TOTL.ZS

„Unemployment refers to the share of the labor force that is without work but available for and seeking employment. Definitions of labor force and unemployment differ by country.“

Arbeitsbeteiligung:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: SL.TLF.CACT.ZS

„Labor force participation rate is the proportion of the population ages 15 and older that is economically active: all people who supply labor for the production of goods and services during a specified period.“

Inflation:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: FP.CPI.TOTL.ZG

„Inflation as measured by the consumer price index reflects the annual percentage change in the cost to the average consumer of acquiring a basket of goods and services that may be fixed or changed at specified intervals, such as yearly. The Laspeyres formula is generally used.“

**Misery-Index:**

Datenquelle: Eigene Berechnung anhand der Daten aus den World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Arbeitslosigkeit plus Inflation minus Wirtschaftswachstum (Heinze, Schmid & Strünck, 1999, S. 146).

**Langfristigkeit der Demokratie:**

Datenquelle: Measures of Democratization (Vanhanen, 2000).

Definition:

Demokratie wird durch zwei Dimensionen gemessen: Parteienwettbewerb und Partizipation (Vanhanen, 1997). Der Parteienwettbewerb (*Competition*) wird definiert als der Anteil der Stimmen, die nicht auf die grösste Partei fallen (Vanhanen, 2000, S. 10). Partizipation (*Participation*) wird definiert als der Anteil der Bevölkerung, der tatsächlich an der Wahl teilgenommen hat. Dabei wird die ganze Bevölkerung berücksichtigt, nicht nur die wahlberechtigten Personen (Vanhanen, 2000, S. 10). Aus diesen beiden Dimensionen wird ein Demokratieindex (*ID*) gebildet. Dazu werden die beiden Dimensionen miteinander multipliziert und durch 100 geteilt. So wird gewährleistet, dass das Fehlen der einen Dimension durch das Vorhandensein der anderen Dimension kompensiert werden kann (Vanhanen, 2000, S. 17-18).

Um festzustellen, ob ein Staat eine Demokratie ist, hat Vanhanen (2000, S. 21-22) Schwellenwerte für jede Dimension und den Demokratieindex bestimmt. Demokratie definiert er dann folgendermassen: „The countries that have reached all three minimum threshold values (30 percent for Competition, 10 percent for Participation, and 5.0 index points for ID) can be regarded as democracies“.

Anhand des Datensatzes wurde bestimmt, zu welchem Zeitpunkt die Schwellenwerte für Demokratie erreicht wurden. Das Jahr, in welchem ein Staat zuletzt den Schwellenwert neu erreicht hat, wird vom Jahr, in welchem der World Values Survey durchgeführt wurde abgezogen. Dies ergibt den Wert der Langfristigkeit der Demokratie. Wurden die Schwellenwerte in einem Staat nie erreicht oder sanken sie wieder unter die Schwellenwerte, wurde diesem Staat der Wert Null zugeteilt.

Zivile und politische Freiheiten:

Datenquelle: Freedomhouse-Index (Freedom House, 2010).

Definition:

Die Länder werden anhand von 10 Fragen zu politischen Freiheiten und 15 Fragen zu zivilen Freiheiten auf einer Skala von 1-7 eingestuft, wobei 1 für ‚frei‘ und 7 für ‚nicht-frei‘ steht. Der Einstufungsprozess wird durch 29 Analysten und 16 akademische Senior-Berater vorgenommen. Aus den beiden Indikatorvariablen wurde der Mittelwert als Indikator für die zivilen und politischen Freiheiten verwendet.

Um für die Fragestellung ein leicht interpretierbares Resultat zu erhalten, wurde die Kodierung umgedreht: Je höher der Indexwert ist, desto ‚freier‘ ist ein Land.

Mehrparteiensysteme:

Datenquelle: Database of Political Institutions (DPI) der Weltbank (Beck, Clarke, Groff, Keefer & Walsh, 2001; Keefer, 2010).

Definition:

Ferree und Singh (1999, S. 9) entwickelten die Executive Scale, die ein Mass für das politische System darstellt, indem es angibt, inwiefern die Exekutive kompetitiv gewählt wird. Für die DPI wurde dieses Mass erweitert und auch für die Legislative angewendet. Dieser siebenstufige Index (*LIEC*) wird als Grundlage für die Dummyvariable für Mehrparteiensysteme verwendet. Da nur 10 Länder einen *LIEC* unter 7 aufweisen, wurde eine Dummyvariable für Mehrparteiensysteme generiert, die den Wert 1 annimmt, wenn  $LIEC = 7$  und den Wert 0, wenn  $LIEC < 7$ .

$LIEC = 7$  ist definiert als:

„Largest party got less than 75 % [of the seats]“ (Keefer, 2010, S. 15)

Parlamentarische Systeme:

Datenquelle: Database of Political Institutions (DPI) der Weltbank (Beck et al., 2001; Keefer, 2010).

Definition: Die Dummyvariable wird aus der Variable *System* der DPI entnommen. Sie erhält den Wert 1, wenn *System* den Wert 2 aufweist. Parlamentarische Systeme



werden in den DPI definiert als:

„Countries in which the legislature elects the chief executive are parliamentary [...], with the following exception: if that assembly or group cannot easily recall him (if they need a 2/3 vote to impeach, or must dissolve themselves while forcing him out) then the system gets a 1 [System=1 steht für Assembly-elected President]“. (Keefer, 2010, S. 5)

Proporzsysteme:

Datenquelle: Database of Political Institutions (DPI) der Weltbank (Beck et al., 2001; Keefer, 2010).

Definition:

Diese Dummyvariable bezeichnet Staaten, deren Regierung im Proporzverfahren zusammengestellt wird. Proporzsysteme werden in den DPI ebenfalls als Dummyvariable geführt. Diese ist definiert als:

„1‘ if candidates are elected based on the percent of votes received by their party and/or if our sources specifically call the system ‚proportional representation‘. ‚0‘ otherwise“ (Keefer, 2010, S. 17)

Föderale Systeme:

Datenquelle: Watts (2008, S. 11-12).

Definition:

Die Klassifikation für föderale Systeme wird der Arbeit von Watts (2008, S. 11-12) entnommen. Dabei werden auch die hybriden Systeme (Indien, Pakistan, Malaysia, Südafrika und Deutschland) als föderale Systeme geführt.

Effizienz der Regierung:

Datenquelle: Worldwide Governance Indicators (WGI) der Weltbank (Kaufmann, Kraay & Mastruzzi, 2010)

Definition:

„[Government Effectiveness is] capturing perceptions of the quality of public services, the quality of the civil service and the degree of its independence from political pressures, the quality of policy formulation and implementation, and the credibility of the government’s commitment to such policies“.

Urbanität:

Datenquelle: World Development Indicators (World Bank, 2010).

Definition:

Variable: SP.URB.TOTL.IN.ZS

„Urban population refers to people living in urban areas as defined by national statistical offices. It is calculated using World Bank population estimates and urban ratios from the United Nations World Urbanization Prospects.“

Vertikale Legitimität:

Datenquelle: Englebert (2000, S. 127, 203-204).

Definition:

„The variable is built through a series of five dichotomous outcomes [...]. First, it takes the value 1 if a country was not colonized in modern times. If a country was colonized, it takes the value 1 if the country recovered its previous sovereignty upon independence. If a country was instead created by colonialism, but there was no human settlement before colonization, then it scores 1. Fourth, if a civilization predated colonization but it was physically eliminated or marginalized in the process of colonization, LEGIT takes on the value of 1. Finally, if the country was created by colonization and large segments of precolonial populations persist, the variable takes on the value 1 if the new state does not do severe violence to the preexisting political institutions“ (Englebert, 2000, S. 203-204).

Transformationsländer:

Datenquelle: Eigene Einteilung.

Definition:

Als Transformationsländer werden jene Länder des Samples geführt, die eine kommunistische Vergangenheit mit sich bringen und im Rahmen des Zusammenbruchs der Sowjetunion einem Transformationsprozess unterworfen sind. Dazu gehören: Albanien, Aserbaidschan, Bulgarien, Estland, Georgien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Weissrussland.

Konservatives Wohlfahrtsregime:

Datenquelle: Arts und Gelissen (2002, S. 149-150).

Definition:

Als Länder mit konservativem Wohlfahrtsregime werden jene Länder des Samples geführt, die von den meisten Arbeiten, die bei Arts und Gelissen (2002, S. 149-150) zusammengefasst werden, als konservativ eingeteilt werden. Dies sind Deutschland, Frankreich und die Niederlande.

#### A.2.4.2. Kontrollvariablen auf der Mikroebene

Die Kontrollvariablen auf der Mikro-, also auf der Individualebene, stammen alle aus dem World Values Survey (WVS, 2009).

Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation:

Genaue Fragestellung:

How satisfied are you with the financial situation of your household? If ,1‘ means you are completely dissatisfied on this scale, and ,10‘ means you are completely satisfied, where would you put your satisfaction with your household’s financial situation?

1 „Dissatisfied“; 10 „Satisfied“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Politische Ausrichtung:

Genaue Fragestellung:

In political matters, people talk of ,the left‘ and ,the right‘. How would you place your views on this scale, generally speaking?

1 „Left“; 10 „Right“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Um die Möglichkeit zuzulassen, dass politisch rechts und links Stehende im Vergleich zu den in der Mitte Stehenden eine höhere oder tiefere Legitimität aufweisen, wie es

beispielsweise (D. King, 1997) postuliert, wurde eine kategoriale Variable gebildet, welche zwischen politisch links Stehenden, politisch in der Mitte Stehenden und politisch rechts Stehenden unterscheidet. Dabei dienen die politisch in der Mitte Stehenden als Basiskategorie. Als politisch links Stehende wurden jene Personen definiert, die mit 1-3 antworteten, als politisch rechts Stehende jene, die mit 8-10 antworteten und jene, die mit 4-7 antworteten, wurden als politisch in der Mitte stehend definiert.

Schichtzugehörigkeit:

Genaue Fragestellung:

People sometimes describe themselves as belonging to the working class, the middle class, or the upper or lower class. Would you describe yourself as belonging to the:

1 „Upper Class“; 2 „Upper Middle Class“; 3 „Lower Middle Class“; 4 „Working Class“; 5 „Lower Class“; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

In einigen Ländern (Kolumbien, Mexiko und Guatemala) umfasst diese Frage 6 Stufen. Die Mittelschicht ist in diesen Ländern in drei Kategorien aufgeteilt. Um Vergleichbarkeit mit den anderen Ländern herstellen zu können wurden in allen Ländern die zwei respektive drei Kategorien der Mittelschicht zu einer Kategorie zusammengefasst, sodass noch vier Stufen verschiedener Schichten bestehen (Unterschicht, Arbeiterschicht, Mittelschicht, Oberschicht). Die Mittelschicht dient als Basiskategorie. Um eine aufsteigende Reihenfolge zu erhalten, wurden die Kategorien umgedreht, sodass „Oberschicht“ mit 4 und „Unterschicht“ mit 1 bezeichnet werden.

Lebenszufriedenheit:

Genaue Fragestellung:

All things considered, how satisfied are you with your life as a whole these days? Please use this card to help with your answer.

1 „Dissatisfied“; 10 „Satisfied“; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Glücklich:

Genaue Fragestellung:

Taking all things together, would you say you are:

1 „Very happy“; 2 „Quite happy“; 3 „Not very happy“; 4 „Not at all happy“; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Für eine leichtere Interpretation wurden die Werte dieser Variable umkodiert, sodass hohe Werte ein grösseres Glück repräsentieren. Diese Variable wird als kategoriale Variable in die Modelle eingeführt mit „Not at all happy“ (1) als Basiskategorie.

Bildung:

Genaue Fragestellung:

What is the highest educational level that you have attained? (use functional equivalent of the following, in given society; IF STUDENT, CODE HIGHEST LEVEL HE/SHE EXPECTS TO COMPLETE):

1 „Inadequately completed elementary education“; 2 „Completed (compulsory) elementary education“; 3 „Incomplete secondary school: technical/vocational type/(Compulsory) elementary education and basic vocational qualificat[ion]“; 4 „Complete secondary school: technical/vocational type/Secondary, intermediate vocational qualification“; 5 „Incomplete secondary: university-preparatory type/Secondary, intermediate general qualification“; 6 „Complete secondary: university-preparatory type/Full secondary, maturity level certificate“; 7 „Some university without degree/Higher education - lower-level tertiary certificate“; 8 „University with degree/Higher education - upper-level tertiary certificate“; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Da in einigen Ländern einige Kategorien nur wenige Personen aufwiesen, kam es bei der multiplen Imputation zu grösseren „empty cell“-Problemen. Deshalb wurden verschiedene Kategorien dieser Variable zusammengefasst:

Die Werte 1-3 wurden zusammengefasst und stehen für die tiefste Bildung: Nicht abgeschlossene Sekundärstufe

Die Werte 4-6 stehen für eine mittlere Bildung: Vorbereitende Schule für eine Universität

Die Werte 7-8 stehen für die höchste Bildung: zumindest ein angefangenes Universitätsstudium.

Diese Variable wird als kategoriale Variable verwendet. Als Basiskategorie dient die tiefste Kategorie.

Einkommen:

Genaue Fragestellung:

Scale of income

Perzentile der Einkommensverteilung; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Da in einigen Ländern einige Kategorien nur wenige Personen aufwiesen, kam es bei der multiplen Imputation zu grösseren „empty cell“-Problemen. Deshalb wurden verschiedene Kategorien dieser Variable zusammengefasst:

Die Werte 1-3 wurden zusammengefasst und stehen für die tiefsten 30 % des Einkommens

Die Werte 4-7 stehen für ein mittleres Einkommen

Die Werte 8-10 stehen für die höchsten 30 % des Einkommens.

Diese Variable wird als kategoriale Variable verwendet. Als Basiskategorie dient die tiefste Kategorie.

Alter:

Genaue Fragestellung:

This means you are \_\_ \_\_ years old.

1 „15-24“; 2 „25-34“; 3 „35-44“; 4 „45-54“; 5 „55-64“; 6 „65 and more years“; -1 „Don't know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Diese Variable wird als kategoriale Variable in die Modelle eingeführt mit der Basiskategorie „15-24 Jährige“.

Genaue Fragestellung:

How proud are you to be [Nationality]?

1 „Very proud“; 2 „Quite proud“; 3 „Not very proud“; 4 „Not at all proud“; -1 „Don’t know“; -2 „No answer“; -3 „Not applicable“; -4 „Not asked in survey“; -5 „Missing; Unknown“

Für eine leichtere Interpretation wurden die Werte dieser Variable umkodiert, sodass hohe Werte einen höheren Stolz repräsentieren. Diese Variable wird als kategoriale Variable in die Modelle eingeführt mit „Not at all proud“ (1) als Basiskategorie.

## Lebenslauf

Michael Ochsner studierte von 2003 bis 2009 Soziologie, Sozialpädagogik und Umweltwissenschaften an der Universität Zürich. Während seines Doktoratsstudiums am soziologischen Institut der Universität Zürich von 2009 bis 2012 arbeitete er an der Professur für Sozialpsychologie und Hochschulforschung an der ETH Zürich als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Ko-Projektleiter des Zürcher Teilprojektes im Kooperationsprojekt der Universitäten Zürich und Basel mit dem Titel „Entwicklung und Erprobung von Qualitätskriterien für die Forschung in den Geisteswissenschaften am Beispiel der Literaturwissenschaften und der Kunstgeschichte“. Seit 2013 arbeitet er als Senior Researcher im Bereich „Internationale Surveys“ am Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften (FORS) an der Universität Lausanne sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Sozialpsychologie und Hochschulforschung an der ETH Zürich.